

POLIT. GESCHEHEN
I

1848-1880



POLITISCHES GESCHEHEN

DES
XX. JAHRHUNDERTS



POLITISCHES GESCHEHEN DES XX. JAHRHUNDERTS

in seinen Zusammenhängen chronologisch dargestellt von

Dieter Vollmer

Band I: Vorgeschichte 1848—1880

Herausgegeben von

Verlag K. W. Schütz KG
Preußisch Oldendorf

Druck: Kölle-Druck, Preuß. Oldendorf
Plastikdecke: Dreske & Krüger, Hannover
Titelentwurf: Prof. Hans Schweitzer

Nachdruck, Fotokopie und Vervielfältigung sowie Verbreitung durch
Funk und Fernsehen auch einzelner Blätter nur mit Genehmigung
des Verlages.

Copyright (für jedes Blatt dieser Sammlung)
by Verlag K. W. Schütz KG, Preuß. Oldendorf 1972/75

Vorwort

„Wer die Geschichte der Menschen insgesamt als eigne Geschichte zu fühlen weiß . . . als der Mensch eines Horizontes von Jahrtausenden vor sich und hinter sich, als der Erbe aller Vornehmheit alles vergangenen Geistes, und der *verpflichtete* Erbe, als der Adeligste aller alten Edlen und zugleich der Erstling eines neuen Adels, dessengleichen noch keine Zeit sah und träumte: dies alles auf seine Seele nehmen, Ältestes, Neuestes, Verluste, Hoffnungen, Eroberungen, Siege der Menschheit; dies alles endlich in *einer* Seele haben und in *ein* Gefühl zusammendrängen — dies müßte doch ein *Glück* ergeben, das bisher der Mensch noch nicht kannte — eines Gottes Glück voller Macht und Liebe, voller Tränen und voll Lachens, ein Glück, welches, wie die Sonne am Abend, fortwährend aus seinem unerschöpflichen Reichtume weg-schenkt und ins Meer schüttet und, wie sie, sich erst dann am reichsten fühlt, wenn auch der ärmste Fischer noch mit goldenem Ruder rudert! Dieses göttliche Gefühl hieße dann — Menschlichkeit!“

Friedrich Nietzsche,
Die fröhliche Wissenschaft, 337

Der, wie wir heute wissen, verspätete und daher hundert Jahre danach gescheiterte Versuch, einen vereinten deutschen Nationalstaat zu schaffen, hat sogleich alle nur möglichen Gegner eines solchen Unterfangens auf den Plan gerufen. Unter ihnen entfalteten sowohl streitbare Vertreter schon früher in sich gefestigter Nationen als auch Internationalisten mancherlei Spielart und Couleur eine mehr oder weniger emsige, offene oder auch geheime Tätigkeit. Dieses vielschichtige Gegeneinanderwirken von noch fest in ihrem jeweiligen Volkstum wurzelnden Persönlichkeiten einerseits und Kräften der Entwurzelung andererseits hat dem politischen Geschehen der letzten zwei Jahrhunderte das Gepräge gegeben.

Die Darstellung des hier vorliegenden Nachschlagewerks muß weit in die Zeit vor dem XX. Jahrhundert zurückgreifen, um die Zusammenhänge verständlich werden zu lassen. Sie beginnt rund ein Vierteljahrhundert vor der anfangs glückhaften Wiedererrichtung eines Deutschen Reiches, und sie beginnt mit einer eindrucksvollen Demonstration derjenigen Kräfte, an deren Wirken dieses neu gegründete Reich von innen und außen wieder zerstört werden wird. Denn diese Kräfte waren schon lange zuvor erkennbar geworden, schon vor der Französischen Revolution, die nur eine ihrer Wirkungen darstellt. Sie zielten von Anfang an auf die Auflösung der natürlich gewachsenen Völker-

gemeinschaften und der ebenso natürlich entstandenen hierarchischen Ordnungen hin. Sie taten es teils aus einem ihnen innewohnenden Destruktionstrieb, der ihrem eigenen schicksalhaften Entwurzeltsein entsprang, teils um an die Stelle der zerstörten Gemeinschaften und Ordnungen die eigene erdumspannende Herrschaft zu setzen, sei sie nun angeblich gottverheißen oder angeblich wirtschaftsgeschichtlich vorbestimmt.

Liest man die Vorgänge des Jahres 1848, mit dem wir dieses Nachschlagewerk aus guten Gründen beginnen lassen, in Darstellungen nach, die den Ereignissen noch näherstehen (etwa in Georg Webers Lehrbuch der Weltgeschichte, Leipzig 1888, II. Band), so bleibt wenig von dem seither zielbewußt geschaffenen Nimbus einer angeblich „Deutschen Revolution“. Sie erweist sich als ein französischer Import, der in Frankfurt, Wien, Berlin und anderenorts die niedrigsten Instinkte von Agitatoren aufgehetzter Pöbelmassen sich austoben ließ. Die Sehnsucht einer kleinen Gruppe von Idealisten nach einem Staat, der damals schon das gesamte deutsche Volk in sich zusammenschließen könne, mußte von Anfang an der freimaurerischen planmäßigen Zersetzung jedweden Volks-, Staats- und Nationalbewußtseins unterliegen und ging in dem zügellosen Treiben unter. Vollends wirklichkeitsfremd mutet uns heute die Vorstellung jener Kreise von einer deutschen „Demokratie“ an, angesichts der damals allenthalben zutage tretenden Nachahmung von ekelerregenden Vorgängen der zweiten Französischen Revolution.

Man muß sich die Reihenfolge der Ereignisse wieder vor Augen rufen, die dem Jahr 1848 unmittelbar *vorausgingen*, um das, was dann geschieht, besser zu verstehen: 1842 wird *Karl Heinrich Marx* (Mardochai), dessen beide Eltern aus Rabbinerfamilien stammen, Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ in Düsseldorf. Er gibt, in Verbindung mit Ruge, Feuerbach und *Moses Hess*, dem liberalen Blatt eine derart radikal-demokratische Note, daß es 1843 verboten wird. Marx geht nach Paris und trifft dort mit *Heinrich (Harry) Heine* zusammen, der sich freimaurerisch betätigt, wie aus einem Pariser Brief Hebbels an Elise Lensing eindeutig hervorgeht. Außerdem verkehrt Heine im Hause des Pariser Bankiers Baron *James de Rothschild*, eines der durch das österreichische Kaiserhaus geadelten Enkel von Meyer Amschel Rothschild in Frankfurt.

Es liegt nahe, wenn auch keine Dokumente darüber beizubringen sind, daß Heine in der darauffolgenden Zeit zwischen Marx und Rothschild vermittelt hat. Jeder war dem anderen interessant genug, aber ein direkter Kontakt Marx-Rothschild nach Lage der Dinge kaum denkbar. Marx seinerseits wird es mit

einiger Mühe gelingen, Heine von seinen demokratischen Vorurteilen gegenüber dem Kommunismus zu befreien, indem er ihn darüber beruhigt, daß der rohe französische Kommunismus eines Francois *Babuef* nicht der wirkliche wissenschaftliche Kommunismus sei.¹

1844 gibt Marx gemeinsam mit Arnold *Ruge* in Paris die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ heraus, an denen auch Heine mitarbeitet², und veröffentlicht darin ein kulturgeschichtliches *Schlüsseldokument* ersten Ranges, nämlich seine Auseinandersetzung mit Bruno *Bauers* Essay „Zur Judenfrage“. Es geht dort im II. Abschnitt um die innere Abhängigkeit von bürgerlicher Gesellschaft, Christentum und Judentum, und die Abhandlung gipfelt in den klassischen Sätzen: „Der Christ war von vornherein der theorethisierende Jude, der Jude ist daher der praktische Christ, und der praktische Christ ist wieder Jude geworden . . . Das Christentum ist der sublimen Gedanke des Judentums, das Judentum ist die gemeine Nutzenanwendung des Christentums, aber diese Nutzenanwendung konnte erst zu einer allgemeinen werden, nachdem das Christentum als die fertige Religion die Selbstentfremdung des Menschen von sich und der Natur *theoretisch* vollendet hatte. Nun erst konnte das Judentum zur allgemeinen Herrschaft gelangen . . .“³

In demselben Jahr 1844, in dem dies in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ in Paris gedruckt wird, erscheint dann auch Heines zersetzende Satire „Deutschland, ein Wintermärchen“. 1845 wird Marx aus Paris ausgewiesen, geht nach Brüssel und tritt dort zwei Jahre später, 1847, dem „Bund der Kommunisten“ bei. Für ihn schreibt er gemeinsam mit *Engels* das „Kommunistische Manifest“, das im Februar 1848 in London in deutscher Sprache veröffentlicht werden wird (vgl.: noch Februar 1848 und 1. Juni 1848).

Dies ist die unmittelbare Vorgeschichte der Dinge, die sich dann im weiteren Verlauf des Jahres 1848 und 1849 allenthalben in Europa abspielen werden und mit denen wir unsere Darstellung auf den folgenden Seiten beginnen. Nur sehr harmlose Gemüter können darin ausgerechnet eine „deutsche Revolution“ erkennen wollen. Es ist vielmehr der mannigfache Beginn einer internationalen kommunistischen Weltrevolution, in den die zentral gelenkte liberale Freimaurerrevolution nahtlos überleitet. Darum läßt sich in solchem Zusammenhang die vielgeschmähte „Reaktion“ der Jahre 1849 und 1850 — nüchtern betrachtet — nur als eine Rückkehr zu Gesetz und staatlicher Ordnung, zum eigenen Wesen der Völker erkennen. Preußen zum Beispiel fand sich nach der langen Kette von Peinlichkeiten und Schändlichkeiten

erst wieder selber. Es kehrte allmählich zu seinen besten Überlieferungen zurück.

Wenn man von einer „Deutschen Revolution“ im XIX. Jahrhundert sprechen will, so ist es die von Friedrich Wilhelm *Raiffeisen* herbeigeführte Selbstbesinnung und Selbstbefreiung der in Schuldknechtschaft gelähmten deutschen Landbevölkerung. Sie vollzieht sich unmittelbar im Anschluß an die „Reaktion“ (vgl.: noch 1854) und wird nicht von den Pöbelmassen der Städte, auch nicht von entwurzelten und volksfremden Intellektuellen getragen, sondern vom eigentlichen Kern des Volkes, der Bauernschaft. Und sie vollzieht sich nicht in Exzessen des Blutrausches, sondern in aufbauender genossenschaftlicher Zusammenarbeit.

Doch war mit dieser Selbstbesinnung die Gefahr der Auflösung noch keineswegs überwunden. Vielmehr bedeutete es eine unerhörte Herausforderung der destruktiven Kräfte, acht Jahrzehnte nach der Französischen Revolution, zwei Jahrzehnte nach deren Überspringen auf Mitteleuropa gerade dort einen Nationalstaat von der Einwohnerzahl, Ausdehnung und Macht des Bismarckreiches zu errichten. Der Sohn des nach Amerika ausgewanderten Historikers *Epstein* hat das im Jahre 1963 in einem Vortrag in der Universität Tübingen sehr klar zum Ausdruck gebracht und seinen Zuhörern auf das eindringlichste versichert, daß „man“ so etwas nicht noch einmal dulden werde. Die Herausforderung wog um so schwerer, als die Reichsgründung, von Fürsten getragen, einem alten biologisch gewachsenen Volke mitten in seinem ureigensten Ursprungsgebiet wieder eine Heimstatt gab, einen Kraft ausstrahlenden Mittelpunkt. Und das schien, im letzten Drittel des XIX. Jahrhunderts, in jeder Hinsicht unzeitgemäß.

Es schien denjenigen unzeitgemäß, die den Begriff des „Zeitgeistes“ erfanden und diesen Zeitgeist von sich aus diktierten. Doch einem solchen Diktat beugten sich die Männer noch nie, die zu allen Zeiten ihren Völkern die angemessene Lebensform schufen. Sie folgten einem anderen Gesetz, das nicht von Menschen gemacht ist, dem unverändert gültigen Gesetz des ewigen Lebens. Es hält jedem Lebewesen — und dazu gehören auch die gewachsenen Völker — sein „Revier“ bereit, das verteidigt und gegebenenfalls zurückerobert werden will.

Eine knappe aber treffende Würdigung der unwiederholbaren — nicht nur für Deutschland unwiederholbaren — Gestalt und Leistung *Bismarcks* hat erst unlängst Wilhelm Hartlieb gegeben. Sie sei hier aufgenommen:

„Bismarck war Deutschland. Seine Genialität beruhte auf einer unvergleichlichen Mischung von außerordentlicher Kühnheit und

weiser Mäßigung. Für den richtigen Augenblick hatte er ein untrügliches Gespür . . . Bismarcks Kanzlerschaft umfaßt die einzige Periode der neuen Geschichte, in der die Deutschen große konstruktive Politik machten, eine Zeitlang sogar eine Art kontinentaler Schiedsrichterschaft ausübten und sich, gemessen an ihrer von Natur aus begrenzten Machtstellung, einer verhältnismäßig weitgehenden Handlungsfreiheit erfreuten.“⁴

So liegen also die Fronten in dem Zeitraum, der hier betrachtet wird. Auf der einen Seite stehen die naturgegebenen Völker mit ihren geschichtlich gewordenen Staaten und ihren von Jahrhunderte alter Überlieferung geprägten Staatsmännern, auf der anderen Seite die Entwurzelten in ihrem Bestreben, die gewachsenen Ordnungen aufzuheben und alle „Revier“-Grenzen zu beseitigen, um darüber ihre eigene erdumfassende Herrschaft zu errichten, die Herrschaft der Wurzellosen. Dabei kommt ihnen der Instinktverlust der zivilisierten Menschen zunutze. Er äußert sich in mannigfacher Weise, im XIX. und zu Beginn des XX. Jahrhunderts insbesondere im hemmungslosen Drang der Mächte nach „Revier“-Erweiterung. Dieser Drang breitet sich wie ein Fieber aus, erfaßt nicht nur die Pioniere des Kolonialismus, die ganze Erdteile „erschließen“, nicht nur die Missionare der christlichen Kirchen, die in allen Erdteilen „Seelen retten“ wollen, sondern weitgehend auch die Völker selbst.

Je mehr aber die Kräfte der Völker, der Nationen nach außen drängen, über die Grenzen des angestammten, naturgegebenen „Reviers“ hinaus, desto anfälliger wird die Mitte, der heimatliche Raum, für die Gegenkräfte der Zersetzung, der Auflösung zugunsten und a conto der künftigen „Einen Welt“. So hat gerade die größte Macht- und Kraftentfaltung der Nationen nach außen hin den Grund gelegt zu ihrer inneren Zerstörung. Noch heute läßt sich der gleiche Vorgang unter dem Namen „Entwicklungshilfe“ und angesichts der Erscheinung der „multinationalen Konzerne“ beobachten. Ehemals nationale Industrieunternehmen entfalten eine rege Tätigkeit in fernen Erdteilen, und zu Hause gehen derweil die letzten Bauern von ihren Höfen. Die Mitte, das Herz der Völker verödet.

Möge darum in letzter Stunde die Betrachtung und das Verständnis der Vergangenheit einen Anstoß geben zu einem lebensrichtigeren Verhalten in der Zukunft, um das Leben unserer Völker und damit des Menschen überhaupt zu retten! Er kann nur in der Vielfalt der Völker gedeihen.

Schleswig, 15. Juli 1975

Dieter Vollmer

weiser Mäßigung. Für den richtigen Augenblick hatte er ein untrügliches Gespür . . . Bismarcks Kanzlerschaft umfaßt die einzige Periode der neuen Geschichte, in der die Deutschen große konstruktive Politik machten, eine Zeitlang sogar eine Art kontinentaler Schiedsrichterschaft ausübten und sich, gemessen an ihrer von Natur aus begrenzten Machtstellung, einer verhältnismäßig weitgehenden Handlungsfreiheit erfreuten.“⁴

So liegen also die Fronten in dem Zeitraum, der hier betrachtet wird. Auf der einen Seite stehen die naturgegebenen Völker mit ihren geschichtlich gewordenen Staaten und ihren von Jahrhunderte alter Überlieferung geprägten Staatsmännern, auf der anderen Seite die Entwurzelten in ihrem Bestreben, die gewachsenen Ordnungen aufzuheben und alle „Revier“-Grenzen zu beseitigen, um darüber ihre eigene erdumfassende Herrschaft zu errichten, die Herrschaft der Wurzellosen. Dabei kommt ihnen der Instinktverlust der zivilisierten Menschen zunutze. Er äußert sich in mannigfacher Weise, im XIX. und zu Beginn des XX. Jahrhunderts insbesondere im hemmungslosen Drang der Mächte nach „Revier“-Erweiterung. Dieser Drang breitet sich wie ein Fieber aus, erfaßt nicht nur die Pioniere des Kolonialismus, die ganze Erdteile „erschließen“, nicht nur die Missionare der christlichen Kirchen, die in allen Erdteilen „Seelen retten“ wollen, sondern weitgehend auch die Völker selbst.

Je mehr aber die Kräfte der Völker, der Nationen nach außen drängen, über die Grenzen des angestammten, naturgegebenen „Reviers“ hinaus, desto anfälliger wird die Mitte, der heimatische Raum, für die Gegenkräfte der Zersetzung, der Auflösung zugunsten und a conto der künftigen „Einen Welt“. So hat gerade die größte Macht- und Kraftentfaltung der Nationen nach außen hin den Grund gelegt zu ihrer inneren Zerstörung. Noch heute läßt sich der gleiche Vorgang unter dem Namen „Entwicklungshilfe“ und angesichts der Erscheinung der „multinationalen Konzerne“ beobachten. Ehemals nationale Industrieunternehmen entfalten eine rege Tätigkeit in fernen Erdteilen, und zu Hause gehen derweil die letzten Bauern von ihren Höfen. Die Mitte, das Herz der Völker verödet.

Möge darum in letzter Stunde die Betrachtung und das Verständnis der Vergangenheit einen Anstoß geben zu einem lebensrichtigeren Verhalten in der Zukunft, um das Leben unserer Völker und damit des Menschen überhaupt zu retten! Er kann nur in der Vielfalt der Völker gedeihen.

Schleswig, 15. Juli 1975

Dieter Vollmer

12. Januar 1848

In Palermo auf Sizilien erhebt sich die Partei der Liberalen mit Unterstützung Großbritanniens gegen die Herrschaft des Königs beider Sizilien, Ferdinand II., und sagt sich von Neapel los. Wenige Wochen später bricht auch in Neapel selbst ein Aufstand aus. Großbritannien interveniert und zwingt Ferdinand, dem Königreich beider Sizilien eine Verfassung zu geben. Sie wird am 29. Januar verkündet werden. Auch Großherzog Leopold von Toscana und König Albert von Piemont und Sardinien werden Verfassungen gewähren, der Herzog von Modena wird fliehen. Ausgelöst wird die Bewegung zum Teil durch eine Reihe rasch aufeinanderfolgender und weitgehender liberaler Reformen, die der neue Papst Pius IX. (seit Juni 1846 im Amt) in seinem Kirchenstaat, insbesondere in Rom durchgeführt hat. Sie werden in Kürze zur Unterminierung seiner eigenen Position führen und ihn schließlich zur Flucht nötigen. Auch die italienische Nationalbewegung, die Pius IX. mit seinen Maßnahmen eingeleitet hat, wird sich gegen ihn wenden. In den österreichischen Besitzungen Italiens wird der Widerstand so wachsen, daß sich die österreichische Regierung zur Erklärung des Kriegszustandes in der Lombardei (am 22. Februar 1848) veranlaßt sehen wird.¹

SIZILIEN

AUFSTAND DER
LIBERALEN

FERDINAND II.

VERFASSUNG

TOSCANA

PIEMONTE

SARDINIEN

PIUS IX.

KRIEGS-
ZUSTAND
LOMBARDEI

2. Februar 1848

In Guadeloupe-Hidalgo unterzeichnen Trist, Cuevas, Couto und Atristain den Diktatfrieden zwischen den USA und dem vollständig besetzten Mexiko, dem die USA Texas, das obere Kalifornien, Neu-Mexiko, Nevada, Arizona, Utah, Teile von Wyoming und Colorado abnehmen. Sie zahlen dafür dem verbleibenden Reststaat Mexiko 15 Millionen Dollar (!). Die Einwohner der abgetretenen Gebiete sind zunächst staatenlos und sollen ein Jahr nach Austausch der Ratifikationsurkunden (30. Mai 1848) wählen, ob sie bleiben und Bürger der USA werden oder auswandern wollen. Der Vertrags-Ploetz (Helmut K. G. Rönnefarth, 1958) feiert diesen primitiven Gewaltakt mit den überschwenglichen Worten: „Die USA vollzogen eine geschichtliche Sendung, geleitet von der Politik der Stärke einer aufwärts- und vorwärtsstrebenden Nation“. Man vergleiche diesen Kommentar etwa mit dem zum deutschen Polenfeldzug

MEXIKO

USA-DIKTAT

11. 1860

„POLITIK DER
STÄRKE“

1939. Es ist seltsam, wie verschieden das gleiche Verhalten bewertet wird, je nachdem, wer es zeigt. Bei den USA ist das „geschichtliche Sendung einer aufwärts- und vorwärtsstrebenden Nation“, bei Deutschland ein Überfall und eine brutale Vergewaltigung. Wer setzt eigentlich diese Maßstäbe?²

Mitte Februar 1848

LONDON

KOMMUNISTISCHES
MANIFEST

MARX/ENGELS

In London erscheint in deutscher Sprache die erste Ausgabe des „*Kommunistischen Manifests*“, die Programmschrift des internationalen Kommunismus, die den nächsten zwei Jahrhunderten weltweit ihren Stempel aufdrücken wird. (Vollständiger Text vgl. Politisches Lexikon a.a.O., Teil III.) Abschnitt I beginnt mit dem Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Der letzte Satz des Manifests lautet: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Die Verfasser dieses Manifests sind der deutsche Jude Karl Heinrich Marx (ursprünglich Mardochai), dessen Eltern beide aus Rabbiner-Familien stammen (vgl. Politisches Lexikon a.a.O., Teil II), und der deutsche Unternehmer und Industrielle Friedrich Engels, der in England (Manchester) Tuchwebereien besaß und Marx finanziell unterstützte. (Vgl. auch 1. Juni 1848.) Später wird vor allem *Lenin* sich auf das Kommunistische Manifest berufen und seine Gedanken weiterführen: „Die Grundfrage der Arbeiterbewegung kann nur durch Gewalt, durch direkten Kampf der proletarischen Massen auf dem Wege des Aufstandes entschieden werden.“

24. Februar 1848

PARIS

ZWEITE
FRANZÖSISCHE
REVOLUTION
ABDANKUNG
LOUIS
PHILIPPES

In Paris bricht die Revolution aus. Die Massen stürmen das königliche Palais, dringen in den Sitzungssaal der Kammer ein. König Louis Philippe muß dem Terror weichen und abdanken. Es wird die Republik ausgerufen und eine provisorische Regierung gebildet, der der Sozialist Louis Blanc angehört. Tags darauf wird ein von Blanc formuliertes Gesetz erlassen, das allen Staatsbürgern Arbeit garantiert. Zur Durchführung werden die Nationalwerkstätten errichtet, die nach drei Monaten ihres Bestehens vor dem Bankrott stehen werden.

27. Februar 1848

REVOLUTION
IN BADEN,
WÜRTTEMBERG,

In der Nähe von Mannheim (Baden) versammelt sich eine Volksmenge und „fordert“ — nach entsprechender agitatorischer Bearbeitung — Pressefreiheit, Schwurgerichte, Vereinsrecht, Volksbewaffnung und außerdem — im gleichen Atemzug — auch ein gesamtdeutsches Parlament. Der Vorgang wiederholt sich in

ähnlicher Form in Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau und anderen Frankreich nahegelegenen Staaten. Binnen vier Tagen ist die revolutionäre Unruhe von Paris bis über den Rhein verpflanzt worden, zwei bzw. drei Wochen später wird sie auch in Wien, Berlin und München entflammt werden. Es kommt zu Zusammenstößen der Aufständischen mit Regierungstruppen, und die Regierungen weichen zunächst zurück. Der Bundestag in Frankfurt wird ebenfalls von der Bewegung erfaßt. Er beschließt, die Zensur für Druckschriften aufzuheben (was der Verbreitung des Kommunistischen Manifests zustatten kommt), und den alten Reichsadler zum Bundeswappen, die Farben Schwarz-Rot-Gelb zu Bundesfarben zu machen. Der seit acht Jahrzehnten von den Logen betriebenen liberalen Auflösung wird ein nationalistischer Mantel umgehängt, wie in Frankreich so nun auch in den deutschen Ländern. Das geschieht angeblich im Namen des „Volkes“. Aber das Volk spielt dabei nur die Rolle des Echos: wie man in den Wald hineinruft, so schallt's heraus.

*HESSEN-
DARMSTADT,
NASSAU*

*FRANKFURT
BUNDESTAG*

4. März 1848

In Frankreich wird das allgemeine und gleiche Wahlrecht verkündet. Bei dessen Durchführung anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung (am 23. April) wird sich aber keine radikale Mehrheit ergeben, sondern eine Mehrheit der gemäßigten Republikaner. Mit dieser Entwicklung sind die Sozialisten, die Minderheit also, keineswegs einverstanden. Die Revolution schwelt unter der Decke weiter (vgl. 15. Mai und 26. Juni 1848). Gleichzeitig mit der Verkündung des Wahlrechts wird in den westafrikanischen Besitzungen die Sklaverei abgeschafft und ein Abgeordneter von dort in die Nationalversammlung aufgenommen.

*FRANKREICH
ALLGEMEINES
GLEICHES
WAHLRECHT*

13. März 1848

Die zweite französische Revolution greift auf Wien über. Die Menge hat sich Waffen beschafft, woher, steht nicht in den Geschichtsbüchern, und bildet eine „Bürgerwehr“. Der Staatskanzler Fürst Metternich versucht nicht, der Lage Herr zu werden, sondern flieht nach England. Gleichzeitig erheben sich auch die unter der österreichischen Krone vereinten Nationen. Die italienischen wie die ungarischen Besitzungen lösen sich von Österreich und Böhmen fordert einen eigenen Landtag. Der Nationalismus wirkt hier nicht einigend wie in Italien und Deutschland, sondern verstärkt noch die liberalen Auflösungstendenzen.³

*REVOLUTION
IN WIEN

FLUCHT
METTERNICHS

AUFSTAND
DER
NATIONEN*

18. März 1848

REVOLUTION IN BERLIN

FRIEDRICH WILHELM IV.

PREUSSISCHE NATIONALVER- SAMMLUNG

Die zweite französische Revolution, genauer gesagt: der von der internationalen Freimaurerei vorbereitete und getragene liberalistische Anschlag auf die bestehende europäische Ordnung erreicht Berlin. Auch hier haben die Massen plötzlich Waffen in der Hand. Obgleich König Friedrich Wilhelm IV. bereits am 6. März die seit langem geforderte Periodizität des Vereinigten Landtags und nunmehr auch die Pressefreiheit bewilligt hat, kommt es zu blutigen Straßenkämpfen. Das Militär setzt sich durch, aber der König hat nicht die Nerven, die Sache durchzustehen und befiehlt tags darauf den Truppen, Berlin zu räumen. Gegen den Widerspruch seines Bruders, des Prinzen Wilhelm (des späteren Wilhelm I.) vertraut der König sich selbst, das Schloß und die Stadt der revolutionären „Bürgerwehr“ an, muß auf deren Verlangen am 21. März mit einer schwarz-rot-gelben Schärpe angetan durch Berlin reiten, eine Amnestie für alle politischen Vergehen verkünden und eine Erklärung abgeben, daß er sich „zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamt-vaterlandes stelle“. Die neue liberale Regierung Camphausen beruft eine preussische Nationalversammlung ein.⁴

MAILAND VENEDIG

PIEMONTE/ SARDINIEN AUFSTAND

Mailand und Venedig erheben sich gegen die österreichische Herrschaft. Nach tagelangen Kämpfen um Mailand werden die Österreicher beide Städte räumen. In diesem Augenblick (24. März) wird König Karl Albert von Piemont und Sardinien in den Kampf gegen Österreich eintreten und verkünden: „Italia farà da sè“, aber lediglich um ein Jahr später nach der endgültigen Niederlage abdanken zu müssen (vgl. 23. März 1849).

20. März 1848

BAYERN

ABDANKUNG LUDWIGS I.

„MÄRZ- MINISTERIEN“

In Bayern dankt König Ludwig I. zugunsten seines Sohnes Maximilian II. ab. Er hat der revolutionären Unruhe selber Nahrung gegeben durch die Weigerung, das Staatswohl über seine privaten Neigungen zu stellen und sich von seiner Mätresse, Lola Montez, zu trennen. In Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Hannover und in Sachsen sind inzwischen unter dem Druck der überall geschürten Unruhen die Regierungen umgebildet und liberale „Märzministerien“ eingerichtet worden.⁵

21. März 1848

SCHLESWIG

TEIL DÄNEMARKS

König Friedrich VII. von Dänemark verkündet die Einverleibung des Herzogtums Schleswig in den dänischen Staat und beruft die Führer der Schleswiger dänischen Minderheit, Monrad, Tscherning und Lehmann, in die Regierung. Demgegenüber ver-

tritt Schleswig-Holstein für Schleswig das Erbfolgerecht des Herzogs Christian von Sonderburg-Augustenburg. Es wird eine provisorische Regierung unter dem ehemaligen Statthalter Friedrich Prinz von Augustenburg-Noer, dem Grafen Reventlow-Preetz und W. Beseler gebildet, die das Frankfurter Parlament als rechtmäßig anerkennt (vgl. 12. April 1848).⁶

WIDERSTAND

31. März 1848

In Frankfurt/Main tritt mit Zustimmung des Bundestages, dessen Abgeordnete inzwischen auch gegen Liberalisten ausgetauscht worden sind, in der Paulskirche ein sogenanntes „Vorparlament“ zusammen. Es ist durch einen Siebener-Ausschuß aus deutschen Ständeversammlungen berufen worden und beauftragt seinerseits einen Fünzfürer-Ausschuß mit der Vorbereitung der Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung. Vor diesem „Vorparlament“ läßt der badische Abgeordnete Friedrich Hecker die Katze aus dem Sack und beantragt die Proklamation der Republik. Der Antrag wird abgelehnt. Daraufhin wird Hecker mit Gustav von Struve und Georg Herwegh zusammen in Südbaden einen erneuten Aufstand organisieren, der nunmehr eindeutig im Sinne des internationalen Liberalismus und Logentums gegen die Monarchien gerichtet ist. Der Aufstand wird durch Bundestruppen in kurzer Zeit niedergeworfen, doch fällt dabei in einem Gefecht bei Kandern der General von Gagern (nicht zu verwechseln mit dem liberalen hessisch-darmstädtischen Minister Heinrich von Gagern, vgl. 18. Mai 1848).⁷

*FRANKFURTER
„VOR-
PARLAMENT“*

*HECKER:
REPUBLIK*

*AUFSTAND IN
SÜDBADEN*

KANDERN

12. April 1848

Das Frankfurter Parlament des Deutschen Bundes nimmt das Herzogtum Schleswig (vgl. 21. März 1848) in den Deutschen Bund auf und beauftragt Preußen, eine bewaffnete Intervention gegen den König von Dänemark durchzuführen, der das Herzogtum annektieren will. Bereits 12 Tage später wird Feldmarschall von Wrangel mit seinen Siegen am Danewerk und bei Oversee die Dänen aus Schleswig vertreiben, am 2. Mai die Festung Fredericia erobern. England und Rußland werden gegen das Vorgehen Preußens Einspruch erheben. Vgl. 26. August 1848!⁸

*SCHLESWIG
IM DEUT-
SCHEN BUND*

*FELDZUG
GEGEN
DÄNEMARK*

*WRANGEL AM
DANEWERK
FREDERICIA*

15. Mai 1848

In Paris veranstalten die Sozialisten auf Veranlassung von Louis Adolphe Blanqui einen Massenaufmarsch und fordern eine Regierungsumbildung. Dabei ist es Blanqui besonders um den Sturz des republikanischen Kriegsministers, des Generals Eugène

*PARIS
DEMONSTRA-
TION DER
SOZIALISTEN*

*BLANQUI
CAVAIGNAC*

Louis *Cavaignac*, zu tun, von dem er, wie sich zeigen wird mit Recht, entschlossenen Widerstand gegen eine weitere Radikalisierung erwartet. Auch die Schließung der Nationalwerkstätten (vgl. 24. Februar 1848) wird gefordert.

*WIEN
ZWEITE WELLE
DER
REVOLUTION
VERFASSUNG
PILLERSDORF
FERDINAND I.
VERLÄST
WIEN*

Auch in Wien wird die zweite Welle des Aufstandes inszeniert (vgl. 13. März 1848). Diesmal geht es den Rädelsführern um die Einberufung eines allgemeinen österreichischen Reichstages. Inzwischen hat am 26. April der österreichische Innenminister Franz Freiherr von Pillersdorf eine Verfassungsurkunde veröffentlicht, in der „allen Volksstämmen die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet“ wird (§ 4). Kaiser Ferdinand I., der geistig zurückgeblieben und daher regierungsunfähig ist, verläßt Wien und zieht sich nach Innsbruck zurück.

18. Mai 1848

*FRANKFURT
ERÖFFNUNG
DER
DEUTSCHEN
NATIONALVER-
SAMMLUNG
GAGERN
PRÄSIDENT*

In Frankfurt/Mai, in der Paulskirche, wird die inzwischen gewählte Deutsche Nationalversammlung, sozusagen das Unterhaus des Deutschen Bundes, eröffnet. Da die tschechischen Wahlkreise in Böhmen nicht mitgewählt haben, fehlen für diese Kreise die Abgeordneten. Von den fast 600 Mitgliedern der Nationalversammlung sind 319 Juristen und Verwaltungsbeamte, 104 Wissenschaftler, 38 Kaufleute und Industrielle und *einer* Bauer. Heinrich Freiherr von Gagern, liberaler Minister in Hessen-Darmstadt, wird zum Präsidenten der Versammlung gewählt. Er verkündet als Grundlage einer zu schaffenden deutschen Verfassung die „Souveränität der Nation“, einer „Nation“, die als solche noch gar nicht existiert.

22. Mai 1848

*BERLIN
ERÖFFNUNG
DER PREUSSI-
SCHEN
NATIONAL-
VERSAMMLUNG
PRINZ
WILHELM NACH
ENGLAND*

In Berlin wird die preußische Nationalversammlung eröffnet, die gleichzeitig mit der Frankfurter Deutschen Nationalversammlung gewählt wurde. Auch sie nimmt die Stellung einer zweiten Kammer, also eines Unterhauses im Parlament ein. In ihrem Zustandekommen erblickt man in liberalen Kreisen einen Fortschritt auf dem Wege zur Demokratie. Prinz Wilhelm, der diese Entwicklung für verhängnisvoll hält, geht auf Befehl seines Bruders, des Königs Friedrich Wilhelm IV., nach England.

1. Juni 1848

*KÖLN
„NEUE
RHEINISCHE
ZEITUNG“*

In Köln erscheint die erste Ausgabe der radikal-sozialistischen „Neuen Rheinischen Zeitung“. Sie wird von dem nunmehr auch aus Belgien ausgewiesenen Karl Marx und Friedrich Engels herausgegeben, den Verfassern des im Februar in London erschiene-

nen Kommunistischen Manifests (vgl.: Februar 1848), und nimmt die Tendenz der 1843 verbotenen „Rheinischen Zeitung“ wieder auf. Marx und Engels versuchen mit ihrem Blatt, wachsenden Einfluß auf die revolutionäre Entwicklung zu nehmen. Es wird aber nur bis zum Mai 1849 erscheinen.

MARX-ENGELS

2. Juni 1848

In Prag tritt ein *Slawenkongreß* zusammen, an dem Polen und Südslawen aus Österreich und Polen aus Preußen (Posen) teilnehmen. Als einziger Russe ist der Anarchist Michail Alexandrowitsch *Bakunin* anwesend. Es wird ein von Palacky ausgearbeitetes Manifest angenommen, das die Umformung des österreichischen Kaiserreiches „in einen Bund von gleichberechtigten Völkern“ vorsieht. Als solchen will Palacky die Donaumonarchie erhalten wissen, einerseits als Gegengewicht gegen die russische Zarenherrschaft, andererseits um die Vereinigung der Deutschösterreicher mit Deutschland zu verhindern.

PRAG

SLAWEN-
KONGRESS

BAKUNIN
PALACKY
MANIFEST

26. Juni 1848

In Paris wirft der Kriegsminister Cavaignac (vgl. 15. Mai 1848) nach dreitägiger blutiger Straßenschlacht den Aufstand der Sozialisten nieder. Die Verluste bei diesen Kämpfen werden auf 4000 bis 5000 Tote geschätzt. Damit ist die Kraft der Sozialisten zunächst gebrochen und es gehen aus der zweiten französischen Revolution die gemäßigten Republikaner zunächst als Sieger hervor. Zwei Tage später wird Cavaignac Ministerpräsident werden und eine Militärdiktatur errichten, die sich etwa ein halbes Jahr lang behaupten kann (vgl. 10. Dezember 1848).

PARIS

ENDE DES
SOZIALISTEN-
AUFSTANDES
CAVAIGNAC
MINISTERPRÄ-
SIDENT UND
DIKTATOR

27. Juni 1848

Die Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt wählt auf Vorschlag ihres Präsidenten Heinrich von Gagern den österreichischen Erzherzog *Johann* zum *Reichsverweser*. Der Bundestag überträgt daraufhin seine Vollmachten auf den Erzherzog, der seinerseits ein Reichsministerium beruft. Dieses wird jedoch ein Schattenkabinet bleiben, da die Entwicklung weder innen- noch außenpolitisch für die Errichtung eines deutschen Reiches reif ist. Die revolutionären Umrtriebe, teils liberalistischer, teils radikalsozialistischer Prägung, bilden schon gar keinen tragbaren Grund für eine neue Reichsgründung.

FRANKFURT

ERZHERZOG
JOHANN
REICHS-
VERWESER

REICHSMINI-
STERIUM

25. Juli 1848

CUSTOZZA
SIEG
RADETSKY
ÜBER PIEMONT-
SARDINIEN
UND MAILAND

VENEDIG
REPUBLIK

Der österreichische Oberbefehlshaber in Italien, der 81jährige Feldmarschall Joseph Graf *Radetzky*, besiegt bei Custozza die Truppen König Karl Alberts von Piemont-Sardinien entscheidend. Zwölf Tage später wird er auch Mailand für Österreich zurückgewonnen haben und seinen Einzug in die Stadt halten. Mit Karl Albert wird ein Waffenstillstand geschlossen werden, den dieser im darauffolgenden Jahre wieder kündigen wird (vgl. 23. März 1849). In Venedig, das sich noch verteidigt, wird die Republik ausgerufen (vgl. noch August 1849).

23. August 1848

BERLIN

ARBEITER-
KONGRESS

STEPHAN BORN

In Berlin tritt der Erste Allgemeine Deutsche *Arbeiterkongreß* zusammen, an dem die Vertreter von 31 Arbeitervereinen und drei Arbeiterkomitees aus 25 Städten teilnehmen. Es werden Selbsthilfemaßnahmen beschlossen und eine ansehnliche Reihe sozialer und politischer Forderungen aufgestellt, u. a. die Zulassung gewerkschaftlicher Organisationen. Treibende Kraft in diesem Kongreß ist *Stephan Born* aus Lissa/Posen, Schriftsetzer, Journalist seit 1846 in Kontakt mit Marx und Engels, seit April 1848 Leiter des „Zentralkomitees der Gewerke“ in Berlin.

26. August 1848

MALMÖ

WAFFENSTILL-
STAND
PREUSSEN—
DÄNEMARK

TRUPPEN-
RÜCKZUG

PREUSSISCH-
DÄNISCHE
REGIERUNGS-
BEHÖRDE FÜR
SCHLESWIG-
HOLSTEIN

WIEDER-
AUFNAHME
DER KÄMPFE

In Malmö unterzeichnen von Below für Preußen und von Bille sowie von Reedtz für Dänemark einen auf sieben Monate befristeten Waffenstillstand, den England vermittelt hat (vgl. 12. April 1848). Binnen 12 Tagen sind danach die Herzogtümer Schleswig und Holstein von dänischen sowie von deutschen Bundestruppen zu räumen, ausgenommen die in den Herzogtümern beheimateten Truppen. Für beide Herzogtümer wird eine gemeinsame Regierungsbehörde eingesetzt, für die Dauer des Waffenstillstandes, die im Namen des Königs von Dänemark in seiner Eigenschaft als Herzog von Schleswig und Holstein die Regierungsgewalt ausübt. Die Mitglieder dieser Regierungsbehörde werden zur Hälfte vom König von Dänemark, zur Hälfte vom König von Preußen ernannt. Über den Präsidenten haben sich die beiden Monarchen zu einigen. England wird ersucht, die Garantie für die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zu übernehmen. Die Ratifizierungsurkunden werden am 1. September in Malmö ausgetauscht werden. Darauf werden Friedensverhandlungen in London folgen (vgl. 12. Dezember 1848), die aber scheitern. Am 3. April 1849 wird der Kampf wieder aufgenommen werden.⁹

18. September 1848

In Frankfurt/Main spielt ein von politischen Agitatoren aufgewiegelter Pöbelhaufen „Französische Revolution“ und schlachtet unter nicht wiederzugebenden Mißhandlungen auf der Bornheimer Heide die Abgeordneten der Nationalversammlung, den Fürsten Felix von Lichnowski und den General Hans von Auerswald, buchstäblich ab. Die sogenannte „Deutsche Revolution“, die in Wirklichkeit nur ein Abklatsch der französischen ist, tritt nunmehr in das Stadium, in dem sie nur noch Ekel erregen kann.¹⁰

FRANKFURT-
BORNHEIMER
HEIDE

ABSCHLACH-
TUNG LICH-
NOWSKIS UND
AUERWALDS

5. Oktober 1848

In Wien wird die 1794 geschlossene Freimaurerloge „Zum heiligen Joseph“ von dem jüdischen Freimaurer Ludwig Lewis unter dem alten Namen wieder neu gegründet. Angesichts der Ereignisse, die noch am gleichen Abend beginnen (siehe unten) schließt sich ein Zufall aus. Diese Neugründung macht noch einmal ganz deutlich, daß 1848 als Fortsetzung von 1789 zu verstehen ist, in der Zielsetzung, in der Motivation und nicht zuletzt in den ekel-erregenden Begleiterscheinungen. Hier scheiden sich die Geister, damals wie heute.¹¹

WIEN

WIEDER-
ERÖFFNUNG
DER FREI-
MAURERLOGE
DURCH
LUDWIG LEWIS

6. Oktober 1848

Wien erlebt die dritte Welle der von Paris importierten Revolution mit Barrikadenkämpfen und mit der Ermordung des österreichischen Kriegsministers Theodor Graf Baillet von Latour. Der Sadismus des aufgehetzten Mobs tobt sich zügellos aus, wie wenige Wochen zuvor in Frankfurt (vgl. 18. September 1848). Die Massen stürmen das Zeughaus und bemächtigen sich der dort aufbewahrten historischen Waffen. Der geistesschwache Kaiser Ferdinand weicht mit dem Hof nach Olmütz aus, der österreichische Reichstag nach Kremsier in Mähren, wo er im Palast des Erzbischofs von Olmütz vom 22. November bis zum 7. März 1849 tagen wird.¹²

WIEN
ERMORDUNG
BAILLET
VON LATOURS
STURM AUF
DAS ZEUGHAUS
KAISERHOF
NACH OLMÜTZ
REICHSTAG
NACH
KREMSIER

27. Oktober 1848

Die Frankfurter Nationalversammlung stimmt für einen Verfassungsentwurf, der die Vereinigung eines Teiles des Deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern untersagt. Lediglich eine Personalunion soll künftig deutsche und nichtdeutsche Länder miteinander verbinden dürfen. Für Österreich würde eine solche Reichsverfassung eine grundlegende Umgestaltung seines Staatsverbandes erforderlich machen. Es wird den Entwurf daher ablehnen (vgl. 27. November 1848).

FRANKFURT

VERFASSUNGS-
ENTWURF

ABLEHNUNG
DURCH
ÖSTERREICH

WIEN ZURÜCK-
EROBERT
WINDISCH-
GRÄTZ
BAN JELLACHIN
ERSCHIESSUNG
DER
SCHULDIGEN
REGIERUNG
SCHWARZEN-
BERG

31. Oktober 1848

Wien wird von den Truppen des Fürsten Windischgrätz und dem wilden Kroatenheer des Ban Jellachich nach achttägigen blutigen Kämpfen mit den fanatischen Revolutionären erobert und sofort von der Außenwelt abgeschlossen. Die Einwohner werden entwaffnet, die Häuser durchsucht, Schuldige und Verdächtige verhaftet, Messenhauser, Becher, Jellinek und Robert Blum, der Führer der Frankfurter Linken, werden standrechtlich erschossen. Felix Fürst zu Schwarzenberg übernimmt die Regierung (vgl. 27. November 1848).¹³

4. November 1848

FRANKREICH
REPUBLICANI-
SCHE
VERFASSUNG

Die französische Nationalversammlung beschließt eine neue Verfassung mit betont republikanischem Gepräge. Die Regierung wird künftig vom Präsidenten der Republik geleitet werden, der unmittelbar vom Volke gewählt wird, jeweils für eine Amtsperiode von vier Jahren. Eine Wiederwahl ist nach dieser Verfassung ausgeschlossen. Die erste Präsidentenwahl wird am 10. Dezember durchgeführt werden (vgl. dort) und das zweite französische Kaiserreich anbahnen wie die 1. französische Revolution das 1. Kaiserreich angebahnt hat.

9. November 1848

PREUSSEN
NATIONALVER-
SAMMLUNG
VERTAGT UND
NACH BRAN-
DENBURG
VERLEGT
MASSLOSIGKEIT
DER REVO-
LUTIONÄRE

Der neuernannte preußische Ministerpräsident Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg (ein Sohn König Friedrich Wilhelms II.) und der Innenminister Otto von Manteuffel vertragen auf Befehl des Königs die preußische Nationalversammlung und verlegen gleichzeitig deren Sitz nach Brandenburg, um sie dem seit fünf Monaten anhaltenden Terror des revolutionären Pöbels in Berlin zu entziehen. Anlaß zu diesem Schritt ist ein neuer Verfassungsentwurf, der ebenso hemmungslos wie unrealistisch die Grundlagen der Monarchie in Preußen antastet, und ein Antrag, zugunsten der Revolution in Wien zu intervenieren.¹⁴

10. November 1848

BERLIN
WRANGEL
ENTWAFFNET
DIE „BÜRGER-
WEHR“
SCHLIESSUNG
ALLER KLUBS
UND VEREINE

Da die preußische Nationalversammlung ihre Sitzungen entgegen dem Verbot des Ministerpräsidenten, des Grafen von Brandenburg, fortsetzt, rückt der Oberbefehlshaber des Heeres, General von Wrangel, mit einem starken Truppenkontingent in Berlin ein, läßt das Sitzungsgebäude besetzen, den bewaffneten Pöbel, „Bürgerwehr“ genannt, entwaffnen und auseinanderjagen, alle Klubs und Vereine schließen und eine strenge polizeiliche Überwachung in der Stadt einrichten. Das alles wäre nicht

notwendig, wenn König Friedrich Wilhelm IV. am 18. März 1848 (vgl. dort) dem Rate seines Bruders, des Prinzen Wilhelm, gefolgt wäre und mehr Standfestigkeit gegenüber den Anfängen des revolutionären Aufruhrs bewiesen hätte. Es zeigt sich wiederum, daß Nachgiebigkeit am Anfang später zu um so größerer Härte zwingt. Die Furcht, unpopulär zu erscheinen, macht später den Mut zu weit größerer Unpopularität notwendig. Diese Erfahrung beginnt, dem König sein Amt zu verleiden.¹⁵

*POLIZEI-
REGIME*

15. November 1848

In Rom wird der Ministerpräsident des Kirchenstaates, den Papst Pius IX. in dieses Amt berufen hat, der Rechtsgelehrte Rossi bei der Eröffnung des Ständeparlaments auf den Stufen zum Ständehaus erdolcht, darauf der Quirinal vom aufgebrachten römischen Stadtpöbel unter Führung des „Fürsten“ von Canino (Bonaparte) umstellt und der Papst unter Drohungen gezwungen, ein radikales Ministerium unter Leitung Mamianis zu ernennen. Neun Tage später wird Pius IX. verkleidet aus Rom nach Gaeta fliehen, dort eine andere Regierung bilden und gegen alles, was in Rom geschieht, Protest einlegen, freilich vergeblich. Die übereilten liberalen Reformen, die der Papst zu Beginn seiner Amtszeit durchführte (vgl. 12. Januar 1848), wurden ihm nicht gedankt, sondern reizten den Pöbel und die Agitatoren der Revolution nur zu immer weitergehenden, hemmungslosen Forderungen. Unter anderem hatte man verlangt, der Papst solle Österreich den Krieg erklären (!), was er natürlich ablehnen mußte. Auch die Ausweisung der Jesuiten und die Gewährung einer ständischen Verfassung genügten den Aufrührern nicht. Der ermordete Rossi zog sich ihren Zorn zu, als er Maßnahmen ergriff, die vollständige Anarchie im Kirchenstaat zu verhindern.¹⁶

ROM

*ERMORDUNG
ROSSIS*

*MINISTERIUM
MAMIANI*

*PIUS IX.
FLIEHT NACH
GAETA*

27. November 1848

Der österreichische Ministerpräsident Felix Fürst zu Schwarzenberg (vgl. 31. Oktober 1848) lehnt den Verfassungsentwurf der Frankfurter Nationalversammlung (vgl. 27. Oktober 1848) ab und erklärt: „Österreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis.“

Damit ist die spätere „kleindeutsche Lösung“ bei der Bismarckschen Reichsgründung im wesentlichen schon vorgezeichnet, zumal der österreichische Reichstag in Kremsier sich voll und betont hinter Schwarzenbergs Erklärung stellt und den bestehenden Vielvölkerstaat einer Vereinigung mit Deutschland vorzieht.¹⁷

ÖSTERREICH

*SCHWARZEN-
BERG LEHNT
FRANKFURTER
VERFASSUNGS-
ENTWURF AB*

BRANDENBURG

ERÖFFNUNG DER PREUSSISCHEN NATIONAL- VERSAMMLUNG UND IHRE AUFLÖSUNG

In der Domkirche von Brandenburg wird die preußische Nationalversammlung von neuem eröffnet. Doch reicht die Zahl der dort erschienenen Mitglieder zur Beschlußfassung nicht aus. Ein Teil der oppositionellen Abgeordneten erscheint nur, um nochmals gegen die Verlegung von Berlin nach Brandenburg zu protestieren, unterstützt durch Aufruhr und drohende Erklärungen in den preußischen Provinzen Sachsen, Schlesien, Westfalen und Rheinland. Daraufhin wird die Regierung die preußische Nationalversammlung endgültig auflösen (vgl. 5. Dezember 1848).¹⁸

2. Dezember 1848

ÖSTERREICH ABDANKUNG FERDINANDS I. FRANZ JOSEPH I. BEGINNT 68JÄHRIGE REGIERUNGS- ZEIT

In Österreich dankt Kaiser Ferdinand I. im Alter von 55 Jahren nach 14 Regierungsjahren ab. Man hat dem geistig zurückgebliebenen Monarchen die Abdankung nahegelegt, da angesichts der revolutionären Wirren das Regentschaftssystem sich als nicht wirksam genug erweist. (Der Regentschaftsrat setzte sich aus vier Personen zusammen, zwei Erzherzögen und zwei Ministern.) Die Nachfolge tritt der 18jährige Neffe des Kaisers, Franz Joseph, an, nicht in Wien, sondern noch in Olmütz, und unter wenig verheißungsvollen Vorzeichen. Seine 68jährige (!) Regierungszeit wird vom Unglück gezeichnet sein.

5. Dezember 1848

PREUSSEN AUFLÖSUNG DER NATIONAL- VERSAMMLUNG STAATSVER- FASSUNG

König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen befiehlt, die preußische Nationalversammlung in Brandenburg aufzulösen, da sie ohnehin nicht beschlußfähig ist und die Abgeordneten der Opposition, soweit sie überhaupt in Brandenburg erschienen sind, weiterhin gegen die Verlegung aus Berlin protestieren. Die neue preußische Staatsverfassung, die eigentlich von dieser Nationalversammlung erarbeitet werden sollte, wird nunmehr vom König verkündet. Sie sieht neben dem Herrenhaus ein nach dem Dreiklassenwahlrecht gewähltes Abgeordnetenhaus vor und wird am 31. Januar 1850 in Kraft treten.

10. Dezember 1848

FRANKREICH PRÄSIDENTEN- WAHLEN SIEG LOUIS NAPOLEONS

In Frankreich werden zum erstenmal Präsidentenwahlen aufgrund der neuen Verfassung vom 4. November (vgl. dort) unmittelbar durch das Volk durchgeführt. Dabei erleidet der bisherige Ministerpräsident und Militärdiktator Cavaignac, der sich auf die gemäßigten Republikaner stützt, eine empfindliche Niederlage gegen den Prinzen Louis Napoleon, einen Neffen Kaiser Napoleons I. Dieser hat seine Kindheit zum Teil im Ausland verbracht und später einige mißglückte Putschversuche

gegen den Bürgerkönig Louis Philippe unternommen. Nunmehr erhält er bei den Wahlen 5,4 Millionen Stimmen, Cavaignac nur 1,4 Millionen.

12. Dezember 1848

Bei den Friedensverhandlungen zwischen Dänemark und Preußen bzw. dem Deutschen Bund in London (vgl. 26. August 1848) schlägt Lord Palmerston vor, das Herzogtum Schleswig solle eine eigene Verfassung erhalten und sowohl von Dänemark als auch von Holstein unabhängig werden. Preußen sowie das provisorische deutsche Reichsministerium stimmen dem Vorschlag zu. Dänemark lehnt ihn ab, verläßt sich dabei auf die Unterstützung Rußlands, Frankreichs sowie Österreichs und wird den Waffenstillstand von Malmö (vgl. 26. August 1848) am 23. Februar 1849 kündigen. Vgl. 3. April 1849.¹⁹

*DÄNEMARK—
PREUSSEN*

*FRIEDENSVER-
HANDLUNGEN
GESCHEITERT
DÄNEMARK
KÜNDIGT
WAFFENSTILL-
STAND*

15. Dezember 1848

Der österreichische Oberbefehlshaber Fürst Windisch-Grätz bricht zu einem Feldzug gegen Ungarn auf, da der ungarische Reichstag die Thronbesteigung Kaiser Franz Josefs (vgl. 2. Dezember 1848) nicht anerkennt und sich gegen alle Regierungshandlungen des neuen Kaisers verwahrt, solange dieser nicht traditionsgemäß in Budapest gekrönt ist und die ungarische Verfassung sowie die Rechte der ungarischen Stände beschworen hat. Das österreichische Heer nimmt die Städte Oedenburg, Preßburg, Raab u. a. und wendet sich gegen Budapest (vgl. 5. Januar 1849).²⁰

ÖSTERREICH

*FELDZUG
GEGEN
UNGARN*



5. Januar 1849

Fürst Windisch-Grätz (vgl. 15. Dezember 1848) hält seinen Einzug in Budapest, das tags zuvor von der ungarischen Armee unter Mitnahme aller Kriegsvorräte, der Stephanskronen und anderen Reichsinsignien sowie der Banknotenpresse geräumt wurde. Der Sprecher der ungarischen Unabhängigkeitsbewegung, der Rechtsanwalt Ludwig Kossuth weicht nach Debreczin aus, mit ihm der Landesverteidigungsausschuß und die Deputierten des ungarischen Reichstages. Unter den Deutschen Siebenbürgens richten Ungarn und Rumänen ein Blutbad an.¹

UNGARN
WINDISCH-
GRÄTZ IN
BUDAPEST
KOSSUTH
NACH
DEBRECZIN
BLUTBAD IN
SIEBENBÜRGEN

29. Januar 1849

Die französische Nationalversammlung faßt den Beschluß, ihre Sitzungsperiode bis zum Mai 1849 zu befristen und sich dann aufzulösen. Hinter diesem Beschluß steht der Einfluß der Armee, die sich von den Neuwahlen eine Wiederherstellung der Ära Cavaignac, d. h. eine neue Militärdiktatur verspricht, wenn nicht sogar die Wiederherstellung der Monarchie, auf jeden Fall ein stärkeres Frankreich als es das nachrevolutionäre darstellt.

FRANKREICH
NATIONAL-
VERSAMMLUNG
BESCHLIESST
IHRE
AUFLÖSUNG

Februar 1849

In Rom beruft nach der Flucht Pius IX. nach Gaeta (vgl. 15. November 1848) die republikanische Partei eine neue konstituierende Versammlung ein. Diese proklamiert in ihrer ersten Sitzung eine römische Republik und erkennt dem Papst die weltliche Macht ab, damit also auch seine Stellung als Staatsoberhaupt des Kirchenstaates. Pius antwortet mit dem Kirchenbann, was den demokratischen Volksclub zu einem satirischen Umzug durch die Straßen Roms veranlaßt. Das Papsttum erfährt seine tiefste Erniedrigung und Pius IX. muß sich sagen, daß er diese liberalen Geister selber gerufen, zumindest ermutigt hat (vgl. 12. Januar 1848). Eine Dreimännerregierung (Triumvirat) übernimmt die Verwaltung des ehemaligen Kirchenstaates, der sich jetzt „Freistaat“ nennt, um ihn gleichzeitig zum Kristallisationszentrum der Einigung Italiens und zum Mittelpunkt eines revolutionären Terrorismus zu machen. Kirchengut wird in kleine Pachtgüter für die Armen aufgeteilt. Der Marineoffizier Giuseppe Garibaldi aus Nizza, Anhänger des Demokratenführers Mazzini, organisiert eine starke Volkswehr.²

ROM
REPUBLIK
VERHÖHNUNG
DES PÄPSTL.
KIRCHEN-
BANNES
TRIUMVIRAT
GARIBALDI

*ÖSTERREICH
AUFLÖSUNG
DES REICHES-
TAGES
NEUE
VERFASSUNG
GLEICHBE-
RECHTIGUNG
DER NATIONA-
LITÄTEN*

4. März 1849

Wie in Preußen (vgl. 5. Dezember 1848), so wird nunmehr auch in Österreich der Reichstag zu Kremsier in Mähren aufgelöst und die neue Verfassung des österreichischen Gesamtstaates durch den jungen Kaiser Franz Joseph (vgl. 2. Dezember 1848) verkündet. Danach sollen innerhalb des Gesamtstaates alle Volksstämme gleichberechtigt sein und jeder Volksstamm ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache haben (§ 5). Diese Verfassung wird allerdings nur zwei Jahre in Kraft bleiben.

23. März 1849

*MORTARA
NOVARA
SIEGE RADETZ-
KYS ÜBER
PIEMONTE-
SARDINIEN
ABDANKUNG
KARL ALBERTS
VICTOR
EMANUEL II.*

Nachdem König Karl Albert von Piemont-Sardinien den Waffenstillstand mit Österreich (vgl. 25. Juli 1848) gekündigt hat, fügt ihm der greise Feldmarschall Radetzky bei Mortara und insbesondere bei Novara erneut entscheidende Niederlagen bei. Daraufhin wird Karl Albert zugunsten seines Sohnes Viktor Emanuel II. (1849—1878) abdanken und am 29. Juli desselben Jahres sterben. Die österreichischen Streitkräfte werden nach schweren Kämpfen Bologna und Ancona erobern und ein neapolitanisches Heer wird vom Süden her in den ehemaligen Kirchenstaat eindringen.³

28. März 1849

*FRANKFURT
REICHES-
VERFASSUNG
ERBLICHES
KAISERTUM
WAHL
FRIEDRICH
WILHELM IV.*

Die Frankfurter Nationalversammlung beschließt, unberührt von den soeben in Österreich und Preußen verkündeten Staatsverfassungen, eine Reichsverfassung. Danach soll an der Spitze des Reiches ein erblicher Kaiser stehen (für die Erbllichkeit kam nur eine Mehrheit von vier Stimmen zustande), neben ihm ein Reichstag mit zwei Kammern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus, das in allgemeinen und direkten Wahlen gewählt werden soll. Gleichzeitig mit dem Beschluß dieser Verfassung wird auch bereits eine Kaiserwahl durchgeführt. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen erhält 290 Stimmen bei 248 Enthaltungen. Vgl. 3. April 1849.

3. April 1849

*KRIEG
DÄNEMARKS
GEGEN
DEUTSCHEN
BUND*

Nachdem Dänemark den Waffenstillstand von Malmö (vgl. 26. August 1848) am 23. Februar 1849 gekündigt hat (vgl. 12. Dezember 1848,) wird der Kampf gegen die Truppen des Deutschen Bundes wieder aufgenommen. Die beiderseitigen Streitkräfte haben die Stellungen wieder bezogen, die sie bei Abschluß

des Waffenstillstandes innehatten. Es werden mehrere Gefechte stattfinden, bis am 10. Juli 1849, wiederum in Malmö, ein neuer Waffenstillstand zustande kommt. Ihm wird ein Jahr später, am 2. Juli 1850 der Friede von Berlin folgen, mit dem Preußen bzw. der Deutsche Bund die Herzogtümer Schleswig und Holstein ihrem Schicksal allein überlassen. Sie werden den Kampf gegen Dänemark allein weiterführen, so lange sie können (vgl. 2. August 1850).⁴

Auf mit knapper Mehrheit gefaßten Beschluß der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt (Paulskirche) vom 28. März (vgl. dort) bietet eine Abordnung unter Leitung von Eduard Simson König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die deutsche Kaiserkrone an. Der König erklärt der Delegation, er könne diese Würde nur mit Zustimmung aller deutschen Fürsten annehmen. Augenscheinlich ist er der Auffassung, daß ein Simson allenfalls die Krone König Davids anzubieten hat, aber nicht eine deutsche Kaiserkrone. Auch muß es ihn befremden, mit welcher Aufdringlichkeit ausgerechnet dieser Simson eine Rolle in der deutschen Nationalpolitik zu spielen sucht. Und schließlich ist dem König nach der selbstverschuldeten Demütigung im Vorjahre alles zutiefst verdächtig, was aus der Frankfurter Paulskirche kommt. In seinen Augen ist dieses Angebot eine Zumutung. Aus solchen Händen nimmt man keine Krone an, will man sich nicht von neuem erniedrigen und den Zudringlichkeiten dieser Sorte von Leuten aussetzen. Die Schmach von 1848 muß endlich ein Ende haben. Er wird seine Konsequenzen ziehen. Sechs Wochen später wird er sie der Öffentlichkeit mitteilen (vgl. 15. Mai 1849).⁵

14. April 1849

Der ungarische Reichstag in Debreczin (vgl. 5. Januar 1849) verkündet die Unabhängigkeit Ungarns von Österreich und setzt eine provisorische Regierung ein. Auf Antrag Ludwig Kossuths erklärt er das Haus Habsburg-Lothringen in Ungarn für abgesetzt. Kossuth selber wird zum Gouverneur bzw. Reichsverweser gewählt. Der ungarische Oberbefehlshaber Arthur Görgey wird zum Kriegsminister ernannt, verfolgt jedoch aufgrund seiner entscheidenden militärischen Erfolge gegen Österreich eigene Ziele. Neun Tage später, am 23. April, wird er Budapest nehmen, am 25. das kaiserliche Belagerungsheer von Komorn zum Rückzug zwingen.⁶

*FRIEDRICH
WILHELM IV.
LEHNT
DEUTSCHE
KAISERKRONE
AB:
NUR MIT
ZUSTIMMUNG
ALLER
DEUTSCHEN
FÜRSTEN,
NICHT AUS
DER
PAULSKIRCHE*

*UNGARN
UNABHÄNGIG*

*KOSSUTH
REICHS-
VERWESER*

*GÖRGEY
KRIEGS-
MINISTER*

28. April 1849

PREUSSEN
VERHAND-
LUNGEN
ÜBER NEUEN
DEUTSCHEN
BUNDESSTAAT

OHNE
ÖSTERREICH

Der Beauftragte für die Deutschlandpolitik Preußens, General Radowitz, lädt im Auftrage König Friedrich Wilhelms IV. die deutschen Regierungen zu Verhandlungen über die Bildung eines deutschen Bundesstaates nach Berlin ein. Das Ziel dieser preußischen Bestrebungen ist eine Union der regierenden deutschen Fürsten ohne Österreich. Ausschlaggebend dafür ist weniger ein Konkurrenzkampf Hohenzollern—Habsburg, als vielmehr die Erkenntnis, daß die außerdeutschen Besitzungen Österreichs einer deutschen Einigung eher hinderlich als förderlich sind. Vgl. 26. Mai 1849.⁷

3. Mai 1849

DRESDEN

AUFSTAND
HEUBNER
TZSCHIRNER
BAKUNIN
(SEMPER,
WAGNER)

KÖNIG UND
REGIERUNG
IN FESTUNG
KÖNIGSTEIN

PREUSSISCHE
TRUPPEN

In Dresden bricht unter Führung des Demokraten O. L. Heubner, des linksradikalen Advokaten S. F. Tzschirner und des russischen Anarchisten Bakunin ein Aufstand aus, angeblich, um die Anerkennung der Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März (vgl. dort) zu erzwingen. In Wirklichkeit werden schon zu Beginn rote Fahnen gezeigt, und verwilderte Pöbelmassen geben dem Aufruhr das gleiche Gesicht wie im Jahre zuvor in Frankfurt, Wien und Berlin. Auch sind weder Tzschirner noch Bakunin an einer deutschen Reichsverfassung interessiert. Tags darauf weichen König und Regierung in die Festung Königstein aus und fordern preußische Militärhilfe an, die sogleich gewährt wird. Vom 6. bis zum 9. Mai werden preußische Truppen in Dresden in Barrikadenkämpfen dem roten Spuk ein Ende bereiten. Belagerungszustand, Kriegsgerichte und Ausnahmegesetze werden in Kürze die Ordnung wiederherstellen. Auf seiten der Aufrührer haben auch der Hofbaumeister Gottfried Semper und der Hofkapellmeister Richard Wagner gekämpft. Ihres Bleibens ist danach in Dresden länger nicht mehr.⁸

15. Mai 1849

PREUSSEN

ABBERUFUNG
DER ABGE-
ORDNETEN
AUS
FRANKFURT
KÜNDIGUNG
DER MILIT.
UND DIPLM.
MITARBEIT

König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen legt in einer Proklamation die Gründe dar, die ihn zur Ablehnung der von der Nationalversammlung in Frankfurt unter Simson angebotenen Kaiserkrone bewogen haben. (Vgl. 3. April 1849.) Gleichzeitig beruft er die preußischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung ab, was deren Auflösung zur Folge hat, und kündigt dem von der Nationalversammlung bestellten Reichsverweser, dem Erzherzog Johann, die Unterstellung der preußischen Diplomatie und Truppen auf. Er legt ihm sogar nahe, das Amt des Reichsverwesers an Preußen übergehen zu lassen. Das wird der Erzherzog am 24. Mai ablehnen. Friedrich Wilhelm will die

weitere Entwicklung der deutschen Einigung von Berlin aus gesteuert sehen. Doch widersetzen sich einem Bundesstaat unter Führung Preußens gerade Bayern, Sachsen und Hannover, die für den Gedanken einer „Deutschen Union“ durchaus zu haben sind. So kommt es zunächst nur zu dem Provisorium des „Dreikönigsbündnisses“ vom 26. Mai 1849 (vgl. dort).⁹

17. Mai 1849

In Klausenburg/Siebenbürgen verurteilt ein ungarisches Kriegsgericht den deutschstämmigen Pfarrer und Pädagogen Stephan Ludwig Roth, einen Schüler und Mitarbeiter Pestalozzis, wegen „Feindbegünstigung“ zum Tode. Roth hatte sich gegen die Magyarisierung Siebenbürgens gewandt und sieben Jahre zuvor in seiner Schrift „Der Sprachenkampf in Siebenbürgen“ für den Behördenschriftverkehr die Beibehaltung des Lateinischen als neutraler Sprache gefordert. Darin erblicken die fanatisch-nationalen Ungarn eine Begünstigung Österreichs.

SIEBENBÜRGEN

*TODESURTEIL
GEGEN ROTH*

21. Mai 1849

Während ungarische Truppen unter dem Oberbefehl Görgeys (vgl. 14. April 1849) auch die Stadt Ofen erobern und Ludwig Kossuth als ungarischer Reichsverweser seinen Einzug in Budapest hält, treffen in Warschau der junge Kaiser Franz Joseph I. und Zar Nikolaus I. zusammen und vereinbaren eine russische Intervention gegen Ungarn. Der Zar erkennt in der Erhebung Ungarns gegen Österreich eine Verkoppelung republikanischer mit nationalistischen Bestrebungen, die auch die russische Monarchie gefährden kann. Bereits zehn Tage später werden zwei russische Armeen mit zusammen etwa 120 000 Mann unter dem Befehl von Paskiewitsch und Graf Rüdiger über Krakau und Dukla die ungarische Grenze überschreiten. Die Österreicher rücken unter dem General Julius Freiherrn von Haynau, einem Sohn des Kurfürsten Wilhelm I. von Hessen-Kassel, von ihrer Grenze aus ostwärts und der Ban Jellachin dringt von Süden her in Ungarn ein. Kaiser Franz Joseph I. begibt sich persönlich an die Front, um seinen Truppen neuen Mut zu machen.¹⁰

UNGARN

*KOSSUTH IN
BUDAPEST*

*WARSCHAU
TREFFEN
FRANZ
JOSEPHS UND
NIKOLAUS' I.*

*PASKIEWITSCH
UND RÜDIGER
RÜCKEN IN
UNGARN EIN*

26. Mai 1849

In Berlin schließen Preußen, Sachsen und Hannover das sogenannte Dreikönigsbündnis, von vornherein nur als ein Provisorium gedacht und auf ein Jahr befristet, das den Grund zu einem engeren Staatenbund *innerhalb* einer Deutschen Union legen soll. Allen Mitgliedern des Deutschen Bundes steht der Beitritt

BERLIN

*DREIKÖNIGS-
BÜNDNIS*

VERFASSUNGS- ENTWURF

REICHSVOR- STAND OHNE KAISERTITEL

ABLEHNUNG

zu diesem Bündnis frei. Zugleich wird ein Verfassungsentwurf vorgelegt, der einen Zweikammer-Reichstag vorsieht sowie ein Fürstenkollegium mit sechs Mitgliedern und dem König von Preußen als Reichsvorstand (ohne Kaisertitel). Noch am selben Tage werden diese Vorschläge allen deutschen Regierungen durch ein Rundschreiben der preußischen Regierung (Graf von Brandenburg) mitgeteilt. Sie werden aber keine Zustimmung finden, sondern eine Gegengründung hervorrufen (vgl. 27. Februar 1850).¹¹

noch Mai 1849

FRANKREICH WAHLSIEG DER KONSER- VATIVEN

Bei den Neuwahlen zur französischen Nationalversammlung, die sich nach ihrem Beschluß vom 29. Januar 1849 (vgl. dort) selbst aufgelöst hat, erleiden die gemäßigten Republikaner eine empfindliche Niederlage. Es kommt eine eindrucksvolle Mehrheit der vereinigten konservativen Fraktionen zustande. Andererseits nehmen auch die Stimmen der Sozialisten wieder zu. Die Hoffnungen, die die Armee in die Neuwahlen gesetzt hat, erfüllen sich vorerst noch nicht (vgl. 31. Oktober 1849).

18. Juni 1849

STUTTGART SPRENGUNG DES FRANKFURTER „RUMPF- PARLAMENTS“

Die württembergische Regierung läßt die Reste der Frankfurter Nationalversammlung, die sich als „Rumpfparlament“ in Stuttgart niedergelassen haben, auseinander Sprengen. Zuvor hatten Österreich und Preußen ihre Abgeordneten aus Frankfurt abberufen. Zahlreiche andere Abgeordnete waren nach Ablehnung der Reichsverfassung durch Österreich und Preußen freiwillig aus der Versammlung ausgeschieden. Die Verquickung des Reichsgedankens mit demokratischen Utopien nichtdeutscher Herkunft und mit geheimbündlerischem Hintergrund hat sich als unzuverlässig erwiesen.¹²

3. Juli 1849

FRANZÖSI- SCHE TRUPPEN IN ROM OUDINOT MILITÄR- HERRSCHAFT

Ein französisches Heer unter dem Befehl von General Oudinot, das auf den Hilferuf des Papstes hin bereits im April in Civitavecchia gelandet ist, dringt nach zwei Monate währendender Einschließung Roms, blutigen Kämpfen und wiederholten Rückschlägen unter schweren Verlusten endlich in die Stadt ein. Die provisorische Regierung dort wird aufgelöst und eine französische Militärherrschaft errichtet. Mazzini und Garibaldi (vgl. noch Februar 1849) gelingt die Flucht. Der Papst bleibt vorerst in Gaeta. Der ehemalige Kirchenstaat wird von Räuberbanden unsicher gemacht.¹³

12. Juli 1849

Der österreichische Oberbefehlshaber General von Haynau erobert die ungarischen Städte Ofen und Budapest zurück und verhängt ein hartes Strafgericht über die Hauptstadt, insbesondere über die Judengemeinden, die den ungarischen Aufstand gegen die Habsburger Monarchie gefördert haben. Besitz, Ausgabe oder Annahme der ungarischen Banknoten, die Kossuth hat drucken lassen, werden unter Todesstrafe gestellt. Da diese Banknoten monatelang als vollgültiges Geld im Umlauf waren, entstehen erhebliche Vermögensverluste.¹⁴

UNGARN

HAYNAU
EROBERT
BUDAPEST

STRAFGERICHT

23. Juli 1849

Preussische Truppen unter dem Befehl des aus England zurückgekehrten Prinzen Wilhelm (des späteren Königs und Kaisers Wilhelm I.) erobern die Festung Rastatt und werfen den republikanischen Aufstand in Baden und der Pfalz nieder. Der Großherzog Leopold von Baden ist nach Frankfurt geflohen und hat dort die preussische und Bundes-Militärhilfe angefordert. Wie in Dresden (vgl. 3. Mai 1849), so wird auch hier mit der gebotenen Härte die Ordnung wiederhergestellt. Preussische Standgerichte verhängen im Namen des badischen Landesherrn 27 Todesurteile.¹⁵

RASTATT

PREUSSISCHE
TRUPPEN
BEENDEN
AUFSTAND
IN BADEN
UND PFALZ

6. August 1849

Zwischen Österreich und dem jungen König Victor Emanuel von Piemont-Sardinien wird Frieden geschlossen. Großbritannien und Frankreich haben dabei vermittelt, nachdem der Waffenstillstand vom 26. März von der piemontesischen Abgeordnetenkammer abgelehnt worden war und in Genua sogar einen Aufruhr zur Folge hatte. Die aufgebrachte Menge wollte den Krieg gegen Österreich trotz der eindeutigen Niederlage fortsetzen. Die Kammer mußte erst aufgelöst, der Aufstand niedergeschlagen werden, bevor der Friede zustandekommen konnte.¹⁶

ÖSTERREICH—
PIEMONTE

FRIEDENS-
SCHLUSS

13. August 1849

Zwei Tage nach der Abdankung des ungarischen Reichsverwesers Ludwig Kossuth in Arad, wohin er mit seiner Regierung ausgewichen war, und nach der Übernahme der diktatorischen Gewalt durch Görgey kapitulierte dieser mit 30 000 Mann und 120 Kanonen vor dem russischen General Graf Rüdiger in Vilagos. Er hat bereits zuvor mit den Russen in geheimer Verbindung gestanden, nicht mit den Österreichern, und wird nach der Ka-

UNGARN

ABDANKUNG
KOSSUTHS

KAPITULATION
GÖRGEYS

pitulation in Klagenfurt unbehelligt, wenn auch interniert, leben können. Kossuth und andere Führer des Aufstandes fliehen in die Türkei. Vgl. 6. Oktober 1849¹⁷

30. August 1849

*RADETZKY
IN VENEDIG*
*MANIN FLIEHT
NACH
FRANKREICH*
*AUFSTAND IN
ITALIEN
VORERST
BEENDET*

Der greise österreichische Feldmarschall Radetzky hält seinen Einzug in Venedig, nachdem die Stadt fünf Tage zuvor nach dreizehn Monate währendem Widerstand kapituliert hat. Daniel Manin, die Seele der Verteidigung Venedigs, flieht nach Frankreich. Damit hat Österreich das gesamte lombardisch-venezianische Königreich wieder fest in der Hand. In Mittel- und Unteritalien sind die legitimen Herrscher wieder voll in ihre Rechte eingetreten. Papst Pius IX. bereut bitter die Liaison mit dem Liberalismus in seinen ersten Regierungsjahren. In ganz Europa ist die Freimaurerrevolte von 1848/49, die sich des aufkommenden Nationalismus als Vorspann bediente, vorerst noch einmal abgeschlagen. Auch nationale Führer mußten dabei fallen, weil sie sich mit den Kräften der Auflösung und Zersetzung eingelassen hatten. Diese eigentlich treibenden Kräfte aber sind noch weitgehend unerkannt geblieben. Sie werden weiterwirken.¹⁸

6. Oktober 1849

UNGARN
*HINRICHTUNGEN
IN ARAD*
*BATTHYANY
ERSCHOSSEN*

In der ungarischen Festung Arad werden am Jahrestag der Ermordung des österreichischen Kriegsministers Latour (vgl. 6. Oktober 1848) neun ungarische Generale erhängt und vier erschossen, unter ihnen Träger ältester ungarischer Adelsnamen. Hunderte weiterer Todesurteile werden verhängt und vollstreckt. In Budapest wird der frühere Ministerpräsident Graf Batthyány, ebenfalls zum Galgentode verurteilt, nach einem Selbstmordversuch erschossen. Die Ungarn büßen nicht nur für ihren eigenen Aufstand sondern auch stellvertretend für die ganze von Frankreich eingeschleppte Revolution von 1848/49.¹⁹

31. Oktober 1849

FRANKREICH
*REGIERUNGS-
UMBILDUNG
RÜCKTRITT
TOCQUEVILLES*
*DIKTATUR
LOUIS
NAPOLEONS*

Die französische Regierung, die aus den Maiwahlen hervorgegangen ist, wird umgebildet. Dabei verlieren die gemäßigten Republikaner vollends an Einfluß, da der Außenminister Alexis Clérel *Tocqueville*, ein bedeutender Historiker und Staatsmann (1805—1859) seinen Abschied nehmen muß. Er erkannte die Schwächen der parlamentarischen Demokratie ebenso deutlich wie die Unzulänglichkeit des Bürgerkönigs Louis Philippe, aber auch des derzeitigen Präsidenten der Republik, des Prinzen Louis Napoleon. Dieser wird nun, nach dem Sturz Tocquevilles sein Amt in zunehmend diktatorischer Manier versehen.²⁰

noch Dezember 1849

Der von der Frankfurter Nationalversammlung am 27. Juni 1848 (vgl. dort) gewählte Reichsverweser, Erzherzog Johann, legt dieses Amt nieder, nachdem er und die Minister des Schattenkabinetts („Reichsregierung“) ein halbes Jahr lang ohne Nationalversammlung auf ihren Sesseln ausgeharrt haben. Der Sinn dieser stillen Demonstration war die Aufrechterhaltung des Anspruchs Österreichs auf die Reichsführung und der Widerstand gegen die Bestrebungen Preußens, diese Würde ohne Österreich an sich zu ziehen.

FRANKFURT

ERZHERZOG
JOHANN
LEGT SEIN
AMT NIEDER

noch 1849 (ohne nähere Datierung)

Der neue britische Gouverneur in Indien, Lord *Dalhousie*, liquidiert das Reich der Sikhs am oberen Indus, nachdem General Gough einen Versuch dieses Volkes, die britische Herrschaft abzuschütteln, in zwei Feldzügen in Lahore und Kaschmir niedergeworfen hat. Der Schatz des greisen Herrschers *Rundschid Sing* geht in britischen Besitz über, damit auch der berühmte Diamant Kohinor („Lichtberg“), der in den britischen Kronschatz wandert. Bis 1856 wird der gesamte Pandschab in britischer Hand sein.²¹

INDIEN

DALHOUSIE
LIQUIDIERT
REICH
DER SIKHS

KOHINOR



6. Februar 1850

König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen legt in feierlicher Regierungssitzung den Eid auf ein am 31. Januar zwischen Volksvertretung und Regierung vereinbartes konstitutionelles Staatsgrundgesetz ab. Daran hat der neugewählte preußische Landtag mitgewirkt, in dem die Demokraten nicht vertreten sind, da sie sich an den Wahlen nach dem Drei-Stände-Wahlrecht nicht beteiligt haben. Zur selben Zeit erwirbt Preußen die Hohenzollernschen Stammlande in Schwaben, die von den Fürsten von Sigmaringen und Hechingen vertraglich abgetreten werden.¹

PREUSSEN

STAATS-
GRUNDGESETZ
VOM KÖNIG
BESCHWOREN

27. Februar 1850

Als Gegenründung gegen das Dreikönigsbündnis vom 26. Mai 1849 (vgl. dort) schließen Bayern und Württemberg ebenfalls mit Sachsen und Hannover ein „Vierkönigsbündnis“. Auch dieser Zusammenschluß soll den Kern eines erneuerten Deutschen Bundes bilden, kann es aber ohne Preußen ebensowenig wie das Dreikönigsbündnis ohne Bayern.²

„VIERKÖNIGS-
BÜNDNIS“ MIT
BAYERN UND
WÜRTTEMBERG

11. März 1850

In Preußen wird ein umfassendes Organisationsgesetz erlassen, durch das „ein harmonisches Gesamtgefüge aller Kräfte der Selbstverwaltung“ von der Gemeindeordnung bis zur höchsten Staatsgewalt erzielt werden soll. Die Gemeindeordnung hebt alle persönlichen Befreiungen und Privilegien innerhalb der Gemeinde auf und stellt die Gleichberechtigung aller Bürger fest. Die Gemeinden wählen die Kreisversammlungen, diese die Regierungsbezirksräte, denen jeweils eine Provinzialvertretung übergeordnet ist. Vgl. noch Mai 1851.³

PREUSSEN

ORGANISA-
TIONSGESETZ

NEUE
GEMEINDE-
ORDNUNG

15. März 1850

König Wilhelm I. von Württemberg bezeichnet in seiner Thronrede die Idee eines deutschen Einheitsstaates als „das gefährlichste aller Traumbilder“ und das Bündnis zwischen Preußen, Sachsen und Hannover vom 26. Mai 1849 (vgl. dort) als einen „künstlichen Sonderbundsversuch, auf den politischen Selbstmord der Gesamtheit berechnet“. Gegen Preußen wird er so

WÜRTTEMBERG

KÖNIG GEGEN
PREUSSISCHE
POLITIK

ABBRUCH DER
DIPLOMA-
TISCHEN
BEZIEHUNGEN

ausfallend, daß die Regierung in Berlin die diplomatischen Beziehungen zu Württemberg für einige Zeit abbrechen wird. Stuttgart stellt sich ganz auf die Seite Österreichs und stellt die Verfassung von 1819 wieder her.⁴

KURHESSEN

In Kurhessen spricht die Kammer dem vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm wieder berufenen ehemaligen Minister *Hassenpflug* das Mißtrauen aus und verweigert ihm die geforderte Kreditbewilligung zur Aufnahme einer erheblichen Anleihe. Daraufhin läßt der Kurfürst die Kammer auf unbestimmte Zeit vertagen. Infolgedessen werden die hessischen Gerichte und Verwaltungsbehörden der Regierung wegen ihres verfassungswidrigen Verhaltens den Gehorsam verweigern. Auch die Steuerzahlung wird eingestellt werden. *Hassenpflug* wird mit Verhängung des Belagerungszustandes antworten und die Intervention des deutschen Bundestages anrufen. Vgl. weiter 9. Oktober 1850.⁵

MISSTRAUENS-
VOTUM GEGEN
HASSENPFUG

KAMMER
VERTAGT

BELAGERUNGS-
ZUSTAND

20. März 1850

ERFURTER
PARLAMENT
ERÖFFNET

In der Augustinerkirche in *Erfurt* tritt das *Parlament* der Deutschen Union zusammen (vgl. 26. Mai 1849), der inzwischen alle deutschen Staaten *außer* Bayern, Holstein, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und Württemberg beigetreten sind, aus der sich aber Hannover und Sachsen wieder zurückgezogen haben. Die Wahlen zum Volkshaus des Erfurter Parlaments wurden am 31. Januar 1850 durchgeführt. Dabei hat die bundesstaatliche oder Gothaer Partei, die für ein Erbkaisertum eintritt, mit 100 Abgeordneten die Mehrheit erhalten. Sie setzt sich für Annahme der Frankfurter Reichsverfassung von 28. März 1849 (vgl. dort) ein. Ihr gegenüber steht die äußerste Rechte unter Führung des Juden Friedrich Julius *Stahl* (eigentlich *Jolson* oder auch *Schlesinger*), der sowohl das Recht als auch den Staat in seiner Rechtsphilosophie unmittelbar von Jehova herleitet. Sie lehnt die Frankfurter Verfassung ab, da sie dem monarchischen Prinzip zuwiderlaufe, und befindet sich damit im scharfen Gegensatz zum Präsidenten des Hauses, dem Juden *Eduard Simson* (vgl. 3. April 1849). *Bismarck* als gewählter Schriftführer hat die Meinungsverschiedenheiten der beiden jüdischen Juristen in diesem „deutschen“ Parlament zu protokollieren.⁶

WAHLSIEG DER
„GOTHAER
PARTEI“

STAHL CONTRA
SIMSON

BISMARCK
PROTOKOLL-
FÜHRER

19. April 1850

WASHINGTON
CLAYTON-
BULWER-
VERTRAG

In Washington unterzeichnen *Clayton* für die USA und *Bulwer* für Großbritannien den „Clayton-Bulwer-Vertrag“, eine Konvention zur Sicherung und Neutralität der Landenge von Panama für den geplanten Kanal zwischen Atlantischem und Pazi-

fischem Ozean. Keiner der beiden Vertragspartner soll Exklusivrechte an dem zu bauenden Kanal erstreben, Befestigungen anlegen oder ein Protektorat über die Anliegerstaaten errichten. Die Kanalzone soll Neutralität besitzen. Die Vertragspartner werden den Kanal „schützen vor Störung, Besitznahme oder ungerechter Konfiskation und sie werden seine Neutralität in der Weise garantieren, daß der genannte Kanal für immer offen und frei bleibt . . .“ (Art. 5). Er soll „gebaut und erhalten werden . . . als Schiffsverbindung zwischen den zwei Ozeanen zum Nutzen der Menschheit, bei gleichen Bedingungen für alle . . .“ (Art. 6). Die privaten Unternehmer des Kanalbaus sollen bis zur Fertigstellung unter dem Schutz der vertragschließenden Mächte stehen (Art. 7). Der Vertrag wird bis zum 18. November 1901 (vgl. dort) in Kraft bleiben und dann durch den „Hay-Pauncefote-Vertrag“ abgelöst werden, mit dem die USA Großbritannien aus dem Projekt hinausdrängen.⁷

PANAMA-KANAL

NEUTRALITÄT
DER
KANALZONE
GARANTIERT

27. April 1850

Im Erfurter Volks- und Staatenhaus, den beiden Kammern der von Preußen betriebenen *Union* (vgl. 20. März 1850), wird dem Verfassungsentwurf vom 26. Mai 1849 (vgl. dort) unter Berücksichtigung aller Änderungswünsche der beteiligten Regierungen zu den einzelnen Punkten seine endgültige, abschließende Formulierung gegeben. Den entscheidenden Beitrag zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen hat die „Gothaer Partei“ (die „erbkaiserliche“ Partei der Frankfurter Nationalversammlung vom 18. Mai 1848) geleistet. Der Entwurf bedarf nun noch der Annahme durch die beteiligten Regierungen (vgl. 8. Mai 1850).⁸

ERFURT

VERFASSUNGS-
ENTWURF FÜR
„DEUTSCHE
UNION“
BESCHLOSSEN

8. Mai 1850

In Berlin beginnt der von Preußen einberufene *Fürstenkongreß* der an der „Union“ (vgl. 26. Mai 1849) beteiligten deutschen Staaten. Er soll über die in Erfurt beschlossene Verfassung (vgl. 27. April 1850) entscheiden. Insbesondere Kurfürst Friedrich Wilhelm von Hessen-Kassel (Kurhessen) und sein Minister Hasenpflug werden die Annahme hintertreiben. Letzterer hat es sich zum Ziel gesetzt, „die Union von innen heraus zu sprengen“. Bis zum Ende des Kongresses am 16. Mai wird man sich lediglich auf ein provisorisches Fürstenkollegium oder Unionsministerium einigen, d. h. auf eine provisorische Verlängerung des Dreikönigsbündnisses ohne feste Form.⁹

BERLIN

FÜRSTEN-
KONGRESS DER
„DEUTSCHEN
UNION“
SCHEITERT
AN KURHESSEN
(HASSENPFUG)

2. Juli 1850

FRIEDEN VON
BERLIN
PREUSSEN—
DÄNEMARK

Preußen schließt für den Deutschen Bund mit Dänemark den *Frieden von Berlin* (vgl. 3. April 1849). Danach bleibt es dem König von Dänemark überlassen, alle zur Bewältigung des Widerstandes in Schleswig-Holstein dienlichen Mittel anzuwenden. Auch sagt Preußen darin seine Mitwirkung bei der Einführung einer alle Staaten des dänischen Königreiches umfassenden Erbfolgeordnung zu. Daraufhin knüpfen die beiden Herzogtümer direkte Verhandlungen mit Dänemark an und entschließen sich nach dem Scheitern dieses Versuches, den Kampf allein weiterzuführen (vgl. 24./25. Juli 1850).¹⁰

SCHLESWIG-
HOLSTEIN
KÄMPFT ALLEIN
WEITER

LONDON

In London stirbt der konservative Staatsmann Sir Robert *Peel*, vier Jahre nachdem die Aufhebung der Getreidezölle den Sturz seiner Regierung herbeiführte. Er hat 1842 in England die Einkommensteuer eingeführt und 1844 die Bankakte durchgesetzt, die gesetzliche Grundlage für die Errichtung der Bank von England und den Banknoten-Umlauf. Sie trägt seinen Namen (Peelsakte) und schränkt die Ausgabe nicht durch Gold gedeckter Banknoten erheblich ein. Wenn dieses Gesetz auch später sehr aufgelockert werden wird, kann Peel dennoch als der Begründer des Finanzwesens im britischen Weltreich gelten.¹¹

TOD ROBERT
PEELS

19. Juli 1850

ÖSTERREICH
LÄDT ZUR WIE-
DERERÖFFNUNG
DES
DEUTSCHEN
BUNDESTAGS

Veranlaßt durch das Scheitern des Berliner Fürstenkongresses (vgl. 8. Mai 1850) versendet die österreichische Regierung ein Rundschreiben an die Regierungen aller deutschen Staaten, in dem sie die *Wiedereröffnung des Bundestages* für den 1. September ankündigt, „da in der Rückkehr zu einem durch die bisherigen Vorgänge nur verdunkelten, aber nicht verschütteten Rechtsboden das einzige Mittel zur Lösung der Verfassungsfrage in Deutschland erkannt werden müsse“. Vgl. 1. September 1850.¹²

24./25. Juli 1850

SCHLESWIG-
HOLSTEIN
NIEDERLAGE
BEI IDSTEDT

Bei Idstedt (Schleswig) erleiden die schleswig-holsteinischen Streitkräfte, die den Kampf gegen Dänemark nach dem Frieden von Berlin (vgl. unter 2. Juli 1850) allein wieder aufgenommen haben, eine entscheidende Niederlage. Damit erlischt der Widerstand Schleswigs gegen die dänische Herrschaft. Holstein kann sich aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Bund dem totalen Zugriff Dänemarks vorerst noch entziehen (vgl. 2. August 1850, 29. November 1850 und 18. Februar 1852).¹³

noch Juli 1850

Im Großherzogtum Hessen-Darmstadt (nicht zu verwechseln mit Hessen-Kassel [Kurhessen]) entläßt Großherzog Ludwig III. die Regierung *Jaup*, die im Mai 1848 berufen wurde. Jaup führte ein neues liberales Wahlgesetz für beide Kammern ein und schloß 1849 Hessen-Darmstadt der preußischen Unionspolitik (vgl. 26. Mai 1849) an. Nunmehr wird er durch von *Dalwigk* ersetzt, der eine nach Österreich orientierte Außenpolitik treiben und 1854 eine Konvention mit dem Bischof von Mainz, v. Ketteler, schließen wird, die den Forderungen der Katholischen Kirche weitgehend entgegenkommt.¹⁴

HESSEN-
DARMSTADT

REGIERUNGS-
WECHSEL
JAUP—
DALWIGK
KONVENTION
MIT BISCHOF
VON MAINZ

2. August 1850

In London unterzeichnen Vertreter Dänemarks, Großbritanniens, Frankreichs, Rußlands und Schwedens ein Protokoll („1. Londoner Protokoll“), mit dem sie sich für die *Erhaltung und Integrität des dänischen Gesamtstaates*, also einschließlich der Herzogtümer Schleswig und Holstein, aussprechen, ohne diese jedoch zu garantieren, wie es Dänemark und Rußland wünschten. Preußen unterzeichnet das Protokoll nicht. Österreich tritt ihm nur unter dem Vorbehalt bei, daß die Rechte des Deutschen Bundes (in Holstein) gewahrt bleiben. Diesem Vorbehalt wird in Artikel 2 des Protokolls ausdrücklich stattgegeben.¹⁵

ERSTES
LONDONER
PROTOKOLL

INTEGRITÄT
GESAMT-
DÄNEMARKS

25. August 1850

Auf die Ankündigung der Wiedereröffnung des deutschen Bundestages durch Österreich hin (vgl. 19. Juli 1850) lehnt es die preußische Regierung nochmals ab, „zur Wiederherstellung der alten Bundesverfassung, die sich als unzureichend für die Bedürfnisse der Nation erwiesen habe und den feierlichen Verheißungen so vieler Regierungen entgegen sei, die Hand zu bieten“ (Weber). Infolgedessen werden vom 1. September an (vgl. dort) zwei deutsche Bundesregierungen ohne allgemeine Anerkennung nebeneinander bestehen, das Fürstenkollegium (ohne die beiden Hessen) unter preußischer und der Bundestag in Frankfurt unter österreichischer Führung. Doch wird dieser Zustand schon ein Vierteljahr später durch die Olmützer Punktuation (vgl. 29. November 1850) zugunsten Österreichs und des Bundestages in Frankfurt wieder beendet werden.¹⁶

PREUSSEN
LEHNT
WIEDERER-
ÖFFNUNG DES
FRANKFURTER
BUNDESTAGS
AB

ZWEI DEUT-
SCHE „BUNDES-
REGIERUNGEN“

1. September 1850

In Frankfurt wird der Bundestag des Deutschen Bundes von neuem eröffnet, nachdem die deutschen Mittel- und Kleinstaaten diesem gegenüber den Unionsbestrebungen Preußens den Vorzug

FRANKFURT

ERÖFFNUNG
DES
BUNDESTAGS

gegeben haben. Die Österreichische Regierung des Fürsten Schwarzenberg hat nach der endgültigen Niederwerfung des ungarischen Aufstandes (vgl. 6. Oktober 1849) der preußischen Deutschlandpolitik entschieden entgegengewirkt, eine Konferenz der Österreich zuneigenden Staaten nach Frankfurt einberufen und zur Wiedereröffnung des Bundestages eingeladen, der kein Parlament ist wie die Nationalversammlung, sondern sich aus Vertretern der Regierungen zusammensetzt.

12. September 1850

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

NIEDERLAGE
BEI MISSUNDE

WILLISEN

Die schleswig-holsteinische Armee unter dem Befehl von Generalleutnant von Willisen unternimmt einen Sturm auf die dänische Verschanzung am Schlei-Übergang bei *Missunde*, wird aber zurückgeschlagen und zieht sich, wie nach der Schlacht bei Idstedt (vgl. 24./25. Juli 1850), in die Festung Rendsburg zurück. Danach weicht anhaltendes Regenwetter alle Wege derart auf, daß die militärischen Operationen eingestellt werden müssen. Zwar will die Truppe trotzdem kämpfen, aber Willisen hält jede Unternehmung angesichts der Bodenverhältnisse für aussichtslos. Vgl. 4. Oktober 1850.¹⁷

21. September 1850

KURHESSEN

FRANKFURTER
BUNDES-
VERSAMMLUNG
STÜTZT
HASSENPFUG

Der „engere Rat“ der Frankfurter Bundesversammlung, von der Mehrzahl der deutschen Staaten noch nicht wieder anerkannt (vgl. 1. September 1850), beschließt auf Betreiben des kurhessischen Innenministers Hassenpflug, daß das Verfahren der kurhessischen Ständeversammlung einer Steuerverweigerung gleichkomme, daß hinfort allen Anforderungen der Regierung Folge zu leisten sei und daß, falls der Widerstand fort dauere, der Bundesversammlung die Verpflichtung obliege, der Landesregierung die zur „Wiederherstellung der Ordnung“ erforderliche Hilfe zu leisten.¹⁸

4. Oktober 1850

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

NIEDERLAGE
BEI
FRIEDRICHS-
STADT
WILLISEN
VON DER HORST

Der Befehlshaber der schleswig-holsteinischen Armee, Generalleutnant von Willisen (vgl. 12. September 1850) unternimmt einen letzten Versuch, eine Waffenentscheidung gegen Dänemark herbeizuführen und stürmt die von dänischen Truppen besetzte Stadt Friedrichstadt. Es gelingt auch, in die Stadt einzudringen, aber dann wird Willisen wie bei Idstedt und Missunde zurückgeschlagen. Die Schleswig-Holsteiner verlieren dabei 700 Mann. Die Statthalterschaft der beiden Herzogtümer ersetzt daraufhin von Willisen durch den General von der Horst. Doch

wird die Punctuation von *Olmütz* (vgl. 29. November 1850) die Fortsetzung des Kampfes gegen Dänemark unmöglich machen. Vgl. 11. Januar 1851.¹⁹

9. Oktober 1850

Unter dem Einfluß seines Innen- und Justizministers *Hassenpflug* (vgl. 15. März 1850) setzt Kurfürst Friedrich-Wilhelm von Hessen den verfassungstreuen Oberbefehlshaber der hessischen Streitkräfte, General *Bauer*, ab. Daraufhin reicht das gesamte hessische Offizierskorps geschlossen seinen Abschied ein und begründet diesen Schritt mit der Weigerung, verfassungswidrigen Maßnahmen seinen Beistand zu leihen. *Hassenpflug* ruft abermals die Intervention des deutschen Bundestages an, diesmal die *bewaffnete* Intervention, die dann auch erfolgen wird. Vgl. 1. November 1850.²⁰

KURHESSEN
ABSETZUNG
DES GENERAL
BAUER
OFFIZIERS-
KORPS NIMMT
GESCHLOSSEN
ABSCHIED
INTERVENTION
DES
BUNDESTAGS

11. Oktober 1850

In Bregenz am Bodensee treffen Kaiser Franz Joseph von Österreich und die Könige von Bayern und Württemberg zusammen, um sich ihrer gegenseitigen Unterstützung gegen Preußen zu versichern. Der Konflikt scheint einem Kriege entgegenzureifen. Sowohl das Nebeneinander von Fürstenkollegium (der preußischen Unionsbestrebungen) und Bundestag als auch der Verfassungskampf in Kurhessen und der Krieg in Schleswig-Holstein verschärfen diesen Konflikt. In beiden Angelegenheiten hat die Frankfurter Bundesversammlung bereits — ohne Preußen — ihre Entscheidungen getroffen.²¹

BREGENZ
TREFFEN KAI-
SER FRANZ
JOSEPHS MIT
DEN KÖNIGEN
VON BAYERN
UND
WÜRTTEMBERG
KONFLIKT MIT
PREUSSEN

1. November 1850

In Hessen-Kassel (Kurhessen) rückt auf die Anrufung der bewaffneten Intervention des Deutschen Bundestages durch den Minister *Hassenpflug* hin (vgl. 9. Oktober 1850) ein bayerisch-österreichisches Korps, begleitet vom Grafen *Rechberg* als Bundeskommissar, in Hanau ein. Gleichzeitig besetzen preußische Truppen Kassel und Fulda, da Kurhessen noch zur Union des „Dreikönigsbündnisses“ (vgl. 26. Mai 1849) gehört, der es am 7. August 1849, also noch vor der Wiederberufung *Hassenpflugs*, beitrug. Am 8. November wird es bei Bronzell zu einer Gefechtsberührung der beiden Interventionsarmeen kommen. Ein Krieg Preußen-Österreich scheint unvermeidlich. Doch wird drei Wochen später Preußen in *Olmütz* (vgl. 29. November 1850) auf seine Unionspolitik und damit auch auf die Intervention in Kurhessen verzichten und das Land den „Strafbayern“

KURHESSEN

MILIT. INTER-
VENTION DES
DEUTSCHEN
BUNDES

GLEICHZEITIG
AUCH
INTERVENTION
PREUSSENS

GEFECHTS-
BERÜHRUNG
BEI BRONZELL

RECHBERG
BUNDES-
KOMMISSAR

überlassen. Der Bundeskommissar Graf Rechberg wird die hessischen Truppen entlassen, die Bürgerwehren entwaffnen, die Steuern durch Bundesexekutive eintreiben lassen. Die gesetzmäßige Justiz wird durch Kriegsgerichte ersetzt, die Behörden und Gerichte durch Strafeinquantierungen zur Anerkennung der Regierungspolitik Hassenpflugs gezwungen. Vgl. weiter: noch April 1852.²²

29. November 1850

PUNKTUA-
TION
VON OLMÜTZ

KURHESSEN
UND
HOLSTEIN DER
VERFÜGUNG
PREUSSENS
ENTZOGEN

VERZICHT
AUF
„DEUTSCHE
UNION“

BUNDES-
EXEKUTIVE
GEGEN
HOLSTEIN

In Olmütz unterzeichnen der österreichische Staatskanzler Fürst Schwarzenberg und für die preußische Regierung von Manteuffel die sogenannte Olmützer Punctuation, mit der Kurhessen und Holstein der Verfügung Preußens entzogen und wieder dem Mitspracherecht der in Frankfurt vertretenen Mitglieder des Deutschen Bundes zugänglich gemacht werden. Das bedeutet für Holstein praktisch die Auslieferung an Dänemark (vgl. 18. Februar 1852), für Preußen den Verzicht auf die Pläne einer „Deutschen Union“ unter Führung Preußens. Der Vertrag kommt auf Drängen Rußlands und durch russische Vermittlung (von Meyendorff) zustande. Schwarzenberg sowohl wie der preußische Außenminister von Radowitz waren bereit, es über dem Streit um die Vorherrschaft im Deutschen Bund zum Kriege kommen zu lassen, und Preußen hat bereits die Mobilmachung verkündet. Doch weiß König Friedrich Wilhelm IV. seine Armee auf einen solchen Kampf nicht vorbereitet, läßt Radowitz fallen, gibt dem russischen Druck nach und entsendet von Manteuffel nach Olmütz. Österreich wird gegen Holstein, das sich dem 1. Londoner Protokoll (vgl. 2. August 1850) nicht fügen will, die Bundesexekutive durchsetzen.²³

21. Dezember 1850

BUNDES-
TRUPPEN
IN KASSEL

RECHBERG
STÜTZT
HASSENPFLUG

Österreichische und bayerische Bundestruppen ziehen in das von den Preußen geräumte Kassel ein und geben dem Bundeskommissar, dem Grafen Rechberg, den nötigen Rückhalt, um durch Einquantierungen und Amtsenthebungen dem Kurfürsten und seiner Regierung Hassenpflug zur Durchsetzung ihrer Absichten zu verhelfen. Eine Woche später, am 27. Dezember, werden diese daher aus Wilhelmsbad bei Hanau, wohin sie am 13. September ausgewichen sind, nach Kassel zurückkehren. Die Mitglieder des hessischen Landesausschusses werden zu mehrjähriger Festungshaft verurteilt.²⁴

23. Dezember 1850

Entsprechend den Vereinbarungen von Olmütz (vgl. 29. November 1850) eröffnet der österreichische Staatskanzler Fürst Schwarzenberg die *Dresdener Konferenzen*, Ministerialkonferenzen der deutschen Bundesstaaten, bei denen über eine Verfassungsreform des Deutschen Bundes beraten wird. Über die Ergebnislosigkeit dieser Konferenzen vgl.: noch Januar 1851. Sie ziehen sich bis zum 15. Mai 1851 hin. Am Ende einigen sich Österreich und Preußen auf eine Wiederherstellung des Bundes Tages in seiner alten Form.²⁵

noch 1850 (ohne nähere Datierung)

Die belgische Regierung *Frère-Orban* muß den Plan einer Vergrößerung der Armee und einer Erneuerung der Befestigungsanlagen, wie sie besonders Brialmont fordert, wieder fallen lassen. Die liberale Mehrheit in der Kammer will die dafür notwendigen Gelder nicht bewilligen. Sie vertritt die Auffassung, die Sicherheit Belgiens sei durch die von den Großmächten garantierte Neutralität hinreichend gewährleistet. Die Regierung, von den Liberalen gebildet, wird hier von ihrer eigenen Partei im Stich gelassen. Acht Jahre später wird sich der gleiche Vorgang noch einmal wiederholen.²⁶

Im Gesamtgebiet der deutschen Länder sind zu dieser Zeit noch etwa zwei Drittel der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Doch nimmt ihr Anteil rasch ab und wird um 1880 nur noch knapp die Hälfte der Berufstätigen ausmachen. Damit verändert sich auch die Lebensauffassung breiter Schichten, die seelische Grundstimmung und damit auch das politische Bewußtsein. Die innere Unzufriedenheit wächst auch dann, wenn sich die materielle Situation bessert. Zwar heißt es: „Stadtluft macht frei“, aber sie zerstört auch bei sehr vielen das innere Gleichgewicht.²⁷

In Preußen gehören um 1850 noch drei Viertel der Einwohner zur Landbevölkerung. Doch hat sich auch in dieser durch die Bauernbefreiung ein grundlegender Strukturwandel vollzogen. Von den ursprünglichen sogenannten Kossätenfamilien im ostelbischen Raum, Kättern, die zum Frondienst verpflichtet waren, aber über ein eigenes Heim mit Hausacker, Garten, Kuh und Schwein verfügten, sind nun 70 Prozent sowohl vom Frondienst als auch von ihrem Eigentum „befreit“. Die Hälfte der ostelbischen Landbevölkerung sind „freie“, landlose Arbeiter geworden, 20 Prozent Tagelöhner mit eigenem Land und 30 Prozent Vollbauern. Diese, das konservative Element, sind poli-

DRESDENER
KONFERENZEN

VERFASSUNGS-
REFORM FÜR
DEN DEUT-
SCHEN BUND
GESCHEITERT

BELGIEN

VERZICHTET
AUF ARMEE-
VERSTÄRKUNG

FRERE-ORBAN

DEUTSCHE BE-
VÖLKERUNGS-
STRUKTUR

ZWEI DRITTEL
LAND-
WIRTSCHAFT

FOLGEN DER
LANDFLUCHT

PREUSSEN
DREI VIERTEL
LAND-
BEVÖLKERUNG

FOLGEN DER
BAUERN-
BEFREIUNG

GROSS-
GRUNDBESITZ
IN LIBERAL-
BÜRGERLICHEN
HÄNDEN

tisch eine Minderheit gegenüber Großgrundbesitzern und Landarbeitern, die beide zum Liberalismus tendieren. Denn ein großer Teil des Großgrundbesitzes ist in bürgerliche Hände übergegangen, beinahe zwei Drittel, und durchaus liberal eingestellt. Die „ostelbischen Junker“ stellen nur noch eine sehr kleine Minderheit dar. Claassen schreibt sogar: „Bereits 1848 waren es diese liberalen Großgrundbesitzer, die in erster Linie die Revolution machten.“ Sie haben sich dem „Fortschritt“ verschrieben.²⁸

noch 1850 (ohne nähere Datierung)

ECUADOR
ABSETZUNG
NOBOAS

In Ecuador setzt eine Junta, die sich in Guayaquil gebildet hat, den Staatspräsidenten der klerikalen Partei, *Diego Noboa*, ab, läßt ihn gefangennehmen und ausweisen. An seiner Stelle wird der Führer der Radikalen Partei, General *Josè Maria Urbina* Präsident und Diktator. Er nimmt seinen Sitz nicht in Neugranada, der Residenz der Konservativen, sondern in Guayaquil. Ein totaler Wandel in den innenpolitischen und kirchlichen Verhältnissen ist die Folge und wird die Konservativen zu dem Versuch veranlassen, die Macht wieder an sich zu reißen (vgl.: noch März 1852).²⁹

DIKTATUR
URBINAS IN
GUAYAQUIL

5. Januar 1851

Der Präsident der französischen Republik, Prinz Louis Napoleon, setzt den Kommandeur der Pariser Nationalgarde, den General Nicolas Théodule *Changarnier* ab, da dieser einerseits großen Einfluß auf die Armeeführung hat, andererseits sich der Nationalversammlung gegenüber loyal verhält. Es wird dem Präsidenten gelingen, sich der Armeeführung zu versichern und die Präfekturen sowie andere einflußreiche Ämter nach und nach mit Männern zu besetzen, die ihm ergeben oder von ihm abhängig sind.¹

FRANKREICH

ABSETZUNG
CHANGARNIERSARMEE HINTER
LOUIS
NAPOLEON

11. Januar 1851

Die schleswig-holsteinische Landesversammlung erklärt ihre Unterwerfung unter die Beschlüsse des Deutschen Bundes. Unmittelbar zuvor haben Österreich sowohl wie auch Preußen die Einstellung der Feindseligkeiten gegen Dänemark gefordert und den beiden Herzogtümern mit der Bundesexekutive gedroht, wie sie gerade in Kurhessen zugunsten des Kurfürsten und der Regierung Hassenpflug zur Anwendung kam. Die Regierungen in Wien und Berlin erblicken in dem deutschen Nationalismus der Herzogtümer Schleswig und Holstein lediglich den Ausdruck revolutionärer Gesinnung gegen den monarchischen Gedanken. Das Prestige des Königs von Dänemark erscheint ihnen wichtiger als das Nationalbewußtsein der Bevölkerung in den betroffenen Herzogtümern. Die schleswig-holsteinische Armee wird aufgelöst. Die Statthalter legen ihr Amt nieder. An ihre Stelle tritt eine Regierung, die von Dänemark, Österreich und Preußen gemeinsam ernannt wird. Zahlreiche Offiziere und Mannschaften der aufgelösten Armee werden nach Brasilien auswandern. Holstein wird von Hamburg bis Rendsburg durch österreichische Truppen besetzt. Schleswig wird vollständig Dänemark überlassen. Unter der Regierung von *Tillisch* wird dort jede Verbindung zu Holstein unterbrochen, entgegen dem alten Gelöbnis König Christians I. von Dänemark (seit 1460), daß die Lande blieben „ewich tosamende ungedeler“. Das gemeinsame Oberappellationsgericht wird beseitigt, an der Eider eine Zollgrenze geschaffen, in den Städten Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern sowie in etwa dreißig großenteils rein deutschsprachigen Kirchspielen zwangsweise die dänische Spra-

SCHLESWIG-
HOLSTEIN
UNTERWIRFT
SICHAUFLÖSUNG
DER ARMEEAUS-
WANDERUNG
NACH
BRASILIENTRENNUNG
SCHLESWIGS
VON HOLSTEINREGIERUNG
TILLISCH

ZWANGS- DÄNISIERUNG

che im Kirchen- und Schulgebrauch eingeführt. Auch dänische Pfarrer und Lehrer werden dort eingesetzt. Vgl. weiter 18. Februar und 8. Mai 1852.²

DRESDENER KONFERENZEN SCHWARZEN- BERG MANTEUFFEL EINIGUNG AUF WIEDERHER- STELLUNG DES ALTEN BUNDESTAGS

noch Januar 1851

In Ausführung der Punctuation von Olmütz (vgl. 29. November 1850) treffen der österreichische Minister von Schwarzenberg und der preußische Minister Manteuffel zu den „*Dresdener Konferenzen*“ zusammen, kommen aber dort zu keinem Ergebnis hinsichtlich einer Neuorganisation des Deutschen Bundes. Als einziger Ausweg bleibt die Wiederherstellung des alten Bundestages, zu der sich die preußische Regierung nunmehr bereitfindet. Sie wird dort künftig wieder vertreten sein, auch um von dieser Basis aus weiteren Verfassungskämpfen vorbeugen zu können.³

2. Februar 1851

ZENTRAL- AMERIKA CARRERA BESIEGT BEI ARADA DIE FÖDERALISTEN

In Zentralamerika, dessen Föderation schon seit 1842 nur noch dem Namen nach besteht, erringt der Halbindianer *Carrera* in seinem seit 1838 geführten Rassenkrieg gegen die Herrschaft der Weißen bei Arada einen Sieg über die Streitkräfte der Föderalisten. Damit ist die Wiederherstellung der Föderation auf lange Sicht unmöglich geworden und es werden nur noch zweiseitige Verträge zwischen den einzelnen zentralamerikanischen Staaten zustandekommen, von mannigfachen Rivalitäten untereinander und Parteienkämpfen im Inneren unwirksam gemacht.⁴

15. Februar 1851

MECKLENBURG LANDTAG VON MALCHIN AUFHEBUNG DES STAATS- GRUND- GESETZES

In Mecklenburg beschließt der *Landtag von Malchin*, in dem die Ritterschaft über die Mehrheit verfügt, das in den Revolutionsjahren 1848/49 eingeführte Staatsgrundgesetz wieder abzuschaffen. An die Stelle der Abgeordnetenversammlung tritt wieder der Landtag als Vertretung der Stände, in dem der Großgrundbesitz, die Verwaltungsbeamtenschaft und die lutherische Kirche die Atmosphäre bestimmen. In der Folgezeit werden in Mecklenburg liberale und demokratische Bestrebungen unter Verfolgung gestellt und mit Härte unterdrückt werden. Die Folge ist eine anwachsende Auswanderung.⁵

27. März 1851

PREUSSEN LÄDT NACH FRANKFURT EIN

Im Zuge der scheiternden Dresdener Konferenzen zur Reform der deutschen Bundesverfassung (vgl. 23. Dezember 1850 und: noch Januar 1851) fordert die preußische Regierung die ehemaligen Mitglieder der auf preußische Initiative hin entstande-

nen kleindeutschen Union (vgl. 26. Mai 1849) auf, künftig wieder Delegierte in den deutschen Bundestag in Frankfurt zu entsenden. Damit ist nicht nur der Gedanke der Union endgültig aufgegeben, sondern auch Brucks Plan zu einer mitteleuropäischen Wirtschaftseinheit aus Deutschem Zollverein und Österreichisch-ungarischer Doppelmonarchie.⁶

ENDE DER UNIONSPLÄNE

14. April 1851

In Preußen wird ein neues Strafgesetzbuch ausgegeben. Es nennt als Strafbestände u. a. „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, „Vergehen gegen die öffentliche Ordnung“, „ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung“, Vergehen „gegen die Heiligkeit“ und „gegen die Sittlichkeit“ sowie das Vergehen der „Gotteslästerung“. Das Gesetzbuch erfährt scharfe Kritik von seiten der Liberalen. Insbesondere werden die darin zum Ausdruck kommenden „puritanischen Anschauungen“ gerügt. Daraufhin wird ein neues Pressegesetz folgen (vgl. 12. Mai 1851).⁷

PREUSSEN

NEUES STRAF- GESETZBUCH

20. April 1851

Im Zuge der Erneuerung der absolutistischen Regierungsweise in Österreich („Neoabsolutismus“) wird der Reichstag durch einen Reichsrat mit nur noch beratender Funktion ersetzt. Seine Mitglieder werden nicht gewählt sondern ernannt. Den Vorsitz führt Kübeck. Mit der Bildung dieser Körperschaft beginnt der planmäßige Abbau der an die Revolutionäre gemachten Zugeständnisse und der vorgetäuschten Repräsentation einer denkunselbständigen Volksmenge durch internationalistische, antimonarchistische Demagogen. Vgl. weiter 17. August 1851.⁸

ÖSTERREICH

„NEOABSOLU- TISMUS“

REICHSRAT STATT REICHSTAG

12. Mai 1851

Die preußische Regierung erläßt ein neues Pressegesetz, das sogar vorbeugende Polizeimaßnahmen und erhebliche Strafen vorsieht. Es kommt einer Zensurvorschrift nahe. Gleichzeitig werden für die Beamtenschaft einschneidende Disziplinarbestimmungen verfügt. Für Staatsverbrechen wird ein besonderer Staatsgerichtshof errichtet. Die Schwurgerichte sind dafür nicht mehr zuständig. Die Bestimmungen eines eventuell zu verhängenden Belagerungszustandes werden ebenfalls durch ein strenges Gesetz festgelegt. Kurz: man tut alles, um die Vorgänge von 1848 unwiederholbar zu machen (vgl. Vorwort zu diesem Bande).⁹

PREUSSEN

NEUES PRESSEGESETZ

VERSCHÄRFTE DISZIPLINAR- BESTIMMUNGEN STAATS- GERICHTSHOF

**BERGBAU-
GESETZ**

**NUR FORMALE
BERGBAU-
FREIHEIT**

Gleichzeitig wird durch ein neues *Bergbaugesetz* das Recht des Staates an aufgefundenen unterirdischen Bodenschätzen formal eingeschränkt. Alle dem Grundeigentümer nicht ausdrücklich vorenthaltenen Mineralien werden damit theoretisch jedermann zur Aufsuche und Gewinnung freigegeben. Da aber buchstäblich *alle* überhaupt in Betracht kommenden Mineralien und Salze dem Grundeigentümer vorenthalten bleiben, gibt es die durch das Gesetz formal gebotene Bergbaufreiheit tatsächlich auch fernerhin *nicht*. Auch das Gesetz vom 21. Mai 1860 wird daran nichts ändern. Lediglich in der Provinz Sachsen ist die Gewinnung der Kohle, in Schlesien die der Eisenerze und in Hannover die der Salze und Solquellen dem Grundeigentümer freigegeben.¹⁰

23. Mai 1851

**ENGELS
AN MARX
ÜBER
POLEN**

Friedrich Engels richtet einen Brief an Karl Marx, in dem es unter anderem heißt, nach dem Untergang des Zarismus in Rußland werde „Polen absolut keine raison d'être mehr“ haben. Dann müsse man „den Polen im Westen abnehmen, was man kann, ihre Festungen unter dem Vorwand des Schutzes mit Deutschen okkupieren . . ., sie ins Feuer schicken, ihr Land ausfressen“. — Die imperialistische Denkweise sitzt offenbar auch den Schöpfern des wissenschaftlichen Sozialismus im Kopfe, eine bemerkenswerte Begleiterscheinung zum Kommunistischen Manifest.¹¹

noch Mai 1851

**PREUSSEN

ORGANISA-
TIONSGESETZ
AUSSER KRAFT**

**ALTE KREIS-
UND PROVIN-
ZIALORDNUNG**

In Preußen wird auf Antrag der Ersten Kammer das Organisationsgesetz vom 11. März 1850 (vgl. dort) mit Hilfe von drei Ministerial-Verordnungen wieder außer Kraft gesetzt und die alte ständische Kreis- und Provinzialordnung mit den Vorrechten der Rittergutsbesitzer wiederhergestellt. Für die verschiedenen Landesteile werden drei verschiedene Städteordnungen geschaffen, bei den Gemeindewahlen wieder die Drei-Stände-Wahl eingeführt und in der Gemeindebesteuerung auch wieder die alten Befreiungen und Bevorzugungen zugelassen.¹²

4. Juli 1851

**PREUSSEN

GESETZ ÜBER
BELAGERUNGS-
ZUSTAND**

In Preußen regelt ein neues Gesetz die Bedingungen des *Belagerungszustandes*. Es wird zwanzig Jahre später vom Deutschen Reich übernommen werden, ausgenommen von Bayern, und legt fest, inwieweit die allgemeinen Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten für die Dauer des erklärten Belagerungszustandes außer Kraft gesetzt werden und welche Eingriffe sich der einzelne

Staatsbürger in seine Persönlichkeits- und Eigentumsrechte gefallen lassen muß, die sonst durch die Verfassung strikt verboten sind. Der Belagerungszustand kann nicht nur im Kriegsfall sondern auch bei inneren Unruhen verhängt werden.¹³

26. Juli 1851

Die französische Nationalversammlung lehnt eine Revision der bestehenden Verfassung ab. Diese Revision wird von den Anhängern des Präsidenten Louis Napoleon gefordert und soll dessen Wiederwahl ermöglichen, da seine Amtszeit im darauffolgenden Jahr ablaufen wird und nach der bestehenden Verfassung eine Wiederwahl nicht möglich ist. Mit der Ablehnung der geforderten Revision spricht sich die Nationalversammlung ihr Todesurteil. Sie wird nur noch vier Monate bestehen (vgl. 2. Dezember 1851).¹⁴

FRANKREICH

*NATIONAL-
VERSAMMLUNG
GEGEN
VERFASSUNGS-
REVISION*

17. August 1851

In Österreich wird im Zuge des sich anbahnenden „Neoabsolutismus“ (vgl. 20. April 1851) die Ministerverantwortlichkeit aufgehoben, d. h. die politische Verantwortungspflicht der Ressortminister gegenüber der Volksvertretung. Da der Reichsrat seit dem 20. April 1851 (vgl. dort) nur noch beratende Funktion hat, war diese Ministerverantwortlichkeit ihm gegenüber ohnehin nicht mehr gegeben. Sie wird aber nunmehr ausdrücklich als nicht mehr in Kraft erklärt. Damit wird der Aufhebung der Verfassung durch die Sylversterpatente vom 31. Dezember 1851 (vgl. dort) schon vorgegriffen.¹⁵

ÖSTERREICH

*AUFHEBUNG
DER
MINISTER-
VERANTWORT-
LICHKEIT*

1. September 1851

In Havanna auf Kuba wird von den spanischen Behörden der General *Lopez* dem Scharfrichter übergeben und hingerichtet. Er hat versucht, mit Waffengewalt die Insel Kuba zum Abfall von Spanien und zum Anschluß an die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu zwingen. Doch ist das Unternehmen gescheitert und Lopez ergriffen worden. Seine Hinrichtung führt zu einem gefährlichen Spannungsverhältnis zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten, während gleichzeitig die spanische Regierung mit Großbritannien einen Ausgleich sucht.¹⁶

KUBA

*GENERAL LOPEZ
HINGERICHTET*

*ZUNEHMENDE
SPANNUNG
SPANIEN—USA*

7. September 1851

Preußen schließt nach geheimen Verhandlungen mit Hannover ein Handelsabkommen und gewährt ihm darin Vorteile hinsichtlich der Einfuhrzölle. Diesem Abkommen werden sich in Kürze auch die Mitglieder des „Steuervereins“ anschließen, der 1834

*HANDELS-
VERTRAG
PREUSSEN—
HANNOVER*

**BEITRITT DES
„STEUER-
VEREINS“**

**SÜD-
DEUTSCHER
WIDERSTAND**

als Gegen gründung gegen den von Preußen geschaffenen Zollverein entstand, nämlich Oldenburg, Braunschweig, Lippe-Schaumburg. Das wiederum erregt den Unwillen der süddeutschen Länder, die Preußen die Absicht unterstellen, die deutsche Zolleinheit zu zerstören, und daher versuchen, Österreich mit einzubeziehen. Das aber kann Preußen nicht zulassen, schon der zerrütteten österreichischen Finanzen wegen nicht. Vgl. noch: April 1852.¹⁷

Oktober 1851

**HANNOVER
BUNDESTAGS-
BESCHLUSS ZUR
ERHALTUNG
DER PROVIN-
ZIALLAND-
SCHAFTEN**

In *Hannover* erwirken die ritterschaftlichen Großgrundbesitzer einen Beschluß des deutschen Bundestages, „daß vorerst mit Gesetzen und Verfügungen gegen die bestehenden *Provinziallandschaften* innezuhalten sei“. Im Geiste der Revolution von 1848 war eine Umgestaltung dieser Provinziallandschaften (Ständetage in den Provinzen) beschlossen worden aber noch nicht durchgeführt. Die Hannoversche Regierung kann den beabsichtigten Einspruch gegen die Einmischung des Bundestages in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht mehr erheben, da sich durch den Tod König Ernst Augusts die Verhältnisse in Hannover grundlegend ändern werden (vgl. 18. November 1851).¹⁸

noch Oktober 1851

**SPANIEN
KONKORDAT
MIT ROM
WACHSENDER
EINFLUSS DER
HOFCAMA-
RILLA**

Spanien schließt ein Konkordat mit dem Vatikan in Rom, das der Kurie und dem Klerus in Spanien selbst weitgehende Befugnisse einräumt. Damit wird eine Entwicklung eingeleitet, die bis zum Jahresende der Hofcamarilla um die Königin-Mutter Maria Christina zu entscheidendem innenpolitischen Einfluß verhilft und schließlich zum Sturz des Ministers *Narvaez*, Herzog von Valencia, führen wird. Königin Isabella II. steht dieser Entwicklung um so hilfloser gegenüber, als sie ihrer Niederkunft entgeht. Vgl. auch: noch Februar 1852.¹⁹

18. November 1851

**HANNOVER
TOD ERNST
AUGUSTS
GEORG V.
ÜBER-
ZEUGTER
ARISTROKAT**

In Hannover stirbt König Ernst August. Sein blinder Sohn folgt ihm als Georg V. auf den Thron. Als überzeugter Anhänger einer aristokratischen Staatsordnung steht dieser natürlich allen Errungenschaften der Revolution von 1848 ablehnend gegenüber. Infolgedessen werden nicht nur die Provinziallandschaften (vgl. Oktober 1851) unangetastet bleiben, sondern es wird sich eine Entwicklung anbahnen können, die mit der Außerkraftsetzung der Verfassung von 1848 enden wird. Vgl. 12. April 1855, 16. Juni 1855 und 1. August 1855.²⁰

2. Dezember 1851

Der Präsident der französischen Republik, Prinz Louis Napoleon, löst die Nationalversammlung unter Bruch seines Eides auf die bestehende Verfassung auf und läßt ihre angesehensten Mitglieder verhaften, unter ihnen die Generäle Cavaignac und Changarnier sowie den Dichter Victor Hugo. Sie werden aus Frankreich verbannt werden. In Paris, Lyon und einigen anderen Städten erheben sich die Republikaner und die Sozialisten gegen diese Gewaltaktion. Doch wird es der Armee, die hinter dem Prinzen steht, am 3. und 4. Dezember gelingen, die Aufständischen in Barrikadenkämpfen niederzuwerfen.²¹

FRANKREICH

STAATSTREICH
LOUIS
NAPOLEONS

UNRUHEN IN
PARIS
UND LYON

8. Dezember 1851

In Frankreich bricht ein allgemeiner Aufstand aus, der durch den Staatsstreich des Prinzen Napoleon (vgl. 2. Dezember 1851) ausgelöst wurde. Er wird blutig niedergeworfen. Mehr als tausend überzeugte Republikaner, die sich nicht noch einmal einer Diktatur unterwerfen wollen, bezahlen ihren Widerstand mit dem Leben. Zahlreiche Deputierte müssen das Land verlassen. Andere, 66 an der Zahl, werden verbannt, noch andere auf die Teufelsinsel deportiert. Aber die Mehrheit des Volkes und die Kirche stehen hinter dem Prinzen.²²

FRANKREICH

AUFSTAND
BLUTIG
NIEDER-
GEWORFEN

VERBAN-
NUNGEN

31. Dezember 1851

In Österreich setzen die kaiserlichen Patente die Reichsverfassung außer Kraft, die Kaiser Franz Joseph ohnehin noch nicht beschworen hat. Mit diesen Patenten wird Österreich wieder eine absolute Monarchie. Die Minister sind wieder nur noch dem Kaiser verantwortlich, und der Staatsrat wird zum Rat des Kaisers und der Krone erklärt. Die Restauration wird keine Unruhe in den Völkern der Donaumonarchie hervorrufen. Die Agitatoren sind fort und die Massen aus sich heraus an der Staatsform nicht sonderlich interessiert. — Zugleich mit der Verfassung vom März 1849 und den Grundrechten werden durch die „Sylvesterpatente“ auch das öffentliche Gerichtsverfahren, die Geschworenengerichte sowie die vom Grafen Stadion geschaffene Gemeindeverfassung beseitigt. Von den „Errungenschaften“ der Revolution von 1848 in Österreich bleiben lediglich die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und die Aufhebung der Grundlasten, d. h. der an das Eigentum an Grund und Boden gebundenen Frondienste und Zehntenabgaben. Vgl. auch 5. April 1852.²³

ÖSTERREICH

„SYLVESTER-
PATENTE“

VERFASSUNG
AUSSER
KRAFT

ÖFFENTLICHE
GERICHTS-
VERFAHREN
ABGESCHAFFT

noch 1851 (ohne nähere Datierung)

AUSTRALIEN

HARGRAVES FINDET GOLD IM BATHURST DISTRICT

In Australien findet der Engländer Edward H. *Hargraves* Goldfelder im Bathurst district von Neusüd Wales. Noch im selben Jahre werden auch im Süden von Victoria reiche Edelmetallfunde gemacht. Infolgedessen wird die Bevölkerung Australiens in den folgenden zehn Jahren von 405 000 auf 1 146 000 anwachsen. Danach wird sich dieses schnelle Wachstum aufgrund der Goldfunde in Tasmanien, Queensland und Nordwestaustralien weiter fortsetzen und die Erforschung und Erschließung des Erdteils wesentlich fördern (vgl. noch 1861).

CHINA

TOD KAISER TOA-KUANGS

HSIEN-FENG NACHFOLGER

TAIPING- AUFGSTAND TIEN-TE

In China tritt nach dem Tode Kaiser Toa-kuangs (1821—1851) aus der Mandschu-Dynastie der 19jährige Prinz Hsien-feng die Nachfolge an. Unter seiner Regierung weitet sich der seit 1850 wütende *Taiping-Aufstand* des religiösen Fanatikers *Tien-te* immer weiter aus. (Vgl. auch: noch März 1853.) Er wird bis zum Jahre 1865 nahezu drei viertel Chinas verwüsten, während gleichzeitig im Norden des Reiches eine Anarchie von Räuberbanden um sich greift. Eine wirksame Bekämpfung des Taiping-Aufstandes wird erst 1860 mit Hilfe einer aus europäischen Abenteurern gebildeten Truppe unter Führung des britischen Obersten Charles George *Gordon* (vgl. 26. Januar 1885), der „ever victorious army“ möglich werden.²⁴

noch 1851 (ohne nähere Datierung)

LONDON

REUTERBÜRO

JOSAPHAT

ENGLÄNDER

BERLIN

WOLFFS NACHRICHTEN- BÜRO

MONOPOL- STELLUNG

Paul Julius *Reuter* (eigentlich I. B. Josaphat, geb. 1816 in Kassel) verlegt sein 1849 in Paris gegründetes und noch im selben Jahr nach Aachen überführtes *Telegraphenbüro* nach London. Die geschäftlichen und politischen Erwartungen, die er an die Revolution in Frankreich und Preußen geknüpft hat, erfüllen sich dort nicht. So folgt er dem Karl Heinrich Marx, der schon zwei Jahre früher, nach dem Scheitern an der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in Köln, nach London gegangen ist. Dort wird sich Reuter alias Josaphat mit Dr. *Engländer* verbinden, der durch geschickte Ausnutzung der Nachricht von der Ermordung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Abraham Lincoln, dem Reuterschen Nachrichtenbüro zum entscheidenden Durchbruch verhelfen wird (vgl. 15. April 1865). Gleichzeitig entwickelt sich auch das ebenfalls 1849 gegründete Telegraphenbüro des Dr. Bernhard *Wolff* in Berlin zur maßgebenden Nachrichtenzentrale aller Berliner Zeitungen und Wirtschaftskreise. In kurzer Zeit wird sich der gesamte internationale Nachrichtenmarkt, d. h. die *Informationslenkung* aller Völker fest in jüdischen Händen befinden.²⁵

In Nordbelgien wird der *Willemsfonds* begründet, eine Einrichtung der *flämischen* Literatur. Er ist nach dem eigentlichen Urheber der flämischen Bewegung, Jan Frans *Willems*, benannt. Diese Bewegung trägt das flämische Volksbewußtsein gegenüber den systematischen Französisierungsmaßnahmen des belgischen Staates und knüpft an die Jahre von 1815 bis 1830 an, in denen der seitdem belgische Teil Flanderns mit den Niederlanden zum Vereinigten Königreich der Niederlande verbunden war. Der Willemsfonds wird auch nach dem 2. Weltkrieg weiterbestehen²⁶

FLÄMISCHE
BEWEGUNG

WILLEMSFOND

14. Januar 1852

Der Präsident der französischen Republik, Prinz Louis Napoleon, verkündet eine neue Verfassung, die der des Kaiserreiches unter Napoleon I. ähnelt und neben einem Senat eine gesetzgebende Körperschaft vorsieht. Zuvor hat der Prinz nach seinem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 (vgl. dort) und Niederwerfung der darauffolgenden Aufstände in einem von ihm angeordneten Volksentscheid sieben Millionen Stimmen für die Verlängerung seiner Präsidentschaft um zehn Jahre erhalten. Die neue Verfassung stattet ihn mit der Machtfülle eines Monarchen aus (vgl. 2. Dezember 1852).¹

FRANKREICH

NEUE
VERFASSUNGVORBEREITUNG
DES
KAISERREICHES
VOLKS-
ABSTIMMUNG**17. Januar 1852**

In der Sandriver-Konvention erkennt Großbritannien die Unabhängigkeit der aus Natal an den Vaalfluß abgewanderten Burengemeinden an. Die Konvention ist allerdings erst nach vorausgegangenen Kämpfen zustande gekommen, da die britische Regierung grundsätzlich die Auffassung vertritt, daß die Buren britische Untertanen bleiben, auch wenn sie britisches Gebiet verlassen (Cape of Good Hope Punishment Act, 1836). Zwei Jahre später wird auch die Unabhängigkeit des Oranje-freistaates anerkannt werden, einer ebenfalls burischen Gründung, die 1848 von den Briten annektiert wurde.

SÜDAFRIKA

SANDRIVER-
KONVENTION
GROSS-
BRITANNIEN
ANERKENNT
UNABHÄNGIG-
KEIT TRANS-
VAALS**22. Januar 1852**

Der Präsident der Republik Frankreich, Louis Napoleon, der am 2. Dezember 1851 (vgl. dort) durch einen Staatsstreich die gesamte Regierungsgewalt an sich gebracht und diesen Schritt inzwischen durch eine Volksabstimmung legalisiert hat, läßt das Privateigentum der Familie *Orleans* beschlagnahmen und alle ihre in Frankreich gelegenen Güter, Schlösser und sonstigen Besitzungen verkaufen. Die Maßnahme wird vielfach als „Anwendung kommunistischer Grundsätze“ gepriesen, schafft andererseits Napoleon neue Gegner. Seine Ratgeber, insbesondere *Persigny* (Fialin), erhalten Ehrenstellungen und Ämter.²

FRANKREICH

EINZIEHUNG
DES ORLEANS-
VERMÖGENSVERKAUF
ZUGUNSTEN
DER STAATS-
KASSE**3. Februar 1852**

In Argentinien werden die Streitkräfte des Diktators Manuel Ordez de *Rosas* in der Schlacht von Monte-Caseros entscheidend geschlagen. Der Gouverneur von Entre Rios, Jose de *Urquiza*,

ARGENTINIEN

SCHLACHT

VON MONTE
CASEROS
ROSAS
ENTSCHEIDEND
GESCHLAGEN
URQUIZA
NEUER
PRÄSIDENT
ANERKENNUNG
DER UNAB-
HÄNGIGKEIT
PARAGUAYS

hat sich mit Brasilien, Paraguay und Uruguay gegen Rosas verbündet, nachdem dieser Argentinien in den uruguayischen Bürgerkrieg zwischen Oribe und Ribera hineingezogen und in Konflikt mit Frankreich und Großbritannien gebracht hat. Nunmehr muß Rosas das Land verlassen und mit seiner Familie in England Zuflucht suchen. Sein Riesenvermögen an Grundbesitz und Viehherden wird vom argentinischen Staate unter dem neuen Präsidenten Urquiza konfisziert. Dieser wird die Unabhängigkeit Paraguays als eines selbständigen Staates anerkennen und die freie Schifffahrt auf allen Quellflüssen des La Plata-Stromes zusichern, wird sich aber selber nur ein halbes Jahr an der Regierung halten können (vgl.: noch September 1852).³

18. Februar 1852

ÖSTERREICH
ÜBERLÄSST
HOLSTEIN
DÄNEMARK

Der Deutsche Bund, genauer gesagt: Österreich liefert Holstein an Dänemark aus, nachdem der Holsteinische Widerstand durch Bundesexekutive gebrochen, Preußen durch die Punctuation von Olmütz (vgl. 29. November 1850) ausgeschaltet und Dänemark zu der Zusage veranlaßt worden ist, Holstein innerhalb des dänischen Gesamtstaates einen eigenen status einzuräumen. Der noch verbleibende Widerstand Herzog Christian Augusts, des Hauptes der älteren Augustenburger Linie, wird durch die neue dänische Thronfolgerregelung im 2. Londoner Protokoll (vgl. 8. Mai 1852) beseitigt werden.⁴

noch Februar 1852

SPANIEN
ATTENTAT
AUF KÖNIGIN
ISABELLA
AUFLÖSUNG
DER CORTES

Königin Isabella von Spanien wird bei ihrem ersten Kirchgang nach der Niederkunft von einem offenbar geistesgestörten Priester namens Martin Merino angefallen und verwundet. Die Hofcamarilla nimmt den Vorfall zum Anlaß, Einschränkung der Pressefreiheit, Auflösung der Cortes und Verfassungsänderungen im absolutistischen Sinne durchzusetzen. Karlisten und Klerikale erhalten einflußreiche Positionen in Staat und Armee. Das wiederum wird eine Sammlung der Liberalen, eine Vereinigung der Gemäßigten und der Fortschrittlichen zur Folge haben (vgl.: noch Juli 1854).⁵

UNGARN
FÜHRER DER
REVOLUTION
WERDEN
FREIMAURER

Die Führer der ungarischen Revolution von 1848, Ludwig Kosuth, Graf Bethlen und Paul Hajnik treten nach glücklicher Flucht in Cincinnati/Ohio (USA) öffentlich in eine Freimaurerloge ein. In Ungarn bestand dazu noch keine Gelegenheit. Im April desselben Jahres wird sich auch Graf Andrassy in Paris der Loge Mont Sinai anschließen, Georg Klapka in Turin der Loge Dante

Alighieri. Bischof Hyazinth Rónay wird in London, Bischof Michael Horvath in der Schweiz Freimaurer werden. Die erste offizielle Loge in Ungarn wird erst im Jahre 1868 gegründet werden, und zwar dank den Bemühungen des jüdischen Freimaurers Ludwig Lewis (vgl. 5. Oktober 1848).⁶

27. März 1852

Auf Veranlassung des kurhessischen Ministers *Hassenpflug* erklärt der deutsche Bundestag in Frankfurt die hessische Verfassung von 1831, auf die sich der allgemeine Widerstand in Kurhessen beruft, für unvereinbar mit den Bundesgesetzen und erteilt dem Kurfürsten den Auftrag, im Einvernehmen mit den Landständen ein neues Staatsgrundgesetz zu schaffen. Genau das wollte Hassenpflug erreichen und wird unverzüglich, während noch der Kriegszustand im Lande andauert, eine neue, seinen Zwecken entsprechende Verfassung ausarbeiten. Vgl. 13. April 1852.⁷

KURHESSEN
BUNDESTAG
GEGEN
VERFASSUNG
VON 1831
HASSENPFUG
ENWIRFT
NEUES STAATSGRUNDGESETZ

noch März 1852

Die radikale Diktatur des Generals Urbina in Ecuador (vgl.: noch 1850) flößt dem alten Mitkämpfer Bolivars und früheren Präsidenten Juan José de *Flores* die Hoffnung ein, mit Hilfe der Konservativen und Klerikalen den Präsidentensessel zurückerobern zu können. Er stellt in Mittelamerika und in Peru ein kleines Geschwader zusammen und landet unter dem Vorwand, den rechtmäßigen Präsidenten Noboa (vgl.: noch 1850) wieder einsetzen zu wollen, im Hafen von Guayaquil, wird aber durch Verrat in der eigenen Mannschaft erneut zur Flucht gezwungen.⁸

ECUADOR
FLORES
VERSUCHT
RÜCKEROBERUNG DER
PRÄSIDENTSCHAFT

5. April 1852

In Wien verstirbt der österreichische Staatskanzler bzw. Ministerpräsident Felix Fürst zu *Schwarzenberg*, die stärkste Persönlichkeit neben dem Kaiser Franz Joseph, der im wesentlichen das Abfangen der Revolution von 1848/49 gelang. Ihr letztes und entscheidendes Werk waren die „Sylvesterpapente“ vom 31. Dezember 1851 (vgl. dort). Nach diesem plötzlichen Tode Schwarzenbergs herrscht der jugendliche Kaiser im Rahmen des österreichischen „Neoabsolutismus“ buchstäblich unumschränkt. Die Minister sollen nur noch als Beamte seinen Willen vollziehen. Nachfolger Schwarzenbergs als Ministerpräsident und Außenminister wird Graf von *Buol-Schauenstein*, das Innenministerium übernimmt wiederum *Bach*. Er führte es schon im letzten Jahr unter Schwarzenberg und übt einen bestimmenden Ein-

ÖSTERREICH
TOD SCHWARZENBERGS
UNUMSCHRÄNKTE
HERRSCHAFT
FRANZ JOSEPHS
BUOL-SCHAUENSTEIN

BACH (INNERES)

NEUORDNUNG
DER LOKAL-
VERWALTUNG

fluß aus. Bach wird planmäßig ein neues, im wesentlichen deutsches Beamtenkorps schaffen und durch Errichtung von Kreisämtern die Lokalverwaltung neu ordnen. Dabei wird er die durch einen seiner Vorgänger, den Grafen Stadion, vorbereitete Selbstverwaltung der Gemeinden und Länder zugunsten einer starken Zentralgewalt ganz unterdrücken. Die Gesetzgebung für die verschiedenen Länder und die Ernennung der Beamten (auch der Bürgermeister) bleiben der Regierung in Wien vorbehalten. Vgl. weiter 27. Mai 1852.⁹

13. April 1852

KURHESSEN

NEUE
VERFASSUNG

ZWEIKAMMER-
SYSTEM

HASSENPFUG
ENTLASSEN

Nachdem im März die Bundestagstruppen Kurhessen wieder verlassen haben (vgl. 1. November 1850) und gleichzeitig die hessische Verfassung von 1831 mit den Zusätzen von 1848—49 durch den Bundestag außer Kraft gesetzt wurde (vgl. 27. März 1852), wird nunmehr eine neue Verfassung bekanntgemacht, die in Kurhessen das Zweikammersystem einführt. Doch wird der Innenminister Hassenpflug bereits 1853 auch mit den neugewählten Kammern in Konflikt geraten. Er wird den Landtag auflösen und sich damit eine Verfassungsklage zuziehen. Erst daraufhin wird ihn der Kurfürst 1855 entlassen.¹⁰

noch April 1852

BERLIN

ZOLL-
KONGRESS
PREUSSEN
VERHINDERT
GESAMTDEUT-
SCHEN
ZOLLVEREIN

Auf dem Berliner Zollkongreß erhebt Preußen die Forderung, daß alle Mitglieder des Zollvereins die Übereinkunft Preußens mit dem „Steuerverein“ (vgl. 7. September 1851) anerkennen, droht, anderenfalls den Zollverein aufzulösen und erklärt, es werde erst in Handelsverhandlungen mit Österreich eintreten, nachdem die deutsche Zolleinigung wiederhergestellt sei. Auf diese unerwartet feste Haltung Preußens war der Kongreß nicht gefaßt. Die süddeutschen Länder lenken ein. Ein Gesamtzollverein einschließlich Österreichs kommt nicht zustande.¹¹

8. Mai 1852

LONDON

ZWEITES
LONDONER
PROTOKOLL
THRONFOLGE-
REGELUNG FÜR
DÄNEMARK

Im 2. *Londoner Protokoll* einigen sich Dänemark, England, Frankreich, Norwegen, Österreich, Preußen, Rußland und Schweden auf eine Neuregelung der *Erbfolge in Dänemark*. Da König Friedrich VII. von Dänemark keine männlichen Nachkommen hat, soll die Thronfolge an den Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und an die männlichen Nachkommen aus seiner Ehe mit der Prinzessin Luise von Hessen übergehen. Das „Prinzip der Integrität der dänischen Monarchie“ wird nochmals ausdrücklich hervorgehoben, ebenso

die dem König von Dänemark zustehenden Rechte bezüglich der Herzogtümer Holstein und Lauenburg. Aufgrund dieses Protokolls muß Herzog Christian August, das Haupt der älteren Augustenburger Linie und die Seele des Widerstandes gegen Dänemark, Holstein verlassen. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen bezeichnet das Protokoll als ein „Machwerk von Ungerechtigkeit oder Torheit“. König Friedrich VII. von Dänemark wird aufgrund dieses Protokolls am 31. Juli 1853 das neue Thronfolgesetz erlassen, mit dem die auch weibliche Erbfolge des Königsgesetzes vom 14. November 1665 aufgehoben wird.¹²

CHRISTIAN
AUGUST MUSS
HOLSTEIN
VERLASSEN

WEIBLICHE
THRONFOLGE
AUFGEHOBEN

27. Mai 1852

In Österreich wird unter dem maßgeblichen Einfluß des Innenministers *Bach* (vgl. 5. April 1852) ein neues Strafgesetzbuch herausgegeben. Damit vollendet Bach seine bereits 1849 begonnene Ausarbeitung eines für die gesamte Doppelmonarchie einheitlichen Gerichtsverfahrens, das grundlegend die eigentliche Justiz von der Verwaltungsgerichtsbarkeit trennt. Das Werk wird im darauffolgenden Jahr 1853 durch eine neue Strafprozeßordnung abgeschlossen werden. Über das Rechtsverhältnis zur Kirche vgl. 18. August 1855.¹³

ÖSTERREICH

NEUES STRAF-
GESETZBUCH
TRENNUNG
VON JUSTIZ
UND VERWAL-
TUNGSGE-
RICHTSBARKEIT

noch September 1852

Während sich der neue Präsident von Argentinien, *Urquiza* (vgl. 3. Februar 1852) zum Kongreß nach Santa-Fé begibt, bricht in seiner Abwesenheit in Buenos Aires ein Aufruhr aus. Valentin *Alsina* wird zum Gouverneur gewählt, löst die Stadt aus der argentinischen Konföderation und erklärt sie zum selbständigen Staat. Die anderen Teilstaaten der Föderation beauftragen daraufhin *Urquiza*, den Aufstand mit Waffengewalt niederzuschlagen. Doch wird es dazu vorerst nicht kommen, sondern die Regierung der Bundesrepublik Argentinien wird sich in *Bajada del Parana* in *Entre Rios* einen neuen Sitz wählen müssen.¹⁴

ARGENTINIEN

BUENOS AIRES
UNTER ALSINA
TRITT AUS
DER FÖDERA-
TION AUS

BAJADA
DEL PARANA

21. November 1852

Eine vom Prinzen Louis Napoleon veranlaßte dritte Volksabstimmung in Frankreich ergibt 7,8 Millionen Ja-Stimmen für den Beschluß des Senats, dem Prinzen die erbliche Kaiserwürde anzutragen. Etwa zwei Millionen enthalten sich der Stimme und nur 253 000 stimmen mit Nein. An einen Aufstand wie noch im Jahre zuvor denkt niemand mehr. Der Gedanke der Republik scheint wieder vergessen oder wird von dem Strahlenglanz des Kaisertums in Erinnerung an Napoleon I. überstrahlt. Er wird erst 1870 wieder zu neuem Leben erwachen.¹⁵

FRANKREICH

VOLKS-
ABSTIMMUNG
FÜR KAISER-
TUM LOUIS
NAPOLEONS

2. Dezember 1852

FRANKREICH
THRONBESTEIGUNG KAISER
NAPOLEONS III.
ANERKENNUNG
DURCH
DIE MÄCHTE

In Frankreich besteigt Prinz Louis Napoleon als Kaiser Napoleon III. den verlassenen Thron seines Onkels. Zuvor hat der aufgrund der neuen Verfassung vom 14. Januar 1852 (vgl. dort) gebildete Senat einen entsprechenden Beschluß gefaßt und eine dritte Volksabstimmung eine noch größere Mehrheit für die Thronbesteigung ergeben, als davor für die Verfassung. Die anderen Großmächte werden die neue Kaiserwürde binnen kurzer Zeit anerkennen. Nur der Zar Nikolaus I. von Rußland wird dem Emporkömmling die traditionelle Anrede „Frère“ verweigern.¹⁶

30. Dezember 1852

SCHLESWIG-
HOLSTEIN
CHRISTIAN
AUGUST ZUR
ABFINDUNG
GEZWUNGEN
(KEIN
VERZICHT)

Der Herzog von Holstein-Augustenburg, Christian August (vgl. 8. Mai 1852), wird von Dänemark durch Entziehung seiner Güter und Androhung weiterer Verfolgungen gezwungen, sich für seinen Anspruch auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein mit Geld abfinden zu lassen. Er muß sich verpflichten, nichts gegen die neue Thronfolgeordnung (vgl. auch 31. Juli 1853) zu unternehmen. Doch verzichten weder er selber noch sein volljähriger Sohn Friedrich auf ihre Rechte an den Herzogtümern. Der Bruder des Herzogs, der Prinz von Noer, wird sogar im März 1853 ausdrücklich auf seinem Anrecht bestehen.¹⁷

noch Dezember 1852

MONTENEGRO
DANILO NACH
PETERSBURG
WELTLICHES
FÜRSTENTUM
RAUBZUG
IN
TÜRKISCHES
GEBIET

In *Montenegro* folgt Fürst (Vladika) *Danilo*, ein Nachfahre des Metropoliten und Vladika von Cetinje (17. Jahrhundert) seinem Vater in der Regierung und reist sogleich nach Petersburg, um sich von Zar Nikolaus I. in seinem Streben nach Unabhängigkeit von der ottomanischen Vorherrschaft beraten zu lassen. Nach seiner Rückkehr wird er Montenegro zum weltlichen Fürstentum erklären und die geistliche Würde des Metropoliten von der weltlichen trennen. Damit will er die griechischen Christen seines Landes der Aufsicht des Patriarchen von Konstantinopel entziehen und russischer Kirchenaufsicht unterstellen. Gleichzeitig läßt Danilo auch einen Kriegs- und Raubzug in das benachbarte türkische Gebiet unternehmen. Es soll ein Signal zum allgemeinen Aufstand der slawischen Christen gegen das Osmanische Reich sein und wird in Konstantinopel auch als solches gewertet. Vgl.: noch Januar 1853.¹⁸

noch 1852 (ohne nähere Datierung)

Großbritannien beginnt den zweiten Krieg gegen *Burma*, in dessen Verlauf es nunmehr auch das untere Burma annektieren wird. Nach einem damit ausgelösten Regierungswechsel wird *Mindon Min* neuer König von Burma werden (1853—1878). Neun Jahre später wird Unterburma mit den bereits im ersten britischen Burmakrieg (1824—1836) annektierten Gebieten Arakan und Tenasserim zu Britisch Burma vereinigt werden. Hauptstadt wird 1857 Mandalay werden.

BURMA

ZWEITER
BRITISCHER
FELDZUG

„BRITISCH
BURMA

In Frankreich wird das erste „livre-jaune“, das erste *Gelbbuch* mit Akten der kurz zuvor geführten diplomatischen Verhandlungen veröffentlicht. Solche nach ihren farbigen Umschlägen benannten diplomatischen Aktenwiedergaben waren zunächst ausschließlich für den internen Amtsgebrauch bei den auswärtigen Ämtern der Staaten in Gebrauch. Großbritannien begann 1836 mit der Veröffentlichung. Dieser Weg wird von den Regierungen künftig dann beschritten werden, wenn die Gefahr besteht, daß die eigene Bevölkerung durch ausländische Propaganda ein falsches Bild von den stattgehabten Verhandlungen erhalten kann. Andererseits werden natürlich auch diese „Farbbücher“ oder „Buntbücher“ in der Regel keine vollständige, sondern nur eine gesiebte Aktenwiedergabe enthalten, vielfach die dem jeweiligen Parlament zugänglich gemachten Papiere. Die Farben der Umschläge verteilen sich, von gelegentlichen Ausnahmen abgesehen, wie folgt: China und Frankreich gelb, Großbritannien blau, Italien grün, Japan grau, Mexiko grün, Österreich-Ungarn rot, Rumänien wieder grün, Rußland orange, Spanien und die Vereinigten Staaten wieder rot. Das Deutsche Reich wird nach seiner Entstehung Weißbücher veröffentlichen.¹⁹

FRANKREICH

ERSTES
„GELBBUCH“

VERÖFFENT-
LICHUNG
DIPLO-
MATISCHER
AKTEN

noch 1852 (ohne nähere Datierung)

In *Kalifornien* beginnt die systematische Ausrottung der *Indianer*, insbesondere der *Yana*-Stämme östlich des Sacramento-Flusses. Sie werden so gründlich beseitigt, daß sie in den offiziellen Geschichtsbüchern der nordamerikanischen Indianer gar nicht mehr genannt werden. Unter den allmählich in das Gebiet der Yanas eindringenden weißen Siedlern gibt es solche, die sich einen Sport daraus machen, ganze Indianerdörfer abzuschießen. Bis zum Jahre 1867 werden in Kalifornien zwischen drei- und viertausend Indianerkinder als Sklaven verkauft oder als Arbeitskräfte gehalten, deren Eltern entweder ermordet wurden oder in noch nicht von Weißen besiedelte Gebiete geflüchtet sind.

KALIFORNIEN

AUSROTTUNG
DER
INDIANER

BEISPIEL:
DIE YANAS

Der Gegenwehr der Indianer fallen etwa zwei Prozent Weiße zum Opfer. Jeder solche Fall hat weitere Vernichtungsaktionen gegen die Indianer zur Folge. Das offen zugegebene Ziel ist ihre vollständige Ausrottung. Soweit die Behörden diesem Ziel nicht zustimmen, sind sie doch machtlos gegen das, was tatsächlich geschieht. Dabei sind die Namen der Hauptschuldigen durchaus bekannt. Aber niemand wagt, sie zur Verantwortung zu ziehen. Vgl. auch: noch 1857.²⁰

30. Januar 1853

Kaiser Napoleon III. von Frankreich (vgl. 2. Dezember 1852) heiratet Eugenia Montijo, Herzogin von Theba, eine Spanierin. Sie wird entscheidenden Einfluß auf die französische Politik nehmen. Anlässlich des Vermählungsfestes läßt der Kaiser eine Botschaft verbreiten, „daß ein Souverän, welcher durch ein neues Prinzip [die Revolution] erhoben worden, diesem Prinzip treu bleiben und dem übrigen Europa gegenüber offen die Stellung eines Parvenü [Emporkömmlings] einnehmen solle. „Dies sei ein ruhmvoller Titel, wenn er durch die freie Abstimmung eines großen Volkes erlangt werde.“¹

FRANKREICH
 NAPOLEON III.
 HEIRATET
 EUGENIA
 MONTIJO
 EIN EURO-
 PÄISCHES
 VERHÄNGNIS

noch Januar 1853

Auf den provozierenden Angriff und Überfall Montenegros hin (vgl.: noch Dezember 1852) rücken aus mehreren Richtungen türkische Truppen an die Grenze. Omer Pascha dringt von Skutari aus in die Täler Montenegros ein, verwüstet das Land und läßt schwere Gewalttaten gegen die Bevölkerung zu. Daraufhin wird der österreichische Feldmarschalleutnant von Leiningen nach Konstantinopel reisen und im Namen seiner Regierung die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten fordern. Die Pforte erkennt, daß Österreich mit dieser Forderung Rußland einen Anlaß zur Intervention nehmen will, und wird daher nachgeben. Bereits im Februar werden die türkischen Truppen aus Montenegro zurückgezogen werden, und Fürst Danilo wird persönlich der Wiener Regierung für die geleistete diplomatische Hilfe seinen Dank abstellen. Natürlich sind damit die Spannungen zwischen Montenegro und der Türkei nicht ausgeräumt. Es wird in den folgenden Jahren zu neuen Feindseligkeiten kommen, ausgelöst durch den fanatischen Haß der montenegrinischen Bevölkerung auf die Türken und den Islam.²

MONTENEGRO
 TÜRKISCHER
 GEGEN-
 ANGRIFF
 ÖSTERREICH
 ERREICHT
 EINSTELLUNG
 DER KÄMPFE
 RÜCKZUG DER
 TRUPPEN

4. Februar 1853

Die Schweiz erläßt ein Bundesgesetz über das Bundesstrafrecht der Eidgenossenschaft. Darin ist in Artikel 2, Absatz 5 als Strafmaßnahme auch die Verbannung auf Grund gerichtlichen Urteils vorgesehen. Sie setzt natürlich voraus, daß irgendein anderer Staat den Verurteilten aufzunehmen bereit ist (vgl. 22. April

SCHWEIZ
 NEUES
 STRAFRECHT

STRAFE DER VERBANNUNG

1855), umso mehr, als die Schweiz keine Kolonien besitzt, die als Verbannungsort in Betracht kommen. Auch muß damit gerechnet werden, daß die Verbannten, Ausgewiesenen und politischen Emigranten sich im Auslande sammeln und ihren jeweiligen Aufenthaltsstaat gegen ihren Heimatstaat aufzuwiegeln suchen.³

18. Februar 1853

WIEN

ATTENTAT
AUF
FRANZ JOSEPH

UNGARISCHER
TÄTER
LIBENYI

Ein Ungar, Joseph *Libenyi*, unternimmt einen Attentatsversuch auf Kaiser Franz Joseph von Österreich, während dieser auf den Festungswällen von Wien spazierengeht. Dem Täter kann keine Zugehörigkeit zu irgendeiner Organisation nachgewiesen werden. Er hat den mißlungenen Versuch im Alleingang unternommen. Aber seine Geistesverfassung ist doch kennzeichnend für die seit 1848 immer noch nicht zur Ruhe gekommene allgemeine Aufregung und besonders gegen die Kaiserreiche aufgewiegelter revolutionäre Tendenz. Die Regierung wird ihr durch Verbesserung der Rechtslage entgegenzuwirken suchen.⁴

noch Februar 1853

ÖSTERREICH
PIEMONTE/
SARDINIEN
AUSWANDERUNG
AUS
LOMBARDO-
VENETIEN
ABBRUCH
DES DIPLOMA-
TISCHEN
VERKEHRS

Angeichts des wachsenden Auswandererstromes aus dem Kaiserlich österreichischen Lombardo-Venetien in das liberale Königreich Piemont-Sardinien unter Victor Emanuel verschärft Österreich nach einem mißlungenen Aufstand in Mailand seine Maßnahmen. Es verlangt von Piemont-Sardinien, daß die Flüchtlinge aus dem lombardo-venetischen Raum dort von der Grenze entfernt untergebracht werden, und beschlagnahmt zugleich deren zurückgelassene Güter, um von weiterer Auswanderung abzuschrecken und der sardinischen Regierung die Last der Unterhaltung aufzubürden. Das führt zum Abbruch des diplomatischen Verkehrs.⁵

2. März 1853

RUSSLAND
TÜRKEI

FÜRST
MENZIKOW IN
KONSTANTINOPEL

ULTIMATUM

Der russische Admiral Fürst *Menzikow* reist als außerordentlicher Gesandter des Zaren Nikolaus I. nach Konstantinopel, verlangt unter Übergehung des Außenministers Fuad Effendi eine Audienz beim Sultan, die ihm auch gewährt wird, und erscheint zu dieser Audienz im Reiseanzug. Er fordert für den Zaren das Protektorat über alle griechischen Christen im Osmanischen Reich, d. h. praktisch die Mitregierung des Zaren. Die Forderung wird natürlich abgelehnt. Auch ein Ultimatum Menzikows wird keinen Erfolg haben. Vgl. 21. Mai 1853.⁶

noch März 1853

In China wird die Stadt Nanking von den aufständischen Anhängern der religiösen *Taiping*-Bewegung erobert und größtenteils zerstört. Der Aufstand wütet schon seit 1850 und richtet sich gegen die Mandschu-Dynastie. Der Gründer der Taiping-Bewegung, der sich *Tien-te* nennt, hat christliche Vorstellungen mit altchinesischen vermengt und predigt ein „himmlisches Reich des höchsten Friedens“, um dessentwillen er bis zum Jahre 1866 zahlreiche blühende Provinzen Chinas verwüstet haben wird. Nur im Norden kann er nicht Fuß fassen, sondern wird dort eine Niederlage erleiden, die den Elan der Bewegung bricht.⁷

CHINA

TAIPING-
AUFSTAND

NANKING
ZERSTÖRT

5. April 1853

König Georg V. von Hannover (vgl. 18. November 1851) beruft die Commissarien der Hannoverschen Ritterschaften zu sich und teilt ihnen mit, wieweit die Regierung ihren Wünschen entgegenzukommen bereit sei: Revision der Verfassung, Umgestaltung der Ersten Kammer, also des Oberhauses im Interesse des Großgrundbesitzes, Änderung des Wahlrechts. Der Schatzrat von Bothmer antwortet, die Pflichten gegenüber der Monarchie und gegenüber dem Glauben, in dem sie aufgewachsen, gegenüber dem Land und dessen Wohlfahrt verwehre es der Ritterschaft, auf dieses Anerbieten einzugehen. Das bedeutet, daß die Ritterschaft die Verfassung gänzlich beseitigt sehen will. Doch wird das nur mit Hilfe des deutschen Bundes möglich sein. Vgl. 12. April 1855.⁸

HANNOVER

RITTERSCHAF-
TEN LEHNEN
KOMPROMISS-
VORSCHLAG AB

BOTHMER

15. Mai 1853

Argentinien gibt sich eine neue Bundesverfassung, nachdem Buenos Aires aus der Konföderation ausgeschieden ist (vgl.: noch September 1852). Auch Buenos Aires gibt sich eine Verfassung als selbständige Republik. Doch ist in beiden Verfassungen der Weg zu einer Wiedervereinigung offengelassen, ohne allerdings beschritten zu werden. Die unvereinbaren Auffassungen von der künftigen argentinischen Staatsform machen das unmöglich. In Buenos Aires herrscht die „unitarische“, in Bajada del Parana die „föderalistische“ Vorstellung, und es wird deswegen zu erbitterten Bürgerkriegen kommen.⁹

ARGENTINIEN

NEUE BUNDES-
VERFASSUNG
OHNE BUENOS
AIRES

DORT EIGENE
VERFASSUNG

21. Mai 1853

Der außerordentliche Gesandte des russischen Zaren, Admiral Fürst *Menzikow* (vgl. 2. März 1853) verläßt Konstantinopel unverrichteter Dinge, d. h. ohne das geforderte Protektorat des Zaren über alle griechisch-orthodoxen Christen im Ottomani-

KONSTAN-
TINOPEL

*MISSION DES
FÜRSTEN
MENZIKOW
GESCHEITERT*

schen Reich durchgesetzt zu haben. Bei der Abreise droht er, er werde bald in Uniform wiederkommen. Daraufhin wird drei Wochen später ein britisches und ein französisches Geschwader in der Besikabai vor den Dardanellen vor Anker gehen, eine deutliche Warnung an Rußland. Vgl. weiter 7. Juli 1853.¹⁰

30. Mai 1853

*PREUSSEN
NEUE STÄDTE-
ORDNUNG*

Preußen gibt sich eine neue *Städteordnung*. In ihr ist u. a. die Amtsdauer der Kommunalbeamten auf eine bestimmte Anzahl von Jahren begrenzt. Ihre Anstellung erfolgt also nicht auf Lebenszeit, wie sie sonst gemeinhin den Status des Beamten kennzeichnet. Daran wird sich auch in den folgenden Jahrzehnten nichts ändern. Noch in der preußischen Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 und in der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 wird die Amtsdauerbegrenzung auf eine bestimmte Anzahl von Jahren beibehalten werden.¹¹

7. Juli 1853

*RUSSLAND
RÜCKT IN DIE
MOLDAU UND
WALACHEI EIN*

*OBERBEFEHL
GORTSCHAKOW*

*MANIFEST DES
ZAREN
NIKOLAUS I.*

*FERMAN DES
SULTANS ABDUL
MEDSCHID*

*TÜRKISCHE
CHRISTEN AUF
SEITEN DES
SULTANS*

Unbeeindruckt von der britisch-französischen Flottendemonstration vor den Dardanellen (vgl. 21. Mai 1853) erteilt Zar Nikolaus I. dem Fürsten Michael Gortschakow den Befehl, mit zwei Heeresabteilungen zu je etwa 40 000 Mann unter dem Befehl von den Generalen Lüders und Danneberg über den Pruth zu setzen und die Donaufürstentümer (Moldau und Walachei, das spätere Rumänien) für Rußland in Besitz zu nehmen als „materielles Unterpfand“, bis die Pforte seine Forderungen (vgl. 2. März 1853) befriedigt haben werde. Bevor der Flußübergang stattfindet, wird der Zar in Petersburg eine Militärparade und einen feierlichen Gottesdienst in der Isaakskirche veranstalten, wo er, das griechische Kreuz in der Hand, als Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche den Beistand des Himmels für den „Heiligen Kampf“ erfleht. Beim Eindringen der russischen Truppen in die Donaufürstentümer wird ein Manifest des Zaren verkünden, daß die Intervention nur zur Verteidigung des orthodoxen Glaubensbekenntnisses geschehe. Der Sultan Abdul Medschid hingegen wird seinerseits einen Ferman erlassen, in dem den Christen im Ottomanischen Reich ihre Rechte noch einmal ausdrücklich bestätigt werden. Dafür werden der Patriarch von Konstantinopel und die armenisch-christliche Geistlichkeit dem Sultan ihren Dank bekunden, ein Zeichen dafür, daß sie sich lieber dem Schutze des Sultans als dem des russischen Zaren anvertrauen. Das erscheint auch verständlich angesichts des russischen Vorgehens in der Moldau und Walachei. Sie werden sich dort der öffentlichen Kassen bemächtigen, den Bauern Vieh und

Getreide fortnehmen und sie obendrein mit schweren Abgaben belasten. Sie werden schließlich die einheimische Miliz zwingen, in russische Dienste zu treten. Vgl. 4. Oktober 1853.¹²

8. Juli 1853

Der amerikanische Commodore Matthew C. Perry ankert mit einem Geschwader von vier Schiffen in der Bucht Ye-do bei Uraga/Japan und setzt es trotz Landeverbot durch, daß ein japanischer Regierungsbeamter die Sonderbotschaft des Präsidenten der USA, Fillmore, die Perry mitgebracht hat, entgegennimmt. Sie enthält das Verlangen nach sofortigem Abschluß eines Handelsvertrages. Perry kündigt an, er werde sich in einem Jahr die Antwort holen, und wird tatsächlich am 13. Februar 1854, diesmal mit sieben Schiffen, zurückkehren und in der Tokyo-Bucht vor Kanagawa (Yokahama) Anker werfen. Vgl. 31. März 1854.¹³

JAPAN

*PERRY
ÜBERGIBT
SONDERBOT-
SCHAFT DES
PRÄSIDENTEN
DER USA
FORDERUNG
NACH HAN-
DELSVERTRAG*

31. Juli 1853

Der dänische Reichstag in Kopenhagen nimmt die neue Thronfolgeordnung an, wie sie durch das Londoner Traktat vom 8. Mai 1852 (vgl. dort) bestimmt wurde. Durch sie wird der Prinz Christian von Sonderburg-Glücksburg (geb. 8. April 1818) dänischer Thronfolger. Auch wird ihm die künftig anfallende Herrschaft in den Herzogtümern Schleswig und Holstein zugesichert. Doch hat das für die Herzogtümer keine Rechtsgültigkeit, da die neue Thronfolgeordnung dort den Ständen nicht zur Beschlußfassung vorgelegen hat und von dem nächstberechtigten Hause Holstein-Augustenburg abgelehnt wird.¹⁴

DÄNEMARK

*REICHSTAG
NIMMT NEUE
THRONFOLGE-
REGELUNG AN
FÜR SCHLES-
WIG-HOLSTEIN
NICHT
RECHTSGÜLTIG*

8. September 1853

Die ungarische Königskrone und die Kronjuwelen, die Kossuth vor seiner Flucht hat vergraben lassen, werden wiedergefunden und Kaiser Franz Joseph wieder übergeben. Dessen ungeachtet bleibt in den ungarischen Adelsfamilien die Erinnerung an das blutige Strafgericht vom 6. Oktober 1849 (vgl. dort) lebendig und macht eine Aussöhnung mit dem Hause Habsburg-Lothringen unmöglich. Erst im Februar desselben Jahres hat auf den Festungswällen in Wien der Ungar Joseph Libenyi einen Mordanschlag auf Kaiser Franz Joseph versucht (vgl. 18. Februar 1853).¹⁵

UNGARN

*KÖNIGSKRONE
AN KAISER
FRANZ JOSEPH*

4. Oktober 1853

*TÜRKISCHES
ULTIMATUM
AN RUSSLAND*

*EINIGKEIT
IM OSMANI-
SCHEN REICH*

*OBERBEFEHL
OMAR PASCHA*

*AUFMARSCH
AN DER DONAU*

Die Regierung des Osmanischen Reiches, die Pforte, richtet ein Ultimatum an Rußland: wenn nicht sogleich die Donaufürstentümer wieder geräumt würden, betrachte sie sich im Kriegszustand mit dem russischen Reich. Auffallend ist die Bereitwilligkeit, mit der nunmehr in allen Teilen des türkischen Herrschaftsraumes der Steuerpflicht und der Wehrpflicht genügt wird. Offensichtlich wird die Sache des Sultans als gerecht empfunden, auch von den Christen. Zahlreiche Freiwillige melden sich zur Armee, sogar Ägypten und Tunis leisten Hilfe. In kurzer Zeit steht eine starke Streitmacht unter dem Befehl von Omer Pascha am Südufer der Donau bei Widdin und Kalafat den russischen Truppen am anderen Ufer gegenüber. Der Sultan ist durch die alttürkische Partei in Konstantinopel gezwungen worden, eine österreichische Note, die zwischen Rußland und der Türkei zu vermitteln suchte, und zwar auf Kosten der Letzteren, abzulehnen. Er hätte anderenfalls abdanken müssen. So ist dann der Krieg unvermeidlich geworden (vgl. 1. November 1853, 12. März 1854).¹⁶

1. November 1853

*ZAR
NIKOLAUS
ERKLÄRT DEM
SULTAN
DEN KRIEG*

Zar Nikolaus I. von Rußland erklärt dem Sultan des Osmanischen Reiches den Krieg. Zuvor hat er die Schutzherrschaft über die im Osmanischen Reich lebenden griechisch-orthodoxen Christen für sich beansprucht und die Zurücknahme eines Erlasses gefordert, mit dem der Sultan Frankreich den Schutz des Heiligen Grabes in Jerusalem überließ. Außerdem verlangte der Zar 40 Millionen Piaster Entschädigung für die von Rußland und der Türkei gemeinsam durchgeführte Besetzung der Walachei (Süd-Rumänien). Türkischer Widerstand gegen diese Forderungen hat die Kriegserklärung zur Folge.¹⁷

5. November 1853

*PREUSSEN
KÜNFTIGER
KRONPRINZ
WIRD
FREIMAURER*

Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, der Sohn des Prinzen Wilhelm, der 1858 die Regentschaft übernehmen wird, und Neffe König Friedrich Wilhelms IV., wird in eine Freimaurerloge aufgenommen, 22 Jahre alt. Zu dieser Zeit läßt sich noch nicht voraussehen, daß er 35 Jahre später, bereits tödlich erkrankt, als Friedrich III. deutscher Kaiser werden wird. In der langen Zeit seiner Kronprinzenschaft wird er bestrebt sein, die deutsche Freimaurerei fest in der Hand zu behalten, wie es auch das Ziel seines Vaters war. Vgl. 1. März 1874.¹⁸

15. November 1853

In Portugal, wo sich die beiden Parteien der Chartisten (absolute Monarchisten) und der Septembristen (Konstitutionelle) in ihren Parteiführern leidenschaftlich bekämpfen, reißt der Septembristenführer Marschall *Saldanha* die Regierung an sich und errichtet eine Diktatur, die er vier Jahre lang, über den Tod der Königin Maria da Gloria und die Thronbesteigung Dom Pedros V. (1853—1861) hinaus aufrecht erhalten wird. Da Dom Pedro noch minderjährig ist, wird sein Vater Ferdinand die Regentschaft führen. 1857 wird der Marquis v. *Loulé Saldanha* ablösen und eine Mehrparteienregierung bilden.¹⁹

PORTUGAL

DIKTATUR
SALDANHAS

FÜHRER DER
SEPTEMBRISTEN

30. November 1853

Der russische Admiral *Nachimow* greift mit den bei Sewastopol liegenden Flotteneinheiten ein türkisches Geschwader im Hafen von *Sinope* (Südküste des Schwarzen Meeres) an und zerstört fast sämtliche türkischen Schiffe. Die Mannschaften kommen in dem Gefecht zum größten Teil um, der Befehlshaber, *Osman Pascha*, gerät verwundet in russische Gefangenschaft. Frankreich und Großbritannien fühlen sich durch diese russische Aktion brüskiert. Insbesondere in England erfährt die Regierung heftige Angriffe wegen zu großer Nachgiebigkeit gegenüber Rußland, und Lord *Palmerston* erlangt großen Einfluß (vgl. 28. März 1854).²⁰

SINOPE

ADMIRAL
NACHIMOW
ZERSTÖRT
TÜRKISCHES
GESCHWADER

KRITIK IN
LONDON
PALMERSTON

noch Dezember 1853

Auf Veranlassung von König Oskar I von Schweden erklären sich Schweden/Norwegen und Dänemark für neutral. Dieser völkerrechtliche status der Neutralität wird kurze Zeit später von den anderen europäischen Mächten anerkannt werden, von seiten Rußlands allerdings nur ungern, da er sich bei einem britisch-russischen Konflikt, wie er vier Monate später mit dem Krimkrieg bereits gegeben sein wird, zum Nachteil Rußlands auswirken muß (vgl.: noch August 1854).²¹

SCHWEDEN/
NORWEGEN
UND
DÄNEMARK
ERKLÄREN
SICH NEUTRAL

In Rom beschließt ein Konzil unter Vorsitz Papst Pius IX. das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariä. Die Lehrmeinung, daß Maria den Jesusknaben ohne Zeugung empfangen habe, bestand vorher nicht und ist also *nicht* auf die mittelalterliche Körperfeindlichkeit des Klerus zurückzuführen. Vielmehr stellt der Beschluß dieses späten Dogmas eine bewußte Herausforderung der Aufklärung und ihrer Verfechter dar. Sie ist als eine Attacke im Kampf zwischen Kirche und Freimaurerei zu verstehen. Allerdings wird diese Attacke der Kirche selber mehr schaden als den Logen.²²

ROM

PIUS IX.

DOGMA DER
„UNBEFLEKTEN
EMPFÄNGNIS“

noch 1853 (ohne nähere Datierung)

AUSTRALIEN
ENDE DER
VERBRECHER-
VERSCHICKUNG
NACH NEU-
SÜDWALES

Die Verschickung von Verbrechern von Großbritannien nach *Neusüdwaless* im Südosten Australiens wird offiziell aufgehoben, zwei Jahre nachdem sich das südlich angrenzende *Victoria* aufgrund der großen Goldfunde zur unabhängigen Kolonie erklärt hat. In der Praxis waren die Verbrecherverschickungen nach Neusüdwaless bereits 1840 eingestellt worden. Nunmehr, dreizehn Jahre später, werden sie auch für die Zukunft abgeschafft. Die erste Verbrecherkolonie war im Jahre 1788 durch Kapitän Phillip in der Gegend des heutigen Sidney angelegt worden.²³

13. Januar 1854

In Uruguay wird Oberst *Flores* nach dem Tode des ehemaligen Präsidenten Ribera zum Präsidenten gewählt. Er hat in dem vorausgegangenen Triumvirat bereits großen Einfluß ausgeübt, sieht sich nun aber einem Aufruhr gegenüber, den der alte Gegenspieler Riberas, *Oribe*, gegen ihn auslöst. Durch eine Blockade, die Oribe über die Hauptstadt Montevideo verhängt, wird Flores 1855 zur Abdankung gezwungen werden, was wiederum eine Intervention brasilianischer Truppen zur Folge haben wird. Vgl. weiter 31. Januar 1858.¹

URUGUAY

FLORES
PRÄSIDENTORIBE
BLOCKIERT
MONTEVIDEO**12. März 1854**

In Konstantinopel wird zwischen England, Frankreich und dem Sultan des Osmanischen Reiches ein Vertrag unterzeichnet, in dem die beiden westeuropäischen Mächte dem Sultan gemeinsamen Schutz gegen den russischen Angriff in Europa und Asien zusichern und damit auf türkischer Seite in den Krimkrieg (vgl. 1. November 1853) eingreifen. Sie werden die Feindseligkeiten am 28. März beginnen. Die Vertragspartner vereinbaren, daß keiner von ihnen einen Separatfrieden mit Rußland schließen wird, und daß die britisch-französischen Hilfstruppen das Gebiet des Osmanischen Reiches spätestens 40 Tage nach Abschluß eines Friedensvertrages verlassen werden.²

KONSTANTINOPOL

BRITISCH-
FRANZÖSISCH-
TÜRKISCHER
BÜNDNIS-
VERTRAG**15. März 1854**

Der russische Oberbefehlshaber Fürst *Paskewitsch* führt die Armee unweit der Pruthmündung über die Donau in die *Dobrudscha* — entgegen der russischen Zusage an Österreich und Preußen, die Donau nicht zu überschreiten. General Lüders wird die Dobrudscha besetzen und sich vor *Silistria* mit der Heeresabteilung des Generals Schilder vereinigen. Omer Pascha wird sich vor der russischen Übermacht auf die Festung Schumla zurückziehen. Vgl. weiter 28. März 1854.³

DOBRUDSCHA

RUSSISCHER
EINMARSCH

PASKEWITSCH

OMER PASCHA

28. März 1854

Großbritannien und Frankreich erklären Rußland den Krieg, nachdem Zar Nikolaus sich geweigert hat, die von Rußland besetzten Donaufürstentümer (vgl. 7. Juli 1853) wieder räumen zu lassen. Die beiden Mächte erfüllen mit ihrem Kriegseintritt die Bündnisverpflichtung, die sie zwei Wochen zuvor (vgl. 12.

KRIEGSERKLÄ-
RUNG GROSS-
BRITANNIENS
UND FRANK-
REICHS AN
RUSSLAND

**PREUSSEN
NEUTRAL**

März 1854) der Türkei gegenüber eingegangen sind. Österreich hält sich vorläufig noch zurück und stellt lediglich ein Beobachtungskorps an die serbische Grenze. Preußen hält sich neutral und versucht vergeblich, den Zaren zum Einlenken zu bewegen.⁴

31. März 1854

JAPAN

In Kanagawa (Yokahama) unterzeichnen der amerikanische Commodore Matthew C. Perry (vgl. 8. Juli 1853) für die USA und der Fürst von Hikone, Ii Nao-suke, einen Warenaustauschvertrag (kein freier Handel), der erstmalig seit 1622 *die strenge Abschließung Japans vom Auslande durchbricht*. Er öffnet den Amerikanern die beiden japanischen Häfen Shimoda auf der Halbinsel Izu und Hakodate an der Südküste der Insel Hokkaido, damals Ezo. Japanische Waren und Güter werden nur durch japanische Beamte und auf keinem anderen Wege geliefert. Schiffbrüchige und andere Amerikaner, die zeitweise in einem der genannten Häfen leben, dürfen sich im Umkreis von sieben japanischen Meilen (etwa dreißig Kilometer) frei bewegen. Schiffbrüchigen anderenorts gestrandeter amerikanischer Schiffe wird Hilfe und persönliche Freiheit zugesichert. Der Handel in offenen Städten unterliegt den Vorschriften der japanischen Regierung. Bei Abschluß von Handelsverträgen zwischen Japan und anderen Staaten wird den USA Meistbegünstigung zugesagt, doch ohne Gewährung fester Handelsrechte. — Die Ratifizierungsurkunden zu diesem Vertrag werden erst am 21. Februar 1855 ausgetauscht werden. Vgl. auch 15. Oktober 1854.⁵

**SCHUTZ FÜR
SCHIFF-
BRÜCHIGE
AMERIKANER**

noch März 1854

PARMA

In der Hauptstadt Parma des gleichnamigen Herzogtums in Norditalien wird Herzog Karl III., aus einer Nebenlinie der Habsburger stammend und erklärter Gegner der italienischen Einigungsbestrebungen, auf offener Straße ermordet. Die Täter können untertauchen. Die Herzogin Marie Louise, die für ihren minderjährigen Sohn Robert die Regentschaft übernimmt, muß in den darauffolgenden Jahren über Parma den Kriegszustand verhängen, nachdem zwei hohe Regierungsbeamte ebenfalls ermordet worden sind. Im übrigen Italien geht es nicht anders zu. In Mailand werden österreichische Soldaten einzeln erdolcht.⁶

**KARL III.
ERMORDET**

**KRIEGS-
ZUSTAND**

20. April 1854

BERLIN

In Berlin unterzeichnen der preußische Außenminister Th. von Manteuffel und für Österreich Graf Thun-Hohenstein sowie General von Heß einen österreichisch-preußischen Defensiv-Allianz-Vertrag für die Dauer des Krimkrieges (der allerdings

zu dieser Zeit diese Bezeichnung noch nicht führen kann, da die Landung der Alliierten auf der Krim erst im September erfolgen wird). In dem Allianztraktat garantieren sich die beiden Mächte gegenseitig ihren derzeitigen Besitzstand, verpflichten sich zur gemeinsamen Abwehr jeden Angriffs auf „Rechte und Interessen Deutschlands . . . zu bestimmten Epochen und auf zu bestimmten Punkten einen Teil ihrer Streitmacht in voller Kriegsbereitschaft zu halten . . .“ sowie für die Dauer des Bündnisses keine Separatbündnisse mit anderen Mächten einzugehen, die dem Charakter dieses Vertrages widersprechen würden. In einem Zusatzartikel wird die gemeinsame militärische Abwehr jedes *russischen* Angriffs auf einen der beiden Vertragspartner vereinbart, ein offensives Vorgehen nur im Falle einer russischen Annexion der Donaufürstentümer (Moldau, Walachei und Serbien). Die Ratifizierungsurkunden werden bereits am 2. Mai in Berlin ausgetauscht werden.⁷

**ÖSTERREI-
CHISCH-
PREUSSISCHE
DEFENSIV-
ALLIANZ**

22. April 1854

Britische und französische Artillerie beschießen von See her die russische Handelsstadt *Odessa*, um den Ernst der Kriegserklärung vom 28. März (vgl. dort) zu demonstrieren. Zuvor sind ein britisches Heer in Stärke von etwa 20 000 Mann unter dem Befehl Lord *Raglans* und eine mehr als doppelt so starke französische Armee unter Marschall St. Arnaud in Galipoli in den Dardanellen gelandet. Der Krimkrieg hat seinen Anfang genommen. Er wird allen Beteiligten schwere Verluste abverlangen und das politische Gewicht der Mächte neu verteilen.⁸

**BESCHIESSUNG
ODESSAS**

**LANDUNG
IN DEN
DARDANELLEN**

**RAGLAN
ST. ARNAUD**

3. Mai 1854

Durch Beschluß des französischen Senats wird das westafrikanische Kolonialgebiet in das „Empire“, in das Kaiserreich Frankreich einbezogen und künftig von Paris aus durch Dekrete regiert. Gleichzeitig beginnt unter dem neuen französischen Gouverneur in Senegal, Oberst Louis Léon César *Faidherbe*, eine neue Etappe kolonialer Erwerbungen in Zentralafrika. Faidherbe vertritt die Auffassung, daß die Eingeborenen selber zur Anlage und Unterhaltung von Pflanzungen veranlaßt werden müssen. Sein Kampf gilt vor allem den arabischen Herrschern in Zentralafrika. In der Zeit von 1857 bis 1859 wird er dem mächtigsten unter ihnen, *El Hadschi Omar Saidu Tall*, der seit 1848 in einem Religionskrieg die Negerstämme der Mandingo und Bambara niedergekämpft hat, entscheidende Niederlagen beibringen und einen Teil des islamischen Fulbe-Volkes der französischen Kolonialherrschaft unterwerfen.

**FRANZÖSISCH-
WESTAFRIKA
TEIL DES
„EMPIRES“**

FAIDHERBE

**KAMPF GEGEN
OMAR SAIDU
TALL**

**UNTERWERFUNG
DER FULBE**

24. Mai 1854

USA
VOLKS-
ABSTIMMUNG
ÜBER SKLAVEN-
HALTUNG

KANSAS

In Nordamerika wird durch Gesetz die Entscheidung über Zulassung oder Nichtzulassung der Sklavenhaltung auch in den Süd-Territorien von dem Ergebnis einer Volksabstimmung abhängig gemacht („Kansas-Nebraska-Bill“). An diesem Gesetz wird sich von neuem die Wut der Parteien entzünden und zu schweren Kämpfen in Kansas und dem angrenzenden Teil des Staates Missouri zwischen Sklavenhaltern und den sogenannten „Freiboden-Männern“ führen. Letztere werden schließlich siegen und beschließen, Kansas als Freistaat der Union einzugliedern. Doch wird die Gegenseite die Durchführung dieses Beschlusses hintertreiben.⁹

30. Mai 1854

BAMBERGER
KONFERENZEN

EIGENE POLITIK
DES DEUTSCHEN
BUNDES
GESCHEITERT

In Bamberg finden die *Bamberger Konferenzen* ihr Ende, bei denen Vertreter der deutschen Mittelstaaten, insbesondere Bayerns, versuchen, eine selbständige Politik des Deutschen Bundes in der orientalischen Frage, d. h. im Rahmen des Krimkrieges, festzulegen, unabhängig von Österreich und Preußen. Doch zeitigen diese Bestrebungen keinen Erfolg. Vielmehr wird sich der Deutsche Bund der österreichisch-preussischen Defensiv-Allianz vom 20. April 1854 (vgl. dort) anschließen, und Bayern kann sich mit seiner eigenwilligen Politik nicht durchsetzen.¹⁰

10. Juni 1854

TESCHEN

TREFFEN
FRANZ JOSEPHS
MIT FRIEDRICH
WILHELM IV.

GEMEINSAME
NOTE AN
RUSSLAND

In *Teschen* treffen Kaiser Franz Joseph von Österreich und König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zusammen und vereinbaren eine gemeinsame Note an Rußland, in der sie die Räumung der Donaufürstentümer fordern. Anlaß zu diesem Schritt ist die Befürchtung, im Gang der Ereignisse von Frankreich und Großbritannien gänzlich überspielt und ausgeschaltet zu werden. Doch wird Preußen keine weiteren Konsequenzen aus dieser Demarche ziehen, im Gegensatz zu Österreich, das sich vier Tage später vertraglich zum Beistand gegenüber der Pforte verpflichtet wird (vgl. 14. Juni 1854).¹¹

14. Juni 1854

BOYADJI-KÖI
ÖSTER-
REICHISCH-
TÜRKISCHER
BEISTANDSPAKT

In *Boyadji-Köi* bei Konstantinopel unterzeichnen Freiherr von Bruck für Österreich und Reschid Pascha für die Pforte einen Vertrag, in dem sich Österreich verpflichtet, Rußland notfalls auch mit Waffengewalt zur Räumung der Donaufürstentümer (Moldau, Walachei, Serbien) zu veranlassen, keinen Vergleich mit Rußland einzugehen, bei dem nicht die Integrität des Osma-

nischen Reiches unangetastet bleibt, und nach dem Friedensschluß die österreichischen Truppen wieder aus den Donaufürstentümern zurückzuziehen. Deren Privilegien innerhalb des Osmanischen Reiches sollen von der Pforte aufrechterhalten, die gesetzliche Ordnung wieder hergestellt werden. Der Vertrag wird von Sultan Abdul Medschid am 17. Juni, von Kaiser Franz Joseph am 30. Juni ratifiziert werden. Rußland wird daraufhin die Donaufürstentümer tatsächlich räumen. Sie werden unmittelbar darauf von österreichischen Truppen besetzt werden, ein Vorgang, der in Rußland nie wieder vergessen werden wird.¹²

24. Juli 1854

Der französische Außenminister Drouyn de Lhuys richtet eine Note an die Regierungen in Wien und Berlin und nennt darin vier Bedingungen, die für England und Frankreich Voraussetzung zum Friedensschluß mit Rußland sind: 1. Das Protektorat des russischen Zaren über die Donaufürstentümer (Moldau, Walachei und Serbien) ist aufzuheben; 2. Die Schifffahrt auf der Donau muß bis ins Schwarze Meer von allen Behinderungen befreit werden; 3. Rußlands Machtbefugnisse im Schwarzen Meer müssen eingeschränkt werden (Revision des Dardanellenvertrages vom 13. Juli 1841); über Untertanen des Sultans, gleich welchen Bekenntnisses, soll künftig keine Macht mehr Anspruch auf eine Schutzherrschaft haben.¹³

noch Juli 1854

In Spanien vereinigen sich die Gemäßigten und die Fortschrittlichen (vgl.: noch Februar 1852) zur „*Liberalen Union*“. Der angesehene General Leopold O'Donell wehrt sich erfolgreich gegen die ihm zugedachte Verbannung. Auch in Barcelona und Umgebung wird gekämpft und in Madrid drohen Barrikadenkämpfe. Daraufhin übernimmt *Espartero* die Bildung einer neuen Regierung, in der O'Donell Kriegsminister wird. Die Königin-Mutter, Maria Christina, die sich mit Hilfe des jüdischen Bankiers *Salamanca* auf Kosten des Landes bereichert hat, wird unter militärischer Begleitung über die Grenze nach Portugal gebracht, ihr Besitz beschlagnahmt.¹⁴

8. August 1854

Der britische und der französische Gesandte in Wien richten an den österreichischen Außenminister, den Grafen Buol-Schauenstein, eine Note, die den gemeinsamen Standpunkt der drei Mächte im Sinne der Note des französischen Außenministers vom 24. Juli 1854 (vgl. dort) zur Verhandlungsgrundlage für künftige Friedensverhandlungen macht. Zusätzlich zu dem Vier-

ÖSTERREICH
BESETZT
MOLDAU UND
WALACHEI

FRANKREICHS
BEDINGUNGEN
FÜR FRIEDEN
MIT RUSSLAND

SPANIEN

„LIBERALE
UNION“

O'DONELL

ESPARTERO

WIEN

BRITISCH-
FRANZÖSISCHE
FRIEDENS-
BEDINGUNGEN

*FÜR RUSSLAND
UND TÜRKEI*

*PRIVILEGIEN
DER CHRISTEN*

Punkte-Programm der Juli-Note wird noch ein Zusammenwirken aller beteiligten Mächte gefordert, um von der ottomanischen Regierung die Bestätigung und Beobachtung der religiösen Privilegien aller christlichen Glaubensgemeinschaften im Herrschaftsbereich des Sultans zu erlangen, ohne daß dessen „Würde und die Unabhängigkeit seiner Krone“ angetastet wird. Vgl. auch 8. Februar 1855.¹⁵

10. August 1854

WARNA

*RÜCKSCHLAG
BEIM FRANZÖSISCHEN
VORMARSCH*

In *Warna* an der bulgarischen Schwarzmeerküste, von wo aus eine französische Heeresabteilung in die russisch besetzte Dobrudscha einzudringen sucht, bricht ein Großfeuer aus, das die Stadt in Asche legt. Gleichzeitig wütet auch die Cholera in dem französischen Lager und verursacht schwere Verluste. Zweitausend Franzosen kommen dort um. Das militärische Unternehmen muß erfolglos abgebrochen werden. Daraufhin beschließen der bereits erkrankte St. Arnaud und Lord Raglan den Angriff auf Sewastopol (vgl. 1. September 1854).¹⁶

16. August 1854

*AALANDS-
INSELN*

*EROBERUNG
VON
BOMARSUND*

Eine gemischte britisch-französische Flotte unter Führung des Admirals Charles *Napier* erobert die kleine russische Festung *Bomarsund* auf den Aalandsinseln in der Ostsee, nachdem alle Angriffe auf Kronstadt abgewiesen wurden und Schweden sich nicht verleiten ließ, seine neutrale Haltung aufzugeben. Das einzige Ergebnis der Unternehmung sind einige verbrannte Städte und Dörfer an der Küste Finnlands, ein paar zerstörte russische Holz- und Teerlager und eine Anzahl gekapeter Handelsfahrzeuge.¹⁷

1. September 1854

*BRITISCH-
FRANZÖSISCHE
LANDUNG AUF
DER KRIM*

*SEE-
HERRSCHAFT
IM SCHWARZEN
MEER*

*BELAGERUNG
VON
SEWASTOPOL*

Obleich Zar Nikolaus I. auf die drohende Haltung Österreichs hin bereits seit dem Juli mit der Räumung der Donaufürstentümer hat beginnen lassen, landen starke britische und französische Truppenverbände auf der Halbinsel Krim mit dem Ziel, die Festung Sewastopol, den Kriegshafen der russischen Schwarzmeerflotte, zu erobern. Es geht hier nicht mehr um die Donaufürstentümer und die Verhältnisse im Osmanischen Reich, sondern um die Seeherrschaft im Schwarzen Meer. Im Oktober wird die Belagerung Sewastopols beginnen, das vom Grafen Eduard Totleben verteidigt und weiter befestigt wird. Die Belagerung wird fast ein Jahr dauern (vgl. 8./9. September 1855) und beiderseits hohe Verluste kosten, auch durch Krankheiten bedingt. Die hier erstmals geübte weibliche Verwundetenpflege wird von

der Großfürstin Helene Pawlowna, einer geborenen Prinzessin von Württemberg, organisiert und von der Engländerin Florence Nightingale, der Begründerin neuzeitlicher Kriegskrankenpflege.¹⁸

20. September 1854

Auf der Halbinsel Krim im Schwarzen Meer greifen britisch-französische Truppen die 30 000 Mann starke Armee des Fürsten *Menzikow* an, der auch Gouverneur der Halbinsel ist. Ein unerwarteter Flankenangriff des französischen Generals *Bosquet* mit arabischer leichter Infanterie (Zuaven) am Alma-Fluß entscheidet das Treffen und zwingt *Menzikow* zum Rückzug. Da die Angreifer sehr schwere Verluste erleiden und mangels Reiterei die Verfolgung nicht aufnehmen können, wird es *Menzikow* gelingen, die Besatzungstruppen in Sewastopol zu verstärken und die Stadt mit zusätzlichen Befestigungsanlagen versehen zu lassen.¹⁹

ANGRIFF
AUF ARMEE
MENZIKOW

15. Oktober 1854

In Nagasaki wird zwischen Japan und Großbritannien ein Warenaustauschvertrag geschlossen nach Vorgang und Bedingungen des amerikanisch-japanischen Vertrages von Kanagawa (vgl. 31. März 1854). Darin werden dieselben beiden japanischen Häfen zur Verfügung gestellt, die auch den USA-Schiffen offenstehen. Der Warenaustausch steht auch hier unter Aufsicht der japanischen Regierung. Entsprechende Verträge wird Japan dann im Februar 1855 mit Rußland (in Shimoda) und im November 1855 mit den Niederlanden schließen. Diese Öffnung wird eine gewaltige und erstaunlich rasche Entwicklung des japanischen Wirtschaftslebens wie auch der japanischen Rüstung auslösen und die Machtverhältnisse auf der Erde binnen fünf Jahrzehnten weitgehend verändern. Es werden auch hier, wie so oft, Kräfte freigesetzt, über deren Ausmaß und Wirkung man sich zuvor wenig oder gar keine Vorstellungen gemacht hat. Der Vergleich zur militärischen Verwendung der Atomenergie liegt nahe. Auch hier war Japan zunächst das Opfer. Zunächst. Und die USA spielten auch dabei die Rolle des törichten Zauberlehrlings.²⁰

JAPAN

GROSS-
BRITANNIEN

WAREN-
AUSTAUSCH

AUCH MIT
RUSSLAND
UND
NIEDERLANDEN

UNGEAHNTE
ENTWICKLUNG
JAPANS

5. November 1854

Auf der Halbinsel Krim im Schwarzen Meer liefern die britisch-französischen Invasionstruppen dem Fürsten *Menzikow* (vgl. 20. September 1854) in Anwesenheit der beiden Großfürsten *Nikolaus* und *Michael* die beiderseits wieder äußerst verlust-

KRIMKRIEG

ERNEUTER
ANGRIFF AUF
MENZIKOW

SCHLACHT VON
INKERMAN

reiche Schlacht von *Inkerman*. Sie wird nach langandauernden, harten Kämpfen zugunsten der Alliierten entschieden, ändert aber nichts an der Gesamtlage auf der Krim und erschüttert auch nicht die Uneinnehmbarkeit Sewastopols. Auf seiten der Alliierten nehmen der Herzog von Cambridge und Prinz Napoleon, der Sohn des ehemaligen Westfalenkönigs Jerome, an der Schlacht teil.²¹

2. Dezember 1854

WIEN

BRITISCH-
FRANZÖSISCH-
ÖSTERREI-
CHISCHER
BÜNDNIS-
VERTRAG

BISMARCK
VERHINDERT
PREUSSISCH-
DEUTSCHE
BETEILIGUNG

In Wien unterzeichnen de Bourqueney für Frankreich, Westmorland für Großbritannien und Graf Buol-Schauenstein für Österreich einen Bündnisvertrag, das sogenannte „Dezember-Bündnis“, in dem Österreich sich verpflichtet, die Fürstentümer Moldau und Walachei „gegen jede Rückkehr der russischen Streitkräfte zu verteidigen“. Sollte es darüber zwischen Österreich und Rußland kommen (noch ist Österreich ja „neutral“), so versprechen die Monarchen der drei Mächte „einander ihre gegenseitige Schutz- und Trutz-Allianz im gegenwärtigen Kriege“ unter Einsatz der jeweils erforderlichen Land- und Seestreitkräfte. Sie versprechen sich weiter für diesen Fall, auf keinerlei russische Waffenstillstandsvorschläge einzugehen, ohne sich vorher darüber gegenseitig verständigt zu haben. Alle drei Mächte werden gemeinsam den preußischen Hof zum Beitritt zu diesem Vertrag einladen, „falls derselbe seine Mitwirkung zur Erreichung des gemeinsamen Ziels verspricht“. — Nachdem diese Einladung erfolgt ist, wird Otto von Bismarck als preußischer Gesandter im Bundestag des Deutschen Bundes das Hineinziehen Preußens und des Deutschen Bundes in den Krimkrieg und in die Feindschaft gegen Rußland verhindern.²²

9. Dezember 1854

ALLOKUTION
PIUS' IX.

WIDERSPRÜCHE
IM DOGMA

UNTERWER-
FUNG UNTER
RÖMISCHEN
BISCHOF NACH
WIE VOR
„HEILS
NOTWENDIG“

In einer „Allokution“ des Papstes Pius IX. findet die unter katholischen Theologen übereinstimmend vertretene Auffassung eine Stütze, daß der Zugang zur ewigen Seligkeit auch denjenigen offenstehe, die sich *aus Unkenntnis* der Kirche fernhalten. Doch hebt diese liberal wirkende Feststellung den alten Satz „Extra ecclesiam nulla salus“ (Außerhalb der Kirche kein Heil) ebenso wenig auf wie den Schlußsatz der Bulle „Unam sanctam . . .“ des Papstes Bonifaz VIII. aus dem Jahre 1302, daß es für jeden Menschen heilsnotwendig sei, dem römischen Bischof unterworfen zu sein. Bartmann legt das so aus, daß „nach Gottes Willen *jeder*, der die Kirche als seine Stiftung *kennenlernt*, auch die Pflicht hat, in sie einzutreten, und daß es ihm *nicht* freisteht, außerhalb derselben entweder für sich allein oder in einer anderen

Religion sein Heil zu wirken“. An diesem Anspruch ändert die erwähnte „Allokution“ Pius IX. also nichts, und an eben diesem Anspruch scheiden sich nach wie vor die Geister. Vor ihm kann *keine* Auslegung des Begriffes „Freiheit“ bestehen. Für selbständig denkende Menschen ist er unannehmbar.²³

noch 1854 (ohne nähere Datierung)

Die *Auswanderung* aus deutschen Ländern in das Gebiet der Vereinigten Staaten von *Nordamerika* erreicht in diesem Jahr mit 215 000 Auswanderern ihren Höhepunkt. Insgesamt wandern in den Jahren 1820—1870, also in einem halben Jahrhundert, 2 368 483 Deutsche in die USA ein. Sie machen dort einen so hohen Prozentsatz der gesamteuropäischen Einwanderung aus, daß eine Zeitlang die Möglichkeit bestand, Deutsch zur offiziellen Sprache in den USA zu erheben.²⁴

*DEUTSCHE
AUS-
WANDERUNG
IN DIE USA*

Friedrich Wilhelm *Raiffeisen* entwickelt in dem Gebiet zwischen Sieg und Westerwald (damals südlichstes Westfalen) aus dem 1849 gegründeten „Flammersfelder Hilfsverein zur Unterstützung unbemittelter Landwirte“ den „Heddesdorfer Darlehnskassenverein“ und legt damit den Grund zu der nach ihm benannten bedeutenden *Selbsthilfeorganisation des deutschen Bauerntums*, dem „Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften“. Den Anlaß zu dieser Entwicklung, zu den ersten Hilfsvereinen und Darlehnskassen gibt im Westerwaldgebiet wie im benachbarten Hessen die ausweglose Verschuldung der Bauern bei jüdischen Händlern, wie sie der oberhessische Pfarrer Otto *Glaubrecht* (= Rudolf Ludwig Öser) in seinem zeitgenössischen Buch: *Das Volk und seine Treiber* darstellt. Zahlreiche Bauern arbeiten nur noch für das Aufbringen der jeweils fälligen Zinsen. Ganze Dörfer sind einzelnen Juden verschuldet, die über sie verfügen. Selbst in die Nachbarschaftshilfe mischen und drängen sich die jüdischen Händler hinein. Verzweiflung und Lethargie unter der Landbevölkerung sind die Folge. Vgl. hierzu auch Gustav *Freytag*, *Soll und Haben*, 1855. Das Werk Raiffeisens öffnet unter solchen Umständen den Weg zu einem vollständigen Neubeginn. Da zu dieser Zeit die Landbevölkerung noch 75 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, bedeutet die wirtschaftliche Selbsthilfe der total verschuldeten Bauern eine stille aber um so schwerer wiegende bedeutungsvolle *Revolution*. Sie führt zu einem neuen *Volksbewußtsein*. Bezeichnenderweise wird später die Raiffeisen-Organisation auch entscheidende Hilfe für das Auslandsdeutschtum leisten. Sie kann in Aufbau und Tätigkeit als Vorbild dienen.²⁵

*RAIFFEISEN
BEGINNT
ENTSCHULDUNG
DEUTSCHER
BAUERN*

noch 1854 (ohne nähere Datierung)

TURIN In Turin begründet Guglielmo *Stefani* die *Agenzia Stefani*, die erste italienische Depeschenagentur. Sie hat halbamtlichen Charakter und wird im Zuge der Ausdehnung des italienischen Nationalstaates über die Apenninhalbinsel zunächst nach Florenz, später dann nach Rom verlegt werden. Die Leitung wird in der Familie des Gründers bleiben. Später werden Kartellvereinbarungen mit den Agenturen Reuter, Havas, Wolff, Agence Belge u. a. getroffen werden.²⁶

RUSSLAND In Rußland wird die Bareinlösung des 1839 eingeführten Piargeldes, der sogenannten „Reichskreditbilletts“, eingestellt. Damit sinkt der Kurswert dieses Geldes unter den Nennwert (Disagio) und entsprechend sinkt der Rubelkurs an den Börsen in London und Berlin. Die Wirkung der „Devaluation“ vom 1. Juli 1839 (Herabsetzung des Nennwertes, der „Geltung“ des Rubel), wird fünfzehn Jahre später wieder aufgehoben. Man wird das Verfahren von 1839 nicht wiederholen, sondern im Jahre 1897 wird der Minister Witte anstatt des Nennwertes die Goldparität des Rubel ändern.²⁷

„REICHSKREDITBILLETS“
NICHT MEHR
EINLÖSBAR
DEVALVATION
AUFGEHOBEN

DOSTOJEWSKI Der russische Schriftsteller Feodor Michailowitsch *Dostojewski*
AUS DEM wird aus einem sibirischen Zuchthaus entlassen und als Soldat
ZUCHTHAUS im Kaukasus eingesetzt. Er wurde 1849 als 28jähriger wegen
ENTLASSEN Beteiligung an einem revolutionären Kreis verhaftet, zum Tode verurteilt und dann— bereits auf dem Schafott — begnadigt. 1855 wird er zum Offizier befördert, 1859 endgültig in die Freiheit entlassen werden und sich in Petersburg niederlassen. Auch längere Auslandsreisen wird er dann unternehmen können, als eifriger Verkünder eines russisch-slawischen Sendungsbewußtseins.²⁸

26. Januar 1855

In Turin schließt das Königreich Piemont-Sardinien, vertreten durch den Grafen Camillo Cavour, eine Militärkonvention mit England und Frankreich. Es stellt für den Krimkrieg ein Armeekorps von 15 000 Mann, bestehend aus fünf Brigaden, unter dem Befehl eines sardinischen Generals (La Marmora), marschbereit baldmöglichst nach Ratifizierung der Konvention. Dafür garantieren Frankreich und Großbritannien die Integrität der Staaten des Königreichs von Piemont und Sardinien „und verpflichten sich, sie gegen jeden Angriff während der Dauer des gegenwärtigen Krieges zu verteidigen“.¹

PIEMONTE-SARDINIEN (CAVOUR)

MILITÄRKONVENTION MIT GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH

noch Januar 1855

Die Bundesrepublik Argentinien und der aus dieser ausgeschiedene Stadtstaat Buenos Aires (vgl.: noch September 1852) schließen ein Bündnis zu gegenseitigem Schutz gegen auswärtige Feinde und gewährleisten sich darin ihren beiderseitigen Territorialbestand sowie Zollfreiheit im Handelsverkehr untereinander. Das Bündnis kommt unter der Bedrohung durch die Seeräuber der westindischen Inseln (Flibustier) zustande, kann aber nicht die grundlegenden Gegensätze zwischen den „Unitariern“ in Buenos Aires und den Föderalisten im übrigen Argentinien überbrücken (vgl.: noch 1856).²

ARGENTINIEN

SCHUTZ-BÜNDNIS MIT BUENOS AIRES GEGEN FLIBUSTIER

8. Februar 1855

Der deutsche Bundestag in Frankfurt beschließt, im Krimkrieg neutral zu bleiben. Er entscheidet sich damit für den Standpunkt Preußens, genauer gesagt: des preußischen Bundestagsabgeordneten Otto von Bismarck, und gegen die verhängnisvolle österreichische Außenpolitik, die sich von den Westmächten in eine rußlandfeindliche Haltung hat hineinmanövrieren lassen (vgl. 10. Juni 1854, 14. Juni 1854 und 8. August 1854). Kaiser Franz Joseph und seine Berater zerstören damit die Heilige Allianz im Interesse Großbritanniens und Frankreichs.³

DEUTSCHER BUNDESTAG:

NEUTRALITÄT IM KRIMKRIEG

2. März 1855

In Petersburg stirbt Zar Nikolaus I. Pawlowitsch, mitten in dem für ihn unglücklich verlaufenden Krimkrieg. Sein Sohn Alexander tritt als Alexander II. die Nachfolge an und setzt den Kampf gegen die Türkei, Großbritannien, Frankreich und Piemont-

PETERSBURG

TOD ZAR NIKOLAUS I.

NACHFOLGER
ALEXANDER II.

Sardinien fort. Österreich nimmt weiterhin eine drohende Haltung gegenüber Rußland ein und erregt damit in der russischen Führungsschicht eine tiefe, langanhaltende Verbitterung. Man hat nicht vergessen, daß Österreich 1849 den revolutionären Aufbruch in Ungarn nur mit russischer Hilfe niederschlagen konnte.

12. April 1855

HANNOVER
DEUTSCHER
BUNDESTAG
FORDERT
VERFASSUNGS-
REVISION

Auf eine Beschwerde der Hannoverschen Ritterschaft beim Deutschen Bundestag hin, ihr sei die Standeseigenschaft in der ersten Kammer entzogen worden, richtet der Bundestag an die Hannoversche Regierung die Aufforderung, die bestehende Verfassung und Gesetzgebung dahingehend abzuändern, daß sie mit dem Grundgesetz des Bundes übereinstimme und den Beschwerden der Ritterschaft Rechnung getragen werde. Zur Durchführung dieser Auflage wird in Hannover eine neue Regierung unter dem Vorsitz von *Borries* gebildet. Vgl. weiter 16. Juni 1855.⁴

18. April 1855

SIAM
RAMA IV.
FREUND-
SCHAFTS-
VERTRAG
MIT GROSS-
BRITANNIEN

König *Rama IV.* von *Siam*, seit 1851 an der Regierung, schließt einen Freundschaftsvertrag mit Großbritannien und leitet damit ein umfassendes Vertragswerk ein, das Frankreich, die deutschen Hansestädte, die Niederlande, Portugal, Preußen und die USA einbeziehen wird. Darüber hinaus führt der König ein umfangreiches Reformprogramm durch und beruft Europäer in seine Dienste. Sein Nachfolger, Chulalongkorn (*Rama V.*) wird ab 1868 die Modernisierung fortsetzen. Doch wird Siam schließlich trotz alledem größtenteils dem britisch-französischen Kolonialhunger zum Opfer fallen (vgl. 2. Oktober 1893).

22. April 1855

NIEDERLANDE
GESETZ ÜBER
MINISTER-
VERANTWORT-
LICHKEIT

In den Niederlanden wird ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister verabschiedet, in dem als Strafmaßnahme auch die Ausweisung bzw. Verbannung ins Ausland vorgesehen ist. Voraussetzung ist natürlich, daß irgendein anderes Land bereit ist, den oder die Ausgewiesenen, wenn auch nur vorübergehend, bei sich aufzunehmen. Denn es ist ein allgemein anerkannter völkerrechtlicher Grundsatz, daß der ausweisende Staat seine ausgewiesenen Staatsangehörigen auf Verlangen des Aufenthaltsstaates wieder übernehmen muß.⁵

16. Mai 1855

Während vor und um Sewastopol ununterbrochen gekämpft wird und der französische Oberbefehl von General Canrobert auf den rücksichtsloseren General *Pelissier* übergeht, der die Laufgräben, Schanzen und Batterien bis unmittelbar vor die russischen Befestigungen vorantreiben läßt, segelt ein Teil der britisch-französischen Flotte ins Asowsche Meer und vernichtet die Vorratslager in den Hafenstädten Kertsch, Jenikale, Mariopol, Taganrog und Anapa. Dabei kommt es zu einer Kette von hemmungslosen Gewalttätigkeiten. Unter anderem geht die unersetzlich wertvolle Altertümersammlung in Kertsch in Flammen auf.⁶

*BRITISCH-
FRANZÖSISCHE
FLOTTENEIN-
HEITEN IM
ASOWSCHEN
MEER*

16. Juni 1855

In Hannover werden die Stände einberufen. Es geht um die Verfassungsänderung im Sinne der Bundesauflage (vgl. 12. April 1855). Die Regierung legt einen Revisionsentwurf vor, der den eigentlichen Sinn der Verfassung von 1848 aufhebt. Daraufhin wird ein Ausschuß unter Vorsitz des Göttinger Liberalen Adolf Ellissen am 10. Juli eine Adresse an den König richten mit der Bitte, er möge dazu helfen, die Souveränität der Krone, die Selbständigkeit des Königreiches und die *Rechtsbeständigkeit der Verfassung* sicherzustellen. Das wiederum führt zunächst zur Vertagung, später zur Auflösung der Ständeversammlung. Vgl. weiter 1. August 1855.⁷

*HANNOVER
STÄNDEVER-
SAMMLUNG
GEGEN
VERFASSUNGS-
REVISION*

18. Juni 1855

Am Gedenktag der Schlacht von Waterloo treten die französischen und die britischen Belagerungstruppen zu einem allgemeinen Sturm auf die Festung Sewastopol an, nachdem zehn Tage zuvor einzelne Festungswerke wie der „grüne Mamelon“ erstürmt werden konnten. Aber der allgemeine Angriff wird unter unverhältnismäßig hohen Verlusten abgeschlagen. Hinzu kommen die ununterbrochenen zahlreichen Todesfälle durch die Cholera und andere Seuchen, die auf mangelhafte Ernährung, Ausrüstung und auf die Versumpfung des Geländes durch andauernde Regenfälle zurückzuführen sind.⁸

*STURM AUF
SEWASTOPOL
ABGESCHLAGEN*

HOHE VERLUSTE

1. August 1855

In Hannover wird nach Auflösung der Ständeversammlung (vgl. 16. Juni 1855) durch königlicher Verordnung eine Reihe von Gesetzen verkündet, die im wesentlichen die staatliche Ordnung von 1840 wieder herstellen und die Verfassung von 1848 außer

*HANNOVER
RESTAURATION*

Kraft setzen. Im einzelnen werden die Ministerverantwortlichkeit aufgehoben, die Machtbefugnisse des Königs vermehrt, die Erste Kammer in eine Adelskammer verwandelt, die Wahlberechtigung für die zweite Kammer eingeschränkt und die Rechte der Landstände vermindert.⁹

16. August 1855

SEWASTOPOL
VERSUCH
ZUM ENTSATZ
GESCHEITERT

Um den zunehmenden Druck auf die Festung Sewastopol zu vermindern, unternimmt der russische Kommandant *Gortschakow* einen Versuch, von der *Tschernaja* aus die Linien der Belagerer zu durchbrechen. Aber der französische General *Faucheux* kann das Flußufer und die Brücke über die *Tschernaja* im Rücken der Russen gewinnen, so daß *Gortschakow* einen verlustreichen Rückzug antreten muß, den die Franzosen ihrerseits durch pausenlose Angriffe auf Sewastopol auch den ganzen nächsten Tag über ausnutzen. Die Russen verlieren in der Folgezeit täglich mehrere tausend Tote.¹⁰

18. August 1855

ÖSTERREICH-
UNGARN
KONKORDAT
MIT DEM
VATIKAN
QUELLE INNEN-
POLITISCHER
KRISEN

Zwischen dem Vatikan und Österreich-Ungarn wird ein Konkordat abgeschlossen, das der Katholischen Kirche einen weitreichenden Einfluß auf das kulturelle Leben und insbesondere auf das Schulwesen in Österreich und in Ungarn einräumt. Es wird daher in den folgenden Jahren mehrfach zu Krisensituationen führen, insbesondere dort, wo die Rechte, die der Staat den protestantischen Kirchen einräumt, mit diesem Konkordat in Widerspruch stehen. Am Ende wird es in der praktischen Durchführung an Gewicht und Bedeutung verlieren.¹¹

noch August 1855

MEXIKO
SANTA ANNA
DANKT AB
ANARCHIE
ALVAREZ

In Mexiko unterzeichnet der seit zwei Jahrzehnten wiederholt amtierende Präsident und Führer der demokratischen „Yor-kinos“, *Santa Anna*, seine Abdankung und reist nach Kuba. Die Folge ist ein Zustand nahezu vollständiger Anarchie, bis endlich mit Hilfe der Liberalen und Radikalen (*Puros*) General *Alvarez*, indianischer Abstammung und im Süden Mexikos beheimatet, die Präsidentenwürde erlangt. Seine Regierung wird, wie nach den vorangegangenen Zuständen nicht anders zu erwarten, willkürlich und gewalttätig sein. Aus der Anarchie läßt sich nicht von einem Tag zum anderen ein Rechtsstaat machen.¹²

noch August 1855

In Bolivien wird Präsident *Belzu* durch einen Militäraufstand gestürzt, auf dieselbe Weise, auf die er selbst, der ehemalige Kriegsminister, 1848 zur Präsidentenwürde gekommen ist. Doch hat er immerhin sieben Jahre lang sein Amt ausüben können, trotz mehrerer Verschwörungen, hat auf ein geordnetes Staatswesen hingewirkt und ebenso den Handel wie auch Landwirtschaft und Industrie tatkräftig gefördert. Nach seinem Sturz wird eine Jahre andauernde Anarchie das Erreichte wieder zerstören, wie es für südamerikanische Verhältnisse seit eh und je kennzeichnend ist.¹³

BOLIVIEN

STURZ BELZUS

ANARCHIE

5. September 1855

Zur Vorbereitung des endgültigen und letzten Sturmes auf Sewastopol (vgl. 8. September 1855) setzt eine Tag und Nacht andauernde schwerste Beschießung ein, die für damalige Verhältnisse ungewohnte Verheerungen anrichtet. Etwa 5000 Russen fallen auf den Schanzen und in der Stadt allein dieser Beschießung zum Opfer. Für den folgenden Hauptangriff werden die Franzosen sich den Malakow-Turm, die Engländer den sogenannten Redan zum Ziel wählen. Er wird sie 2400, die Franzosen 7300 Tote kosten. Die Russen werden noch einmal etwa 13 000 Mann verlieren.¹⁴

SEWASTOPOL

SCHWERSTE
BESCHIEßUNG
BEREITET
HAUPTANGRIFF
VOR

8. September 1855

Auf der Halbinsel Krim im Schwarzen Meer erstürmen französische Truppen unter dem Befehl von Mac-Mahon die Hauptbefestigung der Stadt *Sewastopol*, den Malakow-Kurgan, und zwingen damit die russische Besatzung zur Übergabe der seit fast einem Jahr belagerten Stadt (vgl. 1. September 1854) und des Kriegshafens der russischen Schwarzmeerflotte. Damit ist die Entscheidung im *Krimkrieg* gefallen, der von der Besetzung der Donaufürstentümer Moldau und Walachei durch Rußland seinen Ausgang nahm. Vgl. weiter 28. Dezember 1855.¹⁵

EROBERUNG
SEWASTOPOLS

MAC-MAHON

ENTSCHEIDUNG
IM KRIMKRIEG

noch Oktober 1855

Die österreichische Regierung überläßt ihrer Nationalbank Staatsgüter im Werte der angelaufenen Staatsverschuldung. Doch vermag auch diese Maßnahme keinen Finanzausgleich herbeizuführen. Trotz vielfacher und hoher Steuern übersteigen die staatlichen Ausgaben die Einnahmen um erhebliche Millionenbeträge. Die Auflegung von Staatsanleihen führt angesichts des Vielvölkerstaates mit wenig ausgeprägtem Nationalbewußtsein

ÖSTERREICH
STAATSVER-
SCHULDUNG
STAATS-
ANLEIHEN
WENIG
ERFOLGREICH

nur zu mäßigem Erfolg. Die Überlassung der Eisenbahnen an französische Gesellschaften bringt nur vorübergehende Erleichterung.¹⁶

21. November 1855

SCHWEDEN/
NORWEGEN

SCHUTZBÜND-
NIS MIT
FRANKREICH
UND GROSS-
BRITANNIEN
GEGEN
RUSSLAND

König Oskar I. von Schweden und Norwegen nutzt die russische Niederlage im Krimkrieg, um über die bereits erreichte Neutralität hinaus (vgl.: noch Dezember 1853) ein Schutzbündnis mit Frankreich und Großbritannien zu schließen. Das sogenannte *November-Traktat* wird in Stockholm unterzeichnet. Darin verpflichten sich Schweden und Norwegen, nicht den geringsten Teil ihres Gebietes an Rußland abzutreten, von Rußland besetzen zu lassen oder auszutauschen, auch keinerlei Weidenutzungs- oder Fischereirechte Rußland einzuräumen. Für den Fall, daß Rußland ein derartiges Ansinnen an Schweden oder Norwegen stellt, wird die schwedisch-norwegische Regierung dies sogleich den Vertragspartnern mitteilen. Diese, Frankreich und Großbritannien, sagen ihrerseits zu, den König von Schweden und Norwegen zu Lande und zu Wasser zu unterstützen und jedem russischen Anspruch oder Angriff an oder auf Schweden/Norwegen Widerstand zu leisten. Die militärische Seite des Bündnisses soll durch eine besondere Konvention geregelt werden. Der Austausch der Ratifizierungsurkunden wird am 17. Dezember 1855 erfolgen.¹⁷

MILITÄR-
KONVENTION
GEPLANT

27. November 1855

KARS
KAPITULIERT

BEGINN DER
FRIEDENSVER-
HANDLUNGEN

Die türkische Festung *Kars*, südöstlich von Trebisonde, im Zuge des Krimkrieges seit Monaten vom russischen General *Murawiew* belagert, von *Wassif* Pascha, Williams und dem ungarischen General *Kmethy* verteidigt, muß sich infolge Aushungerung ergeben. Dieser verhältnismäßig geringe Erfolg erleichtert es der russischen Regierung, in Friedensverhandlungen einzutreten. Mit dem Fall von Sewastopol (vgl. 5. und 8. September 1855) ist *nicht* die gesamte Halbinsel Krim in die Hände der Engländer und Franzosen gefallen. Im Norden kann Gortschakow sich weiterhin halten.¹⁸

28. Dezember 1855

PETERSBURG

BRITISCH-
FRANZÖSISCHES
ULTIMATUM

In Petersburg wird der russischen Regierung ein britisch-französisches Ultimatum übermittelt, das die Fortsetzung der Kampfhandlungen (nach dem Fall Sewastopols, vgl. 8. September 1855) androht, wenn Rußland nicht das Vier-Punkte-Programm vom 8. August 1854 (vgl. dort und 24. Juli 1854) annimmt, Bessarabien abtritt und in die Neutralisierung des

Schwarzen Meeres einwilligt. Angesichts der zerrütteten Finanzen, unzulänglichen Verwaltung und mangelhaften Verkehrswege sieht sich Zar Alexander II. gezwungen, das Ultimatum anzunehmen (vgl. 10. Januar 1856).¹⁹

noch 1855 (ohne nähere Datierung)

In *Abessinien* (Äthiopien), das bis dahin von Königen des Volkes der Amharer, koptischer Christen, beherrscht wurde, gelingt es erstmalig einem Kasei von Tigre, dem nördlichen Abessinien, ein Übergewicht an Macht zu erringen. Er nimmt unter dem Namen *Theodor* den Titel eines Königs der Könige („Negus Negesti“) von Äthiopien an. Dreizehn Jahre später, 1868, wird er sich anlässlich der Belagerung der Festung Magdala durch die Engländer erschießen. Vgl. auch: noch 1872.²⁰

ÄTHIOPIEN

THEODOR

*NEGUS
NEGESTI*

In London wird die zunächst liberale Zeitung „*Daily Telegraph*“ gegründet. Sie wird später von einem deutschen Juden, Edward Levy-Lawson, geadelt als Lord *Burnham*, einem Freund König Eduards VII., aufgekauft und zu einem gemäßigt konservativen Blatt gemacht werden, das sich vor allem für die britischen Kolonialinteressen einsetzt.²¹

LONDON

*„DAILY
TELEGRAPH“
GEGRÜNDET*



10. Januar 1856

Zar Alexander II. von Rußland nimmt das britisch-französische Ultimatum vom 28. Dezember 1855 (vgl. dort) an und beendet damit den Krimkrieg. In Paris werden Friedensverhandlungen eingeleitet. Kaiser Napoleon III. hat den Sieg Zar Alexanders I. über seinen Onkel, Napoleon I., wieder wettgemacht. Allerdings ist ihm dieser Triumph weitgehend durch das Bündnis mit Großbritannien und vor allem durch den Frontwechsel Österreichs von der russischen auf die britisch-französische Seite ermöglicht worden. Preußen hat sich ferngehalten, und das wird Napoleon III. nicht vergessen.¹

ALEXANDER II.
NIMMT
ULTIMATUM AN

FRIEDENSVER-
HANDLUNGEN
IN PARIS

NAPOLEON III.

16. Januar 1856

Nachdem Zar Alexander das britisch-französische Ultimatum (siehe oben) angenommen hat, tritt der Bevollmächtigte Österreichs, Fürst Esterhazy, mit dem russischen Staatsmann Graf Nesselrode in Verbindung. Es gelingt ihnen, ein Übereinkommen in mehreren Fragen zu erzielen, das als Grundlage für die kommenden Friedensverhandlungen in Paris dienen kann. Eine weitere Voraussetzung ist die vertragliche Zusicherung von seiten der Pforte gegenüber Frankreich, Großbritannien und Österreich, künftig die Christen im Osmanischen Reich rechtlich den Mohammedanern gleichzustellen.²

ÖSTERREI-
CHISCH-
RUSSISCHES
ÜBER-
EINKOMMEN

ESTERHAZY-
NESSELRODE

1. Februar 1856

Der Tod des russischen Statthalters in Polen, des Fürsten Paskewitsch, führt den Verteidiger von Sewastopol im Krimkrieg, den Fürsten Alexander Michailowitsch Gortschakow, an dessen Stelle. Ein Amnestieerlaß wird zahlreichen polnischen Flüchtlingen die Rückkehr ermöglichen und sie in ihre bürgerlichen Rechteiedereinsetzen. Auch werden im darauffolgenden Jahr Kurse zur Einführung in polnisches Recht eingerichtet werden. Doch hat alles nur eine Stärkung des polnischen Nationalismus und Unabhängigkeitsstrebens zur Folge (vgl. 22. Januar 1863).³

POLEN

TOD
PASKEWITSCHS

NACHFOLGER
GORTSCHAKOW

AMNESTIE

Fürst Gortschakow wird noch in demselben Jahr russischer Außenminister und wird es über ein Vierteljahrhundert lang bleiben (bis 1882), von 1862 an mit dem Titel eines „Reichskanzlers“. 1859 wird er ein persönliches Interesse an dem preußischen Gesandten in Petersburg, Otto von Bismarck, nehmen,

GORTSCHAKOW
RUSSISCHER
AUSSEN-
MINISTER

*FÖRDERUNG
BISMARCKS*

diesen in den folgenden Jahren als seinen politischen Schüler betrachten und entsprechend fördern, auch noch nachdem Bismarck an die Spitze der preußischen Regierung getreten ist, aber nicht mehr seit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71. Von diesem Zeitpunkt an wird er ihn bekämpfen.⁴

18. Februar 1856

*TÜRKEI
REFORMERLASS
DES SULTANS
GLEICHBERECH-
TIGUNG FÜR
CHRISTEN*

Sultan Abdul Medschid I. erläßt das Hatt-I-Humayun-Reformedikt, mit dem die von einer Gesandtenkonferenz der Westmächte und Österreichs in Konstantinopel ausgearbeiteten 21 Punkte eines Reformprogramms für die innere Verwaltung des Osmanischen Reiches genehmigt und für die Durchführung freigegeben werden. Sie sollen künftig Rußland jeden Anlaß nehmen, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen. Der weitreichendste Reformvorschlag ist dabei die Zulassung von Christen zu allen Staatsämtern und einer eigenen christlichen Gerichtsbarkeit sowie Straffreiheit für Konfessionswechsel vom Islam zum Christentum und die Gleichstellung aller Kulte und Nationalitäten im Osmanischen Reich. Solche Reformen können natürlich nicht die Zustimmung der strenggläubigen Moslems und der Priesterschaft finden. Sie werden daher auch nicht praktiziert werden, wie noch vier Jahrzehnte später an den blutigen Massakern gegen die christlichen Armenier deutlich werden wird. Der Sultan geht nur zum Schein auf die Reformvorstellungen der europäischen Mächte und ihrer Gesandtenkonferenz in Konstantinopel ein. Was im weiten Lande tatsächlich geschieht, steht auf einem anderen Blatt.⁵

*WIDERSTAND
DER
ISLAMISCHEN
GEISTLICHKEIT*

25. Februar 1856

*PARIS
BEGINN
DES
FRIEDENS-
KONGRESSES*

In Paris beginnt der Friedenskongreß zur Beendigung des Krimkrieges. Daran nehmen teil Frankreich, Großbritannien, Österreich, Piemont-Sardinien, Rußland, die Türkei und schließlich auch noch Preußen. Aufgrund umfassender Vorbereitungsarbeiten (vgl. 16. Januar 1856) kann der Vertragstext für den Friedensvertrag binnen weniger Wochen fertiggestellt werden. Bereits am 30. März (vgl. dort) wird er von den Vertretern der beteiligten Mächte unterzeichnet werden.⁶

30. März 1856

*PARISER
FRIEDEN*

In Paris wird der Friedensvertrag unterzeichnet, der den Krimkrieg offiziell beendet. Unterzeichnermächte sind Frankreich, Großbritannien, Österreich, Preußen, Rußland, Sardinien und die Türkei (Osmanisches Reich). Die beiderseits eroberten Gebiete werden zurückgegeben (Art. 2—4). Die Hohe Pforte wird

ausdrücklich in das Konzert der europäischen Mächte aufgenommen, ihre Unabhängigkeit und ihr Territorialbestand *garantiert*, ausgenommen durch Rußland (vgl. 15. April 1856) (Art. 7). Der Sultan seinerseits verpflichtet sich zu Reformen (Art. 9, vgl. auch 18. Februar 1856). Das Schwarze Meer wird neutralisiert, für Handelsschiffe aller Nationen geöffnet, für Kriegsschiffe gänzlich gesperrt (Ausnahme siehe Konvention b) (Art. 13). Rußland verliert die bisherige Kontrolle über die Donauschiffahrt. Diese wird für frei erklärt und dafür eine *Donaukommission* gebildet (Art. 15—19). Rußland tritt die Donaumündungen und einen Teil Bessarabiens am linken Donauufer an das Fürstentum Moldau ab, das ebenso wie die Walachei unter der Souveränität der Pforte verbleibt und damit unter die Garantie der vertragschließenden Mächte fällt (Art. 20—22). Zu diesem Vertragswerk gehören drei *Konventionen*: In der Konvention a erhält der Sultan die Sperre des Bosphorus und der Dardanellen für alle fremden Kriegsschiffe aufrecht. In der Konvention b verpflichten sich der Sultan und Rußland, im Schwarzen Meer nicht mehr als sechs Kriegsschiffe, nicht länger als 50 Meter, und vier leichte Dampf- oder Segelschiffe, nicht über 200 t, zu halten. In der Konvention c verpflichtet sich Rußland gegenüber Frankreich und Großbritannien, auf den *Aalandsinseln* (vor der finnischen Küste) keine Befestigungen anzulegen. (Vgl. hierzu 13. Juli 1878.)⁷

*DREI KON-
VENTIONEN:*

DARDANELLEN

*SCHWARZES
MEER*

*AALANDS-
INSELN*

noch März 1856

Im dänischen Reichstag fordern elf deutsche Abgeordnete, an ihrer Spitze Scheel-Plessen, „daß die Gesamtverfassung [Dänemarks] den Ständen der Herzogtümer [Schleswig und Holstein] vorgelegt und auf Grund ihrer Gutachten ein neuer Entwurf aufgestellt werde“. Nachdem diese Forderung abgelehnt worden ist, fechten die elf die Gültigkeit der Verfassung an. Das wird einen Notenwechsel zwischen Preußen, Österreich und der dänischen Regierung zur Folge haben (vgl.: noch September 1857).⁸

*DÄNEMARK
SCHLESWIG-
HOLSTEIN
FORDERUNG
NACH NEUEM
VERFASSUNGS-
ENTWURF
ABGELEHNT*

15. April 1856

Da die russische Regierung sich bei den Pariser Friedensverhandlungen geweigert hat, an der Garantie des türkischen Territorialbestandes teilzunehmen (vgl. 30. März 1856, Art. 7), schließen Frankreich, Großbritannien und Österreich in Paris einen besonderen Garantievertrag über Wahrung der Integrität und Unabhängigkeit des Osmanischen Reiches. Jede Verletzung des Pariser Friedens soll für die drei vertragschließenden Mächte den Kriegsfall bedeuten.⁹

PARIS

*BRITISCH-
FRANZÖSISCH-
ÖSTERREICHI-
SCHE GARANTIE
DER TÜRKEI*

16. April 1856

PARIS

SEERECHTS-
ABKOMMEN

„KAPEREI
ABGESCHAFFT“

HILFSKREUZER

In Fortsetzung der Pariser Verhandlungen (siehe oben) wird auch das *Seerecht* neu geregelt. Man einigt sich u. a. auf eine Deklaration, deren erster Satz lautet: „*Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft.*“ Da aber nicht auch zugleich das Seebeuterecht aufgehoben wird, werden mehrere Staaten künftig dazu übergehen, Handelsschiffe in die Kriegsmarine ein- oder ihr anzugliedern, etwa als „Hilfskreuzer“, mit getarnter Bewaffnung, um mit ihnen im Kriege feindliche oder dem Prisenrecht unterliegende neutrale Handelsschiffe zu jagen. Die 2. Haager Friedenskonferenz wird 1907 dieses Verfahren völkerrechtlich regeln.¹⁰

12. Juli 1856

SÜDAFRIKA

NATAL VON
KAPKOLONIE
GETRENNT

BRITISCHE
SIEDLER

In Südafrika wird *Natal* von der Kapprovinz abgetrennt. Es wurde 1839 von Buren des „Großen Trecks“ unter Andries Pretorius gegründet und am 8. August 1843 von Großbritannien annektiert. Nunmehr wird es Siedlungsgebiet britischer Auswanderer, die vier Jahre später, ab 1860, beginnen werden, eingewanderte Inder als Arbeitskräfte zu verpflichten. Sie werden größtenteils im Lande bleiben und dem Bild der Bevölkerung zunehmend das Gepräge geben. Die burischen Gründer sind zum Teil schon vorher in das Gebiet des Vaalflusses weitergewandert.

noch Juli 1856

SPANIEN

SPALTUNG DER
„LIBERALEN
UNION“

AUFSTÄNDE
BELAGERUNGS-
ZUSTAND

In Spanien bricht die Regierungspartei, die „*Liberale Union*“ (vgl.: noch Juli 1854), wieder auseinander, die beiden Flügel, Gemäßigte und Fortschrittliche, trennen sich. *Espartero* tritt aus der Regierung aus. Aufstände und Straßenkämpfe in Barcelona und Madrid werden vom Kriegsminister *O'Donnell* (vgl.: noch Juli 1854) blutig unterdrückt, die im November 1854 neugewählten „*verfassunggebenden Cortes*“ nach Verkündung des Belagerungszustandes wieder aufgelöst. Vgl. weiter: noch September 1856.¹¹

August 1856

JAPAN

US-KONSUL
TOWNSEND
HARRIS

In *Japan* trifft der erste nordamerikanische Konsul ein, *Townsend Harris*. Er wird sich allmählich das Vertrauen der japanischen Behörden erwerben und ein Jahr nach seinem Eintreffen, am 25. September 1857, die Erlaubnis erhalten, die Stadt *Yedo* zu betreten. Am 7. Dezember 1857 wird er vom *Shogun*, dem Vertreter des Kaisers und wirklichen Machthaber in Japan, empfangen werden. In zähen Verhandlungen wird er einen Handelsvertrag vorbereiten (vgl. 17. Juni 1857 und 29. Juli 1858).¹²

6. September 1856

Im Großherzogtum Hessen (Hessen-Darmstadt, nicht zu verwechseln mit dem Kurfürstentum Hessen-Kassel) wird durch ein neues Wahlgesetz das Dreiklassenwahlrecht wieder abgeschafft. Es war — nach preußischem Vorbild — am 9. Oktober 1850 auf dem Wege der Notverordnung eingeführt worden, nachdem im Zuge der von Frankreich importierten Revolution am 3. September 1849 vorübergehend für beide Kammern des Parlaments die unmittelbare Wahl durchgesetzt worden war. Nunmehr wird die Wählbarkeit wieder von einem bestimmten Vermögensstand (Census) abhängig gemacht.¹³

*HESSEN-
DARMSTADT*

*WAHLRECHT
NACH VERMÖ-
GENSSTAND*

7. September 1856

In Moskau finden die Krönungsfeierlichkeiten für Zar Alexander II. (vgl. 2. März 1855) statt. Aus diesem Anlaß gestattet der Zar vielen unter der Regierung seines Vaters Verbannten die Heimkehr und setzt sie in ihre früheren Rechte ein. In der Thronrede verspricht er, „das ererbte Reich zum Boden eines wichtigen Aufstrebens zu machen, wo der Fortschritt in Förderung des Volkswohles und Bildung des Volksgeistes bestehen soll“. Vordringliche Aufgabe wird die Überwindung der verheerenden Folgen des Krimkrieges in Handel und Finanzen sein. Vgl. 27. September 1857.¹⁴

MOSKAU

*KRÖNUNG
ALEXANDERS II.*

*HEIMKEHR
DER
VERBANNTEN*

noch September 1856

In Spanien bildet nach dem Auseinanderbrechen der „Liberalen Union“ (vgl.: noch Juli 1856) Narvaez, Herzog von Valencia (vgl.: noch Oktober 1851), eine Regierung der Gemäßigten. Sie wird das Übergewicht des Parlaments durch „konstitutionelle Reformen“ zu beschränken suchen und mit einem strengen Pressegesetz den Übergriffen der Fortschrittlichen und der Republikaner entgegenwirken. Doch wird ihr das in den Reihen der eigenen Partei als Hinneigung zur „Reaktion“ ausgelegt werden, und so wird es zu einer Wiederannäherung der Gemäßigten und der Fortschrittlichen kommen. Vgl.: noch Juni 1858.¹⁵

SPANIEN

*REGIERUNG
NARVAEZ*

*„KONSTITU-
TIONELLE
REFORMEN“*

*PRESSEBE-
SCHRÄNKUNG*

8. Oktober 1856

In Kanton halten die chinesischen Behörden das Schiff „Arrow“ fest, das unter britischer Flagge segelt, aber zwölf Piraten an Bord hat. Die Piraten werden verhaftet, die britische Flagge gewaltsam niedergeholt. Dafür wird Großbritannien Genugtuung fordern, obgleich die Flagge ohne Berechtigung geführt

*KANTON/CHINA
„ARROW“-
VORFALL*

**BRITISCH-
FRANZÖSISCHE
FEINDSELIG-
KEITEN**

wurde. Der chinesische Provinz-Vizekönig Ye wird die Genugtuung verweigern, Verhandlungen werden nicht zum Ziele führen. Die Engländer werden daraufhin Feindseligkeiten eröffnen, und Frankreich wird sich in dieser Sache mit Großbritannien solidarisch erklären, nachdem wiederum ein französischer Missionar ermordet ist. Ein Jahr später, am 28./29. Dezember 1857, (vgl. dort!) wird Kanton beschossen und erobert werden. Vgl. weiter 25. Mai 1858.¹⁶

noch Oktober 1856

**SIZILIEN
ABBRUCH
DER DIPLOM.
BEZIEHUNGEN
SEITENS
FRANKREICHS
UND GROSS-
BRITANNIENS**

Frankreich und Großbritannien brechen die diplomatischen Beziehungen zum Königreich beider Sizilien ab, nachdem ihre Vorstellungen hinsichtlich des Terror-Regimes, das König Ferdinand II. von Neapel aus führt, ergebnislos geblieben sind. Der britische Schatzkanzler William E. Gladstone hat das Königreich bereit und die Öffentlichkeit wird sich in diesen Zuständen dort bekannt gemacht. Politische Gefangene, insbesondere die Liberalen der Revolution von 1848, werden mit großer Härte behandelt.¹⁷

4. November 1856

**USA
PRÄSIDENTEN-
WAHLEN**

**SIEG
BUCHANANS
UND DER
DEMOKRATEN**

Bei den Präsidentenwahlen in Nordamerika siegt James Buchanan, der Kandidat der Sklavenhalterpartei und der Demokraten. Auch im Kongreß erzielen sie die Mehrheit und werden die von den Republikanern, den Gegnern der Sklavenhaltung, beschlossene Eingliederung des Staates Kansas in die nordamerikanische Union noch um volle fünf Jahre hinauszögern. Der Haß der beiden feindlichen Parteien wird sich in diesen Jahren bis zur Schlägerei im Kongreß steigern und die Sezession der Südstaaten mit ihrer Bevölkerung mehrheitlich spanischer Abstammung psychologisch vorbereiten. Das Haus Rothschild wird — wie stets — beide finanzieren und damit auch kontrollieren, den Norden durch August Belmont, den Süden durch die Erlangers.¹⁸

16. Dezember 1856

**SÜDAFRIKA
BURENSTAAT
TRANSVAAL**

Die Buren-Gemeinden der aus Natal an den Vaalfluß weitergewanderten Siedler, denen Großbritannien am 17. Januar 1852 (vgl. dort) die Unabhängigkeit zuerkannt hat (Sand-River-Konvention), schließen sich zusammen und gründen den Burenstaat Transvaal. Die Siedlungen dort können sich, ebenso wie in dem gleichfalls von Buren gegründeten Oranje-Freistaat, nur unter ständigen Kämpfen gegen die Eingeborenen, Zulu bzw. Bantu, entwickeln, die etwa gleichzeitig mit den Buren in diese Gebiete vorgestoßen sind.

noch 1856 (ohne nähere Datierung)

Die Gegensätze zwischen den „Unitariern“ in Buenos Aires, die eine argentinische Zentralregierung anstreben und für sich beanspruchen, und den Föderalisten in den übrigen argentinischen Bundesstaaten (vgl.: noch Januar 1855) verschärfen sich zum Bürgerkrieg, nachdem der Kongreß beschließt, auf alle über Buenos Aires importierten Waren einen Ausgleichszoll zu erheben. Die Kämpfe werden sich über Jahre hinziehen und nach einem vorübergehenden Erfolg der Föderalisten (vgl. 23. Oktober 1859) schließlich Buenos Aires die Oberhand gewinnen lassen.¹⁹

ARGENTINIEN

BÜRGERKRIEG
MIT
BUENOS AIRES

Der Generalgouverneur der britischen „Ostindischen Kompanie“, Lord *Dalhousie*, verfügt im letzten Jahr seiner Amtsführung (seit 1848), daß mit dem Tode des 1837 zur Regierung gekommenen indischen Großmoguls Akbar II. die indische Kaiserwürde überhaupt erlöschen und die entsprechende Machtbefugnis auf die Ostindische Kompanie, also auf Großbritannien übergehen soll. Bisher hat der Großmogul noch als oberster Lehnsherr der indischen Fürsten gegolten. Weiter bestimmt Dalhousie, daß die Reiche kinderloser indischer Fürsten nach ihrem Tode an die Kompanie fallen sollen. Die Folge dieses Vorgehens ist eine tiefgehende Empörung in allen Schichten der indischen Bevölkerung, einschließlich der im Dienst der Kompanie stehenden Eingeborenentruppen. Sie wird sich im darauffolgenden Jahr blutig entladen. Vgl. 9. Mai 1857.²⁰

INDIEN

DALHOUSIE
VERFÜGT
ENDE DER
INDISCHEN
KAISERWÜRDE
(GROSSMOGUL
AKBAR II.)

noch 1856 (ohne nähere Datierung)

Die 1847 gegründete *Hamburg-Amerikanische Paketfahrt Aktiengesellschaft* (HAPAG), die bisher die Linie Hamburg—New York mit drei kleinen Segelschiffen von 500 bis 700 Tonnen betrieben hat, stellt sich auf Dampfer um und erweitert allmählich ihr Liniennetz. Bis zum Beginn des 1. Weltkrieges wird sie sich zur größten Schifffahrtsgesellschaft der Erde entwickeln, nachdem sie zu Beginn der achtziger Jahre vorübergehend vom Norddeutschen Lloyd in Bremen überflügelt worden ist. Den entscheidenden Auftrieb wird die Reederei durch das Zwischen-decksgeschäft mit Auswanderern erhalten.²¹

HAMBURG

HAPAG
ERÖFFNET
DAMPF-
SCHIFFFAHRT

Auf der Insel *Haiti*, der größten unter den Großen Antillen, wird zwischen dem Negerfreistaat Haiti (seit 1803, zuvor französisch) im Westen und der Republik Santo Domingo im Osten ein Grenzvertrag geschlossen. Letztere hat sich erst 1844 als Mulatten-Freistaat von dem westlichen Haiti getrennt, in dem seit

HAITI
GRENZ-
VERTRAG
MIT SANTO
DOMINGO

1847 der ehemalige Neger-„General“ *Soulouque* als „Kaiser Faustin I.“ herrscht. Der Grenzvertrag vermag den tatsächlichen Verlauf der Grenze zwischen den beiden Staaten keineswegs festzulegen und wird 1874 — ebenso unzulänglich — erneuert werden.²²

5. Januar 1857

Im Hafen von Neapel wird ein Dampfschiff, das Waffen für die Regierungstruppen des Königreichs beider Sizilien geladen hat, nachts gesprengt. Die Explosion verursacht zahlreiche Todesopfer. Der Anschlag steht offensichtlich im Zusammenhang mit der Hinrichtung des Attentäters Milano, der den König Ferdinand II. im Dezember 1856 bei einer Parade verwundet hat und dem Geheimbund des Genuesen *Mazzini*, „Bund der Tat“ angehört. König Ferdinand verläßt die Stadt und bezieht mit seiner Familie das hermetisch abgeschlossene Schloß Caserta. Dort wird er am 22. Mai 1859 an den Folgen der Verwundung von 1856 sterben.¹

NEAPEL

WAFFEN-
TRANSPORTER
GESPRENGTATTENTAT AUF
FERDINAND II.

22. Januar 1857

In Baden übernimmt Großherzog Leopold Friedrich anstelle seines verstorbenen älteren Bruders Ludwig die Regierung. Er wird mit dem Vatikan eine Konvention schließen, die der Kirche eine von der Staatsregierung nahezu unabhängige Selbständigkeit einräumt und die Wissenschaften, den Unterricht sowie das gesamte geistige Leben unter die Aufsicht und Zensur des Klerus stellt. Allerdings wird der Großherzog diese Konvention den Ständen im Landtag vorlegen, die sich mit überwiegender Mehrheit dagegen aussprechen werden, und wird sie daraufhin 1860 wieder aufheben.²

BADEN

GROSSHERZOG
LEOPOLD
FRIEDRICHKONVENTION
MIT DEM
VATIKAN

2. Mai 1857

Ein Brief, den Otto von *Bismarck* an den Generaladjutanten König Friedrich Wilhelms IV., Leopold von *Gerlach*, schreibt, gibt Aufschluß über seine Auffassung von der Politik. Er wendet sich darin ausdrücklich gegen eine Politik aus dem Gefühl. Das Wort „Realpolitik“ kommt zwar in diesem Schreiben noch nicht vor, wird aber inhaltlich vorweggenommen als ein sorgsames Abwägen der Interessen der jeweils beteiligten Staaten. Zehn Jahre später, in einer Rede vom 12. Dezember 1867, wird Bismarck sich auch gegen eine „Tendenzpolitik“, heute würde man sagen: eine ideologisch festgelegte Politik wenden, da auch diese sich von anderen Gesichtspunkten als einzig von den realen Interessen der Staaten bestimmen läßt. Auf das zielstrebige Hinarbeiten auf ein überstaatliches Weltregiment ist Bismarck zu dieser Zeit noch nicht aufmerksam geworden, obgleich es

BISMARCK
AN GERLACHÜBER
REALPOLITIKNUR VON DEN
INTERESSEN
DER STAATEN
BESTIMMT

1848 wieder deutlich erkennbar wurde. Es liegt seinem Denken zu fern.³

9. Mai 1857

INDIEN

AUSBRUCH DES
GROSSEN
AUFSTANDES

In *Mirut* im oberen Gangesgebiet weigern sich einige indische Soldaten (Sipahis), die in britischen Diensten stehen, mit tierischem Fett eingölte Munition entgegenzunehmen. Die Verwendung tierischer Fette verstößt gegen ihre religiösen Vorschriften. Sie werden verhaftet, aber sofort von ihren Kameraden wieder befreit. Daraus entwickelt sich in kürzester Zeit ein Aufstand, der die britische Herrschaft in Indien ernstlich gefährdet. Bereits nach zwei Tagen wird ganz Delhi in wildem Aufruhr sein. Zahlreiche Engländer, auch Frauen und Kinder, werden grausam umgebracht. Auch in den bengalischen Garnisonstädten werden britische Offiziere und ihre Familien zu Tode gemartert, die Häuser in Brand gesteckt. Am schlimmsten wütet der Aufruhr in *Cawnpore*. Hier setzt sich Nana Sahib an die Spitze der Empörer und belagert mit den aufständischen Sipahi-Regimenten ein leicht befestigtes Lager, in dem der britische General *Wheeler* alle britischen Einwohner gesammelt hat. Vgl.: noch Juni 1857.⁴

CAWNPORE

5. Juni 1857

WÜRTTEMBERG
ÜBERNIMMT
ÖSTERREICHISCHES
KONKORDAT

Das Konkordat, das Österreich am 18. August 1855 mit der katholischen Kirche geschlossen hat (vgl. dort), wird auch von dem größtenteils protestantischen Königreich Württemberg übernommen, obgleich darin der Kirche die Selbstverwaltung ihres Vermögens, dem Klerus die Leitung des religiösen Unterrichts und die Zensur aller religiösen Schriften, den Bischöfen der freie Verkehr mit Rom und die ausschließliche Leitung der Priesterseminare und dem Jesuitenorden die Errichtung eigener Lehranstalten zugestanden ist. Die Regierung von Hessen-Darmstadt wird eine ähnlich lautende Konvention mit dem Bischof von Mainz abschließen.⁵

AUCH HESSEN-
DARMSTADT

17. Juni 1857

JAPAN

HANDELS- UND
KONSULAR-
VERTRAG
MIT DEN USA
(TOWNSEND
HARRIS)

In der japanischen Stadt Goyosso (auf Shimoda) schließt der nordamerikanische Konsul Townsend Harris (vgl.: noch August 1856) einen Handels- und Konsularvertrag mit dem Vertreter des Shogun. Demzufolge wird der Hafen von Nagasaki für amerikanische Schiffe freigegeben, in Hakodate ein Vizekonsulat der USA errichtet und bestimmt, daß Amerikaner nur nach amerikanischen Gesetzen bestraft werden sollen. Als Verkehrssprache zwischen den beiden vertragschließenden Mächten wird das Niederländische vereinbart (vgl. auch 29. Juli 1858).⁶

noch Juni 1857

Bei Cawnpore in Indien verspricht der Führer des Aufstandes gegen die britische Herrschaft, *Nana Sahib* (vgl. 9. Mai 1857) dem General *Wheeler* für alle Engländer freien Abzug aus dem befestigten Lager am Ufer des Ganges, wo Fahrzeuge zum Abtransport bereitliegen. Dort angelangt, werden sie teils zusammengeschossen, teils in den in Brand geschossenen Barken vernichtet, teils auch nach Cawnpore zurückgebracht und dort von den in Blutausch geratenen Indern abgeschlachtet. Die Leichen von etwa 130 Frauen und Kindern werden verstümmelt in einen großen Brunnen geworfen.⁷

INDIEN

MASSAKER
VON
CAWNPORE

13. Juli 1857

Britische Infanterie, etwa 1400 Mann, unter dem Befehl von General *Havelock*, der sich von Kalkutta aus in Monate währendem Marsch in das aufständische Gebiet am oberen Ganges durchgeschlagen und drei Tage zuvor Fattihpore genommen hat, schlägt vor Cawnpore die Hauptmacht *Nana Sahib*s und findet die Spuren des grausigen Massakers, dem die Engländer und ihre Familien dort kurz zuvor zum Opfer gefallen sind. Es werden detaillierte Berichte veröffentlicht, auf deren Wiedergabe hier verzichtet werden soll, die aber das Klima der Vergeltung nachhaltig und verhängnisvoll beeinflussen werden (vgl. 15. September 1857).⁸

CAWNPORE

HAVELOCK
SCHLÄGT
NANA SAHIB

6. August 1857

Kaiser Napoleon III. von Frankreich trifft auf einer Englandreise in Osborne mit der Königin Viktoria zusammen. An dem Gespräch nehmen auch die beiden Minister Walewski und Palmerston teil. Es geht darum, die britisch-französische Allianz zu erneuern und zu festigen. Gleichzeitig bemüht sich Napoleon III. auch um engere Beziehungen zu Rußland (vgl. 27. September 1857). Dem Zaren Alexander II. fällt der Umgang mit einem Kaiser von Frankreich, wenn auch von eigenen Gnaden, leichter als mit einer Revolutionsregierung. Ziel Napoleons ist es, die durch den Krimkrieg ohnehin schwer erschütterte Heilige Allianz zwischen den beiden altüberlieferten Kaiserreichen Österreich und Rußland gänzlich unwirksam zu machen und Österreichs Stellung in Norditalien diplomatisch zu unterminieren. Dennoch gilt er in den Augen seiner ehemaligen Mitverschworenen im italienischen Geheimbund der Carbonari als Verräter, der den Tod verdient hat (vgl. 14. Januar 1858).⁹

OSBORNE

TREFFEN
NAPOLEONS III.
MIT KÖNIGIN
VIKTORIA

FRANZÖSISCH-
RUSSISCHE
BEZIEHUNGEN

5. September 1857

PARIS

TOD
AUGUSTE
COMTES

BEGRÜNDER
DER
„SOZIOLOGIE“

In Paris stirbt Auguste Comte, Schüler Saint Simons und einer der Begründer des Positivismus, insbesondere aber der von ihm selber „Soziologie“ genannten Gesellschaftslehre. Comte erblickte in ihr die höchste Form der Wissenschaft, nämlich Ableitung von Gesetzmäßigkeiten aus der Beobachtung der gegebenen Daseins- und Entwicklungsformen der „Gesellschaft“. Diese versteht er als Abstraktion der natürlichen Gemeinschaften, erkennt aber immerhin noch die Familie als den Ausgangspunkt an. Die Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung bilden nach Comte die von ihm unter der Bezeichnung „Altruismus“ zusammengefaßten sozialen Triebe, der Geselligkeitstrieb und das natürliche Wohlwollen. Vom Kräfteverhältnis der sozialen zu den egoistischen Trieben und von der geistigen Regeamkeit hängt demnach die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse ab. Erziehung und Unterricht wünscht Comte in die Hände von Männern der Wissenschaft gelegt zu sehen, unabhängig von den staatlichen Behörden. Die sonstige Leitung der öffentlichen Angelegenheiten glaubt er am besten bei Industriellen und Bankiers aufgehoben.¹⁰

15. September 1857

INDIEN

STURM
AUF DELHI

VERGELTUNGS-
ORGIEN

BARBERIDEN
AUSGEROTTET

MASSENHIN-
RICHTUNG
VON SIPAHIS
DURCH
COOPER

Der britische General Wilson gibt nach drei Monate währendender Belagerung, während derer drei seiner Vorgänger der Cholera zum Opfer fielen, Befehl zum Sturm auf Delhi, das von den aufständischen Sipahis verteidigt wird. Er wird erst nach mehrtägigen Kämpfen zum Erfolg führen und das britische Belagerungsheer schwere Verluste kosten. Nach der Eroberung der Stadt werden die Sieger in maßlosen Vergeltungsakten wüten. Das gesamte Herrscherhaus der Barberiden wird ausgerottet, vierundzwanzig Mitglieder dieses Geschlechtes umgebracht werden. Die flüchtenden Sipahis werden verfolgt und massenweise niedergemacht werden. Der britische General Cooper wird später darüber berichten: „Die Sipahis wurden truppweise, zehn zu zehn, herbeigeführt. Nachdem ihre Namen aufgeschrieben, ließ ich sie fesseln, zusammenbinden und auf den Richtplatz führen, wo eine Schützenabteilung ihrer harrete. Ungefähr 150 waren bereits erschossen, da ist einer der ältesten Henker in Ohnmacht gefallen. Die Verzweiflung, die Wut, das Geheul und die rasende Tollheit der dem Tode entgegengeschleppten Sipahis hatte ihn angegriffen. Man mußte eine Pause machen. Die Hinrichtungen haben bald von neuem begonnen; es lagen 237 Leichen auf dem Platze, als gemeldet wurde, die Gefangenen weigerten

sich, ihre Kerker zu verlassen. Ich befahl, ihre Gefängnistore gewaltsam zu sprengen... es wurden 45 Leichen herausgezogen; die Leute konnten in dem engen heißen Raume nicht mehr atmen, fielen nieder und sind den erschrecklichen Tod der Erstickung gestorben. Alle Leichen, die Erstickten wie die Erschossenen, wurden von den Gassenkehrern in dieselbe große Grube geworfen. Nur einen Sipahi hatte man gleichsam als „Zeugen der Königin“ geschont, er konnte wegen starker Verwundung nicht zum Richtplatz gebracht werden. Mit vierzig anderen, welche man unterwegs aufgelesen hatte, wurde der Mann von Amretsir nach Lahore abgeführt, wo sie dann sämtlich, in Gegenwart einiger verdächtiger Regimenter aus Mian-Mir, welche der Rebellion geneigt schienen, von den Kanonen weggeblasen wurden. So habe ich ungefähr fünfhundert in kurzer Zeit vom Leben zum Tode befördert.“ — Die blutigen Grausamkeiten, die zuvor von den Indern in ihrem religiösen Fanatismus begangen worden waren, werden von der christlichen Kolonialmacht mit gleicher Münze heimgezahlt. Und die Ausführenden wie Cooper sind offensichtlich sehr stolz darauf.¹¹

„VON DEN
KANONEN
WEGGEBLASEN“

26. September 1857

Die britischen Generäle *Havelock* und *Outram* kämpfen sich mit 2600 Mann durch den etwa 50 000 Mann starken Belagerungsring der Inder um *Lucknow* und gelangen unter schweren Verlusten in den Festungsraum hinein. Sie müssen aber erkennen, daß ein Ausbruch mit den dort eingeschlossenen Engländern unmöglich ist, insbesondere mit Frauen, Kindern und Kranken sowie Verwundeten. Es muß daher trotz der bedrohlichen Lebensmittelknappheit weitere Verstärkung abgewartet werden, während unter den Eingeschlossenen die Cholera grassiert (vgl. weiter 14. November 1857).¹²

INDIEN

HAVELOCK
UND OUTRAM
IN LUCKNOW
EINGE-
SCHLOSSEN

27. September 1857

In Stuttgart treffen Kaiser Napoleon III. von Frankreich und Zar Alexander II. von Rußland zusammen, anderthalb Jahre nach der Beendigung des Krimkrieges durch den Pariser Frieden (vgl. 30. März 1856), in dem sich der „Parvenü“ Napoleon zum Schiedsrichter in Europa aufgeworfen hat. Es ist nicht länger mehr möglich, ihn als „Parvenü“ zu behandeln. So anrühlig in den Augen des Zaren Napoleons Weg auf den Thron seines Onkels erscheinen mag, er muß ihn nun als seinesgleichen anerkennen, um ein ersprißliches Verhältnis zwischen den beiden Mächten wiederherzustellen.¹³

STUTT GART

TREFFEN
NAPOLEONS III.
MIT
ALEXANDER II.

WEIMAR
TREFFEN
ALEXANDERS II.
MIT
FRANZ JOSEPH
VERTRÄGE MIT
BANKHÄUSERN

Im Anschluß an das Stuttgarter Treffen wird in *Weimar* eine Begegnung des Zaren Alexander mit Kaiser Franz Joseph von Österreich stattfinden. Auch hier ist es das Ziel des Zaren, die im Krimkrieg unter seinem Vater erstarrten diplomatischen Fronten wieder beweglich zu machen und damit dem russischen Außenhandel neue Wege zu öffnen, um die daniederliegende Wirtschaft wieder ingangsetzen zu helfen. Unter anderem soll diese Deutschlandreise auch den Abschluß von Verträgen mit den großen westeuropäischen Bankhäusern anbahnen (vgl. die Thronrede am 7. September 1856).¹⁴

noch September 1857

POLEN
ABLÖSUNG
DER
FRONARBEIT

Zar Alexander II. von Rußland erläßt ein Manifest, in dem die polnischen Großgrundbesitzer aufgefordert werden, sich in den folgenden fünf Jahren mit ihren Bauern über die Ablösung der Fronarbeit auseinanderzusetzen. Nach Ablauf dieser Frist werde die Regierung von sich aus dort, wo das bis dahin noch nicht geschehen sei, die Ablösung der Fronarbeit vornehmen. Gleichzeitig mit diesem Manifest wird die Aushebung zum Militärdienst für mehrere Jahre in Polen ausgesetzt. Doch können diese Maßnahmen das zunehmende nationalpolnische Unabhängigkeitsstreben, das sich in vielfacher Unruhe äußert, nicht dämpfen.¹⁵

DÄNEMARK
HOLSTEIN
STÄNDE
VERWEIGERN
VERFASSUNGS-
GESPRÄCHE

Die dänische Regierung erklärt sich aufgrund des Notenwechsels mit Preußen und Österreich (vgl.: noch März 1856) bereit, den Ständen des Herzogtums Holstein die dänische Gesamtstaatsverfassung zur Beschlußfassung vorzulegen. Diese aber weigern sich, über diese Verfassung zu verhandeln, „solange nicht die politische Stellung Holsteins in der Gesamtmonarchie [Dänemark] in einer dem gerechten Anspruch auf Selbständigkeit und Gleichberechtigung entsprechenden Weise geregelt ist“. Vgl. weiter 11. Februar 1858.¹⁶

Oktober 1857

PREUSSEN
PRINZ WILHELM
STELLVER-
TRETER
DES KÖNIGS

Da der Geisteszustand König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen ihn offensichtlich der Regierungsfähigkeit beraubt, übernimmt sein Bruder, Prinz Wilhelm, zunächst die Stellvertretung. Ein Jahr später (vgl. 8. Oktober 1858) wird er die Regentschaft übernehmen. In den vorausgegangenen Jahren hat der König zunehmend unter dem Einfluß einer vom General Leopold von Gerlach geleiteten Hofkamarilla gestanden, und dieser Zustand ist für die Regierung Manteuffel sowie für die außenpolitischen Beziehungen unerträglich geworden.¹⁷

14. November 1857

Sir Colin *Campbell*, der neue britische Oberbefehlshaber in den vom Aufruhr erfaßten Teilen Indiens, erreicht mit etwa 7000 Mann frischer Truppen *Lucknow* (vgl. 26. September 1857), erstürmt den Zugang zu den Befestigungen und befreit die dort eingeschlossenen Engländer. In die Stadt Lucknow dringt er nicht ein. Dazu reichen seine Kräfte nicht aus. Das wird erst im März 1858 (vgl. dort) gelingen. Eine Woche nach der Befreiung wird General Havelock der Cholera erliegen, mit der er sich während der Einschließung in Lucknow angesteckt hat. Indessen dauert der Aufstand in den Gebieten *Gwalior* und *Audh* noch den ganzen Winter über an. Dort werden die Inder u. a. den britischen General *Windham* eine Niederlage beibringen und sein Zeltlager (mit 3000 Zelten) erobern. Erst im Frühjahr 1858 werden neue britische Verstärkungen vom Pendschab und von *Kalkutta* aus im Aufstandsgebiet eintreffen, um dem Aufruhr ein Ende zu bereiten. Vgl. weiter: noch März 1858.¹⁸

INDIEN

CAMPBELL
ERREICHT
UND STÜRMTE
LUCKNOW

ANHALTENDE
KÄMPFE
IN GWALIOR
UND AUDH

30. November 1857

Felice *Orsini* trifft im Zuge der sorgsam Vorbereitung seines Attentats auf Napoleon III. in Brüssel ein und bezieht dort unter dem Namen Thomas Alsopp ein Appartement im Hotel de l'Europe an der Place Royal. Die Mittel für ein derart aufwendiges Auftreten stammen vermutlich aus der Kasse des italienischen Geheimbundes der „Carbonari“, dessen Mitglieder Napoleon seinen „Verrat“ an ihren Zielen nicht verzeihen. Wenig später trifft auch Dr. Bernard in Brüssel ein, der zehn Halbkugeln zur Herstellung von fünf Bomben mitbringt. Sie werden durch einen ahnungslosen Kellner nach Paris transportiert werden.¹⁹

BRÜSSEL

ORSINI
BEREITET
ATTENTAT AUF
NAPOLEON III.
VOR

12. Dezember 1857

Der Attentäter vom 14. Januar 1858 (vgl. dort), Felice *Orsini*, alias Alsopp, trifft in Paris ein. Er mietet sich in der Rue St. Honoré im Hotel de Lille et de Albion ein und nimmt kaum eine Stunde später von dem Kellner Zuguerio aus Brüssel die halbfertigen Bomben entgegen (vgl. 30. November 1857). Drei Tage später wird er als Engländer Mr. Alsopp in ein Appartement in der Rue Monthabor 10 übersiedeln, wo er auch sein eigenes Reitpferd unterstellen kann. In den folgenden Tagen treffen dann auch die Mitverschworenen Pieri und Rudio in Paris ein. Die letzten Vorbereitungen beginnen.²⁰

ORSINI
IN PARIS

28./29. Dezember 1857

CHINA
EROBERUNG
KANTONS
DURCH
BRITISCH-
FRANZÖSISCHE
STREITKRÄFTE

Britische und französische Seestreitkräfte beschießen und eroberten die chinesische Stadt Kanton. Sie werden in Fortsetzung der Feindseligkeiten in die Mündung des Pai-ho in Richtung auf Peking eindringen. Vorwand zu diesem Vorgehen gibt das Niederholen der britischen Flagge von dem chinesisch getakelten und mit Piraten bemannten Schiff Arrow am 8. Oktober 1856 (vgl. dort!) durch die Kantoner Hafenbehörden. Das Schiff führte die britische Flagge zu Unrecht und das Niederholen geschah daher auch im Interesse Großbritanniens. Aber es wurde eben ein Vorwand gesucht.^{20a}

KALIFORNIEN
INDIANER-
AUSROTTUNG

noch 1857 (ohne nähere Datierung)

Die Indianerausrottung in Kalifornien (die hier als Beispiel für die Indianerausrottung in ganz Nordamerika erwähnt wird, vgl.: noch 1852) weckt den Widerstand der lebenskräftigsten und naturverbundensten Stämme, z. B. des südlichsten Yanastammes, der Yahi, im Gebiet des Mill Creek- und Deer Creek-Flusses (östliche Nebenflüsse des Sacramento) und des Mount Lassen. Sie beginnen einen Partisanenkrieg gegen ihre Mörder, soweit das mit ihren steinzeitlichen Waffen möglich ist. Militär kann ihnen in diesem Gelände wenig anhaben, wird auch von den Siedlern nicht unterstützt, da diese die Massenausrottung der Yanas und Yahi als Jagd betreiben und selbst zu Ende führen wollen. Die Armee ist in diesem Teil der USA an der Vernichtung der Indianer nicht beteiligt, es ist vielmehr „eine örtlich zivile und absolut ungesetzliche Operation“.²¹

ADEN
GROSS-
BRITANNIEN
BESETZT
INSEL PERIM

Britische Truppen besetzen die Insel *Perim* in der Straße von Bab el Mandeb. Sie liegt unmittelbar im Zugang zum Roten Meer und wird nunmehr in das starke britische Festungssystem der bereits 1839 besetzten Halbinsel *Aden* einbezogen. Später werden auch die Insel Sokotra und die Kuria Muria Inseln in den britischen Verwaltungsbezirk Aden aufgenommen werden, der dann einen Flächeninhalt von 207 Quadratkilometern erreichen wird. Die eigentliche Stadt Aden entwickelt sich rasch und wird die Hälfte der Einwohnerschaft des Bezirks an sich ziehen.²²

KABYLEI
(ALGERIEN)

Die *Kabylei* in Nordalgerien (östlich der Stadt Algier), das Land der algerischen Berber, wird durch Frankreich „befriedet“, d. h. unterworfen, der letzte Widerstand gebrochen. Die Eroberung des übrigen Algerien war schon zehn Jahre zuvor mit der Unter-

werfung Abd el Kaders (1847) beendet. Im benachbarten Tunesien vermag die neu eingesetzte Verfassung nach türkischem Vorbild unter der Regierung Bei Ahmeds der vollständigen Zerrüttung der Staatsfinanzen nicht zu steuern. Infolgedessen hat auch dieses Land kaum Chancen, seine Unabhängigkeit zu wahren (vgl. 12. Mai 1881).²³

Die 1821 gegründete, 1847 selbständig gewordene Negerrepublik *Liberia* an der westafrikanischen Südwestküste nimmt die unter ähnlichen Umständen entstandene Negerkolonie *Maryland* am westlichen Ufer des Caval beim Kap Palmas in sich auf. Beide sind durch Rücksiedlung nordamerikanischer freigelassener Negersklaven entstanden und bis zum Jahre 1855 von weißen Amerikanern auf ihre Selbständigkeit vorbereitet worden. Neben Äthiopien wird Liberia der einzige afrikanische Staat bleiben, dem der Kolonialstatus erspart wird und der seine Unabhängigkeit ununterbrochen bis in die Gegenwart erhalten kann.²⁴

VON
FRANKREICH
„BEFRIEDET“

TUNESIEN
BEI AHMED

LIBERIA
UND
MARYLAND
VEREINIGT

14. Januar 1858

In Paris verübt Felice Orsini, ein Angehöriger des italienischen Geheimbundes der „Carbonari“, vor der Oper ein Bombenattentat auf Napoleon III., bei dem sechs Personen und die beiden Pferde der kaiserlichen Galakutsche getötet werden. Der Kaiser selbst bleibt unverletzt, die Kaiserin Eugène ist nur leicht verletzt. Beide kümmern sich sogleich um die Verwundeten und erleben dann in der Oper einen Triumph ohnegleichen. Nur wenige wissen, daß Napoleon III. selbst in jungen Jahren dem Geheimbund der Carbonari angehört und den „Heiligen Eid“ auf die Revolution zur Beseitigung der Monarchien geleistet hat.¹

*PARIS**ATTENTAT AUF
NAPOLEON III.***31. Januar 1858**

In Uruguay werden die beiden Anführer eines Aufstandes gegen den neuen Präsidenten Pereira, Freire und Diaz, sowie fünfundzwanzig beteiligte Offiziere erschossen, nachdem sie durch den regierungstreuen General Medina bei Quinteros am Rio Negro geschlagen und gefangengenommen wurden. Die Aufständischen erhielten auch Verstärkung durch Freiwillige aus Argentinien. Es heißt, daß der ehemalige Präsident Flores (vgl. 13. Januar 1854) hinter diesem Aufruhr gegen Pereira gestanden habe. Vgl. hierzu: noch April 1863.²

*URUGUAY**FREIRE UND
DIAZ STAND-
RECHTLICH
ERSCHOSSEN***11. Februar 1858**

Der deutsche Bundestag erklärt, daß die dänische Gesamtverfassung sowie ein Teil der Sonderversfassung für die Herzogtümer Holstein und Lauenburg nicht als rechtsgültig zu betrachten seien, da sie mit den Grundsätzen des Bundesrechts und mit den Zusagen von 1851 und 1852 im Widerspruch ständen. Der Bundestag verlangt die Aufhebung der beanstandeten Verfassungen. Die dänische Regierung wird den Vollzug dieses Beschlusses dreiviertel Jahr hinauszögern und sich erst auf eine Drohung mit Bundesexekution hin dazu bereitfinden. Vgl.: noch November 1858.³

*DEUTSCHER
BUND:**DÄNEMARKS
VERFASSUNG
NICHT
RECHTSGÜLTIG***25. Februar 1858**

Vor dem Schwurgericht des Seine-Departements in Paris beginnt der Prozeß gegen Felice Orsini, den italienischen Attentäter auf Napoleon III. (vgl. 14. Januar 1858). Seit Wochen sind die Eintrittskarten vergriffen. Die Verteidigung Orsinis hat Jules Favre

*PARIS
PROZESS
GEGEN
ORSINI*

übernommen. Er wird am Ende seines Schlußplädoyers, von seinen eigenen Worten gerührt, schluchzend einen Brief verlesen, den Orsini am 11. Februar im Gefängnis an den Kaiser geschrieben hat und in dem er Napoleon beschwört, die Unabhängigkeit Italiens wiederherzustellen. Der Kaiser wird anordnen, diesen Brief Orsinis im Staatsanzeiger, dem „Moniteur“, zu veröffentlichen. Aber das Todesurteil gegen Orsini und zwei seiner Helfer wird er dennoch vollstrecken lassen und jeden Gnaden erweis ablehnen, als wolle er mit dem Tod der Attentäter die Erinnerung an seine eigene revolutionäre Jugend auslöschen. Auch wird er der Kaiserin Eugénie verbieten, Orsini im Gefängnis zu besuchen. Sie wird trotzdem darauf bestehen und erst durch den Erzbischof von Bordeaux von diesem Vorhaben abgebracht werden können.⁴

13. März 1858

PARIS
HINRICHTUNG
ORSINIS

ESPINASSE
KRIEGS- UND
POLIZEI-
MINISTER

Auf der Place La Roquette in Paris besteigen Felice Orsini und einer seiner Helfer beim Attentat auf Napoleon III. (vgl. 14. Januar 1858, 25. Februar 1858), Pieri, das Schafott, barfuß, im weißen Hemd und schwarzen Schleier. Pieri singt im Hinaufsteigen ein Lied. Er wird zuerst geköpft. Wie die Henker dann Orsini ergreifen, ruft dieser mit lauter Stimme der riesigen versammelten Menge zu: „Es lebe Italien! Es lebe Frankreich!“ Der Ruf wird erhört (vgl. 20. Juli 1858). Aber innenpolitisch wird Napoleon III. mit der Ernennung Espinasses zum Kriegs- und Polizeiminister in Frankreich ein strenges Überwachungssystem einrichten lassen, einen Polizei-Terror, der mit Verhaftungen und Verbannungen Furcht verbreitet. Der Emporkömmling mit revolutionärer Vergangenheit kann keine freie Meinungsäußerung in seinem Staate dulden. Alle Machtbefugnisse werden in die Hände von Beamten gelegt, Ständen und Gemeinden wird jede Selbstverwaltung genommen werden.⁵

Ende März 1858

BISMARCKS
DENKSCHRIFT
FÜR DEN
PRINZ-
REGENTEN

Der preußische Gesandte am Bundestag in Frankfurt/Main, Otto von Bismarck-Schönhausen, schreibt in einer Denkschrift, die für den Prinzregenten, den späteren König und Kaiser Wilhelm I. bestimmt ist: „Es gibt nichts Deutscheres, als gerade die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen“. Die „Gesamtkraft Preußens“ müsse darauf ausgerichtet sein, „den dominierenden moralischen Einfluß auf Deutschland“ auszuüben. — Es ist gerade neun Jahre her (vgl. 3. April 1849), daß König Friedrich Wilhelm IV. die ihm von Herrn Simson angebotene deutsche Kaiserkrone ablehnte.⁶

noch März 1858

Im indischen Aufstandsgebiet am oberen Ganges erobert Sir Hugh Rose die von den dort heimischen Gwalior-Truppenteilen zäh verteidigten Städte Dschansi und Kalpi. Er läßt, so berichtet Weber, „Hunderte von Gefangenen vor die Kanonen binden oder am Galgen sterben. Mit wunderbarer Kaltblütigkeit ertragen die Sipahis Marter und Tod. Ohne Aussicht auf Rettung und Gnade drängen sie sich vor die Mündung der Mordgeschütze, um desto rascher des verzweiflungsvollen Daseins ledig zu werden“. Auch die Stadt Lucknow (vgl. 26. September 1857) wird nunmehr erobert. Der britische Oberbefehlshaber läßt, so Weber, seine Truppen „nach Herzenslust plündern und morden. In jedem Hause liegen Tote oder Sterbende, in mannhohen Haufen sind die Sipahi-Leichen aufeinander geschichtet. Die Kriegsbeute in Gold, Juwelen und Schätzen aller Art, welche die Soldaten, Europäer, Sikh und Ghorka, aus der reichen Herrscherstadt davontragen, sind unermeslich“. —

Die Königin-Witwe des nordindischen Staates Audh reist nach England, um dort für die Unschuld ihres Sohnes am indischen Aufstand gegen die britische Herrschaft einzutreten und ihrem Hause wenigstens den Schein einer selbständigen Herrschaft zu erhalten. Sie wird nach dem vollständigen Scheitern ihrer Mission auf der Rückreise sterben, während, nach Weber, „ihr Heimatland von einem Ende zum anderen von den feindlichen Heeren durchschritten und wehrlos mit gebundenen Händen dem anglo-indischen Reiche beigelegt ward“.

„So lange *Tantia Topi*, ein strenggläubiger Brahmane und Gefährte Nana Sahibs, die Scharen führt, hat der Aufstand noch immer Halt und Zusammenhang; nachdem aber auch dieser letzte kühne Rebellenführer im Felde überwunden wird und bald darauf am Galgen stirbt, werden die noch übrigen Banden wie Räuber verfolgt. Sie verbergen sich in den dichten Dschungeln und führen noch manche kühne Tat aus. Über ein Jahr wird die Menschenjagd in Audh noch fort dauern; fast alle Rebellenhäupter finden ihren Tod, die einen durch Selbstmord, die anderen, meist durch Verrat den Engländern ausgeliefert, am Galgen. Nur der Hauptschuldige Nana Sahib und die beiden heroischen Frauen, die Begum von Audh und die Rani von Dschansi, entkommen nach Nepal.“⁷

4. Mai 1858

In Mexiko übernimmt Benito Juárez, ein Indianer, die Regierungsgewalt. Er stammt aus einem Aztekengeschlecht und ist von der Partei der Radikalliberalen, den Puros, als Gegenpräsi-

INDIEN

ROSE EROBERT
DSCHANSI
UND KALPI

GEFANGENE
VOR KANONEN
GEBUNDEN

LUCKNOW
EROBERT

MASSENMORD
AN SIPAHIS

KÖNIGIN-
WITWE
VON AUDH
IN ENGLAND

TANTIA TOPI
GEHENKT

NANA SAHIB
NACH NEPAL
ENTKOMMEN

MEXIKO
REGIERUNG
JUAREZ

GEGEN
ZULOAGA

VON USA
ANERKANNT

dent gegen den von den Konservativen zum Präsidenten ausgerufenen General Felix Zuloaga aufgestellt. Von Veracruz aus organisiert Juarez mit Guerillabanden den Bürgerkrieg gegen Zuloagas General Miramon. Da Zuloaga einen wirtschaftlichen Erpressungsversuch der Vereinigten Staaten (Abtretung des Transitrechts über die Landenge von Tehuantepec) ablehnt, erkennt Washington Juarez als Präsidenten an.⁸

25. Mai 1858

CHINA

TAKU FORTS
EROBERT

Britische und französische Flotteneinheiten, die in die Mündung des Pai-ho in Richtung auf *Peking* eingedrungen sind, erobern die Taku-Forts, die Küstenbefestigung zum Schutze der Einfahrt. Die Kriegshandlung gehört zu den schon anderthalb Jahre andauernden Feindseligkeiten, die von Kanton ihren Ausgang nahmen (vgl. 8. Oktober 1856), und wird die chinesische Zentralregierung nunmehr veranlassen, auf Friedensverhandlungen einzugehen. Doch werden die beiden europäischen Mächte die Friedensbedingungen (vgl. 27. Juni 1858) derartig überziehen, daß sie nicht eingehalten werden können.⁹

FRIEDENS-
VERHAND-
LUNGEN

28. Mai 1858

AIGHOUN
AM AMUR

RUSSISCH-
CHINESISCHES
GRENZ-
ABKOMMEN

In Aighoun (Aihun) am Amur-Fluß schließen der russische Generalgouverneur für Ost-Sibirien, Generalleutnant Mouraview, und der chinesische Befehlshaber am Amur, Prinz J-Chan, einen Vertrag, der eine „ewige und sehr intime Freundschaft“ zwischen Rußland und China herstellen soll. Tatsächlich läuft er auf eine einstweilige Grenzregelung hinaus. Und zwar wird vereinbart, daß das linke Amurufer vom Argun-Fluß bis zur Amur-Mündung zu Rußland, das rechte Ufer stromabwärts bis zum Ussuri zu China gehören soll. Das Gebiet zwischen dem Ussuri und der Meeresküste soll solange *beiden* Kaiserreichen gehören, bis die beiden Kaiser die Grenze endgültig festlegen. Dritten Mächten ist die Schifffahrt auf den Grenzflüssen Amur, Soungari und Ussuri untersagt. Den Uferbewohnern soll es gestattet sein, untereinander Handel zu treiben. Die Händler stehen unter dem Schutz beider Mächte. (Später wird das Gebiet östlich des Ussuri russisch werden und dort die Stadt Chabarowsk angelegt werden.) Der Vertrag wird in russischer, mandschurischer und mongolischer Sprache ausgefertigt.¹⁰

27. Juni 1858

CHINA

In Tientsin unterzeichnet Baron Gros für Frankreich einen Vertrag, der die Feindseligkeiten (vgl. 8. Oktober 1856 und 25. Mai 1858) beendet. Diplomatische Beziehungen zwischen Frankreich und China werden aufgenommen. Ein französischer Ge-

sandter wird in Peking, ein chinesischer in Paris anerkannt werden. Französische Konsuln werden in den Städten Kung-Tschau, Chaou-Chaou, Taiwan, Taashi, Tan-Tschau und Nanking, die dem französischen Handel zu öffnen sind, zwischen französischen Kaufleuten und chinesischen Behörden vermitteln. Französische Untertanen haben freie Reisegenehmigung (mit Paß) in ganz China, dürfen in den genannten Städten Grundstücke erwerben, genießen freie Religionsausübung. Auch Missionstätigkeit ist zugelassen. Französisches Eigentum in China ist unverletzlich. Frankreich hat das Recht, in den genannten Häfen ein Kriegsschiff zu stationieren, das als Freund zu behandeln ist. In einem Separatartikel wird bestimmt, daß Kanton für die Dauer von sechs Jahren zwei Millionen Taels Schadenersatz zu zahlen hat. *Ein gleichlautender Vertrag* wird auch zwischen Großbritannien und China geschlossen, aber beide nicht eingehalten (vgl. 21. Juni 1859).¹¹

FRIEDENS-
DIKTAT
VON TIENTSIN

noch Juni 1858

In Spanien schließt sich die „Liberale Union“, die im Juli 1856 (vgl. dort) auseinandergebrochen war, aus Furcht vor dem angeblich „reaktionären Kurs“ der Regierung des gemäßigten Flügel (vgl.: noch September 1856) wieder zusammen und veranlaßt damit Königin Isabella II., den ehemaligen Kriegsminister O'Donell mit der Bildung einer neuen Regierung zu beauftragen. Diese Regierung wird fünf Jahre lang im Amt bleiben und außenpolitisch in den Kämpfen um die Einigung Italiens die Seite des päpstlichen Kirchenstaates und des Königs beider Sizilien vertreten.¹²

SPANIEN

REGIERUNG
O'DONELL

20. Juli 1858

In Plombieres/Frankreich, westlich der Vogesen, treffen Kaiser Napoleon III. und Graf Camille Cavour, Staatsmann des Königreiches Piemont-Sardinien, zusammen. Sie vereinbaren einen Krieg gegen das seit dem Krimkrieg isolierte Österreich mit dem Ziel, Österreich gänzlich aus Italien zu verdrängen. Danach soll in Oberitalien aus dem Po-Gebiet, der Romagna und den Legationen ein Königreich unter dem Hause Savoyen gebildet, die päpstliche Herrschaft auf Rom und dessen nächste Umgebung beschränkt, aus dem Rest des Kirchenstaates und der Toscana ein mittelitalienisches Königreich unter der Regierung der Herzogin von Parma gebildet, das Königreich Neapel in seinem Bestand erhalten werden. Diese vier italienischen Staaten sollen dann einen Staatenbund unter dem Vorsitz des Papstes bilden.

PLOMBIERES

TREFFEN
NAPOLEONS III.
MIT CAVOUR

KRIEGSPLAN
GEGEN
ÖSTERREICH

GEPLANTE
NEUORDNUNG
IN ITALIEN

Als Gegenleistung für die französische Hilfe und Billigung dieses Planes wird Piemont-Sardinien Savoyen und Nizza an Frankreich abtreten und der Vermählung der Tochter König Victor Emanuels, Clothilde, mit dem 75jährigen Prinzen Jérôme Bonaparte (dem jüngsten Bruder Napoleons I.) zustimmen. Vgl. auch 10. Dezember 1858.¹³

29. Juli 1858

JAPAN
ENDGÜLTIGER
HANDELS- UND
KONSULAR-
VERTRAG
MIT DEN USA
(TOWNSEND
HARRIS)

In Yedo-Japan unterzeichnen Townsend Harris für die USA (vgl.: noch August 1856 und 17. Juni 1857) und Fürst Inooye sowie Fürst Iwazay in Vertretung des Shogun einen regulären Handelsvertrag, für den der vom 17. Juni 1857 (vgl. dort) nur eine Vorstufe darstellte. Die diplomatischen Vertretungen beider Mächte werden demnach nunmehr in Yedo und in Washington errichtet werden. Amerikanische Konsuln können sich in allen für amerikanische Schiffe geöffneten japanischen Häfen niederlassen und haben volle Bewegungsfreiheit für die Dauer ihrer Amtsausübung, dasselbe gilt für die japanischen Konsuln in den USA. In Streitfällen zwischen Japan und europäischen Mächten wird der Präsident der USA als Schiedsrichter angerufen werden. Die Flotten beider Mächte werden sich auf hoher See gegenseitig Hilfe leisten, soweit das ohne Bruch einer etwaigen Neutralität geschehen kann. In allen Häfen der Erde mit amerikanischen Konsuln sollen diese japanischen Schiffen Hilfe gewähren. Für den 4. Juli 1859 wird die zusätzliche Öffnung der Häfen Kanagawa und Nagasaki, für den 1. Januar 1860 die von Niigatu und für den 1. Januar 1863 die von Hyogo (Kobe) vereinbart. Tatsächlich werden diese Häfen allerdings erst im Anschluß an die inneren Reformen in Japan 1868/69 geöffnet werden. Ab 1. Januar 1862 soll es den Amerikanern gestattet sein, in Yedo Handelsniederlassungen zu errichten, ein Jahr später auch in Osaka. Sie dürfen in den ihnen geöffneten Häfen Grundbesitz erwerben, Wohn- und Warenhäuser bauen, aber keine militärischen Anlagen. Die Einhaltung dieser Vorschrift unterliegt japanischer Kontrolle. Auch japanisches Personal darf beschäftigt werden. Die Einfuhr von Opium ist grundsätzlich verboten. Schiffe, auf denen mehr als vier Pfund Opium gefunden wird, verfallen der Beschlagnahme. Auf alle ein- oder ausgeführten Waren erhebt Japan fünf Prozent Zoll. Amerikaner und Japaner unterstehen jeweils ihrer eigenen Gerichtsbarkeit. Die Amerikaner dürfen sich in Japan je im Umkreis von 40 Kilometern um die ihnen geöffneten Städte frei bewegen, ausgenommen Kioto und Umgebung, das ihnen verschlossen bleibt. Sie haben freie Religionsausübung. Japan kann in den USA

Kriegsmaterial kaufen und bauen lassen, auch Handelsschiffe, und kann amerikanische Wissenschaftler, Techniker und Militär-experten engagieren. Die Verträge vom 31. März 1854 (vgl. dort) und vom 17. Juni 1857 werden außer Kraft gesetzt.¹⁴

5. August 1858

Königin Viktoria von Großbritannien nimmt an der feierlichen Einweihung des neu befestigten französischen Kriegshafens Cherbourg teil, obgleich dieser Hafen seiner Lage nach in erster Linie als Bollwerk gegen England dienen kann. Aber Lord Palmerston, der starke Sympathien für Kaiser Napoleon III. hegt, hat die Königin davon überzeugt, daß ihre Anwesenheit als ein Beweis von Freundschaft und Vertrauen geeignet sei, die gestörte Harmonie zwischen den beiden Staaten wiederherzustellen. Verstimmend hatte zuvor gewirkt, daß die Attentäter auf Napoleon (vgl. 14. Januar 1858) ihre Bomben in Birmingham herstellen können, daß ein Mitverschworener Orsinis, der Franzose Bernard, von einem britischen Schwurgericht freigesprochen worden war und daß sich die britische Regierung auf die Seite Belgiens gestellt hatte, als Napoleon dort drohend verlangte, die Fremdenpolizei strenger durchgreifen zu lassen. Alles das soll in Vergessenheit gebracht werden, um die Allianz wieder wirksam werden zu lassen.¹⁵

KÖNIGIN
VIKTORIA
IN
CHERBOURG

NEUBELEBUNG
DER ALLIANZ
FRANKREICH—
GROSS-
BRITANNIEN

8. August 1858

Das britische Parlament beschließt die „India bill“, ein Gesetz, durch das mit Wirkung vom 1. September 1858 die Verwaltung Indiens von der (aufzulösenden) East India Company auf die britische Krone übertragen und von dieser ein Vizekönig einzusetzen ist. Allerdings werden zugleich alle Beamten der bisherigen Company in ihren Stellen bestätigt. Erster Vizekönig wird der bisherige Oberstatthalter. Allen Einwohnern Indiens wird vollkommene Glaubensfreiheit und Rechtsgleichheit zugesichert und eine Amnestie für alle am Aufstand Beteiligten verkündet, die nicht unmittelbar britische Untertanen getötet haben und bis zum Januar 1859 zum Gehorsam gegenüber den britischen Behörden bzw. Militärbefehlshabern zurückkehren werden. Die indischen Truppen, die bisher im Dienste der East India Company standen, werden auf die Königin Viktoria vereidigt, diejenigen, die ihren Abschied verlangen, in die Heimat entlassen werden. Die indischen Fürsten werden zur britischen Krone in ein ähnliches Verhältnis treten wie auch die englische und schottische Hocharistokratie, durch entsprechende Gesetze in ihrem Eigentum, ihrem Leben und ihren Vorrechten sichergestellt.¹⁶

LONDON

„INDIA BILL“

ÜBERNAHME
DER
VERWALTUNG
INDIENS
DURCH DEN
STAAT

VEREIDIGUNG
DER TRUPPEN
AUF KÖNIGIN
VIKTORIA

*RUSSISCH-
JAPANISCHER
HANDELS- UND
KONSULAR-
VERTRAG
DANACH:
NIEDERLANDE,
GROSSBRITAN-
NIEN, FRANK-
REICH USW.*

10. August 1858

Rußland schließt mit Japan einen Handels- und Konsularvertrag nach dem Muster des amerikanisch-japanischen Vertrages vom 29. Juli 1858 (vgl. dort), der auch die Grundlage für alle weiteren derartigen Verträge mit Japan bilden wird. Es folgen am 18. August die Niederlande, am 26. August Großbritannien und am 7. Oktober Frankreich. Mit Preußen wird ein entsprechender Vertrag erst 1861 zustandekommen, danach mit Italien, Spanien, Portugal, Dänemark, Schweden, Belgien und der Schweiz, denen sich China und Japan gleichzeitig öffnen (vgl. 13. August 1862).¹⁷

*PREUSSEN
PRINZREGENT
WILHELM
ERHÄLT VOLLE
REGIERUNGS-
GEWALT*

8. Oktober 1858

König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen überträgt seinem Bruder, dem Prinzen Wilhelm, die volle Regierungsgewalt mit dem Titel eines Prinzregenten. Die Verschlimmerung des ein Jahr zuvor aufgetretenen Gehirnleidens hat diesen Schritt unabweichlich gemacht. Insoweit ein solches Leiden seelische Ursachen haben kann, hat die viele Jahre lang nagende Scham über die Schande von 1848 (vgl. 18. März 1848) und der heftige Abscheu gegen die sich allerorten breitmachenden liberalistischen Tendenzen entscheidend dazu beigetragen. Die Umwelt ist dem König widerlich geworden.¹⁸

*ENTLASSUNG
MANTEUFFELS*

Der Prinzregent Wilhelm wird unter dem Einfluß seiner Gemahlin Augusta im November 1858 die Regierung Manteuffel entlassen und sie durch eine Regierung unter dem Fürsten Karl Anton von Hohenzollern ersetzen, die sich aus den Führern der gemäßigten liberal-konservativen bisherigen Opposition zusammensetzt (Bethmann-Hollweg, Auerswald, Graf Schwerin, Patow u. a.). Diese Regierung wird bei den Landtagswahlen die Mehrheit erhalten. Die Demokraten werden bei dieser Wahl mit Rücksicht auf den Prinzregenten auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichten.¹⁹

*REGIERUNG
KARL ANTON
VON HOHEN-
ZOLLERN*

noch November 1858

*DÄNEMARK
VERFASSUNGEN
FORMAL
AUSSER KRAFT*

Auf eine Drohung des deutschen Bundestages mit Exekution hin erklärt die dänische Regierung die dänische Gesamtstaatsverfassung sowie den auf diese bezogenen Teil der Sonderverfassung für die Herzogtümer Holstein und Lauenburg für außer Kraft (vgl.: noch März 1856, 11. Februar 1858). Sie erklärt aber gleichzeitig, „daß die gedachte Verfassung für die nicht zum deutschen Bunde gehörenden Teile der Monarchie [also auch für Schleswig] in ungeschwächter Kraft zu bestehen fortfahre

und daß die [dänischen] Minister für das Auswärtige sowie für Krieg, Marine und Finanzen auch in betreff Holsteins nur dem König verantwortlich seien“. Preußen, Österreich und der deutsche Bundestag geben sich offensichtlich mit dieser Erklärung zufrieden und schreiben damit das Herzogtum Schleswig ab. Aber in Holstein werden die Stände aufs neue Widerstand leisten (vgl.: noch März 1859).²⁰

SCHLESWIG
VOM
DEUTSCHEN
BUND
AUFGEGEBEN

10. Dezember 1858

Zwischen Frankreich und dem Königreich Piemont-Sardinien wird auf der Grundlage der Vereinbarungen vom 20. Juli 1858 (vgl. dort) ein Geheimbündnis geschlossen. Die Kriegsursache gegen Österreich sollen Klagen der Bewohner von Massa und Carrara gegen den Herzog von Modena bilden, der ein Gefolgsmann des Wiener Hofes ist. Napoleon III. verpflichtet sich, 200 000 Mann zu stellen und einen Frieden mit Österreich erst dann zu schließen, wenn Italien gänzlich von Österreich geräumt ist. Über den Oberbefehl und das Zusammenwirken der beiden Armeen wird eine Militärkonvention geschlossen.²¹

GEHEIM-
BÜNDNIS
FRANKREICH—
PIEMONTE ZUM
KRIEG GEGEN
ÖSTERREICH

MILITÄR-
KONVENTION

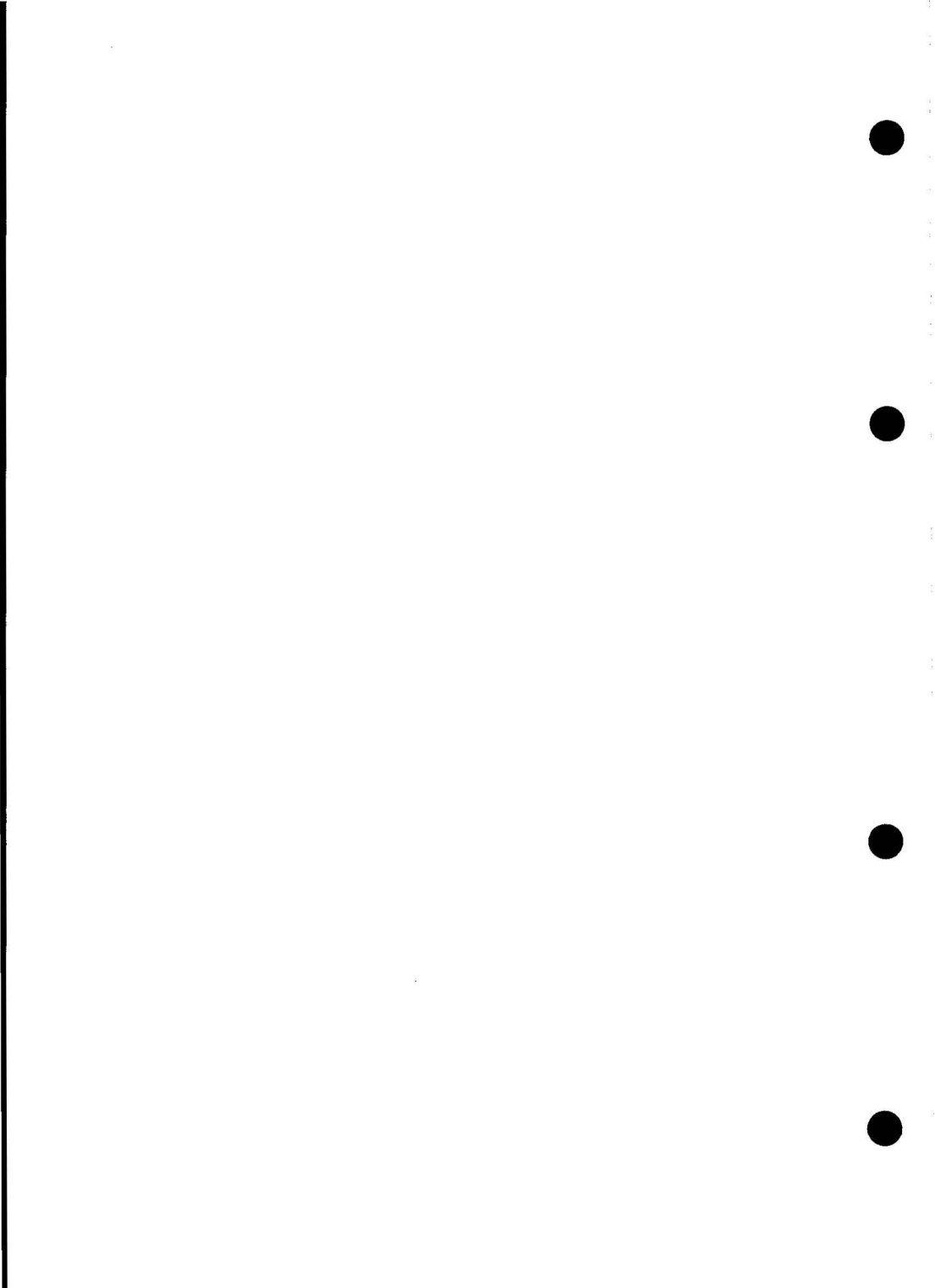
23. Dezember 1858

Im serbischen Parlament, der Skupstschina, setzt die serbische Nationalpartei, die die Mehrheit innehat, die Absetzung des Fürsten *Alexander Karagiorgiewitsch* durch. Er wurde 1843 zum Fürsten erhoben und von der Pforte bestätigt, geriet aber dann durch seine Hinneigung zu Österreich in zunehmenden Widerspruch zur slawischen und daher rußlandfreundlichen Nationalpartei. Nunmehr, nach seiner Absetzung, flüchtet er sich auf österreichisches Gebiet. Auf den serbischen Thron kehrt aus der Verbannung der greise Fürst *Milosch Obrenowitsch* zurück (vgl. September 1859).²²

SERBIEN

ABSETZUNG
DES FÜRSTEN
KARAGIORGIE-
WITSCH

RÜCKKEHR
OBRENO-
WITSCHS



Januar 1859

Die beiden Donaufürstentümer Moldau und Walachei vereinigen sich auf Beschluß ihrer beiderseitigen Landstände zu einem Fürstentum *Rumänien*. Auch wählen die Landstände den Edelmann *Alexander Cusa* aus der Moldau zum gemeinsamen Herrscher. Alles dies geschieht gegen den Willen und gegen ausdrückliche Proteste der Pforte, da die Hoheitsrechte des Sultans durch diese eigenmächtigen Aktionen der Vasallenstaaten zunehmend gegenstandslos werden. Sie bestehen nur noch dem Scheine nach.¹

*MOLDAU
UND WALACHEI
ZUM
FÜRSTENTUM
RUMÄNIEN
VEREINIGT*

*ALEXANDER
CUSA*

März 1859

Die Stände des Herzogtums Holstein weigern sich, die Erklärung der dänischen Regierung vom November 1858 (vgl. dort) anzuerkennen und legen einen eigenen Organisationsentwurf vor, dem die volle Selbständigkeit der einzelnen Länder zugrundeliegt und in dem auch die Zusammengehörigkeit von Schleswig und Holstein in Erinnerung gebracht wird. Die dänische Regierung wird darauf nicht eingehen, sondern den Haushaltsplan für 1860 und 1861 aufstellen, ohne die Zustimmung der Stände von Holstein und Lauenburg eingeholt zu haben. Die Folge wird eine erneute Exekutionsdrohung des deutschen Bundestages sein.²

*HOLSTEIN
ERKENNT
DÄNISCHE
REGIERUNG
NICHT AN*

23. April 1859

Zwischen Österreich einerseits und Frankreich sowie Piemont-Sardinien andererseits bricht der Krieg aus, der von den beiden Letzteren bereits am 20. Juli 1858 (vgl. dort) geplant wurde und den Verzicht Österreichs auf seine italienischen Besitzungen herbeiführen soll. Da Österreich sich im Krimkrieg gegen Rußland gewandt und damit auch keine Aussicht auf die Hilfe Preußens hat, wird es den vereinten Anstrengungen Frankreichs und Piemont-Sardiniens unterliegen und damit der Einigung Italiens den Weg freimachen. Vgl. 11. Juli 1859.³

*KRIEGS-
AUSBRUCH*

*FRANKREICH-
PIEMONTE
GEGEN
ÖSTERREICH*

12. Mai 1859

Otto von Bismarck-Schönhausen (vgl. Ende März 1858) schreibt aus Petersburg an den preußischen Minister des Äußeren, Freiherrn von Schleinitz, die derzeitigen Verhältnisse im Deutschen Bund seien „ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder

*BISMARCK AN
SCHLEINITZ
ÜBER
VERHÄLTNISSE*

IM
DEUTSCHEN
BUND

später ferro et igni [mit Eisen und Feuer] werden heilen müssen, wenn wir nicht beizeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen . . . Das Wort ‚deutsch‘ für ‚preußisch‘ möchte ich gern erst dann auf unsere Fahnen geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unseren übrigen Landsleuten verbunden wären als bisher“. Mit dieser engeren und zweckmäßigeren Bindung ist das Deutsche Reich gemeint. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg.⁴

20. Mai 1859

MONTEBELLO

ÖSTERREI-
CHISCHER
RÜCKZUG

GYULAY

Der Oberbefehlshaber der österreichischen Truppen in Italien (vgl. 23. April 1859), Franz *Gyulay*, ein ungarischer Graf, hat den Anmarsch mehrerer Abteilungen französischer Hilfstruppen für Piemont-Sardinien über die Alpen abgewartet, anstatt sie einzeln anzugreifen. Jetzt sendet er, über die Stellung der gegnerischen Streitkräfte im Ungewissen, den Grafen Stadion mit 12 000 Mann zum Rekognoszieren aus. Bei Montebello stößt dieser auf die inzwischen vereinten Franzosen und wird zum Rückzug gezwungen. Vgl. weiter 4. Juni 1859.⁵

22. Mai 1859

CASERTA/
NEAPEL

TOD
FERDINANDS II.

NACHFOLGER
FRANZ II.

Auf seinem Schloß Caserta bei Neapel stirbt Ferdinand II., König beider Sizilien, an den Folgen einer Verwundung, die er drei Jahre zuvor bei einem Attentat erhielt. Unmittelbar vor seinem Tode hat er noch eine größere Anzahl politischer Gefangener zu Schiff nach Amerika deportieren lassen, die allerdings nur bis Irland gelangt sind und sich dort befreit haben. Der Nachfolger Ferdinands wird sein Sohn Franz II., der den drohenden Gefahren, die sich von Frankreich und Piemont-Sardinien her gegen sein Königreich zusammenziehen, nicht gewachsen ist. Vgl. 11. Mai 1860.⁶

4. Juni 1859

MAGENTA

NIEDERLAGE
ÖSTERREICHS

GYULAY

EINZUG
NAPOLEONS III.
UND VICTOR
EMANUELS
IN MAILAND

Bei Magenta in Oberitalien fügen die vereinigten Streitkräfte Frankreichs und Piemont-Sardiniens den österreichischen Truppen eine empfindliche Niederlage zu, da der österreichische Oberbefehlshaber Franz *Gyulay* es Anfang Mai versäumt hat, die französischen Hilfstruppen, die in mehreren Abteilungen über die Alpen zogen, einzeln anzugreifen und die Vereinigung der sardinisch-französischen Streitkräfte zu verhindern. Das Vorgehen Garibaldis ergänzt sich mit dem Napoleons III. Dagegen fehlt auf österreichischer Seite die einheitliche Führung. Vier Tage nach der Schlacht bei Magenta ziehen Napoleon III. und König Victor Emanuel von Piemont-Sardinien gemeinsam in das für Österreich nun endgültig verlorene Mailand ein.⁷

21. Juni 1859

Die nach dem Frieden von Tientsin (vgl. 27. Juni 1858) neu befestigten Küsten-Forts von Taku, an der Mündung des Pai-ho, die unter dem Befehl des Mongolen Sang-ko-lin-hsin stehen, beschießen und versenken vier britische Kanonenboote, die in den Pai-ho eingedrungen sind. China ist nicht bereit, die maßlos überzogenen Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen, wird aber nun, nach dem erneuten Ausbruch der Feindseligkeiten, zu noch härteren Bedingungen gezwungen werden (vgl. 13. Oktober 1860 und 25. Oktober 1860).⁸

CHINA

VERSENKUNG
BRITISCHER
KANONEN-
BOOTE

24. Juni 1859

Bei Solferino in Oberitalien erringt Napoleon III. in einer zwölf Stunden währenden Schlacht den entscheidenden Sieg über Kaiser Franz Joseph von Österreich, der persönlich den Oberbefehl anstelle des bei Magenta gescheiterten Gyulay übernommen hat. Österreich verliert an diesem Tage 13 000 Tote und Verwundete sowie 9000, die in Gefangenschaft geraten. Die Verluste der Sieger an Gefallenen und Verwundeten sind noch höher, die an Gefangenen jedoch weitaus geringer. Ein schweres Gewitter macht dem Schlachten nachmittags ein Ende (vgl. 11. Juli 1859).⁹

SCHLACHT BEI
SOLFERINO

SIEG
NAPOLEONS III.
ÜBER
FRANZ JOSEPH

4. Juli 1859

Prinzregent Wilhelm von Preußen sieht durch die Erfolge Napoleons III. in Italien die Sicherheit Deutschlands gefährdet. Er läßt sämtliche preußischen Armeekorps mobilmachen und beantragt eine gleiche Anordnung für die Bundestruppen mit der zusätzlichen Forderung, daß alle deutschen Streitkräfte angesichts der drohenden Gefahr der Krone Preußens unterstellt werden. Um das zu verhindern, beantragt die österreichische Regierung ihrerseits, für den Fall eines Krieges möge der Prinzregent von Preußen nach den Vorschriften der Bundeskriegsverfassung zum *Bundesfeldherrn* ernannt werden. Darauf wird aber der Prinzregent Wilhelm nicht eingehen, um nicht in seinen Entscheidungen von Frankfurt abhängig zu werden.¹⁰

PREUSSEN

MOBIL-
MACHUNG

ANTRAG, AUCH
BUNDES-
TRUPPEN ZU
MOBILISIEREN

GEGENZUG
ÖSTERREICHS

8. Juli 1859

Napoleon III. läßt durch einen österreichischen Parlamentär-Offizier, der ihn aufgesucht hat, um die Auslieferung der Leiche des gefallenen jungen Fürsten Windischgrätz zu erbitten, dem Kaiser Franz Joseph einen Waffenstillstand anbieten. Er hat angesichts der preußischen Mobilisierung und entsprechenden Anträge an den deutschen Bund (vgl. 4. Juli 1859) erkannt, daß

NAPOLEON III.
BIETET
WAFFEN-
STILLSTAND AN

über das in Norditalien bereits Erreichte zunächst nicht hinausgegangen werden kann, und zieht daraus sogleich die gegebenen praktischen Konsequenzen. Vgl. 11. Juli 1859.¹¹

11. Juli 1859

WAFFENSTILL- STAND VON VILLAFRANCA

LOMBARDEI AN PIEMONTE

ITALIENISCHE KONFÖDERA- TION UNTER VORSITZ DES PAPSTES

In *Villafranca* bei Verona wird von Napoleon III. und Kaiser Franz Joseph ein *Waffenstillstand* geschlossen (vgl. 23. April 1859), in dem Österreich die Lombardei an Frankreich abtritt, ausgenommen Mantua und Peschiera, und Venetien an der italienischen Konföderation teilnehmen läßt, unbeschadet seiner Kronrechte dort. Frankreich seinerseits wird die Lombardei dem König von Piemont-Sardinien überlassen. Beide Waffenstillstandspartner werden die Schöpfung einer italienischen Konföderation unter dem Vorsitz des Heiligen Vaters begünstigen und von diesem die Durchführung von Reformen im Kirchenstaate fordern, der vom Kardinalstaatssekretär Antonelli noch als absolutistischer Polizeistaat regiert wird. Vgl. auch 10. November 1859.¹²

15. Juli 1859

ÖSTERREICH FRIEDENS- MANIFEST

Nach Abschluß des Waffenstillstandes vier Tage zuvor (siehe oben) erläßt die österreichische Regierung ein *Friedensmanifest*, in dem sie die Notwendigkeit zugibt, „nunmehr ihre ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Entwicklung der geistigen und materiellen Kräfte des Staates und zeitgemäßen Verbesserung der Gesetzgebung und Verwaltung zu widmen“. Der Krieg hat enthüllt, daß in dieser Hinsicht vieles im Argen liegt. Unter anderem wurde die Nationalanleihe um 111 Millionen überzogen. Auch einige Fälle schwerer Korruption kommen ans Licht.¹³

5. August 1859

BISMARCK AN VON ALVENSLEBEN:

„NACH SÜDEN AUFBRECHEN“

Otto von Bismarck (vgl. Ende März 1858) schreibt an General von Alvensleben, Preußen habe wiederum „das große Los im Topf“, wenn man nur den Krieg zwischen Frankreich und Österreich in Italien sich „scharf einfressen“ lasse. Dann hieße es „mit unseren ganzen Armeen nach Süden aufbrechen, die Grenzpfähle im Tornister mitnehmen und sie entweder am Bodensee oder da, wo das protestantische Bekenntnis aufhört vorzuwiegen, wieder einschlagen“.¹⁴

1. September 1859

In Österreich-Ungarn werden durch ein kaiserliches Patent die kirchlichen Verhältnisse für die Protestanten in Ungarn geregelt und im gesamten Reich den Bekennern der protestantischen Konfessionen die Rechtsgleichheit mit den Katholiken und die Freiheit ihres Gemeindelebens eingeräumt. Allerdings wird die katholische Hofkamarilla um den Kaiser in Wien die Durchführung dieser Bestimmungen noch vielfältig zu hintertreiben wissen.¹⁵

ÖSTERREICH-
UNGARN

GLEICHBERECH-
TIGUNG FÜR
PROTESTANTEN

6. September 1859

In der Grenz- und Bergfestung *Gunib* im östlichen Kaukasus ergibt sich der langjährige Gegner der russischen Expansion in diesem Gebiet, *Schamyl*, nach langandauernden Kämpfen dem russischen General Bariatinsky. Er wird als Gefangener ins Innere Rußlands geschafft, wo er zwölf Jahre später sterben wird. Auch in das südliche Turkestan dringen russische Truppen ein und werden 1863 Taschkent unterwerfen. Vgl. auch 28. Mai 1858, die russische Expansion im Fernen Osten betreffend. Die Schäden und Verluste des Krimkrieges werden hundertfach wettgemacht.¹⁶

GUNIB/
KAUKASUS

SCHAMYL
KAPITULIERT

RUSSISCHE
EXPANSION

noch September 1859

Die Regierung des Osmanischen Reiches, die Pforte, erteilt der Wiedereinnahme des serbischen Thrones durch den alten Fürsten *Milosch Obrenowitsch* (vgl. 23. Dezember 1858) als Trägerin der Oberhoheit in Serbien die Investitur. Sie tut dies allerdings nur widerstrebend und auf Verwendung sowohl Frankreichs als auch Rußlands hin, da ihr die slawenfreundlichen Neigungen des Hauses Obrenowitsch bekannt und unerwünscht sind. Fürst *Milosch* wird bereits im darauffolgenden Jahr sterben (28. September 1860), und unter seinem Sohn *Michael III.* wird das Haus Obrenowitsch in Serbien die Erbmonarchie erhalten.¹⁷

SERBIEN
TÜRKEI
GENEHMIGT
THRON-
BESTEIGUNG
OBRENO-
WITSCHS

MICHAEL III.

7. Oktober 1859

In *Parma*, der Hauptstadt des gleichnamigen norditalienischen Herzogtums, wird Oberst *Anviti*, ein Günstling des Herzogs, von einer Volksmenge erdolcht. Die Herzogin Luise von Parma hat mit ihrem minderjährigen Sohn Robert das Land schon nach der Schlacht von Magenta (vgl. 4. Juni 1859) verlassen und in der Schweiz Zuflucht gesucht. Auch der Herzog des benachbarten Herzogtums *Modena* hat sich in das österreichische Lager jenseits des Mincio geflüchtet. Überall wird die italienische Fahne gehißt und der Anschluß an Piemont-Sardinien gefordert. Auch *Bologna* sagt sich vom Kirchenstaat los.¹⁸

PARMA

ERMORDUNG
ANVITIS

FLUCHT DES
HERZOGS
VON MODENA

BOLOGNA

23. Oktober 1859

ARGENTINIEN
SIEG URQUIZAS
BEI CEPADA
ÜBER
BUENOS AIRES

STAATENBUND
ABER KEINE
AUSSÖHNUNG

In Argentinien bringen die Streitkräfte der Föderalisten unter dem Befehl des Präsidenten *Urquiza* bei Cepada den Truppen des Stadtstaates Buenos Aires (vgl.: noch 1856) eine entscheidende Niederlage bei. Die Folge wird sein, daß im darauffolgenden Jahr ein Friedens-Unions-Vertrag zustandekommt, der Buenos Aires wieder mit dem argentinischen Staatenbund vereinigt, und daß die Stadt wieder zum Sitz des Kongresses und der Bundesregierung unter dem neuen Präsidenten *Derqui* bestimmt wird. Doch werden damit die Gegensätze und Feindseligkeiten nicht ausgeräumt. Ein Versuch Urquizas und Derquis, mit dem Gouverneur von Buenos Aires, General Bartolomé *Mitre*, im persönlichen Gespräch zu einer wirklichen Aussöhnung zu gelangen, wird an den unnachgiebig aufrechterhaltenen hohen Ansprüchen Mitres scheitern. Er fordert für Buenos Aires eine politische Vormachtstellung innerhalb der Bundesrepublik, besondere Aufgaben in der Bundespolitik und auch eine Sonderstellung in der Zollgesetzgebung. Infolgedessen wird es 1861 zu einem erneuten Bruch des Friedens und bewaffneten Auseinandersetzungen kommen. Vgl.: noch September 1861.¹⁹

10. November 1859

FRIEDEN
VON ZÜRICH

FRANKREICH
ÖSTERREICH
PIEMONTE

NEUE
GRENZE
ÖSTERREICH-
PIEMONTE

In *Zürich* werden auf der Grundlage des Waffensstillstandes von Villafranca (vgl. 11. Juli 1859) ein Friedensvertrag zwischen Österreich und Frankreich, ein Vertrag zwischen Frankreich und Piemont-Sardinien sowie endlich ein Friedensvertrag zwischen allen drei Partnern unterzeichnet. Österreich verzichtet auf die Lombardei (ausgenommen Mantua und Peschiera), die von Frankreich an Piemont-Sardinien weitergegeben wird. Venetien bleibt zwar österreichischer Kronbesitz, nimmt aber an der zu fördernden italienischen Föderation unter Vorsitz des Papstes teil. Frankreich und Österreich setzen sich für die Durchführung von Reformen im Kirchenstaat ein. Es soll dort niemand mehr wegen seiner politischen Gesinnung verfolgt werden. Frankreich streckt die von der Lombardei an Österreich zu zahlenden 40 Millionen Gulden Entschädigung vor. Die Grenze zwischen Österreich und Piemont-Sardinien verläuft künftig von der Südgrenze Tirols durch die Mitte des Gardasees bis zur Höhe von Bardolino, dann am Mincio entlang bis La Grazie von dort bis Scorzarolo und am Po entlang bis Luzzara. Die Ratifizierung des Vertragswerkes wird bis zum 21. November 1859 abgeschlossen sein.²⁰

2. Dezember 1859

In Charlestown in Virginia/USA wird der alte Hauptmann John Brown gehängt. Er hat in Kansas bei den Gewalttätigkeiten, die dort von der Partei der Sklavenhalter und den von ihnen angeworbenen Banden verübt wurden (vgl. 24. Mai 1854 und 4. November 1856), seinen Besitz und zwei Kinder verloren, daraufhin selber eine Bande angeworben, mit dieser zuerst in Missouri durch Brandschatzung Vergeltung geübt und dann in Virginia die Neger zum Aufstand angestachelt. Sein Schicksal ist kennzeichnend für die Entwicklung, die sich aus der Jahrhundertwende während der Einfuhr schwarzer Sklaven ergibt.²¹

CHARLESTON/
USA

HINRICHTUNG
BROWNS

27. Dezember 1859

In Österreich-Ungarn wird eine „Staatsschuldenkommission“ eingesetzt, die aus sieben Finanzexperten besteht. Sie soll Licht in das chaotische Dunkel des Staatshaushaltes bringen, wie es sich während des Krieges in Italien herausgebildet hat. Die Untersuchungen der Kommission werden unter anderem zur Entlassung des Finanzministers Bruck im April 1860 führen. Er wird sich unmittelbar darauf das Leben nehmen, ebenso der Bankdirektor Robert. Der Direktor der Kreditanstalt in Triest wird wegen Betrugs angeklagt werden.²²

ÖSTERREICH-
UNGARN

STAATS-
SCHULDEN-
KOMMISSION

KORRUPTIONS-
FÄLLE

noch 1859 (ohne nähere Datierung)

Gegen Ende des Jahres erscheint in Paris eine Schrift „Der Papst und der Kongreß“, in der die Beendigung der weltlichen Herrschaft des Papstes im Kirchenstaat und die Beschränkung seiner Macht auf das Stadtgebiet von Rom gefordert wird. Der Gang der Ereignisse wird zeigen, daß es sich um eine Programmschrift von kundiger Seite handelt. Sie erregt zwar Empörung in der gesamten katholischen Welt und veranlaßt Papst Pius zu scharfen Protesten, kündigt aber doch lediglich an, was tatsächlich geschehen wird.²³

PARIS

VORAUSSAGE
DES ENDES
DES KIRCHEN-
STAATES

Die kalifornischen Behörden wenden sich an die Bundesregierung in Washington, es müsse etwas zur Beruhigung der Hysterie unter den weißen Siedlern angesichts der Plünderungen von Seiten der Bergindianer östlich des Sacramento (vgl.: noch 1852 und noch 1857) geschehen, da sich diese Hysterie sonst gegen die friedlichen Talindianer (deren Widerstandswillen durch die Dezimierung und durch eingeschleppte Krankheiten bereits gebrochen ist) wenden würde. Denn zu dieser Zeit gilt nur ein toter

KALIFORNIEN

AUSROTTUNG
DER LETZTEN
FREI LEBENDEN
INDIANER-
STÄMME

YAHÍ

SITTE DES SKALPIERENS

Indianer als guter Indianer und es gibt keinen Schutz vor Gewalttaten *gegen* die indianische Bevölkerung. Daraufhin wird etwa 30 Kilometer westlich von Tehama eine provisorische Indianer-Reservation Nome Lackee eingerichtet, kleinere und größere Indianergruppen mit Waffengewalt gefangen genommen und dorthin verbracht. Zwei Jahre später wird diese Reservation wieder aufgelöst, weil alle dorthin verbrachten Yana-Indianer tot sind, soweit sie sich nicht durch Flucht retten konnten. Indessen dauert der Widerstand der südlichsten Yanastämme der Yahi, und ihr Guerillakampf gegen ihre Vernichtung noch an. Unter den weißen Siedlern werden erhebliche Geldbeträge gesammelt, um die Vernichtungsaktion zu finanzieren. Die Führung übernehmen Männer (die Namen sind dokumentarisch festgehalten, z. T. anhand ihrer eigenen Memoirenbücher), die den getöteten Indianern die Skalps (Kopfhaut mit Haaren) abnehmen, und sich diese an langen Schnüren reihenweise an den Gürtel hängen. Die Yanas und Yahis selber kennen die Sitte des Skalpierens *nicht*, sie lernen sie erst durch die Weißen kennen. Aber selbst einer dieser Männer gibt in seinen Memoiren zu: „Nun muß ich aber auch die Umstände erwähnen, unter denen die Mill Creeks [der Stamm der Yahi] ihre Hand gegen die Weißen erhoben. Wie in fast allen ähnlichen Beispielen der amerikanischen Geschichte muß die erste Ungerechtigkeit, das erste Blutvergießen dem weißen Mann auf das Schuldkonto geschrieben werden.“ Der Verfasser muß es wissen. Denn er ist selber einer der Hauptschuldigen.²⁴

4. Februar 1860

In dem Krieg, den Spanien gegen Marokko führt, bringt der spanische Oberbefehlshaber und Regierungschef Leopold O'Donnell den Marokkanern in der *Schlacht bei Tetuan* eine entscheidende Niederlage bei. Daraufhin muß Marokko Spanien eine Kriegsentschädigung leisten und bei Ceuta einen Gebietsstreifen abtreten. (Ceuta selbst ist bereits seit 1850 in spanischem, davor seit 1415 in portugiesischem Besitz.). Doch wird die zeitweise Bindung der spanischen Streitmacht in Marokko von den Karlisten zum Versuch eines Umsturzes ausgenutzt werden (vgl.: noch April 1860).¹

MAROKKO
SCHLACHT
BEI TETUAN

SIEG
O'DONNELLS

CEUTA

24. März 1860

Frankreich und das Königreich Piemont-Sardinien schließen in *Turin* einen Vertrag über die Abtretung Savoyens und Nizzas an Frankreich, die „ohne irgendeine Einschränkung des Volkswillens ausgeführt wird, und beide Regierungen kommen dahin überein, diesen baldmöglichst festzustellen und zu würdigen“ (vgl. 12. Juni 1860). Die Abtretung ist die Gegenleistung dafür, daß Frankreich stillschweigend — das wird im Vertrag nicht erwähnt — entgegen dem Frieden von Zürich (vgl. 10. November 1859) die *Einverleibung von Parma, Modena, Toscana und der Romagna in das Königreich Piemont-Sardinien*, nach vorraufgegangener Volksabstimmung in diesen Regionen, duldet und damit einen großen Schritt zur Einigung Italiens deckt (*nicht* einer Föderation unter Vorsitz des Papstes).²

VERTRAG
FRANKREICH—
PIEMONTE

ABTRETUNG
SAVOYENS
UND NIZZAS

KEINE
ITALIENISCHE
FÖDERATION
MEHR

7. April 1860

Das im Jahre zuvor zwischen dem Großherzog Friedrich I. von *Baden* und der Katholischen Kirche geschlossene Konkordat wird von beiden Kammern des badischen Parlaments als verfassungswidrig verworfen. Baden wird nunmehr in einer Reihe von sechs Gesetzen die kirchenpolitischen Fragen autonom regeln. Die Kirche wird diesen Gesetzen ihre Zustimmung erst nach langwierigen Verhandlungen geben. Es sind vor allem die äußeren Formen des kirchlichen Lebens wie Prozessionen, Wallfahrten und dergleichen, die in den gebildeten Schichten des Bürgertums als Ausdruck eines Aberglaubens empfunden und abgelehnt werden.³

BADEN

PARLAMENT
LEHNT
KONKORDAT
AB

SPANIEN
VERSUCHTER
STAATSTREICH
ORTEGAS

GRAF VON
MONTEMERLIN
ENTSAGT
THRON

noch April 1860

Während sich der spanische Regierungschef und Oberbefehlshaber O'Donnell noch in Marokko befindet (vgl. 4. Februar 1860), landet bei Tortosa an der Mündung des Ebro General *Ortega*, Befehlshaber der Balearischen Inseln, mit einer bewaffneten Mannschaft und proklamiert den Grafen von Montemerlin als König Karl VI. Aber Ortega wird bei diesem Unternehmen gefangen genommen und standrechtlich erschossen. Der Graf von Montemerlin und sein Bruder Fernando, Söhne des Don Carlos, müssen ihrem Anspruch auf den spanischen Thron entsagen und das Land verlassen.⁴

SIZILIEN
GARIBALDI
LANDET
IN MARSALA

11. Mai 1860

Unter dem Schutz von zwei britischen Kriegsschiffen landet der piemonteser Freischaarfürher *Garibaldi* mit knapp 1100 Mann in Marsala an der Westküste Siziliens, zieht sich zunächst ins Gebirge zurück und verstärkt seine Mannschaft durch Zuzug sizilianischer Freischärler auf etwa 4000 Mann. Drei Tage nach der Landung wird er sich zum Diktator über Sizilien erklären, und zwar im Namen Victor Emanuels, des „Königs von Italien“, wird damit das eigentliche Ziel seines Kampfes enthüllen und unter Gefechten mit den königlich neapolitanischen Truppen auf Palermo vorrücken.⁵

RÄUMUNG
PALERMOS

6. Juni 1860

Palermo, die Hauptstadt Siziliens, wird nach zehntägigem Kampf von den königlich neapolitanischen Truppen und Schiffen geräumt. Damit ist die Insel bis auf Messina in der Hand Garibaldis. Er wird anderthalb Monate benötigen, um nach Einnahme der Festung Milasso auch die Stadt Messina — ausgenommen die Zitadelle — von der Besatzung des Königreiches beider Sizilien geräumt zu haben. Die Bevölkerung erblickt in Garibaldi einen Freiheitshelden und läuft ihm zu. Er wird sich dann gegen das Festland wenden (vgl. 21. August 1860).⁶

FRANKREICH
SENAT BE-
SCHLIESST EIN-
GLIEDERUNG
SAVOYENS
UND NIZZAS

12. Juni 1860

In Frankreich wird durch einfachen Senatsbeschluß die Eingliederung von *Savoyen und Nizza* vollzogen (vgl. 24. März 1860, Vertrag von Turin). Zuvor ist in den beiden Gebieten eine Volksabstimmung durchgeführt worden, die eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen für Frankreich ergab. Ein Ersuchen der *Schweiz* an die Großmächte vom 5. April 1860, den Souveränitätswechsel in Savoyen und Nizza zum Gegenstand einer Kon-

ferenz zu machen, wurde nicht berücksichtigt. Den Bewohnern der beiden Gebiete ist durch den Vertrag von Turin (Art. 6) freigestellt, ihren zukünftigen Wohnort selbst zu wählen.⁷

25. Juni 1860

Der junge König Franz II. von Sizilien und Neapel (vgl. 22. Mai 1859) stellt die von seinem Vater, Ferdinand II., 1848 bewilligte, später wieder aufgehobene Verfassung wieder her, ernennet eine liberale Regierung und erklärt, er wolle eine Amnestie erlassen und ein Bündnis mit Piemont-Sardinien schließen. Die Folge dieses Nachgebens, das mit Recht als ein Zeichen der Schwäche aufgefaßt wird, sind Aufstände und anarchische Zustände in der Stadt Neapel wie auch in der Landschaft. Vgl. 21. August und 6. September 1860.⁸

NEAPEL

FRANZ II.
STELLT
VERFASSUNG
WIEDER HER

noch Juni 1860

Bei einem Fürstentag in Baden-Baden, bei dem sich zahlreiche deutsche Landesherren um den Prinzregenten Wilhelm von Preußen scharen, um ihre Geschlossenheit gegenüber Annexionsabsichten Napoleons III. zu demonstrieren, erscheint dieser uneingeladen persönlich und versucht, nicht ohne Erfolg, das Mißtrauen gegen seine Absichten zu zerstreuen. Im „Moniteur“ läßt er gleichzeitig erklären, „des Kaisers einziger Zweck sei, mit den Souveränen, seinen Alliierten, in Frieden zu leben und alle seine Sorgfalt auf die tätige Entwicklung der Hilfsquellen Frankreichs zu verwenden“.⁹

BADEN-BADEN

FÜRSTENTAG

NAPOLEON III.
ERSCHIEINT
UNGELADEN

18. Juli 1860

Garibaldi, der sich nun „Diktator“ nennen läßt, bricht von Palermo sechs Wochen nach dessen Einnahme nach Messina auf. Er verkündet aber nicht die Annexion Siziliens durch das Königreich Piemont-Sardinien, wie man es in Turin erwartet und auch fordert. Offenbar hat er seine eigenen Pläne. Am 21. Juli wird General Bosco die Festung Milasso gegen freien Abzug der Besatzung an Garibaldi übergeben, und eine Woche darauf, am 28. Juli wird der Befehlshaber von Messina einen Waffenstillstand mit Garibaldi schließen und die Stadt, mit Ausnahme der Zitadelle räumen.¹⁰

SIZILIEN

GARIBALDI
NACH MESSINA

ÜBERGABE VON
MILASSO

21. August 1860

Garibaldi setzt mit 5000 Mann von Sizilien auf das italienische Festland über. Stadt und Burg Reggio ergeben sich ihm sogleich. In ganz Süditalien lösen sich die Truppen des Königreichs beider Sizilien (Neapel) auf. In den Städten und Provinzen werden

GARIBALDI
SETZT AUF
DAS FESTLAND
ÜBER

*REGGIO
KAPITULIERT*

provisorische Regierungen gebildet. Garibaldi wird auf keinen Widerstand mehr stoßen, am 30. August in Cosenza, am 5. September bereits in Eboli, unweit Salerno, eintreffen, oft seinen Freischaaren weit voraus, von dem Nimbus getragen, der seinen Namen umgibt.¹¹

28. August 1860

*NAPOLEON III.
IN SAVOYEN*

*BOTSCHAFT AN
VICTOR
EMANUEL*

*FREIE HAND IM
KIRCHENSTAAT*

Kaiser Napoleon III. reist durch das neu erworbene Savoyen (vgl. 24. März 1860) und wird in Chambéry von den beiden Abgesandten König Victor Emanuels von Piemont-Sardinien, Farini und Cialdini, begrüßt. Es liegt nahe, daß der Kaiser bei dieser Gelegenheit Victor Emanuel einen Wink zukommen läßt, „er solle freie Hand haben, die Marken und Umbrien [des bisherigen Kirchenstaates] mit seinem Reiche [Piemont-Sardinien] zu vereinen und mit seiner Armee in Neapel einzurücken, um daselbst statt der revolutionären Diktatur Garibaldis ein geordnetes monarchisches Regiment einzurichten, wenn er nur Rom selbst und das sogenannte Patrimonium Petri [den Küstenstrich nördlich und südlich von Rom], das die Franzosen besetzt halten würden, unangetastet lasse“. Der Inhalt dieser Botschaft beruht zwar auf Vermutungen, aber Victor Emanuel wird jedenfalls genau nach diesem Programm handeln. Bereits wenige Tage später werden die piemontesischen Befehlshaber Fanti und Cialdini mit zwei Heeresabteilungen an die Grenzen des Kirchenstaates rücken. Vgl. 18. September 1860.¹²

6. September 1860

*FRANZ II.
VERLÄSST
NEAPEL*

*GARIBALDI
ZIEHT DORT
EIN*

Franz II., König beider Sizilien aus dem Hause Bourbon, verläßt angesichts der von Garibaldi entfachten italienischen Nationalbewegung (vgl. 21. August 1860) Neapel und zieht sich mit etwa 40 000 Mann ihm treu gebliebener Truppen hinter die Linie des Volturno sowie in die Festungen Gaeta und Capua zurück. Bereits am Tage darauf zieht Garibaldi mit nur wenigen Begleitern, seinem Heere weit voraus, in Neapel ein, von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Napoleon III. wird versuchen, Großbritannien zu gemeinsamem Einschreiten gegen die Auflösung des Königreichs beider Sizilien zu bewegen, jedoch vergeblich.¹³

*COSTA RICA
RAFAEL MORA
STANDRECHT-
LICH
ERSCHOSSEN*

12. September 1860

In Costa Rica (Zentralamerika) wird der ehemalige Präsident Rafael Mora bei dem Versuch, seine einstige Position mit Waffengewalt zurückzuerobern, gefangengenommen und in San José standrechtlich erschossen. Das gleiche Schicksal hat kurz

zuvor der nordamerikanische Abenteurer William Walker erlitten, der in Nicaragua mit einer selbst gesammelten Streitmacht mehrere Jahre lang eine diktatorische Gewaltherrschaft ausübte, bis er bei einem Angriff auf das benachbarte Honduras von Engländern gefangen genommen und an Honduras ausgeliefert wurde. Er wurde bei Truxillo erschossen.¹⁴

WALKER

18. September 1860

In der Schlacht bei *Castelfiardo* im päpstlichen Kirchenstaat an der adriatischen Küste, südlich Ancona, besiegt der General Cialdini mit einer Heeresabteilung des Königreiches Piemont-Sardinien das päpstliche Heer unter dem Befehl des Franzosen Lamoricière, der sich nach Ancona retten kann. Der Einmarsch zweier piemont-sardinischer Heeresabteilungen in den Kirchenstaat war Anfang September mit dem stillschweigenden Einverständnis Napoleons III. und unter der Voraussetzung erfolgt, daß König Victor Emanuel eine republikanisch-demokratische Tendenz der italienischen Einigungsbewegung Garibaldi's verhindern könne.¹⁵

KIRCHENSTAAT

SCHLACHT BEI
CASTELFIARDO

CIALDINI
BESIEGT
LAMORICIERE

29. September 1860

Die Küstenstadt des Kirchenstaates *Ancona* (vgl. 18. September 1860) muß sich den piemont-sardinischen Belagerern ergeben. Der Befehlshaber der päpstlichen Truppen Lamoricière gerät mit der gesamten Besatzung der Stadt in Gefangenschaft. Zehn Tage später wird König Victor Emanuel selbst in Ancona eintreffen und den Oberbefehl über die piemont-sardinischen Streitkräfte übernehmen. Damit zerfällt — nach dem Königreich beider Sizilien (vgl. 6. September 1860) — nunmehr auch der Kirchenstaat. Zunächst gehen ihm Umbrien und die Marken (Adriaküste) verloren.¹⁶

KIRCHENSTAAT

ANCONA
KAPITULIERT

LAMORICIERE
GEFANGEN

13. Oktober 1860

Britische und französische Truppen rücken in *Peking* ein, nachdem sie sich den Weg von der Küste dorthin freigekämpft haben. (Genau vier Jahrzehnte später wird sich derselbe Vorgang unter noch dramatischeren Umständen wiederholen, vgl. 17. August 1900.) Daraufhin kommen durch Vermittlung des russischen Generals Ignatiew erneut Verhandlungen zustande, in denen Lord Elgin für Großbritannien und Baron Gros für Frankreich die Friedensbedingungen des Friedens von Tientsin noch erheblich erweitern und verschärfen werden (vgl. 25. Oktober 1860).¹⁷

CHINA

BRITISCH-
FRANZÖSI-
SCHER
EINMARSCH
IN PEKING

20. Oktober 1860

ÖSTERREICH-
UNGARN

MANIFEST
ÜBER
KÜNFTIGE
VERFASSUNG

In Österreich-Ungarn werden durch ein kaiserliches Manifest die Grundzüge der künftigen Verfassung bekannt gemacht. Der Entwurf stellt den Versuch dar, die Interessen des Gesamtreiches mit den Autonomiewünschen der einzelnen Länder möglichst weitgehend auf einen Nenner zu bringen. Insbesondere Ungarn soll danach seine frühere staatliche Struktur zurückhalten. Den anderen Kronländern werden zur Regelung ihrer Sonderfragen eigene Landtage zugestanden, aus denen wiederum Abgeordnete in den Reichsrat entsandt werden sollen.¹⁸

25. Oktober 1860

CHINA

DIKTAT-
FRIEDEN
VON PEKING

LEGALISIERUNG
DES OPIUM-
HANDELS

Nach der Einnahme Peking (vgl. 13. Oktober 1860) diktieren England und Frankreich der chinesischen Regierung, vertreten durch Prinz Kung, im *Vertrag zu Peking* erheblich härtere Friedensbedingungen, als es die bereits maßlos übersteigerten Bedingungen des Friedens von Tientsin waren. China sieht sich zunächst gezwungen, das Diktat hinzunehmen und muß das Weitere der Zukunft überlassen. (Seine Stunde wird erst 90 Jahre später kommen, dann allerdings ohne die jetzt herrschende Schicht.) Im einzelnen wird u. a. bestimmt: Öffnung der zusätzlichen Häfen Tientsin, Niu-Chuang, Hankou, Chiuchiang, Chin-chiang, Chi-fu, Shan-tou, Hai-kou; Durchführung der Friedensbedingungen von Tientsin (vgl. 27. Juni 1858); Revision des Zolltarifs, insbesondere für den Opiumimport; Legalisierung des Opiumhandels, Aufhebung der bestehenden Verbote (mit dem eindeutigen Ziel der Zerstörung der Volksgeundheit); eine an England und Frankreich zu zahlende Kriegsschädigung in Höhe von nunmehr acht Millionen Tael (etwa 24 Millionen Goldmark). Der Kaiser von China, der nach Jehol ausgewichen ist, wird die Verträge von Tientsin und Peking am 2. November dort bestätigen. Daraufhin werden die britischen und französischen Truppen Peking am 10. November verlassen. Vgl. weiter: noch März 1861.¹⁹

2. November 1860

NEAPEL

CAPUA
EROBERT

FRANZ II.
IN GAETA

Streitkräfte des Königreichs Piemont-Sardinien erobern die Stadt *Capua*. Franz II., König beider Sizilien, wird mit dem Rest seiner besten Truppen in die Festung *Gaeta* gedrängt. Napoleon III. wird, um den Verdacht von sich abzulenken, daß er mit der Eroberungspolitik Victor Emanuels einverstanden sei, eine französische Flottenabteilung in den Hafen von Gaeta entsenden, die König Franz die Möglichkeit offen hält, sich mit

Lebensmitteln und Kriegsbedarf zu versorgen. Allerdings wird diese französische Flotte im Januar 1861 wieder abgezogen werden, nachdem dem Schein Genüge getan wurde. Vgl. 13. Februar 1861.²⁰

7. November 1860

Garibaldi begrüßt in Sessa König Victor Emanuel von Piemont-Sardinien als „König von Italien“, verzichtet mit den Worten „Sire, ich gehorche“ auf Oberbefehl und Diktatur in Süditalien und zieht an der Seite des Königs in Neapel ein. Dort wie auch in den ehemaligen Kirchenstaatprovinzen Umbrien und den Marken haben inzwischen Volksabstimmungen für den Anschluß an Piemont-Sardinien entschieden. Garibaldi selbst wird seine Freischaaren dem Schutze des Königs empfehlen und sich, Lohn und Auszeichnung ablehnend, auf die Insel Caprera zurückziehen. Vgl. 13. Februar 1861.²¹

SESSA

GARIBALDI
UNTERSTELLT
SICH VICTOR
EMANUEL

14. November 1860

In Peking wird ein russisch-chinesischer Vertrag unterzeichnet, durch den Rußland die Südspitze der Halbinsel Murawjew im Süden der russisch-chinesischen Küstenprovinz (vgl. 28. Mai 1858) für sich allein erwirbt. Dort wird im darauffolgenden Jahr zwischen der Amur-Bucht und der Ussuri-Bucht des japanischen Meeres Wladiwostok gegründet werden, das dann im Jahre 1885 zum russischen Kriegshafen ausgebaut wird und seit 1904 Endpunkt der transsibirischen Bahnlinie ist.²²

PEKING
RUSSISCH-
CHINESISCHER
VERTRAG
ABTRETUNG
SÜD-
MURAWIEWS
(WLADIWOSTOK)

29. November 1860

In Warschau findet anlässlich des Zusammentreffens der drei Herrscher von Österreich, Preußen und Rußland unter den in der Karmeliterkirche gefangen gehaltenen Polen eine Trauerfeier statt. Dabei wird zum erstenmal die spätere polnische Nationalhymne gesungen, in der die Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft der Teilungsmächte beschworen wird und die bald darauf verboten werden wird. Der Vorgang findet zunächst keine weitere Beachtung, kann aber dennoch als ein erstes Vorzeichen für den polnischen Aufstand gegen Rußland von 1863 angesehen werden. Vgl. 25. Februar 1861.²³

WARSCHAU

TRAUER-
KUNDGEBUNG

POLNISCHE
NATIONAL-
HYMNE

noch November 1860

Bei den Präsidentenwahlen in Nordamerika siegt Abraham Lincoln, der Kandidat der Republikanischen Partei, die die Sklavenhaltung gänzlich abschaffen will, und der Englisch sprechenden Nordstaaten. Die Spanisch sprechenden Südstaaten sind nach

USA

PRÄSIDENTEN-
WAHLEN

2.2.1848

SIEG
LINCOLNS

wie vor entschlossen, an der Sklavenhaltung festzuhalten und sich dem Norden nicht zu unterwerfen. Bis zum Amtsantritt Lincolns am 4. März 1861 spitzen sich die Gegensätze und Feindseligkeiten weiterhin zu.²⁴

20. Dezember 1860

USA
AUSTRITT SÜD-
CAROLINAS
AUS DER UNION
ZEHN WEITERE
SÜDSTAATEN
FOLGEN

In Nordamerika erklärt der Staat Süd-Carolina seinen Austritt aus der Union und leitet damit die Sezession der elf Südstaaten ein. Als nächste werden Georgia, Florida, Alabama und Mississippi folgen. Die Lösung von den Nordstaaten erfolgt als Reaktion auf den Wahlsieg Abraham Lincolns (vgl.: noch November 1860), der fest entschlossen ist, die Sklavenhaltung auch in den Südstaaten abzuschaffen. Vgl. weiter 18. Februar 1861.²⁵

25. Dezember 1860

MEXIKO
ORTEGA IN DER
HAUPTSTADT
JUAREZ LÄSST
KIRCHENGUT
VERKAUFEN

In Mexiko ziehen Streitkräfte des von den USA anerkannten Präsidenten Benito Juarez (vgl. 4. Mai 1858) unter dem Befehl von General Ortega in die Hauptstadt ein. Juarez läßt die reichen mexikanischen Kirchengüter verkaufen, zumeist an nord-amerikanische Bodenspekulanten, und ignoriert die Entschädigungsforderungen europäischer Regierungen für die vielfachen Verletzungen von Rechten und Eigentum während des Bürgerkrieges. Die neue mexikanische Regierung ist naturgemäß darauf bedacht, zunächst die leeren Staatskassen zu füllen.²⁶

noch Dezember 1860

ÖSTERREICH
REGIERUNG
SCHMERLING

Kaiser Franz Joseph von Österreich entläßt die Regierung und beauftragt den liberalen Ritter von *Schmerling* mit der Bildung einer neuen. Dieser wird das endgültige Programm für die neue Verfassung ausarbeiten (vgl. 20. Oktober 1860), das sowohl den Landtagen als auch dem Reichsrat das Recht zu eigener Initiative und zur Öffentlichkeit einräumt und den Reichsrat durch direkte Wahl von den Landtagen wählen läßt. Er soll zwei Kammern besitzen, das Herrenhaus und das aus Delegierten der Landtage zusammengesetzte Abgeordnetenhaus. Vgl. auch 26. Februar 1861.²⁷

noch 1860 (ohne nähere Datierung)

PARIS
CRÉMIEUX
ALLIANCE
ISRAËLITE
UNIVERSELLE

In Paris begründet der jüdische Rechtsanwalt Isaak Adolphe Crémieux (1848 Mitglied der provisorischen Revolutionsregierung) die *Alliance israélite universelle*, eine internationale Vereinigung für die Gleichberechtigung und Interessen der Juden in allen Ländern. Das „Zentralkomitee“ (!) der Vereinigung erhält

seinen Sitz in Paris. Es wird erfolgreich die gegen Juden erhobenen Anklagen wegen Ritualmords in Ägypten und in Europa abwehren (Konitzer-Mordprozeß in Preußen 1903, Beilis-Prozeß in Rußland u.a.m.), wird schließlich auch den Freispruch im französischen Dreyfus-Prozeß erwirken und einiges mehr. Über die Beziehungen und Querverbindungen zwischen der Alliance israélite universelle und dem Grand Orient de France (Paris, rue Cadet 16) liegen uns leider keine Unterlagen vor.²⁸



2. Januar 1861

In Potsdam stirbt König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen in geistiger Umnachtung. Sein Bruder Wilhelm, der ihn bereits seit Oktober 1857 vertreten, im Oktober 1858 die Regentschaft übernommen hat, tritt als König Wilhelm I. die Nachfolge an. Damit wird die Bahn für eine deutsche Einigung unter Führung Preußens wieder frei, und es fehlt nur noch der Staatsmann, dem dieses Werk gelingen kann, trotz und entgegen den Logenverbindungen, in die der König verstrickt ist und verstrickt bleiben wird. (Vgl. 23. September 1862.)¹

POTSDAM

TOD FRIEDRICH
WILHELMS IV.

KÖNIG
WILHELM I.

13. Februar 1861

Nach vierteljähriger, zäher Verteidigung muß die Festung Gaeta, das letzte Bollwerk des Königreichs beider Sizilien und der bourbonischen Dynastie kapitulieren. Franz II. verläßt sie mit Gattin und Gefolge auf einem französischen Kriegsschiff und begibt sich nach Rom unter den Schutz der dortigen französischen Besatzung (seit 1849). Fünf Tage später versammelt König Victor Emanuel in Turin (Piemont) Abgeordnete aller Gebiete, die seine Oberhoheit anerkennen. Das ist, ausgenommen das österreichische Venetien und das dem Papst verbliebene Gebiet um Rom, nunmehr ganz Italien.²

NEAPEL
GAETA
KAPITULIERT
FRANZ II.
NACH ROM
TURIN
VERSAMMLUNG
DER ABGE-
ORDNETEN
ITALIENS

18. Februar 1861

In Montgomery (Nordamerika) bilden die elf aus der Union ausgeschiedenen Südstaaten eine „Konföderation“, erklären ihre Unabhängigkeit von der Regierung in Washington, wählen den früheren Kriegsminister der Union, Jefferson Davis aus Kentucky zum Präsidenten und geben sich eine provisorische Verfassung. Zwei Wochen später wird in Washington Abraham Lincoln das Präsidentenamt der Union antreten und wird sich der Konföderation gegenüber zunächst noch abwartend verhalten. Vgl. weiter 14. April 1861.³

MONTGOMERY
KON-
FÖDERATION
DER
SÜDSTAATEN
PRÄSIDENT
DAVIS

19. Februar 1861

In Rußland wird die Leibeigenschaft durch Gesetz aufgehoben. Die Durchführung wird erst zwei Jahre später erfolgen. Etwa 47 Millionen Bauern werden davon betroffen und werden dem Rechte nach frei, sind damit aber auch wirtschaftlich auf sich selbst gestellt, zumeist ohne ausreichenden Grund und Boden.

RUSSLAND
AUFHEBUNG
DER LEIB-
EIGENSCHAFT

**BESITZLOSE
KLEINBAUERN**

Ein Teil des Bodens ist Gemeindebesitz (Mir). Die Auslösung ist für den einzelnen Bauern teurer als der Wert des Landes, das ihm künftig gehört. Es wird daher nur wenigen Bauern gelingen, sich aus der Verschuldung herauszuwirtschaften und ihren Landbesitz zu erweitern. Unter den anderen wird sich das Elend ausbreiten.⁴

25. Februar 1861

**WARSCHAU
BEGINN DES
AUFSTANDES**

In Warschau findet auf öffentliche Einladung hin eine Demonstration unter starker Beteiligung statt. Ein langer Fackelzug, dem die polnische Fahne vorangetragen wird, bewegt sich vom Altmarkt zum Palast des russischen Statthalters hin, wo Delegierte des Landwirtschaftlichen Vereins aus ganz Polen tagen. Bevor der ständig anwachsende Zug dort anlangt, wird er von einer Abteilung berittener Gendarmerie mit Säbelhieben auseinandergetrieben. Verhaftungen werden vorgenommen, es gibt Verwundete, angeblich auch Tote, denen zwei Tage später eine neue Demonstration gewidmet wird (vgl. 27. Februar 1861).⁵

26. Februar 1861

**ÖSTERREICH-
UNGARN
KONSTITU-
TIONELLE
MONARCHIE
ABLEHNUNG
DER VER-
FASSUNG IN
UNGARN**

Österreich wandelt sich von einer absoluten in eine konstitutionelle Monarchie. Die von Anton Ritter von *Schmerling* mit Billigung Kaiser Franz Josephs ausgearbeitete Verfassung sieht ein Parlament, den Reichsrat mit zwei Kammern, einem Herrenhaus und einem Abgeordnetenhaus vor. Letzteres setzt sich aus Delegierten der Landtage der einzelnen Kronländer zusammen. Die Verfassung stößt vor allem in Ungarn auf leidenschaftliche Ablehnung. Dort ist man auf vollständige Eigenstaatlichkeit aus, nur noch durch Personalunion mit Österreich verbunden.⁶

27. Februar 1861

**WARSCHAU
AUFSTAND**

Ein Trauerzug, angeblich zu Ehren der Gefallenen vom 25. Februar (vgl. dort), bewegt sich durch die Straßen Warschaus und beantwortet die Aufforderung der Gendarmerie, auseinanderzugehen, mit Hohnworten und Steinwürfen. Daraufhin wird geschossen. Diesmal gibt es tatsächlich drei Tote. Das genügt, um die ganze Stadt in Aufruhr zu versetzen. Die Läden werden geschlossen, die Toten demonstrativ auf Brettern durch die Straßen getragen, um den Volkszorn anzuheizen. Der russische Statthalter, Fürst Gortschakow, weicht zurück, spricht in einer Proklamation sein Bedauern über das Vorgefallene aus und verspricht eine gerichtliche Untersuchung. Er gestattet, daß sich ein „Sicherheitskomitee“ aus angesehenen Bürgern der Stadt War-

**GORTSCHAKOW
GIBT NACH**

schau bildet, daß eine Bürgerwehr die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung übernimmt und daß für die Toten des 27. Februar eine feierliche Beerdigung veranstaltet wird.⁷

2. März 1861

Mit Genehmigung des Statthalters richtet das Warschauer „Sicherheitskomitee“ (vgl. 27. Februar 1861) eine Adresse an den Zaren in Petersburg. Darin heißt es, daß die Ereignisse in Warschau nicht Ausbrüche vorübergehender Leidenschaften einzelner Klassen des Volkes darstellten, sondern die einstimmige Kundgebung unterdrückter Empfindungen und unbefriedigter Bedürfnisse einer selbständigen Nation, die eines gesetzlichen Organs ermangle, durch das sie unmittelbar zum Thron sprechen und ihre Wünsche und Bedürfnisse darlegen könne. Vgl. auch 26. März 1861.⁸

WARSCHAU

SICHERHEITS-
KOMITEE

ADRESSE AN
DEN ZAREN

12. März 1861

Auf der Insel Korfu wird das Parlament der sieben ionischen Inseln, die unter britischer Schutzherrschaft stehen, mit einer Botschaft des britischen Lord-Oberkommissars eröffnet. Wie aber die Versammlung die Unabhängigkeit und die Vereinigung der Inseln mit Griechenland verlangt, weist die britische Regierung dieses Verlangen zurück und vertagt das Parlament, da sie dem griechischen Königshause (deutscher Abstammung) nicht wohlgesonnen ist. Auch in Griechenland selbst schürt sie den Aufruhr gegen den regierenden König Otto (vgl. noch November 1863).⁹

KORFU

ERÖFFNUNG
DES
PARLAMENTS
DER SIEBEN
JONISCHEN
INSELN

16. März 1861

Der württembergische Landtag lehnt das *Konkordat* ab, das König Wilhelm I. von Württemberg vier Jahre zuvor mit Papst Pius IX. geschlossen hat. Es kam den kirchlichen Ansprüchen weitgehend entgegen. Der Landtag will, wie auch das badische Parlament (vgl. 7. April 1860) das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht durch einen Vertrag, sondern allein durch staatliche Gesetzgebung geregelt wissen. Die Kirche wird einer solchen einseitig vom Staate bestimmten Gesetzgebung wie in Baden so auch hier nur zögernd und nach langen Verhandlungen ihre Zustimmung geben.¹⁰

WÜRTTEMBERG

LANDTAG
LEHNT
KONKORDAT
AB

17. März 1861

Das neu gewählte erste italienische Parlament in Turin (vgl. 13. Februar 1861) verabschiedet ein Gesetz, nach dem König Victor Emanuel II. von Piemont-Sardinien künftig den Titel eines

TURIN
VICTOR EMA-
NUEL KÖNIG
VON ITALIEN

ROM
KÜNFTIGER
REGIERUNGS-
SITZ

Königs von Italien führt. Zehn Tage später wird dasselbe Parlament die Stadt Rom zum künftigen Regierungssitz des Königreiches Italien erklären. Diese ist jedoch noch immer (seit dem Jahre 1849) von Frankreich besetzt und zudem die Hauptstadt des dem Papste verbliebenen restlichen Kirchenstaatsgebietes. Daher wird in Italien eine Bewegung zur „Befreiung Roms“ entstehen, an deren Spitze sich wiederum Garibaldi stellen wird.¹¹

26. März 1861

POLEN
ABTEILUNG
FÜR KULTUS
UND
UNTERRICHT
WIELOPOLSKI

In einem Ukas des Zaren Alexander II. wird Polen die Einrichtung einer besonderen Abteilung für Kultus und Unterricht bei der Regierung des russischen Statthalters in Warschau zugestanden und die Leitung dieser Abteilung dem polnischen Markgrafen Alexander *Wielopolski* übertragen, einem bewährten polnischen Patrioten, der aber die Zusammenarbeit mit Rußland für unumgänglich hält. Ferner werden Polen die Einsetzung eines eigenen Staatsrates und wählbarer Gemeinde-, Kreis- und Gouvernementsräte zugestanden. Doch das alles genügt den führenden Köpfen der revolutionären Bewegung in Polen nicht mehr. Wiederum, wie 1848/49 vermischen sich mit und verbergen sich hinter dem Anliegen nationaler Unabhängigkeit Bestrebungen und Kräfte internationaler Art, die auf den Sturz der Monarchien und letztendlich auf die Errichtung der Weltrepublik nach den Vorstellungen der Weltfreimaurerei gerichtet sind. Täglich werden nun in Warschau Demonstrationen stattfinden, die die Erinnerung an die Toten des 27. Februar 1861 (vgl. dort) wachhalten sollen, um die revolutionäre Unruhe in der Stadtbevölkerung nicht abklingen zu lassen. Vgl. hierzu: 7./8. April 1861.¹²

EIGENER
STAATSRAT
REVOLUTIONÄRER
HINTERGRUND

noch März 1861

PEKING
BRITISCHE UND
FRANZÖSISCHE
GESANDTSCHAFTS-
RESIDENZEN

Im Zuge der Durchführung der Verträge von Tientsin und Peking (vgl. 27. Juni 1858 und 25. Oktober 1860) richten sich der britische und der französische Gesandte in der Stadt Peking Residenzen ein. Der nordamerikanische Gesandte wird es ihnen im Juli nachtun. Die chinesische Regierung ihrerseits wird ein Auswärtiges Amt einrichten, das sie bis dahin nicht gekannt hat, und wird es *Tsung-li-ya-men* nennen, in wörtlicher Bedeutung „die Behörde, die die Angelegenheiten aller Länder in letzter Instanz regelt“ (also eigentlich eine Art Weltregierung).¹³

7./8. April 1861

Um der ständigen Unruhe in Warschau zu begegnen (vgl. 2. März 1861), hat die Regierung des russischen Statthalters verschärfte Polizeiverordnungen erlassen, die Bürgerwehr (vgl. 27. Februar 1861) entlassen und schließlich den polnischen Landwirtschaftlichen Verein aufgelöst, in dem sie den Ausgangspunkt der nationalen Agitation erblickt. Daraufhin bewegt sich ein erneuter langer Demonstrationzug vom Grabe der am 27. Februar Gefallenen mit dem Liede „Noch ist Polen nicht verloren!“ zum Gebäude des Landwirtschaftlichen Vereins, auf dessen Balkon rasch der polnische Adler enthüllt wird, und von dort zum Palast des Statthalters. Fürst Gortschakow läßt Militär aufziehen, fordert persönlich die Menge auf auseinanderzugehen, weicht aber dann wiederum vor der Forderung zurück, erst die Truppen abziehen zu lassen. Die Folge ist, daß sich der Vorgang am folgenden Tage wiederholt. Das Militär versucht zunächst, die Masse mit der flachen Klinge zurückzutreiben. Nach zwei Stunden wird in die Luft geschossen. Erst nachdem die Schüsse aus benachbarten Häusern erwidert werden und zwei Soldaten gefallen, andere verwundet sind, wird auch in die Häuser und in die Menge geschossen. Dreißig Tote und zahlreiche Verwundete bleiben auf dem Platz. Die Straßen sind binnen kurzem menschenleer. Gortschakow läßt die Stadt militärisch besetzen, den Gemeinderat auflösen und nahezu den Belagerungszustand verhängen. Das Begräbnis der Toten darf nur in aller Stille erfolgen, alle nationalen Kundgebungen werden künftig mit Gewalt verhindert werden. Auch Trauerkleidung fällt unter die verbotenen Demonstrationen. Der Widerstand wird sich nunmehr in die Kirchen verlagern. Vgl. weiter 22. April und 14. Oktober 1861.¹⁴

WARSCHAU

ENTLASSUNG
DER BÜRGER-
WEHR

AUFLÖSUNG
DES LAND-
WIRTSCHAFT-
LICHEN
VEREINS

STRASSEN-
KAMPF

DREISSIG
TOTE

BELAGE-
RUNGS-
ZUSTAND

WIDERSTAND
IN DEN
KIRCHEN

14. April 1861

In Nordamerika beginnt der Sezessionskrieg mit einem Angriff des Südstaatengenerals *Beauregard* auf das Fort Sumter bei Charleston, dessen er sich bemächtigt. Der Süden hat sich auf diesen Kampf bei zahlenmäßiger Unterlegenheit besser vorbereitet und mobilisiert nahezu die gesamte männliche weiße Bevölkerung. In den Grenzstaaten Virginia, Tennessee, Kentucky und Missouri setzt sich der sklavenhaltende Teil der Bevölkerung mit Hilfe eines brutalen Terrorsystems durch. Lincoln mobilisiert zunächst 75 000 Mann, die sich im Verlauf des ersten Kriegsjahres auf eine halbe Million verstärken. Das Haus Rothschild setzt traditionsgemäß finanzpolitisch auf beide Seiten. Sein Agent August Belmont (vormals Schönberg) ist Mitglied des De-

NORDAMERIKA

BEGINN DES
SEZESSIONS-
KRIEGES

HAUS
ROTHSCHILD
FINANZIERT
BEIDE
PARTEIEN

mokratischen Nationalkomitees in New York. Die Südstaatenföderation erhält Anleihen über das Bankhaus Erlanger, Verwandte der Rothschilds. Der Kontaktmann in der Föderation ist der Staatssekretär Judah P. Benjamin, Teilhaber der Firma Slidell, Benjamin & Conrad in Louisiana. Slidells Nichte wiederum ist mit Belmont verheiratet. Lincoln durchschaut das Spiel teilweise und sucht durch das Auflegen von Staatsanleihen gegen den wütenden Widerstand Belmonts von den jüdischen Großbanken unabhängig zu bleiben. Er wird nach seiner Wiederwahl ermordet werden. Vgl. 15. April 1865.¹⁵

20. April 1861

GARIBALDI
VOR DEM
TURINER
PARLAMENT

Vor dem Parlament des Königreiches Piemont-Sardinien erscheint *Garibaldi* und beschwert sich mit scharfen Worten über die Auflösung des von ihm gesammelten Freiwilligenheeres sowie über die Behandlung seiner ehemaligen Waffengefährten. Auch fordert er eine allgemeine Volksbewaffnung. Er ist, ebenso wie die Anhänger Mazzinis und seines Geheimbundes, unzufrieden damit, daß Rom immer noch dem Papst und Venedig immer noch Österreich gehört. Die Entwicklung geht ihm zu langsam. Es gelingt aber dem Grafen Cavour, Garibaldi zu beschwichtigen. Er kehrt auf die Insel Caprera zurück.¹⁶

22. April 1861

WARSCHAU
WIELOPOLSKI
GEGEN
KIRCHLICHE
AGITATION
KONTROVERSE
GORTSCHAKOW
—FIALKOWSKI

Markgraf Wielopolski, der polnische Leiter der Kultusabteilung bei der Regierung des russischen Statthalters in Warschau (vgl. 26. März 1861), veröffentlicht einen Erlaß gegen die Agitation von seiten der polnischen Priesterschaft, worin er diese beschuldigt, „in der Nation offenen Haß gegen die Regierung zu erwecken“. Gleichzeitig fordert der Statthalter, Fürst Gortschakow, den Erzbischof von Warschau, Fialkowski, auf, einen beruhigenden Hirtenbrief an die Geistlichkeit zu erlassen. Der Erzbischof lehnt ab. In den Kirchen werden weiterhin nationalreligiöse Lieder gesungen, in denen die Wiederherstellung Polens vom Himmel erbeten wird.¹⁷

26. Juni 1861

KONSTANTINOPOL
TOD DES SULTANS
ABDUL-MEDSCHID

In Konstantinopel stirbt der Sultan *Abdul-Medschid*, kurz nachdem die französischen Truppen Syrien wieder geräumt haben, das sie 1860 aufgrund blutiger Christenverfolgungen dort besetzt hatten. Der verstorbene Sultan hat diesen Vorgängen machtlos gegenübergestanden, offenbar mehr dem Lebensgenuß als der Staatsführung zugetan. Sein Nachfolger (und Bruder)

Abdul Aziz wird sich zunächst der Beseitigung einiger alteingewurzelter Übelstände widmen, aber bald ebenfalls der Günstlingswirtschaft und Verschwendung verfallen.¹⁸

*NACHFOLGER
ABDUL AZIZ*

14. Juli 1861

In Baden-Baden verübt der Student Oskar Becker ein Attentat auf König Wilhelm I. von Preußen. Der König erblickt in diesem Anschlag die Auswirkung eines religionsfeindlichen, dem Bewußtsein der Loyalität entfremdeten liberalistischen Zeitgeistes. Er erkennt es als seine königliche Pflicht, seinem Gewissen zu folgen und diesen auflösenden Tendenzen mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften entgegenzuwirken und der wachsenden fortschrittlichen Mehrheit im Parlament nicht nachzugeben. Die Quelle dieses Zeitgeistes erkennt er, der selber Freimaurer ist, offenbar nicht.¹⁹

BADEN-BADEN

*ATTENTAT AUF
WILHELM I.
VON PREUSSEN*

17. Juli 1861

Im nordamerikanischen Sezessionskrieg (vgl. 14. April 1861) bringt der Südstaatengeneral Beauregard bei Bulls Run den gegen Richmond vorrückenden Unionstruppen eine Niederlage bei. Den Oberbefehl der Konföderationsstreitkräfte hat Robert E. Lee inne. Die Kämpfe spielen sich vorwiegend in Virginia, Maryland und Missouri ab, beiderseits mit beispielloser Grausamkeit geführt und mit lange Zeit nachwirkenden Zerstörungen verbunden. Die Unionsregierung verhängt über die gesamte West- und Südküste eine Blockade und unterbindet jeden Handel der Südstaaten mit Europa.²⁰

NORDAMERIKA

*SEZESSIONS-
KRIEG*

*SIEG DES
SÜDSTAATEN-
GENERALS
BEAUREGARD*

noch Juli 1861

Der mexikanische Kongreß beschließt ein Gesetz, nach dem alle Auslandszahlungen, auch die Zinszahlungen für eine britische Anleihe, für die Dauer von zwei Jahren eingestellt werden. Gleichzeitig wird der Zoll auf Importwaren verdoppelt. Diese Maßnahmen veranlassen Spanien, wo man ohnehin über den Verkauf der mexikanischen Kirchengüter (vgl. 25. Dezember 1860) empört ist, sich mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Intervention an Frankreich und Großbritannien zu wenden (vgl. 31. Oktober 1861).²¹

MEXIKO

*EINSTELLUNG
DER
ZINSZAHLUNG
FÜR BRITI-
SCHE ANLEIHE*

22. August 1861

In Je-ho in der Mandschurei stirbt der Kaiser *Hien-fong* von China nach der endgültigen Niederlage seines Reiches gegenüber den europäischen Großmächten (vgl. 13. und 25. Oktober 1860). Er hinterläßt einen sechsjährigen Thronfolger Ki-tsiang und

*JE-HO/MAND-
SCHUREI
TOD KAISER
HIEN-FONGS*

**NACHFOLGER
PRINZ KONG
UND TSU-HSI**

hat für diesen vor seinem Tode einen achtköpfigen Regentenschaftsrat eingesetzt, der aber bald darauf durch eine Palastrevolution beseitigt werden wird. Die Regentschaft geht auf den Onkel des Thronfolgers, den Prinzen Kong über, der die Friedensverhandlungen mit den europäischen Mächten geführt hat, sowie auf die Kaiserin-Witwe *Tsu-hsi*.²²

2. September 1861

**PREUSSEN
HANDELS-
VERTRAG
MIT CHINA**

Analog zu den erzwungenen Friedens- und gleichzeitig Handelsverträgen Frankreichs und Großbritanniens mit China von Tientsin und Peking (vgl. 27. Juni 1858 und 25. Oktober 1860) schließt nunmehr *auch Preußen* einen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit China, der allerdings erst 1864 in Schanghai ratifiziert werden wird. Er wird 1866 auf den Norddeutschen Bund und 1871 auf das Deutsche Reich übergehen. Zahlreiche andere Staaten werden mit entsprechenden Verträgen folgen (vgl. 13. August 1862). China steht allen offen.²³

noch September 1861

**ARGENTINIEN
SIEG MITRE
ÜBER URQUIZA
DERQUI NACH
MONTEVIDEO
MITRE
PRÄSIDENT**

In den Bürgerkriegskämpfen zwischen Buenos Aires und den argentinischen Bundestruppen unter dem Befehl Urquizas kann General Bartolomé *Mitre* für Buenos Aires einen entscheidenden Sieg erringen. Daraufhin löst sich die Bundesregierung, die ihren Sitz inzwischen wieder, wie schon 1853, in Bajada del Parana genommen hatte, auf. Der Präsident Derqui flieht nach Montevideo, und im darauffolgenden Jahr 1862 wird Mitre zum Präsidenten gewählt werden und den Kongreß wieder nach Buenos Aires einberufen. Mitre wird bis 1868 an der Regierung bleiben und den Staat weitgehend konsolidieren.²⁴

14. Oktober 1861

**KRIEGS-
ZUSTAND IN
GANZ POLEN
NEUER
STATTHALTER
LAMBERT
RÄUMUNG DER
KATHEDRALE**

Nach monatelangen Demonstrationen der polnischen Bevölkerung Warschau, bei denen mehrfach das russische Militär durch feindselige Handlungen zum bewaffneten Einschreiten regelrecht provoziert wurde, verhängt der neue russische Statthalter *Lambert* den *Kriegszustand* über das gesamte ehemalige Königreich Polen, verbietet durch Proklamation das Tragen von Abzeichen und Nationaltrachten, das Singen des Liedes „Noch ist Polen nicht verloren“ und das Verteilen von nationalpolnischen Flugschriften. Tags darauf werden die Warschauer Kathedrale und die Bernhardinerkirche durch Militär geräumt, da sich darin die Teilnehmer an einer verbotenen Demonstration versammelt halten. Daraufhin erklärt die Geistlichkeit die Kirchen

für entweiht und schließt sie einstweilen. Graf Lambert tritt zurück. An seine Stelle tritt General *Lüders*, der zahlreiche Geiseln nehmen und in entfernte Festungen verbringen läßt. Auch der Verwalter des Erzbistums wird inhaftiert und sogar kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt, allerdings auf Ersuchen des Papstes vom Zaren zu einem Jahr Festungshaft begnadigt werden.²⁵

*SCHLIESSUNG
DURCH DIE
GEISTLICHKEIT
GEN. LÜDERS
LÄSST GEISELN
DEPORTIEREN*

18. Oktober 1861

Bei den Krönungsfeierlichkeiten in Königsberg betont König Wilhelm I. von Preußen ausdrücklich, daß die Herrscher Preußens ihre Krone von Gott empfangen, und daß auch er selber in diesem Sinne „die Krone vom Tische des Herrn“ nehme und auf sein Haupt setze. Die Häuser des Landtages seien dazu berufen, dem Könige zu raten. Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß Wilhelm I. nicht daran denkt, dem Parlament die von der Fortschrittspartei angestrebte eigene Entscheidungsge-
walt einzuräumen.²⁶

KÖNIGSBERG

*KRÖNUNG
WILHELMS I.*

*„KRONE VOM
TISCHE DES
HERRN“*

31. Oktober 1861

Frankreich, Großbritannien und Spanien erklären in der Konvention von London, „daß sie sich durch die Unzuverlässigkeit der mexikanischen Behörden [vgl.: noch Juli 1861] in die Lage versetzt sähen, für ihre Untertanen und ihren Besitz [in Mexiko] größeren Schutz zu verlangen und die Ausführung der vertragsmäßigen Verpflichtungen zu fordern“. Damit solle jedoch keine Einmischung in das Recht des mexikanischen Volkes verbunden sein, sich seine Regierungsform frei zu wählen. Auch seien keine Besitzerweiterungen in Mexiko beabsichtigt. (Vgl. weiter 19. Februar 1862.)²⁷

MEXIKO

*BRITISCH-
FRANZÖSISCH-
SPANISCHE
INTERVENTION*

*KONVENTION
VON LONDON*

noch Oktober 1861

Der Militärbefehlshaber von La Paz, Bolivien, Oberst Placide *Yanez*, läßt auf die Meldung hin, daß eine Verschwörung gegen den Präsidenten de Acha geplant sei, kurzerhand einhundert-undsechs angeblich Beteiligte erschießen, unter ihnen den Vorgänger de Achas, General Cordova, und den Bruder des früheren Präsidenten Belzu (vgl.: noch August 1855). Dennoch werden im folgenden Jahre noch mehrere Verschwörungen gegen de Acha versucht werden, von denen die des Generals Perez erst nach einem verlustreichen Gefecht unterdrückt werden kann.²⁸

BOLIVIEN

*YANEZ LÄSST
106 VER-
SCHWÖRER
ERSCHIESSEN*

11. November 1861

In Portugal stirbt der König Dom Pedro V. an einer Fiebererkrankung. Da gleichzeitig auch zwei seiner Brüder der gleichen Krankheit erliegen, will die Bevölkerung der Hauptstadt Lissabon nicht an einen natürlichen Tod glauben und wird unruhig.

PORTUGAL

*TOD DOM
PEDROS V.*

THRONFOLGER
LUDWIG

Der dritte Bruder Dom Pedros, *Ludwig*, tritt die Thronfolge an und leistet vor den versammelten Cortes den Eid auf die Verfassung. Der Marquis v. Loulé (vgl. 15. November 1853) bleibt an der Spitze der Regierung und leitet ein liberales Reformprogramm ein. Portugal wird endgültig eine konstitutionelle Monarchie.²⁹

26. Dezember 1861

NORDAMERIKA
AUSLIEFERUNG
VON
AGENTEN
AN GROSS-
BRITANNIEN

Die nordamerikanische Unionsregierung erklärt sich bereit, zwei gefangene Agenten der Südstaaten an Großbritannien auszuliefern, die einer ihrer Seeoffiziere, der Fregattenkapitän Wilkes, im Bahamakanal gewaltsam von einem britischen Passagier- und Postschiff geholt hat. Sie wendet damit einen sonst unvermeidlichen zusätzlichen Krieg gegen Großbritannien ab, das ohnehin des Baumwollhandels wegen auf Seiten der Südstaaten steht und die Blockade (vgl. 17. Juli 1861) als einen feindseligen Akt betrachtet.³⁰

DURCH-
QUERUNG
AUSTRALIENS

noch 1861 (ohne nähere Datierung)

In Australien versuchen zwei britische Expeditionen eine Durchquerung des Erdteils von Süden nach Norden. Die erste unter Führung von Robert O'Hara *Burke* gelangt von Melbourne ausgehend zur Nordküste beim Carpentaria-Golf, kommt aber auf dem Rückwege um. Die zweite unter John McDouall *Stuart* nimmt ihren Ausgang von Adelaide und wird im folgenden Jahr 1862 bei Darwin die Chambers Bay erreichen. Zehn Jahre später wird auf dieser Route die transkontinentale Telegraphenlinie errichtet werden.

19. Februar 1862

Frankreich, Großbritannien und Spanien richten ein zurückhaltend formuliertes Manifest an die mexikanische Regierung, nachdem drei Geschwader mit Landtruppen (ohne gemeinsamen Oberbefehl) nach Mexiko entsandt wurden und dort in Veracruz, Tehuacan und Cordova Fuß gefaßt haben (vgl. 31. Oktober 1861). Der mexikanische Präsident Benito Juarez beantwortet die Invasion und das Manifest mit einer Strafandrohung für alle, die mit den Invasoren Verbindung aufnehmen würden. Ein Ultimatum der Befehlshaber der drei Expeditionskorps wird er zunächst unbeantwortet lassen und dann mit höhnischen Worten zurückweisen. Trotzdem werden die drei Befehlshaber im Vertrag von La Soledad eine Art Waffenstillstand mit Juarez schließen, in dem sie sogar seine Präsidentschaft anerkennen, ganz im Widerspruch zum Inhalt der Londoner Konvention (vgl. 31. Oktober 1861).¹

MEXIKO

BRITISCH-
FRANZÖSISCH-
SPANISCHE
INVASIONJUAREZ
WEIST
ULTIMATUM
ZURÜCKWAFFENSTILL-
STAND

noch Februar 1862

In Griechenland bricht eine Militärrevolte in Nauplia aus. Sie wird erst im April unterdrückt werden können. Ursache ist die Unzufriedenheit der Truppen mit der passiven Rolle, die Griechenland im Krimkriege gespielt hat. König Otto, aus bayerischem Hause, hat keinerlei kriegerischen Ehrgeiz gezeigt und auch keinen Versuch unternommen, Griechenland angesichts des Machtverlustes des Osmanischen Reiches die Rolle einer politisch führenden Macht spielen zu lassen, wie es der ehrgeizigen Bevölkerung in Verkennung ihrer begrenzten Leistungsfähigkeit vorschwebt.²

GRIECHENLAND

MILITÄR-
REVOLTE
IN NAUPLIA

9. März 1862

Auf der Reede von Norfolk liefern sich die beiden Panzerschiffe „Merrimac“ von der Südstaatenflotte und „Monitor“ von der Unionsflotte ein schweres Artilleriegefecht. Auf beiden Schiffen entstehen umfangreiche Zerstörungen, aber keines wird bewegungsunfähig geschossen. Es entsteht weltweit der Eindruck, daß mit diesem Kampfe eine neue Ära der Seekriegsführung beginnt. Wenig später wird sich die „Merrimac“ selbst zerstören, um nicht in die Hände der Gegner zu fallen. Eine Umrüstung für den Einsatz im St.-James-Fluß hat das Schiff dem „Monitor“ unterlegen gemacht.³

NORDAMERIKA

PANZER-
SCHIFFGEFECHT
VOR NORFOLK

„MERRIMAC“

„MONITOR“

17. März 1862

PREUSSEN
ENTLASSUNG
DER
REGIERUNG
KARL ANTON
VON HO-
HENZOLLERN

König Wilhelm I. von Preußen entläßt die im November 1858 berufene Regierung des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern, nachdem der Kampf um die Heeresreform zum Konflikt zwischen dem König und der liberalen Mehrheit im preußischen Landtag geführt hat. An die Stelle der entlassenen Regierung tritt zunächst ein konservatives Beamtenkabinett, das noch im selben Jahre der Regierung Otto von Bismarcks Platz machen wird (vgl. 23. September 1862). Damit ist das Bestreben der sogenannten „Neuen Ära“, nämlich ein *liberales* Preußen zur deutschen Führungsmacht zu machen, endgültig gescheitert.⁴

16. April 1862

USA
600 MILLIONEN
FÜR RÜCK-
WANDERUNG
AFRIKANI-
SCHER NEGER
BEWILLIGT
KEIN ERFOLG

Der Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika beschließt, 600 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen „für die Auswanderung und Unterhaltung von Personen afrikanischer Abstammung, die auszuwandern wünschen“. Bereits in der Emancipation Proclamation des Präsidenten Abraham Lincoln hieß es: „Ich erkläre hiermit, daß die Anstrengungen, Personen afrikanischer Herkunft mit ihrer Einwilligung in ihrem Kontinent oder anderenorts anzusiedeln, fortgesetzt werden.“ Doch wird es trotz der bewilligten Summe nicht zu einer umfassenden Rücksiedlung der Neger kommen. Noch hundert Jahre später (vgl. 13. Juni 1968) wird ein erneuter Antrag auf Rücksiedlung erfolglos bleiben. Es drängt sich der Eindruck auf, daß einflußreiche Kreise *nicht* daran interessiert sind, die vernünftigste Lösung des amerikanischen Negerproblems zu verwirklichen, solange dies noch möglich ist.^{4a}

28. April 1862

NORDAMERIKA
SEZESSIONS-
KRIEG
NEW ORLEANS
EROBERT
BEAUREGARD
M'CLELLAN

Im nordamerikanischen Sezessionskrieg (vgl. 15. April, 17. Juli, 26. Dezember 1861) gelingt es den Unionstruppen, die Handelsmetropole der Südstaaten, die Stadt New Orleans, einzunehmen. Ihre Geschwader beherrschen den Mississippistrom bis Vicksburg. Doch wird dieser Erfolg noch zu keiner Entscheidung des Krieges führen. Die schwersten und verlustreichsten Kämpfe und Zerstörungen stehen erst noch bevor. Sie werden im Mai 1862 in der Umgebung von Richmond beginnen, wo sich die Generäle Beauregard und M'Clellan gegenüberstehen. Vgl. 3. Juli 1862.⁵

nach April 1862

MEXIKO
HEIMKEHR
BRITISCHER

Das britische und das spanische Expeditionskorps verlassen Mexiko und kehren nach Europa zurück, nachdem im französischen Lager der Einfluß des konservativen Mexikaners und Juarez-Geg-

ners Juan Almonte bestimmend geworden ist und der französische Befehlshaber Jurien de la Gravière die Auslieferung Almontes an Juarez entschieden abgelehnt hat. Auch hat sich der Verdacht verdichtet, daß Kaiser Napoleon III. Mexiko ganz unter französischen Einfluß zu bringen trachtet. Weder Großbritannien noch Spanien sehen sich veranlaßt, ihm dabei zu helfen.⁶

UND
SPANISCHER
STREITKRÄFTE

ALLEINGANG
NAPOLEONS III.

Ferdinand Lassalle, ein jüdischer Intellektueller aus Breslau und Revolutionär von 1848 (vgl. 31. August 1864), veröffentlicht seine Vorstellungen von der künftigen Rolle des Arbeiters: „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“. Darin kritisiert er scharf die Staatsauffassung des Liberalismus („Nachtwächtergedanke“), insbesondere den Verzicht auf staatliches Eingreifen in die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse, fordert die Organisation der Arbeiterschaft (vgl. 23. Mai 1863), ihre Beteiligung an der Produktionslenkung durch Übernahme des Staates mit Hilfe des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes. Hierin unterscheidet sich das Programm Lassalles wesentlich von dem Marx-Engelsschen, das den Staat nicht parlamentarisch, sondern auf dem Wege der Weltrevolution des Proletariats erobern will. Schon das Wort „Arbeiterstand“ kennzeichnet diesen Unterschied. Vgl. weiter 23. Mai 1863.⁷

LASSALLE

„IDEE DES
ARBEITER-
STANDES“

KRITIK AM
LIBERALISMUS

UNTERSCHIED
ZU MARX/
ENGELS

24. Mai 1862

Preußen droht Kurhessen (Kassel) mit militärischer Besetzung. Auf Veranlassung Preußens beschloß der deutsche Bundestag, daß in Kurhessen (Hessen-Kassel) die Verfassung von 1831 wiederherzustellen sei. Sie war im März 1852, ebenfalls durch Bundestagsbeschluß, außer Kraft gesetzt und im April 1852 (vgl. dort) durch eine Zweikammer-Verfassung ersetzt worden. Dem neuen Bundestagsbeschluß, die alte Verfassung wieder einzusetzen, ging die dreimalige Auflösung der hessischen Kammern voraus. Die Durchführung des Beschlusses kann nunmehr nur durch die Drohung mit der militärischen Besetzung des Landes durch Preußen erzwungen werden, der ein Wink Österreichs an den Kurfürsten folgt. Vgl. 18. Juni 1866.⁸

PREUSSEN
DROHT
KURHESSEN

5. Juni 1862

Drei Jahre nach der Einnahme Saigons durch die Franzosen (1859) tritt Annam im Vertrag von Saigon die drei östlichen Provinzen Cochinchinas an Frankreich ab. Sie bilden den Grundstock zu Französisch-Indochina (vgl. 25. August 1883). Zwei Jahre später (1864) wird sich auch Kambodscha unter die

VERTRAG
VON SAIGON

*DREI
PROVINZEN
ANNAMS AN
FRANKREICH*

Schutzherrschaft Frankreichs stellen, und zwar gegen den Willen König Ramas IV. von Siam (vgl. 18. April 1855), dessen Verträge mit europäischen Mächten und den USA sich gegen die französische Expansion in Südostasien als wirkungslos erweisen.

18. Juni 1862

*KALIFORNIEN
FORTGANG DER
INDIANER-
AUSROTTUNG*

Im Rahmen der Indianerausrottung in Nordkalifornien (vgl.: noch 1852, noch 1857, noch 1859) findet auf einer Ranch in Forks of Butte am oberen Butte Creek eine Versammlung von Siedlern statt, um den weiteren Verlauf der Vernichtungsaktion zu planen. 24 Männer melden sich freiwillig „zur Säuberung der Berge von wilden Indianern“. Offensichtlich werden diese Versammlung und ihr Zweck den Yahi-Guerillas bekannt. Tags darauf werden nordwestlich von Forks of Butte, am Rock Creek, drei weiße Siedlerkinder umgebracht. Eine sofortige Vergeltungsaktion in den Bergen tötet wahllos, was den Teilnehmern an Indianern in die Quere kommt. Das war ja ohnehin schon beschlossen worden, auch ohne den Mord an den drei Kindern. Außerdem werden nunmehr, auf einen Bericht des Gouverneurs von Kalifornien, Leland Stanford, hin, Truppen entsandt. Vgl. weiter: noch August 1864.^{8a}

28. Juni 1862

*BISMARCK
SAGT
KÜNFTIGE
POLITIK
ÖSTERREICHS
VORAUS*

Bismarck sagt voraus: „Man wird in Wien Venetien und das linke Rheinufer opfern, wenn man dafür auf dem rechten eine Bundesverfassung mit gesichertem Übergewicht Österreichs gewinnt. Ein sentimentales Deutschtum ist seit Jahrhunderten niemals das leitende Prinzip in der Wiener Hofburg gewesen, und die deutsche Phrase hat dort nur solange Kurs, als sie zum Leitseil für uns [Preußen] und die Würzburger dient.“ Vgl. hierzu 12. Juni 1866.^{8b}

noch Juni 1862

*POLEN
NEUER
STATTHALTER
GROSSFÜRST
KONSTANTIN*

Zar Alexander II. ernennt seinen Bruder, den Großfürsten *Konstantin*, zum Statthalter in Polen und gibt ihm den polnischen Markgrafen Wielopolski (vgl. 26. März 1861) als Chef der Zivilverwaltung zur Seite. Dieser vertritt den Standpunkt, „daß Polen zwar seiner eigenen nationalen Entwicklung unter dem Schutze freier Institutionen zurückgegeben werden müsse, aber in enger Anlehnung an das stammverwandte Rußland und unter derselben Dynastie mit demselben vereint.“ Das ist natürlich nicht der Standpunkt der Revolutionäre im In- und Auslande, und infolgedessen werden auch die weitgehenden Reformen, die

der Großfürst und Wielopolski nunmehr durchführen, den inneren Frieden in Polen nicht herbeiführen können. Weder die polnischen Gemeinde-, Kreis- und Gouvernementsräte, die nun gewählt werden und ihre Tätigkeit beginnen, noch die vom Zaren ausgewählten polnischen Gouvernementspräsidenten, weder die Einsetzung eines polnischen Staatsrates noch die Umgestaltung des Unterrichtswesens im polnischen Sinne und der Ausbau der Universität Warschau genügen den Nationalrevolutionären. Die große Masse der städtischen Bevölkerung bleibt nach wie vor „unter dem Einfluß einer geheimen Verschwörung, deren Häupter das ganze Königreich [Polen] unter das Joch eines revolutionären Terrorismus stellten. Das Absingen der verpönten Hymne, Mordversuche in rascher Zeitfolge auf Lüders, auf den Großfürsten selbst, auf Wielopolski unternommen, und andere Manifestationen waren düstere Symptome der . . . herrschenden revolutionären Gesinnung. Der polnische Adel mit dem Grafen Andreas *Zamoyski* an der Spitze trat in die nationale Strömung ein, teils aus Überzeugung, *teils aus Furcht vor den Häuptern der Revolutionspartei* im Inlande und Auslande . . .“.⁹

WIELOPOLSKI
CHEF DER
ZIVIL-
VERWALTUNG

TERROR DER
REVOLU-
TIONÄRE

3. Juli 1862

Unmittelbar bei der nordamerikanischen Stadt Richmond findet eine sieben Tage andauernde Schlacht zwischen Unions- und Konföderationstruppen ihr Ende, die, beiderseits mit wildem Fanatismus geführt, furchtbare Verluste verursacht hat. McClellan muß den Gedanken einer Eroberung Richmonds aufgeben und die Unionsstreitkräfte wieder über den Potomac zurückführen. Die Konföderationstruppen werden nun ihrerseits in die Nordstaaten einfallen und zeitweise sogar Washington bedrohen, bis sie am 16. September (vgl. dort!) in der Schlacht von Antietam eine Niederlage erleiden, die sie zum Rückzug zwingt.¹⁰

SEZESSIONS-
KRIEG

SCHLACHT BEI
RICHMOND

VORDRINGEN
DER SÜDSTAA-
TENTRUPPEN

13. August 1862

Portugal schließt einen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit China, der in den wesentlichen Punkten nach dem Muster der erzwungenen Verträge von Tientsin und Peking (vgl. 27. Juni 1858 und 25. Oktober 1860) sowie des preußisch-chinesischen Vertrages vom 2. September 1861 (vgl. dort) angelegt ist. In der Kette dieser fast gleichlautenden Verträge, mit denen sich die Mächte Eingang und Vorrechte in China sichern, werden folgen Dänemark am 13. Juli 1863, die Niederlande am 6. Oktober 1863, Spanien am 10. Oktober 1864, Belgien am 2. November 1865, Italien am 26. Oktober 1866, Österreich-Ungarn am 2. September 1869, Japan am 13. September 1871.¹¹

PORTUGAL—
CHINA

HANDELS-
VERTRAG

FOLGE-
VERTRÄGE

28. August 1862

ASPROMONTE
KAMPF GARI-
BALDIS GEGEN
ITALIENISCHE
TRUPPEN

„BEWEGUNG
ZUR BEFREI-
UNG ROMS“

Bei *Aspromonte* im südlichsten Italien (östlich Reggio) kommt es zu einem Gefecht zwischen den Freischaren *Garibaldi*s auf seinem Feldzug zur „Befreiung Roms“ (vgl. 17. März 1861) und königlich italienischen Truppen, die diesen Feldzug aus politischen Gründen unter allen Umständen zu verhindern haben. Garibaldi selbst gerät mit einer langwierigen, schlecht heilenden Verwundung in Gefangenschaft. Die Bewegung zur Befreiung Roms mit ihrem republikanisch-revolutionären Hintergrund ist ihrer Gallionsfigur bis auf weiteres beraubt und erfährt einen empfindlichen Rückschlag.¹²

noch August 1862

MEXIKO
NEUE FRANZÖ-
SISCHE TRUPPEN

FOREY

KAMPF GE-
GEN JUAREZ

Neue französische Streitkräfte landen in Mexiko. Dem neuen Oberbefehlshaber, General *Forey*, stehen nun insgesamt etwa 30 000 Mann zur Verfügung, mit denen er den Kampf gegen die Streitkräfte des mexikanischen Präsidenten *Juarez* aufnimmt. Von der Londoner Konvention (vgl. 31. Oktober 1861) ist nicht mehr die Rede, auch nicht von den Entschädigungen für die Verletzung europäischen Eigentums im Bürgerkrieg. Napoleon III. verfolgt vielmehr nunmehr ganz eindeutig imperiale Ziele.¹³

10. September 1862

PARAGUAY
TOD DES
PRÄSIDENTEN
LOPEZ

NACHFOLGER
SEIN SOHN

In Paraguay stirbt nach mehr als zwanzigjähriger Regierungszeit der Präsident *Carlos Antonio Lopez*. Er hat wie sein Vorgänger *Francia*, alle Regierungs- und Richtergewalt in seiner Hand vereinigt, die Unabhängigkeit Paraguays erfolgreich gegen die hartnäckigen Annexionsversuche des argentinischen Präsidenten *Rosas* verteidigt und das Land durch Handels- und Schifffahrtsverträge sowie durch Förderung des Schulwesens vorangebracht. Sein Sohn, *Francesco Solano Lopez*, übernimmt mit Zustimmung des Kongresses die Nachfolge. Er wird acht Jahre lang gegen Brasilien Krieg führen.¹⁴

16. September 1862

SEZESSIONS-
KRIEG
NIEDERLAGE
DER SÜDSTAA-
TEN BEI
ANTIETAM

Im nordamerikanischen Sezessionskrieg erleiden die Südstaatler, die, durch ihren Sieg bei *Richmond* ermutigt (vgl. 3. Juli 1862), in das Gebiet der Nordstaaten eingedrungen sind, die Stadt *Washington* bedroht und einen Vorstoß bis *Maryland* unternommen haben, nunmehr eine empfindliche Niederlage bei *Antietam*, die sie zum Rückzug zwingt. Derselbe *McClellan*, der bei *Richmond* vor ihnen zurückgewichen ist, bringt ihnen jetzt

diese Niederlage bei. Doch ist weder die eine noch die andere Schlacht kriegsentscheidend. Die hohen Verluste führen zu keinem Ergebnis.¹⁵

*SIEGER
M'CLELLAN*

22. September 1862

In Nordamerika proklamiert der Präsident der Union Abraham Lincoln die Befreiung aller Negersklaven in den Südstaaten, gegen deren Konföderation seit Mitte April 1861 gekämpft wird, mit Wirkung vom 1. Januar 1863. Die Proklamation stärkt die Kampfmoral der Schwarzen, die in der Armee der Union unter dem Befehl von General Ulysses Simpson *Grant* kämpfen, beträchtlich. Dabei werden die Sklaven derjenigen Südstaaten, die in der Union verblieben sind, in der Proklamation nicht erwähnt, um zu vermeiden, daß diese Staaten sich ebenfalls der Sezession anschließen.¹⁶

*LINCOLN
PROKLAMIERT
BEFREIUNG
ALLER
SKLAVEN IN
DEN
SÜDSTAATEN*

23. September 1862

König Wilhelm I. von Preußen ernennt Otto von Bismarck-Schönhausen zum preußischen Ministerpräsidenten. Im Zusammenwirken dieser beiden Persönlichkeiten wird sich die preußische Politik aus ihrer bisherigen Passivität erheben und die deutsche und europäische Entwicklung entscheidend vorantreiben. Die Richtung dieser Entwicklung ist durch frühere Äußerungen Bismarcks bereits vorgezeichnet. Vgl. Ende März 1858, 12. Mai 1859 und 5. August 1859. Die Ernennung Bismarcks bedeutet eine klare Kampfansage des Königs an die Mehrheit der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus, die es abgelehnt hat, die Kosten für die vom König verfügte Heeres-Reorganisation zu bewilligen (dreijährige Dienstzeit). König Wilhelm erwog bereits seine Abdankung, als Bismarck sich bereit erklärte, auch gegen die parlamentarische Mehrheit zu regieren. Er will und wird mit Entschiedenheit den Bestrebungen entgegentreten, die unverkennbar darauf gerichtet sind, den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt, welcher nach Geschichte und Verfassung Preußens bei der Krone ruht, von dieser in die Volksvertretung zu verlegen.¹⁷

*PREUSSEN

BISMARCK
MINISTER-
PRÄSIDENT*

*KAMPF-
ANSAGE
WILHELMS I.
AN DAS
PARLAMENT*

6. Oktober 1862

Die türkischen Einwohner Serbiens, ausgenommen die türkischen Besatzungstruppen, müssen auf Intervention der Signatarmächte des Pariser Friedens von 1856 hin das Land verlassen. Anlaß zum Einschreiten der Mächte gaben wiederholte heftige Auseinandersetzungen zwischen den christlichen Bewohnern Belgrads

*SERBIEN

AUSSIEDLUNG
DER TÜRKEN*

und den dort lebenden Türken, die mehrfach in blutigen Kämpfen ausgetragen wurden. Mit dieser Umsiedlung geht der Einfluß des Islam in Serbien entscheidend zurück. Doch ist das Unabhängigkeitsstreben der serbischen Slawen damit noch keineswegs zufriedengestellt (vgl. März 1867).¹⁸

noch Oktober 1862

GRIECHENLAND

AUFSTAND

GEGEN

KÖNIG OTTO

PROVISORISCHE

REGIERUNG

Während König Otto von Griechenland sich auf einer Rundreise durch den Peloponnes befindet, bricht der Aufstand gegen seine Regierung (vgl.: noch Februar 1862) in Vonizza, Patras, Korinth und schließlich auch in der Hauptstadt Athen aus. Es bildet sich eine provisorische Regierung, die König Otto des Thrones für verlustig erklärt. Auf diese Nachricht hin nach Piräus zurückgekehrt, läßt sich der König von den Gesandten der auswärtigen Mächte davon überzeugen, daß ein Widerstand gegen das neue Regime keine Aussicht auf Erfolg haben würde. Daraufhin gibt er von Salamis aus in einer letzten Proklamation bekannt, er habe sich entschlossen, in sein Vaterland, also Bayern, zurückzukehren und begibt sich auf ein britisches Schiff, das ihn nach Triest bringt. Indessen dämmert es auch der provisorischen Regierung in Athen, daß die Kräfte Griechenlands nicht ausreichen, um das Osmanische Reich anzugreifen oder gar sich an dessen Stelle zu setzen. Die nächstliegende Aufgabe, die ihr zufällt, ist, sich nach einem neuen König umzusehen. In den in Betracht kommenden europäischen Fürstenhäusern reißt man sich nicht gerade um dieses wenig beneidenswerte Amt.¹⁹

KÖNIG OTTO

IN TRIEST

SUCHE NACH

EINEM

NACHFOLGER

4. Dezember 1862

BRITISCHE

EINMISCHUNG

IN

GRIECHISCHE

KÖNIGSWAHL

Die britische Regierung läßt die griechische wissen, daß sie einer Vereinigung der ionischen Inseln mit Griechenland zustimmen werde, wenn die griechische Königswahl (vgl.: noch Oktober 1862) nach ihren Wünschen und Vorstellungen ausfallen werde. Unmittelbar zuvor hat sie allerdings schriftlich auf eine Anwartschaft des britischen Königshauses auf den griechischen Thron verzichtet. Auch ist niemand aus dem Hause Sachsen-Koburg, weder König Ludwig von Portugal noch Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, bereit, in Personalunion auch König von Griechenland zu werden (vgl. 30. März 1863).²⁰

13. Dezember 1862

SEZESSIONS-

KRIEG

SCHLACHT BEI

FREDERIKSBURG

Der Nachfolger des abberufenen Oberbefehlshabers der Nordstaatenstreitkräfte im amerikanischen Sezessionskrieg M'Clellan, General *Burnside*, wird nach dem Übergang über den Rappahannock-Fluß in die verlustreichen Schlacht bei *Frederiksburg*

geschlagen und muß wieder über den Fluß zurück. Fünf Monate später wird ein anderer Nordstaatengeneral, *Jackson*, in einer Schlacht an derselben Stelle fallen. Damit wird der Weg für die Südstaatler zu einem erneuten Vorstoß auf Washington und Maryland frei werden. Vgl. 1. Juli 1863.²¹

*NIEDERLAGE
DER
NORDSTAATEN
(BURNSIDE)*



1. Januar 1863

Der französische Oberbefehlshaber in Mexiko, General *Forey* (vgl.: noch August 1862), beginnt mit der Belagerung der gut befestigten Stadt *Puebla*. Sie wird von General *Ortega* mit 22 000 regulären mexikanischen Soldaten verteidigt, während *Juarez* selbst mit dem Hauptheer die Straße nach Mexiko, der Hauptstadt, schützt. Nach drei Monaten vergeblicher Belagerung wird *Forey* sich gegen diese mexikanische Hauptmacht wenden und ihr eine Niederlage beibringen. Damit gerät die Straße zur Hauptstadt in französische Hand und *Puebla* ist abgeschnitten (vgl. weiter 17. Mai 1863).¹

MEXIKO

*FOREY BELA-
GERT PUEBLA*

*VERTEIDIGER
ORTEGA
JUAREZ
SCHÜTZT
MEXIKO CITY*

14. Januar 1863

Um die revolutionäre Unruhe in Polen endlich wirksam zu unterdrücken, der mit allen entgegenkommenden Reformen nicht beizukommen war (vgl.: noch Juni 1862), läßt die Regierung des Statthalters Großfürst Konstantin in den Städten (nicht auf dem Lande) alle jungen Leute, die in dem Verdacht stehen, die revolutionäre Bewegung zu fördern, oder die sich beschäftigungslos in der Stadt herumtreiben, bei Nacht ergreifen und gewaltsam zum Militärdienst abführen. Allerdings konnten viele, vorher gewarnt, entfliehen. Sie werden durch die geheimen Bruderschaften der Revolutionäre in Wäldern und an abgelegenen Orten gesammelt, um einen Bandenkrieg gegen das russische Militär zu führen. Vgl. auch 22. Januar 1863.²

POLEN

*ZWANGS-
EINZIEHUNG
ZUM
MILITÄR*

22. Januar 1863

Der polnische Aufstand breitet sich aus, obgleich zwei Jahre zuvor Zar Alexander II. den Grafen Alexander Wielopolski zum Chef der polnischen Zivilverwaltung ernannt und eine Polonisierung der inneren Verwaltung genehmigt hat. Die Zentrale der Aufständischen proklamiert das Eigentum der Bauern an dem von ihnen genutzten Land, das ihnen nicht wieder entzogen werden könne. Fronarbeit und Zinsabgabe werden eingestellt. Die Kämpfe mit den Aufständischen werden sich über ein Jahr hinziehen (vgl.: noch August 1864).

POLEN

*AUSBREITUNG
DES
AUFSTANDES*

8. Februar 1863

PREUSSISCH-
RUSSISCHE
GEHEIM-
KONVENTION
GEGEN
POLNISCHEN
AUFSTAND

Preußen und Rußland schließen eine geheime Konvention zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes, der in einen Bandenkrieg überzugehen beginnt (vgl. 14. und 22. Januar 1863). Die Konvention wird jedoch nicht zur Anwendung kommen, da Parlament und Presse in Preußen die Partei der aufständischen Polen ergreifen. Auch befürchtet man, daß Kaiser Napoleon III. sich einmischen und als nicht an der Teilung Polens Beteiligter sowohl wie auch als Emporkömmling mit geheimbündlerisch-revolutionärer Vergangenheit eine Affaire der europäischen Diplomatie daraus machen könnte.³

3. März 1863

RUSSLAND

DURCH-
FÜHRUNG
DER
AUFHEBUNG
DER LEIB-
EIGENSCHAFT

In Rußland wird das Gesetz zur Abschaffung der Leibeigenschaft vom 19. Februar 1861 (vgl. dort) nunmehr zur Durchführung gebracht. Zar Alexander II. hatte zuvor den zähen und beharrlichen Widerstand nicht nur der adligen Großgrundbesitzer zu überwinden, sondern mußte seinen Willen auch gegenüber dem Reichsrat und den Ministerien durchsetzen. Die zu befreienden leibeigenen Bauern selber erschwerten ebenfalls die Durchführung des Gesetzes durch Arbeits- und Abgabenverweigerung, Aufstände und Gewalttaten, bevor das Gesetz noch in Kraft war.⁴

19. März 1863

POLEN

LANGIEWICZ
FLÜCHTET
NACH
ÖSTERREICH

INTERNIERUNG

MIEROSLAWSKI
AGITIERT VON
PREUSSEN AUS

ERZBISCHOF
FELINSKI AN
DEN ZAREN

Der polnische Insurgentenführer *Langiewicz*, der sich eigenmächtig zum „Diktator“ Polens ernannt hat, nachträglich von der geheimen polnischen Nationalregierung bestätigt (vgl. 14. und 22. Januar 1863), flüchtet vor überlegenen russischen Streitkräften auf österreichisches Gebiet, wird dort erkannt und interniert. Sein Vorgänger, General *Mieroslawski*, wurde bereits im Februar 1863 von der geheimen Nationalregierung zum Diktator ernannt, aber bereits wenige Tage später von den Russen geschlagen, floh nach Preußen und sät von dort aus Zwietracht unter seinen Landsleuten. Trotz alledem wird der Bandenkampf in Polen noch weitergeführt werden, unterstützt vom Adel, von der städtischen Bevölkerung und von der Geistlichkeit. Der Erzbischof von Warschau, *Felinski*, der Nachfolger des im Oktober 1861 verstorbenen *Fialkowski*, richtet ein Schreiben an den Zaren, des Inhalts, „er möge Polen zu einer unabhängigen Nation machen, die mit Rußland nur durch das Band der Dynastie verknüpft sei“. Die geheime Nationalregierung, deren Mitglieder und Aufenthalt die Russen nicht ausfindig machen können, wird in der Folgezeit in ganz Russisch-Polen gedruckte Verordnungen

und Gesetze erlassen und verbreiten, im ganzen Land ihr eigenes Steuerwesen einrichten und jede Steuerzahlung an die russischen Behörden untersagen. Sie wird in Warschau und in den Provinzhauptstädten Femegerichte und Revolutionstribunale errichten, um alles, was „den revolutionären Impuls hemmen oder schwächen und der nationalen Sache schädlich sein“ könnte (wieder die bekannte Verquickung von nationalem Anliegen mit revolutionärer Geheimbündelei und Bandenterror) als Staatsverbrechen zu bestrafen. Die Bevölkerung, insbesondere auf dem Lande, wird zweifachem Terror ausgesetzt sein, dem russischen, wenn sie den Banden hilft und der geheimen Nationalregierung gehorcht, dem der Banden, wenn sie es nicht tut. Dieser Zustand wird noch das ganze Jahr 1863 hindurch andauern. Die Unterdrückung des Aufstandes wird erst 1864 abgeschlossen sein. Vgl. April 1863 und noch Juli 1863.⁵

*GEHEIME
NATIONAL-
REGIERUNG
ERLÄSST
GESETZE*

*ZWEIFACHER
TERROR*

30. März 1863

Nach langem vergeblichen Suchen findet sich endlich jemand, der bereit ist, den verwaisten Thron des Königs von Griechenland zu besteigen: Prinz Georg, zweiter Sohn des zum künftigen König von Dänemark designierten Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg (vgl. 11. November 1863), willigt ein, die griechische Krone anzunehmen. In London ist man auf diesen Prinzen verfallen, weil seine Schwester mit dem Prinzen von Wales verheiratet ist und weil sein Vater die dänische Thronfolge dem 2. Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 (vgl. dort) zu verdanken hat. Vgl. 5. Juni 1863.⁶

GRIECHENLAND

*PRINZ GEORG
THRON-
ANWÄRTER*

noch März 1863

Infolge von Differenzen, die während des gemeinsamen mexikanischen Feldzuges zwischen Frankreich und Spanien entstanden sind, kommt es in Spanien zu einer Regierungskrise, da die Königin Isabella II. unter dem Einfluß des französischen Hofes, insbesondere der Kaiserin Eugenie, steht. Das Kabinett O'Donell, das fünf Jahre lang eine stetige Entwicklung der inneren Angelegenheiten ermöglicht hat, löst sich auf. Die darauf folgende Regierung, ebenfalls von der Partei der Gemäßigten gestellt, wird versuchen, sich zwischen Hofcamarilla, extremen Fortschrittlern und Demokraten hindurchzuwinden.⁷

SPANIEN

*REGIERUNGS-
KRISE*

*FRANZÖSI-
SCHER EINFLUSS
ENDE DER
REGIERUNG
O'DONELL*

April 1863

Frankreich, Großbritannien und Österreich richten gleichlautende Noten an die russische Regierung in Petersburg, in denen der Wunsch ausgesprochen wird, die Befriedung Polens möge in der Art geregelt werden, „daß dem polnischen Volke der Frie-

*BRITISCH-
FRANZÖSISCH-
ÖSTERREICHI-
SCHE NOTEN
AN RUSSLAND*

**ZUGUNSTEN
DER POLEN**

**TREFFENDE
ANTWORT
GORTSCHA-
KOWS**

de wieder geschenkt und auf dauernder Grundlage befestigt werden möchte“. Das besagt an sich gar nichts, gibt aber dem russischen Außenminister, dem Fürsten Gortschakow, Gelegenheit, sehr treffend zu antworten, „daß die polnische Insurrection nur den fortwährenden Aufwiegungen der über ganz Europa ausgebreiteten kosmopolitischen [hier in der Bedeutung: internationalen] Revolutionspartei zuzuschreiben sei, und daß daher die Mächte zu der gewünschten Pacification [Befriedigung] Polens am meisten selbst beitragen könnten, wenn sie jene Quelle verschließen würden“. Das ist besonders an die Adresse Frankreichs gerichtet, von wo dieser Krebschaden im Leben der Völker und ihrer staatlichen Ordnung sich in mehreren aufeinanderfolgenden Wellen ausgebreitet hat. Auch Napoleon III. hat sich ja von einer solchen antiroyalistischen Welle emportragen lassen. Darum ist er als „Kaiser“ nicht glaubhaft.⁸

noch April 1863

URUGUAY

**FLORES
LANDET BEI
CLONIA**

**MARSCH AUF
MONTEVIDEO**

An der Küste Uruguays, bei Clonia del Sacramento, landet mit kleinem Gefolge von Argentinien kommend, der ehemalige Präsident Flores (vgl. 13. Januar 1854 und 31. Januar 1858). Er wird rasch Zulauf erhalten und außerdem von Argentinien aus offensichtlich unterstützt, wird auf Montevideo vorrücken und das Volk sowie die Armee in einem Manifest auffordern, sich ihm anzuschließen, allerdings ohne den gewünschten Erfolg. Im darauffolgenden Jahr wird Aguirre an die Spitze der Regierung Uruguays treten, nicht Flores (vgl.: noch August 1864).⁹

17. Mai 1863

MEXIKO

**PUEBLA
KAPITULIERT**

**12 000 MEXIKA-
NER IN GE-
FANGENSCHAFT**

Der französische General Bazaine bringt den mexikanischen Truppen unter dem Befehl Commonforts, die zum Entsatz der Stadt Puebla heranrücken, eine entscheidende Niederlage bei. Daraufhin muß auch Ortega in Puebla (vgl. 1. Januar 1863) kapitulieren. 26 mexikanische Generäle, 225 Stabsoffiziere, 800 Subalternoffiziere und etwa 11 000 mexikanische Soldaten geraten in französische Gefangenschaft, während der Präsident Juarez sich noch in der Hauptstadt Mexiko zu behaupten sucht (vgl. 31. Mai 1863).¹⁰

23. Mai 1863

**LASSALLE
GRÜNDET
ARBEITER-
VEREIN**

Ferdinand Lassalle (vgl.: noch April 1862, 31. August 1864) gründet den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“, aus dem sich zwölf Jahre später die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ entwickeln wird. Allerdings wird diese noch stärker von dem ebenfalls 1863 gegründeten „Fortschrittlichen Ar-

beiterbund“ August *Bebels* geprägt sein, der durch Wilhelm *Liebknecht* auf die internationale, marxistische Linie gebracht wird. Der Gegensatz zu diesem „Fortschrittlichen Arbeiterbund“ veranlaßt Lassalle, der ja den Nationalstaat bejaht, Verbindung zu Bismarck aufzunehmen, die aber ohne Ergebnis bleibt. Dieser Versuch wird Lassalle später, nach seinem Tode, von Marx und Engels als Verrat an der Arbeiterklasse ausgelegt werden (vgl. 27. Januar 1865), allerdings erst nachdem sich Marx vergeblich um die Führung des verwaisten Arbeitervereins bemüht hat.¹¹

*BEBEL
GRÜNDET
Fortschritt-
lichen Ar-
beiterbund*

*LASSALLE
Sucht Ver-
bindung zu
Bismarck*

31. Mai 1863

In der Hauptstadt Mexikos bricht ein Aufstand gegen das Terrorregime des Präsidenten Benito Juárez aus, der trotz der Kapitulation der mexikanischen Armee in Puebla (vgl. 17. Mai 1863) in der Hauptstadt den Belagerungszustand erklärt und alle männlichen Bewohner zum Waffendienst eingezogen hat. Nun aber muß er die Stadt verlassen und zieht sich mit seinen Anhängern nach San Luis de Potosi zurück, das er zum Regierungssitz erklärt. Indessen rücken die französischen Streitkräfte gegen die Stadt Mexiko vor.¹²

MEXIKO

*AUFSTAND
Gegen Juárez
in der
Hauptstadt*

*Rückzug
nach Potosi*

5. Juni 1863

Die griechische Nationalversammlung erkennt den Prinzen Georg aus dem Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, dessen Vater im November desselben Jahres König von Dänemark werden wird, als künftigen König von Griechenland an (vgl. 30. März 1863). Auch die drei Schutzmächte Griechenlands, Frankreich, Großbritannien und Österreich, sprechen die Anerkennung aus. Der Prinz selber aber läßt sich Zeit. Er wird erst im Oktober in Athen anlangen. Die Krönung wird im November, gleichzeitig mit der seines Vaters in Kopenhagen, stattfinden.¹³

GRIECHENLAND

*PRINZ GEORG
von der
National-
versammlung
anerkannt*

10. Juni 1863

Der französische Oberbefehlshaber in Mexiko, General Forey, hält an der Seite des konservativen Mexikaners Almonte seinen Einzug in die Hauptstadt und wird von der Bevölkerung, die sich zuvor gegen Juárez erhoben hat (vgl. 31. Mai 1863), wie ein Triumphator begrüßt. Auch die Provinzen ergeben sich nunmehr ohne nennenswerten Widerstand den Franzosen. Am selben Tage wird in Paris die Kapitulation der mexikanischen Stadt Puebla und ihrer Besatzung mit Kanonenschüssen gefeiert. Das Ansehen Kaiser Napoleons III. gewinnt beträchtlich.¹⁴

MEXIKO

*FOREY ZIEHT
in die Haupt-
stadt ein*

*PARIS FEIERT
Kapitulation
von Puebla*

25. Juni 1863

ROTHSCHILD
AN
ICKLEHEIMER:

NATIONAL-
BANKGESETZ
DER USA
„HÖCHST
VORTEILHAFT“

„KEINE
OPPOSITION
ZU ERWARTEN“

Das Bankhaus Rothschild Brothers in London richtet ein Schreiben an das Bankhaus Ickleheimer, Morton & Vandergould, Nr. 3, Wallstreet, New York, und bezieht sich darin auf das neue amerikanische National-Bank-Gesetz, das einer privaten Bankengruppe das Recht zur Geldausgabe zuspricht. Wörtlich heißt es in diesem Schreiben: „Dieses Gesetz wird sich als höchst vorteilhaft für die Bankenbrüderschaft auf der ganzen Welt auswirken . . . Die wenigen, die das System verstehen können, werden entweder so an seinen Vorteilen interessiert sein oder so von diesen abhängen, daß von daher keine Opposition zu erwarten ist, während andererseits der große Haufen derer, die geistig unfähig sind, zu erkennen, welche riesigen Vorteile das Kapital aus diesem System schlagen wird, seine Last ohne Klagen tragen wird und vielleicht nicht einmal argwöhnen wird, daß das System seinen Interessen entgegen ist.“ Vgl. hierzu auch 22. November 1910 mit Anm. 28, 23. Dezember 1913 mit Anm. 27, Polit. Lexikon a.a.O., Teil I, „CFR“ und „Federal Reserve System“.¹⁵

1. Juli 1863

SEZESSIONS-
KRIEG
SCHLACHT BEI
GETTYSBURG

SIEG MEADES
ÜBER LEE

Bei *Gettysburg* beginnt eine drei Tage währende Schlacht des Unionsgenerals *Meade* gegen den Oberbefehlshaber der Südstaaten-Armee *Lee*. Sie wird Lees Vorstoß auf Maryland und Pennsylvania (vgl. 13. Dezember 1862) ein Ende setzen und ihn zum Abzug zwingen. Damit bahnt sich langsam ein endgültiges Übergewicht der Nordstaaten an. Doch wird sich der Krieg trotzdem noch beinahe zwei Jahre hinziehen und beiden Seiten schwere Opfer an unersetzlichen Menschen und nur mühsam zu ersetzendem Material abverlangen.¹⁶

4. Juli 1863

SEZESSIONS-
KRIEG
VICKSBURG
KAPITULIERT

Das langanhaltende Unentschieden im nordamerikanischen Sezessionskrieg mit seinen schweren Verwüstungen, das Handel und Wandel weithin zum Erliegen bringt, wandelt sich mit der Übergabe der Stadt *Vicksburg* am Mississippi nach längerer Belagerung an General Grant zum beginnenden Übergewicht der Unionsarmee. Die Konföderierten (Südstaatentruppen) sind nun ganz vom Westen abgeschnitten, geben ihre Sache aber noch lange nicht verloren und verteidigen Monate lang die zu Wasser und zu Lande belagerte befestigte Stadt Charleston in Südcarolina. Das Jahr wird keine Entscheidung bringen.¹⁷

19. Juli 1863

Die neue mexikanische Regierung, die sich unter der französischen Besetzung gebildet hat, das Triumvirat Almonte-Labastida-Salas, und eine einberufene Versammlung der mexikanischen Oberschicht beschließen, anstelle der republikanischen Staatsform die erbliche *Monarchie* unter einem katholischen Fürsten einzuführen. Dieser soll den Titel „Kaiser von Mexiko“ annehmen. Die neue Krone soll dem jüngeren Bruder des österreichischen Kaisers Franz Joseph, dem Erzherzog Ferdinand *Maximilian* angeboten werden.¹⁸

MEXIKO SOLL
MONARCHIE
WERDEN

THRON-
ANWÄRTER
MAXIMILIAN

27. Juli 1863

Der Beauftragte für indianische Angelegenheiten in Nordkalifornien (hier *stellvertretend* für entsprechende Vorgänge in ganz Nordamerika des XIX. Jahrhunderts dargestellt, vgl.: noch 1852, noch 1857, noch 1859, 18. Juni 1862, noch August 1864) fordert wieder einmal Truppen an, um die Indianer „zu beschützen und zu entfernen“. Er erklärt, bewaffnete Weiße drohten damit alle Indianer auszurotten. (In Wirklichkeit haben sie das bereits weitgehend getan. Es handelt sich nur noch um Restbestände.) Das Amt für indianische Angelegenheiten in Washington ordnet daraufhin an, die noch überlebenden etwa 1000 Yana-Indianer in das Reservat Nome Cult im Round Valley im Mendocino-Distrikt zu bringen, etwa 170 Kilometer entfernt. Die Anordnung stößt auf die Opposition der Armeeoffiziere, und die Durchführung führt zu einem totalen Mißerfolg. In Round Valley sind keinerlei Vorkehrungen getroffen, um die eingefangenen Indianer unterzubringen, und bei dem Transport dorthin fallen von 461 Indianern 182 durch Krankheit und Tod aus. Zudem werden dabei gar keine Yanas oder Yahi erfaßt, sondern an dem Kleinkrieg gänzlich unbeteiligte Maidu aus einem weiter südlich gelegenen Gebiet. Vgl. August 1864.^{18a}

WASHINGTON

AMT FÜR
INDIANISCHE
ANGELEGEN-
HEITEN
„SCHÜTZT UND
ENTFERNT“
DIE LETZTEN
YANAS

noch Juli 1863

Die russische Regierung in Petersburg lehnt jede weitere Einmischung der anderen europäischen Mächte in die Behandlung des polnischen Aufstandes (vgl. April 1863) als mit der Würde des Zaren unvereinbar ab. Gleichzeitig beurlaubt sie den polnischen Markgrafen Wielopolski als Chef der polnischen Zivilverwaltung in Warschau und setzt den General von Berg an seine Stelle, einen Mann von militärischer Strenge, der rücksichtslos durchgreifen wird. Die Erfahrungen mit Polen haben den Zaren Alexander II., der von Haus aus liberalen Reformen zuneigte, in seiner gesamten Regierungsweise härter gemacht.¹⁹

RUSSLAND
LEHNT EIN-
MISCHUNG IN
POLENFRAGE
AB

WIELOPOLSKI
BEURLAUBT

VON BERG

August 1863

FRANKFURT
FÜRSTENTAG
UNTER
LEITUNG
FRANZ JOSEPHS

Kaiser Franz Joseph von Österreich beruft einen deutschen *Fürstentag* nach Frankfurt am Main. Fast alle regierenden Häupter der deutschen Länder finden sich ein. Es gelingt auch dem Kaiser, der die Verhandlungen persönlich leitet, die Mehrzahl von ihnen für eine Reform des Deutschen Bundes unter österreichischer Führung zu gewinnen, die ein Direktorium von fünf oder sechs Fürsten vorsieht. Doch hat sich König Wilhelm I. von Preußen durch Bismarck bestimmen lassen, nicht nach Frankfurt zu reisen. Auch eine vom König Johann von Sachsen persönlich überbrachte Einladung der versammelten Fürsten kann ihn nicht umstimmen. Die Mittelstaaten wollen ohne Preußen der Reform nicht zustimmen. Insbesondere versagt sich der Großherzog von Baden dem Entwurf. So scheitert der österreichische Plan und damit für 75 Jahre der letzte Versuch zu einer großdeutschen Lösung, zunächst im Rahmen eines Staatenbundes, zu gelangen. Der bestehende Bundestag verliert weiter an Bedeutung, wie sich im Verlauf des Krieges Preußens und Österreichs gegen Dänemark zeigen wird.²⁰

PREUSSEN
BLEIBT FERN
REFORMPLAN
FÜR DEUT-
SCHEN BUND
SCHEITERT

3. Oktober 1863

MEXIKO
MAXIMILIAN
NIMMT AN

In Vollzug der ehrgeizigen Pläne des französischen Kaisers Napoleon III. überbringt eine mexikanische Gesandtschaft dem Erzherzog Ferdinand Maximilian von Österreich (vgl. 19. Juli 1863) das Angebot der mexikanischen Kaiserkrone. Der zur Romantik neigende Erzherzog empfängt die Gesandtschaft im Schloß Miramare bei Triest an der Adria und erklärt sich bereit, die Krone anzunehmen, „sobald die ganze Nation in freier Kundgebung ihres Willens den Wunsch der Hauptstadt bestätigt habe“. Zur selben Zeit versucht Juarez vergeblich, von Potosi aus die Pläne Napoleons und des dreiköpfigen Regentenschaftsrates in der mexikanischen Hauptstadt zu hintertreiben. Ortega, der Verteidiger Pueblas, der aus der französischen Gefangenschaft entflohen ist und sich wieder mit Juarez vereinigt hat, überwirft sich mit ihm und stellt sich den Franzosen zur Verfügung. Juarez muß aus Mexiko fliehen und geht nach Texas. Seine Gönner in Nordamerika haben ihm infolge des Sezessionskrieges keine Hilfe mehr leisten können. Nun stellt er sich unter ihren brüchig gewordenen Schutz, und wartet auf seine Zeit. Er weiß, daß sie kommen wird.²¹

ORTEGA
VERLÄSST
JUAREZ

JUAREZ
NACH TEXAS

NAPOLEON III.
KÜNDIGT EURO-
PÄISCHEN
KONGRESS AN

5. November 1863

Kaiser Napoleon III. von Frankreich kündigt bei Eröffnung des Parlaments einen Kongreß an, bei dem sich alle europäischen Mächte zu einem obersten Schiedsgericht vereinigen sollen, um

einen neuen Zustand der Dinge zu schaffen, in welchem das wohlverstandene Interesse der Herrscher und der Völker zusammenträfe. Das richtet sich gegen Rußland und die Niederwerfung des polnischen Aufstandes. Der angekündigte Kongreß wird nicht zustande kommen, da Großbritannien sich entschieden weigert, an einem solchen teilzunehmen, und auch die anderen Mächte wenig Neigung haben, Napoleon III. zur Rolle eines obersten Schiedsrichters zu verhelfen. So wird Rußland die polnische Angelegenheit in den Jahren 1864 und 1865 ungestört zu Ende führen können. Vgl. 26. November 1865 und 22. Dezember 1865.²²

*GEGEN
RUSSLAND
GERICHTET*

*KOMMT NICHT
ZUSTANDE*

11. November 1863

In Kopenhagen stirbt König Friedrich VII. von Dänemark. Die Nachfolge tritt gemäß dem 2. Londoner Protokoll (vgl. 8. Mai 1852) der Prinz Christian aus der Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg an als König Christian IX. Er wird bereits eine Woche nach Regierungsantritt, am 18. November, die von den dänischen Nationalisten vertretene Gesamtstaatsverfassung bestätigen, die eine vollständige Einverleibung Schleswigs in Dänemark enthält, Holstein dagegen aus dem Gesamtstaat aussondert und damit die beiden Herzogtümer voneinander trennt. Inzwischen ist aber Prinz Friedrich von Augustenburg, dessen Vater 1852 das Land verlassen mußte (vgl. 8. Mai 1852), zum Herzog in ganz Schleswig-Holstein proklamiert worden, und der Deutsche Bund läßt Holstein auf Beschluß des Bundestags von hannoverschen und sächsischen Bundestruppen besetzen. Unabhängig davon vereinbart Bismarck ein gemeinsames preußisch-österreichisches Vorgehen gegen Dänemark (vgl. 16. Januar 1864).²³

DÄNEMARK

*TOD
FRIEDRICHS VII.*

*CHRISTIAN IX.
BESTÄTIGT
GESAMT-
STAATS-
VERFASSUNG*

*DEUTSCHER
BUND BESETZT
HOLSTEIN*

In Athen besteigt Christians Sohn, Schwager des Prinzen von Wales, als Georg I. den Thron, nachdem König Otto (vgl. 12. März 1861) mit britischer Hilfe vertrieben wurde. Nunmehr ist Großbritannien auch bereit, die sieben ionischen Inseln aus der britischen Schutzherrschaft zu entlassen und in ihre Vereinigung mit dem griechischen Königreich einzuwilligen.²⁴

GRIECHENLAND

*THRONBESTEIGUNG
GEORGS I.
BRITISCHE
BELOHNUNG*

17. Dezember 1863

Der Kongreß der nordamerikanischen Union lehnt den Antrag eines demokratischen Abgeordneten ab, den Sezessionskrieg auf dem Verhandlungswege zu beenden. Er faßt anstatt dessen eine Entschließung, „daß der Kongreß die energischste und rück-

*NORDAMERIKA
UNION WILL SE-
ZESSIONSKRIEG
ZU ENDE
FÜHREN*

„NUR PATRIOTEN ODER VERRÄTER“

ABSAGE AN
EUROPÄISCHE
VERMITTLUNGS-
ANGEBOTE

sichtsloseste Fortsetzung des Krieges bis zur unbedingten Wiederherstellung der Bundesautorität über das gesamte Nationalgebiet begehre, daß er jeden Waffenstillstands-, Friedens- oder Vermittlungsvorschlag, solange noch ein Rebell in Waffen gegen den Bund stehe, verwerfe und daß er, alle früheren Parteibezeichnungen außer acht lassend, während des Krieges nur zwei Parteien anerkenne: Patrioten und Verräter“. Durch diese entschiedene Erklärung will der Kongreß der in Europa verbreiteten Auffassung entgegentreten, daß es in Nordamerika künftig zwei Bundesstaaten geben werde. Auch soll damit allen Vermittlungsversuchen von europäischer Seite, wie etwa denen Kaiser Napoleons III. von Frankreich vorgebeugt, bzw. eine klare Absage erteilt werden. Kriegsziel der Unionsregierung ist die „bedingungslose Kapitulation“ (unconditional surrender) der Südstaaten. Von daher stammt der Ausdruck.²⁵

16. Januar 1864

Preußen und Österreich stellen gemeinsam Dänemark ein Ultimatum, es solle die Gesamtstaatsverfassung vom 18. November 1863 (vgl. 11. November 1863) wieder aufheben und Schleswig innerhalb des Königreiches wieder die ihm zukommende Sonderstellung einräumen. Die dänische Regierung König Christians IX. wird das Ultimatum ablehnen. Damit beginnt der Deutschdänische Krieg, in den die britische Regierung (Lord Palmerston) nur deswegen nicht zugunsten Dänemarks eingreift, weil Napoleon III. ihr dabei die französische Hilfe versagt.¹

*PREUSSISCH-
ÖSTERREICHISCHES ULTI-
MATUM AN
DÄNEMARK*

*ABLEHNUNG
KRIEGSBEGINN*

4. Februar 1864

Während in der Stadt Mexiko mit einem Tedeum der „endgültige“ (für die Dauer von drei Jahren) Sieg über Juarez feierlich begangen wird, erhält Erzherzog Maximilian in Österreich die Nachricht, daß sich fast 2000 mexikanische Gemeinden für sein Kaisertum ausgesprochen hätten. Er beschließt daraufhin endgültig, die „Krone Montezumas“ anzunehmen, und bereitet die Überfahrt vor. Bei einer Zusammenkunft mit Napoleon III. in Paris werden nähere Vereinbarungen über die Sicherheit des neuen Kaiserthrones getroffen werden, deren Wertlosigkeit sich nach dem Eintreffen Maximilians in Mexiko sehr bald erweisen wird, ungeachtet der freudigen Begrüßung des Kaisers Maximilian I. in seinem neuen Reich. Amerika ist vollständig mit den Ideen der Französischen Revolution verseucht. In den Wappen zahlreicher amerikanischer Staaten schwebt die rote Jakobiner-mütze über den verschlungenen Händen. Es bedeutet eine Herausforderung sondergleichen von Seiten Napoleons III., in diesem Erdteil eine Erbmonarchie europäischer Tradition, ein Kaisertum einführen zu wollen, noch dazu ausgerechnet gegen einen der letzten Nachfahren der Azteken, Juarez. Maximilian wird lediglich das Opfer.²

*MEXIKO
ENDGÜLTIGE
ZUSAGE
MAXIMILIANS*

*BESPRECHUNG
MIT
NAPOLEON III.*

*WERTLOSE
„SICHERHEITS“-
VEREINBARUNG*

19. Februar 1864

Im ehemaligen Königreich Polen führt die von Rußland eingesetzte Regierung eine Agrarreform durch, mit der das gesamte von Bauern genutzte Land in deren Eigentum übergeht (ähnlich wie genau drei Jahre zuvor in Rußland selbst, vgl. 19. Februar 1861). Damit ist zwar eines der Ziele des niederge-schlagenen polnischen Aufstandes (vgl. 22. Januar 1863, noch

*POLEN
AGRAR-
REFORM
BODEN-
EIGENTUM
DER BAUERN*

August 1864) erreicht. Andererseits richtet sich die Maßnahme aber gegen den polnischen Großgrundbesitz als eigentlichen Träger des nationalpolnischen Widerstandes gegen Rußland.

März 1864

PERU
KONFLIKT MIT
SPANIEN

SALAZAR Y
MAZERRADO

In der Hauptstadt Perus, Lima, erscheint als „außerordentlicher Spezialkommissar“ der Königin von Spanien, *Salazar y Mazerrado*, und fordert Genugtuung für den gewalttätigen Überfall auf die Siedlung baskischer Auswanderer in Talambo kurz zuvor. Die peruanische Regierung sieht in dem Auftreten Salazars einen Versuch Spaniens, seine alte Vormachtstellung wieder zur Geltung zu bringen und weigert sich daher, den „Spezialkommissar“ als solchen anzuerkennen. Das wird die spanische Kriegserklärung zur Folge haben (vgl. 14. April 1864).³

noch März 1864

URUGUAY
AGUIRRE
PRÄSIDENT
BRASIL IEN
UNTERSTÜTZT
FLORES

In Uruguay läuft die Amtszeit des Präsidenten *Berro* ab (seit 1860), und *Aguirre*, ebenfalls von der Partei der konservativen Großgrundbesitzer („Blanquillos“), tritt die Nachfolge an. Indessen steht immer noch der ehemalige Präsident *Flores* (vgl.: noch April 1863) mit seinen Streitkräften im Lande, um sich der Regierung zu bemächtigen, und Brasilien nimmt, um die günstige Gelegenheit zu nutzen, an der Grenze wie auch von See her eine feindselige Haltung ein. Vgl. weiter: noch August 1864.⁴

4. April 1864

US-REPRÄSEN-
TANTENHAUS
GEGEN
MONARCHIE
IN MEXIKO
FÜR JUAREZ

Das Repräsentantenhaus der USA in Washington nimmt eine Erklärung an des Inhalts, „daß das Volk der Vereinigten Staaten es nicht mit seinen Grundsätzen vereinbar finden könne, eine in Amerika unter den Auspizien einer europäischen Macht [gemeint ist Frankreich] auf den Trümmern der republikanischen Staatsform errichtete monarchische Regierung anzuerkennen“. Die Erklärung richtet sich gegen das in Mexiko errichtete Kaisertum Maximilians. Der Senat wird sich der Erklärung nicht anschließen, und der Präsident der USA wird versuchen, den Eindruck in Frankreich zu mildern. Doch ist nach Auffassung der US-Regierung nach wie vor der Präsident Juarez das rechtmäßige Staatsoberhaupt Mexikos.⁵

KRIEGS-
ERKLÄRUNG
SPANIENS
AN PERU

14. April 1864

Spanien erklärt Peru den Krieg. Es hat dessen Unabhängigkeit niemals anerkannt. Spanische Marinestreitkräfte besetzen die Chincha-Inseln in der Bay von Pisco, südlich Lima, eine besonders

reiche Lagerstätte des stickstoffhaltigen Vogelmists Guano, des peruanischen Hauptausfuhrartikels. Daraufhin werden Chile, Ecuador und Bolivien auf die Seite Perus treten. Später werden sich die USA einschalten und die Vermittlung übernehmen.

*BESETZUNG
DER CHINCHA-
INSELN*

18. April 1864

Preußische und österreichische Truppen unter dem Oberbefehl des 80jährigen Generalfeldmarschalls Wrangel (der bereits 16 Jahre zuvor die Dänen aus Schleswig verdrängte) erobern die Düppeler Schanzen in Nordschleswig und zwingen damit Dänemark zum Waffenstillstand (vgl. 16. Januar 1864), der bis zum 26. Juni 1864 befristet wird. Eine erneute Londoner Konferenz während dieses Waffenstillstandes wird zu keiner Einigung führen, ebenso wenig eine Unterredung Bismarcks mit Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg (vgl. 1. Juni 1864).⁶

SCHLESWIG

*EROBERUNG
DER DÜPPELER
SCHANZEN
(WRANGEL)*

*WAFFENSTILL-
STAND*

1. Juni 1864

Zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten von Bismarck und dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg findet eine Unterredung statt. Sie führt zu keinem Ergebnis, da der Herzog Bismarcks Forderung auf vollständige Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen ablehnt. So stehen sich am Ende des Waffenstillstandes im Deutsch-dänischen Krieg die Standpunkte unverändert und unvereinbar gegenüber. Am 26. Juni werden daher preußische Truppen unter dem Befehl des Prinzen Friedrich Karl den Übergang zur Insel Alsen durchführen und Jütland im Laufe des Juli vollständig besetzen (vgl. 1. August 1864).⁷

*ERFOLGLOSE
UNTERREDUNG
BISMARCKS MIT
HERZOG
FRIEDRICH*

*ÜBERGANG
AUF ALSEN*

*BESETZUNG
GANZ JÜTLANDS*

1. August 1864

In Wien werden zwischen Dänemark, Österreich und Preußen Friedensverhandlungen eingeleitet, nachdem Dänemark sich aufgrund der vollständigen Besetzung Jütlands (vgl. 1. Juni 1864) dazu bereit erklärt hat. Dänemark muß allen Rechten auf die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg entsagen und sich verpflichten, anzuerkennen, in welcher Weise Österreich und Preußen über diese Herzogtümer verfügen werden. Grenz- und Schuldenverhältnisse werden geregelt. Der endgültige Friedensschluß auf dieser Grundlage wird in Wien am 30. Oktober 1864 unterzeichnet, die Ratifizierungsurkunden am 16. November ausgetauscht werden.⁸

WIEN

*FRIEDENSVER-
HANDLUNGEN
MIT
DÄNEMARK*

*VERZICHT AUF
SCHLESWIG,
HOLSTEIN UND
LAUENBURG*

22. August 1864

GENF
KONVENTION
DES INTER-
NATIONALEN
ROTEN
KREUZES
DUNANT
DIE BE-
STIMMUNGEN

In Genf unterzeichnen zwölf europäische Regierungen die Konvention zum Schutze der Kriegsverwundeten und -Kranken und zur Sicherung ihrer Versorgung. Mit dieser Konvention wird das Internationale Rote Kreuz geschaffen. Die Initiative dazu und die Vorschläge für die im einzelnen zu treffenden Maßnahmen gehen von dem Schweizer Henri *Dunant* aus, der das Schicksal der Kriegsverwundeten im Krimkrieg (vgl.: noch September 1854) als Augenzeuge miterlebte. Die Konvention bestimmt, daß die Feldlazarette und Hauptverbandsplätze als neutral anerkannt und von den Kriegführenden geschützt und geachtet werden sollen, solange sich Kranke und Verwundete darin befinden. Das Personal (Aufsicht, Gesundheitspflege, Verwaltung, Transport sowie Feldprediger) hat gleichfalls als neutral zu gelten, solange es sich um die Kranken und Verwundeten bemüht. Fällt dieses Personal in Feindeshand, so hat es die Wahl, entweder sich weiterhin der Pflege der Verwundeten zu widmen oder sich den eigenen Truppen anzuschließen. Im letzteren Falle ist es seinen eigenen Vorposten zuzuführen. Landesbewohner, die sich der Verwundeten annehmen, und Häuser, in denen Verwundete zur Pflege aufgenommen werden, sollen geschützt und von Einquartierung frei bleiben. Geheilte Verwundete, die dienstuntauglich sind, sollen in ihre Heimat geschickt werden. Feldlazarette, Verbandsplätze, Lazarett-Depots und das dort beschäftigte Personal sollen durch das Rote Kreuz (auf weißem Grund) gekennzeichnet sein. Regierungen, die in Genf nicht vertreten sind, sollen zum Beitritt zu dieser Konvention eingeladen werden. Das Protokoll bleibt für weitere Unterschriften offen. — Bis 1868 werden alle europäischen Staaten der Konvention beitreten.⁹

31. August 1864

GENF
TOD LASSALLES

In Genf wird Ferdinand *Lassalle*, Begründer und Führer der deutschen Sozialdemokratie (vgl. 23. Mai 1863), im Duell erschossen. Er stammt, wie Marx, aus jüdischer Familie (11. April 1825 in Breslau geboren), ist, wie Marx, wesentlich von den Junghegelianern beeinflusst und stand seit 1848 mit Marx in Verbindung. Nach seiner Verhaftung im November 1848 — er hatte zum bewaffneten Widerstand gegen die Reaktion in Preußen aufgefordert — zog er sich aus dem politischen Leben vorübergehend zurück und trat erst 1862 wieder politisch hervor (vgl.: noch April 1862).¹⁰

noch August 1864

In Warschau wird der vormalige polnische Diktator Romuald Traugutt mit vier anderen Anführern des polnischen Aufstandes (vgl. 22. Januar 1863) gehängt. Insgesamt werden (nach amtlichen russischen Angaben) 396 Todesurteile gegen Aufständische vollstreckt, mehr als 10 000 zu Strafarbeit verurteilt, über 18 000 nach Sibirien verschickt. Die Güter der Verurteilten werden eingezogen. Diplomatische Interventionen Frankreichs, Großbritanniens und Österreichs in Petersburg zugunsten der Polen sind wirkungslos geblieben.

WARSAU

HINRICHTUNG
TRAUGUTTS

396 TODES-
URTEILE
VOLLSTRECKT

In Uruguay erobert Flores (vgl.: noch April 1863), von der See her durch brasilianische Schiffe unterstützt, die Hafenstädte Salto und Paysandu. Die letztgenannte Stadt muß im Sturm genommen werden. Nach der Einnahme läßt Flores den Verteidiger, Oberst Gomez, und mehrere höhere Offiziere erschießen. Präsident Aguirre wird sich daraufhin um Hilfe an Paraguay wenden, daß heißt, an den jüngeren Lopez (vgl. 10. September 1862), und dieser wird die Hilfe Brasiliens für Flores zum Kriegsfall erklären, da damit das Gleichgewicht unter den La-Plata-Staaten gestört worden sei, und im November 1864 auch seinerseits die Feindseligkeiten gegen Brasilien eröffnen. Vgl. weiter 15. Februar 1865.¹¹

URUGUAY

FLORES
EROBERT SALTO
UND PAYSANDU
ERSCHIESSUNG
DER
VERTEIDIGER
PARAGUAY
LOPEZ JR.
BEKRIEGT
BRASILIE

noch August 1864

Die Vernichtung der Berg-Indianer in Nordkalifornien, hier nur als Beispiel für die gesamte nordamerikanische Indianer-„Politik“ im XIX. Jahrhundert erwähnt (vgl.: noch 1852, noch 1857, noch 1859), nähert sich ihrem erfolgreichen Abschluß. Eine erneute Gewalttat noch überlebender, aber von allen Nahrungsquellen abgeschnittener, zum großen Teil ihrer Familien beraubter, um ihre ermordeten Kinder trauernder Yanas, der zwei weiße Frauen zum Opfer fallen, bildet den willkommenen Anlaß zur Endlösung. Zwei voll bewaffnete Wachkompanien der Siedler-Bürgerwehren durchkämmen die Berghänge, Flüsse und Weidegründe zwischen dem Deer Creek im Süden und dem Montgomery Creek im Norden (östlichen Nebenflüssen des Sacramento). Bis Ende Dezember 1864 werden drei Viertel der bis zum August noch überlebenden Yana umgebracht sein, d. h. mehr als zweitausend. Auch die bei weißen Siedlern beschäftigten Yana werden mit ihren Kindern vor den Augen ihrer Brotgeber erschlagen. „Wir müssen Große und Kleine töten, aus Nissen werden Läuse“, wird einer der Bürgerwehrmänner zitiert. Die Leichen werden beraubt, z. B. ihres Arbeitslohnes, den sie bei sich

KALIFORNIEN

SYSTEMATI-
SCHER
GENOCID

tragen. Auch eindeutiger Sadismus tobt sich aus. — Bis zum Jahre 1868 wird auf ähnliche Weise auch der südlichste und zäheste Stamm der Yanas, die Yahi, nahezu vollständig ausgerottet sein. Dabei stellt der Hauptschuldige, Robert A. Anderson, seinen verwilderten Leuten (wie er in seinen Erinnerungen selbst angibt) ausdrücklich frei, „mit den Indianern zu tun, was ihnen beliebt“. ^{11a}

15. September 1864

VERTRAG
FRANKREICH—
ITALIEN

SCHRITTWEISE
RAUMUNG
ROMS

PÄPSTLICHE
ARMEE

Zwischen Frankreich und dem Königreich Italien wird ein Vertrag geschlossen, der die Verlegung der italienischen Hauptstadt von Turin zunächst nach Florenz vorsieht sowie eine stufenweise Räumung Roms durch die französische Besatzung binnen zwei Jahren. Die italienische Regierung wird während dieser zwei Jahre den Heiligen Stuhl nicht daran hindern, eine eigene Armee aufzustellen „genügend zur Aufrechterhaltung der Autorität des Heiligen Vaters und der Ruhe im Innern und an der Grenze, aber nicht so stark, daß sie in ein Angriffsmittel gegen die italienische Regierung ausarte“. ¹²

20. September 1864

TURIN

AUFSTAND
GEGEN
VERLEGUNG
DES REGIE-
RUNGSSITZES
NEUE
REGIERUNG
LAMARMORA

In Turin bricht wegen der geplanten Verlegung der königlich italienischen Residenz nach Florenz (vgl. 15. September 1864) ein Aufruhr aus, gegen den die Regierung gewaltsam vorgehen läßt. Es gibt Verwundete und Tote. König Victor Emanuel wird daraufhin die Regierung entlassen und den General Lamarmora mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragen. Doch wird die Erregung der Bevölkerung nur vorübergehend zu dämpfen sein und durch den Beschluß des Parlaments zur Verlegung der Hauptstadt im Oktober von neuem hervorgerufen werden. Vgl. 3. Februar 1865. ¹³

noch September 1864

LONDON

I. INTER-
NATIONALE

„ZUSAMMEN-
WIRKEN DER
ARBEITERGE-
SELLSCHAFTEN“

In London wird unter dem Einfluß von Karl Marx die I. Internationale gegründet, sechzehn Jahre nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes (vgl. Februar 1848). Gründer sind Vertreter der Gewerkschaften (Trade Unions) und emigrierte Sozialisten aus verschiedenen Nationen. Zweck der Gründung ist (nach Artikel I der Statuten) das „Zusammenwirken der in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: Schutz, Fortschritt und vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse“.

8. November 1864

In Nordamerika wird bei den Präsidentenwahlen der Union Abraham *Lincoln* wiedergewählt. Damit ist auch endgültig entschieden, daß der Krieg gegen die Konföderation der Südstaaten bis zur Wiederherstellung der Union in ihren ehemaligen Abmessungen weitergeführt und die Befreiung der Negersklaven unter allen Umständen durchgesetzt werden wird. Bereits vier Tage nach der Wahl wird der entscheidende Feldzug Shermans gegen die Seestadt Savannah beginnen, mit deren Eroberung am 14. Dezember die Niederlage der Südstaaten unausweichlich werden wird.¹⁴

USA

WIEDERWAHL
LINCOLNS

FELDZUG
SHERMANS
GEGEN
SAVANNAH

26. November 1864

In Peru beschließt der Kongreß, „daß alle Mittel angewandt werden sollen, um die Chinchä-Inseln [vgl. 14. April 1864] den Spaniern zu entreißen, und daß, solange sie dort verbleiben, in keine Unterhandlung mit ihnen eingetreten werden darf“. Der zu diesem Zeitpunkt in Lima versammelte Südamerikanische Kongreß mißbilligt zwar das Auftreten Spaniens, fordert aber zugleich das peruanische Parlament auf, den oben zitierten Beschluß zurückzunehmen. Der Präsident der peruanischen Republik, Pezet, wird mit dem spanischen Befehlshaber Pareja Verhandlungen beginnen. (Vgl. weiter: noch Januar 1865).¹⁵

PERU

KONGRESSBE-
SCHLUSS ÜBER
CHINCHÄ-
INSELN
SÜDAMERIKA-
DELEGIERTE
FORDERN
RÜCKNAHME

29. November 1864

Am *Sand Creek*, einem Quellfluß des Arkansas River im Gebiet des heutigen Staates Colorado/USA vernichten etwa 600 Soldaten des Dritten Colorado-Regiments ein Lager waffenloser Cheyenne-Indianer. Die Aktion ist von langer Hand vorbereitet und es liegen darüber zuverlässig dokumentierte Augenzeugenberichte bis in die letzten Einzelheiten vor. Es werden 105 Frauen und Kinder sowie 28 Männer buchstäblich abgeschlachtet (lebendig zerhackt) und vielfach in sexual-pathologischer Weise verstümmelt, die Geschlechtsteile als Siegestrophäen an die Hüte und Sattelknäufe der Soldaten gesteckt (Aussage von Offizieren). Verantwortlich für dieses Verhalten der Soldaten sind, ebenfalls eindeutig belegt, Colonel J. M. *Chivington*, ein ehemaliger Methodistenprediger, und Major Scott J. *Anthony*, mittelbar auch der Gouverneur von Colorado, John *Evans*. Ihre Namen und der des Dritten Colorado-Regiments mögen der Nachwelt erhalten bleiben als Mahnung daran, wie abgrundtief der Mensch unter das Tier herabsinken kann.^{15a}

SAND CREEK/
COLORADO/
USA

SIEGES-
TROPHÄEN
DES DRITTEN
COLORADO-
REGIMENTS

J. M. CHIVING-
TON

SCOTT
J. ANTHONY

JOHN EVANS

5. Dezember 1864

ABZUG DER
BUNDES-
TRUPPEN
AUS HOLSTEIN
UND
LAUENBURG

Österreich und Preußen beantragen beim Deutschen Bund in Frankfurt, das Exekutionsverfahren gegen Holstein für beendet zu erklären und Bundestruppen wie Bundeskommissare aus Holstein und Lauenburg abzurufen. Daraufhin wird das sächsische Militär die Herzogtümer verlassen. Preußische und österreichische Truppen werden bleiben. Anstelle der hannoverschen und sächsischen Bundeskommissare übernehmen die Zivilkommissare Preußens und Österreichs die Leitung der Verwaltung.¹⁶

11. Dezember 1864

SCHLESWIG
NEUE LANDES-
REGIERUNG
ZEDLITZ
LAUENBURG
HOLSTEIN

Die preußische Regierung setzt in Schleswig eine neue Landesregierung ein. Den Vorsitz darin führt Freiherr von Zedlitz. Gleichzeitig wird nach Lauenburg ein preussisches Garderegiment gelegt. In Holstein ist schon zuvor das Post- und Telegraphenwesen aus dem Geschäftsbereich der Landesregierung herausgenommen und unter preussische Leitung gestellt worden. Der Deutsche Bund hat in Schleswig-Holstein de facto keinen Einfluß mehr und das Verhältnis Österreich-Preußen hat sich seit Olmütz (vgl. 29. November 1850) umgekehrt. Preußen hat unter Bismarck die Führung übernommen.¹⁷

14. Dezember 1864

SEZESSIONS-
KRIEG
SHERMAN
EROBERT
SAVANNAH
IN GEORGIA

Einer der Nordstaaten-Feldherrn, *Sherman*, erobert die Küstenstadt *Savannah* in Georgia nach einem fünf Wochen währenden Marsch aus dem Innern dieses Staates an die Atlantikküste. Damit ist der Südstaatenarmee der Nachschub fast gänzlich abgeschnitten und ihre endgültige Kapitulation nur noch eine Frage von Monaten. Auch der verzweifelte Versuch, die Verluste durch den Einsatz von Sklaven auszugleichen (vgl.: noch März 1865), wird die Entscheidung nicht mehr abwenden. Vgl. auch 9. April 1865.¹⁸

17. Dezember 1864

WIEN
ERMORDUNG
ECKERTS,
EINES GEGNERS
DER FREIMAU-
REREI
HENGSTENBERG

In Wien wird der Rechtsanwalt Emil Eduard *Eckert* ermordet aufgefunden. Die Hintergründe des Mordes werden nicht aufgeklärt werden können. Eckert hat mit seinem „Magazin der Beweisführung für Verurteilung des Freimaurerordens“ erhebliches Aufsehen erregt. Die sächsische Regierung hat sich durch diese Veröffentlichungen veranlaßt gesehen, gegen die Freimaurerlogen einzuschreiten. Zehn Jahre zuvor hat auch der protestantische Theologe Hengstenberg mit einer Schrift „Die Freimaurerei und das evangelische Pfarramt“ Licht auf die wirklichen Ziele der Logen zu werfen versucht.¹⁹

22. Dezember 1864

Papst Pius IX. verkündet eine Enzyklika „Quanta cura“ gegen die um sich greifenden liberalen Auffassungen hinsichtlich der Religion und fügt dieser einen „Syllabus errorum“ bei, ein Verzeichnis aller Irrlehren, die derzeit grassieren. Hat er zu Beginn seiner Amtszeit (seit 1846) selbst eine Reihe liberaler Reformen im kirchlichen Raum übereilt, so verfällt er nunmehr in das entgegengesetzte Extrem. Nicht zuletzt die Tatsache, daß Frankreich und Italien über seinen Kopf hinweg Vereinbarungen über die Zukunft Roms geschlossen haben (vgl. 15. September 1864), veranlaßt ihn, die absolute Unterordnung nicht nur der wissenschaftlichen Forschung, sondern auch des Staates unter die Autorität der katholischen Kirche zu fordern. Angesichts des durch die Aufklärung veränderten Bewußtseinszustandes der gebildeten Schicht und der durch revolutionäre Agitation aufgeregten breiten Masse sind solche Forderungen unrealistisch. Enzyklika und Syllabus werden keine Wirkung haben.²⁰

PIUS IX.

*ENZYKLIKA
„QUANTA CURA“*

*„SYLLABUS
ERRORUM“*

*STAAT UNTER
KIRCHLICHER
AUTORITÄT*



12. Januar 1865

Die österreichische und die preußische Regierung geben eine provisorische Regelung bekannt, auf die sie sich bezüglich Schleswig-Holsteins geeinigt haben. Es wird für beide Herzogtümer eine gemeinsame Landesregierung eingesetzt. Zuvor hat der Wiener Hof vergeblich versucht, durch Auswechslung des Außenministers das Übergewicht Österreichs wiederherzustellen. Anstelle des Grafen Rechberg ist der Graf von *Mensdorff-Pouilly* getreten. Doch hat Bismarck es verstanden, auch ihn an die bisherige Schleswig-Holstein-Politik zu binden. Den österreichischen Vorschlag, die Souveränitätsrechte an den Herzogtümern einstweilen dem Prinzen Friedrich von Augustenburg (vgl. 21. März 1848, 11. November 1863) zu übertragen, hat Bismarck abgelehnt und erklärt, „zur Sicherung seiner staatlichen Interessen und der allgemeinen Interessen Deutschlands müsse Preußen verlangen, daß die Militärorganisation der Herzogtümer zu der seinigen in ein festes Verhältnis gesetzt, die Seestreitkräfte derselben für die preußische Marine nutzbar gemacht und die Handels- und Schiffsverhältnisse des Königreiches gegen künstliche Hemmungen geschützt würden“.¹

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

GEMEINSAME
LANDES-
REGIERUNG

WIEN
AUSSENMINI-
STER MENS-
DORFF-POUILLY

BISMARCK
ÜBER DIE
INTERESSEN
DEUTSCHLANDS

27. Januar 1865

Friedrich Engels schreibt an Karl Marx: „Der brave Lassalle [vgl. 31. August 1864] entpuppt sich nach und nach als ein ganz kommuner Schuft. Ein Verrat der ganzen Arbeiterbewegung.“ Drei Tage später, aber offenbar noch ohne Kenntnis des obigen Briefes wird Marx an Engels schreiben: „Wir wissen jetzt, was uns bisher keineswegs in dieser Weise bekannt gewesen war, daß Itzig [gemeint ist Lassalle] die Arbeiterpartei an Bismarck verhandeln wollte.“ — Mit diesem gegenseitigen Signalement wird die neue Linie der Agitation gegen die deutsche Sozialdemokratie festgelegt, nachdem Marx sich von London aus vergeblich um deren Führung, um die Nachfolge Lassalles, bemüht hat.²

MARX UND
ENGELS ÜBER
LASSALLE

SIGNAL FÜR
AGITATION
GEGEN
DEUTSCHE
SOZIAL-
DEMOKRATIE

31. Januar 1865

Das Repräsentantenhaus der nordamerikanischen Union beschließt mit über zwei Drittel Mehrheit ein Gesetz zur allgemeinen Abschaffung der Sklaverei (nicht nur in den Südstaaten, vgl. 22. September 1862). Es wird auch beschlossen, dieses Ge-

USA
GESETZ ÜBER
ABSCHAFFUNG
DER SKLAVEREI

*LINCOLN
LEHNT ANER-
KENNUNG DER
KONFÖDERA-
TION DER SÜD-
STAATEN AB*

setz in die Verfassung aufzunehmen (als Amendent). Gleichzeitig scheitert eine Konferenz des Präsidenten Lincoln mit Vertretern der Südstaaten, deren Forderung, ihre Konföderation anzuerkennen, Lincoln ablehnt. Der Präsident der Konföderation, Jefferson Davis, verkündet daher nochmals die Weiterführung des Krieges, obschon die Südstaaten keinerlei Möglichkeit mehr haben, der sicheren Niederlage zu entgehen (vgl. 9. April 1865).³

noch Januar 1865

*PERU
PAREJA DROHT
MIT BESCHIES-
SUNG CALLAOS*

Der spanische Marinebefehlshaber vor der peruanischen Küste, Pareja (vgl. 26. November 1864), bedroht die Hafenstadt von Lima, Callao, mit Beschießung, wenn die spanischen Forderungen nicht erfüllt würden. Daraufhin erkennt der Präsident der peruanischen Republik, Pezet, den „außerordentlichen Spezialkommissarius“ der spanischen Königin, Salazar y Mazerrado, an und sagt diesem volle Entschädigung für den Überfall auf die baskische Auswanderersiedlung in Talambo (die eigentliche Ursache des Konfliktes) zu. Das Parlament vertagt sich, um nicht Stellung nehmen zu müssen. Ein Aufstand in Lima und Callao wird niedergeworfen.⁴

*PRÄSIDENT
PEZET LENKT
EIN
AUFSTAND
IN LIMA*

3. Februar 1865

*ITALIEN
VICTOR EMA-
NUEL VERLÄSST
TURIN*

König Victor Emanuel von Italien verläßt ohne vorherige Ankündigung oder Abschied Turin und läßt sich in Florenz nieder. Anlaß zur plötzlichen Durchführung der seit langem geplanten und beschlossenen Übersiedlung sind erneute Ausschreitungen, denen der Gemeinderat und das Patriziat der Stadt nicht ernstlich entgegentraten. Der Verdruß über die Verlegung der Residenz führt Piemont auf die Seite der Regierungsopposition, die eine Fortsetzung der revolutionären Bewegung mit republikanischen Hintergedanken anstrebt.⁵

*NEUE RESIDENZ
FLORENZ*

9. Februar 1865

*USA FORDERT
ABZUG DER
FRANZÖSI-
SCHEN
TRUPPEN
AUS MEXIKO*

Die Regierung der nordamerikanischen Union in Washington, ihres Sieges im Sezessionskrieg sicher (vgl. 9. April 1865), richtet unter Berufung auf die Monroe-Doktrin an Frankreich die Forderung, seine Truppen aus Mexiko zurückzuziehen und es damit dem mexikanischen Volke zu ermöglichen, durch freie Selbstbestimmung zu entscheiden, welche Regierungsform in Zukunft Geltung haben solle. Es gelingt dem französischen Gesandten in Washington nicht, eine de-facto-Anerkennung der monarchischen Regierung Kaiser Maximilians zu erreichen. Er wird zur Antwort erhalten, daß Washington eine Monarchie in Mexiko, die durch fremde Bajonette gewaltsam eingeführt worden sei,

*KEINE
ANERKENNUNG
MAXIMILIANS*

nicht dulden werde und daß die bisherigen freundlichen Beziehungen zwischen der Union und Frankreich gefährdet würden, „wenn der französische Kaiser es nicht mit seinen Interessen und seiner Ehre vereinbar finden sollte, von der bewaffneten Intervention in Mexiko abzusehen“. Damit ist das Schicksal Maximilians, das sich zwei Jahre später vollenden wird (vgl. 19. Juni 1867), bereits entschieden. Vgl. weiter 3. Oktober 1865.⁶

15. Februar 1865

In Uruguay läuft die Amtszeit des Präsidenten *Aguirre* ab (vgl.: noch April 1863). In der von Flores zu Lande und einem brasilianischen Geschwader von der See her eingeschlossenen Hauptstadt Montevideo (vgl.: noch August 1864) überträgt der Kongreß dem Senator *Vilalba* die höchste Regierungsgewalt und trägt ihm auf, einen Vertrag zur Übergabe der Stadt und Aufhebung der Blockade zu schließen. Bereits acht Tage später wird dieser Vertrag zustandekommen (vgl. 23. Februar 1865).⁷

URUGUAY
ENDE DER
AMTSZEIT
AGUIRRES
VILALBA SOLL
MONTEVIDEO
ÜBERGEBEN

22. Februar 1865

Die preußische Regierung teilt der österreichischen in einer Depesche die Bedingungen mit, unter denen sie eine Überlassung Schleswig-Holsteins an einen eigenen Souverän (Prinz Friedrich von Augustenburg) zu verhandeln bereit sei: Vereinigung von Militär und Marine mit der preußischen Armee und Flotte, Besetzung der Festungen durch Preußen, Abtretung des Gebietes für einen Nord-Ostsee-Kanal und für einen Kriegshafen (Kiel), Anschluß an das preußische Zollsystem, Post- und Telegraphenwesen, Fahneneid aller zum Militärdienst Eingezogenen für den König von Preußen. Wien erklärt daraufhin, ein Herzog von Schleswig-Holstein, dessen Souveränität solchen Einschränkungen unterworfen würde, könne unmöglich als gleichberechtigtes und stimmfähiges Mitglied in den Kreis der Souveräne des Deutschen Bundes eintreten. Bismarck wird daher bestrebt sein, den provisorischen Statuts quo so lange wie möglich aufrecht zu erhalten.⁸

PREUSSEN
UND
SCHLESWIG-
HOLSTEIN

STANDPUNKT
ÖSTERREICHS

BISMARCK FÜR
VERLÄNGE-
RUNG DES
STATUS QUO

23. Februar 1865

Zwischen dem neugewählten Präsidenten von Uruguay, *Vilalba* (vgl. 15. Februar 1865) einerseits, Brasilien und dem Belagerer von Montevideo, Flores, andererseits wird der Friedensvertrag von La-Union geschlossen. Flores zieht triumphierend in Montevideo ein, übernimmt das Amt eines Gouverneurs und Oberbefehlshabers der uruguayischen Streitkräfte und übt eine un-

URUGUAY

FRIEDENSVER-
TRAG VILALBA
—FLORES

*FLORES IN
MONTEVIDEO
KRIEG GEGEN
PARAGUAY*

umschränkte Herrschaft aus, gestützt auf Brasilien. Im Bündnis mit Argentinien und Brasilien wird er gegen den Diktator von Paraguay, den jüngeren Lopez (vgl. 10. September 1862) Krieg führen. Vgl. weiter 19. Februar 1867.⁹

6. März 1865

*PIUS IX. AN
VICTOR
EMANUEL*

Papst Pius IX. richtet ein eigenhändiges Schreiben an König Victor Emanuel von Piemont-Sardinien, um die Wiederbesetzung der verwaisten Bischofssitze zu erwirken. Der König wird daraufhin den Diplomaten *Vegezzi* nach Rom senden mit dem Auftrag, mit der Curie nur über kirchliche Fragen zu verhandeln, politischen Fragen aber, also dem Kirchenstaatsproblem, auszuweichen. Nachdem die Mission *Vegezzis* gescheitert ist, wird der König von sich aus einer Reihe von Bischöfen die Rückkehr in ihre Diözesen gestatten. Er ist auch bereit, gegen Anerkennung der neuen Grenzen einen Teil der Schulden des bisherigen Kirchenstaates zu übernehmen. Darauf kann Pius IX. seinerseits nicht eingehen.¹⁰

*VEGEZZI
IN ROM*

*KEINE
EINIGUNG*

27. März 1865

*DEUTSCHER
BUND FÜR
ERBPRINZ VON
AUGUSTENBURG*

Die Versammlung des Deutschen Bundes in Frankfurt spricht auf Anregung von Bayern, Hessen-Darmstadt und Sachsen die „vertrauensvolle Erwartung“ aus, Österreich und Preußen mögen nunmehr dem Erbprinzen von Augustenburg (vgl. 22. Februar 1865, 12. Januar 1865) das Herzogtum Holstein in eigene Verwaltung geben. Die Erwartung wird unerfüllt bleiben, da Bismarck die Herzogtümer Schleswig-Holstein früher oder später zu annektieren beabsichtigt und die Verhandlungen in Frankfurt stets von neuem scheitern zu lassen versteht. Vgl. 14. August 1865.¹¹

*HERZOGTUM
HOLSTEIN*

OHNE ERFOLG

noch März 1865

*SEZESSIONS-
KRIEG*

Kurz vor dem Ende des nordamerikanischen Sezessionskrieges (vgl. 9. April 1865) versucht die Konföderation der Südstaaten ihre vernichtenden Verluste durch die Einberufung ihrer Negerklaven zum Militärdienst auszugleichen. Daß sie nicht alle zum Gegner überlaufen, der für ihre Befreiung kämpft, ist nur durch lange Gewohnheit und Schicksalsergebenheit zu erklären, zum Teil wohl auch durch die Sorge, mit der Befreiung auch Arbeit, Unterkunft und Nahrung zu verlieren.¹²

*SÜDSTAATEN
BERUFEN
NEGER EIN*

*LIMA
ENDE DES
KONGRESSES*

In Lima löst sich ein Kongreß südamerikanischer Staaten auf, ohne zu greifbaren Ergebnissen gekommen zu sein. Teilnehmer waren Bolivien, Chile, Guatemala, Kolumbien, Peru, San Salvador und Venezuela. Gleichzeitig brechen in mehreren peruanischen

schen Garnisonstädten Militäraufstände aus, die insgeheim vom Vizepräsidenten *Canseco* unterstützt werden. Sie richten sich gegen den Präsidenten *Pezet*, der allenthalben als „Landesverräter“ verunglimpft wird, weil er vor der spanischen Drohung mit Beschießung des Hafens von Lima (vgl.: noch Januar 1865) zurückgewichen ist. Vgl.: 5. Dezember 1865.¹³

9. April 1865

Sechs Tage nach der Eroberung der Doppelfestung Richmond-Petersburg durch die Unionstruppen kapitulieren die Streitkräfte der Konföderation der Südstaaten unter ihrem Oberbefehlshaber General Lee bei Appomattox Court House bedingungslos vor dem Nordstaaten-Oberbefehlshaber General Grant. Damit ist der Sezessionskrieg zu Ende, die Sklavenfrage entschieden und der ursprüngliche Bestand der USA wiederhergestellt. Lincoln drängt auf schnellen Friedensschluß. Es soll ein Verständigungs- und Versöhnungsfrieden werden. „Die Rebellen sind wieder unsere Landsleute“, sagt er. Fünf Tage später wird er tot sein (vgl. 14. April 1861).¹⁴

14. April 1865

Der Präsident der USA, Abraham Lincoln, wird unmittelbar nach Beendigung des Sezessionskrieges am Karfreitag in seiner Theaterloge von dem jüdischen Schauspieler John Wilkes Booth erschossen. Booth wird bei seiner Festnahme tödlich verwundet. Der Hintergrund seiner Tat wird niemals vollständig geklärt werden. Es ist alles genau wie hundert Jahre später bei der Ermordung des Präsidenten John Kennedy in Dallas (vgl. 22. November 1963). Auch der Nachfolger heißt in beiden Fällen Johnson und war vorher Vizepräsident. Der Verzicht auf vollständige Klärung aller Zusammenhänge kennzeichnet in beiden Fällen sowohl die durch und durch korrupte Atmosphäre des staatlichen Lebens als auch die Angst vor dem Wirken geheimer Zirkel in der eigenen Partei. — Lincolns Nachfolger, Andrew Johnson, neigt in der Sklavenfrage mehr der Auffassung der Südstaaten zu und wird daher bald in scharfen Gegensatz zum Kongreß geraten, der den Neger auch das Wahlrecht einräumen will.¹⁵

15. April 1865

Nach nahezu dreißigjährigem Kampf gegen die Herrschaft der Weißen in Zentralamerika stirbt *Carrera*, die Seele des Aufstandes und der eigentliche Zerstörer der zentralamerikanischen Föderation (vgl. 2. Februar 1851), zuletzt Diktator in Guatemala. Er war wendig genug, sich zur Erhaltung seiner Macht auf die

SÜDAMERIK.
STAATEN

AUFSTAND DER
GARNISONEN
CANSECO

APPOMATTOCK
KAPITULATION
DER SÜDSTAA-
TENARMEE

LEE ERGIBT
SICH GRANT

LINCOLN
DRÄNGT AUF
FRIEDENS-
SCHLUSS

MORD AN
LINCOLN

TÄTER BOOTH

PARALLELEN
ZUM
KENNEDY-
MORD 1963

LINCOLNS
NACHFOLGER
JOHNSON

GUATEMALA

TOD CARRERAS

klerikale und konservative Partei zu stützen, so daß er sogar in den Verdacht geriet, in geheimem Einverständnis mit Kaiser Maximilian in Mexiko zu stehen und selber monarchische Ambitionen zu haben.¹⁶

1. Mai 1865

ECUADOR
PRÄSIDENTEN-
WAHLEN

SIEGER
CARRION

In Ecuador finden nach heftigen Wahlkämpfen die Präsidentenwahlen statt. Den Sieg trägt Hieronymus *Carrion* davon. Er gehört, wie sein Vorgänger Moreno, der Konservativen Partei an, wird aber, im Gegensatz zu diesem, eine gegen Spanien gerichtete Politik treiben und im folgenden Jahr Ecuador dem Bündnis Perus und Chiles anschließen. Kurz vor seiner Wahl ist in Guayaquil der alte General Flores gestorben (vgl.: noch März 1852), der sich im Jahre 1859 doch noch die Rückkehr nach Ecuador erkämpft hatte. Er hat Moreno zur Präsidentschaft verholfen.¹⁷

26. Mai 1865

ENDE DES
SEZESSIONS-
KRIEGES

Die letzte noch kämpfende Heeresabteilung der Südstaaten-Armee legt die Waffen nieder, nachdem sich wenige Wochen zuvor General *Johnson* mit der Südarkmee dem Unionsfeldherrn *Sherman* (vgl. 14. Dezember 1864) ergeben hat. Damit sind die Nachwehen des Bürgerkrieges zu Ende, der noch zum Schluß durch den Mord an Abraham Lincoln in seiner Sinnlosigkeit und Hintergründigkeit entlarvt worden ist. Zweifel daran breiten sich aus, ob es überhaupt um die Befreiung der Sklaven ging und nicht um ganz andere Interessen (vgl. 14. April 1861).¹⁸

17. Juni 1865

PREUSSEN
SCHLIESSUNG
DES
PARLAMENTS
KIEL FLOTTEN-
STATION

Das preußische Abgeordnetenhaus wird geschlossen, nachdem es nicht nur der Regierungsvorlage über die Kriegskosten (gegen Dänemark) sondern auch dem geforderten Kredit zur Befestigung des Kieler Hafens seine Zustimmung verweigert hat. Die Abgeordneten erhalten den Tadel mit auf den Heimweg, daß ihre Mehrheit „das Wohl des Vaterlandes nicht zu ihrem obersten Gesetze genommen“ habe. Bismarck regiert ebensowohl ohne Parlament. Zum Zeichen dessen wird die preußische Flottenstation von Danzig nach Kiel verlegt, das zu behalten er eindeutig entschlossen ist.¹⁹

27. Juli 1865

ÖSTERREICH
NEUE REGIE-
RUNG BELCREDI

Kaiser Franz Joseph von Österreich beauftragt den böhmischen Grafen *Belcredi* damit, eine neue Regierung zu bilden, die sich vom Reichsrat unabhängiger halten soll als die des Ministers Schmerling zuvor. *Belcredi* soll versuchen, sich stärker auf Un-

garn zu stützen, um dort Rückhalt gegen die Opposition der anderen nichtdeutschen Reichsteile zu finden. Zur Einleitung dieser Politik hat der Kaiser im Juni einen sorgsam vorbereiteten Besuch in Budapest gemacht und den Grafen *Mailath* anstelle des Grafen *Zichy* zum ungarischen Hofkanzler erhoben. Vgl. auch 20. September 1865.²⁰

UNGARN ALS
RÜCKHALT
GEGEN
OPPOSITION

14. August 1865

In *Bad Gastein* (Österreich) unterzeichnen Bismarck für Preußen und Blome für Österreich eine *Konvention*, die einen kurzfristigen Ausgleich der Spannungen in der Schleswig-Holstein-Frage bewirkt. Danach wird Schleswig von Preußen, Holstein von Österreich verwaltet werden. Preußen erhält das Recht, den Nord-Ostsee-Kanal durch holsteinisches Gebiet zu führen, ebenso den Telegraphen-, Post- und Eisenbahnverkehr nach Schleswig. Die Straßen Hamburg-Rendsburg und Lübeck-Kiel bleiben ebenfalls preußisch. Rendsburg soll Bundesfestung, Kiel Bundeshafen des Deutschen Bundes werden, unter preußischem Oberbefehl und Polizeischutz. Das Anrecht auf das Herzogtum *Lauenburg* tritt Österreich gegen eine Entschädigung von 2,5 Millionen dänischen Reichsthalern an Preußen ab. Die Ratifizierung dieser Konvention wird durch die beiden Monarchen persönlich bei einem Zusammentreffen in Salzburg am 19./20. August 1865 vollzogen werden.²¹

KONVENTION
VON
BAD GASTEIN

ÜBERGANGS-
LÖSUNG IN
SCHLESWIG-
HOLSTEIN

LAUENBURG
AN PREUSSEN

29. August 1865

In San Salvador (Zentralamerika) wird der langjährige Gegner und Rivale Carreras (vgl. 15. April 1865), *Barrios*, erschossen. Er hat versucht, die verlorene Präsidentschaft in San Salvador wiederzugewinnen, ist dabei aber seinem Nachfolger *Dueñas* unterlegen, der ihn nunmehr hinrichten läßt. Barrios war der letzte der ehemaligen Präsidenten, der noch die Wiederherstellung der Zentralamerikanischen Föderation im Sinne hatte. Nach seinem Tode wird es keine Bestrebungen dieser Art mehr geben. Die fünf zentralamerikanischen Staaten führen ihr Eigendasein.²²

SAN SALVADOR

BARRIOS
ERSCHOSSEN

DUENAS
PRÄSIDENT

20. September 1865

In Österreich wird durch ein kaiserliches Manifest sowohl der engere wie auch der weitere Reichsrat und damit die Verfassung vom 26. Februar 1861 (vgl. dort) „sistiert“, um endlich zu dem dringend erwünschten Ausgleich mit Ungarn zu kommen (vgl. 27. Juli 1865). Das bedeutet eine Rückkehr zum absolutistischen Regierungssystem, wie sie de facto auch in Preußen durch Bis-

ÖSTERREICH

REICHSRAT
„SISTIERT“

marck (vgl. 17. Juni 1865) vollzogen wurde. In den einzelnen österreichischen Kronländern bestehen die Landtage weiter. Vgl. weiter 14. Dezember 1865.²³

3. Oktober 1865

MEXIKO

ERSCHIESSUNG
ARTEAGAS UND
SALAZARS

GUERILLA-
KAMPF DER
REPUBLIKANER

In Mexiko läßt General Mendez, einer der letzten Offiziere, die noch eindeutig zu Kaiser Maximilian stehen, zwei der republikanischen Guerillaführer, Arteaga und Salazar, erschießen. Er stützt sich dabei auf ein kaiserliches Dekret gegen bewaffnete „Banditen“. Doch wird das harte Durchgreifen nicht abschreckend wirken, sondern im Gegenteil den Zulauf zu den Guerillabanden der Republikaner vermehren. Auch Freiwillige aus den USA schließen sich ihnen an. Die Lage Maximilians wird rasch unhaltbar werden. Napoleon III. hat ihn bereits fallen gelassen.²⁴

26. November 1865

POLEN

SÄKULARISIE-
RUNG DES
KIRCHENGUTS

AUFHEBUNG
DES
KONKORDATS

Durch einen Ukas des Zaren Alexander II. wird das Kirchengut in Polen säkularisiert und unter staatliche Verwaltung gestellt, der katholische Klerus damit auf feste Besoldung angewiesen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Kirche damit aufgehoben. Der Einspruch des Papstes leitet Auseinandersetzungen zwischen Rom und Petersburg ein, die schließlich mit der Aufhebung des Konkordats und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen enden werden. Die russisch-orthodoxe Kirche wird von nun an in Polen missionieren (vgl. auch 22. Dezember 1865).²⁵

PERU

„CAVADONGA“
GEKAPERT

FREITOD
PAREJAS

Im Zuge der spanischen Küstenblockade gegen Peru, in die auch Chile einbezogen wurde, wird das spanische Schiff „Cavadonga“ von einer chilenischen Korvette gekapert. Sechs spanische Offiziere und 114 Soldaten geraten in chilenische Kriegsgefangenschaft. Der Oberbefehlshaber der spanischen Blockadeflotte, *Pareja*, wird sich daraufhin das Leben nehmen, und zur Vergeltung werden die Spanier einige chilenische Segelschiffe verbrennen. Die Feindseligkeiten werden sich im folgenden Jahre noch steigern (vgl. 31. März 1866).²⁶

5. Dezember 1865

VER-
TEIDIGUNGS-
BÜNDNIS
PERU—CHILE

Peru unter der Diktatur des Obersten Prado, der zuvor den Volksaufstand gegen den Präsidenten Pezet (vgl.: noch Januar 1865) geleitet hat, schließt ein Verteidigungsbündnis mit Chile gegen Spanien. Auch Bolivien und Ecuador werden sich kurz darauf diesem Bündnis anschließen. Pezet, der seines Nachgebens

gegenüber den spanischen Forderungen wegen als „Landesverräter“ beschuldigt wurde, hat bereits im Oktober auf ein britisches Schiff fliehen müssen, nachdem sich auch die bei Lima stehenden peruanischen Truppen dem Aufstand gegen ihn angeschlossen hatten. Vgl. weiter 31. März 1866.²⁷

*ANSCHLUSS
BOLIVIENS
UND ECUADORS
FLUCHT PEZETS*

14. Dezember 1865

Kaiser Franz Joseph eröffnet in Budapest mit dem herkömmlichen Zeremoniell den ungarischen Landtag und erklärt in der Thronrede, der Grundsatz der „Rechtsverwirkung durch die Revolution“ sei nunmehr aufgegeben und die „Rechtskontinuität“, das heißt die formelle Gültigkeit der 1848 in Ungarn bestehenden Gesetze werde anerkannt. Allerdings verlangt die Regierung Belcredi in Wien (vgl. 27. Juli 1865), daß diese Gesetze vor ihrer Wiedereinführung einer Revision unterworfen werden. Die ungarischen Stände dagegen dringen auf die umgekehrte Reihenfolge, da nur so von Kontinuität gesprochen werden könne.²⁸

*BUDAPEST

LANDTAGS-
ERÖFFNUNG
DURCH KAISER
FRANZ JOSEPH

„RECHTSKON-
TINUITÄT“*

22. Dezember 1865

Ein weiterer Ukas des russischen Zaren (vgl. 26. November 1865) verbietet Personen polnischer Abstammung den Erwerb von Gütern in den westlichen Gouvernements Rußlands, also in Polen. Polnische Edelleute, deren Güter mit Beschlag belegt sind, müssen diese entweder an Nichtpolen verkaufen oder gegen Güter im Inneren Rußlands vertauschen. Gleichzeitig werden zahlreiche Polen zur Auswanderung in innerrussische Gouvernements veranlaßt und dafür in Polen russische und deutsche Siedler angesetzt. In den Regierungsbehörden und an der Universität Warschau wird die russische Sprache eingeführt.²⁹

*POLEN

VERBOT DES
ERWERBS VON
GÜTERN
DURCH POLEN

UMSIEDLUN-
GEN / RUSSIFI-
ZIERUNG*

24. Dezember 1865

In Pulaski, einer Kreisstadt im Süden von Tennessee/USA gründen sechs junge Leute, ehemalige Soldaten der Südstaaten-Konföderation, den Geheimbund des *Ku-Klux-Klan*, der rasch um sich greift und in den Südstaaten ungewöhnlich zahlreiche Mitglieder gewinnt. Ursprünglich dem Schutz der Witwen und Waisen der Gefallenen im Sezessionskrieg gewidmet, wird der Bund in den folgenden Jahren dazu übergehen, die Neger bei der Ausübung des Wahlrechtes zu beunruhigen, dann sie gewaltsam zu verfolgen und ein regelrechtes Terrorssystem mit weit verbreiteter Lynchjustiz zu begründen.³⁰

*PULASKI/USA

GRÜNDUNG
DES KU-
KLUX-KLAN

NEGER-
VERFOLGUNG

LYNCHJUSTIZ*

noch 1865 (ohne nähere Datierung)

BOLIVIEN

In Bolivien wird nach vierjähriger Regierungszeit der Präsident *de Acha* (vgl.: noch Oktober 1861) durch einen Aufstand *Melgarejos* vertrieben. Melgarejo wird fast von ganz Bolivien als neuer Präsident anerkannt. Es gelingt ihm auch, einen Aufruhr des früheren Präsidenten *Belzu* (vgl. noch August 1855) niederzuschlagen. Belzu selbst wird erschossen. Aber auch Melgarejo wird wieder vertrieben werden, und sein Nachfolger, Morales, wird einem Mord zum Opfer fallen. Es wäre menschlich verständlich, wenn junge Südamerikaner wenig Neigung zeigen würden, sich mit der Geschichte ihrer Staaten zu beschäftigen.³¹

STURZ

DE ACHAS

MELGAREJO

PRÄSIDENT

BEZU

ERSCHOSSEN

MELGAREJO VER-

TRIEBEN USW.

BEBEL WIRD MARXIST

August *Bebel*, einer der jungen Führer der bis dahin demokratischen Arbeiterbewegung in Sachsen, geborener Kölner, wird durch *Wilhelm Liebknecht* mit dem internationalen Sozialismus des Karl Marx bekannt gemacht und zu einem überzeugten, erfolgreichen Agitator dieser Lehre. In kurzer Zeit wird er zunächst die sächsische Arbeiterschaft dafür gewinnen, ab 1867 als sozialdemokratischer Abgeordneter auch über Sachsen hinaus wirken. Liebknecht ist erst 1862, nach der Amnestierung der Revolutionäre von 1848/49, aus England nach Sachsen zurückgekehrt.³²

(DURCH

LIEBKNECHT)

WIRKSAMKEIT IN SACHSEN

USA (GESAMT)

DEZIMIERUNG DER INDIANER

BINNEN

90 JAHREN

AUF EIN

DRITTEL

METHODEN

DER PLAN-

MÄSSIGEN

AUSROTTUNG

(GENOCID)

Von den schätzungsweise 850 000 Indianern im Gebiet der USA zur Zeit von deren Gründung (1776) sind im Jahr 1865 nur noch wenig mehr als ein Drittel (erste offizielle Zählung: 294 000) übrig geblieben. Bis zum Jahre 1900 werden sie im Gebiet der Vereinigten Staaten weiter auf 235 000 zurückgehen. Die Methoden zu ihrer planmäßigen Ausrottung werden auch weiterhin dieselben bleiben: militärische Bekämpfung, Verseuchung mit Krankheiten, Förderung des Alkoholismus, dem sie in der vollkommenen Ausweglosigkeit ihrer Situation um so leichter verfallen, Zerstörung der Jagdgründe, Deportation, zwangsweise Auflösung ihrer altüberlieferten Gemeinschaftsformen, Zusammenpferchen in Reservationen, die keine Lebensmöglichkeiten bieten.³³

1866

27. März 1866

In den USA legt Präsident Johnson, der Nachfolger des ermordeten Lincoln, sein Veto gegen die Civil Rights Bill ein, gegen das Gesetz, das grundsätzlich allen Bürgern der Vereinigten Staaten die gleichen Rechte einräumt, auch den freigelassenen Neger. Doch wird sich der Kongreß fünf Tage später über das Veto des Präsidenten hinweg und das Gesetz in Kraft setzen. Nur die Indianer werden nicht davon betroffen. Sie bleiben nach wie vor Menschen zweiter Klasse und erhalten die Bürgerrechte nicht. Sie müssen hinter den Negern zurückstehen.¹

USA

CIVIL
RIGHTS BILL

31. März 1866

Im Verlauf des chilenisch-peruanischen Krieges gegen Spanien (vgl. 26. November und 5. Dezember 1865) beschießt eine spanische Flottille unter dem Befehl des Admirals Nuñez mehrere Tage lang die offene Stadt Valparaiso, nachdem sie zuvor das vereinigte Geschwader der Chilenen und Peruaner in der Ancud-bai angegriffen hat. Doch führen beide Unternehmungen zu keinem nachhaltigen Erfolg. Vgl. hierzu auch 2. Mai 1866.²

CHILE-
SPANIEN

BESCHIESSUNG
VALPARAISO

8. April 1866

In Berlin unterzeichnen Bismarck und der italienische General Govone einen preußisch-italienischen Bündnisvertrag, dessen Artikel 2 lautet: „Wenn die Unterhandlungen, welche S.M. der König von Preußen mit den anderen deutschen Regierungen in Absicht auf eine den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Reform der Bundesverfassung eröffnet hat, scheitern sollten und infolgedessen S.M. in die Lage käme, die Waffen zu ergreifen, um seine Vorschläge zur Geltung zu bringen, so wird S. ital. Majestät, nach der von Preußen ergriffenen Initiative, sobald sie davon benachrichtigt sein wird, in kraft des jetzigen Vertrages, den Krieg gegen Österreich erklären.“ Artikel 4 bestimmt ausdrücklich, die gegenseitige Zustimmung zu einem Waffenstillstand oder Friedensschluß mit Österreich könne „nicht verweigert werden, wenn Österreich eingewilligt hat, an Italien das lombardisch-venezianische Königreich und an Preußen österreichische Landstriche, die an Bevölkerung diesem Königreich gleichwertig sind, abzutreten“. Laut Artikel 5 erlischt der Vertrag drei Monate nach seiner Unterzeichnung, also am 8. Juli 1866, wenn Preußen bis dahin nicht den Krieg an Österreich erklärt hat.³

PREUSSISCH-
ITALIENISCHER
BÜNDNIS-
VERTRAG
GEGEN
ÖSTERREICH

9. April 1866

DEUTSCHER
BUNDESTAG
FRANKFURT
LEHNT ANTRAG
PREUSSENS AB

Im deutschen Bundestag in Frankfurt stellt Preußen den Antrag, den Bund durch Einsetzung eines deutschen Parlamentes auf der Grundlage des Wahlgesetzes von 1849 (allgemeines gleiches Wahlrecht) zu reformieren. Die preußische Regierung weiß, daß dieser Antrag für Österreich nicht annehmbar ist. Er wird erwartungsgemäß in der Bundesversammlung abgelehnt. Beide Seiten treffen militärische Rüstungsmaßnahmen und der Krieg ist so gut wie unausweichlich geworden. Preußens Versuche, Bayern und Hannover auf seine Seite zu ziehen, werden scheitern, Sachsen wird sich Österreich anschließen.⁴

16. April 1866

PETERSBURG

ATTENTAT
AUF
ALEXANDER II.

Am Eingang zum Schloßgarten in Petersburg gibt ein junger Russe namens Dimitrij V. Karakosow einen Pistolenschuß auf Zar *Alexander II.* ab, trifft ihn aber nicht, da ein anderer, ebenfalls junger Handwerker, Kommissarow, ihm den Arm fortschlägt. Die Anteilnahme des Auslandes an der glücklichen Rettung des Zaren wird beträchtlich sein. Kommissarow wird in den Adelsstand erhoben und mit Gütern belehnt werden. Der Zar aber wird durch das Attentat in seiner zentralistischen Politik noch bestärkt. Vgl.: noch Juni 1866.⁵

2. Mai 1866

PERU
SPANIEN

ANGRIFF AUF
CALLAO
ABGEWEHRT

Der spanische Admiral *Nuñez* (vgl. 31. März 1866) versucht mit seiner Flottille, die peruanische Küstenstadt Callao, den Hafen der Hauptstadt Lima, in seine Gewalt zu bringen, muß aber sein Vorhaben nach vierstündiger Beschießung der starken Befestigungen erfolglos aufgeben. Seine Schiffe werden schwer beschädigt, er selbst verwundet. Mit seinem Abzug von Callao ist tatsächlich die Küstenblockade durch Spanien aufgehoben. In Peru wird Oberst *Prado* (vgl. 5. Dezember 1865) im August desselben Jahres mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt werden, nachdem schon zuvor alle Spanier aus Peru und Bolivien ausgewiesen wurden.⁶

22. Mai 1866

RUMÄNIEN

FÜRST CAROL I.

Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, der Sohn des preußischen Ministerpräsidenten, zieht in Bukarest ein und besteigt als Fürst Carol I. den rumänischen Thron. Er ist auf Empfehlung Napoleons III. von Frankreich durch Volksabstimmung der rumänischen Bevölkerung gewählt worden. Die neue Verfassung

räumt ihm ein Vetorecht gegenüber dem Zwei-Kammer-Parlament ein. Der Sultan des Osmanischen Reiches, zu dem Rumänien noch gehört, wird die Wahl im Herbst 1866 anerkennen.⁷

10. Juni 1866

Der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck wendet sich in einem Rundschreiben an die übrigen deutschen Regierungen mit dem Vorschlag, den Deutschen Bund — unter Ausschuß Österreichs — neu zu ordnen. Tags darauf wird die österreichische Regierung in Frankfurt den Antrag stellen, das Bundesheer gegen Preußen zu mobilisieren. Daraufhin wird Preußen am 14. Juni den Bundestag für erloschen erklären und damit den Kriegszustand herbeiführen, der bereits sechs Wochen später wieder beendet sein wird. Vgl. 3. Juli 1866 und 26. Juli 1866.⁸

12. Juni 1866

In Wien unterzeichnen der Herzog von Gramont für Frankreich und Graf Mensdorff für Österreich einen *französisch-österreichischen Geheimvertrag* „in der Voraussicht auf Ereignisse, die in Europa eintreten könnten“. Darin verpflichtet sich die französische Regierung zur strikten Neutralität für den Fall, daß in Deutschland Krieg ausbricht, sowie zum nachdrücklichen Bemühen, auch Italien zu einer neutralen Haltung zu veranlassen (vgl. 8. April 1866). Österreich seinerseits verpflichtet sich, im Falle eines österreichischen Sieges in Deutschland Venetien an Frankreich abzutreten, im Falle eines österreichischen Sieges in Italien den Vorkriegszustand dort nicht zu verändern, solange Italien mit Frankreich verbündet ist. Sollten sich durch den Kriegsverlauf die Machtverhältnisse unter den deutschen Staaten verschieben, so verpflichtet sich Österreich, Frankreich zu konsultieren, bevor es Gebietsveränderungen zustimmt, die das europäische Gleichgewicht zu stören geeignet sind. Eine *Zusatznote* zu diesem Geheimvertrag enthält Bestimmungen über die Unantastbarkeit des Kirchenstaates, über eine Garantie der eventuellen neuen österreichisch-italienischen Grenzen u. a. Von besonderem Interesse sind die §§ 6 und 7 der Zusatznote: siegt Österreich, so „wird die französische Regierung allen durch Österreich eroberten Gebietszuwachs sanktionieren, vorausgesetzt, daß er das europäische Gleichgewicht nicht stört, indem er eine österreichische Hegemonie begründet, die Deutschland unter einer einzigen Autorität einigen würde“. (Letzteres würde Frankreich nicht zulassen können.) „Im Falle von Gebietsveränderungen wird die österreichische Regierung bei Rückbehalt der verlorenen Souveränitätsrechte der Prinzen des Kaiserlichen

PREUSSEN-
ÖSTERREICH

KONFLIKT
IM DEUTSCHEN
BUND

FRANZÖSISCH-
ÖSTER-
REICHISCHER
GEHEIM-
VERTRAG

ZUSATZNOTE

Hauses Kompensationen wo auch immer fordern, ausgenommen in Italien.“ (Artikel 7)

*RHEINISCHER
PUFFERSTAAT*

Damit ist, wie aus einer unverbindlichen mündlichen Erklärung des österreichischen Unterhändlers, des Grafen Mensdorff, (Dokument 148) hervorgeht, die Schaffung eines rheinischen Pufferstaates gemeint, der nicht mehr zum Deutschen Bund gehören soll, eines der Hauptziele der französischen Diplomatie (vgl. 28. Juni 1862).⁹

13. Juni 1866

*USA
CIVIL
RIGHTS BILL
ZUR
VERFASSUNG*

In den USA wird die Civil Rights Bill (vgl. 27. März 1866), die den Negern Bürgerrechte verleiht, den Indianern aber nicht, als vierzehntes Amendment zur Verfassung vom 17. September 1787 den einzelnen Staaten der Union zur Ratifizierung zugeleitet. Artikel 1 der „Bill of Rights“ von Virginia (vom 12. Juni 1776), die der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zugrunde liegt, besagt bereits: „Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig . . .“ Er ist bis heute in den USA nicht verwirklicht worden.¹⁰

*USA
BETRUG
AN DEN
SIOUX-
INDIANERN
RED CLOUD*

Im Fort Laramie am Oberlauf des North Platte River in den USA führt Oberst Maynadiers Scheinverhandlungen mit den bedeutendsten Häuptlingen der Sioux-Indianer, Mahpina-luta (von den Amerikanern Red Cloud genannt) vom Stamm der Oglala-Dakotas und Sinte-Galeshka (Spotted Tail) Häuptling der Brulé-Sioux. Die Verhandlungen, bei denen man den Häuptlingen das Gebiet nördlich des North Platte River abhandeln will, dauern bereits eine Woche an, da trifft Oberst Henry B. Carrington mit siebenhundert Offizieren und Soldaten des 18. Infanterieregiments und einer Wagenkolonne mit Baumaterial beim Fort Laramie ein. Er hat den Auftrag, weitere Forts am sogenannten Bozeman Road, dem Weg nach Montana, im Gebiet des Powder River zu bauen. Dieses Gebiet ist für die Sioux als der letzte ihnen verbliebene Jagdgrund lebenswichtig. Da Carrington seinen Auftrag offen zugibt, erkennen die Häuptlinge, daß die Verhandlungen nur eine hinhaltende Irreführung waren. Mahpinaluta (Red Cloud) wird das tags darauf Maynadiers vorwerfen und mit seinen Oglalas das Fort Laramie verlassen.¹¹

15. Juni 1866

*KRIEG
PREUSSEN-
ÖSTERREICH*

Zwischen Österreich und Preußen bricht der beiderseits erwartete und vorbereitete Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland aus. Auf der Seite Preußens stehen nur die kleineren norddeutschen Staaten, auf der Seite Österreichs dagegen Baden, Bayern, Han-

nover, Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Meiningen, Nassau, Reuß ält. Linie und Sachsen. Dafür tritt allerdings Italien gleichzeitig in den Krieg gegen Österreich ein, aufgrund des italienisch-preußischen Bündnisses vom 8. April 1866 (vgl. dort), und bindet einen Teil der österreichischen Streitkräfte.

16. Juni 1866

Die preußische Regierung richtet an 19 norddeutsche Staaten gleichlautende Noten und bietet ihnen, da der bisherige Deutsche Bund erloschen ist (vgl. 10. Juni 1866), die Bildung eines neuen Bundes an. Nur zwei der angesprochenen Regierungen werden den Vorschlag ablehnen, Sachsen-Meiningen und Reuß, ältere Linie. Die anderen 17 werden zustimmen und am 18. August 1866 (vgl. dort) den Norddeutschen Bund, das sogenannte „August-Bündnis“, gründen, dem sich im September und Oktober 1866 dann auch die anfangs ablehnenden Staaten sowie Sachsen anschließen werden.¹²

*NORD-
DEUTSCHER
BUND*

24. Juni 1866

In der Schlacht bei *Custoza* südöstlich des Gardasees werden die italienischen Streitkräfte von den österreichischen unter dem Befehl von Erzherzog Albrecht geschlagen. Der italienische Kriegsminister General Lamarmora hat in Gegenwart König Victor Emanuels seine den Österreichern weit überlegene Armee nach Villafranca in der Ebene geführt, ohne sich zugleich des nord-westlichen Höhenzuges zwischen Verona und Peschiera zu versichern, entgegen einem von preußischer Seite (Bernhardi) empfohlenen Plan. Das macht sich Erzherzog Albrecht zunutze.¹³

*ÖSTERREICH-
ITALIEN

SCHLACHT
BEI CUSTOZZA*

3. Juli 1866

Die Entscheidung in dem kurzen österreichisch-preußischen Krieg um die künftige Vorherrschaft in Deutschland wird durch die Schlacht bei *Königgrätz* (Ost-Böhmen) herbeigeführt. Der preußische Generalstabschef Helmuth von *Moltke* führt in Anwesenheit von König Wilhelm die drei preußischen Armeen erst auf dem Schlachtfeld zusammen und gewinnt damit den Sieg über die österreichische und sächsische Streitmacht unter Führung von General *Benedek*. Die hannoversche Armee ist bereits am 29. Juni bei Langensalza zur Kapitulation gezwungen worden. In einer besonders kritischen Situation auf dem Höhepunkt der Schlacht bei Königgrätz wendet sich der König besorgt an Moltke mit der Frage, wie dieser über den Stand der Schlacht denke. Moltke antwortet ohne Zögern: „Euer Majestät gewinnen heute nicht nur die Schlacht, sondern den Feldzug.“¹⁴

*PREUSSEN-
ÖSTERREICH

SCHLACHT BEI
KÖNIGGRÄTZ

MOLTKE*

ÖSTERREICH-
ITALIEN
SEESCHLACHT
BEI LISSA

20. Juli 1866

In der Seeschlacht bei *Lissa* (Vis) an der dalmatinischen Küste besiegt der österreichische Admiral *Tegetthof* die aus Ancona ausgelaufene italienische Flotte unter dem Befehl von Admiral Persano, der seit zwei Tagen bereits versucht, Truppen auf der von österreichischer Küstenartillerie verteidigten Insel zu landen. Nachdem in vierstündigem Gefecht sein Flaggschiff „König von Italien“ durch das österreichische Schiff „Erzherzog Max“ versenkt worden ist, muß Persano sich mit den restlichen Schiffen nach Ancona zurückziehen.¹⁵

WAFFEN-
STILLSTAND
VON
NIKOLSBURG

26. Juli 1866

In *Nikolsburg*/Südmähren unterzeichnen Bismarck für Preußen und Karolyi sowie Brenner für Österreich den Waffenstillstands- und *Präliminarfriedensvertrag*, der den unausweichlich gewordenen Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland beendet und Österreich künftig aus der nationalen Einigung Deutschlands ausschließt. Österreich als der im Kampf Unterlegene verliert das Lombardisch-Venezianische Königreich an Italien, alle Rechte an Schleswig und Holstein an Preußen, hat 40 Millionen Taler Kriegsentschädigung zu zahlen, die Hälfte in bar, anerkennt die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes und stimmt „einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates“ zu. D. h. Österreich wird ein engeres, durch Preußen zu begründendes Bundesverhältnis der deutschen Staaten nördlich der *Mainlinie* ebenso anerkennen wie, „daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einem Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindungen mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden [Vertragspartnern] vorbehalten bleibt“. (Vgl. hierzu 23. August 1866!) Im übrigen bleibt der Territorialbestand der österreichischen Monarchie unverändert. Es hat Bismarck einen schweren Kampf gegen seinen König und gegen das preußische Oberkommando gekostet, diese maßvolle Behandlung und die Erhaltung der Integrität Sachsens durchzusetzen. Er hat geltend gemacht, „wir hätten nicht eines Richteramtes zu walten, sondern *deutsche* Politik zu treiben; Österreichs Rivalkampf gegen uns sei nicht strafbarer als der unsrige gegen Österreich; unsere Aufgabe sei Herstellung und Anbahnung deutschnationaler Einheit unter Leitung des Königs von Preußen“. Vgl. dazu auch 5. August 1866.¹⁶

30. Juli 1866

In New Orleans/USA kommt es zu Rassentumulten. Der Staat Louisiana, dessen größte Stadt New Orleans ist, gehörte im Sezessionskrieg zu den abgefallenen Südstaaten, um deren Sklavenbefreiung es angeblich ging. Die Durchführung der Civil Rights Bill (vgl. 27. März und 13. Juni 1866) stößt in den besiegten Südstaaten auf verzögernden Widerstand, und daran entzündeten sich die Unruhen sowohl der Farbigen, die ihre Bürgerrechte verwirklicht sehen wollen, als auch der Weißen, die gegen das Gesetz opponieren. Die Verhältnisse werden hundert Jahre später im Prinzip noch die gleichen sein.¹⁷

USA
NEW ORLEANS
RASSEN-
TUMULTE

5. August 1866

Die französische Regierung übermittelt Bismarck durch den Grafen Benedetti den *Entwurf* zu einem *Geheimabkommen*, dessen Artikel lauten: „1. das französische Kaiserreich nimmt in Besitz diejenigen Teilgebiete, welche, derzeit zu Preußen gehörig, im Jahre 1814 von Frankreich abgetrennt worden sind. 2. Preußen verpflichtet sich, vom König von Bayern und vom Großherzog von Hessen, unbeschadet der Verpflichtung zur Entschädigung dieser Fürsten, die Abtretung derjenigen Gebiete zu erlangen, welche sie auf dem linken Rheinufer besitzen, und den Besitz daran auf Frankreich zu übertragen. 3. Alle Anordnungen, durch welche die unter der Souveränität des Königs der Niederlande stehenden Gebiete an den Deutschen Bund angeschlossen werden, sind null und nichtig, soweit sie sich auf das Garnisonsrecht in der Festung Luxemburg beziehen.“ Diese maßlosen und offensichtlich die Situation verkennenden Forderungen Kaiser Napoleons III. oder seiner Regierung kommen Bismarck sehr willkommen, da es ihm mit ihrer Hilfe gelingen wird, die süddeutschen Staaten zum Friedensschluß zu bewegen (vgl. 22. August 1866). Er wird den französischen Entwurf daher am 10. August durch Zirkulardepesche an die diplomatischen Vertreter des Norddeutschen Bundes in Berlin *veröffentlichen* und dazu erklären, daß solche Forderung allenfalls „die Folge eines verlorenen Krieges hätte sein können“, und daß Napoleon sein Ziel nur erreichen könne „que ce serait une guerre à coups de révolution“. Bismarck handelt hier und jetzt nicht mehr als preußischer, sondern bereits als deutscher Minister, im Bewußtsein voller nationaler Verantwortlichkeit und in der Gewißheit, vom deutschen Nationalbewußtsein in den deutschen Ländern unterstützt zu werden.¹⁸

FRANZÖSISCHER
ENTWURF FÜR
GEHEIM-
ABKOMMEN
MIT PREUSSEN

ABTRETUNG
DES LINKEN
RHEINUFERS

BISMARCK
LÄSST DAS
ANSINNEN
VER-
ÖFFENTLICHEN

18. August 1866

NORD- DEUTSCHER BUND

MITGLIEDER

OFFENSIV- UND DEFENSIV- BÜNDNIS

Auf Vorschlag der preußischen Regierung hin (vgl. 16. Juni 1866) schließen in Berlin folgende deutsche Staaten einen *deutschen Bündnisvertrag* und begründen damit den *Norddeutschen Bund*: Anhalt, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Preußen, Reuß (jüngere Linie), Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck. (Im September und Oktober werden sich dem Bunde noch anschließen: Hessen, Reuß ältere Linie, Sachsen und Sachsen-Meiningen.) Artikel 1 des Bündnisvertrages lautet: Die vorgenannten Regierungen schließen „ein Offensiv- und Defensivbündnis zur Erhaltung der Unabhängigkeit und Integrität, sowie der inneren und äußeren Sicherheit ihrer Staaten und treten sofort zur gemeinschaftlichen Verteidigung ihres Besitzstandes ein, welchen sie sich gegenseitig durch dieses Bündnis garantieren“. Art. 2 sieht eine Bundesverfassung im Sinne des preußischen Vorschlages vom 10. Juni 1866 (vgl. dort) vor unter Mitwirkung eines gemeinschaftlich zu berufenen Parlaments, das auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 zu wählen sei. Art. 4 stellt die Truppen der verbündeten Staaten unter den Oberbefehl des Königs von Preußen. Art. 6 setzt die Dauer des Bündnisses bis zur Errichtung eines neuen Deutschen Bundes fest, längstens auf ein Jahr. Der Vertrag wird von allen Beteiligten am 8. September in Berlin ratifiziert werden.¹⁹

22. August 1866

PREUSSEN VERTRÄGE MIT SÜDDEUTSCHEN STAATEN

Unter den *zweiseitigen Friedens- und gleichzeitig Bündnisverträgen*, die *Preußen* in der Zeit vom 13. August (Württemberg) bis zum 21. Oktober (Sachsen) mit den einzelnen *süddeutschen* Staaten abschließt, ist von besonderer Bedeutung derjenige mit *Bayern*, den Bismarck und Savigny für Preußen und v. d. Pforden sowie Graf v. Bray-Steinburg für Bayern am 22. August in Berlin unterzeichnen (Berliner Friede). Der entscheidende Artikel 5 lautet: „S. M. der König von Bayern erkennt die Bestimmungen des zwischen Preußen und Österreich zu Nikolsburg am 26. Juli 1866 [vgl. dort!] abgeschlossenen Präliminar-Vertrages an und tritt denselben, soweit sie die Zukunft Deutschlands betreffen, auch Seinerseits bei.“ Der vorerst noch geheime gleichzeitige Bündnisvertrag („Schutz- und Trutzbündnis“) enthält die gegenseitige Garantie der Integrität der beiderseitigen Gebiete und verpflichtet die Vertragspartner, „im Falle eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur

Verfügung zu stellen“. Den Oberbefehl in einem solchen Falle wird, wie im Norddeutschen Bund, der König von Preußen haben. Auch dieser Vertrag wird gleichlautend zweiseitig und geheim mit Baden (17. August), Hessen (3. September) und Württemberg (13. August) geschlossen werden. Er richtet sich gegen die Forderungen des französischen Entwurfs vom 5. August 1866 (vgl. dort!) und bereitet zusammen mit dem norddeutschen Bündnisvertrag vom 18. August (vgl. dort!) zielstrebig und weitblickend die Reichsgründung vom Januar 1871 vor. Mit Bismarck kommt endlich eine klare und konstruktive Linie in die deutsche Politik.²⁰

23. August 1866

In Prag unterzeichnen Freiherr von Werther für Preußen und Freiherr von Brenner-Felsbach für Österreich den *Friedensvertrag*, der den Präliminarfrieden von Nikolsburg (vgl. 26. Juli 1866) vollendet und besiegelt. Das Lombardisch-Venezianische Königreich wird endgültig mit Italien vereinigt. Napoleon III. hat durch Benedetti bereits am 29. Juli dazu seine Zustimmung geben lassen. Österreich schließt sich nunmehr dieser Zustimmung an (Artikel 2). Der bereits in Nikolsburg vorgesehene Verein der süddeutschen Staaten (dort Art. 2) soll nunmehr „eine internationale unabhängige Existenz haben“ (Art. 4). Doch ist dieser Teil des Vertrages zum Zeitpunkt seiner Unterzeichnung bereits durch die zweiseitigen Verträge Preußens mit den einzelnen süddeutschen Staaten, insbesondere den mit Bayern (siehe oben), überholt. Alle Rechte des Kaisers von Österreich an den Herzogtümern Holstein und Schleswig aus dem Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 (vgl. dort) gehen auf den König von Preußen über „mit der Maßgabe, daß die Bevölkerung der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen“. (Art. 5, der bereits in Nikolsburg, dort Art. 3, unter französischem Druck entstandene Zusatz die Abstimmung betreffend, wird am 11. Oktober 1878 durch einen Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Österreich aufgehoben werden.) Der Territorialbestand des Königreichs Sachsen bleibt unverändert. Sachsens Zugehörigkeit zum Norddeutschen Bund wird durch den Friedensvertrag mit Preußen (21. Oktober 1866) geregelt werden. (Art. 6) Die Ratifizierungsurkunden dieses „Friedens von Prag“, mit dem Österreich bis zum Jahre 1938 aus der Entwicklung des künftigen Deutschen Reichsverbandes ausscheidet, werden in Prag am 30. August 1866 ausgetauscht werden.²¹

*FRIEDEN
VON PRAG
PREUSSEN-
ÖSTERREICH*

*SCHLESWIG
UND HOLSTEIN
AN PREUSSEN*

*SACHSEN
ZUM NORD-
DEUTSCHEN
BUND*

25. August 1866

ITALIEN
MAZZINI
GEGEN
WAFFENSTILL-
STANDS-
BEDINGUNGEN
MIT
ÖSTERREICH

Giuseppe *Mazzini*, einst Begründer eines italienisch-national-demokratischen Geheimbundes „La giovane Italia“ (1832 in Marseille), wendet sich in einem Zeitungsartikel gegen die Bedingungen des Waffenstillstandes mit Österreich vom 25. Juli, erklärt den Verzicht Italiens auf die Alpen- und Küstenländer für schmächtig und fordert Istrien, ganz Friaul und Südtirol. Damit umreißt Mazzini bereits das Programm der Irredentabewegung, die elf Jahre später in Neapel von M. R. Imbriani ins Leben gerufen werden wird und den Anschluß der noch „un-erlösten“ Gebiete betreiben wird.

3. September 1866

PREUSSEN
INDEMNITÄTS-
VORLAGE
ANGENOMMEN

Das preußische Abgeordnetenhaus nimmt mit 230 gegen 75 Stimmen die *Indemnitätsvorlage* an. D. h. es erteilt nachträglich der Heeresverstärkung seine Zustimmung, die König Wilhelm I. und der Kriegsminister von Roon 1862 durchgeführt haben ohne wegen der damit verbundenen Ausgaben erst das Parlament zu befragen. Im Mai 1862 war der Landtag aufgelöst worden, weil er diese Maßnahme nicht genehmigen wollte. Darüber entstand der Verfassungskonflikt, in dem der König seine Abdankung erwog, dann aber Bismarck berief, der bereit war, ohne Parlament zu regieren. Dieser Konflikt ist nun beigelegt.

20. September 1866

HANNOVER,
KURHESSEN,
NASSAU,
FRANKFURT
ZU PREUSSEN

Im Vollzug der Vereinbarungen des Friedens von Prag (vgl. 23. August 1866) annektiert Preußen die Länder Hannover, Kurhessen, Nassau und die ehemals reichsfreie Stadt Frankfurt am Main, ebenso die Herzogtümer Holstein und Schleswig durch Verkündung eines entsprechenden Gesetzes. Am selben Tage zieht eine aus Böhmen zurückgekehrte Heeresabteilung unter Führung des Königs in Berlin ein, zwei und einen halben Monat nach dem entscheidenden Sieg von Königgrätz, der die preußische Vormachtstellung und Führung in Deutschland herbeigeführt hat.²²

3. Oktober 1866

FRIEDEN VON
WIEN
ITALIEN-
ÖSTERREICH

In *Wien* unterzeichnen Graf Wimpffen für Österreich und Graf Menabrea für das Königreich Italien den Friedensvertrag („Frieden von Wien“), der den durch das preußisch-italienische Bündnis vom 8. April 1866 (vgl. dort!) zwischen beiden Staaten herbeigeführten Kriegszustand beendet. Obgleich Italien militärisch von Österreich geschlagen wurde (zu Lande bei Custoza und

am 20. Juli in der Seeschlacht von Lissa), erhält es durch Vermittlung Napoleons III. das Königreich Venetien, in dem eine Volksabstimmung nahezu einstimmig für den Anschluß an Italien entscheiden wird.²³

21. Dezember 1866

Fünfzehn Kilometer nördlich des Fort Phil Kearny am Oberlauf des Powder River (Wyoming/USA), in dem kleinen Tal des Peno Creek, vernichten etwa zweitausend Sioux- und Cheyenne-Indianer unter Führung von *Mahpina-luta* (Red Cloud), dem Häuptling der Oglala-Dakotas, eine Kompanie des 18. Infanterie-Regiments Carringtons (vgl. 13. Juni 1866) unter Befehl des Captain William J. Fetterman vollständig. Es kommt dabei zu abscheulichen Grausamkeiten und Verstümmelungen der Soldaten, die aber eine genaue Kopie der durch Chivingtons Leute an Indianerinnen am Sand Creek verübten Verstümmelungen darstellen (vgl. 29. November 1864). Die indianischen Krieger erweisen sich als gelehrige Schüler ihrer weißen Todfeinde. Ihre eigenen Verluste in dem Kampf am Peno Creek sind etwa ebenso hoch wie die Mannschaftsstärke der vernichteten Kompanie. Ziel der Häuptlinge ist es, das Festsetzen der Weißen in dem letzten ihnen noch verbliebenen Jagdgebiet um den Powder River zu verhindern. Natürlich ist es dazu längst zu spät, doch können die Häuptlinge die Stärke der amerikanischen Armee und den Druck der nachflutenden Siedler nicht einmal schätzen.²⁴

USA

SCHLACHT

AM

PENO CREEK

RED CLOUD

KAMPF UM DAS
JAGDGEBIET

AM

POWDER RIVER

9. Februar 1867

Nebraska wird 37. Staat der USA. Er umfaßt rund 200 000 Quadratkilometer südwestlich des mittleren Missouri und um den Platte River. Das Gebiet mußte zunächst, wie alle anderen auch, von der indianischen Urbevölkerung, die unter fortgesetztem Bruch der mit ihren Häuptlingen abgeschlossenen Verträge immer weiter zurückgedrängt und dabei mittelbar oder auch unmittelbar ausgerottet wurde, geräumt werden. Zunächst wurde nur der fruchtbare Osten Nebraskas besiedelt. Der Westen wird erst nach Anlage künstlicher Bewässerung landwirtschaftlich nutzbar werden.¹

USA

NEBRASKA
37. STAAT

12. Februar 1867

In den Staaten des Norddeutschen Bundes (vgl. 18. August 1866) wird aufgrund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ein verfassungsgebender norddeutscher Reichstag gewählt. Dieser wiederum wählt zu seinem ersten Präsidenten jenen offenbar unvermeidlichen Eduard *Simson*, der bereits Präsident der Frankfurter Nationalversammlung war und am 3. April 1849 (vgl. dort!) Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone anbot. Das trug erheblich dazu bei, sie diesem unannehmbar zu machen. In der Geschichte des preußisch-deutschen Parlamentarismus spielen von Anfang an aufdringliche Fremde vom Schlage *Simson* eine auffallend ausschlaggebende Rolle. Das ist kein Zufall und sollte endlich zu denken geben.

WAHL
DES NORD-
DEUTSCHEN
REICHSTAGES

PRÄSIDENT
SIMSON

17. Februar 1867

Das erste Schiff durchfährt den Suezkanal, nachdem die unter der Leitung des französischen Ingenieurs *Lesseps* im Jahre 1859 begonnenen Bauarbeiten soweit gediehen sind, daß die Passage zunächst in einer Richtung möglich ist. Eigentümer des Kanalgebietes wird die 1858 von *Lesseps* gegründete Suezkanal-Gesellschaft für die Dauer von 99 Jahren, von der Fertigstellung 1869 an gerechnet. Die britische Regierung hat sich einen entscheidenden Anteil an den Aktien der Suezkanal-Gesellschaft gesichert.²

SUEZKANAL

ERSTE
DURCHFAHRT

19. Februar 1867

In Montevideo/Uruguay wird der Parteiführer der „Colorados“ und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, *Benancio Flores*, in dem Augenblick, da seine Parteifreunde ihn im Regierungsgebäude zum Präsidenten wählen lassen wollen, von vier Parteigängern

URUGUAY

FLORES
ERMORDET

**NACHFOLGER
MANUEL FLORES**

der „Blancos“ durch Dolchstiche und Schüsse ermordet. Daraufhin richtet sich die Volkswut gegen die gesamte Partei der Blancos und setzt ihre Anhänger blutiger Verfolgung aus. Der Senat überträgt dem Bruder des Ermordeten, *Manuel Flores*, das Präsidentenamt, und dieser verhängt über Uruguay den Kriegszustand und läßt alle Offiziere, die der Blanco-Partei angehören, aus den Armeelisten streichen. Vgl. auch 22. Februar 1868.³

noch Februar 1867

**UNGARN
RESTAURATION
DES
KÖNIGREICHES**

Der neu ernannte Chef der österreichischen Regierung, Friedrich Ferdinand Graf von *Beust* vereinbart mit dem Führer der magyarischen Partei in Ungarn, dem ehemaligen liberalen Justizminister der ungarischen Regierung von 1848 Franz *Deák* v. Kehida, die *Wiederherstellung des Königreiches Ungarn*, einschließlich Siebenbürgen, Kroatien und der Militärgrenze, mit den alten Rechten, die durch die Revolution von 1848/49 als verwirkt galten. Ungarn erhält wieder einen eigenen Reichstag, ein eigenes Ministerium und schließt ein Zoll- und Handelsbündnis mit Österreich, das alle zehn Jahre erneuert werden soll. Gemeinsam für die gesamte „österreichisch-ungarische Monarchie“ bleiben das Heer, mit deutscher Kommandosprache, die auswärtige Politik und die Finanzpolitik. Aus den beiden Reichstagen treten jährlich je 60 Abgeordnete zur Beschlußfassung über gemeinsame Angelegenheiten abwechselnd in Wien und Budapest zusammen. Nach dem Grenzfluß *Leithe* wird Österreich *Cisleithanien* und Ungarn *Transleithanien* genannt. Ministerpräsident für Ungarn wird der magyarische Nationalist *Julius Graf Andrássy*. Er wird 1871 das gemeinsame Außenministerium übernehmen. Vgl. 8. Juni 1867.⁴

**ÖSTERREICH-
UNGARISCHE
DOPPEL-
MONARCHIE**

12. März 1867

**MEXIKO
ABZUG DER
FRANZÖSISCHEN
TRUPPEN**

Die letzten französischen Truppen verlassen auf Drängen der Regierung der Vereinigten Staaten hin Mexiko. Damit ist das Schicksal des Habsburger Kaisers *Maximilian* endgültig besiegelt. „Kaiser“ *Napoleon III.*, der sich in seiner Jugend selbst an gegen die Monarchien gerichteten Geheimbünden (*Carbonari*) beteiligt hat, überläßt *Maximilian* kaltlächelnd der Rache des *Juarez*, nachdem er ihn zunächst für seine ehrgeizigen imperialen Pläne in Mexiko mißbraucht hat. Es gibt keine Gemeinsamkeit zwischen den alten Dynastien und dem Emporkömmling.⁵

29. März 1867

KANADA

Das britische Parlament beschließt die „*British North America Act*“, mit der das „*Dominion of Canada*“ (etwa ein Fünftel

des heutigen Kanada) begründet wird. Die Halbinsel Neuschottland und das Territorium Neubraunschweig an der Atlantikküste, beide vor 1713 zu Französisch-Akadien gehörend, werden nunmehr mit dem vorwiegend britisch besiedelten Ontario (südlicher Teil) und dem vorwiegend französisch besiedelten Quebec vereinigt. Der Dominion-Status bannet die Gefahr einer Sezession der französisch sprechenden Gebiete.⁶

**BRITISCHES
DOMINION**

30. März 1867

In Washington unterzeichnen William H. Seward für die USA und Edouard de Stoeckl für Rußland den *Alaska-Vertrag*, in dem Rußland Alaska und das Seegebiet nördlich von Alaska bis zum Nordpol für 7,2 Millionen Dollar in Gold an die USA verkauft. Als Ostgrenze Alaskas soll die in der britisch-russischen Konvention vom 28. Februar 1825, Artikel III und IV, vereinbarte Linie gelten. (Sie bildet dort noch heute die Grenze zwischen den USA und Kanada.) Die beiderseitige Ratifizierung des Vertrages wird bereits am 20. Juni 1867 proklamiert werden. Anschließend werden die russischen Truppen zurückgezogen und die Befestigungen an die amerikanische Armee übergeben werden (Art. 5). Die Bewohner können binnen drei Jahren nach Rußland zurückkehren, andernfalls erhalten sie die amerikanische Staatsangehörigkeit, ausgenommen die Eingeborenen, die einer besonderen Gesetzgebung unterliegen (Art. 3). Die Kaufsumme ist binnen zehn Monaten nach der Ratifizierung an den bevollmächtigten Vertreter des Zaren in Washington zu zahlen (Art. 6). Anlaß zum Verkauf gibt die Sorge der russischen Regierung, Alaska gegenüber dem erstarkenden Kanada verteidigen zu müssen. Vgl. 29. März 1867 (siehe oben).⁷

ALASKA

**KAUFVERTRAG
RUSSLAND —
USA**

16. April 1867

Der Reichstag des Norddeutschen Bundes (vgl. 12. Februar 1867) nimmt nach sieben Wochen währenden Verhandlungen mit 230 gegen 53 Stimmen die Verfassung des *Norddeutschen Bundesstaates* an. Danach gehören diesem sämtliche deutschen Staaten nördlich des Mains (*Mainlinie*) an, geben sich gemeinsame Bundesgesetze und vereinigen ihr Militärwesen unter der obersten Führung Preußens. Ihre Angehörigen genießen allgemeines Reichsbürgerrecht und das Recht der freien Niederlassung. Neben dem Reichstag tritt ein Bundesrat, in dem ein von Preußen ernannter *Bundeskanzler* (Graf Bismarck) den Vorsitz führt.⁸

**NORDDEUTSCHE
BUNDESSTAATS-
VERFASSUNG**

Unweit vom Fort Larned (heute Kinsley, am Oberlauf des Arkansas River, Kansas/USA), am Pawnee Creek, läßt General

USA

**AUSHUNGERUNG
DER SÜDLICHEN
CHEYENNE-
INDIANER**

**GENERAL
HANCOCK**

Winfield Scott *Hancock* ein Lager der südlichen Cheyenne-Indianer, die gekommen waren, um mit ihm zu verhandeln, vollständig zerstören. 251 Zelte (Wigwams), 962 Büffelleder, 436 Sättel, Hunderte von Fellen und Matten, Lassos und Kochgeräte werden verbrannt. Frauen und Kinder konnten sich vor der Zerstörung noch in Sicherheit bringen, aber der Teil-Stamm verliert seinen gesamten Besitz und hat keine Überlebenschancen mehr. Der Vorgang ist kennzeichnend.⁹

11. Mai 1867

**LUXEMBURG
GARANTIE DER
NEUTRALITÄT**

In London beschließt die Konferenz der Großmächte, einschließlich Italiens, das hier erstmals als sechste Großmacht anerkannt wird, die *Neutralität* des Großherzogtums Luxemburg gemeinsam zu garantieren. Das Herzogtum soll auch weiterhin der Souveränität des Königs von Holland unterstehen und im Deutschen Zollverein verbleiben. Die Stadt Luxemburg soll von der preußischen Besatzung geräumt, ihre Festungswerke sollen geschleift werden. Dieser Beschluß stellt eine politische Niederlage Napoleons III. dar, der sich daraufhin auf einen militärischen Zusammenstoß mit Preußen vorbereiten wird.¹⁰

14. Mai 1867

**MEXIKO
KAISER
MAXIMILIAN
IN
GEFANGEN-
SCHAFT**

In der Festung Queretaro in Mexiko öffnet Oberst Miguel *Lopez*, durch eine Geldsumme bestochen, dem republikanischen General *Escobedo* und seiner Mannschaft das Tor zur Zitadelle, in der sich Kaiser *Maximilian* mit seinen Getreuen bis zuletzt verteidigt hat. *Escobedo* läßt den General *Mendez* aus der Begleitung des Kaisers auf der Stelle erschießen und stellt *Maximilian* selbst sowie die anderen kaisertreuen Offiziere unter Aufsicht, bis weitere Befehle vom Präsidenten *Juarez* aus San Luis Potosi eintreffen werden. In Queretaro wird ein Kriegsgericht zusammentreten, obgleich der Tod *Maximilians* längst beschlossene Sache ist. Vgl. 19. Juni 1867.¹¹

20. Mai 1867

**GROSS-
BRITANNIEN
FRAUEN-
WAHLRECHT
ABGELEHNT**

Das britische Parlament lehnt einen von John Stuart *Mill* eingebrachten Gesetzesantrag ab, den Frauen das Wahlrecht zu verleihen. Die Ablehnung gibt den ersten Anstoß zur Entstehung der englischen Frauenrechtlerinnen-(Suffragetten-)Bewegung. Erst 1869 werden Frauen, die Steuerzahlerinnen sind, das kommunale Wahlrecht erhalten. Das aktive Wahlrecht zum Unterhaus werden sich die Engländerinnen erst im Februar 1918 erkämpfen haben, und auch dann nur diejenigen, die einen eigenen Haushalt haben.¹²

noch Mai 1867

In Moskau wird eine slawisch-ethnographische Ausstellung eröffnet, an der sich auch die Slawen aus der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie beteiligen. Im Zusammenhang damit tagt ein Slawenkongreß, an dem die Polen nicht teilnehmen und auf dem sich der Panslawismus russischer Prägung durchsetzt. Von da an wird im Inneren des russischen Einflußgebietes unter Panslawismus die Russifizierung verstanden und betrieben werden. Nach außen hin wird man die „Befreiung“ der Balkan-slaven vertreten und damit eine zunehmend feindliche Haltung gegenüber Österreich sowie auch gegenüber dem Deutschtum einnehmen.¹³

MOSKAU

*PANSLAWISTEN-
KONFERENZ*

6. Juni 1867

Zar Alexander II. wird bei einem Staatsbesuch in Frankreich, den er nur ungern unternommen hat und bei dem die französische Bevölkerung wiederholt ihre Sympathie für die unterdrückten Polen zum Ausdruck bringt, von einem jungen Polen namens *Berezowsky* bei einer Wagenfahrt, zusammen mit Kaiser Napoleon III., mit der Pistole beschossen. Es wird niemand verletzt. Aber die Haltung des Zaren gegenüber den polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen wird durch den Vorfall nicht nachgiebiger oder versöhnlicher gestimmt.¹⁴

FRANKREICH

*ATTENTAT
AUF ZAR
ALEXANDER II.*

8. Juni 1867

In Budapest werden Kaiser Franz Joseph von Österreich und die Kaiserin Elisabeth nach dem alten ungarischen Zeremoniell zum König und zur Königin von Ungarn gekrönt. Die Feierlichkeiten bilden den Abschluß der Wiederherstellung des Königreiches (vgl.: noch Februar 1867). Gleichzeitig wird das ungarische Ministerium *Andrássy* in sein Amt eingesetzt. Diese Restauration Ungarns ist nicht zuletzt aus finanziellen Gründen notwendig geworden, nachdem die österreichische Staatskasse durch den Krieg von 1866 in gefährlichem Grade entleert worden war.¹⁵

UNGARN

*KÖNIGS-
KRÖNUNG
KAISER
FRANZ JOSEPHS*

*REGIERUNG
ANDRASSY*

19. Juni 1867

In Querétaro in Mexiko wird Kaiser *Maximilian* standrechtlich erschossen, der Bruder Kaiser Franz Josephs von Österreich. Er war nach dem Abzug der französischen Truppen aus Mexiko (vgl. 12. März 1867) nahezu schutzlos seinen Feinden preisgegeben und fiel durch Verrat in den Reihen seiner unmittelbaren Umgebung in die Hände des von den USA unterstützten

MEXIKO

*KAISER
MAXIMILIAN
ERSCHOSSEN*

STADT MEXIKO
IN DEN
HÄNDEN
DER
REPUBLIKANER

EINZUG
JUAREZ'

mexikanischen Präsidenten Juarez. Er fällt als Opfer der ehrgeizigen Weltmachtpolitik Napoleons III.¹⁶

Am selben Tage fällt auch die Hauptstadt Mexiko in die Hände der Republikaner, nachdem General *Marquez*, der Oberkommandierende der kaiserlichen Truppen, den Befehl niedergelegt hat und heimlich geflohen ist. Er hat in den letzten Wochen unter Mißbrauch des kaiserlichen Namens ein Schreckensregiment in der Hauptstadt geführt, das natürlich Maximilian zur Last gelegt wurde. Acht Tage später wird, als letzter Stützpunkt der Kaiserlichen, auch Vera Cruz fallen, und am 15. Juli wird Präsident Juarez nach langjähriger Verbannung seinen Einzug in Mexiko halten.¹⁷

25. November 1867

USA
ANKLAGE
GEGEN
PRÄSIDENT
JOHNSON

Ein Sonderausschuß des Kongresses der USA in Washington kommt zu dem Ergebnis, daß der derzeitige Präsident Andrew Johnson, der Nachfolger des ermordeten Lincoln, „schwerer Verbrechen und Vergehen angeklagt werden soll“. Es handelt sich offenbar um einen Versuch, Licht in die Hintergründe des Attentates auf Lincoln zu bringen, der ebenso erfolglos bleiben wird, wie hundert Jahre später der Versuch, die Ermordung Kennedys aufzuklären. Johnson wird nicht angeklagt werden, sondern bis 1869 im Amt bleiben.¹⁸

13. Dezember 1867

IRLAND
SPRENGUNG
IN
CLERKENWELL

„FENIER“

In *Irland* sprengen Angehörige der in den USA gegründeten Unabhängigkeitsbewegung der *Fenier* die Mauer des Gefängnisses von Clerkenwell. Zahlreiche Menschen werden durch die Explosion getötet und verstümmelt. Unter dem Eindruck dieser Gewalttat lassen sich an die 40 000 freiwillige Hilfspolizisten („Schutzmänner“) verpflichten. Der Rädelsführer der *Fenier* in Irland, Stephens, ist zuvor aus der Haft entflohen. Eine Welle von Brandstiftungen und Mordanschlägen zieht über das Land. Vgl. auch 26. Juli 1869.¹⁹

noch 1867 (ohne nähere Datierung)

GROSS-
BRITANNIEN
PARLAMENTS-
REFORM
D'ISRAELIS

In Großbritannien setzt der Führer der Konservativen (seit 1848), der Schatzkanzler in der Regierung Lord Derbys, Benjamin *Disraeli* (ein 1817 als Dreizehnjähriger vom mosaïschen Glauben zur anglikanischen Kirche übergetretener Jude), die *zweite Parlamentsreform* durch. Durch sie wird jedem Inhaber einer städtischen Wohnung, also auch den städtischen Arbeitern (noch nicht den Landarbeitern) das Wahlrecht erteilt. Die Anzahl der Wahlberechtigten wächst von etwa einer Million auf anderthalb Millionen.

4. Januar 1868

In *Japan* stellt der jugendliche Kaiser *Mutsuhito*, mit fünfzehn Jahren zur Regierung gekommen, die seit 260 Jahren unterdrückte Kaisergewalt wieder her, übernimmt wieder in eigener Person auch die weltliche Herrschaft, stellt sie unter die Devise des „*Meiji*“ („erleuchtete Regierung“) und veranlaßt den letzten Shogun aus der erblichen Hausmeier-Dynastie *Tokugawa* zum Rücktritt. Er wird das mittelalterliche Lehens- und Vasallenverhältnis aufheben, den kaiserlichen Hof von Kyoto nach Tokio verlegen, wirtschaftliche und soziale Reformen einleiten und aufgrund einer neuen Verfassung ein Parlament zulassen. Er wird 45 Jahre lang an der Regierung bleiben.

JAPAN

KAISER
MUTSUHITO

WIEDER-
HERSTELLUNG
DER
KAISERGEWALT

22. Februar 1868

In Montevideo/Uruguay stirbt der provisorische Präsident Manuel Flores (vgl. 19. Februar 1867). Mit ihm sterben in kurzen Zeitabständen einundzwanzig prominente Anhänger seines 1867 ermordeten Bruders Benancio. Ob sie vergiftet wurden oder der Cholera erlagen, bleibt ungeklärt. Ein Racheakt der entmachteten Blanco-Partei scheint nahe zu liegen. Jedenfalls nimmt diese den Kampf wieder auf und Uruguay wird in den folgenden Jahrzehnten das Feld ewigen Parteihaders sein, der sich zuweilen zum Bürgerkrieg steigert.¹

URUGUAY

TOD DES
MANUEL FLORES

BÜRGERKRIEG

5. März 1868

Nachdem zehn Tage zuvor das amerikanische Repräsentantenhaus beschlossen hat, den Präsidenten Johnson „schwerer Verbrechen und Vergehen“ anzuklagen (vgl. 25. November 1867) und den Senat als Gericht einzusetzen, tritt dieser nunmehr tatsächlich zu diesem Zweck zusammen und lädt den Präsidenten zur Vernehmung vor. Doch wird am 26. Mai der Senat es ablehnen, den Präsidenten im Sinne der Anklage für schuldig zu erklären. Johnson wird bis zum 3. März 1869 im Amt bleiben.²

USA

VORLADUNG
DES
PRÄSIDENTEN
JOHNSON
VOR DEN SENAT

13. April 1868

In *Abessinien* erstürmen britische Streitkräfte unter dem Befehl von Sir Robert Napier die Festung *Magdala*. Dabei findet der abessinische König *Theodoros*, der britische Missionare und Staatsangehörige hat in Haft nehmen lassen und den Einspruch der britischen Regierung zurückwies, den Tod. Seine Söhne werden von den Engländern unter Aufsicht gestellt. Die britischen

ABESSINIEN
BRITEN
ERSTÜRMEN
MAGDALA
TOD KÖNIG
THEODOROS'

Gefangenen können unversehrt befreit werden. Der Einfluß Großbritanniens in Abessinien wird auf absehbare Zeit maßgeblich bleiben.³

30. April 1868

BERLIN
DEUTSCHES
ZOLL-
PARLAMENT

In Berlin tritt ein deutsches *Zollparlament* zu seinen ersten Beratungen zusammen, an denen auch die süddeutschen Staaten Baden, Bayern, Hessen-Darmstadt und Württemberg teilnehmen. Dieses Zollparlament ist dadurch zustande gekommen, daß die süddeutschen Staaten sowohl im norddeutschen Bundesrat durch eigene Bevollmächtigte als auch im norddeutschen Reichstag durch eigene Abgeordnete bei den Verhandlungen über eine gemeinsame Zollgesetzgebung vertreten sind. Damit wird neben den Bündnisverträgen (vgl. 22. August 1866) ein zweites Band zwischen nord- und süddeutschen Staaten geknüpft.⁴

7. Juli 1868

SPANIEN
GONZALES
BRAVO
LÄSST
GENERÄLE
INTERNIEREN
ERNEUTE
REVOLUTION

In Spanien läßt der neue Ministerpräsident *Gonzalez Bravo* (Nachfolger von Narvaez, Herzog von Valencia) mehrere einflußreiche Generale verhaften und auf den balearischen bzw. canarischen Inseln internieren. Damit löst er eine erneute Revolution aus. Liberale Union, Progressisten und Demokraten schließen sich zusammen. Im September wird in Cádiz der Admiral Topete, bei dem sich die verbannten Generale eingefunden haben, ein Revolutionsmanifest erlassen, dem sich Sevilla und andere Städte anschließen. Die Königin Isabella II. wird zwar Gonzalez Bravo entlassen, doch zu spät. (Vgl. weiter 4. Oktober 1868.)⁵

25. Juli 1868

USA
TERRITORIUM
WYOMING

Der nordamerikanische Kongreß beschließt, aus Teilgebieten von Dakota, Utah und Idaho das Territorium Wyoming zu bilden. Ein Fünftel im Nordosten gehört noch zur Präriezone. Der Name der Hauptstadt, Cheyenne, erinnert an den fast gänzlich vernichteten Indianerstamm, dessen Lebensraum dieses Gebiet ursprünglich war. Im nordwestlichen Gebirgsland von Wyoming wird später der Yellowstone-Nationalpark als Naturdenkmal an den ursprünglichen Zustand des Landes erinnern, nachdem Wyoming 1890 44. Staat der USA geworden ist.⁶

28. Juli 1868

USA
CIVIL
RIGHTS BILL
IN KRAFT

Das 14. Amendment zur Verfassung der USA, die Civil Rights Bill, die zwar den Negern Bürgerrecht verleiht, den Indianern aber nicht (vgl. 27. März 1866 und 13. Juni 1866), wird nach abgeschlossener Ratifizierung durch die einzelnen Staaten Teil

der Verfassung und tritt damit in Kraft. Für die Gleichberechtigung der Neger ist zum Teil der Sezessionskrieg mit seinen grausamen Opfern und Zerstörungen geführt worden. Die Indianer werden weiterhin ausgerottet. Für diese Schizophrenie in der amerikanischen Geschichte gibt es keine stichhaltige Erklärung.⁷

29. Juli 1868

Mit der Räumung von Fort C. F. Smith (am Big-Horn-River auf der Grenze zwischen Wyoming und Montana/USA) auf Befehl der amerikanischen Regierung beginnt die Räumung sämtlicher drei Forts an der Powder River Straße. Sie wird einen Monat später abgeschlossen sein. Mahpina-luta (Red Cloud), der Häuptling der Oglala-Dakotas, hat seinen zweijährigen Widerstandskampf gegen die amerikanische Regierung zunächst gewonnen und damit die vollständige Ausrottung der Sioux- und Cheyenne-Indianer noch einmal um einige Jahre hinausschieben können (vgl. 21. Dezember 1866).⁸

USA

*RÄUMUNG DER
FORTS AM
POWDER RIVER*

*SIEG
RED CLOUDS*

15. September 1868

Der Chef des preußischen Generalstabs, General Helmuth von Moltke, äußert gegenüber dem österreichischen Militärattaché in Berlin, Hauptmann Graf Üxküll: „Sie werden selbst sehr gut einsehen, daß es Preußen nicht gelegen sein kann, daß der Krieg zwischen Frankreich und Preußen zustande kommt; denn da man vor allem den praktischen Zweck vor Augen behalten muß, so frage ich mich, was sollten wir mit einem Stücke von Frankreich tun? Überdies verursacht uns die Amalgamierung der 1866 zu Preußen gekommenen Landesteile noch sehr viele Arbeit und Mühe, und Ruhe haben wir vor allem nötig. Anders ist es wohl mit Frankreich, da die Zustände daselbst täglich unberechenbarer werden. Ziehen Sie sich selbst den Vergleich zwischen der hier herrschenden Passivität der Geister in Beziehung auf den Krieg und dem Hin- und Herwogen der Erregtheit in Frankreich. Kaiser Napoleon will den Krieg nicht, aber die drei Milliarden, die allein auf ihm und seinem Regime lasten, brauchen nur ins Schwanken zu kommen, damit der ganze Zustand unhaltbar wird und daß, in Verbindung mit der politischen Strömung überhaupt, dem Kaiser nichts anderes übrig bleibt als der Krieg.“⁹

BERLIN

*MOLTKE ÜBER
KRIEGSGEFAHR
PREUSSEN —
FRANKREICH*

4. Oktober 1868

Einer der durch Gonzalez Bravo internierten spanischen Generale (vgl. 7. Juli 1868), Francisco Serrano y Dominguez, zieht

SPANIEN

RESOLUTION

SERRANO
IN MADRID
FLUCHT
DER KÖNIGIN
ISABELLA
NACH
FRANKREICH

als Sieger in Madrid ein, nachdem er unweit Cordoba die Regierungstruppen der Königin Isabella besiegt hat. Da die Königin mit der Hofcamarilla am 30. September das Land verlassen hat und nach Frankreich gegangen ist, bildet Serrano zunächst eine provisorische Regierung, bis die nach dem allgemeinen Stimmrecht einzuberufenden Cortes sich über die künftige Verfassung Spaniens geeinigt haben werden. Inzwischen muß er in Cadix und Malaga republikanische Aufstände unterdrücken.¹⁰

27. November 1868

USA

MASSAKER
AN DEN
SÜDLICHEN
CHEYENNE-
INDIANERN

SHERIDAN,
CUSTER,
HAZEN UND
SHERMAN
VERANTWORT-
LICH

Im Rahmen der seit Monaten geplanten Vernichtungsaktion gegen die südlichen Cheyenne-Indianer überfällt am Washita, einem Nebenfluß des oberen Arkansas River, auf Befehl des Generals Philip *Sheridan* im Camp Supply George Armstrong *Custer* mit seinem Siebenten Kavallerie-Regiment das Dorf des ältesten Cheyenne-Häuptlings (von den Amerikanern Black Kettle genannt, der indianische Name ist nicht überliefert). Dieser selbst, der den Kampf gegen die Weißen längst aufgegeben hat, wird bei dem Überfall getötet und skalpiert, sein Skalp als Siegestrophäe ins Camp Supply zurückgebracht. Unter den wahllos zusammengeschossenen 103 Cheyennes befinden sich ganze elf Krieger. Alle anderen waren waffenlos. 53 Frauen und Kinder werden als Gefangene mitgeschleppt. Tags zuvor war „Black Kettle“ von dem 150 Kilometer entfernten Fort Cobb zurückgekehrt, wo er den General William B. *Hazen* vergeblich gebeten hatte, sein Lager im Schutze dieses Forts aufschlagen zu dürfen. Hazen kannte Sheridans Pläne und schickte den Häuptling und seine Begleiter zurück in den sicheren Untergang. Sheridans Vorgehen wird von William T. *Sherman* voll gedeckt. Sheridans „Feldzug“ wird fortgesetzt. (Vgl.: noch Juli 1869.)¹¹

1. Dezember 1868

USA

ROCKEFELLER
STANDARD OIL
COMPANY

In den USA beginnt John D. *Rockefeller*, die Konkurrenz im Erdölhandel mit rücksichtslosen Methoden auszuschalten und schafft damit die Voraussetzungen zur ein Jahr später (10. Jan. 1870) erfolgenden Gründung seiner Standard Oil Company, die er später zum marktbeherrschenden Standard Oil Trust erweitert wird. Neben I. P. *Morgan* zählt Rockefeller zu den Begründern des amerikanischen Wirtschaftsimperiums, unterscheidet sich aber von den übrigen Vertretern der Hochfinanz dadurch, daß er sich mit einem bestimmten Produkt befaßt (Petroleum) und nicht ausschließlich mit Geld.¹²

9. Dezember 1868

General von *Moltke* (vgl. 15. September 1868) spricht sich in Berlin gegenüber dem Militärhistoriker Theodor von *Bernhardi* über eventuelle Verbündete gegen Frankreich aus und sagt sinngemäß: Frankreich, wenn es sich nicht auf eine Koalition stützt, wenn es uns allein gegenübersteht, sind wir überlegen; auf die süddeutschen Staaten ist aber wenig zu rechnen. Nicht daß sie etwa im Falle eines Konfliktes offen Verrat üben werden; sie werden im Gegenteil den allerbesten Willen zeigen, aber zögern und sich so einrichten, daß sie zu spät kommen. Unter allerhand Vorwänden, sie seien mit ihren Rüstungen noch nicht ganz fertig und dergleichen, können sie leicht ihr wirkliches Eingreifen in die Operationen um vierzehn Tage hinhalten. In den ersten vierzehn Tagen aber muß die Entscheidung gefallen sein. Fällt sie gegen uns, so werden die Süddeutschen sich wohl dem Sieger anschließen.¹³

BERLIN

MOLTKE ÜBER
KOALITIONEN
GEGEN
FRANKREICH



Januar 1869

Der Herrscher von Afghanistan und Emir von Kabul, *Scher Ali Khan*, besiegt bei Ghasna seinen aufständischen Neffen *Abd ur Rachman* und zwingt ihn zur Flucht auf britisches Gebiet. Von dort aus wird *Abd ur Rachman* in den folgenden Jahren alles nur Mögliche tun, um seinem Oheim Feinde zu schaffen, mit deren Hilfe er dessen Nachfolge anzutreten hofft. Indessen wird *Scher Ali Khan* durch innere Reformen und wohl erwogene Bündnispolitik seine Stellung konsolidieren. Vgl. hierzu: noch März 1869.¹

AFGHANISTAN

SCHER
ALI KHANABD
UR RACHMAN

Februar 1869

Bismarck ersucht König *Wilhelm I.* um Abberufung des Grafen *Uesdom*. Er wird später darüber schreiben: „Aber er war ein hoher Freimaurer. Als ich im Februar 1869 die Abberufung eines so unbrauchbaren und bedenklichen Beamten verlangte, stieß ich bei dem Könige, der die Pflichten gegen die Brüder [Freimaurer] mit einer fast religiösen Treue erfüllte, auf einen Widerstand, der auch durch meine mehrtägige Enthaltung von amtlicher Tätigkeit nicht zu überwinden war und mich zu der Absicht brachte, meinen Abschied zu erbitten.“ In einem Brief an seinen Freund *Savigny* wird *Bismarck* hierzu schreiben: „Sie werden es kaum glauben, *Savigny*, wie die Freimaurer so einen ungeheuren, aber versteckten Einfluß auf die Regierungsangelegenheiten ausüben. Sehr oft, wenn ich dem Könige irgendeinen Mann für einen Regierungsposten vorschlage, nimmt der König anfangs meinen Vorschlag an und unterschreibt das Ernennungsdekret. Während aber dieses noch im Ministerium liegt und seiner Absendung harrt, werde ich nach einigen Tagen wieder zum König gerufen, und er sagt zu mir: ‚*Bismarck*, diesem Mann, den Sie da vorgeschlagen haben, können wir den Posten nicht geben; es haben sich unerwartete Schwierigkeiten privater Natur ergeben. Aber nehmen Sie diesen da!‘ Und dann nennt mir der König einen Mann, den ich kaum kenne, und wenn ich mich unter der Hand erkundige, ist es allemal ein Freimaurer. Deshalb sage ich Ihnen, die Freimaurer haben einen versteckten Einfluß, gegen den ich nicht aufkomme.“ — Und die *Freimaurer-Zeitschrift „Latomia“* schreibt im selben Jahre 1869 zum gleichen Gegenstand: „Die Freimaurerei muß ihre Kraft aus sich selbst schöpfen, und wenn sie das Unglück hat, gekrönte Schirmherren zu besitzen, so darf sie ihnen keinen höheren Einfluß ein-

PREUSSEN

BISMARCK ÜBER
LOGEN-
VERBINDUNGEN
DES KÖNIGSROLLE
REGIERENDER
MONARCHEN
IN DER FREI-
MAUREREI

räumen, als eben die profane Stellung derselben erheischt.“ — Abschließend zu diesem Thema ein Ausspruch Albert *Pikes*, eines Freimaurers vom 33. Grade: „Die Häupter unserer geheimen Gesellschaft ließen die Mächtigen dieser Erde an den maurenschen Arbeiten teilnehmen, ohne ihnen jedoch mehr Einblick zu gewähren, als sie für gut fanden. Man tat dies zwar nicht, um ihren Schutz zu erlangen, sondern bloß, um sich ihre Duldung zu sichern. Sie [die Häupter der Freimaurerei] sahen ruhig zu, wie die Freimaurerei scheinbar in eine möglichst bedeutungslose Wohltätigkeits- und Unterstützungsgesellschaft verwandelt wurde, welche die Großen der Erde ganz in ihren Händen zu haben glaubten, und ließen erklären, daß Religion und Politik der Freimaurerei völlig fremd seien.“²

4. März 1869

USA

GRANT
PRÄSIDENT

DONEHOGAWA
INDIANER-
KOMMISSAR

In den USA löst Ulysses *Grant*, am 3. November 1868 zum Präsidenten gewählt, Andrew Johnson, den Nachfolger des ermordeten Lincoln ab. Grant ernennt seinen alten Schützling, den indianischen Ingenieur-Offizier *Donehogawa* (Ely Parker), einen Irokesen, zum Leiter des Regierungsamtes für indianische Angelegenheiten, ein Vorgang, der sich niemals wiederholen wird. *Donehogawa* wird versuchen, das korrupte Amt zu reorganisieren, wird aber dabei auf den verbissenen Widerstand der dort alteingesessenen Bürokraten stoßen.³

29. März 1869

BERLIN

MOLTKE ÜBER
STRATEGIE
IN EINEM
FRANKREICH-
FELDZUG

Der Chef des preußischen Generalstabs, General Helmuth von *Moltke*, äußert gegenüber dem Militärhistoriker Theodor von *Bernhardi* in Berlin mit Bezug auf einen zu erwartenden Krieg gegen Frankreich: „Dem Stoß auf Paris müßte eine gewonnene Schlacht vorhergehen . . . Wir suchen in diesem Krieg die feindliche Armee auf; das ist das strategische Objekt für uns; geht die feindliche Armee nach Belgien, so suchen wir sie dort auf; steht sie auf der Linie Thionville—Metz, dann muß es in den ersten Tagen des Feldzuges zu einer entscheidenden Schlacht kommen. Verlieren wir die, dann haben wir immer noch die starke Barriere des Rheins, an der wir uns behaupten können; gewinnen wir sie, dann erfolgt in Frankreich der Dynastiewechsel; wir sind dann in der Lage, den Franzosen sagen zu können: ‚Habt ihr nun genug?‘ und den Frieden anzubieten.“⁴

noch März 1869

AFGHANISTAN

Der britische Generalgouverneur von Indien, Lord Mayo, trifft mit dem Emir von Kabul, Scher Ali Khan (vgl.: noch Januar 1869), zusammen und schließt mit ihm einen britisch-afgha-

nischen Freundschaftsbund. Damit erkennt Großbritannien Scher Ali als Herrscher von Afghanistan an. Da die Selbständigkeit Afghanistans nur durch ein Ausbalancieren des britischen und des russischen Einflusses aufrecht zu erhalten ist, wird sich Scher Ali Khan in den folgenden Jahren zunehmend auch um die russische Anerkennung bemühen. Das wiederum wird Englands ständige Sorge um eine ungehinderte Verbindung nach Indien nähren. Vgl.: noch Dezember 1878.⁵

ANERKENNUNG
SCHER
ALI KHANS
DURCH
GROSS-
BRITANNIEN
(LORD MAYO)

10. Mai 1869

Beim Promontory Point im Staate Utah (USA) werden die beiden Eisenbahnlinien der Union Pacific und der Central Pacific Railroad miteinander vereinigt und damit die erste transkontinentale Bahnverbindung fertiggestellt. Die Reise von Omaha nach San Franzisko wird künftig nur noch vier Tage dauern, wenn nicht Banditen die Schienen aufreißen, den Zug zum Halten bringen und die Reisenden ausplündern. Die Indianerstämme, durch deren Gebiet der Streckenbau geführt wurde, haben vergeblich immer von neuem versucht, ihn zu verhindern, um sich ihre Existenzgrundlage zu erhalten.⁶ Der Zusammenschluß der beiden Linien kennzeichnet auch die Vereinigung der weißen Besiedlungszonen des Kontinents von der Atlantik- und Pazifikküste her, die der Urbevölkerung den letzten Lebensraum nimmt. Die Bahnlinien werden sich zu Spekulationsobjekten in den Händen des Großkapitals (Gould, Harriman, Hill, Morgan, Rockefeller, Schiff, Vanderbilt) entwickeln.⁷

USA

VEREINIGUNG
DER UNION
PACIFIC UND
DER CENTRAL
PACIFIC
EISENBAHN

1. Juni 1869

In Madrid beschließen die Cortes nach zahlreichen stürmisch verlaufenden Sitzungen, die Verfassung einer konstitutionellen, parlamentarischen Erbmonarchie zum Gesetz zu erheben. Da sich aber unter den mehr oder weniger legitimen Anwärtern auf den spanischen Thron nach der Flucht der Königin Isabella II. (vgl. 4. Oktober 1868) keiner der Gunst einer ausreichenden Mehrheit in den Cortes erfreut, wird der Regierungschef Marschall Francisco Serrano y Dominguez einstweilen zum Regenten berufen. Ministerpräsident wird Prim. General Dulce wird nach Kuba entsandt, um dort den Aufstand zur Erlangung der Unabhängigkeit niederzuwerfen, der während der Revolutionswirren in Spanien auf der Insel ausgebrochen ist.⁸

SPANIEN

VERFASSUNG
EINER KON-
STITUTIONELLEN
ERBMONARCHIE

noch Juni 1869

Ein deutscher Professor an der Hochschule in Dorpat, Carl Schirren, entgegnet in seiner Schrift „Livländische Antwort“ auf die Anklageschrift des Panslawisten Jurij Samarin, der die Unter-

DORPAT

SCHIRREN
AMTSENTHOBEN
RUSSIFIZIERUNG
DER
BALTISCHEN
LÄNDER

drückung der Slawen in den baltischen Ländern vor allem den Deutschbalten zur Last gelegt hat, die in russischen Diensten stehen. Die russischen Behörden ziehen beide Schriften ein. Professor Schirren wird zudem amtsenthoben. Er hat sich durch die Rechtfertigung des Baltendeutschtums noch mißliebiger gemacht als Samarin mit seinem Angriff darauf.⁹

3. Juli 1869

NORD-
DEUTSCHER
BUND

JUDEN-
EMANZIPATION

Der Reichstag des Norddeutschen Bundes unter Vorsitz des Juden Eduard *Simson*, des letzten Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung, beschließt ein Gesetz mit dem Wortlaut: „Alle noch bestehenden, aus den Verschiedenheiten des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben.“ Mit dieser Umschreibung räumt der norddeutsche Reichstag in allen dem Bunde angeschlossenen Ländern den Juden, die hier irreführender Weise als Religionsgemeinschaft angesprochen werden, die vollen Staatsbürgerrechte ein. Die Folge wird eine verstärkte Einwanderung von Juden aus Polen, Rußland, Österreich-Ungarn und Rumänien sein (vgl. 25. Juli 1879). Eine Volkszählung im Jahre 1900 wird ergeben, daß mehr als sieben Prozent der jüdischen Bevölkerung Deutschlands, dagegen nur anderthalb Prozent der nichtjüdischen Bevölkerung Deutschlands im Auslande geboren, mithin zugewandert sind. Diese verstärkte jüdische Zuwanderung wird wiederum der antisemitischen Bewegung entscheidende Impulse geben.¹⁰

26. Juli 1869

IRLAND

RELIGIÖSE
GLEICH-
BERECHTIGUNG
(GESETZ
DER REGIERUNG
GLADSTONE)

Die britische Regierung unter William Ewart *Gladstone* (seit 1868), der die Partei der Whigs in ein Instrument des Liberalismus verwandelt hat, erläßt ein Gesetz, das *Irland* die religiöse Gleichberechtigung (der Katholiken) gewährt. Das heißt, daß die anglikanische Kirche in Irland nicht länger Staatskirche ist. Allerdings verbleibt auch nach diesem Gesetz ein erheblicher Teil des irischen Kirchenvermögens weiterhin im Besitz der anglikanischen Kirche, und das neue Gesetz wird die religiösen und politischen Gegensätze zwischen Irland und England nicht versöhnen können.¹¹

noch Juli 1869

USA

ENDGÜLTIGE
VERNICHTUNG

Bei Summit Springs am Platte River (Colorado/USA) vernichtet eine Kavallerieeinheit unter General Eugene A. *Carr* die letzten noch frei lebenden Südlichen Cheyenneindianer mit ihrem Häuptling „Tall Bull“ (indianischer Name nicht überliefert). Diese hatten zuvor einen langen Weg durch ganz Ne-

braska zurückgelegt (vgl. 27. November 1868), um sich mit den nördlichen Cheyenne zu vereinigen, und hatten nach Zerstörung eines ihrer Lager durch Carrs Soldaten in einem Vergeltungsangriff drei Kilometer Eisenbahn zerstört sowie Siedlungen überfallen und die Weißen darin getötet. Nun gibt es sie nicht mehr.¹²

DER NOCH FREI
LEBENDEN
SÜDLICHEN
CHEYENNE-
INDIANER
GENERAL CARR

24. September 1869

Die Regierung der USA läßt an der Börse Gold zum Kauf anbieten, um den Preis zu drücken, der elf Tage zuvor durch die jüdischen Spekulanten Jay Gould und James Fisk mit Hilfe des sogenannten „Gold-Corners“ in die Höhe getrieben wurde. Für die kleinen Gold-Spekulanten in den USA führt das zu einem „Schwarzen Freitag“, für die großen, die rechtzeitig informiert waren, zum ganz großen Geschäft. Der Vorgang kennzeichnet die Praxis des liberalistischen Wirtschaftssystems.¹³

USA

GOLD-
SPEKULATION

GOULD/FISK

17. November 1869

In Vertretung des erkrankten Kaisers Napoleon III. von Frankreich wohnt die Kaiserin Eugenie der Einweihung des *Suezkanals* in Ägypten bei und durchfährt den Kanal mit dem ersten Schiff. Der Kanal wurde mit französischer Aktienmehrheit in der zu seinem Bau gegründeten Gesellschaft von dem französischen Konsul in Kairo Ferdinand *Lesseps* in zehnjähriger Bauzeit mit einem Kostenaufwand von 427 Millionen Franc und unter erheblichen Verlusten an Menschenleben erbaut. Großbritannien wird sich bereits sechs Jahre später durch Ankauf der Aktien Ismail Paschas einen wesentlichen Einfluß sichern.¹⁴

SUEZKANAL-
ERÖFFNUNG

KAISERIN
EUGENIE

LESSEPS

19. November 1869

Die britische *Hudson's Bay Company* (seit 1670) verkauft ihre Rechte an den südwestlich der Hudson-Bai gelegenen Gebieten an das *Dominion of Canada* (vgl. 29. März 1867), das damit mehr als das Doppelte seiner bisherigen Größe erlangt. Aus diesem Gebiet werden zunächst (am 15. Juli 1870) die Provinz *Manitoba*, später (am 1. September 1905) die Provinzen *Alberta* und *Saskatschewan* gebildet werden. Damit ist das britische Übergewicht in Kanada endgültig gesichert und die Gefahr, daß die vorwiegend französisch besiedelten Gebiete sich selbständig machen, gebannt.¹⁵

KANADA

NEUE
PROVINZEN
MANITOBA,
ALBERTA UND
SASKATSCHEWAN

21. November 1869

In Moskau wird ein Student namens *Iwanow* von Mitgliedern eines kurz zuvor von *Netschajew* gegründeten revolutionären Geheimbundes wegen angeblichen Verrats ermordet. Dem Ge-

MOSKAU

REVO-
LUTIONÄRER
GEHEIMBUND
NETSCHAJEW

PROZESS
ENTHÜLLT
UMFANG

heimbund gehören junge Männer der gehobenen Schichten in Petersburg und Moskau an. Netschajew selbst, Lehrer an der Petersburger Akademie, hat in Genf Verbindung mit Bakunin aufgenommen (vgl. 1. Juli 1876). Die „Hinrichtung“ Iwanows wird einen mehrjährigen Riesen-Prozeß zur Folge haben, der den Umfang der sozialistischen Revolutionsbestrebungen vor der russischen Öffentlichkeit enthüllen wird (vgl.: noch November 1877).¹⁶

8. Dezember 1869

ROM

ERSTES
VATIKANISCHES
KONZIL
PIUS IX.
UNFEHL-
BARKEITS-
DOGMA

Im Vatikan in Rom eröffnet Papst Pius IX. das 20. Ökumenische (das erste Vatikanische) Konzil. Es wird bis zum 20. Oktober 1870 zu aufeinanderfolgenden Sitzungen zusammentreten, also noch über die Beschießung und Einnahme Roms durch die italienischen Streikräfte hinaus (vgl. 20. September und 9. Oktober 1870), und sich vor allem mit dem Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes (vgl. 18. Juli 1870) befassen, das allenthalben auf heftige Ablehnung stößt. Es wird die Abspaltung der „Altkatholiken“ zur Folge haben und auch den „Kulturkampf“ auslösen.¹⁷

12. Dezember 1869

BERLIN

MOLTKE ÜBER
ÖSTERREICH
UND
FRANKREICHS
KRIEGS-
ABSICHTEN

Der preußische Gesandte in Wien, General von *Schweinitz*, hat in Berlin ein Gespräch mit dem Generalstabschef von *Moltke*, in dessen Verlauf dieser sagt: „Wenn Österreich rüstet, müßten wir eigentlich Frankreich sofort den Krieg erklären, damit wir mit ihm fertig sind, ehe Österreich, welches drei Monate braucht, kriegsbereit ist. Denn es würde ein sicheres Zeichen sein vom Einverständnis mit Napoleon [III.] und von des letzteren Absicht, uns anzugreifen, wozu er allein nicht stark genug ist.“¹⁸

noch 1869 (ohne nähere Datierung)

IRLAND

GEHEIMBUND
CLAN-NA-GAEL
IRISH
REPUBLICAN
BROTHER HOOD

(„FENIER“)

In Irland bildet sich in Abwehr gegen die seit Jahrhunderten mit beispielloser Grausamkeit betriebene britische Ausrottungspolitik ein neuer Geheimbund, der von dreihundert ehemaligen Mitgliedern des „Fenier“-Ordens gegründete Clan-Na-Gael. Er beginnt unverzüglich, die Irish Republican Brotherhood neu zu beleben, die, ursprünglich in Paris von irischen Emigranten gegründet, ihre stärkste Verbreitung unter den irischen Auswanderern in Amerika fand und dort als Bund der „Fenier“ (Kriegern aus vorchristlicher Zeit) eine militante Geheimgesellschaft bildete. Sie brachte allein in Chicago in den sechziger Jahren mehr als eine Viertelmillion Pfund an Spenden auf, mit denen Waffen gekauft und zum Teil nach Irland geschmuggelt werden konnten.¹⁹

2. Januar 1870

Kaiser Napoleon III. von Frankreich beauftragt den Führer der Opposition (seit 1857) Emile *Ollivier* mit der Bildung einer Regierung im Sinne einer halbparlamentarisch-konstitutionellen Monarchie. Bei den Kammerwahlen im Mai 1869 hat die kaiserliche Partei nur noch 56 Prozent der Stimmen für sich gewinnen können. Aus dieser Tatsache zieht Napoleon III. die Konsequenzen und gibt den Auftrag zur Ausarbeitung einer Verfassungsreform, die sich etwa in der Mitte zwischen absoluter und konstitutioneller Monarchie halten soll. Vgl. 20. April 1870.¹

FRANKREICH
REGIERUNG
OLLIVIER

23. Januar 1870

Major Eugene M. *Baker* vom Fort Ellis in Montana/USA nimmt den Diebstahl einiger Maultiere zum Vorwand, um mit seiner Kavallerieeinheit in einem nicht verteidigten Lager der Schwarzfuß-Indianer (Piegans) ein Massaker anzurichten. 33 Männer, 90 Frauen und 50 Kinder werden in dem Augenblick erschossen, in dem sie unbewaffnet aus ihren Zelten stürzen. Nur 46 entkommen und verbreiten die Begebenheit unter den Stammesresten der Prärie-Indianer. In mehreren Agenturen kommt es daraufhin zu Unruhen. Aus einigen Reservaten werden weiße Regierungsbeamte verjagt. Da die Armee alles daran setzt, um die Heldentat Bakers zu vertuschen, erfährt Donehogawa (Ely Parker), der Regierungskommissar für Indianische Angelegenheiten (vgl. 4. März 1869), erst drei Monate später davon, durch den Agenten der Schwarzfuß-Indianer, den jungen Armeeleutnant William B. *Pease*, der mit dieser Mitteilung seine Laufbahn aufs Spiel setzt. Donehogawa wird eine Untersuchung durch die Regierungsbehörden veranlassen, die dann schließlich die Einzelheiten (siehe oben) zu Tage fördern wird.²

USA
MASSAKER
UNTER
SCHWARZFUSS-
INDIANERN
MAJOR BAKER
DONEHOGAWA
PEASE

1. März 1870

Der Präsident von Paraguay, Solano *Lopez*, fällt in der Schlacht am Aquidaban gegen die siegreichen Brasilianer. Er hat sein Land mehrere Jahre lang gegen die verbündeten Gegner Argentinien, Brasilien und Uruguay verteidigt. Nunmehr werden die Reste seiner Armee zerstreut und das Land gerät in die Verfügungsgewalt der drei Verbündeten. Sie lassen sich von einer provisorischen, von ihnen abhängigen Regierung durch Gebietsabtretungen entschädigen. Paraguay erhält eine liberale Verfassung und verfällt, wie zuvor schon Uruguay, dem Parteihader.³

PARAGUAY
SCHLACHT AM
AQUIDABAN
TOD DES
PRÄSIDENTEN
LOPEZ

20. April 1870

FRANKREICH
VERFASSUNGS-
REFORM

Der französische Senat nimmt einstimmig ein Programm zur Reform der Verfassung an, das Napoleon III. hat entwerfen lassen (vgl. 2. Januar 1870). Es sieht verantwortliche Minister und das Recht der gesetzgebenden Körperschaft vor, Gesetzesvorschläge zu unterbreiten, Anfragen vorzubringen und Bittschriften entgegenzunehmen, kurz: einen Teil der Funktionen eines demokratischen Parlaments auszuüben. Über dieses Reformprogramm läßt Napoleon III. für den 8. Mai 1870 eine allgemeine Volksabstimmung durchführen. Sie wird 7,35 Millionen Ja-Stimmen und 1,57 Millionen Nein-Stimmen erbringen.⁴

VOLKS-
ABSTIMMUNG

19. Mai 1870

PORTUGAL
STAATS-
STREICH DES
HERZOGS VON
SALDHANA

In Lissabon zwingt der beinahe neunzigjährige Herzog von Saldhana, General João Carlos de Oliveira e Daun, durch eine Militärrevolte (Palastrevolution) den König Luis I. von Portugal, den bisherigen Ministerpräsidenten Loulé zu entlassen und ihn selbst zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Wahrscheinlich will der Herzog damit erreichen, daß der König die ihm angebotene aber abgelehnte spanische Krone dennoch annimmt, um damit den Gedanken eines vereinigten Iberiens zu verwirklichen. Doch wird der Herzog nach drei Monaten scheitern.⁵

9. Juni 1870

WASHINGTON
EMPFANG
RED CLOUDS
IM
WEISSEN HAUS

Auf Veranlassung des Regierungskommissars für indianische Angelegenheiten, Donehogawas, der selbst Indianer ist (vgl. 4. März 1869 und 23. Januar 1870), empfängt Präsident Grant im Weißen Haus in Washington eine Delegation von Sioux-Häuptlingen. Sie wird von Mahpina-luta (Red Cloud, vgl. 21. Dezember 1866 und 29. Juli 1868) und Sinte-Galeshka (Spotted Tail) geführt. Donehogawa hat die Sioux eingeladen, um ein Wiederaufleben der Kämpfe auf das Massaker an den Schwarzfuß-Indianern hin (vgl. 23. Januar 1870) zu vermeiden. Dem Empfang im Weißen Haus sind ausführliche Besprechungen im Innenministerium vorausgegangen, zu denen Vertreter aller beteiligten Regierungsstellen erschienen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Häuptlinge bei Unterzeichnung des Vertrages vom 6. November 1868 im Fort Laramie, der die Kämpfe mit Räumung der Forts im Powder-River-Gebiet abschloß, über den Inhalt des Vertrages getäuscht wurden. Das darin vorgesehene Reservat am Missouri hat Mahpina-luta wiederholt abgelehnt. Am 10. Juni wird er drohen, die Verhandlungen abzubrechen.

COX

Am 11. wird Innenminister Cox ihm die weitere Benutzung der

Jagdgründe am Powder River zugestehen. Doch wird dieser Erfolg die Gegner des Regierungskommissars Donehogawa veranlassen, einen Verleumdungsfeldzug gegen ihn zu eröffnen. Insbesondere die Mitglieder des sogenannten Indian Ring, die das Reservatsystem zu gewinnbringenden Schiebungen mißbrauchen, stehen hinter diesem Kesseltreiben. Zwar wird Donehogawa aus der von ihnen veranlaßten Untersuchung untadelig und öffentlich belobt hervorgehen, aber doch die Aussichtslosigkeit seines Kampfes einsehen und im Spätsommer 1871 — auch mit Rücksicht auf Grant — seinen Abschied nehmen. Damit werden die noch überlebenden Indianer Nordamerikas ihren letzten Rückhalt verlieren.⁶

POWDER RIVER

RÜCKTRITT
DONEHOGAWAS

13. Juli 1870

Aus Bad Ems (am Unterlauf der Lahn) *depeschiert* Geheimrat Abeken vom Gefolge des Königs von Preußen nach Berlin ans Auswärtige Amt: „Se. Majestät schreibt mir, ‚Graf Benedetti [französischer Botschafter in Berlin] fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur [auf den spanischen Thron] zurückkämen! Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.‘ Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten [Bismarck] bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht [vom Verzicht des Hohenzollernprinzen] erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Seine Majestät stellt Eurer Exzellenz [Bismarck] anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte.“ Bismarck gibt die Depesche in gekürzter Form wie folgt an die Presse weiter: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen

EMSER
DEPESCHE

BISMARCKS
GEKÜRZTE
FASSUNG

von Hohenzollern [von der spanischen Thronfolge] der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.“ Die Veröffentlichung in der Presse wird, wie offenbar *beiderseits* vorgesehen, die französische Kriegserklärung zur Folge haben (vgl. 19. Juli 1870).⁷

18. Juli 1870

VATIKAN
UNFEHL-
BARKEITS-
DOGMA
PIUS' IX.

Auf der 4. Sitzung des Vatikanischen Konzils in Rom unter Vorsitz von Papst Pius IX. wird im Rahmen der „Constitutio dogmatica I. de ecclesia Christi“, Kap. 4: „De Romani pontificis infallibili magisterio“ auf Grund einer Vorlage vom 14. Mai 1870 das Unfehlbarkeitsdogma festgesetzt und beschlossen. Es heißt dort u. a.: „... Indem wir daher an der vom Anbeginn des christlichen Glaubens überkommenen Überlieferung treu festhalten, lehren Wir, mit Zustimmung des heiligen Konzils, zur Ehre Gottes unseres Heilandes, zur Erhöhung der katholischen Religion und zum Heile der christlichen Völker, und erklären es als einen von Gott geoffenbarten Glaubenssatz: Daß der Römische Papst, wenn er von seinem Lehrstuhle aus spricht (ex cathedra loquitur), das heißt, wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen, kraft seiner höchsten apostolischen Gewalt, eine von der gesamten Kirche festzuhaltende, den Glauben oder die Sitten (de fide vel moribus) betreffende Lehre entscheidet, vermöge des göttlichen, im heiligen Petrus ihm verheißenen Beistandes jene Unfehlbarkeit besitzt (ea infallibilitate pollere), mit welcher der göttliche Erlöser seine Kirche in Entscheidungen einer den Glauben oder die Sitten betreffenden Lehre ausgestattet wissen wollte (qua divinus redemptor ecclesiam suam in definienda doctrina de fide vel moribus instructam esse voluit); und daß daher solche Entscheidungen des Papstes aus sich selbst, nicht aber erst durch die Zustimmung der Kirche, unabänderlich sind (irreformabiles esse). So aber jemand dieser Unserer Entscheidung, was Gott verhüte, zu widersprechen wagen sollte: der sei im Banne (anathema sit).“

Inhalt, Form und Zeitpunkt der Verkündung dieses Dogmas

können nur als gezielte Herausforderung verstanden werden. Eine Minderheit der am Konzil teilnehmenden Bischöfe, unter ihnen die deutschen und besonders Bischof Ketteler von Mainz, hat sich bis zur Verkündung widersetzt und erst nachher unterworfen, um nicht selber dem Kirchenbanne zu verfallen. Das Unfehlbarkeitsdogma ist aber nur das Kernstück einer neuen Kirchenverfassung, die den einzelnen Bischof zum lediglich ausführenden Organ des päpstlichen Willens herabwürdigt, politisch damit in jedem Staate zum Instrument eines fremden Souveräns. Hinter dieser im Konzil durchgepeitschten neuen Kirchenverfassung steht deutlich der Jesuitenorden.⁸

19. Juli 1870

Die Regierung Kaiser Napoleons III. von Frankreich läßt der preußischen Regierung die folgende *Kriegserklärung* zugehen: „In Befolgung der Befehle, welche der unterzeichnete Geschäftsträger Frankreichs von seiner Regierung erhalten hat, hat er die Ehre, Seine Exzellenz den Herrn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten des Königs von Preußen von Nachfolgendem in Kenntnis zu setzen: Da die Regierung Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen das Projekt, *einen preußischen Prinzen auf den spanischen Thron zu heben, als eine gegen die territoriale Sicherheit Frankreichs gerichtete Unternehmung ansehen muß*, sieht sie sich in die Notwendigkeit versetzt, von S.M. dem König von Preußen die Zusicherung zu erbitten, daß eine derartige Kombination sich nicht mit seiner Zustimmung verwirklichen könne.

Da S.M. der König von Preußen sich weigerte, diese Zusicherung zu geben, und vielmehr dem Botschafter S.M. des Kaisers der Franzosen bezeugte, daß er sich für diese und jede andere Möglichkeit die Freiheit vorbehalten wolle, die Umstände zu berücksichtigen, *hat die Kaiserliche Regierung in dieser Erklärung des Königs einen für Frankreich und das allgemeine Gleichgewicht der Kräfte Europas bedrohlichen Hintergedanken erblicken müssen*. Diese Erklärung ist noch durch die Bekanntgabe der Ablehnung, den Botschafter des Kaisers zu empfangen oder in irgendeine neue Erörterung mit ihm einzutreten, verschlimmert worden.

Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät unmittelbar *für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt* und, entschlossen, hierzu alle durch *die ihr aufgezwungene Situation* gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab *im Kriegszustand mit Preußen*.

FRANKREICHS
KRIEGS-
ERKLÄRUNG
AN PREUSSEN

Der Unterzeichnete hat die Ehre, S. Exzellenz etc. etc. seiner ehrfurchtsvollen Hochachtung zu versichern.

L. Sourd.“

(Geschäftsträger der französischen Botschaft in Berlin).⁹

30. Juli 1870

ÖSTERREICH KÜNDIGT KONKORDAT

Als unmittelbare Folge der Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas durch das erste Vatikanische Konzil (vgl. 18. Juli 1870) kündigt die österreichische Regierung das Konkordat vom 18. August 1855 (vgl. dort!). Gerade in dem gut katholischen Österreich erkannte man deutlich, daß die neue Kirchenverfassung eine Loyalität der Bischöfe gegenüber dem Staat, dessen Untertanen sie geistlich zu betreuen haben, untergräbt. Die politischen Auswirkungen des neuen päpstlichen Zentralismus sind auch für vorwiegend katholische Staaten untragbar.

8. August 1870

BEGINN DER PREUSSISCHEN OFFENSIVE MOLTKE

MACMAHON

BAZAINE

Erst nahezu drei Wochen nach der französischen Kriegserklärung (vgl. 19. Juli 1870) eröffnet Preußen seinerseits die Offensive mit drei Armeen unter der Leitung des Generalstabschefs General Helmuth von *Moltke*. Zuvor sind die französischen Streitkräfte unter dem Oberbefehl von Mac Mahon nach verlustreichen Gefechten bei *Weißenburg* am 4. August und bei *Wörth* (Sauer) am 6. August nach Südwesten zurückgedrängt worden. Nunmehr läßt Moltke die Armee *Bazaines* verfolgen, der sich in Richtung auf *Metz* zurückzieht. Vgl. weiter 16. August 1870.

16. August 1870

VIONVILLE MARS-LA-TOUR

HOHE VERLUSTE

Im deutsch-französischen Krieg kommt es zu der schweren und verlustreichen Schlacht bei *Vionville* und *Mars-la-Tour* gegen die Armee des Generals *Bazaine*. Dieser versucht vergeblich, sich dem Einschließungsring um Metz zu entziehen, um sich mit der Armee Mac Mahons zu vereinigen. Mehrere Kavallerie-Regimenter der preußischen Garde werden in diesen Kämpfen fast vollständig vernichtet. Das dritte Armeekorps verliert ein Drittel seiner Mannschaft. Aber Bazaines Abzug in Richtung auf Verdun wird tatsächlich verhindert.¹⁰

18. August 1870

GRAVELOTTE — SAINT PRIVAT

METZ

In Fortsetzung der Schlacht von Vionville und Mars-la-Tour (vgl. 16. August 1870) wird in nicht weniger verlustreichem Kampf bei *Gravelotte* und *Saint Privat* die Armee des Generals Bazaine vollends nach Metz hineingeworfen. Dabei kommt der

Angriff vor den Augen König Wilhelms infolge hoher Offiziersausfälle vorübergehend ins Stocken. Es wird erwogen, ob der Angriff unter diesen Umständen am folgenden Tage fortgesetzt werden kann. Moltke, der bei Rezonville wieder mit dem König zusammentrifft, klärt die Situation mit den Worten: „Eure Majestät haben nur noch den Befehl zur Fortsetzung des Angriffs zu geben, wenn morgen der Feind noch außerhalb Metz standhalten sollte.“ Die Befehle werden entsprechend ausgefertigt, Sinn und Erfolg der gesamten Bewegung damit gerettet.¹¹

MOLTKE

1. September 1870

Mit der Schlacht bei *Sedan* fällt im deutsch-französischen Krieg die Entscheidung, die allerdings noch lange nicht das Ende dieses Krieges bedeutet. Die Armee MacMahons wird auf ihrem Marsch von Chalons zum Entsatz der eingeschlossenen Festung Metz bei Sedan vollständig eingeschlossen und schwerem Artilleriebeschuss ausgesetzt. In dem Augenblick, da das preussische Gardekorps bei Illy den Einschließungsring vollständig schließt, meldet Moltke auf der Höhe 956 von Frénois dem König Wilhelm: „Das Gardekorps greift jetzt ein, ich gratuliere Euer Majestät zu einem der größten Siege des Jahrhunderts.“

SEDAN

Das ist nicht übertrieben. Kaiser Napoleon III., der sich bei MacMahon befindet, gibt sich persönlich gefangen und befiehlt dem Nachfolger des schwer verwundeten MacMahon, General *Wimpffen*, zu kapitulieren. Die Kapitulationsverhandlungen beginnen noch am selben Abend und dauern die ganze Nacht. Moltke besteht auf Gefangenschaft der gesamten Armee und droht mit Wiederaufnahme der Beschießung. In den folgenden Tagen werden 83 000 Mann, darunter etwa 2800 Offiziere mit Eisenbahnzügen nach Deutschland in Gefangenschaft geführt, Napoleon nach Wilhelmshöhe bei Kassel.¹²

MOLTKE

NAPOLEON III.
IN GEFANGENSCHAFT

83 000
GEFANGENE

4. September 1870

In Paris wird die Wahrheit über die verheerende Niederlage bei Sedan (vgl. 1. September 1870), über die Gefangennahme der Armee MacMahon und des Kaisers Napoleon III. bekannt. Die Folge ist, daß die erregte Volksmasse es zur Abwechslung wieder einmal mit der Republik versuchen will (der dritten in achtzig Jahren). Während die aufgebrachte Menge in die Sitzung der Deputiertenkammer eindringt, beschließt diese auf Antrag des jüdischen Rechtsanwalts *Gambetta* und des demokratischen Republikaners *Jules Favre* die Thronhebung Napoleons und seiner Familie, also der Dynastie Bonaparte, „auf ewige Zeiten“.

PARIS

REPUBLIKANISCHE
REVOLTE

THRON-
ENTHEBUNG
NAPOLEONS

GAMBETTA Unmittelbar darauf rufen Favre und Gambetta im Stadthause die (3.) Republik aus. Es wird eine provisorische „Regierung der nationalen Verteidigung“ eingesetzt, deren Vorsitz der Oberbefehlshaber von Paris, General *Trochu*, übernimmt. Favre erhält das Außen-, Gambetta das Innenministerium. Leflò wird Kriegs-, Crémieux Justizminister. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung von Paris wird diese provisorische Regierung die Nationalverteidigung organisieren. Senat und Deputiertenkammer werden aufgelöst. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder fliehen aus Paris. Kaiserin Eugenie ist schon zuvor nach Belgien geflohen.¹³

*KAISERIN
EUGENIE
IN BELGIEN*

16. September 1870

PARIS Auf Veranlassung Isaac Adolphe *Crémieux*’, des ehemaligen Justizministers der französischen Revolutionsregierung von 1848 und späteren Gründers der Alliance Israélite, erheben zehn Pariser Freimaurerlogen Anklage gegen König Wilhelm I. von Preußen und gegen den Kronprinzen (den späteren Kaiser Friedrich), die beide Freimaurer sind, wegen „Eidbruchs“ und laden sie vor. Im November wird die Loge „Henri IV.“ in Paris ein Rundschreiben versenden, mit dem für den 15. März 1871 ein Freimaurer-Kongreß zur Aburteilung der beiden Genannten nach Lausanne einberufen wird. Vgl. auch 26. November 1870.¹⁴

*ANKLAGE
VON ZEHN
FREIMAURER-
LOGEN GEGEN
KÖNIG UND
KRONPRINZ
VON PREUSSEN*

19. September 1870

*BELAGERUNG
VON PARIS* Mit den gescheiterten Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Bismarck und dem Außenminister der provisorischen Regierung der französischen Republik, Jules Favre, (vgl. 4. September 1870) in Ferrières beginnt die *Belagerung von Paris*. Favre hat Bismarcks Forderung nach Übergabe der Festungen Straßburg, Pfalzburg und Toul sowie des Mont Velérien zurückgewiesen und wendet sich nun mit einer entsprechenden Kundgebung an die regierenden Häuser der auswärtigen Mächte. Falls Frankreich besiegt würde, so werde es „Gegenstand der Bewunderung und Sympathie der ganzen Welt“ sein und „darin wird vielleicht seine wahre Rache liegen“. Das ist eine deutliche Anspielung auf die von Frankreich sich ausbreitende demokratisch-republikanische Agitation gegen die Monarchien, wie sie vor allem durch die Freimaurerlogen betrieben wird (Grand Orient de France) und sich als roter Faden durch das historisch-politische Geschehen bis zum Sturz der Häuser Habsburg, Hohenzollern und Romanow hinzieht.¹⁵

*FAVRE
APELLIERT
AN DIE NICHT
BETEILIGTEN
HÖFE*

20. September 1870

Nach dreistündiger Kanonade kapitulieren die päpstlichen Truppen in der Stadt *Rom* vor den italienischen Generälen Cadorna und Bixio, die im Osten der Stadt, vor der Porta Pia, ein Lager aufgeschlagen haben. Nach dem Abzug der französischen Truppen aus Civita vecchia wenige Tage zuvor, einer Folge des deutsch-französischen Kriegeausbruchs, hat man zunächst versucht, Papst Pius IX. unter erheblichen Zugeständnissen zu Unterhandlungen zwecks Abtretung Roms zu bewegen. Doch ist dieser Versuch an der entschiedenen Ablehnung des Papstes gescheitert. Nunmehr wird die päpstliche Armee aufgelöst.¹⁶

*KANONADE
UND EINNAHME
ROMS DURCH
ITALIENISCHE
TRUPPEN*

9. Oktober 1870

Sechs Tage nachdem eine Volksabstimmung im Kirchenstaat nahezu einstimmig für den Anschluß an das Königreich Italien entschieden hat, annektiert dieser den ehemaligen Herrschaftsbereich des Papstes und verlegt gleichzeitig den Regierungssitz von Florenz nach Rom (vgl. 20. September 1870). Um die Empörung der katholischen Welt zu mildern, erklärt die italienische Regierung, die Stellung und Würde des Papstes als Souverän und Oberhaupt der Kirche werde unangetastet bleiben. Pius IX. aber wird auf König Victor Emanuel den Bannstrahl schleudern, was diesen indessen wenig beeindruckt.¹⁷

*ANNEXION
DES VATIKAAN-
STAATES*

*ROM
REGIERUNGS-
SITZ
DES KÖNIG-
REICHS ITALIEN*

27. Oktober 1870

Genau einen Monat nach der Kapitulation von *Straßburg*, das unter der wochenlangen Belagerung und Beschießung grausam gelitten hat (27. September 1870), ergibt sich nunmehr auch die Festung *Metz*. Es ist — nach Sedan — der zweite entscheidende Schlag im deutsch-französischen Krieg. Drei Marschälle (Bazain, Canrobert und Leboeuf), über 6000 französische Offiziere und mehr als 150 000 Mann werden entwaffnet und mit Eisenbahnzügen in die deutsche Gefangenschaft fortgeführt. Ein schwerer Sturm unterstreicht die Schicksalhaftigkeit der Szene. König Wilhelm von Preußen ernennt den Kronprinzen sowie den Prinzen Friedrich Karl zu Feldmarschällen und erhebt den Chef des preußischen Generalstabs, General Helmuth von Moltke, in den Grafenstand.¹⁸

*KAPITULATION
VON METZ*

*150 000 MANN
IN
GEFANGEN-
SCHAFT NACH
DEUTSCHLAND*

31. Oktober 1870

In dem vollkommen eingeschlossenen Paris versuchen die Sozialisten Flourens, Blanqui und Rochefort mit Hilfe der Arbeiterbevölkerung von Belleville die alte Commune, die Herr-

PARIS

SOZIALISTEN- AUFSTAND

GAMBETTA MIT BALLON AN DIE LOIRE

NEUE ARMEE

schaft der Stadtgemeinde aus dem Revolutionsjahr 1793, von neuem zu errichten und verhaften Trochu, Favre und die übrigen Mitglieder der Nationalen Verteidigungsregierung, ausgenommen Gambetta, der mit einem Luftballon Paris verlassen hat und an der Loire eine neue große Armee aufstellt, um mit ihr Paris zu entsetzen. Indessen kann in der Stadt die Nationalgarde den Sozialistenaufstand zunächst noch niederschlagen und die Regierung befreien. Zur selben Zeit verhandelt in Versailles der bejahrte Historiker *Thiers* erneut um einen Waffenstillstand. Die Verhandlungen scheitern an seiner unerfüllbaren Forderung, Paris während des Waffenstillstandes mit Proviant zu versorgen.¹⁹

ALEXANDER II. AN WILHELM I.

Zar *Alexander II.* wendet sich in einem persönlichen Brief an seinen „lieben Onkel“, König *Wilhelm I.* von Preußen, der sich im Hauptquartier in Versailles aufhält, und bittet um diplomatische Unterstützung der russischen Demarche zur Aufhebung des Artikels 11 des Friedensvertrages vom 30. März 1856 sowie der Konvention a und b vom gleichen Tage (vgl. dort). Der Zar empfindet die Beschränkung der russischen Flotte im Schwarzen Meer nach fünfzehn Jahren als eine Verletzung der Würde und Sicherheit Rußlands. Tags darauf wird sich Fürst *Gortschakow*, der bereits am 8. September 1870 in der gleichen Frage den preußischen Gesandten in Petersburg angesprochen hat, an den Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes, den Grafen *von Bismarck*, wenden und seinem Schreiben eine Kopie der Zirkularnote beilegen, die an die diplomatischen Vertreter des Zaren bei allen am Friedensvertrag von 1856 beteiligten Höfen gerichtet ist, ebenfalls mit dem 31. Oktober datiert. Darin kündigt Rußland die Konvention von 1856 (siehe oben) einseitig auf. Vgl. weiter 11. November 1870.²⁰

FLOTTEN- BESCHRÄNKUNG IM SCHWARZEN MEER

KÜNDIGUNG DER KONVENTION VON 1856

11. November 1870

GROSS- BRITANNIEN GEGEN EINSEITIGE KÜNDIGUNG DER SCHWARZMEER- KONVENTION

Die britische Regierung lehnt die einseitige Aufkündigung der das Schwarze Meer betreffenden Konventionen vom 30. März 1856 durch die russische Regierung (vgl. 31. Oktober 1870) als unzulässig ab. Eine Erörterung der russischen Wünsche auf einer Konferenz der Signatarmächte von 1856 würde sie angeblich nicht abgelehnt haben, wenn diese Wünsche „in passender Weise vorgebracht“ worden wären. So aber erteilt der Außenminister Lord *Granville* Rußland eine kategorische Antwort und bringt damit die russische Regierung in eine peinliche Situation. Alles scheint nun vom Verhalten der Hohen Pforte in Konstantinopel abzuhängen. Vgl. 21. November 1870.²¹

16. November 1870

Nachdem der Plan, den Fürsten Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen auf den spanischen Thron zu setzen, zum deutsch-französischen Krieg geführt hat und gescheitert ist, nachdem dann König Victor Emanuel von Italien seinem zweiten Sohn, dem Herzog *Amadeo d'Aosta*, gestattet hat, die spanische Krone anzunehmen, wird dieser nunmehr von den Cortes in Madrid zum König gewählt. Aber noch bevor er als König Amadeo I. seinen Einzug in Madrid halten kann, wird dort der Ministerpräsident General Prim bei einem Attentat am 27. Dezember 1870 tödlich verwundet werden. Vgl.: noch Februar 1873.²²

SPANIEN

AMADEO
D'AOSTA
ZUM KÖNIG
GEWÄHLT

ATTENTAT
AUF GENERAL
PRIM

21. November 1870

Der Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes, Graf von *Bismarck*, der eine Ausweitung des deutsch-französischen Krieges unter allen Umständen zu vermeiden wünscht, verhandelt im Hauptquartier in Versailles mit dem dortigen Vertreter der britischen Regierung, Odo *Russell* (dem späteren Lord Ampthill), übt diesem gegenüber Kritik an den Rußland auf die Dauer nicht zumutbaren Schwarzmeer-Konventionen von 1856 (vgl. 31. Oktober und 11. November 1870) und gewinnt ihn für den Versuch, eine Einigung mit Rußland durch eine Gesandtenkonferenz herbeizuführen. Sodann entfaltet Bismarck von Versailles aus eine lebhaft diplomatische Tätigkeit, fragt vertraulich in Petersburg an, ob Rußland zur Besprechung der Situation in einer Konferenz von Vertretern der Unterzeichner vom 30. März 1856 bereit sei, erhält eine bejahende Antwort, benachrichtigt davon Russell und läßt in Wien, Florenz und Konstantinopel vertraulich sondieren, ob die Regierungen dort bereit sind, ihre Gesandten mit entsprechenden Instruktionen zu versehen. Bereits fünf Tage später wird Bismarck offiziell den beteiligten Regierungen den Vorschlag unterbreiten lassen können, ihre Vertreter in London für eine Konferenz über die russische Zirkularnote vom 31. Oktober 1870 (vgl. dort) zu ermächtigen. Am 28. November wird er den Botschafter in London, den Grafen von *Bernstorff* vertraulich mit entsprechenden Instruktionen für diese Konferenz versehen. Vgl. 13. März 1871 (Pontuskonferenz).²³

DEUTSCH-
BRITISCHES
GESPRÄCH
ÜBER
RUSSLANDS
KÜNDIGUNG
DER SCHWARZ-
MEER-
KONVENTION

VORBEREITUNG
EINER
KONFERENZ

26. November 1870

Die beiden französischen Freimaurerlogen R.R.C. und R.R.J. (beide dem Grand Orient de France in Paris untergeordnet) verurteilen in gemeinsamer Sitzung König Wilhelm I. von

TODESURTEIL
FRANZÖSISCHER
LOGEN

**GEGEN KÖNIG
WILHELM I.,
BISMARCK
UND MOLTKE**

Preußen, Bismarck und General von Moltke in contumaciam zum Tode. Das Urteil lautet in wörtlicher Übersetzung: „1.) Wilhelm und seine beiden Genossen Bismarck und Moltke, Geißeln der Menschheit und durch ihren unersättlichen Ehrgeiz Ursache so vieler Mordtaten, Brandstiftungen und Plünderungen, stehen außerhalb des Gesetzes wie drei tolle Hunde. — 2.) Allen unseren Brüdern in Deutschland [!] und der Welt ist die Vollstreckung des gegenwärtigen Urteils aufgetragen. — 3.) Für jedes der drei verurteilten reißenden Tiere ist eine Million Franken bewilligt, zahlbar an die Vollstrecker oder ihre Erben durch sieben Zentrallogen.“

Von diesem Urteil zu den *Nürnberger „Kriegsverbrecher“-Prozessen* von 1946 (vgl. 1. Oktober 1946) zieht sich eine deutlich erkennbare Linie. Außerdem wird *Cremieux* (vgl. 16. September 1870) aus eigenen Mitteln eine Million Franken auf den Kopf Wilhelms von Preußen setzen.²⁴

18. Dezember 1870

**SIMSON
IN
VERSAILLES**

Inmitten der schweren, lang andauernden und sehr verlustreichen Kämpfe, in die Truppenteile aller deutschen Länder im gesamten nördlichen Frankreich verwickelt sind, wirkt es wie ein Satyrspiel, daß der unvermeidliche, ewige Parlamentarier Eduard Simson an der Spitze von dreißig Delegierten des norddeutschen Reichstages in Versailles erscheint, um, wie einst Friedrich Wilhelm IV. (vgl. 3. April 1849), nunmehr König Wilhelm I. die Annahme der Kaiserkrone nahezulegen. Kam er damals zu früh, so kommt er dieses Mal zu spät, denn die Dinge sind längst entschieden. König Wilhelm empfängt den ruhelosen Wanderer um vieles gnädiger, als es damals sein Bruder tat. Er ist durch seine Logentätigkeit augenscheinlich gegenüber solchen Gestalten besser immunisiert.²⁵

15. Januar 1871

In Versailles wird dem König *Wilhelm I.* Vortrag über die Kriegslage gehalten. Es wird ein Telegramm des Generals von *Werder* verlesen des Inhalts, daß dieser seinen rechten Flügel für bedroht halte, da starke französische Kolonnen auf Lure vorrückten. Ob er nicht besser täte, Belfort jetzt aufzugeben. Er glaube, dann das Elsaß noch verteidigen zu können. General Graf *Moltke*, der das Telegramm verlesen hat, fügt in eisiger Ruhe hinzu: „Euer Majestät werden wohl genehmigen, daß dem General von *Werder* geantwortet wird, er habe einfach stehen zu bleiben und den Feind da zu schlagen, wo er ihn findet.“ Der anwesende Kronprinz (spätere Kaiser *Friedrich*) wird in sein Kriegstagebuch notieren: „Ich kann nicht sagen, wie über alles Lob bewunderungswürdig General *Moltke* mir in diesem Augenblick erschien . . .“ General *Werder* wird halten und — nach einer erneuten Krise zwei Tage später — siegen.¹

VERSAILLES

MOLTKE
RETTET
DIE LAGE(GENERAL
WERDER)

17. Januar 1871

Im preußisch-deutschen Hauptquartier in Versailles wird folgende *Proklamation* König *Wilhelms I.* an das deutsche Volk veröffentlicht: „Wir *Wilhelm*, von Gottes Gnaden König von Preußen, verkünden hiermit: Nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden Wir hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Ruf der verbündeten deutschen Fürsten und freien Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen, und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die Kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie

WILHELM I.
AN DAS
DEUTSCHE
VOLK

an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermutigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren werden. Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, *allezeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht in kriegerischen Eroberungen, sondern in den Werken des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit.*“

Gegeben Hauptquartier Versailles, den 17. Januar 1871.

Wilhelm.“²

18. Januar 1871

VERSAILLES KAISER- PROKLAMATION WILHELMS I.

GRÜNDUNG DES 2. DEUTSCHEN REICHES

Am 170. Jahrestage der Krönung König Friedrichs I. „in Preußen“ in Königsberg erklärt im fahngeschmückten Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles der 74jährige König Wilhelm I. nach einer Predigt über den 21. Psalm, er nehme die ihm dargebotene Kaiserkrone an. Dann läßt er den Kanzler Bismarck die Proklamation an das deutsche Volk verlesen (siehe oben!). Daraufhin bringt der Großherzog von Baden ein dreifaches „Hoch“ auf den „Kaiser Wilhelm“ aus, in das die anwesenden Landesfürsten und hohen Offiziere aller deutschen Armeen lebhaft einstimmen. Es entspricht der Huldigung, wie sie gegenüber den neu gekrönten Kaisern des „Römischen Reiches Deutscher Nation“ üblich war, und begründet das in Monate währendem geduldigen Verhandeln geschaffene Werk Bismarcks, das *Zweite Deutsche Reich*. Seine Verwirklichung ist nicht zuletzt ermöglicht worden durch den gemeinsamen Kampf von Soldaten aller deutschen Stämme unter schweren Verlusten und Leiden. Aber es wird nur 74 Jahre, zwei und eine halbe Generation, bestehen. Und zwei Weltkriege werden herbeigeführt werden, um es wieder zu zerstören.³

Dieses neugeschaffene Deutsche Reich, das nicht zuletzt durch einen großzügigen Appell des jungen Königs Ludwig II. von Bayern zustandekam, hat zu dieser Zeit über vierzig Millionen Einwohner. Es ist ein Bundesstaat, in dem die Gesamtheit der Fürsten und reichsfreien Städte, vertreten im Bundesrat, den eigentlichen Träger der Souveränität darstellt. Der König von Preußen ist erblicher *Deutscher Kaiser*. Er hat den Oberbefehl über die deutsche Land- und Seestreitmacht (über die bayerische Armee nur im Kriegsfall), er beruft, eröffnet und schließt den Reichstag, kann ihn aufgrund eines Bundesratsbeschlusses auch auflösen, und er ernennt den *Reichskanzler*. Dieser ist in

der Regel zugleich preußischer Ministerpräsident, führt den Vorsitz im Bundesrat, ist dem Kaiser, nicht dem Parlament, allein verantwortlich und Vorgesetzter der Staatssekretäre, die die Reichsämter (entsprechend den späteren Reichsministerien) leiten. Der *Reichstag* mit 397 in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählten Abgeordneten ist die gesetzgebende Versammlung. Es besteht *allgemeine Wehrpflicht*. Erster Reichskanzler ist Fürst Otto von *Bismarck*.

23. Januar 1871

Beim Militärvortrag vor Kaiser *Wilhelm I.* in Versailles wird eine Proklamation des Kommandanten von Paris verlesen. Der Kronprinz wird darüber in sein Tagebuch notieren: „Als General Graf *Moltke* vorgestern die Proklamation des Kommandanten von Paris bei Sr. Majestät vortrug, in welcher steht, er werde sich bis auf den letzten Mann halten, sagte der General mit einem unbeschreiblichen Gesichtsausdruck: *„Das heißt, er wird übermorgen kapitulieren.“*“ Tatsächlich wird Paris schon am 24. Januar Verhandlungen zur Übergabe anknüpfen.⁴

VERSAILLES

MOLTKE SAGT
KAPITULATION
VON PARIS
VORAUSS

24. Januar 1871

Veranlaßt durch die schwere Beschießung der Festungswerke und einzelner Stadtteile von Paris durch deutsche Ferngeschütze seit dem 27. Dezember und verstärkt seit dem 5. Januar sowie durch das blutige Scheitern des letzten und größten Ausbruchversuchs aus Paris vom 19. Januar, dem Tage nach der Kaiserproklamation in Versailles, schließt Jules Favre mit Bismarck die „*Konvention von Paris*“. Es wird die *Übergabe sämtlicher Festungswerke* der Hauptstadt, die Gefangennahme und Entwaffnung der gesamten Besatzungstruppen, Sicherheitskräfte ausgenommen, und ein Waffenstillstand mit Wirkung vom 27. Januar abends zwölf Uhr vereinbart. Die Gefangenen verbleiben für die Dauer des Waffenstillstandes in der Stadt. Ihre Waffen sind abzuliefern. Die Proviantzufuhr wird deutscherseits erleichtert werden. Die Belagerung der *Festung Belfort* sowie die französische Armee *Bourbaki* werden vom Waffenstillstand *nicht* betroffen. Dort nehmen die Kampfhandlungen ihren Fortgang. Während des bis zum 19. Februar befristeten Waffenstillstands soll die französische Nationalversammlung gewählt werden und in Bordeaux zusammentreten. Die Konvention wird beiderseits pünktlich eingehalten werden.⁵

KONVENTION
VON PARIS

BISMARCK —
FAVRE

PARTIELLER
WAFFEN-
STILLSTAND

13. Februar 1871

In Bordeaux tritt die während des Waffenstillstandes gewählte französische Nationalversammlung zusammen und wählt den

BORDEAUX

FRANZÖSISCHE
NATIONAL-
VERSAMMLUNG
THIERS
REGIERUNGS-
CHEF

74-jährigen ehemaligen Ministerpräsidenten unter dem Bürgerkönig Louis Philippe, Adolphe *Thiers* (ursprünglich Advokat und Journalist), zum Leiter der republikanischen Regierung. Ihm fällt die undankbare Aufgabe zu, die französische Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles zu leiten (vgl. 16. und 26. Februar 1871).

16. Februar 1871

ÜBERGABE
VON BELFORT

Mit der *Übergabe der Festung Belfort* und — zwei Wochen zuvor — dem Übertritt der Reste der Armee Bourbaki über die Schweizer Grenze, ihrer Entwaffnung und Internierung dort, ist der französische Widerstand beendet. Der Besatzung von Belfort, etwa 12 000 Mann, wird gestattet, mit ihren Waffen abzuziehen. Vier Tage darauf beginnt eine 15köpfige Delegation der französischen Nationalversammlung von Bordeaux unter Führung von Thiers, Favre und Picard in Versailles die Friedensverhandlungen. Der Waffenstillstand wird zunächst bis zum 6. März verlängert werden, um Bordeaux eine Entscheidungsfrist zu belassen.⁶

ENDE DES
FRANZÖSISCHEN
WIDERSTANDES

FRIEDENS-
VERHAND-
LUNGEN

26. Februar 1871

VERSAILLES

In *Versailles* unterzeichnen Bismarck (Preußen), Graf v. Bray-Steinburg (Bayern), v. Wächter (Württemberg) und Jolly (Baden) als Vertreter des Deutschen Reiches sowie Thiers und Jules Favre für die Französische Republik einen *Präliminar-Friedensvertrag*, der die Kampfhandlungen beendet und die Grundlage für den später endgültig abzuschließenden Frieden (vgl. 10. Mai 1871) bildet. Darin wird bereits die Abtretung des Elsaß (ohne Belfort) und Lothringens (mit Metz) an das Deutsche Reich sowie eine Kriegsentschädigung in Höhe von 5 Milliarden Franc, zahlbar binnen drei Jahren, vereinbart und die künftige Grenzlinie festgelegt. Artikel 3 bestimmt, daß die Räumung des französischen Gebietes von den deutschen Truppen jeweils von der Ratifikation des Vertrages und den geleisteten Zahlungen abhängig sein soll. Nach Zahlung der ersten zwei Milliarden wird sich die deutsche Besetzung auf die ostfranzösischen Departements Marne, Ardennen, Maas, Vogesen beschränken. „Die Festung Belfort mit ihrem Gebiet“ wird „als Pfand für die übrigen drei Milliarden“ dienen. Die Gesamtsumme einschl. Zinsen entspricht etwa 1,4 Milliarden Talern.⁷

PRÄLIMINAR-
FRIEDEN

ABTRETUNG
ELSASS-
LOTHRINGENS

5 MILLIARDEN
FRANC KRIEGS-
ENT-
SCHÄDIGUNG

9. März 1871

VON FABRICE
DEUTSCHER
GENERAL-
GOUVERNEUR

Der deutsche Reichskanzler Fürst *Bismarck* beauftragt den Generalgouverneur der von den deutschen Truppen besetzten französischen Gebiete, Generalleutnant v. *Fabrice*, mit seiner Ver-

setzung gegenüber der französischen Regierung in allen Fragen, die sich aus dem Präliminarfrieden vom 26. Februar 1871 (vgl. dort!) ergeben. Zugleich wird Fabrice auch zum Bevollmächtigten bei den in Artikel 7 des Präliminarfriedens vorgesehenen Verhandlungen in Brüssel über einen endgültigen Friedensvertrag ernannt, zu denen von französischer Seite Baude, Gontard und de Clercq delegiert werden.⁸

FÜR DIE BE-
SETZTEN GE-
BIETE UND
BEVOLLMÄCH-
TIGTER FÜR DIE
FRIEDENSVER-
HANDLUNGEN
IN BRÜSSEL

13. März 1871

In London tritt die sogenannte *Pontuskonferenz* in ihr Endstadium. Vertreter des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritannien, Österreich-Ungarns, Rußlands und der Türkei unterzeichnen einen Vertrag, der die Artikel 11, 13 und 14 des Friedens von Paris (vgl. 30. März 1856) durch eine Neufassung ersetzt. Danach ist Rußland im Schwarzen Meer an keine Beschränkungen hinsichtlich seiner Seestreitkräfte mehr gebunden. Es hat diese Beschränkungen bereits im Jahre 1870 während des deutsch-französischen Krieges für hinfällig erklärt und damit die Unterstützung Bismarcks gefunden.⁹

LONDON

PONTUS-
KONFERENZ

SCHWARZMEER-
KONVENTION
VON 1856
AUFGEHOBEN

26. März 1871

In der Stadt Paris proklamiert ein vom Zentralkomiteé der revolutionären Nationalgarden am 18. März gewählter Gemeinderat aus Sozialisten und Kommunisten, die sogenannte „Commune“, nach Ermordung der General Lecomte und Thomas (22. März) die „Kommunistische Republik“ und organisiert den bewaffneten Widerstand gegen die Regierung Thiers (vgl. 13. Februar 1871). Führer der „Commune“ sind Luis Blanqui, Gustave Flourens und der Marquis de Rochefort-Luçay. Vgl. weiter 28. Mai 1871.¹⁰

PARIS

AUFSTAND
DER
„COMMUNE“

8. April 1871

Der französische Außenminister Jules Favre äußert sich gegenüber dem deutschen Generalgouverneur von *Fabrice* (vgl. 9. März 1871) in Rouen über den Aufstand der Kommune in Paris: „Die Revolution in Paris ist nur erklärlich durch das gänzliche Zertrümmertsein jeden moralischen Haltes bei einem großen Teil der Bevölkerung, und wir hatten die große Befürchtung, daß auch die Truppen von dem allgemeinen Mißtrauen gegen alles, was Regierung und Autorität heißt, ergriffen sein könnten. Zum Glück hat sich diese Befürchtung nicht bewahrheitet, und sind wir jetzt unserer Truppen gegen die Aufständischen sicher. Dadurch ist der Sieg für uns zweifellos geworden über die Insurgenten, welche keinerlei Prinzip [gemeint ist:

FAVRE ÜBER
DEN AUFSTAND

DEUTSCHE
HILFE
NICHT OFFEN
GEWÜNSCHT

Programm, Grundsätze] aufgestellt haben und nur von der Plünderung leben (auch mein Haus in Paris haben sie vollständig ausgeplündert). Die militärische Lage ist gut. Die Rebellen sind zwar noch im Besitz der Brücke bei Asnières, sonst aber überall in die Enceinte zurückgetrieben . . .“ Im Begleitschreiben zu seinem Bericht über das Gespräch mit Favre in Rouen fügt Fabrice hinzu: „Eine materielle Mitwirkung oder Unterstützung unsererseits zu Bewältigung und baldiger Unterdrückung der Pariser Erhebung wünschte Herr Favre auch diesmal nicht, wenn er auch dieselbe vielleicht im Hinblick auf mögliche Eventualitäten nicht unbedingt von der Hand weisen mochte. In Versailles hofft man, sich mit geringen Opfern in Besitz von Paris setzen zu können, wenn es nur gelingt, mittelst der nur schwach beobachteten oder besetzten Nordbahn Truppen . . . in die Stadt zu bringen . . .“¹¹

24. April 1871

BISMARCK
ÜBER DIE
HALTUNG
DER
FRANZÖSISCHEN
REGIERUNG

Bismarck instruiert den deutschen Generalgouverneur im besetzten Frankreich, Generalleutnant von *Fabrice* (vgl. 9. März und 8. April 1871) u. a. wie folgt: „Das System des Herrn Thiers, unsere Kooperation [gegen den Aufstand der Kommune in Paris] zwar im geheimen zu wünschen, jede öffentliche Anerkennung derselben aber zu verhüten und sich gewissermaßen vor Frankreich der Gemeinschaft mit uns zu schämen, hat für uns politische Nachteile, welche wir nicht übernehmen wollen. Eine französische Regierung, welche auf unsere Unterstützung Anspruch macht und verlangt, daß wir die Zukunft unserer eigenen Interessen gefährden, um ihr nützlich zu sein, muß sich offen zu ihrer Anlehnung an uns bekennen und sich dadurch bis zu einem gewissen Grade in unsere Hand geben . . . Die schroffe Unnachgiebigkeit der französischen Regierung in Brüssel steht in einem eigentümlichen Kontrast mit der hilfsbedürftigen Begehrlichkeit, mit welcher sie seit sechs Wochen eine Konzession nach der anderen von uns wie ein Recht fordert, während sie ihrerseits auch nicht eine der Verpflichtungen erfüllt, welche sie vertragsgemäß übernommen hat . . . Über 1400 Offiziere und Soldaten der deutschen Heere befinden sich noch immer in französischer Kriegsgefangenschaft, während sie vertragsgemäß in den ersten Tagen des Februar zu unserer Verfügung hätten gestellt werden müssen, und wir seitdem ohne Rücksicht auf Auswechslung gegen 200 000 französische Kriegsgefangene entlassen haben, obgleich wir bis zur vollständigen Rückgabe aller deutschen Kriegsgefangenen nicht zur Entlassung eines einzigen französischen Soldaten verpflichtet waren . . .“¹²

26. April 1871

Legationssekretär von *Holstein*, dem deutschen Generalgouverneur in Frankreich beigegeben, hat im Fort Aubervilliers eine Unterredung mit General *Cluseret* von der aufständischen Pariser Kommune, der *Holstein* für ein Paktieren mit der Kommune, zumindest für eine Vermittlung zwischen dieser und der französischen Regierung in Versailles zu gewinnen sucht. Die deutsche Reichsregierung wird zwar auf dieses Ansinnen nicht eingehen, aber die spätere Rolle *Holsteins* wird doch diesen frühen Kontakt in besonderem Lichte erscheinen lassen.¹³

VON HOLSTEIN
HAT UNTER-
REDUNG
MIT CLUSERET
VON DER
PARISER
„COMMUNE“

30. April 1871

In der Nähe von Tuscon in Arizona (USA), unweit der mexikanischen Grenze, überfällt ein Haufen von 6 weißen Amerikanern, 42 Mexikanern und 92 angeworbenen christlich missionierten Papago-Indianern unter Führung eines gewissen William S. *Oury* in den frühen Morgenstunden eine Siedlung von unbewaffneten Aravaipa-Indianern (Apachen), die für das Camp Grant arbeiten. 144 Aravaipas, davon etwa 100 Frauen und Kinder, werden erschossen (zum Teil noch im Schlaf), erschlagen und verstümmelt, 27 Kinder als Gefangene mitgeschleppt, um sie jenseits der Grenze, in Mexiko, als Sklaven zu verkaufen. Zwar wird es dem Kommandanten von Camp Grant, Leutnant *Whitman*, schließlich gelingen, die Mörder aus Tuscon vor Gericht zu bringen. Doch werden sie freigesprochen werden. Dafür wird Leutnant *Whitman* dreimal wegen an den Haaren herbeigezogener Lapalien vor ein Kriegsgericht gestellt und nicht mehr befördert werden, bis er schließlich seinen Abschied nehmen wird. Inzwischen sind die überlebenden Aravaipas zurückgekehrt und haben ihr Dorf beim Camp Grant wieder aufgebaut.¹⁴

USA
MASSAKER
AN APACHEN

FREISPRUCH
FÜR DIE
TÄTER

6. Mai 1871

In Frankfurt am Main beginnen die Gespräche des deutschen Reichskanzlers von *Bismarck* mit dem französischen Außenminister Jules *Favre* und dem Finanzminister *Pouyer-Quertier* über den endgültigen Friedensvertrag, insbesondere über den Modus der französischen Zahlungen an Kriegsentschädigung, die im Präliminarfrieden in Versailles vom 26. Februar (vgl. dort) vereinbart wurden. Die langwierigen Vorverhandlungen in Brüssel wurden abgebrochen. Dagegen einigt man sich nun in Frankfurt sehr schnell. Vgl. 10. Mai 1871.¹⁵

FRANKFURT
DEUTSCH-
FRANZÖSISCHE
FRIEDENS-
VERHAND-
LUNGEN

10. Mai 1871

FRIEDEN VON FRANKFURT

In *Frankfurt* (Main) unterzeichnen Fürst Otto von Bismarck-Schönhausen, Kanzler des Deutschen Reiches „im Namen seiner Majestät des Deutschen Kaisers“, Graf Harry von Arnim, Außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister des Deutschen Kaisers beim Heiligen Stuhl, die französischen Minister Jules Favre (Äußerer) und Aug. Th. Jos. Pouyer-Quertier (Finanzen) sowie Marc Th. Eug. de Goulard, Mitglied der französischen Nationalversammlung, den *Frankfurter Friedensvertrag*, der den Deutsch-Französischen Krieg beendet. Er enthält im wesentlichen die bereits im Versailler Präliminarfrieden vom 26. Februar 1871 (vgl. dort!) vereinbarten Bestimmungen. Darüber hinaus besagt Artikel 2: „Kein Bewohner der abgetretenen Gebiete darf wegen im Kriege von ihm begangener politischer oder militärischer Handlungen verfolgt, beunruhigt, noch in seiner Person oder mit seinem Besitz zur Rechenschaft gezogen werden.“ (Man vergleiche das mit der Verfolgung der sogenannten „Kollaborateure“ nach dem Zweiten Weltkrieg.) Artikel 7 bestimmt, daß von der Kriegsentschädigung (vgl. 26. Februar 1871) die ersten 500 Millionen „innerhalb der ersten dreißig Tage nach der Wiederherstellung der französischen Regierungsgewalt in der Stadt Paris“ zu zahlen sind, die letzten drei Milliarden am 2. März 1874. In Artikel 16 verpflichten sich beide Regierungen gegenseitig zum Schutz und zur Pflege der Gräber auf ihrem Gebiet beerdigter Soldaten. Der Vertrag ist nur in französischer Sprache abgefaßt. Der Austausch der Ratifizierungsurkunden wird in Frankfurt am 20. Mai 1871 erfolgen. — Es war unmöglich, unter den gegebenen Umständen einen maßvolleren Frieden zu schließen, aber es war ebenso unmöglich, einen Frieden zu schließen, mit dessen Bestimmungen sich Frankreich endgültig abgefunden hätte.¹⁶

13. Mai 1871

ITALIEN GARANTIE- GESETZ FÜR DEN PAPST VON PIUS IX. ABGELEHNT

Die italienische Regierung erläßt ein sogenanntes Garantiegesetz, das dem Papst die Vorrechte eines souveränen Fürsten und Staatsoberhauptes sowie den Besitz der Peterskirche, des Vatikans- und Lateranpalastes sichert. Auch sollen die Ordensgenerale und kirchliche Seminare in Rom seinem Schutz unterstehen. Seine Person wird für heilig und unverletzlich erklärt und außerdem wird ihm vom italienischen Staat ein Jahreseinkommen von 3,2 Millionen Lire ausgesetzt. Pius IX. wird dieses Gesetz nicht anerkennen und den ihm ausgesetzten Jahresbetrag zurückweisen. Er sieht in der Auflösung des Kirchenstaates und in der Annexion Roms durch Italien nach wie vor ein nicht wie-

der gutzumachendes Unrecht und eine schwere Sünde gegen die durch ihn verkörperte göttliche Autorität. Hier gibt es keine Brücke der Verständigung.¹⁷

28. Mai 1871

Nach beinahe zwei Monate währender Belagerung ist die Stadt *Paris* durch französische Regierungstruppen unter dem Befehl *MacMahons* nach achttägigem Barrikadenkampf (seit dem 21. Mai) *zurückerober*t. Die „Communarden“ (vgl. 26. März 1871) werden bei diesen Kämpfen und durch Standgerichte zu Tausenden (etwa 20 000) niedergemacht, aber auch die Regierungstruppen haben hohe Verluste. Am 24. Mai haben die „Communarden“ insgesamt 480 Geiseln erschossen, darunter den Erzbischof Darboy von Paris, und mehrere öffentliche Gebäude, darunter das Palais de Tuileries, in Brand gesteckt. Die anschließenden Prozesse gegen Teilnehmer am Aufstand der „Commune“ werden sich noch bis zum Jahre 1875 hinziehen. Es werden über 10 000 Strafurteile ausgesprochen und mehr als 3000 Verurteilte nach Neukaledonien (einer Insel im Pazifischen Ozean, nordöstlich von Neuseeland) deportiert werden.

PARIS

*VERNICHTUNG
DER
„COMMUNE“*

noch Mai 1871

Der russische Dichter und Schriftsteller Dostojewski schreibt in einem politischen Aufsatz: „Deutschland ist doch in Europa immerhin das Land, das in der Mitte liegt: wie stark es also auch sein mag — auf der einen Seite bleibt Frankreich, auf der anderen Rußland . . . Wie aber, wenn sie [die Russen] plötzlich erraten, daß nicht sie das Bündnis mit Deutschland brauchen, wohl aber Deutschland das Bündnis mit Rußland; und überdies noch: daß die Abhängigkeit von dem Bündnis mit Rußland allem Anschein nach die verhängnisvolle Bestimmung Deutschlands ist, und besonders seit dem Deutsch-Französischen Kriege.“¹⁸

*DOSTOJEWSKI
ÜBER DAS
DEUTSCH-
RUSSISCHE
BÜNDNIS*

17. Juni 1871

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Graf von *Waldersee*, überreicht dem französischen Außenminister *Favre* sein Beglaubigungsschreiben und wird anschließend vom Regierungschef *Thiers* empfangen. Damit sind die diplomatischen Beziehungen nach dem endgültigen Friedensschluß vom 10. Mai (vgl. dort) wieder hergestellt. Es wird nun ein monatelanges Tauziehen um die französischen Zahlungen und — im Gegenzug — um die Räumung der noch von deutschen Truppen besetzten Provinzen beginnen.¹⁹

*DIPLOMATISCHE
BEZIEHUNGEN
DEUTSCHLAND —
FRANKREICH*

*GRAF VON
WALDERSEE*

BRITISCH-
KOLUMBIEN
ZU KANADA

PRINZ-EDWARD-
INSEL

1. Juli 1871

British Columbia tritt dem *Dominion of Canada* (vgl. 29. März 1867, 19. November 1869) bei, nachdem es bereits seit 13 Jahren (2. August 1858) der Verfügungsgewalt der Hudson's Bay Company entzogen war und als Kolonie getrennt verwaltet wurde. Damit erreicht das Dominion die Pazifikküste und nimmt die gesamte Nordgrenze der Vereinigten Staaten ein, von Alaska abgesehen. Mit der Aufnahme der Prinz-Edward-Insel (Neu-Braunschweig vorgelagert) genau zwei Jahre später (1. Juli 1873) wird es alle britischen Besitzungen in Nordamerika in sich vereinigen.

FRANKREICH

RÄUMUNG
VON SOMME,
SEINE
INFÉRIEURE
UND EURE

20. Juli 1871

Kaiser *Wilhelm I.* befiehlt die Räumung der französischen Departements Somme, Seine Inférieure und Eure, die gemäß Artikel 7 des Frankfurter Friedens nach Zahlung der ersten halben Milliarde Kriegsentschädigung zu räumen sind. Zwar ist erst ein Teil des fälligen Geldes eingegangen, aber der Kaiser will die gefährdete Position des französischen Regierungschefs *Thiers* nicht unnötig erschweren. Außenminister Favre wird diese Geste dankbar anerkennen, nachdem der deutsche Geschäftsträger *von Waldersee* offiziell davon Mitteilung gemacht hat.²⁰

GRAF
VON ARNIM
IN PARIS

REMUSAT
FRANZÖSISCHER
AUSSEN-
MINISTER

29. August 1871

Der deutsche Gesandte in außerordentlicher Mission in Paris, Graf *von Arnim*, der den Grafen von Waldersee ablöst, überreicht dem französischen Regierungschef *Thiers* sein Beglaubigungsschreiben und konferiert anschließend mit dem neuen französischen Außenminister *de Rémusat*, dem Nachfolger Favres. Es geht wieder um die noch ausstehenden französischen Zahlungen an Kriegsentschädigung einerseits und um die Räumung der noch besetzten französischen Departements andererseits. Graf von Waldersee, der diesen Gesprächen noch beiwohnt, wird anschließend in Bad Gastein Bismarck darüber berichten.²¹

THIERS
PRÄSIDENT
DER
FRANZÖSISCHEN
REPUBLIK

31. August 1871

Fünf Wochen nach den Nachwahlen vom 28. Juli zur französischen Nationalversammlung, die ihren Sitz nunmehr in Versailles hat, wird der Regierungschef Adolphe *Thiers* zum *Präsidenten der französischen Republik* ausgerufen. Die auf seine Veranlassung aufgelegte Nationalanleihe ist mehrfach bezeichnet worden und hat es ihm ermöglicht, die Abzahlung der Kriegsentschädigung an das Deutsche Reich und damit die Räu-

mung der noch besetzten östlichen Provinzen von den deutschen Truppen vor der gesetzten Frist zu erreichen. Dennoch hat er in der Nationalversammlung gegen eine wachsende Opposition von Monarchisten zu kämpfen.²²

OPPOSITION
DER
MONARCHISTEN

6. September 1871

Die französische Nationalversammlung setzt das Jahreskontingent an auszuhebenden Rekruten auf 120 000 Mann fest. Unter Napoleon I. waren es niemals mehr als 100 000 Mann. Ziel ist die Aufstellung von 150 Infanterieregimentern, d. h. 37 bis 38 Divisionen, die im Kriegsfall keiner Neuaufstellung mehr bedürfen, wie *Thiers* der Nationalversammlung am 7. Dezember 1871 in einer Botschaft ankündigen wird. Es liegt auf der Hand, daß es sich hierbei nicht um eine Defensiv- sondern um eine ausgesprochene Offensivrüstung handelt.²³

FRANKREICH

JÄHRLICH
120 000
REKRUTEN
(37 DIVISIONEN)

28. September 1871

Im Kaiserreich *Brasilien* wird ein Gesetz beschlossen, das den Kindern von Sklaven die Freiheit zuerkennt. Eine weitergehende Lösung der Sklavenfrage, wie sie von den Republikanern gefordert wird, hält die Regierung im Hinblick auf die Rentabilität der Minen für unzuträglich. Eine Befreiung der Negerklaven würde die Förderkosten im Bergbau erheblich steigern. Auch die Großgrundbesitzer und Pflanzer, auf die sich die Monarchie in Brasilien stützt, würden eine Befreiung der dort arbeitenden Sklaven nicht dulden. Vgl. hierzu 15. November 1888 und 15. November 1889.

BRASILIE

GESETZ ZUR
BEFREIUNG
DER KINDER
VON SKLAVEN

12. Oktober 1871

In Berlin unterzeichnen der Reichskanzler Fürst *Bismarck* sowie der außerordentliche Gesandte Graf von *Arnim* einerseits und der französische Finanzminister *Pouyer-Quertier* andererseits eine zusätzliche Übereinkunft zum Friedensvertrag vom 10. Mai und eine Separat-Konvention. Erstere behandelt die zollgünstige Einfuhr elsäß-lothringischer Produkte in Frankreich. Letztere legt die Räumung der Departements Aisne, Aube, Côte d'or, Haute Saône, Doubs und Jura fest, ebenso die Termine für Teilzahlungen auf die im ersten Halbjahr 1872 fälligen 650 Millionen Kriegsentschädigung incl. Zinsen.²⁴

DEUTSCH-
FRANZÖSISCHE
ZOLL-
KONVENTION
FÜR ELSASS-
LOTHRINGEN

WEITERE
RÄUMUNGS-
TERMINE

20. Oktober 1871

Unmittelbar im Anschluß an die Ratifizierung der Konvention vom 12. Oktober (vgl. dort) befiehlt der Chef des deutschen Generalstabes, Graf *von Moltke*, den Beginn der Räumung der

RÄUMUNGS-
BEFEHL
FÜR AISNE,
AUBE,

COTE D'OR,
HAUTE SAONE,
DOUBS
UND JURA
„ERFOLG“ DER
REGIERUNG
THIERS

in der Konvention genannten Departements. Die Maßnahme wird naturgemäß in der französischen öffentlichen Meinung lebhaft begrüßt und von der Regierung Thiers als bedeutender diplomatischer Erfolg dargestellt, mit dem sie ihre Stellung zu festigen sucht. Auch die entgegenkommende und ehrenvolle Aufnahme des französischen Finanzministers bei den Verhandlungen in Berlin wird dankbar anerkannt.²⁵

30. November 1871

FRANKREICH
BELAGERUNGS-
ZUSTAND
IN DEN NOCH
BESETZTEN
DEPARTEMENTS

In allen noch von deutschen Truppen besetzten Teilen Frankreichs wird auf Antrag Bismarcks der Belagerungszustand verkündet, daß alle gegen die Sicherheit der deutschen Truppen gerichteten Verbrechen oder Vergehen künftig durch deutsche Militärgerichte abgeurteilt werden. Anlaß zu dieser Maßnahme gaben wiederholte Freisprüche durch französische Gerichte, von Angeklagten, denen die Tötung deutscher Besatzungssoldaten nachgewiesen war. Die beiderseitige Presse hat den Konflikt verschärft.²⁶

10. Dezember 1871

DEUTSCHLAND
KULTURKAMPF
KANZEL-
PARAGRAPH

In das deutsche Strafgesetzbuch wird im Rahmen des beginnenden „Kulturkampfes“ (nach italienischem Vorbild) der sogenannte „Kanzelparagraph“ (§ 130a) eingefügt. Danach können Geistliche, die in Ausübung ihres Berufes öffentlich oder in einer Kirche Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erörtern, mit Gefängnis oder Festung bis zu zwei Jahren bestraft werden. 1876 wird durch einen 2. Absatz auch die Verbreitung entsprechender aufreizender kirchenamtlicher Schriftstücke unter Strafe gestellt werden.²⁷

13. Februar 1872

Das preußische Abgeordnetenhaus nimmt ein *Schulaufsichtsgesetz* an, das die Inspektion der Schulen dem Staate vorbehält und katholische Ordensangehörige vom Lehrberuf an öffentlichen Schulen ausschließt. Die bisherige Abhängigkeit der Volksschulen von der Kirche wird damit aufgehoben und die Grundlage für eine Erziehung zu einem ungebrochenen Nationalbewußtsein gelegt. Das Gesetz stößt auf den entschlossenen Widerstand der polnischen Geistlichkeit in Posen und dem polnischen Teil Oberschlesiens sowie aller konfessionell gebundenen Mitglieder des preußischen Herrenhauses, wird aber dennoch von Bismarck und dem preußischen Kultusminister Falk durchgesetzt. Am 8. März 1872 wird es auch das Herrenhaus passieren.¹

PREUSSEN

KULTURKAMPF

SCHUL-
AUFSICHTS-
GESETZ

POLNISCHER
WIDERSTAND

MINISTER FALK

6. April 1872

In einem Vertrag zwischen Großbritannien und den Niederlanden überlassen diese dem Vertragspartner ihre Besitzungen an der westafrikanischen *Goldküste* einschließlich des Forts *Elmina*, auf das der Eingeborenenkönig der Ashanti, Koffi Kalkali, Anspruch erhebt. Daraus wird sich der Ashantikrieg entwickeln, in dem britische Truppen unter Sir Garnet Wolseley vom 13. Juni 1873 bis zum 19. Februar 1874 diesem Stamme einen erheblichen Teil seines Gebietes abnehmen, die Hauptstadt Kumasi zerstören und noch 50 000 Unzen Gold als Kriegsentschädigung einbringen werden.²

GOLDKÜSTE
WIRD BRITISCH

FORT ELMINA

URSAACHE DES
ASHANTI-
KRIEGES

WOLSELEY

10. April 1872

Der deutsche Botschafter in Petersburg, Prinz *Heinrich VII. Reuß*, berichtet nach Berlin, daß der russische Botschafter *Le Flô* wiederholt versucht hat, den russischen Staatskanzler *Gortschakow* zur Verwendung für eine beschleunigte Räumung der noch von deutschen Truppen besetzten Gebiete Frankreichs zu bewegen, daß dieser aber ein solches Ansinnen abgewiesen hat. Dafür wird ihm Bismarck durch den Botschafter eine Woche später seinen Dank aussprechen lassen unter gleichzeitigem Hinweis auf den „sanguinischen Charakter und . . . Leichtsinn der Franzosen“.³

FRANKREICH
SUCHT
RUSSISCHE
UNTER-
STÜTZUNG
FÜR
VORZEITIGE
RÄUMUNG

ABGEWIESEN

25. April 1872

Der französische Botschafter in Berlin, *Vicomte de Gontaut-Biron*, trifft bei einer Gesellschaft mit dem Generalfeldmarschall

BERLIN

*GESPRÄCH
MOLTKE -
GONTAUT -
BIRON ÜBER
KÜNFTIGE
ENTWICKLUNG
FRANKREICHS*

Graf *Moltke* zusammen und wird über das Gespräch berichten. Es geht um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Frankreich. Gontaut: „... ich weiß nicht, in welchem Sinne die Entscheidung der Nationalversammlung ausfallen wird.“ Moltke: „Inzwischen beschäftigt sich Herr Thiers hübsch mit dem Wiederaufbau der Armee. Im nächsten Frühjahr [1873] wird sie eine formidable Stärke haben und wohl imstande sein, wieder Krieg anzufangen.“ Gontaut: „Ich glaube, Sie irren sich, Herr Feldmarschall. Zweifellos wünscht Herr Thiers eine achtungsgebietende Armee; aber wir bedürfen dazu zweier Dinge: einerseits, leider, der Gewißheit, daß die Ruhe im Innern nicht gestört wird, und andererseits, wenn erforderlich, des Schutzes vor Angriffen von außen.“ Moltke: „Aber wer denkt daran, Sie anzugreifen? Wir haben jetzt alles, was wir brauchen, fühlen also weder das Bedürfnis noch das Verlangen, Sie anzugreifen.“ Gontaut: „Um so besser! Und nun beachten Sie, wie wenig beunruhigend unsere Zahlen sind...“ Gontaut führt des längeren aus, daß die überwiegende Mehrheit der Franzosen keinen Krieg wolle. Darauf Moltke: „Desto besser, aber Ihre Zukunft ist nicht vertrauenerweckend. Da ist der Diktator Gambetta, dem niemand zum mindesten eine gewaltige Energie absprechen kann; er genießt große Popularität und kann wieder an das Ruder kommen. Viel beruhigender wäre es, wenn die ‚Fusion‘ [gemeint ist die Einigung der Orleanisten, Bourbonen und Bonapartisten auf den Grafen Chambord als Thronprätendenten] zustande gekommen wäre. Aber man stieß sich an der nebensächlichen Frage der Fahne! Ich verstehe nicht, wie der Graf Chambord [vgl. 19. November 1873] ihr diese Wichtigkeit beilegen konnte. Weht nicht auf dem Palais des Kaisers eine Flagge, die nicht die deutsche ist? Auch wir haben unsere Fahne gewechselt.“⁴

*MOLTKE FÜR
EINIGUNG DER
FRANZÖSISCHEN
MONARCHISTEN*

6. Mai 1872

Der deutsche Botschafter in Paris, Graf *von Arnim*, berichtet an den Reichskanzler u. a.: „Aus meiner Konversation mit Herrn Thiers hatte ich den Eindruck, daß es dem Präsidenten ernstlich um eine schleunige und *uns* befriedigende Lösung der Sache zu tun ist, wenn auch von anderen Seiten insinuiert [unterstellt] wird, daß Herr Thiers die Evakuation [Räumung] im Grunde nicht wünscht, weil mit dem Aufhören derselben seine Stellung gleichfalls ein Ende erreichen würde. Das körperliche Befinden des Präsidenten und die unleidliche Position, in welcher er sich der Nationalversammlung gegenüber befindet, lassen mir aber keinen Zweifel, daß Herr Thiers eine Befriedigung seines

PARIS

*ARNIM
BERICHTET:
THIERS FÜR
SCHNELLE
ERFÜLLUNG
DER FRIEDENS-
BESTIMMUNGEN*

Ehrgeizes mehr in der Befreiung seines Vaterlandes von der Okkupation als in der Verlängerung seiner Regierung sucht.“⁵

„ . . . möchte ich behaupten, daß nach einer weit verbreiteten Überzeugung das allgemeine Stimmrecht nur zwei Resultate haben kann, nämlich entweder Gambetta oder Napoleon [gemeint ist ein Nachfolger aus dem Hause Bonaparte]. Was den ersten betrifft, so ist unverkennbar, daß er in den Provinzen, namentlich im Süden, täglich neue Fortschritte macht. Der Sozialismus und die rote Demokratie gewinnt namentlich unter der Landbevölkerung immer mehr Boden, und es ist dahin gekommen, daß die Bauern radikaler sind als die Pariser. Allenthalben, wo eine Manifestation der öffentlichen Stimmung stattfindet, ist sie Gambetta und der roten Republik günstig. Selbst in der Armee verhält es sich nach dem Urteil des Marschalls Bazaine ähnlich. Er hält die Armee für ganz korrumpiert und ist namentlich auch davon überzeugt, daß sie der herrschenden Strömung nicht widerstehen, sondern ihr folgen würde. Mac Mahon ist in seinen Augen kein Bürge für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Ein Gegengewicht gegen die überwuchernde Gewalt der Demokratie — welche übrigens in Gambetta nur vorläufig einen Ausdruck finden würde — ist augenblicklich noch in dem Einfluß des Napoleonischen Namens zu finden. Marschall Bazaine meint, daß heute das Kaiserreich wohl noch stark genug sei, um die Zügel der Regierung zu ergreifen . . .“ Bismarck wird auf diesen Bericht am 12. Mai mit dem Hinweis antworten: „Unsere erste Aufgabe bleibt natürlich immer, die jetzige Regierung zu stützen, solange dieselbe für uns die Repräsentantin des Willens ist, den Frieden loyal auszuführen. Was nach ihr kommt, wird sich in dieser selben Richtung von neuem uns gegenüber legitimieren müssen; wir haben keinen Anlaß dabei, der bonapartistischen Partei die Exklusive zu geben . . .“⁶

18. Juni 1872

In einer Instruktion Bismarcks an den deutschen Botschafter in Paris, den Grafen von Arnim, heißt es u. a.: „Die inneren Angelegenheiten und die Zukunft Frankreichs mit Thiers zu besprechen, hat für mich wenig Reiz und für ihn keinen Nutzen. Vermag er durchzuführen, was er beabsichtigt [eine konservative Verfassung für Frankreich mit einer möglichst aristokratischen ersten Kammer (Oberhaus)], so würde es mich freuen, aber mit unserer Okkupation hat diese Angelegenheit gar nichts zu tun; höchstens könnte man sagen, daß in unserer Anwesenheit in Frankreich eine Erleichterung für Ausführung vernünftiger Pläne liegt, jedenfalls eine Verzögerung der Krisen, welche

ERFOLGE
GAMBETTA
IN DEN
SÜDLICHEN
PROVINZEN

DEMO-
KRATISCHER
SOZIALISMUS

BAZAINE
SPRICHT VON
ZERSETZUNG
DER ARMEE

BISMARCKS
ANTWORT:
STÜTZUNG DER
REGIERUNG
THIERS

BISMARCKS
INSTRUKTION
FÜR
VON ARNIM:

ANWESENHEIT
DEUTSCHER
TRUPPEN

IN FRANKREICH
VERZÖGERT
INNERE KRISEN

vermutlich im Inneren eintreten, sobald man uns gänzlich los sein wird. Ich fürchte vielmehr, daß von dem Augenblick an, wo der letzte deutsche Soldat den französischen Boden verläßt, auch die Furcht vor dem, was nach ihm kommen könnte, nicht mehr ausreichen werde, um den Krieg aller gegen alle länger aufzuschieben und Thiers am Ruder zu erhalten.“⁷

29. Juni 1872

VERSAILLES
NEUE DEUTSCH-
FRANZÖSISCHE
KONVENTION
ÜBER REST-
ZAHLUNGEN
UND RÄUMUNG

In Versailles unterzeichnen der französische Außenminister Charles de Rémusat und der deutsche Botschafter Graf Harry von Arnim eine „Spezialkonvention“ über die Restzahlung der französischen Kriegsentschädigung und die Räumung der noch besetzten Departements, beides in je drei Etappen, wobei die Räumung jeweils fünfzehn Tage nach der entsprechenden Teilzahlung erfolgen soll. Als letzte Gebiete sollen am 15. März 1875 die Departements Meuse, Meurthe et Moselle und Belfort geräumt werden.⁸

4. Juli 1872

DEUTSCHLAND
KULTURKAMPF
VERBOT DES
JESUITEN-
ORDENS
GEGENZUG AUF
PÄPSTLICHE
DEKRETE

Durch ein von Kaiser Wilhelm I. bestätigtes Reichsgesetz wird in Deutschland der *Jesuitenorden* (Societas Jesu) *verboten*, seine Niederlassungen bis zum Jahresende geschlossen, seine Mitglieder aus dem Reichsgebiet ausgewiesen, seine Tätigkeit, in welcher Form auch immer, beendet. Die Durchführung dieses Gesetzes erfolgt in Bayern, Hessen und Preußen im Gegenzug auf Dekrete des Vatikans hin, nach denen jeglicher Ungehorsam gegen die Kirche durch Androhung von Exkommunikation und andere Druckmittel von den Bischöfen zu bekämpfen sei. Hier handelt der Staat in Notwehr gegen seine Entmachtung.⁹

16. Juli 1872

ZAR
ALEXANDER II.
WÜNSCHT
EINLADUNG
NACH BERLIN
DEMON-
STRATION DER
GESCHLOSSEN-
HEIT DER
DREI KAISER-
REICHE FÜR
FRIEDEN
IN EUROPA

Der deutsche Botschafter in Petersburg, Prinz Heinrich VII. Reuß, meldet dem Kaiser Wilhelm I., daß Zar Alexander II. ihn bei einer Flottenrevue am Vortage gefragt habe: „Hat man Ihnen von Berlin nicht geschrieben, ob man mich gleichzeitig mit dem Kaiser von Österreich dort zu haben wünscht? Glauben Sie, daß dies dem Könige angenehm sein würde?“ Der Botschafter fügt daran folgende Betrachtung: „Ich glaube mich kaum zu irren, wenn ich den Gedankengang des Kaisers [gemeint ist: des Zaren] folgendermaßen verstehe. Das Zusammengehen der drei nordischen Mächte [Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland] ist von jeher seine Lieblingsidee gewesen, wenn ihm auch Österreich, namentlich während des Ministeriums des Grafen Beust, wenig Vertrauen eingefloßt hat. Er sieht in diesem Zu-

sammengehen die festeste Garantie für den Frieden in Europa, und er möchte dadurch mit einem Schlage alle Revanchegelüste Frankreichs, durch welche dieser Friede dauernd bedroht ist, zu nichts machen. Die Begegnung der Monarchen von Rußland und Österreich unter dem Dach und gewissermaßen unter der Protektion des deutschen Kaisers scheint ihm eine so deutliche Sprache zu sein, daß niemandem erlaubt sein würde, über die Friedenspolitik der drei Kaiserreiche im Zweifel zu sein. Dieser Friedensgedanke ist ihm so sehr ans Herz gewachsen, daß er, wie ich weiß, sogar nicht abgeneigt sein würde, eine Offensiv- und Defensivallianz auf der Basis einer Territorialgarantie mit uns zu schließen und dadurch unseren unruhigen Nachbarn auf lange Zeit die Kriegsgelüste auszutreiben. Für sich und sein Land hofft er daraus den Vorteil zu ziehen, das ungeheure Kriegsbudget zu ermäßigen. — Dies dürfte die eine, die großartige Seite seines Gedankens sein. Ein anderer ist damit verwandt. Es ist ihm nämlich nicht erwünscht, wenn sein bester Freund, wie er Eure Majestät immer nennt, mit einem dritten zusammenkommt, und er sozusagen vor der Tür seines Freundes stehen bleiben muß, während die zwei anderen miteinander verkehren. Nicht daß sein Vertrauen in Eure Majestät dadurch wankend gemacht werden könnte, aber er möchte nur, daß sein bester Freund ohne ihn nicht neue Freundschaften schliesse . . .“ Vgl. hierzu 29. Juli 1872.¹⁰

29. Juli 1872

Nachdem *Bismarck* von Varzin aus dringend zugeraten hat, den Zaren *Alexander* ebenfalls zu dem beabsichtigten Treffen mit Kaiser *Franz Joseph* zu bitten, schreibt Kaiser *Wilhelm I.* von Wiesbaden aus an diesen:

„Lieber Freund. Mein Botschafter hat Dir bereits ausgesprochen, mit wie großer Freude mich die Aussicht erfüllt, Dich im September als meinen Gast in Berlin begrüßen zu dürfen. Indem ich den Ausdruck dieser Freude und des herzlichen Dankes für Deine liebenswürdige Ankündigung hiermit wiederhole, erlaube ich mir daran die Mitteilung zu knüpfen, daß der Kaiser von Rußland mir vor wenigen Tagen andeutungsweise und ganz vertraulich den Wunsch zu erkennen gegeben hat, gleichzeitig mit Dir zu den Manövern meines Gardekorpas nach Berlin eingeladen zu werden. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich als das Motiv dieses aus der persönlichen Initiative des Kaisers *Alexander* hervorgegangenen Wunsches das lebhafteste Interesse bezeichne, von welchem sein edles Herz für die Erhaltung und Befestigung des europäischen Friedens erfüllt ist. In einer

BRIEF KAISER
WILHELMS I.
AN KAISER
FRANZ JOSEPH:

EINLADUNG
AN DEN ZAREN
ZUM DREI-
KAISER-TREFFEN
IN BERLIN

freundschaftlichen Begegnung der Souveräne von Österreich, Rußland und Preußen erblickt er, und gewiß mit Recht, den unzweideutigsten Beweis von der aufrichtigen Friedenspolitik der drei Kabinette und die sicherste Gewähr für den Frieden der Welt.

Du wirst erlauben, lieber Freund, daß ich angesichts dieser Erwägung geglaubt habe, die mir gewordenen Andeutungen des Kaisers Alexander nicht unbeachtet lassen zu dürfen, zumal die Entrevue in meinen Augen auch noch den nicht hoch genug zu schätzenden Vorteil hätte, daß dadurch die leider nur zu zahlreichen auf Krieg und Unruhe spekulierenden subversiven Elemente in Europa gründlich entmutigt werden würden. Demgemäß habe ich, in Voraussetzung Deines Einverständnisses, an welchem ich bei Deinen mir bekannten Gesinnungen keinen Augenblick zweifeln durfte, den Kaiser Alexander eingeladen, gleichzeitig mit Dir mein Gast in Berlin zu sein. Ich werde mich freuen, von Dir zu hören, daß ich dabei in Deinem Sinne gehandelt habe.

Indem der erlauchten Kaiserin ich die Hand küsse, bleibe ich in aufrichtiger Freundschaft

Dein treuer Freund Wilhelm.“

Vgl. hierzu 9. September 1872.¹¹

noch Juli 1872

PERU
PRÄSIDENT
BALTA
ERMORDET
DIKTATOR
GUTIERREZ
AUFGEHÄNGT
NEUER
PRÄSIDENT:
PARDO

Der Präsident von Peru, *Balta*, der Nachfolger der zuvor gestürzten *Prado* (vgl. 5. Dezember 1865, 2. Mai 1866), wird bei einem Aufstand ermordet, den der Oberst *Gutierrez* hervorgerufen hat. Dieser wirft sich zum Diktator auf und löst den Kongreß auf mit dem Ergebnis, daß er von einer aufgeputschten Volksmenge aufgehängt wird. Im darauffolgenden Monat wird der bisherige Vizepräsident, Oberst *Cevallos*, die Ruhe wieder herstellen und den Kongreß wieder einberufen, der *Manuel Pardo* (nicht zu verwechseln mit dem gestürzten *Prado*, siehe oben) zum Präsidenten auf vier Jahre wählen wird.¹²

9. September 1872

BERLIN
DREI-KAISER-
TREFFEN
KEINE
SCHRIFTLICHEN
VEREIN-
BARUNGEN

In Berlin trifft Kaiser Franz Joseph von Österreich-Ungarn zu einem offiziellen Staatsbesuch ein und erkennt damit das seit fast zwei Jahren bestehende Deutsche Reich an. Auch Zar Alexander II. von Rußland findet sich mit seinem Kanzler Fürst Gortschakow zu diesem Treffen ein. Es werden keine schriftlichen Abmachungen getroffen, aber die drei Monarchen geben durch ihre Zusammenkunft weltweit zu erkennen, daß sie und

ihre Regierungen die 1866 und 1871 geschaffene Neuordnung in Europa als gegebene Tatsache und Grundlage ihrer künftigen Politik betrachten.¹³

noch September 1872

Ein von Großbritannien und den USA gemeinsam bestelltes Schiedsgericht in Genf entscheidet über den Schadenersatz, den Großbritannien den USA für deren Verluste durch die von England aus operierenden Kaperschiffe der Südstaaten während des amerikanischen Sezessionskrieges zu leisten hat. Der Konflikt über diesen Schadenanspruch der USA, nach dem wirksamsten der Kaperschiffe „Alabama“ benannt, hat sich mehrere Jahre lang hingezogen und hart an die Grenze eines Krieges geführt. Nunmehr verurteilt das Genfer Schiedsgericht Großbritannien zur Zahlung von 15,5 Millionen Dollar und zur Anerkennung des völkerrechtlichen Grundsatzes, „daß jede neutrale Regierung verpflichtet sei, die Ausrüstung und das Auslaufen von Kreuzern zu verhindern und nicht zu dulden, daß ein Kriegführender ihre Häfen als Operationsbasis oder zur Erneuerung oder Vermehrung militärischer Vorräte, Waffen oder Mannschaft gebrauche“. Mit der Anerkennung dieses Schiedsspruches durch beide Mächte findet auch die stillschweigende Unterstützung der irischen Unabhängigkeitsbewegung der „Fenier“ durch die USA ihr Ende, eine Art von Vergeltung für die Unterstützung der Südstaaten durch Großbritannien während des Sezessionskrieges.¹⁴

Die treibende Kraft des republikanischen Widerstandes in Frankreich gegen die deutsche Heeresführung während des deutsch-französischen Krieges, Léon Gambetta, jüdisch-genuesischer Herkunft, agitiert auf einer seiner Rundreisen durch Frankreich gleichzeitig für Selbstauflösung der Nationalversammlung sowie Neuwahlen und für den Revanchegeanken gegenüber Deutschland. In einer Rede in Chambéry sagt er u. a., Frankreich müsse das ihm in den Tagen der Schwäche und des Unglücks genommene Gut zurückgewinnen. „Denken wir immer an das, was wir zu tun haben, sprechen wir aber nie davon!“¹⁵

20. Dezember 1872

Der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck beanstandet in höflichster Form gegenüber dem deutschen Botschafter in Paris, dem Grafen von Arnim, dessen Berichterstattung der letzten zwei Monate über die Verhältnisse in Frankreich und führt u. a. aus: „... auch nicht in einer für uns erwünschten Weise würde sich, wie ich besorge, die Sache entwickeln, wenn vor der Zahlung

GENF

SCHIEDS-
GERICHTS-
ENTSCHEIDUNG
ÜBER ALABAMA-
KONFLIKT
USA — GROSS-
BRITANNIEN

DEFINITION
NEUTRALEN
VERHALTENS

ENDE DER
USA-HILFE
FÜR IRISCHE
UNABHÄNGIG-
KEITS-
KÄMPFER

FRANKREICH

GAMBETTA
AGITIERT FÜR
REVANCHE AN
DEUTSCHLAND

„NIE DAVON
SPRECHEN!“

BISMARCK AN
VON ARNIM
(PARIS):

KEIN VORTEIL
VON EINER
FRANZÖSISCHEN
MONARCHIE

GEFAHR, VON
BEFREUNDETEN
MÄCHTEN
MORALISCH
UNTER DRUCK
GESETZT
ZU WERDEN

ERZWUNGENER
VERZICHT AUF
ERRUNGENE
VORTEILE

FRANKREICH
BÜNDNISFÄHIG
FÜR BISHERIGE
FREUNDE

AUCH EINE
FRANZÖSISCHE
MONARCHIE
WÜRDE REPU-
BLIKANISCHE
BESTREBUNGEN
IM AUSLAND
FÖRDERN

und der Räumung [vgl. 29. Juni 1872] einer der monarchischen Prätendenten sich der Gewalt bemächtigte. Wir würden dann in freundlicher Weise gebeten werden, das Gedeihen des jungen monarchischen Keimes dadurch zu fördern, daß wir der Monarchie in bezug auf Zahlung und Räumung Konzessionen machten, die wir der Republik versagt hätten. Wir könnten das allerdings abschlagen, aber ich fürchte, daß dies nicht tunlich sein würde, ohne daß *andere* Kabinette, und namentlich uns nahe befreundete, auch ihrerseits eine Berücksichtigung des monarchischen Elementes in Frankreich uns mehr oder weniger dringend empfehlen würden. Wenn man auch in London, Petersburg und Wien zu klug ist, um zu glauben, daß ein monarchisches Frankreich uns weniger gefährlich sei, als die gelegentliche Herrschaft der republikanischen Fraktionen in Frankreich, so ist doch die Behauptung, eine solche Ansicht zu haben, ein zu brauchbarer Deckmantel zur Erstrebung anderer Zwecke, als daß man nicht die Verstimmung über unsere Stellung und wegen der, allerdings für alle, außer für uns, unbequemen Übertragung der Milliarden aus Frankreich nach Deutschland, unter dieser Maske zur Geltung bringen sollte. Es würde auf diese Weise sich eine für uns recht unbequeme europäische Gruppierung in kurzer Zeit herausbilden können, welche einen zunächst freundschaftlichen Druck auf uns üben würde, um uns zum Verzicht auf einen Teil der errungenen Vorteile zu bestimmen. Analoge Erscheinungen werden ohnehin vielleicht später nicht ausbleiben, aber *unsere* Aufgabe ist es gewiß nicht, Frankreich durch Konsolidierung seiner inneren Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnisfähig für unsere bisherigen Freunde zu machen . . .“

„ . . . Die Verbindungen der französischen Demokratie bestehen seit der Julirevolution [unter Thiers, 26. Juli 1830] und länger nicht nur mit Süddeutschland, sondern sehr viel lebhafter und entwickelter mit der Schweiz und Belgien, mit England und Italien, Spanien, Dänemark und Ungarn und namentlich Polen. Die Intensität derselben hat im ganzen ziemlich genau Schritt gehalten mit dem Ansehen Frankreichs in Europa, denn keine monarchische Regierung in Frankreich verschmäht es, auch wenn sie mit dem größten Nachdruck die französische Demokratie verfolgt, diesen Hebel den übrigen Staaten und namentlich Deutschland gegenüber wirksam zu erhalten. Es wird sich hierin eben immer dasselbe Spiel wiederholen, wie bei der Unterdrückung der Protestanten in Frankreich und ihrer Unterstützung in Deutschland, und wie in der türkenfreundlichen Politik des allerchristlichsten Königs Ludwig XIV. Ich bin überzeugt,

daß kein Franzose jemals auf den Gedanken kommen würde, *uns* wieder zu den Wohltaten einer Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über *uns* das Elend einer republikanischen Anarchie verhängt hätte. Die Betätigung derartiger wohlwollender Teilnahme für die Geschicke feindlicher Nachbarländer ist eine wesentlich deutsche Eigentümlichkeit. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hat aber um so weniger Anlaß, dieser unpraktischen Neigung Rechnung zu tragen, als es keinem aufmerksamen Beobachter hat entgehen können, wie stark und massenhaft in Deutschland die Bekehrung gewesen ist und noch ist von roten zu gemäßigten Liberalen, von gemäßigt Liberalen zu konservativen Gesinnungen, von doktrinärer Opposition zu dem Gefühl des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben, seit dem experimentum in corpore vili, welches mit der [Pariser] Kommune vor den Augen Europas gemacht wurde. Frankreich dient mit Nutzen als abschreckendes Beispiel. Wenn Frankreich noch einen Akt des unterbrochenen Dramas der Kommune vor Europa aufführte, was ich aus menschlichem Interesse nicht wünschen will, so würde es nur um so stärker zur Klarmachung der Wohltaten monarchischer Verfassung und zur Anhänglichkeit an monarchische Institutionen in Deutschland beitragen.“

„Unser Bedürfnis ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. Solange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich, und solange die großen Monarchien Europas zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik aber sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Überzeugung macht es mir unmöglich, Seiner Majestät dem [Kaiser und] Könige zu einer Aufmunterung der monarchischen Rechten in Frankreich zu raten, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elementes involvieren [einschließen] würde...“¹⁶

nach 1872 (ohne nähere Datierung)

Auf der Inselgruppe des *Samoa-Archipels* wird unter dem Einfluß amerikanischer, britischer und deutscher Missions- wie Handelsvertretungen das traditionelle Oberhäuptlingstum, das zugleich priesterliche und herrscherliche Bedeutung hat, in Verkennung seiner tief eingewurzelten Rolle in eine Monarchie nach abendländischen Vorstellungen umgewandelt. Damit werden Rivalitäten hervorgerufen, die in der überlieferten Ordnung nicht möglich waren, und die Folge werden endlose, blutige Bür-

*DEUTSCHE
EIGENHEIT:
WOHLWOLLENDE
TEILNAHME AM
GESCHICK
FEINDLICHER
NACHBARN*

*FRANKREICH
DIENT MIT
NUTZEN ALS
AB-
SCHRECKENDES
BEISPIEL*

*REPUBLIKA-
NISCHES
FRANKREICH
OHNE BÜNDNIS-
PARTNER KEINE
BEDROHUNG
FÜR DEN
FRIEDEN*

SAMOA-INSELN

*KOLONIAL-
POLITIK
ZERSTÖRT
GEWACHSENE
ORDNUNG*

gerkriege zwischen den Anhängern der verschiedenen Kronprätendenten sein, die noch dazu von den westlichen Großmächten gegeneinander ausgespielt werden. Das Ganze ist ein Lehrbeispiel für die Zerstörung einer gewachsenen, natürlichen Ordnung durch den gewaltsamen Eingriff von Kolonialmächten, die ihre eigenen Weltvorstellungen und Wertmaßstäbe in naiver Überheblichkeit für allgemeingültig und überall anwendbar halten. Vgl. auch 14. November 1899.

2. Februar 1873

Der deutsche Reichskanzler Fürst *Bismarck* nimmt zu einem Bericht des deutschen Botschafters in Paris, des Grafen *von Arnim*, wie folgt Stellung: „ . . . Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proklamiert wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß jede Regierung [dort], welcher Partei sie auch angehören möge, die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bündnisse so weit zu reorganisieren, daß sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Sobald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, uns den Krieg zu erklären. Wir sind darauf vollständig gefaßt, und unsere Vertretung in Paris trifft kein Vorwurf, wenn sie die gallische Kampflust nicht zu zügeln vermag.“

„Wenn es richtig ist, daß Ihre Majestät die [ehemalige] Kaiserin [Eugenie] den Rat des Herrn Guizot darüber erbeten hat, wie der Haß der Franzosen gegen uns zu mildern sei, so würde einem solchen Schritte ein für weibliche Empfindungsweise natürliches Gefühl zugrunde liegen. Die Besänftigung des ungeordneten Zornes unsrer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew.pp. [Eurer Hochwohlgeboren (des Botschafters)], solange jedes Streben nach dieser Richtung hin ebenso erfolglos als mit unsrer nationalen Würde unverträglich sein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu führen, sobald neue Überhebungen Frankreichs uns dazu nötigen werden. Oderint, dum metuant [Mögen sie uns hassen, solange sie uns nur fürchten].“¹

10. Februar 1873

Nachdem es beim dem Drei-Kaiser-Treffen im Vorjahre in Berlin (vgl. 9. September 1872) zu keinerlei schriftlichen Vereinbarungen gekommen ist, schlägt nunmehr der russische Feldmarschall Graf *Berg*, ein naher Vertrauter des Zaren Alexander, dem deutschen Botschafter in Petersburg, dem Prinzen *Heinrich VII. Reuß*, den Abschluß einer militärischen Konvention zwischen den drei Souveränen vor. Sie solle nur aus wenigen Artikeln bestehen. Jeder der Souveräne würde darin versprechen,

BISMARCK
ÜBER
FRANKREICH:

NATIONALHAß
ZWINGT JEDE
REGIERUNG
ZUR REVANCHE-
POLITIK

KAMPFBEGINN
LEDIGLICH
ZEITFRAGE

BESÄNFTIGUNG
DER FRANZOSEN
NICHT AUFGABE
DES
DEUTSCHEN
BOTSCHAFTERS

RUSSISCHER
VORSCHLAG
ZU MILITÄR-
KONVENTION
MIT
DEUTSCHLAND
UND
ÖSTERREICH

demjenigen, dessen Gebiet von außen her *angegriffen* werde, mit 200 000 Mann zu Hilfe zu kommen, ohne andere Entschädigung als Verpflegung von Mann und Pferd auf dem von der Hilfsarmee berührten Territorium. Dieser Vorschlag wird nur zwischen dem deutschen Kaiser und dem russischen Zaren verwirklicht werden (vgl. 6. Mai 1873). Mit Österreich wird der Zar nur ein Konsultationsabkommen erzielen können (vgl. 6. Juni 1873), dem auf besonderen, durch Handschreiben vom 10. Juni mitgeteilten Wunsch des Zaren dann auch Kaiser Wilhelm I. beitreten wird (vgl. 22. Oktober 1873).²

noch Februar 1873

SPANIEN

KÖNIG AMADEO
DANKT AB

König Amadeo I. von Spanien entsagt dem Thron, gibt den Cortes die königliche Souveränität zurück und reist über Lissabon wieder nach Italien. Er hat zuvor einen ihm von Serrano (vgl. 1. Juni 1869) nahegelegten Staatsstreich mit dem Ziel, sich von Parlament und Verfassung unabhängig zu machen, abgelehnt, konnte aber andererseits *mit* dem Parlament und der von ihm berufenen Regierung Zorilla nicht regieren. Nach seinem Thronverzicht treibt Spanien unter einer von den Cortes berufenen republikanischen Regierung Figueras vollends der Anarchie entgegen.³

ANARCHIE

SCHWEIZ

DEPORTATION
MERMILLODS

Der Staatsrat der *Schweiz* läßt den katholischen Geistlichen *Mermillod*, den der Papst zum Bischof von Genf ernannt hat, deportieren und über die französische Grenze bringen. Es gab in Genf seit der Reformation keine katholischen Bischöfe mehr und die Wiedereinführung eines solchen, ohne vorherige Verhandlungen mit der Schweizer Regierung, wird von dieser als eindeutige Kampfansage aufgefaßt, die nur ebenso eindeutig zu beantworten ist. Der willkürliche Versuch der römischen Kirche, ihren Einfluß zu erweitern, wird damit abgewehrt. Vgl. auch: noch April 1873.⁴

ABWEHR
KATHOLISCHEN
EINFLUSSES

15. März 1873

BERLIN

DEUTSCH-
FRANZÖSISCHE
RÄUMUNGS-
KONVENTION

In Berlin unterzeichnen der deutsche Reichskanzler Fürst *Bismarck* und der französische Botschafter *de Gontaut-Biron* eine Konvention über die Zahlung der beiden letzten Milliarden Kriegsentschädigung durch Frankreich und die entsprechenden Räumungstermine, deren letzter und endgültiger gegenüber der Konvention vom 29. Juni 1872 (vgl. dort) *um anderthalb Jahre vorgezogen* und mithin bereits auf den 20. September 1873 festgesetzt wird. Bis dahin wird als letztes deutsches Faustpfand an Stelle von Belfort nunmehr Verdun ver-

einbart, dazu eine Etappenstraße zwischen Metz und Verdun mit zwei besetzten Etappenstationen in Conflans und Etain. Die frühe Abzahlung der französischen Schulden ebenso wie die erheblichen Aufwendungen Frankreichs für seine Wiederaufrüstung zeugen von dem eindrucksvollen Wirtschaftsaufschwung, den das Land unter der Regierung Thiers genommen hat.⁵

25. März 1873

Die Niederlande, die durch den Vertrag vom 6. April 1872 (vgl. dort!) zugleich auch freie Hand in Sumatra erhalten haben, erklären dem dortigen Sultan den Krieg, nachdem er es abgelehnt hat, das Piratenwesen in der indonesischen Inselwelt wirksam zu bekämpfen. Der Krieg, der von seiten der Mohammedaner mit religiösem Eifer geführt und den Niederländern am Weihnachtstag 1873 vor der Hauptfestung Kraton eine Niederlage einbringen wird, zieht sich über ein ganzes Jahr hin. Erst im Februar 1874 wird die ganze Insel Sumatra fest in niederländischer Hand sein.⁶

SUMATRA

KRIEGS-
ERKLÄRUNG
DER
NIEDERLANDE

noch März 1873

Die britische Regierung Gladstone (vgl. 26. Juli 1869) gerät durch ihre Irlandpolitik in eine anhaltende Krise. Ein Gesetzesentwurf zur Reform der Universität Dublin, der den Katholiken Erleichterungen verschaffen und die anglikanischen Colleges allmählich abbauen soll, scheitert nicht zuletzt am Widerstand des irischen katholischen Klerus selbst, der offensichtlich keinen Ausgleich, kein „Appeasement“, sondern den Konflikt auf die Spitze treiben will, um schließlich eine radikale Lösung zu erreichen. Vgl. auch: noch Februar 1874.⁷

GROSS-
BRITANNIEN

KRISE DER
REGIERUNG
GLADSTONE

IRLANDPOLITIK

April 1873

Die Schweizer Regierung erklärt den katholischen Bischofssitz in Basel für erledigt, nachdem der Bischof Lachat dort fortgefahren hat, Kirchenstrafen gegen Gegner des päpstlichen Unfehlbarkeitsdogmas zu verhängen. Lachat siedelt unter Protest in den mehrheitlich katholischen Canton Luzern über. Der katholische Klerus im Berner Jura wird daraufhin Protest gegen die Absetzung Lachats erheben. Die Regierung wird den betreffenden Geistlichen das Abhalten von Gottesdiensten verbieten und sie, nachdem in ihren Gemeinden Unruhen entstanden sind, des Landes verweisen, die Ortschaften militärisch besetzen lassen.⁸

SCHWEIZ

BISCHOFSSITZ
BASEL ERLEDIGT

LACHAT
NACH LUZERN

KAMPF
REGIERUNG —
KATHOL. KLERUS

1. Mai 1873

TOD
LIVINGSTONES
IN AFRIKA

STANLEY

MISSIONSEIFER

In Tschitambo (im heutigen Sambia) stirbt der schottische Missionar und Forschungsreisende David *Livingstone*. Er galt jahrelang als verschollen und wurde erst 1871 von dem Amerikaner Henry *Stanley* wieder aufgefunden, nachdem er unter unvorstellbaren Leistungen und Strapazen das südliche Zentralafrika erforscht hat. Männer wie Livingstone, Stanley und später Cecil Rhodes wirken in der festen Überzeugung, den von ihnen angetroffenen eingeborenen Völkerschaften eine Wohltat zu erweisen, wenn sie ihnen die europäische, insbesondere die britische Zivilisation zugänglich machen. Sie erblicken darin sogar eine Verpflichtung.⁹

6. Mai 1873

PETERSBURG

DEUTSCH-
RUSSISCHE
MILITÄR-
KONVENTION

In Petersburg unterzeichnen Graf Moltke für das Deutsche Reich und Graf Berg für Rußland eine deutsch-russische Militärkonvention, die noch am gleichen Tage von Kaiser Wilhelm I. und Zar Alexander II. ratifiziert wird. Artikel 1 der Konvention lautet: „Wenn eines der beiden Kaiserreiche durch eine europäische Macht angegriffen würde, soll es in möglichst kurzer Frist mittels einer Armee von 200 000 Mann Effektivstärke unterstützt werden.“ Artikel 2 besagt: „Diese Militärkonvention wird in einem Geiste abgeschlossen, der keinerlei Feindseligkeit gegen irgendeine Nation oder Regierung enthält.“¹⁰

7. Mai 1873

PANAMA
INTERVENTION
DER USA

Amerikanische Marineinfanterie wird in Panama an Land gesetzt, um „Leben und Eigentum der dort ansässigen US-Amerikaner zu schützen“. Das Gebiet gehört zu dieser Zeit noch zu Kolumbien, und das Kanalbauprojekt des Franzosen Lesseps, der auch den Suez-Kanal gebaut hat, wird erst acht Jahre später in Angriff genommen werden. Die Intervention der US-Marine zielt also noch nicht auf das Kanalbauprojekt wie dreißig Jahre später (vgl. 22. Januar 1903, 13. Juni, 12. August und 3. November 1903).¹¹

14. Mai 1873

PREUSSEN
KULTURKAMPF
„MAIGESetze“

Der *Kulturkampf* zwischen der preußischen Regierung und der Katholischen Kirche erreicht seinen Höhepunkt mit der Verabschiedung der vier sogenannten „*Mai-Gesetze*“ im preußischen Abgeordnetenhaus. Voraus ging eine Änderung der Artikel 15 und 18 der preußischen Verfassung, die nach belgischem Muster

die völlige Freistellung der Kirche vom Staat gewährt hatten. Das 1. Maigesetz schreibt für Geistliche die deutsche Staatsangehörigkeit, Reifeprüfung und Universitätsstudium an deutschen Lehranstalten vor. Außer Theologie muß auch Deutsch, Geschichte und Philosophie geprüft werden. Das 2. Gesetz läßt die Ausübung kirchlicher Disziplinargewalt nur durch deutsche Kirchenbehörden zu (nicht mehr unmittelbar durch Rom). Das 3. Gesetz untersagt die sogenannte „große Exkommunikation“, das 4. ermöglicht den Kirchenaustritt durch einfache Erklärung vor einem Richter. Im Rahmen des 2. Maigesetzes wird ein „Königlicher Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten“ als Appellationsinstanz errichtet, der auch Geistliche, die erheblich gegen die Staatsgesetze verstoßen haben, ihres Amtes entheben kann.¹²

23. Mai 1873

Der Präsident der französischen Republik, Adolphe Thiers, durch ein Tadelsvotum der Nationalversammlung gekränkt, reicht sein Rücktrittsgesuch ein. Es wird von der Mehrheit der Versammlung angenommen. An seiner Stelle wird der seinerzeit bei Sedan verwundete Marschall Mac Mahon, Herzog von Magenta, zum Präsidenten der Republik gewählt. Hinter ihm stehen die monarchistischen und klerikalen Kreise Frankreichs (Napoleon III. ist inzwischen am 9. Januar 1873 in seinem britischen Exil Chislehurst an den Folgen einer Operation gestorben), und es sieht eine Weile so aus, als werde die Präsidentschaft Mac Mahons nur den Übergang zu einer erneuten Restauration der Monarchie darstellen. Vgl. dazu 19. November 1873.¹³

FRANKREICH

RÜCKTRITT
THIERS'

MAC MAHON
PRÄSIDENT

4. Juni 1873

In einem Erlaß an den deutschen Botschafter in Wien, von Schweinitz, nimmt Bismarck zum Regierungswechsel in Frankreich (vgl. 23. Mai 1873) Stellung: „Ich sehe in dem Tausch Mac Mahons gegen Thiers die Eintauschung eines stärkeren, militärischen, ultramontanen, bündnisfähigeren Frankreichs gegen ein schwächeres, zivilistisches, antiklerikales, isoliertes. Thiers, durch die Opposition der Parteien, deren vereintem Angriff er unterlegen ist, genötigt, sich auf andere Elemente zu stützen, konnte die Politik nicht befolgen, die zweifellos von einer kühlen Berechnung der französischen Interessen vorgeschrieben ist, Hand in Hand mit Rom und durch Rom mit unseren tätigsten und gefährlichsten inneren Gegnern zu gehen. Mac Mahon wird die-

BISMARCK
ZUM
PRÄSIDENTEN-
WECHSEL
IN FRANKREICH

sen Weg gehen können. Thiers, in inneren Kämpfen sich mit Schwierigkeit behauptend, würde keinen Bundesgenossen gefunden haben. Unter Mac Mahon ist Frankreich bündnisfähiger geworden; unter einer Monarchie, zu der Mac Mahon den Übergang bilden soll, wird es das in noch höherem Grade sein.“ Vgl. auch 20. Dezember 1872.¹⁴

6. Juni 1873

WIEN

RUSSISCH-
ÖSTER-
REICHISCHES
KONSULTATIONS
ABKOMMEN

Im Wiener Schloß Schönbrunn unterzeichnen Kaiser Franz Joseph von Österreich, König von Ungarn, und Zar Alexander II. von Rußland ein Konsultationsabkommen, dem am 22. Oktober 1873 (vgl. dort!) durch eine Akzessionsakte auch Kaiser Wilhelm I. beitreten und es dadurch zum Dreikaiserabkommen erweitern wird. Die gegenseitige Konsultation soll der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens dienen und sie wenn nötig erzwingen. Im Falle des Angriffs einer weiteren Macht wollen sich die Monarchen, ohne neue Bündnisse abzuschließen, *zunächst untereinander verständigen* und sich auf eine gemeinsame Linie einigen (Art. 2). Sollte sich aus dieser Verständigung die Notwendigkeit einer militärischen Aktion ergeben, so soll diese durch eine jeweils zwischen den Vertragspartnern abzuschließende besondere Konvention geregelt werden. (Vgl. auch 22. Oktober 1873.)¹⁵

8. Juni 1873

ÄGYPTEN

KHEDIVE
ERHÄLT
UNABHÄNGIG-
KEIT UND
ERBLICHE
THRONFOLGE

Ismail Pascha, der Khedive (Vizekönig) von Ägypten, erlangt vom Sultan *Abdul Aziz* in Konstantinopel einen Ferman, in dem ihm nahezu die volle Unabhängigkeit von der Hohen Pforte sowie die Anerkennung der unmittelbaren Erbfolge nach dem Erstgeburtsrecht zugestanden wird. Es ist die Krönung der Zugeständnisse, die der Khedive dem stets geldbedürftigen Sultan im Laufe der Jahre entlockt hat. Aber er gerät auch selbst in zunehmende Geldverlegenheit. Krieg mit Darfur und Äthiopien sowie eine maßlose Verschwendung tun das ihre, um Ismail in neue Anhängigkeiten zu verstricken. Vgl.: noch 1875.¹⁶

10. Juni 1873

USBEKISTAN

CHIWA
KAPITULIERT

Mit der Kapitulation der Usbekenfestung *Chiwa*, südlich des Aral-Sees, vor General Kaufmann, annektiert Rußland die Chanate Chiwa und Buchara, d. h. den größten Teil Usbekistans und Turkmeniens. Binnen zehn Jahren wird es sich auch die Restgebiete dieser beiden Länder aneignen und damit seine Ex-

pansion in südlicher Richtung abschließen. Ein weiteres Vordringen in persisches oder afghanisches Gebiet wird Großbritannien nicht zulassen, um nicht von Indien abgeschnitten zu werden. Vgl. auch 16. März 1884.¹⁷

*RUSSLAND
ANNEKTIERT
AUCH BUCHARA*

16. Juni 1873

Der Präsident der USA, Ulysses Grant, erläßt eine Anordnung, die eine Ansiedlung von Weißen im Wallowa Valley, einem Nebental des Snake River, unmittelbar südlich des *Territoriums Washington*, verbietet. Das Tal soll den Nez Percés-Indianern vorbehalten werden. Die Anordnung erfolgt auf Bitten eines jungen Nez Percés-Häuptlings, Heinmot Tooyalaket (genannt Young Joseph). Bereits zwei Jahre später wird der Präsident die Anordnung widerrufen. In den Bergen beim Wallowa Valley ist Gold gefunden worden und man hat gegen die Nez Percés erlogene Beschuldigungen vorgebracht. Das Wallowa Valley wird nunmehr zur Besiedlung durch Weiße freigegeben werden. Weitere zwei Jahre später, im Mai 1877, wird die US-Regierung General Howard beauftragen, das Tal von den Indianern zu räumen und sie ins Reservat Lapwai umzusiedeln. Der Stamm wird bis in die ersten Oktobertage kämpfen und größtenteils dabei untergehen. Wenigen wird es gelingen, über die kanadische Grenze zu Tatanka Yotanka (Sitting Bull) zu stoßen, andere werden als Kriegsgefangene der Armee zugrunde gehen, ein kleiner Rest in der Reservation verkommen.¹⁸

USA

*GRANT SPERRT
WALLOWA
VALLEY
FÜR WEISSE*

NEZ PERCES

*NACH GOLD-
FUNDEN
RÜCKGÄNGIG
GEMACHT*

*UNTERGANG
DES STAMMES*

noch Juni 1873

Ein britisches Geschwader unter dem Befehl von Admiral Cumming landet auf Weisung der britischen Regierung von Bombay kommend Truppen auf der Insel *Sansibar* und zwingt den dortigen Sultan, sich vertraglich zur Einstellung des Sklavenhandels zu verpflichten. Er hat zuvor einen solchen Vertrag, der ihn um den größten Teil seiner Einkünfte bringen muß, zurückgewiesen. Der Sklavenmarkt in Sansibar selbst wird sogleich geschlossen. Doch wird der Handel im Hinterland der gegenüberliegenden afrikanischen Ostküste noch lange Zeit fort dauern.¹⁹

*BRITISCHE
LANDUNG AUF
SANSIBAR*

*ENDE DES
SKLAVEN-
HANDELS*

3. Juli 1873

Der spanische Kronprätendent Don Carlos aus dem Hause Bourbon (Enkel jenes Don Carlos, dessen Anhänger die „Carlisten“-Partei bildeten) dringt mit großem Gefolge von Frankreich aus in die spanischen Nordprovinzen ein, wird dort eine Armee von

SPANIEN

*INTERVENTION
DES*

DON CARLOS
(JR.)
BÜRGERKRIEG

etwa 12 000 Mann unter Führung berüchtigter Bandenführer sammeln und einen Bürgerkrieg gegen die Streitkräfte der republikanischen Regierung entfesseln, der bald die für spanische Bürgerkriege typischen grausamen und an beiderseits verübten Greueln reichen Formen annehmen wird. Gleichzeitig lösen sich auch in Südspanien Städte und Provinzen von der Republik ab.²⁰

7. August 1873

PIUS IX.
AN KAISER
WILHELM I.
„JEDER
GETAUFTE
GEHÖRT DEM
PAPST AN“

Papst Pius IX. richtet ein Schreiben an Kaiser Wilhelm I., in dem es unter anderem heißt: „ . . . ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, nämlich die, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. Denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgendeiner Beziehung oder auf irgend eine Weise dem Papst an“. Kaiser Wilhelm wird am 3. September brieflich antworten, die Äußerung, daß jeder Getaufte dem Papst angehöre, könne er nicht ohne Widerspruch übergehen. Der evangelische Glaube, zu dem er sich gleich seinen Vorfahren und mit der Mehrheit seiner Untertanen bekenne, gestatte ihm nicht, „in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unsern Herrn Jesum Christum anzunehmen“.²¹

ZURÜCK-
WEISENDE
ANTWORT

15. September 1873

VOLLSTÄNDIGE
RÄUMUNG
FRANKREICHS

Vormittags um 10 Uhr überschreitet der Oberbefehlshaber der deutschen Besatzungstruppen in Frankreich, General *von Man-
teuffel*, bei Bagneux mit den letzten Einheiten der Besatzungs-
armee die deutsche Grenze und erstattet dem Reichskanzler, dem
Fürsten *Bismarck*, telegraphisch entsprechende Meldung. Frank-
reich ist damit vollständig geräumt, nachdem auch die franzö-
sische Kriegsentschädigung vollständig gezahlt und damit der
Artikel 7 des Friedensvertrages vom 10. Mai 1871 erfüllt ist.
Aber Frankreich ist auch vollständig wieder aufgerüstet, stärker
als zuvor, und in weiten Kreisen seiner Bevölkerung von einem
unversöhnlichen Haß auf das Deutsche Reich und die Deutschen
erfüllt, zudem unter der Regierung *Mac Mahon* für andere eu-
ropäische Mächte ein annehmbarer Bundesgenosse als zuvor
unter *Thiers*, kurzum: eine ständige Bedrohung.²²

STÄNDIGE
BEDROHUNG
DURCH
FRANKREICH

20. September 1873

USA

Die Börse in New York schließt für zehn Tage, nachdem tags
zuvor der Bankrott der Bankfirma *Jay Cooke & Co.* in den

nordamerikanischen Finanzkreisen eine Panik ausgelöst hat. Die Folge ist eine schwere Wirtschaftskrise in den USA, die sich auch auf die Außenhandelsbeziehungen, insbesondere das internationale Geldgeschäft, auswirkt. Inwieweit das Ganze inszeniert bzw. manipuliert wurde, um einigen wenigen zum Supergeschäft zu verhelfen, läßt sich heute nicht mehr ermitteln. Es wirkt jedenfalls wie eine Ironie, daß gerade zu dieser Zeit Mark Twains Buch „Das goldene Zeitalter“ erschien.²³

**SCHLIESSUNG
DER
NEW YORKER
BÖRSE**

**INTER-
NATIONALE
FINANZKRISE**

noch September 1873

In der spanischen Stadt *Cartagena* haben sich die extrem linken Kräfte, Föderalisten, Sozialisten und die „Unversöhnlichen“ (Intransigentes) gesammelt und betreiben von hier aus, trotz Belagerung durch die republikanischen Regierungstruppen, eine kommunistisch-revolutionäre Agitation in den anderen, eben erst beruhigten großen Küstenstädten. Doch gelingt es schließlich dem mit Sondervollmachten der Cortes ausgestatteten Chef der republikanischen Regierung, *Castelar*, nach einem Bombardement von Cartagena die weitere Ausbreitung der kommunistischen Revolution zu verhindern.²⁴

SPANIEN

**CARTAGENA
ZENTRUM
REVOLUTIONÄ-
RER AGITATION**

**CASTELAR
VERHINDERT
AUSBREITUNG**

22. Oktober 1873

Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Franz Joseph I. unterzeichnen eine Akzessionsakte, durch die „Seine Majestät der Kaiser von Deutschland“ (vgl. 10. Mai 1871: „Deutscher Kaiser“) dem Abkommen Kaiser Franz Josephs mit Zar Alexander II. vom 6. Juni 1873 (vgl. dort!) beitrifft. Damit ist das „Dreikaiserabkommen“ Wirklichkeit geworden, das von der Voraussetzung ausgeht, der Friedenszustand in Europa könne nicht besser aufrechterhalten werden, „als durch eine direkte und persönliche Verständigung zwischen den Souveränen“. Das Abkommen wird am 18. Juni 1881 (vgl. dort!) durch das *Dreikaiserbündnis* ersetzt werden.²⁵

**ANSCHLUSS
DEUTSCHLANDS
AN RUSSISCH-
ÖSTER-
REICHISCHES
KONSULTATIONS-
ABKOMMEN
(AKZESSIONS-
AKTE)
„DREI-KAISER-
ABKOMMEN“**

19. November 1873

Die französische Nationalversammlung in Paris überträgt dem Präsidenten Mac Mahon sein Amt aufs neue für die Dauer von sieben Jahren (Septennat). Zuvor hat der Kronpräsident der Monarchisten aus dem Hause Bourbon, Henri Charles, Graf von *Chambord* (Enkel Karls X.), in einem Brief an seine Anhänger

**PARIS
MAC MAHON
FÜR WEITERE
SIEBEN JAHRE
PRÄSIDENT**

THRON-
VERZICHT
DES GRAFEN
CHAMBORD

vom 27. Oktober 1873 die Annahme des Thrones nochmals (vgl. 25. April 1872) von der Wiedereinführung der bourbonischen Fahne, des Lilienbanners, abhängig gemacht. Da er selbst weiß, daß die Abschaffung der Trikolore in Frankreich unmöglich ist, bedeutet dieser Vorwand eine umschriebene *Zurückweisung des angebotenen Thrones*.²⁶

3. Januar 1874

Der Chef der republikanischen Regierung in Spanien, *Castelar* (vgl.: noch September 1873), reicht den Cortes seine Entlassung ein. Die Mehrheit der Cortes ist für ein neues Kabinett unter Pi y Margall, das mit den Linksrevolutionären in Cartagena sympathisiert. Da dringt der junge General *Pavia* mit einigen Bewaffneten in den Sitzungssaal ein, erklärt die Cortes für aufgelöst, zwingt die Abgeordneten, den Saal zu räumen, und versammelt dort anschließend die Führer aller Parteien, um über die Errichtung eines neuen, auf die Armee gestützten Regimes zu beraten, das die vollständige Auflösung Spaniens verhindern soll. Man einigt sich darauf, Marschall *Serrano*, Herzog de la Torre (vgl. 1. Juni 1869), zum Chef der vollziehenden Gewalt und *Sagasta* zum Ministerpräsidenten zu machen. Bereits drei Tage später wird sich die Stadt Cartagena ergeben und damit das Zentrum der linksrevolutionären Agitation unwirksam gemacht sein. Am 25. August wird Sagasta den auswärtigen Regierungen in einem Rundschreiben mitteilen, daß in Spanien Gesetz und Ordnung wiederhergestellt sei, zu früh, wie sich bald herausstellen wird.¹

SPANIEN

RÜCKTRITT
CASTELARSSTAATSTREICH
PAVIASSERRANO
STAATS-
OBERHAUPT
SAGASTA
MINISTER-
PRÄSIDENTCARTAGENA
KAPITULIERT**12. Januar 1874**

Der deutsche Botschafter in Petersburg berichtet über ein Schreiben des russischen Generals *Zimmermann* aus Paris an den russischen Feldmarschall *Berg*, der es dem Botschafter gezeigt hat. Darin heißt es, *Gambetta* dränge in Frankreich auf einen baldigen Rachekrieg, indem er vorgebe, in Deutschland Bundesgenossen unter denjenigen Parteien zu haben, welche den Umsturz der Monarchien wollten. Man müsse nur diese Parole auf die französischen Fahnen schreiben. Das zielt deutlich auf die Wirksamkeit und auf die Verbindungen des Grand Orient de France (vgl. 27. Februar 1848 und 18. März 1848). Bismarck erblickt aber in diesen antimonarchistischen Bestrebungen, die von Paris ausgehen, offensichtlich eine weniger große Gefahr als in den klerikalen, die mit einer Restauration der französischen Monarchie verbunden wären. Vgl. 23. Januar 1874.²

PARIS
GAMBETTA
AGITIERT FÜR
REVANCHE-
FELDZUGPAROLE:
STURZ DER
MONARCHIEN(FREIMAURER-
PAROLE)**13. Januar 1874**

In New York kommt es zu Kämpfen zwischen Arbeitslosen und Polizei mit Hunderten von Verletzten. Die Arbeitslosen haben zu dieser Zeit noch keinerlei Versicherungsschutz. Ihre wachsende Zahl ist eine Folge der schweren Wirtschaftskrise, die im voraus-

NEW YORK

POLIZEI GEGEN
ARBEITSLOSE

HUNDERTE VERLETZTE

gegangenen Herbst begann (vgl. 20. September 1873). Es entsteht der Eindruck, als solle die Wirtschafts- (und Gesellschafts-) theorie des Karl Marx in London hier im industrialisierten Osten der USA erprobt werden, während im mittleren Westen noch Reste der Urbevölkerung im Zustand des Nomadentums leben.³

23. Januar 1874

BISMARCK
AN DEN
PRINZEN REUSS:

KATHOLISCHER
EINFLUSS IN
FRANKREICH
GEFÄHRLICHER
ALS
GAMBETTA

Der deutsche Reichskanzler, Fürst *Bismarck*, antwortet dem deutschen Botschafter in Petersburg, dem Prinzen *Heinrich VII. Reuß*, auf dessen Bericht vom 12. Januar (vgl. dort): „Für uns ist die Rachestimmung in Frankreich nicht erwünscht; wir haben den Ernst und die Leiden jedes Krieges, auch eines siegreichen,würdigen gelernt und sind entschlossen, denselben zu vermeiden, solange sich uns nicht die Überzeugung aufdrängt, daß er unvermeidlich ist. Diese Überzeugung würde uns dann werden, wenn die weltliche Regierung Frankreichs der politischen Leitung jenes herrschsüchtigen Priestertums anheimfiele, welches wir als den geborenen Feind des Friedens und der staatlichen Ordnung kennen. Wenn die französische Politik sich den uns feindlichen Bestrebungen der römischen Kurie dienstbar macht, so werden wir uns für bedroht erachten und auf die Abwehr Bedacht nehmen müssen. Auf anderen Gebieten liegt für uns kein Grund vor, eine Störung des Friedens zu besorgen, und wir haben weder Absicht noch Bedürfnis, in die ruhige Entwicklung unsrer künftigen Beziehungen zu dem mächtigen Nachbarstaate gewaltsam einzugreifen . . .“ Dieser Erlaß Bismarcks an den Botschafter in Petersburg wird noch im selben Jahr 1874 entstellt wiedergegeben und daran die Behauptung geknüpft werden, es sei an die deutschen Missionen bei den großen Höfen eine Zirkulardepesche ergangen, in der geradezu mit einem Präventivkrieg gedroht worden sei. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jahrgang 1874, S. 43, wird diese Behauptung als außer Zweifel stehend bezeichnen und sogar daraus den *frei erfundenen* Satz zitieren: „Wenn jedoch außer allen Zweifel gestellt werde, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich sei, dann würde die deutsche Regierung es nicht vor ihrem Gewissen und der Nation verantworten können, den Zeitpunkt abzuwarten, der für Frankreich der passendste wäre.“ Man vergleiche damit den tatsächlichen Wortlaut des Erlasses an den Prinzen Reuß (siehe oben). Es handelt sich hier um ein kennzeichnendes Beispiel für Geschichtsfälschung, wie sie besonders im Zusammenhang mit der jeweiligen *Kriegsschuldfrage* immer wieder angewendet wird.⁴

FÄLSCHUNG
DIESES
BISMARCKSCHEN
ERLASSES
ALS
PRÄVENTIV-
KRIEGS-
DROHUNG

28. Februar 1874

In einem weiteren Erlaß an den deutschen Botschafter in Petersburg (siehe oben) führt Fürst *Bismarck* aus: „Nach meiner Überzeugung beginnt die Gefahr, welche uns von Frankreich droht, mit dem Augenblicke, wo Frankreich den monarchischen Höfen Europas wieder bündnisfähig erscheinen wird, was es unter Thiers nicht war und unter MacMahon noch nicht geworden ist. Ich glaube nicht, daß eine verlängerte Regierung des Herrn Thiers gerade zu einer Regierung Gambetta führen mußte, bin aber überzeugt, daß, wenn Gambetta an das Ruder gekommen wäre, die Wirkung auf die übrigen europäischen Völker wiederum dieselbe sein würde, wie die Wirkung der Kommune. Sie würden in verstärktem Maße die Wohltat empfinden, durch die Herrschaft angestammter Monarchen gegen die anarchischen Zustände des französischen Staates sichergestellt zu sein. Nach dem abschreckenden Beispiel der Kommune sind alle Parteien in Deutschland mit Ausnahme der päpstlichen und der kommunistischen etwas mehr nach rechts gerückt. Umgekehrt hat *jede* Erstarkung Frankreichs, welches auch das politische System an der Spitze sein mochte, Louis XIV. oder Napoleon, der Revolution in den *Nachbarstaaten* Frankreichs bis nach Polen hinein immer nur einen stärkeren Bundesgenossen zugeführt...

„Ich halte ein Gambettistisches Frankreich für ganz ungefährlich für den Frieden Europas, wohl aber den letzteren für bedroht, sobald die französischen Staatskräfte sich wieder erholt haben und in *Einer* sichern Hand befinden werden. MacMahon ist vielleicht kein Politiker in dem Sinne, wie der Graf Andrassy das Wort gebraucht; doch ist er ultramontan [römisch-klerikal], fast ebenso sehr wie seine Gemahlin, und vermag diese Neigung und seinen Haß gegen uns so wenig zu beherrschen, daß er es nicht hat über sich gewinnen können, dem Feldmarschall von Mantuffel nach geschlossenem Frieden auch nur die gewöhnlichsten Höflichkeiten zu erwidern. Aber er ist vielleicht noch nicht bündnisfähig, wenigstens nicht für die Monarchen, wenn auch vielleicht für Minister, und deshalb weniger gefährlich als eine klerikale Restauration der Monarchie, welche in dem katholischen Europa breite Unterlagen für dauernde Verbindungen haben würde...“ Und in einem geheimen Zusatz vom selben Tage: „Niemand kann sich darüber täuschen, daß, wenn Frankreich wieder stark genug ist, den Frieden zu brechen, der Friede zu Ende sein wird;... Der Fürst Gortschakow [der russische Staatskanzler] treibt russische Machtpolitik; wir verfolgen keine

*BISMARCK
AN DEN
PRINZEN REUSS:*

*GAMBETTA
WURDE AB-
SCHRECKEND
WIRKEN*

*„WOHLTAT
DER
HERRSCHAFT
ANGESTAMMTER
MONARCHEN“*

*GEFÄHRLICH
WÄRE
FRANKREICH
IN EINER
STARKEN HAND*

*ZUR ZEIT NOCH
NICHT
BÜNDNISFÄHIG
FÜR
MONARCHEN*

*GEHEIMER
ZUSATZ:*

*KEINE MACHT-
SONDERN*

SICHERHEITS- POLITIK

Macht-, sondern eine Sicherheitspolitik. Gambetta ist uns nicht so gefährlich wie eine das ganze Frankreich zusammenfassende und für andere Mächte bündnisfähige Organisation dieses Nachbarstaates, der uns seit 250 Jahren in jedem Menschenalter mindestens einmal überfallen hat. Das ist der *deutsche* Standpunkt. Daß diejenigen Russen ihn nicht teilen, die weniger Sympathie für Deutschland haben als Seine Majestät der Kaiser Alexander, ist einleuchtend . . .⁵

noch Februar 1874

GROSS- BRITANNIEN

In Großbritannien reicht der liberale Ministerpräsident William Ewart *Gladstone* (vgl. 26. Juli 1869, noch März 1873) nach einer Wahlniederlage der Liberalen seinen Rücktritt ein. Königin Victoria nimmt das Gesuch an und beauftragt den Führer der Konservativen, den ehemaligen Schatzkanzler in der Regierung Lord Derbys, Benjamin *Disraeli* (d'Israeli, vgl.: noch 1867) mit der Regierungsbildung. Er ist seit dem Altertum der erste Jude an der Spitze einer europäischen Regierung. In der britischen Geschichte bedeutet seine Ernennung den entscheidendsten Einschnitt nach der Eroberung durch Wilhelm von der Normandie im Jahre 1066. Die geistig-seelischen Antipoden der angelsächsischen Bevölkerung ergreifen endgültig die Macht. Sie werden sie nicht wieder hergeben, ganz gleich, wer künftig offiziell die Regierung bildet. Selbst das Königshaus wird unterwandert werden.⁶

RÜCKTRITT GLADSTONES

D'ISRAELI PREMIER- MINISTER

ZUNEHMEND JÜDISCHER EINFLUSS

1. März 1874

DEUTSCHER KRONPRINZ LEGT LOGENAMT NIEDER

Der deutsche Kronprinz *Friedrich*, von französischen Logen wegen „Eidbruches“ angeklagt (vgl. 16. September 1870, 26. November 1870), legt sein Amt als Ordensmeister seiner Freimaurerloge nieder und sagt bei diesem Anlaß in seiner Ansprache u. a.: „Während frühere Zeiten sich bei der Autorität der Überlieferung beruhigten, sind in unseren Tagen die Forschungen der historischen Kritik zu einer Macht geworden, der auch die heiligsten Überlieferungen sich nicht mehr entziehen können. Diese Macht stellt auch an unseren Orden Forderungen, die sich auf die Länge hin ungestraft nicht abweisen lassen . . . Ehrlichkeit ist nie eine Schmach . . . Mein Name soll nicht dazu dienen, Unhaltbares mit diesem Schilde zu decken.“ Die Worte richten sich gegen den Logenmeister und Hofprediger Gustav Adolf *Schiffmann*, da dieser offenbar der Erforschung der geschichtlichen Wahrheit über die Wirksamkeit der Freimaurerei Hindernisse in den Weg gelegt hat. Er wird, allerdings erst zwei Jahre später, feierlich aus der Loge ausgeschlossen wer-

ROLLE DER FREIMAUREREI

SCHIFFMANN AUS- GESCHLOSSEN

den. Der Kronprinz wird sich auch weiterhin der Loge gegenüber reserviert verhalten und den Verkehr auf Höflichkeiten beschränken. Sein Sohn, der spätere Kaiser Wilhelm II., wird sich keiner Loge anschließen. Die Folgen sind bekannt.⁷

noch März 1874

In Preußen wird ein Gesetz angenommen, das die *staatliche Beurkundung des Personenstandes* und die *standesamtliche Eheschließung* zur Pflicht macht. Dieses Gesetz wird ein Jahr darauf, im März 1875, gegen den Widerstand Kaiser Wilhelms I. auch als Reichsgesetz übernommen werden. Die Folge wird sein, daß z. B. in Berlin nur noch zehn Prozent der Ehen kirchlich eingesegnet werden und damit die geringe Bindekraft der protestantischen Kirchen offenbar wird. Die bis dahin unumgängliche Eintragung in die Kirchenbücher stellte in beiden Konfessionen ein entscheidendes Bindemittel dar, das nunmehr fortfällt. Auch dieses Gesetz erweist sich als eine wesentliche Waffe im Kulturkampf.⁸

19. April 1874

In der Schweiz wird eine grundlegende *Verfassungsreform* zum Gesetz erhoben. Sie schränkt die Selbständigkeit der Cantone zugunsten einer stärkeren Zentralisation ein (nicht zuletzt um dem Einnisten der römischen Kirche besser entgegenwirken zu können) und führt das Referendum ein, die allgemeine Volksabstimmung über neue Gesetze, falls von acht Cantonen oder 30 000 Bürgern verlangt. Sie garantiert volle Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie Unabhängigkeit bürgerlicher und politischer Rechte von kirchlichen Vorschriften, macht Eheschließung vor Zivilbehörden zur Pflicht und gibt dem Bund die Militärhoheit, Schulaufsichtsrecht, Kontrolle der Eisenbahnen sowie das Recht zu einheitlicher Wirtschafts- und Strafgesetzgebung.⁹

4. Mai 1874

Im Zuge des „Kulturkampfes“ übernimmt der deutsche Reichstag die preußischen „Maigesetze“ vom Vorjahre (vgl. 14. Mai 1873) als „*Reichsgesetz gegen unbefugte Ausübung von Kirchenämtern*“. Es wird noch dadurch verschärft, daß es den Regierungen der deutschen Länder das Recht einräumt, gegen den Staat opponierende Geistliche an einen anderen Ort zu versetzen und ihnen im Wiederholungsfalle die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen sowie sie gegebenenfalls aus dem Reichsgebiet auszuweisen („*Verbannungsgesetz*“).¹⁰

PREUSSEN

KULTURKAMPF

ZIVILEHE
WIRD AUCH
REICHSGESETZ

SCHWEIZ

VERFASSUNGS-
REFORM
STÄRKUNG DER
ZENTRALGEWALT
GLAUBENS-
FREIHEIT
ZIVILEHE
VOLKS-
ABSTIMMUNG
(REFERENDUM)

DEUTSCHLAND

KULTURKAMPF
PREUSSISCHE
„MAIGESetze“
WERDEN
REICHSGESETZ
VERBANNUNGS-
GESETZ

27. Juni 1874

USA

INDIANER-
ANGRIFF AUF
BÜFFELJÄGER-
STÜTZPUNKT
ADOBE WALLS
IN ZWEI
JAHREN FAST
VIER MILLIONEN
BÜFFEL
VERNICHTET

Im Quellgebiet des Red River/USA, beim Canadian River, greifen siebenhundert indianische Krieger vom Stamm der Kwahadi (Comanchen), Cheyennes und Arapahos unter Führung des Comanchen-Häuptlings Quannah den Handelsposten und Stützpunkt weißer Büffeljäger Adobe Walls an. Der Angriff wird verlustreich abgeschlagen. Anlaß ist die Tatsache, daß in zwei Jahren, von 1872 bis 1874, in den Staked Plains 3,7 Millionen (!) Büffel abgeschossen wurden, eine systematische Ausrottungsaktion, mit der man die Indianer ihrer Existenzgrundlage berauben will. General Sheridan hat das offen ausgesprochen. Er nennt das die „einzige Möglichkeit, eine Ausbreitung der Zivilisation zu erreichen“.¹¹

13. Juli 1874

BAD KISSINGEN

ATTENTAT
AUF BISMARCK
(KULTURKAMPF-
ATMOSPHERE)

BISMARCK IM
ZWEIFRONTEN-
KAMPF

Unter dem Eindruck der hemmungslosen, vom Vatikan angefeuerten Agitation aller kirchlichen Stellen gegen Preußen und das Deutsche Reich verübt in Bad Kissingen ein katholischer Tischlergeselle aus Magdeburg, Kullmann, Mitglied eines katholischen Gesellenvereins, einen Mordanschlag auf den Reichskanzler, den Fürsten Bismarck, bei dem dieser nur unerheblich verletzt wird. Der Anschlag selbst und die geistige Verfassung des Täters veranschaulichen die Atmosphäre, in der sich der Kulturkampf zwischen Staat und Kirche abspielt. Ebenso deutlich macht der Vorfall aber auch die Lage Bismarcks. Er hat ununterbrochen einen Zweifrontenkampf auszufechten, einerseits gegen den Machtanspruch der römischen Kirche, andererseits gegen die antimonarchistische Zersetzungstätigkeit der international organisierten republikanisch-demokratischen Freimaurerei. Kaiser und Kronprinz wirken dort als Repräsentanten an ihrem eigenen Untergang mit, geblendet durch die Scheinziele, die das Logentum nach außen hin offiziell vertritt. Das alles hat Bismarck abzufangen und auszugleichen, eine Aufgabe, die weit über Menschenkraft geht.¹²

26. September 1874

USA

ZERSTÖRUNG
EINES KIOWA-
DORFES

Im Palo Duro-Canyon, im Quellgebiet des Red River, zwischen New Mexiko und Texas/USA, zerstört eine Kavallerieeinheit des Generals Mackenzie ein großes Indianerdorf der Kiowa. In diesem Canyon haben die letzten noch nicht ausgerotteten Büffel und die letzten noch nicht ausgerotteten frei lebenden Indianer dieses Gebietes Zuflucht gesucht. Mackenzie läßt sämtliche Zelte

verbrennen, sämtliche Wintervorräte vernichten und über tausend Pferde töten. Damit sind die 250 Indianer, die dem Gemetzel entkommen, dem Hungertode preisgegeben. Am 25. Februar 1875 werden sich die Überlebenden von ihnen im Fort Sill (heute Lawton/Oklahoma) ergeben, d. h. dem Untergang in einer Reservation ausliefern.¹³

VERANTWORT-
LICH GENERAL
MACKENZIE

AUSROTTUNGS-
PROGRAMM

9. Oktober 1874

Auf Anregung des deutschen Generalpostdirektors Heinrich von Stephan tritt in Bern ein internationaler *Postkongreß* zusammen, bei dem die 22 vertretenen Staaten einen „*Allgemeinen Postvereins-Vertrag*“ schließen, der am 1. Juli 1875 in Kraft treten wird. Er regelt den internationalen Postverkehr und vereinheitlicht auch das Postwesen innerhalb der beteiligten Staaten. 1878 wird er zum *Weltpostvertrag* erweitert werden. Seitdem besteht der „*Weltpostverein*“ (union postale universelle). Hauptanliegen ist der ungehemmte Durchgang der Postsendungen im gesamten Gebiet der Mitgliederstaaten.¹⁴

BERN

ALLGEMEINER
POSTVEREIN

VON STEPHAN

22 MITGLIED-
STAATEN

10. Oktober 1874

Großbritannien macht die Gruppe der *Fidschi-Inseln* im Pazifischen Ozean zur Kronkolonie. Etwa hundert dieser Inseln sind bewohnt. Zwei Jahrzehnte später werden auch die letzten bewohnten Inseln „Ozeaniens“ in der Hand von Kolonialmächten sein, Polynesien sowohl wie Mikronesien. Überall in diesem Riesenraum wird die ursprüngliche gewachsene Lebensordnung durch die Missionen und Handelsvertretungen des Westens und durch die Rivalität der Kolonialmächte untereinander zerstört, werden die Eingeborenen zunehmend entwurzelt. Man ist fest überzeugt, ihnen mit der „Zivilisierung“ eine Wohltat zu erweisen.

FIDSCHII-INSELN
BRITISCHE
KRONKOLONIE

30. Dezember 1874

In der spanischen Stadt Murviedro, dem römischen Sagunt, proklamiert General *Martinez Campos*, auf die ostspanische Armee gestützt, die *Monarchie* und ruft den Sohn der gestürzten Königin Isabella II., als *Alfons XII.* zum König aus. Damit wird dem anhaltenden Bürgerkrieg zwischen Republikanern und Carlisten der Boden entzogen. Stadt und Provinz Valencia stellen sich sogleich hinter die Königsproklamation. Auch die mittelspanische Armee unter Jovellar und die Besatzungstruppen von Madrid unter Primo de Rivera werden sich kurz darauf anschließen. Vgl. 14. Januar 1875.¹⁵

SPANIEN

PROKLAMATION
KÖNIG
ALFONS XII.
IN MURVIEDRO

BÜRGERKRIEG
LÄUFT AUS

noch 1874 (ohne nähere Datierung)

RUSSLAND
HEERESREFORM
DURCH
MILJUTIN

ALLGEMEINE
WEHRPFLICHT

In Rußland führt der Kriegsminister, Graf Dimitrij Alexewitsch *Miljutin*, eine grundlegende Heeresreform durch. Es wird die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und dafür die aktive Dienstzeit herabgesetzt. Offenbar dient diese Reform, mit der die militärische Stärke Rußlands entscheidend erhöht wird, bereits der Vorbereitung des russisch-türkischen Krieges, der drei Jahre später beginnen wird. Vgl. hierzu 15. Januar 1877 und 24. April 1877. Er wird aber Rußland nicht einbringen, was eine so einschneidende, das ganze Volk einbeziehende Heeresreform zu versprechen scheint.

14. Januar 1875

Nachdem in Spanien eine neue Regierung unter Führung des „liberal-konservativen“ (!) Politikers Antonio Cánovas del Castillo gebildet worden ist, hält der junge König *Alphons XII.* (vgl. 30. Dezember 1874) seinen Einzug in Madrid. Sein und seiner Regierung wichtigstes Anliegen ist die Beilegung des Carlistenkrieges im Lande. Dazu bedarf es einer wohlwollenden Haltung des Papstes, und daher unternimmt Canovas del Castillo Schritte, um die Religionsfreiheit wieder aufzuheben und die Tätigkeit der Protestanten weitgehend einzuschränken, soweit dies ohne Verfassungsbruch möglich ist.¹

SPANIEN

EINZUG
ALFONS' XII.
IN MADRIDREGIERUNG
CANOVAS
DEL CASTILLO**30. Januar 1875**

Die französische Nationalversammlung nimmt mit 353 gegen 352 Stimmen (!) eine republikanische Verfassung an und beschließt nach knapp vierjährigem Bestehen ihre Selbstauflösung. In dem Stimmenverhältnis ebenso wie in dem jahrelangen Hinausziehen dieser Entscheidung zeigt sich die Stärke der monarchistischen Restaurationsbestrebungen innerhalb Frankreichs. Diese kommen aber nicht zum Tragen, weil der klerikale Flügel der Monarchisten mit seiner Agitation gegen Italien und das Deutsche Reich die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen hat und weil der Thronprätendent, der Graf von *Chambord* (vgl. 19. November 1873) sich verständlicherweise vor der Übernahme der sehr undankbaren Aufgabe scheut.²

FRANKREICH

REPUBLIKA-
NISCHE
VERFASSUNG**5. Februar 1875**

Papst Pius IX. richtet eine *Enzyklika* an die Erzbischöfe und Bischöfe der katholischen Kirche in *Preußen*, in der er die „Maigesetze“ (vgl. 14. Mai 1873) schroff verwirft und alle Geistlichen, die sich diesen Gesetzen fügen, mit der größeren Exkommunikation bedroht, das heißt mit eben der Art von Kirchenstrafe, die durch das 3. Maigesetz in Preußen untersagt ist. Damit wird die Enzyklika zu einer förmlichen Kriegserklärung an die preußische und an die deutsche Regierung, besonders verschärft durch den Satz: „Es will Uns scheinen, als ob jene Gesetze nicht freien Bürgern gegeben, um einen vernünftigen Gehorsam zu fordern, sondern Sklaven auferlegt seien, um den Gehorsam durch des Schreckens Gewalt zu erzwingen.“ Darauf wird die „Provinzial-Correspondenz“, halbamtliches Organ der Preußischen Regierung, entgegnet, es handle sich bei dieser En-

VATIKAN

ENZYKLIKA
PIUS' IX.
GEGEN
PREUSSISCHE
„MAIGESetze“

KAMPFANSAGE

HÖHEPUNKT
DES KULTUR-
KAMPFES

zyklika um „Aufruf und Aufmunterung revolutionärer Leidenschaft“ und um eine Bestätigung der Äußerung des päpstlichen Nuntius in Wien, „daß die katholische Kirche sich nötigenfalls auf die Revolution stützen müsse“. Daher sei nunmehr „eine weitere Auseinandersetzung des Staates mit der römischen Kirche unerlässlich“. Vgl. 22. April 1875.³

14. März 1875

PREUSSISCHE
BANK WIRD
REICHSBANK

Der deutsche Reichstag ermächtigt durch ein *Bankgesetz* den Reichskanzler, mit der preußischen Regierung eine Vereinbarung über *Abtretung der Preußischen Bank an das Reich* zu treffen, und danach die ehemals Preußische Bank an die nach dem gleichen Gesetz zu errichtende *Deutsche Reichsbank* zu übertragen. Diese wird eine Zentralnotenbank sein und die Währungshoheit des Reiches repräsentieren. Sowohl die Leitung der Bank als auch der Vorsitz im Bankkuratorium wird dem Reichskanzler obliegen. In der Leitung kann er sich vertreten lassen. Die Bank wird ihre Tätigkeit am 1. Januar 1876 aufnehmen.⁴

8. April 1875

BERLIN

„IST KRIEG
IN SICHT?“

In der Berliner Zeitung „Die Post“ erscheint ein Artikel halbamtlicher Art von Constantin Rößler „Ist Krieg in Sicht?“. Darin wird angesichts der erheblichen Heeresverstärkung in Frankreich (Cadregezet vom 13. März 1875) in Erwartung eines französischen Angriffs die Frage erörtert, ob es nicht ratsam sei, dem Gegner zuvorzukommen. Der Chef des Generalstabs, Graf Moltke, spricht sich für einen Präventivkrieg aus. Daraufhin wird sich der französische Außenminister, der Herzog von D  cazes, an die britische und an die russische Regierung mit der Bitte wenden, den Frieden zu wahren. Vgl. weiter 10. Mai 1875).⁵

22. April 1875

PREUSSEN
KULTURKAMPF

SPERRE
STAATLICHER
ZAHLUNGEN
OHNE ERFOLG

Kaiser Wilhelm I. setzt durch seine Unterschrift ein Gesetz in Kraft, nach dem alle staatlichen Zahlungen an die Bischöfe und Geistlichen der römisch-katholischen Kirche in Preußen so lange einzustellen sind, bis der betreffende Bischof oder Geistliche sich durch eine schriftliche Erklärung zur Befolgung der Staatsgesetze („Maigesetze“, vgl. 14. Mai 1873) verpflichtet hat. Dieses sogenannte „*Sperrgesetz*“ ist die Antwort auf die päpstliche Enzyklika vom 5. Februar 1875 (vgl. dort!). Es wird sich jedoch keiner der preußischen Bischöfe unterwerfen, von ca. 4000 katholischen Geistlichen nur 24, die daraufhin exkommuniziert werden. Vgl. weiter 31. Mai 1875.⁶

30. April 1875

In Berlin kommt es zu einem Gespräch zwischen dem belgischen Gesandten *Nothomb* und Feldmarschall Graf *Moltke*. Der Gesandte spricht von den seiner Ansicht nach zweifellos friedlichen Absichten Frankreichs. *Moltke* antwortet: „Das ist möglich, aber ich für meine Person sehe nur die Tatsachen, und ich behaupte, die Errichtung eines vierten Bataillons für jedes Regiment, wodurch die französische Armee um 144 000 Mann vermehrt wird, ist ein unumstößliches Anzeichen der Kriegsvorbereitung. Unter diesen Umständen dürfen wir nicht abwarten, bis Frankreich fertig ist, sondern unsere Pflicht ist, ihm zuvorkommen.“ *Nothomb*: „Was werden Sie aber tun, wenn Sie Frankreich von neuem besiegt haben?“ *Moltke*: „Das weiß ich nicht; das zu entscheiden, wird zweifellos nicht leicht sein. Ach, der Krieg, der Krieg! Wenn man ihn, wie ich, aus der Nähe gesehen hat, kann man nur tiefe Abscheu vor ihm haben. Er ist die schlimmste Geißel der Menschheit, und sicher muß man alles tun, um ihn zu vermeiden.“ *Nothomb* fragt, ob der Feldmarschall in diesem Jahr wieder nach Schlesien fahren werde. *Moltke*: „Ich rechne darauf.“ *Nothomb*: „Aber werden Sie das auch möglich machen können?“ *Moltke*: „O, in diesem Jahr werden wir keinen Krieg haben.“⁷

BERLIN

*MOLTKE ÜBER
FRANZÖSISCHE
AUFRÜSTUNG*

*„... DÜRFEN
WIR NICHT
ABWARTEN“*

*„KRIEG, DIE
SCHLIMMSTE
GEISSEL“*

*„IN DIESEM
JAHR KEINEN
KRIEG“*

7. Mai 1875

Kaiser *Wilhelm I.* notiert eigenhändig zu den Alarmnachrichten in der Kölnischen und Post-Zeitung (vgl. 8. April 1875): „... Da weder Kölnische noch Post-Zeitung, soviel ich weiß, offiziöse oder inspirierte gouvernementale [amtliche oder angeregte Regierungs-] Artikel aufnimmt, man also keinen offiziellen Einfluß auf dieselben äußern kann, so scheint es mir doch durchaus geraten und geboten, beide Redaktionen aufmerksam zu machen, wohin dergleichen unsinnige, gänzlich aus der Luft gegriffene Raisonsnements führen können, die ganz Europa in Alarm versetzt haben und das nach und nach erwachende Vertrauen auf Friedensdauer dermaßen erschüttert haben, daß es in allen Klassen der Bevölkerung, auf Handel und Industrie pp., den allernachteiligsten Einfluß geäußert hatte, wovon ich mich auf meiner Reise nach und in Wiesbaden vielfach überzeugt habe. Man muß jenen Redakteuren also das Gewissen schärfen und zeigen, was sie für Unheil angestiftet haben! Ich wünsche zu wissen, was darin geschehen kann.

*WILHELM I.
GEGEN DAS
KRIEGSGESCHREI
DER PRESSE*

7. 5. 75 Wilhelm⁸

10. Mai 1875

ZAR ALEXANDER
UND
GORTSCHAKOW
IN BERLIN:
KEINE
PRÄVENTIV-
KRIEGS-
ABSICHTEN
DER DEUTSCHEN
REGIERUNG

KEINE ERNEUTE
NIEDER-
WERFUNG
FRANKREICHS

Zar Alexander II. und sein Ministerpräsident Gortschakow treffen zu einem bereits seit längerer Zeit geplanten offiziellen Besuch in Berlin ein und werden bei dieser Gelegenheit feststellen, daß weder Kaiser Wilhelm I. noch Fürst Bismarck einen Präventivkrieg gegen Frankreich (vgl. 8. April 1875) planen, mithin keine Kriegsgefahr besteht. Gortschakow wird sich aber trotz dieser Feststellung den Anschein geben, als habe erst er den Frieden gesichert. Es zeigt sich in diesem Zusammenhang, daß sowohl Rußland als auch Großbritannien das Wiedererstarken Frankreichs begrüßen. Zar Alexander wird sogar unmißverständlich zum Ausdruck bringen (am 13. Mai), daß er eine nochmalige Niederwerfung Frankreichs nicht zulassen werde. In ähnlichem Sinne wird sich auch die britische Regierung vernehmen lassen. Zum ersten Mal zeichnet sich der Umriss einer Triple-Entente Frankreich—Großbritannien—Rußland ab, die in beiden Weltkriegen dem Deutschen Reich zum Verhängnis werden wird. Sie zu verhindern, wird künftig das Hauptanliegen der Bismarckschen Staatskunst sein.⁹

12. Mai 1875

BISMARCK
AN DEN GRAFEN
MÜNSTER:

SCHULD DER
POLITISCHEN
TAGESPRESSE

EUROPÄISCHE
PRESSELIGA
UNTER
KATHOLISCHEM
EINFLUSS

Fürst *Bismarck* an den deutschen Botschafter in London, den Grafen *Münster*: „... Die in Europa vorhandene, durch das Verhältnis von Deutschland zu Frankreich hervorgerufene Unruhe ist . . . zurzeit kein Grund zum Mißtrauen zwischen den gegenwärtig am Ruder befindlichen *Regierungen* beider Länder. Zwischen denselben ist bislang auch nicht die leiseste Tonart einer Verstimmung erkennbar, noch weniger sind irgendwelche andere als friedliche Erklärungen zwischen hier und Paris ausgetauscht worden. Wenn trotzdem die öffentliche Meinung in Europa in Unruhe erhalten wird, so scheint uns, daß nur die politische Tagespresse die Schuld daran trägt, und zwar in erster Linie die in ganz Frankreich, in Paris wie in den Provinzen, und ebenso in anderen Ländern, in Österreichisch-Polen, Rußland, Belgien, leider auch in England wirksame Preßliga, welche ersichtlich zwischen allen dem Deutschen Reiche feindlichen Elementen besteht und unter Vermittlung des internationalen Einflusses der katholischen Priester sich mehr und mehr konsolidiert. Diese Liga verfolgt einstweilen den Zweck, Kriegsbefürchtungen zu erfinden und Kriegsgefahren als nahe bevorstehend zu bezeichnen und die Schuld davon Deutschland, insbesondere der Reichsregierung, zuzuschreiben. Jede dieser Richtung dienende Zeitung sucht der anderen in der Einwirkung auf die Einbil-

dungskraft ihrer Leser den Rang abzulaufen. Dazu mag in erheblichem Maße neuerdings die Spekulation großer Bankhäuser und einflußreicher Politiker auf Baisse der Börsenfonds des gleichen Themas sich bemächtigt haben. Man kann im ganzen sagen, daß die deutsche Journalistik in dieser Beziehung noch am wenigsten Mißbrauch mit ihrer Preßfreiheit getrieben hat, obschon gerade ihr von der ganzen ausländischen Presse jederzeit der Vorwurf kriegerischer Tendenzen gemacht wird, sobald deutsche Blätter den Provokationen fremder gegenüber eine Abwehr üben und zur Vertretung der nationalen Gefühle in Abwehr ausländischer Angriffe sich der allgemeinen Preßfreiheit bedienen. Eine Beschränkung der letzteren können wir uns nicht zur Aufgabe stellen, und gewiß auch die englische Regierung nicht ...“¹⁰

27. Mai 1875

In *Gotha* findet ein fünftägiger Kongreß sein Ende, bei dem sich der von Ferdinand *Lassalle* gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (vgl. 23. Mai 1863) und die von August *Bebel* und Wilhelm *Liebknecht* 1869 in Eisenach gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei zur *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* vereinigt haben. Das von diesem Kongreß beschlossene „Gothaer Programm“ betont den *internationalen* Gedanken der Arbeiterbewegung und „erstrebt . . . mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft“. (Was unter einem „freien Staat“ zu verstehen ist, bleibt offen.) Obgleich dieses Programm unter dem Einfluß von *Liebknecht* im wesentlichen von der Lehre des Karl Marx bestimmt ist, wird Engels es scharf kritisieren, weil noch einige Thesen *Lassalles* darin enthalten sind. Die neue Partei wird sich ab 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands nennen.¹¹

31. Mai 1875

In Preußen folgt dem „Sperrgesetz“ (vgl. 22. April 1875) im Zuge des verschärften Kulturkampfes das „*Klostergesetz*“, das in Ergänzung des Jesuitengesetzes (vgl. 4. Juli 1872) nunmehr alle katholischen Orden verbietet, soweit sie sich nicht der Krankenpflege widmen, und auch diese staatlicher Aufsicht unterstellt. Zu dieser Zeit gibt es in ganz Preußen nur etwa 8800 Ordensmitglieder auf über 900 Niederlassungen und Stationen verteilt, davon mehr als eintausend männliche Ordensbrüder. Das eingezogene Vermögen der zu schließenden Niederlassungen soll für den Lebensunterhalt der im Lande verbleibenden Ordensangehörigen verwendet werden.¹²

KRIEGS-
SPEKULATION
DER GROSSEN
BANKHÄUSER

HALTUNG DES
DEUTSCHEN
JOURNALISMUS

GOTHA

SOZIALISTISCHE
ARBEITERPARTEI
DEUTSCHLANDS

„GOTHAER
PROGRAMM“

PREUSSEN

KULTURKAMPF

KLOSTERGESETZ

3. Juni 1875

BERLIN
AUSWÄRTIGES
AMT AN DEN
GRAFEN
MÜNSTER:
BRITISCHE
REGIERUNG
EMPFÄNGLICH
FÜR VERDÄCH-
TIGUNG DER
DEUTSCHEN
POLITIK

ANGEBLICHE
KRIEGS-
ABSICHTEN

BRITISCHE
INTERVENTION
IN WIEN UND
PETERSBURG
ABGEWIESEN

VERSUCH
DIPLO-
MATISCHER
EINKREISUNG

Das deutsche Auswärtige Amt (*von Bülow*) an den deutschen Botschafter in London, den Grafen Münster: „... Daß die englische Regierung sich für die gegen uns gerichteten Verdächtigungen so empfänglich gezeigt und [sie] in einer Weise, die für uns als wenig verbindlich, ja als wenig rücksichtsvoll zu bezeichnen ist, mit dem Gewicht ihrer amtlichen Autorität verbreitet hat, darin ist, wenn wir nach der harmlosesten Erklärung suchen, ein Beweis davon zu sehen, daß die Minister die Tragweite ihrer Handlungen nicht genau berechnen . . . ; wir haben vielmehr aus Petersburg und Wien . . . mit Bedauern erfahren, daß die englische Regierung ihre auf irrigen Voraussetzungen beruhende Intervention auch dort versucht hat. Wir haben es von den höchsten Autoritäten [dort erfahren], daß an beiden Orten der englische amtliche Einfluß mit der Anklage gegen uns aufgetreten ist, daß *von uns* eine Gefährdung des Friedens drohe, daß Deutschland Krieg wolle und sogar zunächst gegen Österreich. Dies ist dem Wiener Kabinett, nach dessen Mitteilung, von der englischen Botschaft insinuiert [eingeflüstert] worden . . .

„In Wien ist die englische Intervention so abfällig aufgenommen worden, wie es sich von dem Staatsmann, der dort die auswärtigen Geschäfte leitet, und von den alten Traditionen der österreichischen Diplomatie erwarten ließ. Auch in Petersburg hat sie Glauben nicht gefunden und nur dem Fürsten Gortschakow die vielleicht willkommene Gelegenheit gegeben, die Rolle des Friedensvermittlers zu übernehmen. Wenn also das Resultat der englischen Demarche praktische Nachteile für uns auch nicht gehabt hat, so bleibt uns doch der peinliche Eindruck, daß das englische Ministerium die europäischen Kabinette gleichzeitig gegen uns einzunehmen, gegen uns in gemeinsame Tätigkeit zu setzen versucht, und das gute Einvernehmen mit Deutschland, wir wissen nicht, um welches momentanen Erfolges willen, ohne Not auf das Spiel gesetzt hat. Unser Vertrauen auf das Wohlwollen der englischen Politik gegen Deutschland kann sich solchen Wahrnehmungen gegenüber nicht befestigen, zumal wir England in keiner Art Anlaß zu einer Verstimmung gegeben, wohl aber bewiesen haben, welchen großen Wert wir auf gute Beziehungen beider Völker legten . . .“¹³

18. Juni 1875

PREUSSEN
KULTURKAMPF

Um die im Rahmen des „Kulturkampfes“ in Preußen erlassenen Gesetze auch verfassungsmäßig unanfechtbar zu machen, wird sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Herrenhaus mit großer

Mehrheit ein verfassungänderndes Gesetz angenommen, das die Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850 (vgl. 6. Februar 1850) aufhebt und durch den Satz ersetzt: „Die Rechtsordnung der evangelischen und der katholischen Kirche sowie der anderen Religionsgesellschaften im Staate regelt sich nach den Gesetzen des Staates.“ Vgl. noch 20. Juli 1875.¹⁴

20. Juni 1875

Königin *Viktoria* von England antwortet Kaiser *Wilhelm I.* aus Windsor auf einen Brief vom 3. Juni, in dem dieser sich auf die britischen Verdächtigungen, Deutschland wolle einen Präventivkrieg gegen Frankreich führen (vgl. 3. Juni 1875), bezogen hat: „Teurer Bruder! Gestern von Schottland zurückgekehrt, beeile ich mich, Dir für Deinen herzlichen Brief vom 3. zu danken! Ich habe ihn mit vielem Vergnügen gelesen und freue mich von Herzen, daß meine Bemühungen um die Erhaltung des Friedens von Dir nicht falsch ausgelegt worden sind. Es wäre unter *allen* Umständen zu beklagen, wenn Europa unter den Heimsuchungen eines unnötigen Krieges zu leiden hätte; aber Du wirst mir gern glauben, daß ich es mit doppeltem Schmerz empfunden haben würde, wenn ein so großes Unheil leichtsinnig heraufbeschworen worden wäre durch irgendeine von *Deutschland* ausgehende Äußerung oder Handlung. Mit aufrichtiger Freude ersehe ich nun aus Deinem Briefe, daß Du sogar den Gedanken mit Indignation zurückweist: Frankreich oder irgendein Nachbarland anzugreifen einfach, aus dem Grunde, weil dieses Land oder Volk auf Krieg sinnt und nur auf die erste günstige Gelegenheit zum Losschlagen wartet. Eine solche Politik könnte wohl für den Augenblick von Erfolg sein, allein sie würde notwendig (und mit Recht) die allgemeine Indignation Europas wachrufen und (wie Du selber sagst) den Staat, der sie inauguriert, ohne Alliierte und ohne teilnehmende Freunde lassen. — Die Befürchtungen sind nun vorüber, und zwar infolge der bündigen Versicherungen, welche Deine Minister zu erteilen autorisiert wurden, und es würde jetzt zu garnichts führen, wollte ich auseinandersetzen, wie es kam und warum es geschah, daß man die politische Situation hier viel ernster auffaßte, als Du durch die Umstände gerechtfertigt findest; doch kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß es keineswegs eine flüchtige, leichte Bemerkung (einerlei, ob von einer so hervorragenden Persönlichkeit wie Graf Moltke [vgl. 30. April 1875] oder von sonst jemand herrührend) [war], was meine Minister und mich selbst nicht minder, mit Furcht erfüllte. Äußerungen wie die an-

VERFASSUNGS- ÄNDERUNG RECHTS- ORDNUNG DER KIRCHEN

KÖNIGIN
VIKTORIA
AN KAISER
WILHELM I.:

RECHT-
FERTIGUNG
DES GLAUBENS
AN DEUTSCHE
PRÄVENTIV-
KRIEG-
ABSICHTEN

geblich vom Grafen Moltke gefallene, sind bei *vielen* Gelegenheiten und an *vielen* Orten von Persönlichkeiten getan worden, welche vermöge ihrer Stellung als Vertreter Deiner Regierung gelten müssen. Nach Inhalt [Deines Briefes] habe ich gar keinen Zweifel, daß Du selbst nicht vollständig unterrichtest warst über den Umfang, in welchem man solche Argumente auszusprechen wagte, und demgemäß konntest Du unsere Befürchtungen wohl *übertrieben* ansehen — indessen wäre es mir ein Leichtes, nachzuweisen, daß letzteres keineswegs der Fall, vorausgesetzt, daß es überhaupt *irgendwelchen* Nutzen schaffen könnte, wenn wir auf Fragen zurückkommen wollten, die glücklicherweise jetzt erledigt sind. — . . . Deine treue Schwester und Freundin.“¹⁵

20. Juli 1875

PREUSSEN
KULTURKAMPF
LAIEN-
VERWALTUNG
DES
KIRCHENGUTS

Den Abschluß der preußischen Gesetzgebung im Rahmen des „Kulturkampfes“ gegen Papst Pius IX. bildet die Verabschiedung eines Gesetzes, das die *Vermögensverwaltung* der katholischen Kirchengemeinden in die Hände gewählter Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter aus dem *Laienstande* legt, unter Aufsicht sowohl des jeweiligen Oberpräsidenten der Regierung als auch des zuständigen Bischofs. Damit wird entgegen dem katholischen Kirchenrecht das Kirchenvermögen zum Gemeindevermögen gemacht und der zentralen Verfügung entzogen. Doch wird sich die Kirche dieser Regelung insoweit anpassen, daß es nicht zu einem Gegensatz zwischen Geistlichkeit und Gemeinden kommt. Überhaupt wird der Zusammenhalt innerhalb der katholischen Gemeinden und auch ihre Verbundenheit mit Rom durch die gesamte Kulturkampf-Gesetzgebung eher gestärkt als vermindert werden. Die katholische Zentrums-
partei wird bei den kommenden Wahlen Stimmengewinne erzielen. Eine tausendjährige Tradition, in der katholischen Bevölkerung tief verwurzelt, läßt sich nicht in wenigen Jahren überwinden. Das hat nicht einmal die Reformation vermocht. Zudem kommt der Kampf gegen den Machtanspruch der Kirche stets auch der liberalistisch-republikanischen Agitation der Freimaurerlogen zugute, die gleichzeitig auch den monarchischen Staatsgedanken und das aristokratische Prinzip unterhöhlt. Darum wird Bismarck nach dem Tode Papst Pius' IX. im Februar 1878 von sich aus im Kulturkampf den Rückzug antreten und persönlich entsprechende Verhandlungen mit den päpstlichen Nuntii Masella und Jacobini in München und Wien führen (1878 und 1879). Bleiben werden über Bismarcks Regierungszeit hinaus die staatliche Personenstandsbeurkundung samt Zivil-

DAS SCHEITERN
DES KULTUR-
KAMPFES

RÜCKZUG
BISMARCKS

eheschließung, die Anzeigepflicht der Kirche für neu zu ernennende Geistliche mit staatlichem Einspruchsrecht und das Jesuitenverbot (dieses bis 1904), außerdem die staatliche Schulaufsicht und der Kanzelparagraph (10. Dezember 1871).¹⁶

noch Juli 1875

In der Herzegowina und danach in Bosnien kommt es zu Volksaufständen, verursacht durch die rücksichtslosen Steuereintreiber, denen die Regierung die Steuern und Abgaben verpachtet hat. Flüchtlingszüge überschreiten die österreichische und montenegrinische Grenze, während die Männer einen Bandenkrieg gegen die unter Führung von *Mukhtar* Pascha (einem Sohn des Sultans Abdul Aziz) heranrückenden türkischen Truppen vorbereiten. Sie werden durch Freiwillige aus Serbien und Montenegro verstärkt und besetzen die Pässe und Schluchten. Durch eine diplomatische Vermittlungsaktion der europäischen Mächte veranlaßte Reformversprechungen der türkischen Regierung finden bei diesen Partisanen keinen Glauben mehr. Die Kämpfe mit den Truppen Mukhtars werden sich bis tief in den Winter hineinziehen. Vgl. 31. Januar 1876.¹⁷

HERZEGOWINA
BOSNIEN

AUFSTAND
GEGEN
TÜRKISCHE
VERWALTUNG

BANDENKAMPF
GEGEN
MUKHTAR
PASCHA

30. September 1875

Mahpina-luta (Red Cloud), Häuptling der Oglala-Dakota-Sioux, läßt es durch seinen Vertreter nochmals und endgültig ablehnen, die von über tausend weißen Goldgräbern überlaufenen Black Hills, das Kerngebiet des letzten den Sioux verbliebenen Jagdgrundes (teils Wyoming, teils South Dakota) zu verpachten oder zu verkaufen. (Vgl. 9. Juni 1870.) Er selbst ist zu den Verhandlungen bei seiner Agentur gar nicht mehr erschienen. Die Regierungskommissare haben sechs Millionen Dollar, zahlbar in 15 Jahresraten, für die Schürfrechte geboten. (Jede einzelne Goldmine stellt einen Wert von mindestens 500 Millionen Dollar dar.) Die klare und endgültige Ablehnung dieses „Angebots“ wird eine Kette von Ereignissen nach sich ziehen, u. a. die schwerste Niederlage der US-Armee im Kampf gegen die letzten noch frei lebenden Indianer, am Ende aber das Ende auch der Sioux. Vgl. 9. November 1875.¹⁸

USA

MAHPINA-
LUTA LEHNT
PACHTANGEBOT
FÜR DIE
BLACK HILLS
AB

9. November 1875

E. T. Watkins, Sonderinspektor des „Indian Bureau“ der US-Regierung, berichtet dem Kommissar für Indianische Angelegenheiten, die außerhalb der Reservationen lebenden Prärie-Indianer seien gut genährt und bewaffnet, in ihrer Haltung stolz und selbstbewußt und deshalb eine Gefahr für das Reservations-

WATKINS:
GUT GENÄHRTE,
BEWAFFNETE
INDIANER
SIND

UNZIVILISIERT
UND DAHER MIT
GEWALT ZU
UNTERWERFEN

system. Er empfiehlt, gegen diese „unzivilisierten“ Indianer im bevorstehenden Winter „je früher desto besser Truppen einzusetzen und sie mit Gewalt zu unterwerfen“. Vgl. weiter 22. November 1875.¹⁹

22. November 1875

BELKNAP:
FREIGABE DER
BLACK HILLS
AN WEISSE
GOLDGRÄBER,
ANDERNFALLS
„UNRUHEN“

Kriegsminister W. W. Belknap der USA warnt die Regierung daß es zu Unruhen in den Black Hills (Wyoming-South Dakota) kommen könnte, „wenn nicht etwas unternommen wird, um den Besitz jenes Gebietes den weißen Goldgräbern zu sichern, die durch Berichte über reiche Lager des wertvollen Metalls in großer Zahl angezogen worden sind“. Belknap hat offenbar von den Verhandlungen im September desselben Jahres (vgl. 30. September 1875) keine Kenntnis erhalten. Die Rechtslage scheint ihn nicht zu interessieren. Vgl. weiter 9. Dezember 1875.²⁰

9. Dezember 1875

SMITH:
ALLE SIOUX-
UND CHEYENNE-
INDIANER
BINNEN SIEBEN
WOCHEN IN DIE
RESERVATIONEN

Der Kommissar für Indianische Angelegenheiten in den USA, Edward P. Smith, der Nachfolger Donehogawas (vgl. 4. März 1869 und 9. Juni 1870), gibt Anweisungen an die für Sioux- und Cheyenne-Indianer zuständigen Agenten, daß alle noch außerhalb von Reservationen lebenden Angehörigen dieser Stämme sich bis zum 31. Januar 1876, also binnen sieben Wochen, bei den Agenturen einzufinden haben. Andernfalls würden sie durch Einsatz von Militär zur Aufgabe ihrer bisherigen Freizügigkeit gezwungen werden. Vgl. 22. November 1875 und weiter 1. Februar 1876.²¹

noch 1875 (ohne nähere Datierung)

D'ISRAELI
KAUFT SUEZ-
AKTIEN

BRITISCHE
AKTIEN-
MEHRHEIT

Der britische Premierminister d'Israeli (vgl.: noch Februar 1874) kauft dem durch einen verlorenen Abessinienkrieg und Mißwirtschaft tief verschuldeten Khediven Ismail von Ägypten seine Suezkanal-Aktien ab und verschafft damit Großbritannien die Aktienmehrheit in der Kanalgesellschaft. Es wird sieben Jahre später bereits 80 Prozent der den Kanal passierenden Schiffe stellen. In Frankreich beobachtet man diese Entwicklung, die zu einer britischen Vorherrschaft im Mittelmeer führt, mit großer Sorge.²²

19. Januar 1876

Der spanische General *Primo de Rivera* zwingt die Festung *Estella*, den letzten Stützpunkt der Carlisten, zur *Kapitulation* und bereitet damit dem Bürgerkrieg auch in Nordspanien ein Ende. Don Carlos (der Jüngere) überschreitet mit dem Rest seiner Anhänger die französische Grenze. Sie werden entwaffnet und interniert. Damit ist Alphons XII. (vgl. 30. Dezember 1874 und 14. Januar 1875) Alleinherr in Spanien, dessen nördliche Provinzen durch den vier Jahre währenden Bürgerkrieg verwüstet und entvölkert sind. Nur langsam und nicht überall werden sich die Verhältnisse normalisieren.¹

SPANIEN

PRIMO DE
RIVERA
NIMMT DIE
FESTUNG
ESTALLA

ENDE DES
BÜRGERKRIEGS

31. Januar 1876

Der österreichische Botschafter bei der Hohen Pforte in Konstantinopel, Graf *Zichy*, überreicht dem Außenminister *Raschid* Pascha eine gemeinsame Note der europäischen Mächte mit Vorschlägen zur Verbesserung der Verhältnisse in der europäischen Türkei. Die Kämpfe in Bosnien und der Herzegowina (vgl.: noch Juli 1875) beunruhigen die gesamte Balkan-Halbinsel, und die Behandlung des zum Christentum bekehrten Teiles der Bevölkerung durch die islamischen Regierungsbehörden erscheint den europäischen Mächten unerträglich. Großbritannien hat der Note allerdings nur zögernd zugestimmt, da es russische Absichten auf Konstantinopel argwöhnt. Vgl. 23. Februar 1876.²

KONSTANTINOPOL

REFORM-
VORSCHLÄGE
DER MÄCHTE
FÜR
EUROPÄISCHE
TÜRKEI

1. Februar 1876

Der Innenminister der USA setzt den Kriegsminister davon in Kenntnis, daß die den „feindseligen Indianern“ (gemeint sind die noch frei lebenden) gesetzte Frist, bis zu der sie sich in den für sie zuständigen Reservationen einfinden sollten (vgl. 9. Dezember 1875), abgelaufen ist. Er werde nunmehr die Militärbehörden auffordern, den Umständen angemessene Aktionen zu unternehmen. Das bedeutet, daß nunmehr die Endlösung der Indianerfrage, die Schlußphase eines durch zwei Jahrhunderte hindurch fortgesetzten Genocids (Völkermords) eingeleitet wird. (Vgl. 7. Februar 1876). Es war von vornherein bekannt, daß die den Stämmen gesetzte Frist von sieben Wochen nicht einzuhalten war. Die Kuriere der Agenten mußten sich durch tiefen Schnee zu den Winterlagern der Indianer hindurchkämpfen, um

USA

FRIST FÜR
„FEINDSELIGE
INDIANER“
ABGELAUFEN

ENDPHASE
DES
VÖLKERMORDS

ihnen das Ultimatum überbringen zu können. Viele Gruppen erreichten sie überhaupt nicht. Der geforderte sofortige Aufbruch zu den Agenturen mitten im Winter hätte für einen großen Teil der Betroffenen den sicheren Tod schon vor der Einschließung in die Reservation bedeutet. So wurde das Ultimatum der Regierung vielfach als eine Kriegserklärung verstanden. Vgl. weiter 7. Februar 1876.³

7. Februar 1876

SHERIDAN
MIT DER
LIQUIDATION
BEAUFTRAGT

Der Kriegsminister der USA (Belknap) bevollmächtigt auf Ersuchen des Innenministers (vgl. 1. Februar 1876) den Kommandeur der Military Division Missouri, General *Sheridan*, mit Operationen gegen die „feindseligen“ (noch frei lebenden) Sioux-Indianer zu beginnen, insbesondere gegen die Gruppen unter Führung der Häuptlinge Tatanka Yotanka (Sitting Bull) und Tashunka Witko (Crazy Horse). Sheridan übernimmt also genau die Rolle Adolf Eichmanns, das gewaltsame Zusammentreiben derjenigen, die man in die Reservationen (KZ) sperren will, in denen sie dann verkommen. Es ist derselbe Sheridan, der auch die Massenausrottung der Büffel, d. h. das Aushungern der noch frei lebenden Indianer ausdrücklich befürwortet hat, als das einzig wirksame Mittel zur „Ausbreitung der Zivilisation“. Bereits tags darauf wird er den Generalen Crook und Terry befehlen, Vorbereitungen für militärische Operationen im Quellgebiet der Flüsse Powder, Tongue, Rosebud und Bighorn (nördl. Wyoming) zu treffen, „wo sich Crazy Horse und seine Verbündeten häufig aufhalten“. Vgl. weiter 17. März 1876.⁴

MILITÄRISCHE
OPERATIONEN

CROOK, TERRY

23. Februar 1876

TÜRKEI

ZUGESTÄND-
NISSE AN
AUFSTÄNDISCHE
IN BOSNIEN
UND
HERZEGOWINA

Die türkische Regierung des Sultans erläßt auf die Note der europäischen Mächte vom 31. Januar (vgl. dort) hin ein Manifest (Irade), in dem sie den Aufständischen in Bosnien und der Herzegowina Amnestie, den Flüchtlingen straflose Rückkehr, Nachlaß des Zehnten auf ein Jahr und Befreiung von anderen Steuern auf zwei Jahre verspricht. Die Partisanen schenken jedoch diesem Versprechen kein Vertrauen und weigern sich, die Waffen niederzulegen und nach Hause zu gehen, wenn nicht die europäischen Mächte die Zugeständnisse der Pforte gewährleisten. Das aber ist unmöglich, ohne die Souveränität des Sultans zu zerstören.⁵

4. März 1876

USA
Der Kongreß der USA beschließt, gegen den Kriegsminister *Belknap* Anklage zu erheben. Ihm wird vorgeworfen, an den

betrügerischen Machenschaften des sogenannten „Indian Ring“ beteiligt gewesen zu sein, der schon seit einem Jahrzehnt für die Indianer-Reservationen bestimmte Güter anderweitig verschoben und damit zu den trostlosen Zuständen in diesen Reservationen beigetragen hat. Der „Indian Ring“ war es auch, der den Verleumdungsfeldzug gegen Donchogawa, den Regierungskommissar für indianische Angelegenheiten, organisierte und diesen damit zum Rücktritt bewog (vgl. 9. Juni 1870).⁶

*ANKLAGE
GEGEN BELKNAP*

*SCHIEBUNGEN
IM „INDIAN
RING“*

17. März 1876

Im Zuge der Endlösung der Indianerfrage in den USA (vgl. 1. und 7. Februar) überfällt die Vorhut der Truppen General Crooks unter dem Befehl von Colonel J. Reynolds unweit der Mündung des Little Powder in den Powder River (südöstl. Montana) früh morgens ein noch schlafendes Lager von Sioux- und Cheyenne-Indianern, verbrennt sämtliche Zelte, die Wintervorräte und Sättel und treibt etwa zwölfhundert Pferde fort, die sich die entflohenen Indianer allerdings in der nächsten Nacht zurückholen. Dafür läßt Crook Reynolds vor ein Kriegsgericht stellen. Die überlebenden Indianer schlagen sich zum einige Kilometer weiter nordöstlich liegenden Lager von Tashunka Witko (Crazy Horse) durch. Vgl. weiter 17. Juni 1876.⁷

USA

*ÜBERFALL AUF
SIOUX-LAGER
AM LITTLE
POWDER*

noch März 1876

Zar Alexander II. verkündet in einem kaiserlichen Ukas die Einverleibung des gesamten Chanats *Chiwa* in das russische Reich, nachdem zuvor russische Streitkräfte unter General Skobelew auch in Kokand (im östlichen Buchara) ihren Einzug gehalten haben. Das Gebiet erhält den Namen Fergana, der aber bald wieder in Vergessenheit geraten wird. Es steht nunmehr lediglich noch Merv aus, das erst im Jahre 1884 eingenommen werden wird und wo die endgültige britisch-russische Interessengrenze erreicht werden wird. Vgl. hierzu auch 10. Juni 1873.⁸

RUSSLAND

*EINVERLEIBUNG
DES CHANATS
CHIWA*

„FERGANA“

3. April 1876

Der britische Premierminister d'Israeli setzt im Parlament ein Gesetz durch, nach dem die Königin Victoria künftig (ab 1877 wirksam) auch den Titel einer Kaiserin von Indien führen wird. Damit soll gleichzeitig die Bedeutung und der Rang der indischen Kronkolonie unterstrichen, dem Selbstwertgefühl der indischen Fürsten geschmeichelt und der britische Hof den Höfen von Petersburg, Wien und Berlin gleichrangig gemacht werden.

*KÖNIGIN
VIKTORIA
WIRD
„KAISERIN
VON INDIEN“*

*D'ISRAELI
WIRD „LORD
BEACONSFIELD“*

Bei dieser Gelegenheit wird d'Israeli selbst von der Königin in den Adelsstand erhoben. Er kann sich von nun an Lord *Beaconsfield* nennen.⁹

noch April 1876

*BOSNIEN,
HERZEGOWINA*

Die Partisanen in Bosnien und der Herzegowina erhalten weiteren Zuzug aus Montenegro und vor allem aus Serbien, wo Fürst *Milan* sich anschickt, bei dieser günstigen Gelegenheit die türkische Souveränität abzuschütteln. Wie der türkische Befehlshaber Mukhtar Pascha die eingeschlossene Festung Niksitsch entsetzen und mit Proviant versorgen will, können ihm die vereinigten Aufständischen im Duga-Paß energischen und anhaltenden Widerstand entgegensetzen. Im Mai wird der Aufstand auch auf Bulgarien überspringen und die panslawistische Organisation der *Omladina* breitet sich über die europäische Türkei aus.¹⁰

*SERBISCHE
HILFE FÜR
AUFSTÄNDISCHE*

*WIDERSTAND
IM DUGA-PASS*

„OMLADINA“

6. Mai 1876

SALONIKI

*GLAUBENS-
KÄMPFE*

*DEUTSCHER
UND FRANZÖ-
SISCHER
KONSUL
ERSCHLAGEN*

In Saloniki (das noch bis 1913 zum Osmanischen Reich gehören wird) kommt es wegen des angeblichen Glaubenswechsels eines Bulgarenmädchens zu gewaltsamen Streitigkeiten zwischen Christen und Mohammedanern. In deren Verlauf werden der deutsche Konsul *Abbot* und der französische Konsul *Moulin* in eine Moschee gezerrt und dort mit Knüppeln, Eisenstangen und Schwertern vom türkischen Mob erschlagen. Der Vorfall verstärkt bei den europäischen Regierungen den Eindruck von der Unhaltbarkeit der Verhältnisse im europäischen Teil des Osmanischen Reiches. Vgl. 10. Mai 1876.¹¹

10. Mai 1876

BERLIN

*DREI-KANZLER-
KONFERENZ*

*MEMORANDUM
AN DIE PFORTE*

*VERHÜLLTE
KRIEGS-
DROHUNG*

In Berlin findet anlässlich der Durchreise des Zaren Alexander II. nach Bad Ems eine Konferenz der drei Reichskanzler Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands, Bismarcks, Andrassys und Gortschakows, statt. Ein Memorandum wird in einwöchiger Arbeit entworfen, das der Pforte überreicht werden soll. Darin wird die Forderung der Aufständischen in Bosnien und der Herzegowina auf Garantie der türkischen Versprechungen durch die Mächte (vgl. 23. Februar 1876) als berechtigt bezeichnet und angekündigt, daß nach einem Waffenstillstand von zwei Monaten ohne entsprechendes Resultat „die drei kaiserlichen Höfe nach gemeinsamer Verständigung ihrem diplomatischen Vorgehen wirksamere Maßregeln hinzuzufügen haben würden, wie

sie im Interesse des allgemeinen Friedens und zur Vermeidung eines weiteren Umsichgreifens der Empörung geboten erscheinen könnten“. Dieser verschlüsselten Kriegsdrohung wegen wird Großbritannien dem Entwurf der drei Kanzler seine Zustimmung versagen, um nicht Rußland Gelegenheit zu geben, als Vollstrecker des Gesamtwillens der europäischen Mächte aufzutreten.¹²

BRITISCHE
DISTANZIERUNG

11. Mai 1876

In Konstantinopel rückt ein Zug von islamischen Theologiestudenten vor den Palast des Sultans *Abdul Aziz* und fordert die Absetzung des Großwesirs *Mahmud* Pascha, der als Parteigänger Rußlands betrachtet wird, sowie des Scheich-ul-Islam. *Abdul Aziz* kommt der Forderung nach, ernennt zwei Nachfolger für die abgesetzten Amtsträger, hält aber das ganze für einen Anschlag seiner Brüder und Neffen gegen seine Person und läßt diese daher verhaften. Er selbst verbirgt sich im Innern seiner Gemächer, mehrere Wochen lang. Vgl. 4. Juni 1876.¹³

KON-
STANTINOPEL

SULTAN LÄSST
SEINE BRÜDER
VERHAFTEN
UND HÄLT SICH
VERSTECKT

4. Juni 1876

Sultan *Abdul Aziz* (vgl. 11. Mai 1876) stirbt, angeblich von eigener Hand, nachdem wenige Tage zuvor sein Ministerrat unter Zustimmung des neuernannten Scheich-ul-Islam seine Absetzung beschlossen und den Thronfolger *Murad V.* zum Herrscher über alle Gläubigen erklärt hat. Dieser aber ist gemütskrank, und das läßt sich nicht lange verborgen halten. Der neue Großwesir *Ruschid*, der Kriegsminister *Hussein Avni* und der Minister *Midhat* Pascha versuchen, europäische Formen des Parlamentarismus auf türkische Verhältnisse zu übertragen, zunächst aber, dem Aufstand in Bosnien und der Herzegowina sowie nun auch in Bulgarien ein Ende zu machen.¹⁴

TOD DES
SULTANS
ABDUL AZIZ

NACHFOLGER
MURAD V.
GEMÜTSKRANK

15. Juni 1876

Während der Sitzung des türkischen Ministerrats in Konstantinopel werden der Großwesir *Ruschid* und der Kriegsminister *Hussein Avni*, beide maßgeblich am Sturz des Sultans *Abdul Aziz* (vgl. 4. Juni 1876) beteiligt, von einem Anhänger des alten Regimes, *Hassan*, erdolcht. *Midhat* Pascha rückt in das Amt des Großwesirs auf. Indessen wird der Aufstand in Bulgarien von Tscherkessen und türkischen Freischaren (*Baschi-Bozuks*) buchstäblich in Blut erstickt werden. In Batak werden die nichtmosammedanischen Einwohner jeden Alters und Geschlechts zu Tausenden erschlagen, verstümmelt und geschändet, über hun-

KON-
STANTINOPEL

GROSSVESIR
UND KRIEGS-
MINISTER
ERMORDET

MASSAKER
IN BATAK

UNTER
BULGARISCHEN
CHRISTEN

dert bulgarische Ortschaften eingäichert werden. Doch das Mißtrauen des britischen Premierministers d'Israeli und seines Außenministers Derby gegenüber den russischen Absichten auf Konstantinopel wird auch dieses Mal wieder ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Mächte gegenüber der Pforte verhindern.¹⁵

17. Juni 1876

USA
INDIANER-
SCHLACHT
SITTING BULL
CRAZY HORSE
RÜCKZUG
GENERAL
CROOKS

Am Rosebud River (zwischen Little Big Horn und Tongue-River, südöstl. Montana/USA) liefern etwa tausend Sioux- und Cheyenne-Indianer unter Führung der Häuptlinge Tatanka Yotanka (Sitting Bull) und Tashunka Witko (Crazy Horse) der Truppe des Generals Crook eine regelrechte Schlacht. Tashunka Witko hat sich die Taktik der Weißen angeeignet und wendet sie an. Der Kampf dauert vom frühen Morgen bis Sonnenuntergang. Dann muß Crook den Rückzug antreten. Die Indianer wenden sich nach Westen, zum Little Bighorn, wo sich etwa zehntausend von ihnen sammeln, darunter etwa drei- bis viertausend Krieger. Die höchste Autorität in dieser Ansammlung verschiedener Stammesteile der Sioux und Cheyenne genießt Tatanka Yotanka, von den Amerikanern Sitting Bull genannt. Er erwartet einen weit bedeutenderen Sieg über die weißen Truppen, als es der am Rosebud River war. Vgl. weiter 25. Juni 1876.¹⁶

22. Juni 1876

USA
SIOUX-
RESERVATIONEN
GENERAL
SHERMAN
UNTERSTELLT
KRIEGS-
GEFANGENE

Die Regierung der USA ordnet an, daß alle Indianerreservationen im ursprünglichen Sioux-Bereich dem militärischen Kommando des Generals *Sherman* unterstellt werden. Auch wird dieser ausdrücklich ermächtigt, alle in diesen Reservationen lebenden Indianer als Kriegsgefangene zu behandeln. Sie sollen offensichtlich für den Angriff der noch frei lebenden Sioux am Rosebud-River (vgl. 17. Juni 1876), deren man nicht habhaft werden kann, büßen und werden nunmehr auch de jure völlig rechtlos. De facto waren sie es ohnehin seit Beginn des Reservatensystems.¹⁷

25. Juni 1876

LITTLE
BIGHORN RIVER

Am Little Bighorn River (vgl. 17. Juni 1876) greift General George Armstrong *Custer* mit Teilen des 7. Kavallerieregiments die große Ansammlung mehrerer Teilstämme an und unterliegt

der überlegenen Führung der Häuptlinge. Seine Truppe wird bis zum letzten Mann vernichtet, er selber fällt. Es ist die schwerste Niederlage der amerikanischen Armee im Zuge der Indianerausrottung. Nach der Schlacht löst sich auf Anordnung Tatanka Yotankas das große Indianerlager auf. Die Stammesteile wenden sich den Bighorn-Mountains zu, trennen sich unterwegs und marschieren in verschiedenen Richtungen.¹⁸

*VERNICHTUNG
GENERAL
CUSTERS UND
SEINER
KAVALLERIE
DURCH
SITTING BULL*

30. Juni 1876

Milan I. von Serbien erklärt dem Sultan des Osmanischen Reiches den Krieg, nachdem bereits im Mai desselben Jahres in Bulgarien ein Aufstand gegen die türkische Oberherrschaft ausgebrochen ist. Zwei Tage später wird auch Nikita I. von Montenegro dem Sultan den Krieg erklären. Mit der Gefährdung der türkischen Oberhoheit in diesen Gebieten wird die Rivalität zwischen österreichischen und russischen Ansprüchen dort von neuem aktuell. Darauf bezieht sich eine Anfrage des russischen Zaren nach der voraussichtlichen deutschen Haltung in einem etwaigen Konflikt (vgl. 1. Oktober 1876).¹⁹

*MILAN VON
SERBIEN
ERKLÄRT DEM
SULTAN
DEN KRIEG*

*NIKITA VON
MONTENEGRO
FOLGT*

1. Juli 1876

In Bern in der Schweiz stirbt der russische Anarchist Michail Bakunin im Alter von 62 Jahren. Er hat in den vierziger Jahren in Paris mit Marx in Verbindung gestanden, sich aber als konsequenter Anarchist mit diesem überworfen und ist später von Marx und Engels heftig bekämpft worden. Ursprünglich russischer Offizier, wurde er beim Maiaufstand in Dresden 1849 gefangen genommen und ausgeliefert. Aus neunjähriger Gefangenschaft in Rußland, zuletzt Sibirien, ist Bakunin 1860 über Japan und die Vereinigten Staaten nach London geflohen, von dort später in die Schweiz gekommen.²⁰

*TOD BAKUNINS
IN BERN*

2. Juli 1876

Fürst Milan von Serbien überschreitet an der Spitze seines Heeres, in dem zahlreiche russische Freiwillige Dienst genommen haben, die Grenze zur Türkei. Den Oberbefehl hat der russische General Tschernajew. Der türkische Großwesir erklärt auf diese Nachricht hin: „Wir werden Serbien zermalmen!“ Ein britisches Geschwader ankert in der Besika-Bai, nahe den Dardanellen, offensichtlich um im Falle eines russisch-türkischen Krieges die Integrität des Osmanischen Reiches zu schützen. Die Lage ähnelt derjenigen zu Beginn des Krimkrieges (vgl. 21. Mai und 7. Juli 1853).²¹

*MILAN VON
SERBIEN
DRINGT IN DIE
TÜRKEI EIN*

*OBERBEFEHL
TSCHERNAJEW*

15. August 1876

USA
ENTEIGNUNG
DER
BLACK HILLS
VERKEHRUNG
DER TATSACHEN

Der Kongreß der USA beschließt ein Gesetz, das den Indianern ihre Besitzrechte am Powder River-Gebiet und den Black Hills (Südost-Montana, Nordost-Wyoming und South Dakota) endgültig aberkennt. Begründet wird dieses Gesetz mit der Behauptung, die Indianer hätten den Vertrag von 1868 verletzt, indem sie gegen die USA Krieg geführt hätten. (Vgl. hierzu 9. Juni 1870). In Wirklichkeit war es die Regierung der USA, die am 7. Februar 1876 (vgl. dort !) den Krieg gegen die noch frei lebenden Indianer begann. Das neue Gesetz liegt genau auf der Linie der „Endlösung der Indianerfrage“.²²

31. August 1876

KON-
STANTINOPEL
ABSETZUNG
MURADS V.
NEUER SULTAN
ABDUL HAMID

In Konstantinopel muß der geistesschwache Sultan Murad V. (vgl. 4. Juni 1876) nach drei Monate währendender Regierungszeit abgesetzt werden. An seine Stelle tritt sein Bruder *Abdul Hamid II.* Er wird bei der Thronbesteigung als „Reformator des türkischen Reiches“ begrüßt, wird aber dieser Erwartung nicht gerecht werden. Der britische Botschafter in Konstantinopel, Sir Henry Elliot, wird wenig später, im September 1876, eine kurze Waffenruhe auf dem Balkan zustandebringen, die sich aber nicht in einen längerfristigen Waffenstillstand überführen läßt. Die Verhandlungen werden scheitern.²³

16. September 1876

TSCHERNAJEW
PROKLAMIERT
MILAN ZUM
„KÖNIG VON
SERBIEN“

Der russische Befehlshaber des serbischen Heeres, *Tschernajew*, (vgl. 2. Juli 1876), ruft den Fürsten *Milan* zum „König von Serbien“ aus und läßt die Armee dem neuen Souverän den Treueeid schwören. Doch ändert dieser Vorgriff auf eine spätere Entwicklung nichts daran, daß im Augenblick immer noch der Sultan des Osmanischen Reiches der einzige legitime Souverän und Milan nur ein von Rußland geförderter Rebell ist. Erst zwei Jahre später wird der Berliner Kongreß Serbien die Unabhängigkeit geben.²⁴

17. September 1876

USA
RASSENKÄMPFE
IN SOUTH
CAROLINA

In South Carolina/USA brechen schwere Kämpfe zwischen Negern und Weißen aus, nachdem letztere bereits am 9. Juli in der South-Caroliner Stadt „Hamburg“ unter der dort gebildeten Negermiliz ein Blutbad angerichtet haben. Die Civil Rights Bill, die inzwischen Teil der amerikanischen Verfassung wurde (14.

Amendment) und den Negern das Bürgerrecht einräumt, ist, vor allem in den Südstaaten, noch weit von ihrer Verwirklichung entfernt. Auch das Verbot des Ku-Klux-Klan-Ordens durch Präsident Grant am 12. Oktober 1871 hat daran nichts ändern können.²⁵

1. Oktober 1876

Zar Alexander II. läßt über den deutschen Gesandten in Petersburg, Generalleutnant von Werder, aus *Livadia* bei der deutschen Reichsregierung anfragen, wie ihre Haltung im Falle eines Konfliktes mit Österreich sein werde und versichert seinerseits, er werde sich so verhalten, wie er es 1870 getan habe. Diese Anfrage soll die deutsche Reichsregierung zwingen, sich zwischen Österreich und Rußland zu entscheiden. Gerade das aber will Bismarck auf gar keinen Fall, zumal Deutschland an dem russisch-österreichischen Streitobjekt, dem bevorstehenden türkischen Erbe auf dem Balkan, nicht interessiert ist. Er verfolgt vielmehr eine Gleichgewichtspolitik, die auf die eigene Sicherheit und Aufrechterhaltung des Friedenszustandes in Europa ausgerichtet ist (vgl. 14. und 23. Oktober 1876).²⁶

ALEXANDER II.

*ANFRAGE AUS
LIVADIA AN
BERLIN NACH
HALTUNG IM
KRIEGSFALLE*

14. Oktober 1876

Bismarck diktiert seinem Sohn Herbert in Varzin seine Gedanken zur deutschen *Orientpolitik*. Es heißt dort: „Je schwieriger die Situation sich zuspitzt, um so deutlicher müssen wir meines Erachtens uns gegenwärtig halten und in unserer diplomatischen Tätigkeit zum Ausdruck bringen, daß unser Hauptinteresse nicht in dieser oder jener Gestaltung der Verhältnisse des türkischen Reiches liegt, sondern in der Stellung, in welche die uns befreundeten Mächte zu uns und untereinander gebracht werden. Die Frage, ob wir über die orientalischen Wirren mit England, mehr noch mit Österreich, am meisten aber mit Rußland in dauernde Verstimmung geraten, ist für Deutschlands Zukunft unendlich viel wichtiger, als alle Verhältnisse in der Türkei zu ihren Untertanen und zu den europäischen Mächten . . . Ich halte es für nützlich, nicht bloß Rußland an den Tag zu legen, daß die Erinnerung an mehr als hundertjährige freundschaftliche Beziehungen zu Rußland ein stärkeres Gewicht hat, als die Erwägung dessen, was in der Türkei für den Augenblick sachlich das zweckmäßigste sein könnte. Ich will damit nicht sagen, daß dieses Axiom unsere ganze Zukunft beherrschen müsse, ich halte aber durch unsere Interessen für geboten, ihm im Augenblick wenigstens dadurch Ausdruck zu geben, daß wir Rußlands Verlegenheiten nicht erschweren . . .“²⁷

*BISMARCK
ZUR DEUT-
SCHEN ORIENT-
POLITIK*

23. Oktober 1876

BISMARCKS
ANTWORT
NACH
LIVADIA

Der Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt von Bülow leitet dem deutschen Botschafter in Petersburg, von Schleinitz, die Antwort Bismarcks auf die Anfrage aus Livadia (vgl. 1. Oktober 1876) zu. Darin heißt es: „ . . . Ob ein solcher Krieg, namentlich wenn sich Italien und Frankreich an ihm beteiligen, nicht Ergebnisse haben könnte, die uns die Pflicht auferlegten, für unsere eigenen Interessen einzutreten, das läßt sich freilich nicht vorhersagen. Unseren Interessen kann es nicht entsprechen, durch eine Koalition des gesamten übrigen Europa, wenn das Glück den russischen Waffen ungünstig wäre, die Machtstellung Rußlands wesentlich und dauernd geschädigt zu sehen; ebenso tief aber würde es die Interessen Deutschlands berühren, wenn die österreichische Monarchie in ihrem Bestande als europäische Macht oder in ihrer Unabhängigkeit derart gefährdet würde, daß einer der Faktoren, mit denen wir im europäischen Gleichgewicht zu rechnen haben, für die Zukunft auszufallen drohte . . . “²⁸

31. Oktober 1876

TÜRKISCHER
SIEG GEGEN
SERBIEN

SERBISCHE
BITTE UM
VERMITTLUNG
DER MÄCHTE

Nach achttägigen Kämpfen durchbricht der türkische Befehlshaber *Abdul Kerim* im Tal der Morawa die Hauptlinie der serbischen Streitkräfte Deligrad — Djunis — Kruschewatz, läßt die Festung Alexinaz stürmen und kämpft sich damit den Weg nach Belgrad frei. Nunmehr wird „König“ Milan (vgl. 16. September 1876) die europäischen Mächte um Vermittlung einer Waffenruhe bitten. Doch hat die Pforte keinen Anlaß mehr, auf solche Vorschläge einzugehen oder gar einer Garantie der Mächte für die Durchführung von Reformen im europäischen Teil der Türkei ihre Zustimmung zu geben.²⁹

RUSSISCHES
ULTIMATUM
AN TÜRKEI

EUROPÄISCHE
BOTSCHAFTER
NACH LIVADIA

Die russische Regierung stellt der türkischen ein Ultimatum, entweder die Feindseligkeiten auf dem Balkan für die Dauer von zwei Monaten einzustellen oder sich ab sofort auch offiziell mit dem russischen Reich im Kriegszustand zu befinden. Daraufhin werden das Deutsche Reich, Großbritannien und Österreich-Ungarn ihre Botschafter von Konstantinopel nach Livadia auf der Krim entsenden, wo die russischen Beschlüsse gefaßt werden (vgl. 1. und 23. Oktober 1876), um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Sie werden ihn nur aufschieben können. Vgl. weiter 12. Dezember 1876.³⁰

6. Dezember 1876

USA

In den USA tritt eine Wahlkommission zusammen und stimmt über das Ergebnis der Präsidentenwahlen von Anfang Novem-

ber ab. Der Kandidat der Republikaner, Rutherford B. *Hayes*, erhält 185 Stimmen, der Kandidat der Demokraten, Samuel J. *Tilden*, seit zwei Jahren Gouverneur von New York, nur 184. Und das, obgleich eine Volksabstimmung nach dem unentschiedenen Wahlausgang am 7. November eine Mehrheit für Tilden erbracht hat. Der „Wille des Volkes“ ist auch in diesem Falle offensichtlich eine Frage der Auslegung oder der Manipulation. Vgl. auch 26. Februar 1877.³¹

*ABSTIMMUNG
ÜBER WAHL-
ERGEBNIS*

HAYES

TILDEN

12. Dezember 1876

Der britische Sonderbotschafter, Marquis von *Salisbury*, kann in Konstantinopel den neuen Großwesir des Sultans, *Midhat* Pascha, dazu bewegen, in den von Zar Alexander geforderten zweimonatigen Waffenstillstand (vgl. 31. Oktober 1876) einzuwilligen. Noch am selben Tage beginnen die europäischen Botschafter in Konstantinopel ihre „Vorkonferenzen“ ohne Anwesenheit eines türkischen Bevollmächtigten und einigen sich auf eine Reihe von Reformen, die in den türkischen Provinzen Bosnien, Herzegowina und in Bulgarien durchgeführt werden sollen. Eine europäische Sicherheitswache in Stärke von 6000 Mann soll dort die Aufsicht übernehmen. Das ist für die Pforte natürlich unannehmbar. Vgl. weiter 23. Dezember 1876.³²

*WAFFEN-
STILLSTAND
AUF DEM
BALKAN*

*VOR-
KONFERENZEN
IN KONSTAN-
TINOPEL*

23. Dezember 1876

In Konstantinopel verkündet der aus 200 osmanischen Würdenträgern bestehende „Pfortenrat“ unter Salutschüssen eine neue türkische Verfassung und erklärt gleichzeitig, daß nunmehr keiner Provinz ohne Zustimmung der in Kürze einzuberufenden Nationalversammlung eine Sonderstellung eingeräumt werden könne, wie sie in den Reform-Vorschlägen der Botschafter-Vorkonferenzen (vgl. 12. Dezember 1876) für Bosnien, Herzegowina und Bulgarien vorgesehen seien. Damit ist die Botschafterkonferenz in Konstantinopel an dem Tage, an dem sie ihre eigentliche Tätigkeit aufnimmt, bereits gescheitert und Rußland rüstet neuerlich zum Kriege.³³

*NEUE
TÜRKISCHE
VERFASSUNG*

*ABLEHNUNG
DER REFORM-
VORSCHLÄGE*



12. Januar 1877

Bei *Bismarck* in Berlin finden sich Feldmarschall Graf *Moltke* und Feldmarschall Graf *Roos* ein. Es ist das erste Mal nach dem Kriege 1870/71, daß diese drei Männer zusammensitzen, und man erinnert sich an das letzte Zusammensein am 13. Juli 1870, als die Emser Depesche eintraf und von Bismarck gekürzt an die Presse weitergegeben wurde. Anschließend wird über Rußland gesprochen, das sich allseitig zu einem friedlichen Programm verpflichtet habe und davon nur mit Schwierigkeiten loskommen könne. Offensichtlich fallen dann auch bei dieser Gelegenheit jene bezeichnenden Äußerungen, die Moltkes Neffe und Adjutant, Graf Kuno Moltke, später überliefern wird. Bismarck spricht von den großen Erfolgen und wie doch manches besser und leichter gegangen wäre und einen höheren Flug genommen habe, als sie es bei ihrem letzten Beisammensein hier in dem gleichen Zimmer des Reichskanzlerpalais zu hoffen gewagt hätten. „Aber was“, fährt er fort, „bleibt für uns, was wird nach solchen Erfolgen, nach so gewaltigen Ereignissen jetzt uns noch wert erscheinen, es erleben zu dürfen? Was kann uns noch zu einer Lebensfreude gereichen?“ Nach einer Pause sagt Moltke schlicht: „Einen Baum wachsen zu sehen.“¹

BERLIN

TREFFEN
BISMARCK —
MOLTKE —
ROONMOLTKE:
„EINEN BAUM
WACHSEN
SEHEN“

15. Januar 1877

In *Budapest* schließt Rußland einen Vertrag mit Österreich-Ungarn, nachdem es nicht gelungen ist, die deutsche Außenpolitik in eine anti-österreichische Stellung zu drängen (vgl. 1. und 23. Oktober 1876). Für den Fall eines russisch-türkischen Konfliktes verpflichtet sich Österreich-Ungarn zu wohlwollender Neutralität und erhält dafür das Recht, nach einem russischen Siege über die Türkei „den Augenblick für die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch seine Truppen und die Art dieser Besetzung“ zu bestimmen. Außerdem grenzen beide vertragschließenden Mächte die Bereiche ihres militärischen Vorgehens auf dem Balkan ab. Serbien und Montenegro sollen für beide Vertragspartner unberührbar bleiben, außerdem für Österreich-Ungarn Rumänien und Bulgarien, für Rußland Bosnien und die Herzegowina. Kommt es zu einer Auflösung des Osmanischen Reiches, so soll aus dessen europäischem Erbe *kein* in sich geschlossener, großer slawischer oder sonstiger Staat, sondern eine Vielzahl unabhängiger Staaten errichtet werden, wie z. B. Albanien, Bulgarien, das restliche Rumelien u. a.²

BUDAPEST

RUSSISCH-
ÖSTER-
REICHISCHER
VERTRAGINTERESSEN-
GRENZEN
AUF DEM
BALKAN

20. Januar 1877

KONSTANTINOPOL

BOTSCHAFTER-KONFERENZ SCHEITERT

ULTIMATUM ABGELEHNT

In Konstantinopel scheitert die erste einer langen Kette von Botschafter-Konferenzen der bei der Pforte beglaubigten Diplomaten der Großmächte, die eine fortgesetzte Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Osmanischen Reiches darstellen, und deren Vorschläge daher vom Sultan ignoriert oder abgelehnt werden. Den Vorwand zu dieser permanenten Einmischung gibt der Anspruch der Mächte auf Schutz der christlichen Untertanen des Sultans gegen religiöse Verfolgung und die „Sorge“ um außenpolitische Folgen von Unruhen und Aufständen innerhalb des türkischen Hoheitsgebietes. Nunmehr ist mit der ausdrücklichen Ablehnung eines Ultimatums der Botschafterkonferenz durch den Sultan, das u. a. eine Beteiligung der „christlichen Mächte“ bei der Ernennung von Provinzstatthaltern und einen „internationalen Überwachungsausschuß“ fordert, auch der zuvor nochmals zwei Monate verlängerte Waffenstillstand auf dem Balkan (vgl. 31. Oktober und 12. Dezember 1876) nicht länger aufrecht zu erhalten. Salisbury erklärt die Botschafterkonferenz für beendet (vgl. 23. Dezember 1876).³

26. Februar 1877

USA

KUHHANDEL UM DIE PRÄSIDENT- SCHAFT

„NACH- ZÄHLUNG“ DER STIMMEN

HAYES „SIEGT“

Demokraten aus den Südstaaten der USA erscheinen zu einem geheimgehaltenen Treffen mit Republikanern und erklären sich bereit, diese in der immer noch ungeklärten Frage der Präsidentenwahl vom November des Vorjahres (vgl. 6. Dezember 1876) zugunsten von Hayes zu unterstützen. Als Gegenleistung wird vereinbart, daß die Truppen der Union, die vom Sezessionskrieg her immer noch in den Südstaaten stationiert sind, zurückgezogen werden sollen. Bereits tags darauf wird die Wahlkommission prompt erklären, daß die „Nachzählung“ zugunsten von Hayes ausgefallen sei, am 2. März wird der Kongreß die Wahl von Hayes bestätigen, am 5. März wird dieser sein Amt als Nachfolger von Präsident Grant antreten und am 10. April vereinbarungsgemäß den Rückzug der Unionstruppen aus den Südstaaten anordnen.⁴

31. März 1877

LONDONER PROTOKOLL VON DER PFORTE ABGELEHNT

Im *Londoner Protokoll* werden die Vorschläge der Botschafterkonferenz in Konstantinopel (vgl. 20. Januar 1877) nochmals nach einem russischen Entwurf, dem Großbritannien zustimmt, niedergelegt und in dieser neuen Form abermals der Regierung des Osmanischen Reiches übermittelt. Es werden darin Reformen nahegelegt, die angeblich die Selbstständigkeitsbestrebungen in den europäischen Außenbezirken des Osmanischen Reiches be-

schwichtigen sollen, tatsächlich aber nur geeignet sind, diese Bestrebungen zu fördern. Die Pforte wird daher das Londoner Protokoll im Vertrauen auf britische Hilfe ablehnen, was wiederum Zar Alexander II. veranlassen wird zu intervenieren (vgl. 24. April 1877).⁵

10. April 1877

In Konstantinopel teilt *Savfet* Pascha den Vertretern der europäischen Großmächte mit, die türkische Regierung könne das Londoner Protokoll vom 31. März (vgl. dort), an dessen Zustandekommen sie nicht beteiligt gewesen sei, nicht annehmen, da es ihre Würde beeinträchtige. Sie sei zum Friedensschluß mit Montenegro und zur Ausführung der bekannten Reformen im ganzen Osmanischen Reiche bereit. Auch die Abrüstung sei ihr erwünscht, sofern auch Rußland sich derselben Maßnahme unterzöge. Eine Überwachung der türkischen Abrüstung durch Botschafter und Konsuln dagegen sei vertragswidrig und daher unannehmbar. Am selben Tage lehnt das türkische Abgeordnetenhaus eine Gebietsabtretung an Montenegro grundsätzlich ab. Die türkische Regierung rechnet offensichtlich mit der unmittelbar bevorstehenden Eröffnung der Feindseligkeiten von seiten Rußlands, hofft aber auf britische Unterstützung. Kaiser *Wilhelm I.* wird vier Tage darauf notieren: „Das türkische Zirkular macht den Eindruck, als wenn ein zivilisierter Staat, *unschuldig* angeklagt, sich verteidigt. Man könnte somit vergessen, daß die *unzivilisierte* Türkei durch ihre Jahrhundertelange *Unterdrückung* ihrer christlichen Untertanen diese zum *Aufstande* gezwungen hatte. Die 6 Großmächte erkannten diesen *Aufstand* an, *intervenierten* 1 1/2 Jahr zu Gunsten der Christen, werden in allen Punkten von der Türkei zurückgewiesen, und — Europa schweigt. *Da muß sich die Türkei in ihrem Rechte fühlen !!!*

Wilhelm 14. 4. 77“⁶

24. April 1877

Zar Alexander II. von Rußland tritt auf der Seite Serbiens in den serbisch-türkischen Krieg ein, nachdem die Pforte das Londoner Protokoll vom 31. März 1877 (vgl. dort) im Vertrauen auf britische Hilfe abgelehnt hat. Der Zar erklärt, er handle als „Mandatar Europas“ und beabsichtige, den „unerträglichen Zuständen ein Ende zu machen“. Daß die inneren Verhältnisse im Osmanischen Reich auch für die Untertanen des Sultans „unerträglich“ sind und nicht nur für außenstehende Beobachter, glaubt man aus den sich wiederholenden Unruhen und Erhebungen gegen die türkische Oberherrschaft in den europäischen Besitzungen des Sultans schließen zu dürfen. Vor allem aber er-

STELLUNG-
NAHME DER
PFORTE

WIE ES KAISER
WILHELM I.
SIEHT

KRIEG
RUSSLANDS
GEGEN DIE
TÜRKEI

BEGRÜNDUNG

scheint es dem Zaren unerträglich, daß dort zahlreiche Christen unter einer strenggläubig mohammedanischen Regierung zu leben gezwungen sind. Seinen Beratern dürfte es bei der militärischen Hilfe für Serbien auch um panslawistische Ziele gehen, und hinter allem steht das alte russische Streben nach freier Durchfahrt durch die Dardanellen.⁷

1. Mai 1877

WILHELM I.
IN ELSASS-
LOTHRINGEN

GESPRÄCH
MIT
GONTAUT-BIRON

KRITIK AN DER
BRITISCHEN
HALTUNG

Kaiser *Wilhelm I.* besucht in Begleitung des Kronprinzen und des Chefs des Generalstabes, des Grafen *von Moltke*, die Reichslande Elsaß-Lothringen. Er wird sich insbesondere in Straßburg und Metz aufhalten. Dorthin wird ihm der französische Außenminister, der Herzog *Decazes*, den nachmaligen französischen Botschafter in Berlin, den *Vicomte de Gontaut-Biron*, entgegen-senden, um den Kaiser an der Grenze zu begrüßen und ausdrücklich der friedlichen Absichten der französischen Regierung zu versichern. Bei diesem Gespräch wird sich der Kaiser kritisch über die britische Haltung im russisch-türkischen Konflikt äußern (vgl. 6. Mai 1877). Der *Vicomte de Gontaut* oder der Herzog *Decazes* werden diese Äußerung *Wilhelms I.* entstellt weiterverbreiten, um in Großbritannien und auch in Österreich Mißtrauen zu erwecken. Vgl. 15. Mai 1877.⁸

6. Mai 1877

BRITISCHE
ANTWORT
AUF RUSSISCHE
KRIEGS-
BEGRÜNDUNG

KRITIK
WILHELMS I.

Die britische Regierung antwortet auf die russische Zirkular-Depesche, mit welcher der Zar seinen Kriegseintritt gegen die Türkei begründet (vgl. 24. April 1877) mit der Erklärung, sie werde zwar ihre Neutralität fortsetzen, solange es sich lediglich um türkische Interessen handle, doch könnten in dem russisch-türkischen Kriege auch Interessen in Gefahr geraten, die England zu verteidigen ebenso verpflichtet wie entschlossen sei. Damit sind insbesondere die Dardanellen gemeint. Kaiser *Wilhelm I.* wird wenige Tage später gegenüber dem französischen *Vicomte de Gontaut-Biron* (vgl. 1. Mai 1877) eine kritische Anmerkung zu dieser britischen Antwort machen. Vgl. weiter 15. Mai 1877.⁹

12. Mai 1877

TRANSVAAL
VON GROSS-
BRITANNIEN
ANNEKTIERT

In Südafrika annektiert Großbritannien den Burenstaat Transvaal, der sich alleine nicht gegen die Zulus unter ihrem König *Cetewayo* zu behaupten vermag und auch im Inneren wenig gefestigt ist. Die Annexion erfolgt unter der Zusage, die Unabhängigkeit Transvaals wieder herzustellen, sobald *Cetewayo* endgültig geschlagen ist. Diese Zusage wird Großbritannien nach

dem 4. Juli 1879 (vgl. dort) nicht einhalten und damit den Burenaufstand von 1880 auslösen, der Transvaal vorübergehend wieder zur Unabhängigkeit verhelfen wird. Vgl. 27. Februar 1881, 3. August 1881.¹⁰

15. Mai 1877

Der Sohn des deutschen Reichskanzlers, Graf Herbert von Bismarck, schreibt von Friedrichsruh aus an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow mit Bezug auf die Meldungen aus London über das Gespräch Kaiser Wilhelms I. mit dem Vicomte de Gontaut-Biron (vgl. 1. und 6. Mai 1877): „... bittet der Reichskanzler Eure Exzellenz, Seiner Majestät in ehrerbietiger Form vorstellen zu wollen, daß es ihm [dem Reichskanzler] unmöglich wäre, die Verantwortung für eine Politik zu tragen, die nicht die seine wäre und auf deren Gang er keinen Einfluß auszuüben vermöchte. Wenn die auswärtige Politik so rein persönlich betrieben würde, so könnte er sich nicht mehr dabei beteiligen. Bei solchem Geschäftsbetrieb fiele seine Gesundheit den dabei unvermeidlichen Sorgen ganz zum Opfer, und es bliebe ihm nichts übrig als sein Abschiedsgesuch zu erneuern.“ (Der Kanzler steht zu dieser Zeit im 62., der Kaiser im 80. Lebensjahr.) Tags darauf wird von Bülow dem greisen Monarchen mündlichen Vortrag halten und wieder einen Tag später dem Kanzler darüber berichten: „Nachdem . . . ich aber eindringlicher darauf zurückkam, wurde das Gespräch lebhafter — d. h. von seiten seiner Majestät — als mir in der Praxis vorgekommen. Namentlich meine Bemerkungen über die Notwendigkeit, Zeugen beizubringen und in Briefen, Telegrammen und politischen Äußerungen dem verantwortlichen Ratgeber nicht vorzugreifen, riefen sehr lebhaftere Verwahrungen hervor. Briefe schreibe er nie ohne Euer Durchlaucht [Bismarcks] Wissen — aber den mündlichen Verkehr mit Fremden könne sich kein Monarch einschränken lassen a): Eure Durchlaucht wüßten auch sehr gut, daß er [der Kaiser] in diesem Verkehr immer vorsichtig, und daß er jedenfalls sein langes Leben treu und zuverlässig gewesen b). Was die Sache selbst anging, so war es ganz unmöglich, Seine Majestät zu überzeugen, daß ein gewisser Tadel der englischen Haltung nicht berechtigt sei c) . . .“

Bismarcks Randbemerkungen zu diesem Bericht Bülows sind: a) „doch, durch die Staats-Raison“; b) „früher, ja“; c) „und wenn er es wäre, sind wir berufen? Ist er für Deutschland förderlich?“ — (Doch ist dieser Kummer Bismarcks mit seinem Kaiser ein Nichts gegenüber dem, was er mit Wilhelm II. erleben wird.)¹¹

VERBITTERUNG
BISMARCKS
ÜBER EIGEN-
MÄCHTIGE
AUSSEN-
POLITIK
WILHELMS I.

REAKTION
DES KAISERS

BISMARCKS
RAND-
BEMERKUNGEN
DAZU

16. Mai 1877

FRANKREICH

REGIERUNGS-
WECHSEL

DE BROGLIE

In Frankreich nötigt der Staatspräsident Marschall *Mac Mahon* durch brüskes Vorgehen die Regierung des Ministerpräsidenten *Jules Simon* zum Rücktritt. Zwei Tage später wird ein neues Kabinett unter dem Herzog *de Broglie* gebildet und beide Kammern auf einen Monat vertagt werden. Man faßt das Vorgehen *Mac Mahons* als einen „Staatsstreich“ auf und führt es auf die Ermutigung zurück, die der *Vicomte de Gontaut-Biron* aus Metz heimgebracht habe. Doch hat sich der deutsche Kaiser dort (vgl. 1. und 15. Mai 1877) nicht über die inneren Verhältnisse Frankreichs geäußert.¹²

22. Mai 1877

RUMÄNIEN

FÜRST CAROL
ERKLÄRT
UNABHÄNGIG-
KEIT

In Rumänien erklärt Fürst *Carol* (vgl. 22. Mai 1866) im Einverständnis mit der Nationalversammlung genau elf Jahre nach seiner Thronbesteigung sich und sein Land für *unabhängig*. Zwei Monate später wird er an der Spitze der rumänischen Streitkräfte den Russen im Kampf gegen seinen bisherigen Lehnsherren, den Sultan, nach Bulgarien zu Hilfe eilen, obgleich diese ein von Rumänien angebotenes Militärbündnis zunächst höhnisch zurückgewiesen haben, bis *Osman Nuri Pascha* ihre Angriffe auf *Plewna* (am 27. Juli 1877) blutig zurückschlägt. Im Juli 1878 wird der Berliner Kongreß die Unabhängigkeit Rumäniens anerkennen.¹³

15. Juni 1877

BISMARCK
GEDANKEN
ZUR
AUSSENPOLITIK

In Bad Kissingen diktiert *Bismarck* seine Gedanken zur Außenpolitik, wie sie seinen Entscheidungen bis zum Jahre 1890 zu Grunde liegen werden. Es heißt dort u. a.: „... ich halte es in unserem Interesse und für unsere Zukunft [für] eine nützliche Gestaltung, einen *Ausgleich zwischen England und Rußland zu fördern*, der ähnliche gute Beziehungen zwischen beiden, wie im Beginn dieses Jahrhunderts, und demnächst Freundschaft beider mit uns in Aussicht stellt. Ein solches Ziel bleibt vielleicht unerreicht, aber wissen kann man das auch nicht ... ich hätte *le cauchemar des coalitions*“; diese Art Alb wird für einen deutschen Minister noch lange, und vielleicht immer ein sehr berechtigter bleiben. Koalitionen gegen uns können auf westmächtllicher Basis mit Zutritt Österreichs sich bilden, gefährlicher vielleicht noch auf russisch-österreichisch-französischer; eine große Intimität zwischen zweien der 3 letztgenannten Mächte würde der dritten unter ihnen jederzeit das Mittel zu einem sehr empfindlichen Drucke auf uns bieten. In der Sorge vor diesen Eventualitäten, nicht sofort, aber im Laufe der Jahre, würde ich als

wünschenswerte Ergebnisse der orientalischen Krisis für uns ansehen: 1. Gravitierung der russischen und der österreichischen Interessen und gegenseitigen Rivalitäten nach Osten hin, 2. der Anlaß für Rußland, eine starke Defensivstellung im Orient und an seinen Küsten zu nehmen, und unseres Bündnisses zu bedürfen, 3. für England und Rußland ein befriedigender status quo, der ihnen dasselbe Interesse an Erhaltung des Bestehenden gibt, welches wir haben, 4. Loslösung Englands von dem uns feindlich bleibenden Frankreich wegen Ägyptens und des Mittelmeeres, 5. Beziehungen zwischen Rußland und Österreich, welche es beiden schwierig machen, die antideutsche Konspiration gegen uns gemeinsam herzustellen, zu welcher zentralistische oder klerikale Elemente in Österreich etwa geneigt sein möchten . . .

Wenn ich arbeitsfähig wäre, könnte ich das Bild vervollständigen und feiner ausarbeiten, welches mir vorschwebt: *nicht das irgendeines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen* und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.“¹⁴

21. Juli 1877

In den USA geht Militär gegen die Eisenbahnarbeiter vor, die bereits seit dem 14. Juli durch ihren Generalstreik den Eisenbahnverkehr im gesamten Bundesgebiet zum Erliegen bringen. Tags zuvor hat dieser Streik die Form eines allgemeinen Aufruhrs angenommen, der von den Camps der Streckenarbeiter seinen Ausgang nahm. Der Mißbrauch der Bahnlinien als Spekulationsobjekt der Hochfinanz (vgl. 10. Mai 1869) hat zu Lohnkürzungen geführt. Binnen einer Woche wird die Armee den Streik niedergeworfen haben. Der Kurs der Bahnaktien wird wieder steigen.¹⁵

USA

EISENBAHNER-
STREIK
MILITÄRISCH
NIEDER-
GEWORFEN

30. Juli 1877

Der russische General Krüdener versucht vergeblich, die türkischen Streitkräfte unter Osman Nuri Pascha aus ihren befestigten Stellungen um Plewna in Bulgarien zu werfen und sich der Stadt zu bemächtigen. Nachdem er ein Sechstel seiner Truppen, etwa 8000 Tote und Verwundete, auf dem Schlachtfeld verloren hat, muß er sich zurückziehen. Der russische Oberkommandierende, Großfürst Nikolaus, wird tags darauf sein Hauptquartier nach Gornji-Studen, wo am 13. August auch Zar Alexander II. eintreffen wird und dem Kampf um Plewna durch seine Gegenwart besondere Bedeutung verleiht, verleihen.¹⁶

PLEWNA

RUSSISCHER
RÜCKZUG
VERLEGUNG
DES HAUPT-
QUARTIERS

ZAR
ALEXANDER
ANWESEND

5. September 1877

USA
TASHUNKA
WITKO
ERMORDET

GENERAL
CROOK

„BEGRABT
MEIN HERZ . . .“

Tashunka Witko (Crazy Horse), der Siouxhäuptling, der US-Streitkräfte am Rosebud River und am Little Bighorn geschlagen hat (vgl. 17. und 25. Juni 1876), wird im Fort Robinson (Nordwest-Nebraska), in dem sich General Crook aufhält, auf Befehl ermordet. Crook hat ihn durch das Versprechen einer eigenen Reservation am Powder River anlocken lassen. Da seine seit dem Sommer 1876 flüchtenden Sioux am Verhungern sind, ist er gekommen und Crook hat ihn verhaften lassen. Seine Leiche wird seinen Eltern übergeben werden, die sein Herz aufbewahren und am Chankpe Opi Wakpala (Wounded Knee), „an der Biegung des Flusses“ (South Dakota) begraben werden. Gleichzeitig wird die Sioux-Reservation in Nebraska geräumt und in einem von Militär bewachten Elendszug nordostwärts in ein unfruchtbares Gebiet am Missouri verlegt werden.¹⁷

noch September 1877

ARMENIEN
RUSSISCHER
RÜCKZUG

In Armenien gelingt es den türkischen Truppen, die Städte Kars und Batum erfolgreich gegen die russischen Angriffe zu verteidigen. Der russische General *Tergukassow* muß sogar das bereits genommene Bajasid wieder räumen. Ein Aufstand der mohammedanischen Stämme in Abchasien und Daghestan zwingt ihn, seine Truppen zur russischen Grenze zurückzuführen und Verstärkungen abzuwarten. Aber Mitte Oktober wird er seine kaukasische Armee wieder nach Armenien hineinführen. Vgl. 15. Oktober 1877.¹⁸

15. Oktober 1877

ERZERUM
ARMEE
MUKHTARS
VERNICHTET

STURM
AUF KARS

Vor der Stadt Erzerum in Armenien vernichtet die russische Kaukasusarmee unter General *Tergukassow* (vgl.: noch September 1877) nahezu die gesamte Armee Mukhtars. Einen Monat später, am 17. und 18. November, wird sie die Festung Kars erstürmen und 17 000 Mann, darunter 2 Paschas und 800 Offiziere, gefangen nehmen. Der russische Statthalter von Tiflis, Großfürst Michael, wird seinen Einzug in Kars halten, das ebenso wie Batum durch den Berliner Kongreß 1878 endgültig Rußland zugesprochen werden wird.¹⁹

17. Oktober 1877

USA
TRUSTBILDUNG
MONOPOL-
WIRTSCHAFT

In den USA erlangt die Pennsylvania Railroad Company durch einen Vertrag mit Rockefellers Standard Oil Company nahezu ein Monopol für den Transport von Erdöl. Derartige Verträge fördern die Vertrustung des amerikanischen Wirtschaftslebens und bringen es in zunehmende Abhängigkeit von einigen we-

nigen beherrschenden Großbanken. Diese sind an der Produktion nur noch insoweit interessiert, wie sie Produktionsstätten und Erzeugnisse der Produktion als Spekulationsobjekt mißbrauchen können. Die Wirtschaft pervertiert.²⁰

*INDUSTRIE ALS
SPEKULATIONS-
OBJEKT*

31. Oktober 1877

Im Kampf um Plewna vertreibt der russische General *Gurko* bei Gornji Dubnik die türkische Armee Suleiman Paschas, die bis dahin zwischen Plewna und Sofia die Verbindung aufrecht erhalten hat, aus ihren Stellungen. Damit ist Plewna vollständig abgeschnitten. Zuvor hat General Totleben im russischen Generalstab durchgesetzt, daß der Kampf um Plewna nicht länger als Angriffskrieg, sondern als Belagerungskrieg weitergeführt wird. Neun Tage später wird General Skobelew im Süden der Stadt den „Grünen Hügel“ besetzen und den Belagerungsring damit enger ziehen. Vgl. 10. Dezember 1877.²¹

*RUSSISCHER
SIEG
BEI PLEWNA*

November 1877

In Moskau endet der mehrjährige Prozeß gegen die Mörder des Studenten *Iwanow* (vgl. 21. November 1869) und ihre revolutionären Hintermänner mit einer Reihe von Todes-, Zwangsarbeits- und Verbannungsurteilen. Aber die Verurteilten werden durch die agitatorische Redekunst ihrer Verteidiger vor Gericht „mit der Aureole der Märtyrerschaft“ umgeben. Eine breite Schicht von Intellektuellen und Halbgebildeten sympathisiert mit ihnen, fasziniert durch die anarchistisch-nihilistische Atmosphäre, die der Geheimbund um sich verbreitet, vor hundert Jahren in Rußland nicht anders als heute bei uns. Die „Lust am Untergang“ ist ein untrügliches Zeichen der Degeneration.²²

*MOSKAU
PROZESS
GEGEN IWANOW-
MÖRDER
SYMPATHIE
MIT DEN
TÄTERN
„LUST AM
UNTERGANG“*

10. Dezember 1877

Im russisch-türkischen Krieg (vgl. 24. April 1877) wird die Festung Plewna (Pleven in Nordbulgarien) von russischen Streitkräften genommen. Auch der von den Türken monatelang zäh umkämpfte Schipka-Paß mußte endgültig aufgegeben werden. Obgleich damit am Ausgang des Kampfes kein Zweifel mehr möglich ist, geben die Türken noch nicht auf und verteidigen sich noch den Januar und Februar 1878 hindurch vor den Toren von Konstantinopel, nachdem am 20. Januar Adrianopel zum zweiten Mal von den Russen erobert sein wird. Vgl. auch 3. März 1878.²³

*PLEWNA
KAPITULIERT
SCHIPKA-PASS
IN RUSSISCHER
HAND*

noch 1877 (ohne nähere Datierung)

JAPAN
ANHÄNGER
DES
SHOGUNATS
ENDGÜLTIG
GESCHLAGEN

In Japan schlagen kaiserliche Truppen eine letzte Erhebung der Anhänger des Shogunats (vgl. 4. Januar 1868), der Dynastie Tokugawa, und des mittelalterlichen Feudalsystems nieder und beenden damit den seit dem Regierungsantritt des Kaisers *Mutsuhito* schwelenden „südwestlichen Bürgerkrieg“. Nunmehr ist der Weg frei für die Durchführung des kaiserlichen Reformprogramms mit dem konsequent verfolgten Ziel, Japan den ihm zukommenden Platz unter den Großmächten zu erringen, nicht zuletzt auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

NEAPEL
IMBRIANI
GRÜNDET
„ITALIA
IRREDENTA“

In Neapel gründet der Republikaner M. R. *Imbriani* eine Vereinigung „Italia irredenta“ (Unerlöstes Italien), die im Widerspruch zur offiziellen italienischen Außenpolitik im Sinne Mazzinis (vgl. 25. August 1866) für den Anschluß Südtirols, Istriens und Triests an Italien agitiert. Sie wird sich, auch von Garibaldi unterstützt, rasch ausbreiten und in allen größeren Städten des Königreiches Zweigkomitees errichten, auch zu oppositionellen Kreisen, meist republikanischer Richtung, in den Irredentagebieten Verbindungen pflegen.

9. Januar 1878

Nach kurzer schwerer Krankheit stirbt in Rom König Victor Emanuel, der „re galantuomo“, Schöpfer und Vollender des einheitlichen Königreichs Italien. Sein Leichenbegängnis acht Tage darauf wird sich zu einer nationalen Trauerfeier gestalten, an der fast die gesamte Bevölkerung lebhaften Anteil nimmt. Dem Verstorbenen folgt sein Sohn als König Humbert I. auf den Thron. Er wird den ständigen Streit der Parteien, der das junge Staatswesen nicht zur Ruhe kommen läßt und die kennzeichnenden häufigen Regierungswechsel zur Folge hat, nicht überbrücken können.¹

ROM

TOD KÖNIG
VICTOR
EMANUELS

13. Januar 1878

Der britische Botschafter in Konstantinopel, *Layard*, erhält von seiner Regierung Anweisung, er möge der Pforte raten, mit Rußland Frieden zu schließen, so gut sie es könne. Großbritannien behalte sich für später vor, seine Interessen zu wahren. Zuvor hat Layard wochenlang der türkischen Regierung vorgespiegelt, Großbritannien werde es als eine Beleidigung ansehen, daß Rußland nicht eine einfache Waffenruhe, sondern den Waffenstillstand mit Friedenspräliminarien verlange. Die Türkei hat im Vertrauen auf diese Zusicherung Layards — sehr zu ihrem Schaden — den Beginn der Verhandlungen mit dem russischen Sieger von Tag zu Tag hinausgeschoben. Nun heißt es plötzlich, sie möge Frieden machen, so gut sie könne.²

GROSS-
BRITANNIEN
ÜBERLÄSST
DIE TÜRKEI
IHREM
SCHICKSAL

15. Januar 1878

Der österreichisch-ungarische Außenminister, Graf *Andrássy*, setzt dem russischen Reichskanzler, dem Fürsten *Gortschakow*, auseinander, daß durch russisch-türkische Präliminarien (Vorfriedensverhandlungen) einer möglichen Einflußnahme Österreich-Ungarns auf den endgültigen Friedensvertrag vorgegriffen und dieses damit aus dem Spiel gebracht würde. Er beschwört den Fürsten, keine vollendeten Tatsachen zu schaffen, deren Auswirkungen man nicht stillschweigend hinnehmen könne. *Gortschakow* wird zwei Tage später dem österreichischen Botschafter in Petersburg, dem Baron *Langenau*, versichern, die Präliminarien würden nur allgemein grundsätzlicher Natur sein. Dasselbe wird auch der russische Botschafter in Wien, *von Nowikow* versichern. Tatsächlich aber wird eine Woche darauf die Pforte unter der Drohung des russischen Einmarsches in Konstantinopel

ÖSTERREICH

ANDRASSY
AN
GORTSCHAKOW

WARNUNG VOR
PRÄLIMINAR-
FRIEDEN
RUSSLAND-
TÜRKEI

sich in Kasanlik, im Hauptquartier des Großfürsten Nikolaus, auf Präliminarien einlassen, in denen bereits alle konkreten Friedensbedingungen wie z. B. die Vergrößerung Bulgariens, die Abtretung der Dobrudscha usw. vorweggenommen werden. Vgl. 28. Januar 1878.³

20. Januar 1878

BISMARCK
LEHNT
VERMITTLUNG
AB

Fürst *Bismarck* läßt das deutsche Auswärtige Amt dahingehend instruieren, den Wunsch des türkischen Botschafters in Berlin, *Sadullah-Bey*, abschlägig zu bescheiden, die deutsche Reichsregierung möge sich beim Zaren *Alexander* für gemäßigte Friedensbedingungen verwenden. Der Reichskanzler sieht in einem solchen Schritt bereits ein Heraustreten aus der strikten Neutralität, das mit Sicherheit eine Verstimmung des russischen Nachbarn zur Folge haben würde. Allerdings wird diese Verstimmung, wie sich im darauffolgenden Jahr zeigen wird, ohnehin nicht zu umgehen sein.⁴

28. Januar 1878

ANDRASSY
FORDERT
KONFERENZ

Nach dem Bekanntwerden der russisch-türkischen Präliminarien von Kasanlik (vgl. 15. Januar 1878) wird der österreichisch-ungarische Außenminister *Andrássy* in Petersburg vorstellig, verlangt eine europäische Konferenz und läßt gleichzeitig in Berlin erklären: „... , daß die Türkei [zwar] auf ihre eigenen Rechte verzichten konnte, wir daher die Gültigkeit der Abmachungen [von Kasanlik] für die Pforte nicht in Frage stellen, daß aber europäische Verträge durch einzelne Mächte nicht gelöst werden können, und daß wir die der Pforte aufgezwungenen Konditionen [Bedingungen], sofern sie unsere Interessen als Nachbarstaat und unser Recht als Signatarmacht berühren, als für uns nichtig betrachten, bis wir in der Lage gewesen sind, unser gleichberechtigtes Votum bei Neukreierung der Zustände geltend zu machen . . . Indem wir diese Erklärung abgeben, sehen wir zur Lösung nur die Alternative: Konflikt mit Rußland oder Konferenz. Die russischen Präliminarien [mit der Türkei] lassen uns als übergangen und düpiert erscheinen. Die Konferenz ist notwendig, um die Schädigung unseres Ansehens vor der öffentlichen Meinung zu sanieren . . . Wir werden daher die Aufforderung zu einer Konferenz an die Mächte, in erster Linie an Rußland richten. Was den Ort betrifft, so kenne ich nur zwei Städte, wo dieselbe tagen könnte: Berlin und Wien. Gegen Berlin spricht der Umstand, daß Deutschland daselbst sehr prononciert [betont] gegen die russischen Ansprüche auftreten müßte, um nicht vor der öffentlichen Meinung wenigstens von Öster-

reich-Ungarn und möglicherweise von England den Schein zu haben, als hätte die deutsche Regierung die Rolle übernommen, durch die Einsetzung ihres ganzen Ansehens die Punkte von Kasanlik durchzuführen. In Wien brauchte die Haltung Deutschlands weniger hervorzutreten, weil die Tatsache, daß die Konferenz hier stattfände, als Rücksicht auf unsere Wünsche gedeutet würde. Fürst Bismarck kennt meine Repugnanz [Widerwillen] gegen eine Konferenzarbeit; er wird überzeugt sein, daß mich nur die Überzeugung leitet, daß dies der einzige Weg ist, um einen Konflikt zu vermeiden und die Würde und Interessen der Monarchie zu wahren . . .“ Aber bereits tags darauf wird Fürst Bismarck seiner deutlichen Abneigung gegen diesen Konferenzplan Andrässys Ausdruck verleihen. In einem Handschreiben seines Sohnes Herbert an von Bülow im Auswärtigen Amt heißt es: „ . . . bemerkte der Reichskanzler noch, er wäre sehr in Sorge über den Konferenzvorschlag des Grafen Andrassy: er hielte diese Maßregel für ungeschickt und unpraktisch und fürchte, daß, wenn die ganze Welt das erst fände, Graf Andrassy darüber zu Fall kommen könne. Den Russen würde dieser österreichische ‚Schlag ins Wasser‘ wahrscheinlich ganz willkommen sein, weil sie nun von Neuem mit der Antwort Zeit gewinnen könnten, daß sie auf die Konferenz gern eingehen würden, sobald die anderen Mächte gefragt wären und sich darüber geäußert hätten, ob sie ihrerseits geneigt wären, eine Konferenz zu beschicken . . .!“ Tatsächlich befürchtet Fürst Bismarck vorausschauend, daß eine solche Konferenz das Drei-Kaiser-Bündnis erschüttern und zu einer bleibenden Verstimmung Rußlands auch gegenüber Deutschland führen wird.⁵

30. Januar 1878

Fürst *Bismarck* schreibt an Staatssekretär *von Bülow* im Auswärtigen Amt: „ . . . Daß die Konferenz, wenn sie zustande kommt, in Wien gehalten werde, scheint mir unabweislich. Österreich wird versöhnlicher sein, wenn es diesen Ehrenpunkt durchsetzt, und das ist wohl der Grund, warum man in London vielleicht Berlin vorzieht. Wir sollten uns mit dieser Aufgabe nicht belasten . . .“ Tags darauf wird in Petersburg Fürst Gortschakow dem deutschen Botschafter von Schweinitz sagen: „Wird Wien oder London gewählt, so nehmen wir nicht teil; gegen Berlin hätte ich garnichts einzuwenden.“⁶

Der britische Außenminister Lord *Derby* übergibt dem russischen Botschafter, dem Grafen *Schuwalow*, ein Memorandum des Inhalts, Großbritannien könne die Besetzung Konstantinopels durch russische Truppen nicht zugeben. Falls das dennoch

*BISMARCK
GEGEN DEN
KONFERENZ-
PLAN*

*SORGE UM
DAS DREI-
KAISER-
BÜNDNIS*

*BISMARCK
FÜR WIEN
ALS
KONFERENZ-
ORT,
GORTSCHAKOW
FÜR BERLIN*

*BRITISCHES
MEMORANDUM
AN RUSSLAND
GEGEN BESET-*

ZUNG
KONSTAN-
TINOPELS

geschähe, sehe sich die britische Regierung zu ihrem Bedauern gezwungen, energische Maßnahmen zum Schutze ihrer bedrohten Interessen zu ergreifen. Dies ist bereits das zweite britische Memorandum in dieser Sache. Doch hat inzwischen die russische Drohung mit dem Einmarsch schon ihre Wirkung getan (vgl. 15. Januar 1878).⁷

5. Februar 1878

PETERSBURG

Der Petersburger Stadthauptmann General *Trepow*, der als besonders einflußreich gilt, wird von der Anarchistin *Vera Sassulitsch* durch einen Revolverschuß schwer verwundet. In dem anschließenden Prozeß gegen die Täterin erkennen die Geschworenen auf Freispruch, und dieses Urteil wird in der russischen Öffentlichkeit bis in die höchsten Gesellschaftsschichten freudigen Beifall finden. Die Anarchistin wird zur gefeierten Heldin des Tages werden. So zeigt sich bereits vier Jahrzehnte vor dem schaurigen Ende des letzten Zaren die allgemeine Auflösung weit fortgeschritten. Vgl. auch 16. August 1878.⁸

ATTENTAT
AUF TREPOW

FREISPRUCH
FÜR DIE
TÄTERIN
SASSULITSCH

7. Februar 1878

VATIKAN
TOD PAPST
PIUS' IX.

Im Vatikan in Rom stirbt Papst Pius IX. (Giovanni Mastai-Feretti). Er begann seine Amtszeit 1846 mit einer Reihe weitgehender liberaler Reformen und Zugeständnisse, wandelte sich aber unter dem Eindruck der Entwicklung von 1848 bis 1870, der republikanischen Wirren in Rom und der Einigung Italiens auf Kosten des Kirchenstaates und der kirchlichen Autorität zum unversöhnlichen Gegner des Liberalismus und übersteigerte diese Haltung in dem Augenblick, in dem er Rom endgültig verlor, zum Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit *ex cathedra*. Sein Nachfolger wird Papst Leo XIII.⁹

NACHFOLGER
LEO XIII.

10. Februar 1878

KUBA

SPANIEN

ABKOMMEN
VON ZANJON

Der große, seit zehn Jahren immer von neuem aufflammende Aufstand auf der Insel *Kuba* gegen die spanische Herrschaft, insbesondere gegen eine zu hohe und ungerechte Besteuerung, wird durch das *Abkommen von Zanjón* beendet. Darin wird Kuba die gleiche Provinzial- und Kommunalverfassung zuerkannt, wie sie im spanischen Mutterlande eingeführt ist. Auch wird die Insel vom Jahre 1881 an im spanischen Parlament, den Cortes, vertreten sein. Doch wird mit alledem die spanische Herrschaft auf Kuba nur noch um zwei Jahrzehnte zu verlängern sein (vgl. 10. Dezember 1898).

3. März 1878

FRIEDEN VON
SAN STEFANO

In *San Stefano*, unmittelbar vor Konstantinopel, diktieren die Russen dem Osmanischen Reich einen Frieden, dessen Bestim-

mungen wesentlich härter sind, als mit Österreich (vgl. 15. Januar 1877) vereinbart wurde: Serbien, Montenegro und Rumänien einschließlich Dobrudscha werden selbständige Staaten. Bulgarien einschließlich Ostrumelien und Mazedonien bis ans Ägäische Meer soll ein autonomes Fürstentum werden, dem Sultan tributpflichtig aber zwei Jahre lang von den Russen besetzt bleiben. Der Fürst soll gewählt werden, darf kein Mitglied der in den europäischen Großmächten herrschenden Dynastien sein und seine Wahl muß von der Pforte bestätigt, von den Großmächten genehmigt werden. Die türkischen Donaueinfestigungen sollen geschleift werden, auf dem Flusse selbst sollen keine Kriegsschiffe mehr, nur noch Flußpolizeiboote zugelassen sein. Das Osmanische Reich hat 1400 Millionen Rubel Kriegsentschädigung an Rußland zu zahlen, die auch durch Gebietsabtretungen abgegolten werden können (Sandschak von Toultscha, Ardahan, Kars, Batum, Bayazet). Die russische Botschaft in Konstantinopel und die russischen Konsulate in der Türkei besitzen das offizielle Schutzrecht über die russisch-orthodoxen Mönche im Osmanischen Reich und auf dem Berge Athos. Bosphorus und Dardanellen bleiben auch, wenn sich die Türkei im Kriege befindet, für die Handelsschiffe neutraler Staaten geöffnet. — Großbritannien und Österreich werden gemeinsam gegen die Bestimmungen dieses Friedensvertrages Widerspruch einlegen. Beide wollen kein großbulgarisches Reich unter russischem Protektorat vom Ägäischen bis zum Schwarzen Meer. Das ist die Situation, die zum Berliner Kongreß führt (vgl. 13. Juli 1878).¹⁰

ÜBERTRIEBENE
RUSSISCHE
BEDINGUNGEN

BRITISCHER
UND ÖSTER-
REICHISCHER
WIDERSPRUCH

11. Mai 1878

In Berlin, Unter den Linden, gibt der Leipziger Klempner-
geselle Hödel, Verteiler sozialdemokratischer Schriften, zwei
Schüsse auf den vorbeifahrenden Wagen Kaiser Wilhelms I. ab,
trifft aber niemanden. Fürst Bismarck, der die Nachricht in
Friedrichsruh erhält, läßt den Entwurf eines Ausnahmegesetzes
gegen revolutionäre Vereine und Agitation Bundesrat und
Reichstag vorlegen. Die Vorlage wird abgelehnt, da die Mehr-
heit nicht bereit ist, eine ganze Partei unter Ausnahmerecht
stellen zu lassen. Es muß erst ein zweites, erfolgreicherer Atten-
tat auf den greisen Monarchen verübt werden. Vgl. 2. Juni
1878.¹¹

BERLIN

ATTENTAT AUF
KAISER
WILHELM I.

REICHSTAG
LEHNT
SOZIALISTEN-
VERBOT AB

2. Juni 1878

In Berlin, Unter den Linden, wird das *zweite Attentat* auf Kai-
ser Wilhelm I. verübt (vgl. 11. Mai 1878), dieses Mal von einem
Doktor Nobiling, dessen Hintermänner und Querverbindungen
infolge seines Selbstmordversuches mit anschließender Bewußt-

BERLIN
ZWEITES
ATTENTAT
AUF WILHELM I.

KRONPRINZ
LÖST DEN
REICHSTAG AUF

seinsstörung nicht aufgeklärt werden können. Es gibt so viele Kreise und Bestrebungen im In- und Auslande, denen das zweite deutsche Kaiserreich ein Dorn im Auge ist, und Kaiser und Kronprinz haben sich selbst durch ihre Logentätigkeit undurchsichtigen Zusammenhängen ausgesetzt. Das wenige, was aus dem Täter bei den Vernehmungen noch herauszuholen ist, deutet auf eine nihilistische und antimonarchistische Vorstellungswelt. Kaiser Wilhelm, durch eine Schrotladung mehrfach verletzt und vorübergehend nicht regierungsfähig, überträgt dem Kronprinzen die uneingeschränkte Stellvertretung, zehn Tage vor Beginn des Berliner Kongresses (vgl. 13. Juni 1878). Der Kronprinz wird auf Anraten Bismarcks am 11. Juni den Reichstag auflösen in der Erwartung, bei für den 30. Juli festgesetzten Neuwahlen eine wirksame Vermehrung der konservativen Sitze zu erlangen. Doch wird das Ergebnis den Erwartungen kaum entsprechen.¹²

4. Juni 1878

ZYPERN
UNTER
BRITISCHER
VERWALTUNG

Nach dreihundertjähriger Zugehörigkeit zum Osmanischen Großreich wird die Insel *Zypern* von britischen Truppen besetzt. Zwar erkennt Großbritannien zunächst noch pro forma die Oberhoheit des Sultans an, nimmt aber dessen ungeachtet die Insel in eigene Verwaltung. Es geht um die Intensivierung des Kupferbergbaus. Dieses Metall wird zwar nicht mehr für bronzene Geschützrohre, dafür aber in zunehmendem Maße für Motorenlager und für die sich rasch entwickelnde Elektroindustrie benötigt. Zudem werden auf Zypern auch Eisenerze gefunden.¹³

13. Juni 1878

BERLINER
KONGRESS

In *Berlin* tritt ein *Kongreß* der Ministerpräsidenten und Außenminister der europäischen Großmächte (einschl. Italiens) und des Osmanischen Reiches zusammen. Er soll die über den Frieden von San Stefano (vgl. 3. März 1878) entstandenen Unstimmigkeiten zwischen Rußland einerseits und Großbritannien sowie Österreich-Ungarn andererseits ausräumen. Den Vorsitz führt der deutsche Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck, der hier die Krönung seiner Friedenspolitik erreicht. Selbst Lord Salisbury räumt ein, daß Bismarck „eine außergewöhnliche Stellung“ einnimmt und „immer weiß, was er will, und es auch manchmal sagt“. Der Kongreß schließt mit dem „Frieden von Berlin“ am 13. Juli 1878 (vgl. dort!).

DIE
TEILNEHMER

Teilnehmer sind für *Frankreich*: Waddington, Saint Vallier,

Desprez; für *Großbritannien*: Beaconsfield (d'Israeli), Salisbury, Odo Russel; für *Italien*: Corti, Launay; für *Österreich-Ungarn*: Andrassy, Karolyi, Haymerle; für *Rußland*: Gortschakow, Schuwalow, D'Oubril; für die *Türkei*: Caratheodory, Mehemed Ali, Sadoullah; für das *Deutsche Reich* außer Bismarck noch Bülow und Hohenlohe.¹⁴

13. Juli 1878

Der Berliner Kongreß (vgl. 13. Juni 1878) endet mit der Unterzeichnung des *Friedens von Berlin*. Er enthält 64 Artikel. Danach behält Rußland Bessarabien bis zum Donaudelta sowie Kars, Ardahan und Batum als Freihafen. Bulgarien wird auf ein Drittel verkleinert (nur noch 64 000 Quadratkilometer mit 1,85 Millionen Einwohnern). Es wird ein autonomes aber dem Sultan tributpflichtiges Fürstentum mit einem von der Bevölkerung gewählten Fürsten, der der Zustimmung der Mächte und der Bestätigung durch die Pforte bedarf. Ostrumelien wird bzw. bleibt eine Provinz des Osmanischen Reiches, erhält aber Verwaltungsautonomie. Sein Generalgouverneur wird von der Pforte für jeweils fünf Jahre ernannt und bedarf ebenfalls der Zustimmung der Mächte. Die noch in Bulgarien und Ost-Rumelien stehende Besatzung (50 000 Mann) wird auf neun Monate befristet. Mazedonien wird dem Sultan zurückgegeben. Montenegro, Rumänien (die ehemaligen Donaufürstentümer Moldau und Walachei) sowie Serbien werden unabhängige Staaten, Serbien mit etwas erweiterten Grenzen. Griechenland erhält einen Teil von Epirus und Thessalien. Österreich-Ungarn besetzt Bosnien und die Herzegowina. Die Pforte ihrerseits verpflichtet sich, den Grundsatz der Religionsfreiheit im Osmanischen Reich aufrecht zu erhalten und Frankreich die Schutzrechte an den Heiligen Stätten des Christentums in Palästina zu reservieren. Der status quo dort darf nicht geändert werden. Die Mönche auf dem Berge Athos behalten ohne Rücksicht auf ihre Herkunft Besitz und Vorteile sowie vollständige Gleichberechtigung mit den übrigen Untertanen des Sultans. Die Verträge vom 30. März 1856 (Pariser Frieden, vgl. dort) und vom 13. März 1871 bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch die Bestimmungen des Friedens von Berlin überholt sind. Binnen drei Wochen nach Unterzeichnung sollten die beteiligten Monarchen den Friedensvertrag ratifiziert haben. Der einzige, der diese Frist überschreiten wird, ist Sultan Abdul Hamid. Er wird erst am 28. August ratifizieren, und zwar in Berlin. Der russische Außenminister Gortschakow ist mit dem Ergebnis des Berliner Kongresses im hohen Grade unzufrieden, da Rußland gegenüber dem Frieden von

*FRIEDEN VON
BERLIN*

*FÜRSTENTÜMER
BULGARIEN,
MONTENEGRO,
RUMÄNIEN,
SERBIEN*

*RUSSLAND
UNZUFRIEDEN*

San Stefano (vgl. 3. März 1878) erheblich zurückstecken mußte. Er gibt die Schuld an diesem Mißerfolg seinem ehemaligen „Schüler“ Bismarck. Vgl. 15. August 1879.¹⁵

16. August 1878

PETERSBURG

MESENZEW
ERMORDET

Der Chef der russischen Geheimpolizei, der dritten Abteilung der kaiserlichen Kabinettskanzlei, General *Mesenzew*, bekannt für harte Behandlung politischer Häftlinge, wird auf offener Straße durch Dolchstiche ermordet. Obgleich das Verbrechen am hellen Tage geschieht, werden die Täter nicht gefaßt, sondern können unerkannt entkommen. Offensichtlich genießen sie, wie Vera Sassulitsch (vgl. 5. Februar 1878) die Sympathie der Öffentlichkeit, deren Staatsbewußtsein bereits schwer erschüttert ist. Vgl. auch 8. Februar 1879.¹⁶

noch August 1878

ÄGYPTEN

BRITISCH-
FRANZÖSISCHE
FINANZ-
KONTROLLE

Der Khedive von Ägypten, *Ismail Pascha* (vgl. 8. Juni 1873 und: noch 1875), sieht sich infolge hoffnungslos zerrütteter Finanzen gezwungen, eine britisch-französische Kontrolle der ägyptischen Finanzverwaltung zuzulassen. Er muß sogar den Engländer Wilson und den Franzosen de Blignières in das Kabinett *Nubar Paschas* aufnehmen. Das wird eine weitere Durchsetzung des Beamten- und Offizierskorps mit Europäern zur Folge haben, die gegenüber den einheimischen Chargen bevorzugt werden und entsprechend anmaßend auftreten, kurzum einen unerträglichen Zustand herbeiführen werden. Vgl. 26. Juni 1879.¹⁷

11. Oktober 1878

NORD-
SCHLESWIG

KEINE
ABSTIMMUNG

Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn verständigen sich darüber, daß die Abstimmungsklausel für *Nordschleswig* aus Artikel V des Friedens von Prag (vgl. 23. August 1866) aufgehoben wird. Die Abstimmung ist in den zwölf Jahren seither nicht durchgeführt worden und wird auch bis zum Versailler Vertrag von 1919 nicht durchgeführt werden. Die deutsch-österreichische Vereinbarung über die Aufhebung der Klausel wird im darauffolgenden Jahr 1879 in Dänemark bekannt werden und die dänische Volkstumsbewegung in Nordschleswig in ihrer Tätigkeit bestärken.¹⁸

23. Oktober 1878

DEUTSCHLAND

Nach mehr als sechs Wochen währenden heftigen Debatten in dem neu gewählten deutschen Reichstag (seit 9. September) wird das sogenannte *Sozialistengesetz* beschlossen und verkündet (vgl.

11. Mai und 2. Juni 1878). Es ermöglicht ein Verbot sozialistischer Vereine, Versammlungen und Druckschriften sowie die Ausweisung von Agitatoren, verbietet aber nicht die gesamte Sozialistische Arbeiterpartei. Diese wird vielmehr trotz der starken Behinderung durch das Gesetz ihre Sitze im Reichstag bis 1881 auf 12 und bis 1884 auf 24 vermehren können, also zu den Wahlen zugelassen sein. Die Saat von 1848 geht auf.¹⁹

SOZIALISTEN-
GESETZ

noch Oktober 1878

Im deutschen Reichstag bildet sich eine „Freie wirtschaftliche Vereinigung“, die sich — im Gegensatz zu ihrem Namen — für die Einführung von *Schutzzöllen* einsetzt. Ihr gehören Abgeordnete der Konservativen, Freikonservativen, der katholischen Zentrumspartei, aber auch eines Flügels der Nationalliberalen an. Sie besitzt eine Stimmenmehrheit im Reichstag. Die Finanzminister der deutschen Länder haben sich bereits im August 1878 auf die Einführung von Schutzzöllen geeinigt. Auch *Bismarck* tritt im Zuge seiner allgemeinen *Abkehr vom politischen und wirtschaftspolitischen Liberalismus* und Wiederhinwendung zum Konservatismus, von dem er ja ursprünglich herkommt, für Schutzzölle ein. Er tut das, damit Deutschland nicht länger mehr Ablagerungsstätte der gesamten Überproduktion des Auslandes bleibt und damit der deutschen Industrie wenigstens der Binnenmarkt erhalten bleibt, der bereits von ausländischen Waren überschwemmt ist. Auch die eigene Landwirtschaft soll durch Schutzzölle lebensfähig erhalten werden. Bismarck betrachtet den Staat als eine Lebensgemeinschaft in gegenseitiger Rücksichtnahme von Konsumenten und Produzenten. Vgl. 15. Juli 1879.²⁰

DEUTSCHER
REICHSTAG

VEREINIGUNG
FÜR SCHUTZ-
ZÖLLE

28. Dezember 1878

Der neugewählte Papst *Leo XIII.*, Nachfolger des verstorbenen Pius IX., läßt die Enzyklika „*Quod apostolici muneris . . .*“ verbreiten. Darin werden die Sozialisten als Staatsfeinde angeprangert. Das wird den Vatikan jedoch nicht hindern, in Deutschland die Zentrumspartei gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Politik der Reichsregierung bekämpfen zu lassen, obgleich der Kulturkampf längst beigelegt wurde. Vgl. hierzu 20. April 1880 und 28. November 1885.²¹

PÄPSTLICHE
ENZYKLIKA:

SOZIALISTEN
ALS STAATS-
FEINDE

noch Dezember 1878

Großbritannien stellt dem Emir von Kabul, Herrscher von Afghanistan, Scher Ali Khan (vgl.: noch Januar und noch März 1869) ein Ultimatum, einen britischen Gesandten mit zahlreichem militärischen Gefolge in Kabul residieren zu lassen. Zu-

AFGHANISTAN

BRITISCHES
ULTIMATUM

*BESETZUNG
VON QUETTA*

*SCHER ALI
KHAN IM
RUSSISCHEN
EXIL*

gleich wird die Stadt Quetta am Zugang zu dem nach Kandahar und Kabul führenden Bolanpaß besetzt. Auch befiehlt der britische Vizekönig von Indien, Lytton, den im westlichen Indien stationierten Truppen, drei nach Afghanistan führende Pässe zu besetzen. Diese werden bis Dschellabad vorrücken, daraufhin wird Scher Ali Khan die Regentschaft seinem Sohn Jakub übertragen, sich selbst auf russisches Gebiet begeben und an den russischen General Kaufmann in Taschkent um Hilfe wenden. Dieser wird eine Heeresabteilung in Richtung auf Merw in Marsch setzen. Ein britisch-russischer Konflikt um den maßgeblichen Einfluß in Afghanistan beginnt sich abzuzeichnen. Doch wird zu Beginn des Jahres 1879 die russische Regierung einlenken und die russische Gesandtschaft in Kabul unter General Stoljetow, deren Einrichtung den Anlaß zum ultimativen Vorgehen Großbritanniens gab, zurückziehen.²²

22. Januar 1879

In Südafrika bringt bei Isandula am Tugelafluß der Zulukönig *Cetewayo* mit einer kriegstüchtigen Armee von etwa 40 000 Zulukriegern einer britischen Heeresabteilung Sir Bartle Freres eine vernichtende Niederlage bei. Sie wird in einen Hinterhalt gelockt und fast gänzlich aufgegeben. Eine andere britische Abteilung unter Colonel Pearson wird im Lager bei Ekowe eingeschlossen und fortgesetzt angegriffen. Erst Anfang April wird der britische Gouverneur für Natal und Transvaal, Sir Garnet *Wolseley* mit inzwischen aus Indien und England eingetroffenen Verstärkungen dem Zulukrieg eine für Großbritannien günstigere Wendung geben.¹

SÜDAFRIKA

SIEG

CETEWAYOS

8. Februar 1879

In Rußland wird der Gouverneur von Charkow, Fürst *Krapotkin*, wegen seines harten Vorgehens gegen die Nihilisten gefürchtet, in seinem Wagen erschossen. Der Täter wird wiederum nicht entdeckt (vgl. 16. August 1878), aber in einer Proklamation des „Exekutivkomitès“ der immer weiter um sich greifenden geheimen Nihilistenbewegung wird der ermordete Fürst als „Werkzeug der Tyrannei und des Despotismus“ verurteilt. Daraus geht hervor, daß sich die Kette von Anschlägen gegen die Monarchie als solche richtet und auf der Linie von 1789 und 1848 sich bewegt (vgl. das Vorwort zu diesem Bande). Vgl. auch: noch März 1879.²

CHARKOW

KRAPOTKIN

ERMORDET

ANSCHLAG
AUF DIE
MONARCHIE

In Konstantinopel wird ein Friedensvertrag zwischen Rußland und der Pforte unterzeichnet (der „Friede von Konstantinopel“), dem die Entscheidungen des Friedens von Berlin (vgl. 13. Juli 1878) zugrunde liegen. Er hebt demgemäß den Frieden von San Stefano (vgl. 3. März 1878) auf, gegen dessen Bestimmungen Großbritannien und Österreich-Ungarn Einspruch erhoben hatten. Ihr Einspruch war der Anlaß zum Berliner Kongreß (13. Juni 1878).³

FRIEDE VON
KONSTAN-
TINOPELRUSSLAND —
TÜRKEI**März 1879**

Auf den Nachfolger des ermordeten Generals Mesenzew als Chef der russischen Geheimpolizei (vgl. 16. August 1878), General von *Drentelen*, werden in den Straßen von Petersburg von einem unerkannt entkommenden Reiter zwei Schüsse abgegeben, die allerdings ihr Ziel verfehlen. Doch muß dieser Anschlag in

PETERSBURG

ATTENTAT AUF
DRENTELEN
GROSSFEUER

*ANKÜNDIGUNG
DES ATTENTATS
AUF DEN
ZAREN*

der Reihe der vorangegangenen gewertet werden (vgl. auch 5. Februar 1878, 8. Februar 1879). Gleichzeitig werden in den Städten Irkutsk, Irbit, Orenburg, Koslow und Uralsk Großfeuer gelegt. Ein Schreiben des Geheimen Revolutionskomitees, an „Herrn Alexander Nikolajewitsch“ gerichtet, bereitet auf den ersten Anschlag auf den Zaren selber vor (vgl. 14. April 1879).⁴

14. April 1879

*PETERSBURG
ATTENTAT AUF
DEN ZAREN*

In Petersburg gibt ein junger Revolutionär namens *Solowjew*, als Finanzbeamter verkleidet, drei Schüsse auf Zar Alexander II. ab, der sich auf einem morgendlichen Spaziergang befindet. Es wird lediglich der Mantel des Zaren durchlöchert, und der Täter wird gefaßt. In dem folgenden Prozeß wird er sich zwar zu seinen revolutionären Ideen bekennen, aber nichts über die Organisation und Vorbereitung der Tat aussagen. Doch war ja der Anschlag in einem Brief des Revolutionskomitees angekündigt worden (vgl.: noch März 1879). *Solowjew* wird gehängt werden, und in allen größeren Städten des europäischen Rußland werden Militärgouverneure mit weitgehenden Ausnahmevollmachten eingesetzt werden, so daß praktisch der Belagerungszustand herrscht. Eine Welle von Verhaftungen, Kriegsgerichtsverhandlungen und Verurteilungen wird aber keinen Erfolg zeitigen und weitere schwere Attentate der Revolutionäre nicht verhindern können. Vgl. 1. Dezember 1879.⁵

*BELAGERUNGS-
ZUSTAND
VERHAFTUNGS-
WELLE
ZU SPÄT*

18. April 1879

*USA
RICHTER
DUNDY:
INDIANER
SIND AUCH
MENSCHEN
RECHT AUF
FREIZÜGIGKEIT
ZU SPÄT*

Zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte der USA wird das Schicksal von Indianern — einer kleinen Gruppe des Ponca-Stammes — vor einem ordentlichen Gericht verhandelt und damit diesen Indianern der status von juristischen Personen zuerkannt, wie er für jeden anderen Menschen selbstverständlich ist. Der Prozeß beginnt in Omaha/Nebraska, und Richter Dundy entscheidet, daß ein Indianer eine „Person“ im Sinne der Habeas-Corpus-Akte sei, daß die freie Wahl des Wohnsitzes für die Indianer ebenso wie für die Weißen ein natürliches, unabdingbares Recht sei und daß es in Friedenszeiten keiner zivilen oder militärischen Behörde zustehe, Indianer ohne ihre Zustimmung von einem Teil des Landes in einen anderen zu transportieren oder sie gegen ihren Willen in einem besonderen Reservat festzuhalten. Dieses Urteil ist unanfechtbar, kommt aber fünfzehn Jahre zu spät. Denn inzwischen sind nicht nur die Poncas, die niemals gegen die Weißen gekämpft haben, sondern auch alle anderen Indianerstämme in den Reservationen und bei gewaltsamen Transporten dorthin zugrunde gegangen. Vgl. auch 22. Mai 1879!⁶

21. April 1879

In einer Konvention zwischen Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich über die Besetzung des *Sandschak Novipazar* (östlich Montenegro) durch Österreich wird vereinbart, „daß durch die Okkupation die Souveränitätsrechte des Sultans nicht beeinträchtigt werden sollten“. Es handelt sich dabei jedoch nur noch um Ehrenrechte ohne praktische politische Bedeutung. Dem Namen nach bleibt der Sultan Souverän des Sandschak. Die Besetzung selbst wird im September erfolgen (vgl. dort).⁷

SANDSCHAK
NOVIPAZAR

ÖSTER-
REICHISCH-
TÜRKISCHE
KONVENTION

29. April 1879

Das neugeschaffene Fürstentum *Bulgarien* (vgl. Berliner Kongreß, 13. Juli 1878) gibt sich die Verfassung einer konstitutionellen Monarchie mit der „*Sobranje*“ als Parlament. Gleichzeitig wird der hessische Prinz *Alexander von Battenberg*, ein Neffe des russischen Zaren, zum erblichen Fürsten von Bulgarien gewählt. Er übernimmt eine nahezu unlösbare Aufgabe, da das geteilte Land nach Wiedervereinigung verlangt und die ungebändigte Bevölkerung einer geordneten Staatsführung widerstrebt. Insbesondere erweist sich die rücksichtslose Einmischung Rußlands in die bulgarischen Verhältnisse als untragbar.⁸

BULGARIEN
KON-
STITUTIONELLE
MONARCHIE

ALEXANDER
VON BATTEN-
BERG

22. Mai 1879

In den USA telegraphiert General Sherman an General Sheridan mit Bezug auf den Prozeß in Omaha (vgl. 18. April 1879): „Die Anwendung der Habeas-Corpus-Akte, wonach die Poncas in Nebraska freigelassen wurden, gilt nur für diesen speziellen und keinen anderen Fall.“ Sherman verfügt also aus eigener Machtvollkommenheit, daß Indianer im Allgemeinen keinerlei Rechtsschutz genießen. Das Urteil im Omaha-Prozeß hat tatsächlich das gesamte Reservations-System als illegal enthüllt, und der Ring von Großschiebern (Indian Ring), die an diesem System Millionen verdienen, sieht seine Existenz bedroht. Innenminister Carl Schurz und General Sherman machen sich bedenkenlos zu Helfershelfern dieser korrupten Kreise.⁹

USA
GENERAL
SHERMAN
VERFÜGT:
INDIANER
SIND NUR
IN NEBRASKA
MENSCHEN

26. Mai 1879

Der Sohn und Nachfolger des Herrschers von Afghanistan (vgl. noch Dezember 1878), Jakub Khan, schließt, nachdem sein Vater im russischen Exil verstorben ist, in Gandamak (Gandava/Belutschistan) mit dem britischen Bevollmächtigten, Major Cavagnari, einen Friedensvertrag. Danach bleiben die drei Pässe im afghanisch-indischen Grenzgebiet in britischem Besitz und in Kabul wird eine britische Gesandtschaft mit zahlreichem Personal zugelassen. Als Gegenleistung garantiert Cavagnari dem

AFGHANISTAN

JAKUB KHAN

FRIEDEN VON
GANDAMAK
MIT GROSS-
BRITANNIEN

Emir eine jährliche Finanzbeihilfe in Höhe von 60 000 Pfund Sterling. Zwei Monate später, am 24. Juli 1879, wird Cavagnari als erster britischer Resident seinen Einzug in Kabul halten. Fünf Wochen darauf wird er tot sein. Vgl. 3. September 1879.¹⁰

26. Juni 1879

ÄGYPTEN

ISMAIL
PASCHA
ABGESETZT

Sultan *Abdul Hamid* spricht auf Veranlassung der europäischen Großmächte die Absetzung des Khediven von Ägypten, Ismail Pascha, aus. Dieser hat im Februar anlässlich eines Soldatenaufstandes in Kairo versucht, sich durch einen Staatsstreich der europäischen Regierungsmitglieder und der europäischen Finanzkontrolle (vgl.: noch August 1878) zu entledigen. Nun muß er nach Italien ins Exil gehen. Sein Sohn *Tewfik* Pascha übernimmt an seiner Stelle das Amt des Khediven, wiederum in weitgehender Abhängigkeit von Großbritannien und Frankreich, deren Finanzkontrolle wieder hergestellt wird.¹¹

NACHFOLGER
TEWFIK
PASCHA

4. Juli 1879

SÜDAFRIKA
SIEG WOLSELEYS
ÜBER
CETEWAYO
ZULUS
ENTWAFFNET

Im südafrikanischen Zulukrieg erringen britische Truppen unter Sir Garnet Wolseley (vgl. 22. Januar 1879) bei Ulundi einen entscheidenden Sieg. Die Armee des Zulukönigs *Cetewayo* wird vollständig zersprengt. Er selbst wird sich sieben Wochen später, am 28. August 1879, ergeben müssen und in einem Fort bei Kapstadt gefangen gehalten werden. Den unterworfenen Häuptlingen wird Sir Wolseley britische „Residenten“ an die Seite stellen, die maßgeblichen Einfluß auf die Verwaltung des Landes nehmen. Jede Art von militärischer Organisation wird den Zulus künftig untersagt.¹²

15. Juli 1879

DEUTSCHLAND
ZOLLGESETZ
EINFUHR-
SCHUTZZÖLLE

In Deutschland tritt das neue Zollgesetz in Kraft, das bereits im Mai vom Reichstag mit 226 gegen 109 Stimmen beschlossen wurde. Es bestimmt durchaus mäßige (im Vergleich etwa zu Frankreich) Einfuhrzölle (Schutzzölle, vgl. noch Oktober 1878) für industrielle und landwirtschaftliche Produkte. Zum ersten Mal seit 1871 ist ein Gesetz im Zusammenwirken von Konservativen und Zentrumsparität beschlossen worden. Der Einfluß der letzteren wird nunmehr ständig zunehmen. Andererseits bedeutet das Gesetz eine Rückkehr zur Politik des Deutschen Zollvereins.¹³

25. Juli 1879

KAISER
WILHELM I.
ÜBER DIE

Kaiser *Wilhelm I.* schreibt an den Fürsten *Karl Anton* von Hohenzollern mit Bezug auf den Beschluß des Berliner Kongresses (vgl. 13. Juni und 13. Juli 1878), Rumänien habe den

rumänischen Juden die vollen staatsbürgerlichen Rechte einzuräumen: „Was Rumänien betrifft, so habe ich, wie Du weißt, von Haus aus den Kongreßbeschuß in der Judenfrage aufs äußerste gemäßigelt, freilich nur après coup, da ich die Geschäfte nicht führte. Seitdem habe ich mich natürlich nur für die strikte Ausführung der Kongreßbestimmungen aussprechen müssen, jedoch bei jeder Gelegenheit verlangt, daß man in der Judenfrage nicht dränge, denn ich weiß aus Erfahrung, was die Juden in jenen Gegenden sind — angefangen mit Posen, Polen, Litauen und Wolhynien —, und die rumänischen Juden sollen noch schlimmer sein.“ — Der erwähnte Kongreßbeschuß war auf Drängen der britischen und französischen Regierung zustande gekommen, die sich dabei — von d'Israeli ganz abgesehen — wiederum dem Druck der Bankhäuser Bleichröder und Rothschild fügten. Die Rumänische Regierung wird schließlich nachgeben müssen, wenigstens der Form nach.¹⁴

15. August 1879

Zar Alexander II. richtet ein persönliches Schreiben an seinen Onkel Kaiser Wilhelm I. (den sogenannten „Ohrfeigenbrief“) und beschwert sich darin bitter über Bismarck, dem der russische Außenminister Gortschakow die alleinige Schuld an dem für Rußland unbefriedigenden Ergebnis des Berliner Kongresses (vgl. 13. Juli 1878) zugeschoben hat. Bismarck seinerseits, der während seiner Botschafterzeit in Petersburg von Gortschakow gefördert wurde, kennt dessen Unversöhnlichkeit und wird so gleich die politischen Konsequenzen ziehen (vgl. 7. Oktober 1879).¹⁵

31. August 1879

Der deutsche Reichskanzler, Fürst Bismarck, läßt aus Bad Gastein Kaiser *Wilhelm I.* eine ausführliche Denkschrift über die Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland und die daraus sich ergebende Notwendigkeit eines Defensivbündnisses Deutschlands mit Österreich-Ungarn, bei *gleichzeitiger Aufrechterhaltung* des Drei-Kaiser-Bündnisses, über den Staatssekretär im Auswärtigen Amt *von Bülow* übermitteln. Die Vorschläge stoßen jedoch auf den festen, wohl überlegten und einleuchtend begründeten Widerstand des greisen Monarchen. Es bahnt sich eine ernste, beiden gleich schmerzliche Meinungsverschiedenheit zwischen Kaiser und Kanzler an, zum ersten Mal seit 17 Jahren. Zunächst verschiebt der Kaiser seine Entscheidung auf nach dem geplanten Zusammentreffen mit dem Zaren (vgl. 4. September 1879) in Alexandrowo, über das er ein genaues Gesprächsprotokoll eigenhändig anfertigen wird.¹⁶

JUDENFRAGE IN RUMÄNIEN

ZAR
ALEXANDER

„OHRFEIGEN-
BRIEF“ AN
KAISER
WILHELM I.

BISMARCK
AN WILHELM I.
FÜR DEUTSCH-
ÖSTER-
REICHISCHES
DEFENSIV-
BÜNDNIS

DER KAISER
STRIKT
DAGEGEN

1. September 1879

ÖSTERREICH

ANDRASSY
UND KAISER
FRANZ JOSEPH
FÜR BISMARCKS
VORSCHLAG

BISMARCK
NOCHMAL
AN WILHELM I.

Der österreichisch-ungarische Außenminister, Graf *Andrássy*, schreibt aus Schönbrunn (Wien) an den Fürsten *Bismarck* u. a.: „... Ich fand den Kaiser [Franz Joseph] so durchdrungen von der Nützlichkeit, ja Notwendigkeit einer solchen Abmachung [Defensivbündnis mit Deutschland], daß jede weitere Motivierung sich als überflüssig herausstellte. Seine Majestät sieht darin nicht nur keine Abweichung von dem Vorhaben, den Frieden zwischen den drei [Kaiser-]Reichen zu erhalten, sondern heute die einzig mögliche Art, das Damoklesschwert [einer Bedrohung durch Rußland], welches über unseren Beziehungen fortwährend schwebt, zu beseitigen und den Frieden nicht nur zum Heile der Beiden [Deutschland und Österreich-Ungarn], sondern auch zum Wohle des *Dritten* [Rußland] praktisch sicherzustellen . . .“ Daraufhin setzt Bismarck noch am selben Tage seine Denkschrift an Kaiser *Wilhelm I.* (vgl. 31. August 1879) durch einen Zusatz fort, in dem es am Ende heißt: „... Nichtsdestoweniger werde ich Eurer Majestät auch dann, wenn Allerhöchstdieselben ein Defensivbündnis mit Österreich genehmigen, in Zukunft niemals zu etwas anderem raten können, als zur sorgfältigsten Pflege unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland; denn ein Krieg mit Rußland bleibt auch für ein mit Österreich verbündetes Deutschland immer eine schwere Katastrophe [Unglück] ohne Zweck für uns, welcher jederzeit nach Möglichkeit vorzubeugen sein würde. Eine Fortsetzung der bisherigen Situation, ohne vertragsmäßig gesicherte Beziehungen zu Österreich, würde ich schon *vor* dem russischen Briefe von 15. August [vgl. dort] für gefährlich gehalten haben; nachdem wir aber durch das jüngste Verhalten Rußlands *gewarnt* worden sind, würde es sich, meines alleruntertänigsten Dafürhaltens, schwer verantworten lassen, die gegenseitige Sicherung, die Österreich uns bietet, von der Hand zu weisen.“¹⁷

3. September 1879

KABUL
(AFGHANISTAN)

BRITISCHER
RESIDENT
CAVAGNARI
ERMORDET

JACUB KHAN
DANKT AB

Der soeben erst eingezogene britische Resident in Kabul/Afghanistan, Cavagnari (vgl. 26. Mai 1879), wird mit dem gesamten 67köpfigen Gesandtschaftspersonal von meuternden afghanischen Soldaten und städtischer Bevölkerung in der Residenz überfallen und umgebracht. Der Emir, Jakub Khan, flüchtet in das Truppenlager des britischen Generals Baker, wird dort zur Abdankung veranlaßt und nach Indien verbracht werden. General Roberts wird sechs Wochen nach Cavagnaris Tod in heftigen Kämpfen Kabul zurückerobern, die Zitadelle Balahissar besetzen, die Führer der Aufständischen hängen und die aufstän-

dischen Landschaften verwüsten lassen. Doch wird er damit die gesamte afghanische Bevölkerung gegen sich haben, die nicht bereit ist, sich britischer Fremdherrschaft zu beugen. Vgl. weiter 15. Dezember 1879.¹⁸

4. September 1879

In Alexandrowo an der ostpreussisch-polnischen Grenze treffen Kaiser Wilhelm I. und Zar Alexander II. zusammen. Dem deutschen Kaiser ist daran gelegen, das seit dem Berliner Kongreß stark getrübt deutsch-russische Verhältnis wieder zu bereinigen. Doch reicht dazu die persönliche Aussprache mit dem Zaren nicht aus. Bereits zwei Tage später, am 6. September, wird der russische Kanzler und Außenminister Gortschakow in Baden-Baden einem französischen Journalisten gegenüber die Möglichkeit eines französisch-russischen Bündnisses gegen das Deutsche Reich durchblicken lassen.¹⁹

7. September 1879

Otto von Bülow, Rat im Gefolge Kaiser Wilhelms I., berichtet aus Königsberg an den Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt von Bülow u. a.: „... daß die Begegnung in Alexandrowo [vgl. 4. September 1879] insofern von ernster Bedeutung gewesen ist, als sie unseren allergnädigsten Herrn in seiner Freundschaft nicht nur für den Kaiser [Zaren] Alexander, sondern auch für Rußland auf das entschiedenste befestigt hat. Ich kann nicht umhin, der bestimmtesten Überzeugung pflichtmäßig Ausdruck zu geben, daß auf die Annahme der Vorschläge des Herrn Reichskanzlers in dem geheimen Berichte vom 31. v. Mts. [vgl. dort] absolut nicht zu rechnen ist, vielmehr der Kaiser seine ablehnende Entschließung innerlich bereits getroffen hat. Alle Gegendarstellungen prallen — wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf — an Seiner Majestät Festigkeit vollständig ab...“ Dazu schreibt Bülow weiter vorne: „Ungeachtet der vorausgegangenen körperlichen Anstrengungen waren Seine Majestät von einer Frische und Klarheit des Geistes, zugleich aber auch, neben großer Ruhe, von einer Entschiedenheit, wie solche mir in den letzten Jahren bei Allerhöchstdemselben kaum jemals entgegengetreten ist...“²⁰

12. September 1879

Kaiser Wilhelm I. sendet aus Stettin an den Reichskanzler, den Fürsten Bismarck, in Bad Gastein den zweiten Teil seines sehr genauen, eigenhändigen Gesprächsprotokolls von der Begegnung in Alexandrowo (vgl. 4. September 1879). In dem ausführlichen Begleitschreiben zu diesem Protokoll heißt es am Ende: „... Setzen Sie sich einen Augenblick an meine Stelle. Ich stehe vor

RÜCK-
EROBERUNG
KABULS

ALEXANDROWO

TREFFEN
WILHELMS I.
MIT
ALEXANDER II.

RUSSISCH-
FRANZÖSISCHE
BÜNDNISPLÄNE

WILHELM I.
MEHR DENN JE
GEGEN
DEUTSCH-
ÖSTER-
REICHISCHES
BÜNDNIS

WILHELM I.
AN BISMARCK:
„VERSETZEN
SIE SICH
IN MEINE
LAGE...“

meinem persönlichen Freund, nächsten Verwandten, Bundesgenossen in guten und bösen Zeiten, um uns übereilte und sogar mißverständene Stellen eines Briefes [vgl. 15. August 1879] aufzuklären, was zu einem erfreulichen Resultat führt — und nun soll ich gleichzeitig eine feindliche Koalition gegen diesen Souverän [den Zaren Alexander] schließen, also hinter seinem Rücken anders *handeln*, als ich *sprach*? Die Gefahren, welche Sie in Ihren Memoiren [Denkschriften] auseinanderzusetzen, will ich nicht unbedingt verneinen, daß sie *dereinst* eintreten könnten, namentlich bei einem Thronwechsel in Petersburg. Eine nahe Gefahr kann ich aber durchaus nicht einsehen . . . Indessen will und darf ich Sie nicht in Ihren bereits getanen Schritten gegen Andrassy und seinen Herrn [Kaiser Franz Joseph] *désavouieren* [im Stich lassen, bloßstellen]. Sie mögen also in Wien, wohin zu gehen bereits alle Zeitungen erzählen, die *Eventualitäten* einer sich bis zum möglichen Bruche mit Rußland steigenden Disharmonie, und dann gefahrdrohend, vorstellen und in Pourparlers [Vorgesprächen] über die dann gemeinschaftlich mit Österreich zu treffenden Maßnahmen eintreten. Aber zu irgendeinem *Abschluß einer Konvention* oder gar *Alliance* autorisiere ich Sie, meinem Gewissen nach, *nicht* . . .

„ICH KANN
NICHT SAGEN,
WIE SCHMERZ-
LICH . . .“

„Ich kann Ihnen nicht sagen, wie schmerzlich mir diese Episode gewesen ist, wo es schien, daß wir uns zum ersten Male seit 17 Jahren nicht verstanden. Ihrer Antwort auf obige bedingte Autorisation sehe ich mit Ungeduld entgegen und bin überzeugt, daß ein Verständnis zwischen uns eintreten wird! Das wolle Gott!

Ihr treu ergebener
gez. Wilhelm

Beendet in Stettin, 12. September 1879.“

Im Verlauf dieser Meinungsverschiedenheit hatte der Kaiser seine Abdankung, Bismarck seinen Rücktritt ernstlich erwogen und das auch mehrfach ausgesprochen. Aber schließlich wird Bismarck das Defensivbündnis mit Österreich doch durchsetzen, Vgl. 7. Oktober 1879.²¹

noch September 1879

ÖSTERREICH
BESETZT
SANDSCHAK
NOVIPAZAR

FÜRST VON
MONTENEGRO
IN WIEN

Herzog Wilhelm von Württemberg, kommandierender General der österreichisch-ungarischen Streitkräfte in Bosnien, besetzt mit seinen Truppen die Hauptorte des *Sandschak Novipazar* (vgl. 21. April 1879), ohne auf Widerstand zu stoßen. Gleichzeitig reist der Fürst von Montenegro, bislang ein zuverlässiger Parteigänger des Petersburger Hofes, nach Wien, um gute Beziehungen zum österreichischen Kaiserhause herzustellen. In Petersburg ist man über diese Reise verstimmt, da sie den wachsenden österreichischen Einfluß auf dem Balkan deutlich macht.²²

7. Oktober 1879

In Wien unterzeichnen Heinrich VII. Reuß für das Deutsche Reich und Andrassy für die Österreichisch-Ungarische Doppelmonarchie den *Zweibund*-Vertrag. Er ist das Ergebnis von Bismarcks Reaktion auf den „Ohrfeigenbrief“ Zar Alexanders II. (vgl. 15. August 1879). Diese Schwenkung der Außenpolitik von Rußland fort zu Österreich-Ungarn hin fand zunächst nicht die Zustimmung Kaiser Wilhelms I., der an der Tradition der preußisch-russischen Allianz hängt und Österreich-Ungarn mit Mißtrauen gegenübersteht. Bismarck konnte ihm die Genehmigung zum *Zweibund*-Vertrag nur mit Mühe abringen. Die beiden Vertragspartner verpflichten sich darin für den Fall eines russischen Angriffs auf einen von ihnen zum gegenseitigen Beistand mit der gesamten Kriegsmacht und zum nur gemeinsamen Friedensschluß (Art.1). Für den Fall eines Angriffs durch eine andere Macht verpflichten sie sich zu einer mindestens wohlwollend neutralen Haltung (Art. 2). Wird diese andere Macht von Rußland unterstützt, so tritt Art. 1 in Kraft. Der Vertrag wird für zunächst fünf Jahre abgeschlossen und innerhalb 14 Tagen ratifiziert werden.²³

DEUTSCH-
ÖSTER-
REICHISCHER
„ZWEIBUND“

November 1879

Unter dem Eindruck des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages vom 7. Oktober 1879 (vgl. dort) beginnt die russische Regierung gegenüber dem Deutschen Reich einzulenken. Was das Kaisertreffen in Alexandrowo (vgl. 4. September 1879) nicht vermochte, wird nun möglich. Der russische Thronfolger Großfürst Alexander besucht die kaiserlichen Höfe in Berlin und Wien, sein Vater, der Zar selber, ehrt anlässlich des St. Georgs-Ritter-Festes in besonderer Weise den deutschen Kaiser Wilhelm I. Vor allem Graf Schuwalow setzt sich russischerseits für die Erhaltung des Friedens ein.²⁴

RUSSLAND
LENKT
PROMPT EIN

1. Dezember 1879

In Moskau wird im letzten Augenblick ein Sprengstoffanschlag auf Zar Alexander II. verhindert. Die Eisenbahngleise, auf denen sein Zug in den Bahnhof einfährt, sind von einem benachbarten Hause aus unterminiert und zur Sprengung vorbereitet. Der Hauptschuldige, *Hartmann*, kann nach Frankreich entkommen. Das Geheime Exekutivkomitee der Antimonarchisten wird dem Zaren nach seiner Rückkehr nach Petersburg in einer gedruckten Proklamation androhen, daß er dennoch durch einen Sprengstoffanschlag sein Leben verlieren werde, wenn er nicht alle seine Rechte als Monarch einer Nationalversammlung übergebe. Es

MOSKAU
NEUER
ANSCHLAG
AUF DEN ZAREN

sind Geist und Tradition von 1789, die hier Ausdruck finden. Die Drohung wird wahrgemacht werden, erstmals bereits zehn Wochen später (vgl. 17. Februar 1880), endgültig am 13. März 1881 (vgl. dort).²⁵

15. Dezember 1879

AFGHANISTAN

ROBERTS

VERLUST UND

RÜCK-

EROBERUNG

KABULS

STRAFGERICHT

In Afghanistan wird der britische General Roberts (vgl. 3. September 1879) gezwungen, Kabul wieder zu räumen. Er konzentriert seine Truppen in dem befestigten Lager von Schirpur und wird dort neun Tage lang dem Ansturm der Afghanen standhalten. Dann, am Weihnachtsabend, wird er in einem erfolgreichen Ausfall die Belagerer vertreiben und, unterstützt von General Gough, der mit Verstärkungen anrückt, Kabul abermals zurückerobern. Der Besetzung der Stadt wird eine Kette von Strafgerichten folgen, die zu keiner Befriedung führen können. Vgl.: noch Juli 1880.²⁶

noch 1879 (ohne nähere Datierung)

JAPAN

BESETZUNG

DER

OGASAWARA-

UND RYUKYU-

INSELN

Die japanische Regierung des jungen Kaisers *Mutsuhito* (vgl. 4. Januar 1868 und: noch 1877) läßt die Oga-Sawara-Inseln (Bonininseln) und die Ryukyu-Inseln zwischen Kyuschu und Formosa besetzen und erklärt sie zum japanischen Besitz. Damit beginnt die zielstrebige Weltmachtpolitik Mutsuhitos, die in den Kriegen mit China (1894–95) um Formosa und Korea sowie mit Rußland (1904–05) ebenfalls um Korea und um Einfluß in der Mandschurei den japanischen Entfaltungsraum entscheidend erweitern wird.

IRLAND

PARNELL

„LANDLIGA“

In Irland wird Charles Stewart *Parnell*, der das Ziel einer nationalen Befreiung Irlands mit dem einer Bodenreform verbindet, Präsident der „Landliga“. Diese wurde im Jahre zuvor von dem radikalsozialistischen und republikanischen „Fenier“ (vgl.: noch 1869) Michael *Davitt* gegründet, der nach seiner Entlassung aus britischer Zwangsarbeitshaft Mitglied des Obersten Rates der Irish Republican Brotherhood wurde und in Amerika den Führern der „Fenier“ den Plan zu einer Agrarrevolution in Irland vorlegte. Unter Parnells mitreißender Führung wird nun die „Landliga“ einen gut organisierten Terror gegen den britischen Großgrundbesitz in Irland und gegen solche Pächter entfalten, die auf britischen Gütern die Nachfolge von vertriebenen Pächtern anzutreten suchen. Das Ziel des Terrors ist, solche Güter unbewirtschaftet zu lassen. Gleichzeitig führt Parnell auch die Fraktion der Irischen Nationalpartei im britischen Unterhaus und sucht dort mit Hilfe systematischer Obstruktion eine parlamentarische Selbstregierung Irlands (Home rule) durchzusetzen. Vgl. auch: noch 1881 (Irland).²⁷

TERROR GEGEN

BRITISCHEN

GROSSGRUND-

BESITZ

IRISCHE

NATIONAL-

PARTEI FÜR

HOME RULE

31. Januar 1880

Fürst *Bismarck* führt in Berlin an diesem und dem folgenden Tage ein Gespräch mit dem russischen Botschafter *Saburow* über die Beziehungen zwischen den drei Kaiserreichen. Er wird am 3. Februar darüber notieren: „... Über unsere Stellung zu Rußland habe ich mich mit vollständiger Offenheit geäußert und alle die Gründe erörtert, aus denen wir zu dem Eindruck gelangt sind, daß in Rußland das Bestreben zur Aufrechterhaltung der alten Freundschaft unter den beiden Ländern nicht mehr wie früher vorhanden gewesen sei, sowie die Konsequenzen, die sich für die deutsche Politik notwendigerweise aus dieser Erkenntnis ergeben hätten. Dabei habe ich u.a. die russischen Anbandelungen des vorigen Sommers gegen uns in Frankreich durch *Obrutschew* [seit 1878 Generaladjutant des Zaren, ab 1881 Chef des russischen Generalstabes] und in Italien ausdrücklich hervorgehoben, ohne einer Einrede des Herrn von *Saburow* zu begegnen. Die Frage der russischen Truppeneinstellungen an unserer polnischen Grenze ist gleichfalls eingehend von mir berührt worden. Andererseits habe ich nachdrücklich unsern Wunsch betont, mit Rußland in Frieden und Freundschaft weiterzuleben, und wiederholt, daß es für Deutschland bei russisch-deutschem Kriege einen Kampfpfeil überhaupt nicht gäbe. Wir seien Rußland gegenüber lediglich auf die Defensive angewiesen... — In Hinsicht auf bestimmte Abmachungen mit Rußland hat mir Graf *Schuwalow* bei seiner letzten Anwesenheit in Varzin [Bismarcks Landgut, 13./14. Dezember 1879] Folgendes gesagt: er könne nicht raten, sich auf irgendein Abkommen à trois oder à deux mit Rußland vertragsmäßig einzulassen. Ein solches würde immer die pierre d'achoppement [den Stein des Anstoßes] bilden für die gegenseitigen guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, die sich, wie es früher der Fall gewesen, auch ohne Vertrag naturgemäß entwickeln müßten. Es gäbe keine mögliche Form eines Vertrages, die so präzise wäre, daß sie nicht unseren Gegnern in Rußland als Vorwand zu der Behauptung dienen könnte, wir hätten unsere Verpflichtungen nicht gehalten.“¹

5. Februar 1880

Der russische Botschafter in Berlin von *Saburow* übergibt dem Fürsten *Bismarck* ein Aide-Mémoire (Denkschrift) über die russische sowie die britische Orientpolitik seit 1833 und äußert dazu mündlich u. a., Rußland könne den Schlüssel der Dardanellen zwar ohne Besorgnis in der Hand einer unabhängigen türkischen

BERLIN

GESPRÄCH
BISMARCK-
SABUROWVERHÄLTNIS
DEUTSCHLAND-
RUSSLANDSCHUWALOW
RÄT VON
BÜNDNISSEN
MIT RUSSLAND
AB

BERLIN

SABUROW:

DENKSCHRIFT
ÜBER BRITISCHE
ORIENT-
POLITIK

Regierung sehen, aber nicht in der einer europäischen Macht. Die Meerengen seien kein offenes Meer, sondern bildeten türkisches Gebiet, und in ein solches könnten die Streitkräfte europäischer Mächte nicht nach Belieben einrücken, sei es zu Lande oder zu Wasser. Wenn fremde Flotten ohne Zustimmung der Türkei nach Belieben in die Dardanellen einfahren könnten, so liege darin eine Unsicherheit für die Küsten des Schwarzen Meeres. Rußland sei friedensbedürftig, aber auch sicherheitsbedürftig, und seine Sicherheit sei durch die drohende Stellung der britischen Flotte gefährdet, besonders wenn der britische Botschafter sich berechtigt glaube, diese Flotte ohne eine andere Ermächtigung als die seiner eigenen Regierung nach Konstantinopel zu berufen. — Tags darauf wird *Saburow* einen vorerst privaten Entwurf über eine Dreierallianz Deutschland—Österreich—Ungarn—Rußland nachreichen.²

ENTWURF
ZU DREIER-
ALLIANZ

17. Februar 1880

PETERSBURG

FÜNFTER
ANSCHLAG
AUF DEN
ZAREN

Im Petersburger Winterpalais, der Residenz Zar Alexanders II., zerstört eine Dynamitexplosion, wie angekündigt (vgl. 1. Dezember 1879), die Zimmerdecken zweier Stockwerke. Mehrere Gardesoldaten der Wache kommen dabei um, andere werden schwer verletzt. Der Zar selbst entgeht dem Anschlag noch einmal. Er wird ein Jahr später (vgl. 13. März 1881) der langen Kette zielbewußter Attentate zum Opfer fallen. Dieses Mal müssen die Täter ungehinderten Zugang zum Winterpalais gehabt haben und offenbar im Bunde mit hochgestellten Persönlichkeiten aus der Umgebung des Zaren stehen. Die Folge dieses neuerlichen Anschlags wird sein, daß die „dritte Abteilung“, die bisherige Geheimpolizei, durch eine neue, oberste Verwaltungskommission unter Leitung des Armeniers Graf *Loris-Melikow*, des Gouverneurs von Astrachan, ersetzt und mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet werden wird. *Loris-Melikow* wird gleich bei seinem Amtsantritt ein Attentat auf seine Person überleben und den ungestörten Ablauf der Feierlichkeiten zum 25jährigen Regierungsjubiläum Alexanders II. in Petersburg am 2. März 1880 sicherstellen können. Die Ermordung des Zaren ein Jahr später wird auch er nicht verhindern können.³

NEUE
SICHERHEITS-
BEHÖRDE
UNTER
LORIS-
MELIKOW

30. März 1880

BRITISCHE
UNTERHAUS-
WAHLEN

RÜCKTRITT
D'ISRAELIS

In Großbritannien finden Neuwahlen zum Unterhaus statt. Sie erbringen nicht die erwartete Mehrheit für das bestehende konservative Kabinett *d'Israelis* (Lord Beaconsfields), sondern einen Sieg der Liberalen. Neuer Premierminister wird demgemäß *William E. Gladstone*, der nach dem Krimkrieg von den Konservativen zur liberalen Partei übergang und in den Jahren

1868—1874 schon einmal die Regierung führte. Die britische Wählerschaft hat sich gegen die selbstherrliche Regierungsweise d'Israelis gewandt, der seine Politik fast ausschließlich mit der Königin und „Kaiserin von Indien“ besprach und Großbritannien im Sinne einer absoluten Monarchie regierte. Er wird im April des darauffolgenden Jahres sterben. Neuer Staatssekretär für die Auswärtige Politik im Kabinett Gladstone wird Lord Granville, der genau einen Monat nach Beginn der Neuwahlen, also am 30. April 1880, zum ersten Mal das Londoner Diplomatische Korps empfangen und eine Botschafterkonferenz zur Lösung des griechisch-türkischen Grenzkonflikts in Vorschlag bringen wird. Gladstone selbst hat sich vor den Wahlen als leidenschaftlicher Türkenfeind gezeigt und diese als eine „unmenschliche Abart des menschlichen Geschlechts“ bezeichnet.⁴

*PREMIER
GLADSTONE*

*AUSSERES:
GRANVILLE*

20. April 1880

Bismarck richtet eine Note an den deutschen Botschafter in Wien und stellt darin fest, daß die katholische Zentrumsparlei seine Regierung im Bunde mit den Sozialisten und dem katholischen Adel nach wie vor bekämpft, obschon doch der Kulturkampf offiziell längst beigelegt ist. Das Verhalten der Zentrumsparlei ist kaum mit der päpstlichen Enzyklika „Quod apostolici muneris . . .“ vom 28. Dezember 1878 (vgl. dort) zu vereinbaren, in der die Sozialisten als Staatsfeinde gebrandmarkt werden.⁵

*BISMARCK
AN REUSS:*

*ZENTRUM
IM BUND
MIT DEN
SOZIALISTEN*

26. Mai 1880

Die bolivianischen Streitkräfte erleiden im Salpeterkrieg gegen Chile bei Tacna eine empfindliche Niederlage und müssen sich aus den Kämpfen zurückziehen, d. h. Peru den Krieg gegen Chile alleine weiterführen lassen. Die Folge wird sein, daß Bolivien im Friedensvertrag von Valparaiso (vgl. 4. April 1884) seine Küstenprovinz Antofagasta an Chile wird abtreten müssen und hinfort ein Binnenstaat ohne eigenen Zugang zum Meer sein wird, d. h. ohne rentable Absatzmöglichkeit für seine Bergbauerzeugnisse und auch in dieser Hinsicht von Chile abhängig.

BOLIVIEN

*NIEDERLAGE
BEI TACNA
UND AUS-
SCHEIDEN
AUS DEM
KRIEGE*

16. Juni 1880

Die vom britischen Staatssekretär für Auswärtige Politik, Lord *Granville*, vorgeschlagene Botschafterkonferenz zur Lösung des griechisch-türkischen Grenzkonflikts tritt in Berlin zusammen, nachdem die französische Regierung sich für diesen Tagungsort entschieden und damit den Ausschlag gegeben hat. Den Vorsitz führt der deutsche Botschafter Fürst *von Hohenlohe*. In der Schlußsitzung dieser Konferenz, die als eine „Nachkonferenz“ zum Berliner Kongreß (vgl. 13. Juli 1878) aufzufassen ist, wird

BERLIN

*BOTSCHAFTER-
KONFERENZ
ÜBER
GRIECHISCH-
TÜRKISCHEN
GRENZKONFLIKT*

KOLLEKTIV-
NOTE DER
MÄCHTE

am 1. Juli 1880 eine Kollektivnote beschlossen werden, die in Konstantinopel und in Athen jeweils von dem Doyen des dortigen diplomatischen Korps überreicht werden soll und in der die beiden Mächte eingeladen werden, den Spruch der Konferenzmächte entgegenzunehmen. Es soll damit, unterstrichen durch eine gemeinsame Flottendemonstration, ein Druck auf die Hohe Pforte, die Regierung des Sultans, zur Erfüllung der Bestimmungen des Friedens von Berlin von 1878 ausgeübt werden, insbesondere zur Abtretung ganz Thessaliens und eines großen Teiles von Epirus mit den Städten Arta, Prevesa, Janina an Griechenland und der Küstenstadt Dulcigno an Montenegro.⁶

27. Juni 1880

LONDON

GRANVILLE
DROHT MIT
ZWANGSMAS-
NAHMEN
GEGEN DIE
TÜRKEI

Während in Berlin noch die Botschafterkonferenz zum griechisch-türkischen Konflikt tagt (vgl. 16. Juni 1880), erklärt der britische Staatssekretär für Auswärtiges, Lord *Granville*, dem deutschen Botschafter in London, dem Grafen *Münster*, das britische Kabinett wünsche zwar Zwangsmaßnahmen gegen die Türkei nach Möglichkeit zu vermeiden, sei aber fest zu solchen Schritten entschlossen, falls wider Erwarten die Pforte dem einmütig von den Großmächten ausgesprochenen Willen sich nicht füge und daraus ein Krieg zwischen Griechenland und der Türkei entstehe. Wörtlich sagt Lord Granville: „Ich weiß, man hält uns hier und auch im Auslande ganz mit Unrecht für Friedensmänner um jeden Preis. Wir haben Lord Beaconsfield [d'Israeli] und seine Regierung besonders deshalb stark angegriffen, weil seine auswärtige Politik nur Bellen ohne Beißen war.“ Sollte die orientalische Frage nicht in Kürze wieder für Europa gefährlich werden, so müßten jedenfalls die Großmächte die Beschlüsse des Berliner Kongresses von 1878 durchführen. Die britische Regierung halte sich für verpflichtet und werde das ihrige dazu tun. Sie sei der Ansicht, daß die Großmächte es nicht dulden könnten, daß die Türkei, wie sie es bisher getan, Versprechungen gebe, sie nicht halte und den Rat Europas mißachte. Suche man die vielen offenen Wunden am Körper der Türkei nicht zu heilen, so werde der Auflösungsprozeß zu schnell eintreten, eine Entwicklung, die namentlich Österreich-Ungarn so sehr zu befürchten scheine. Der Botschafter Graf Münster wird diese Äußerungen Lord Granvilles noch am selben Tage dem deutschen Reichskanzler, dem Fürsten Bismarck mitteilen.⁷

3. Juli 1880

VERTRAG
ZU MADRID

In Madrid unterzeichnen Vertreter aller europäischen Staaten (außer Rußland, den Balkanstaaten und der Türkei) sowie der

Vereinigten Staaten von Nordamerika und Marokkos unter Vorsitz des spanischen Ministerpräsidenten Cánovas del Castillo ein Abkommen über die Ausübung der *Schutzrechte in Marokko*, den *Vertrag (Konvention) zu Madrid*. In seinen 17 Artikeln werden die Voraussetzungen zum Schutze der eingeborenen Marokkaner und ihre Stellung als Dolmetscher, Konsularagenten sowie Angestellte geregelt, ferner der Grundstückerwerb durch Ausländer und deren Abgaben an den marokkanischen Staat. Der wichtigste und letzte Artikel (17) sichert allen Unterzeichnerstaaten das Recht auf Behandlung als meistbegünstigte Nation seitens Marokkos zu, ein grotesker Widerspruch in sich, da ja immer nur *eine* Nation tatsächlich die *meist* begünstigte sein kann.⁸

**ÜBER
SCHUTZRECHTE
IN MAROKKO**

**ALLE SIND
„MEIST-
BEGÜNSTIGT“**

noch Juli 1880

Der Krieg in Afghanistan, dessen Bevölkerung sich gegen die britische Fremdherrschaft auflehnt (vgl. 15. Dezember 1879), flammt von neuem auf. Ein Militäraufstand in Kandahar unter Führung des Fürsten von Herat, *Ejub Khan*, des Bruders des abgedankten Jakob, gegen den von den Engländern eingesetzten Emir *Abd ur Rachman* (vgl.: noch Januar 1869) und gegen die britische Besatzungsarmee macht dieser schwer zu schaffen. Über ein Jahr lang, bis zum Oktober 1881, werden sich die Kämpfe hinziehen, dann wird sich Ejub Khan zur Flucht nach Persien gezwungen sehen und Abd ur Rachman unbestrittener Herrscher sein.⁹

AFGHANISTAN

**MILITÄR-
AUFSTAND
IN KANDAHAR**

**EJUB KHAN
GEGEN
ABD UR
RACHMAN**

4. Oktober 1880

Die britische Regierung schlägt den übrigen europäischen Großmächten vor, die gemeinsame europäische Flotte nach Smyrna zu entsenden und sich der Stadt und des Hafens als einer materiellen Garantie gegenüber der Pforte zur Durchsetzung der Forderungen vom 1. Juli 1880 (vgl. 16. Juni 1880) zu bemächtigen. Die deutsche Reichsregierung wird diesem Vorschlag mit Zurückhaltung begegnen, wie sie es auch ablehnt, sich an einem gemeinsamen Vorgehen der europäischen Flotte gegen die Küstenstadt Dulcigno zu beteiligen.¹⁰

**BRITISCHER
VORSCHLAG:**

**AKTION GEGEN
SMYRNA**

**DEUTSCHE
ZURÜCK-
HALTUNG**

10. Oktober 1880

Der deutsche Botschafter in London, Graf *Münster*, teilt in einem Telegramm nach Berlin mit, die britische Regierung wünsche ein Mandat der europäischen Großmächte zum Vorgehen gegen die Türkei. Fürst *Bismarck* will aber von einer solchen Mandatserteilung nichts wissen und wird an den Rand des Münsterschen Telegramms schreiben: „Nein, wir enthalten uns mit Wohl-

**GROSS-
BRITANNIEN
WÜNSCHT
MANDAT GEGEN
DIE TÜRKEI**

*BISMARCK:
KEIN MANDAT*

wollen, werden uns freuen, wenn Erfolg, bezweifeln diesen aber, geben also kein Mandat.“ Vgl. hierzu auch 7. November 1880.¹¹

14. Oktober 1880

*USA
VERNICHTUNG
NOCH FREIER
APACHEN*

Mit der Vernichtung des Apachenhäuptlings *Victorio* und seiner letzten hundert Krieger in den Tres Castillos Hills, unweit der mexikanischen Grenze, ist auch der letzte große Indianerstamm in den USA, der sich mit zunehmender Erbitterung gegen das Reservationssystem und die Zerstörung seiner Existenzgrundlage gewehrt hat, endgültig niedergeworfen. Die „Endlösung der Indianerfrage“ im Sinne des „Indian Ring“ und seiner Stützen Carl Schurz, Sherman, Sheridan u. a. ist im wesentlichen abgeschlossen. Was noch folgen wird, ist die Verkleinerung der großen Sioux-Reservation und die Aufteilung des Restes in kleine Gebiete im Herbst 1889, die Ermordung der Sioux-Häuptlinge Sinte-Galeshka (Spotted Tail) im Spätsommer 1881 und Tatanka Yotanka (Sitting Bull) am 15. Dezember 1890 in der Reservation Standing Rock — ein verspäteter Racheakt für den 25. Juni 1876, (vgl. dort!) — und — als wahrhaft würdiger, angemessener Schlußakkord — das Massaker am Wounded Knee, unweit der Stelle, an der Tashunka Witkos Herz begraben liegt (vgl. 5. September 1877), am 29. Dezember 1890. Dort werden etwa dreihundert unbewaffnete Sioux, Männer, Frauen und Kinder, die in Panik nach der Ermordung Tatanka Yotankas aus der Reservation Standing Rock geflohen sind, in ihrem Fluchtlager, zum Teil in ihren Zelten, in einer wilden Schießerei, sogar unter Einsatz von Kanonen umgebracht werden. Die Toten werden beraubt, tags darauf das ganze Feld mit den verbrannten Zelten, den im Schneesturm erstarrten Leichen photographiert werden, ein wahrhaft symbolisches Ende dieses zwei Jahrhunderte währenden, fortgesetzten, planmäßigen Völkermords! Vertreter eines Staatswesens, das diese ungeheure Blutschuld auf sich lud, werden kaum zwei Generationen später, im Jahre 1946, die deutsche Reichsführung wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zum Galgentode verurteilen und der Hinrichtung beizuhohnen. „Vorwärts, christliche Soldaten!“¹²

*ENDLÖSUNG
DER INDIANER-
FRAGE*

*KANONEN-
MASSAKER
BEI WOUNDED
KNEE
NACH DER
ERMORDUNG
SITTING BULLS
(1890)*

*VOM PLAN-
MÄSSIGEN
VÖLKERMORD
IN DEN USA
ZU RICHTERN
IN NÜRNBERG*

18. Oktober 1880

*DOSTOJEWSKIS
SEHERISCHE
WARNUNG:*

Der russische Schriftsteller Feodor Michailowitsch *Dostojewski* (vgl.: noch 1854) schreibt vier Monate vor seinem Tode in der Zeitung „Nowoje Wremja“, Nr. 1667: „Baron Hübner prophezeit die nächsten sozialen Bewegungen in Frankreich und in Europa. Rußland wird zum Bündnis aufgefordert (Rußland soll nicht darauf eingehen! Es soll seine eigenen Vorteile wahrnehmen! Der Sozialismus wird an Rußland zerschellen). In

*SOZIALISTEN
UND JESUITEN*

Frankreich werden sich den Sozialisten unfehlbar die Jesuiten anschließen [vgl. hierzu 28. November 1885!] und überhaupt alle Katholiken, die dank Gambettas Dummheit aus Paris ausgewiesen sind, alle Legitimisten und Bonapartisten werden sich dem Sozialismus zuwenden . . . Aber das ist der Anfang vom Ende. Das Ende der Welt naht. Das Ende des Jahrhunderts wird sich in einer Erschütterung kundtun, wie noch nie zuvor. Rußland soll sich nicht bewegen, soll aufpassen und warten. Wenn es sich nur nicht zu einem Bündnis verleiten ließe! Das *wäre furchtbar!* Dann ist es aus mit Rußland, endgültig aus. Bei uns gibt es keinen Sozialismus, absolut keinen. Der ganze gesunde Teil des russischen Volkes wird sich nicht rühren und der ist unzählbar groß.“ — Eben darum wird Stalin dann in den zwanziger Jahren des XX. Jahrhunderts diese gesunde bäuerliche Schicht des russischen Volkes zu Millionen verhungern lassen. Zu der Entwicklung, die über den 1. Weltkrieg und die russischen Revolutionen dorthin führen wird, vgl. auch 31. Dezember 1888 (Bericht des russischen Gesandten beim Vatikan, Iswolsky).¹³

7. November 1880

Der deutsche Reichskanzler Fürst *Bismarck* entwirft in seinem Landsitz allgemeine Instruktionen für die deutsche Orientpolitik, insbesondere im Hinblick auf Griechenland. Darin heißt es u. a.: „ . . . wir haben auch die Kriege anderer Mächte zu scheuen wegen der unvermeidlichen Rückwirkungen auf unsere wirtschaftlichen Interessen und ebenso sehr, weil wir nie vorherzusehen vermögen, wie weit wir in fremde Händel hineingezogen werden können. Besonders aber verlangt unser Interesse die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Österreich und Rußland; denn der Bruch zwischen diesen unseren Nachbarstaaten wird uns immer in die Verlegenheit bringen, früher oder später zwischen beiden optieren [wählen] zu müssen, auch wenn für uns kein casus foederis [Bündnisfall] vorliegt . . . Das Zusammengehen von Rußland und England muß notwendigerweise dahin führen, daß die orientalischen Verhältnisse ohne Berücksichtigung der österreichischen Interessen geregelt werden, und hat somit die Gefahr eines Bruches zwischen Österreich und Rußland im Gefolge, während die Fortdauer der früheren guten Beziehungen zwischen Österreich und England dazu beitragen würde, den Zusammenstoß Österreichs mit Rußland zu verhindern . . . Was die Haltung Deutschlands gegenüber *Griechenland* anlangt, so stehen die allerhöchsten Intentionen [Absichten Kaiser Wilhelms I.] dahin fest, daß die Aussichten dieses christlichen Königreichs auf Vergrößerung zu fördern seien, soweit

ENDE DES
JAHRHUNDERTS
ERSCHÜT-
TERUNG
WIE NIE ZUVOR

RUSSLAND SOLL
WARTEN

KEIN BÜNDNIS!

BISMARCK
ÜBER DEUTSCHE
ORIENT- UND
GRIECHENLAND-
POLITIK:

FRIEDEN
ZWISCHEN
ÖSTERREICH
UND RUSSLAND

GUTE
BEZIEHUNGEN
ZWISCHEN
ÖSTERREICH
UND GROSS-
BRITANNIEN

GRIECHEN
GEGENGEWICHT
GEGEN DEN
PANSLAWISMUS

SLAWEN
NEIGEN ZU
REVO-
LUTIONÄRER
ENTWICKLUNG

wir dies ohne kriegerische Handlungen tun können. Abgesehen von dem christlichen und zivilisatorischen Elemente, welches im Vergleich zu den Türken in den Griechen liegt, bilden dieselben mit den Albanesen und den Rumänen den Hauptbestandteil der nicht slawischen Bevölkerung auf der Balkanhalbinsel und eines der Gegengewichte für den Panslawismus. In letzterem liegt eine Gefahr für Osteuropa, und zwar nicht die der russischen Übermacht, sondern die einer revolutionären Entwicklung der an sich unlenkbaren slawischen Stämme bis nach Böhmen und Illyrien hinein . . . Der Panslawismus . . . ist beiden deutschen Mächten gefährlich, Österreich noch mehr als wie uns, und am allermeisten dem russischen Kaiserreich selbst mit seiner Dynastie. Das revolutionäre Slawentum, mit oder ohne russischen Kaiser an der Spitze, wird immer der Bundesgenosse der republikanischen Elemente nicht nur in Frankreich, sondern eben so in Italien, Spanien, vielleicht auch in England sein . . .¹⁴

22. Dezember 1880

BISMARCK
AN REUSS:

ÖSTERREICH
ERWARTET
ZUVIEL VON
ABKOMMEN
MIT RUSSLAND

NATÜRLICHE
RIVALITÄT

RUSSLAND
IN SICH
NICHT MEHR
GESCHLOSSEN

Der deutsche Reichskanzler, Fürst *Bismarck*, schreibt an den deutschen Botschafter in Wien, den Prinzen *Heinrich VII. Reuß*: „ . . . Mir scheint, daß Baron Haymerle [der österreichisch-ungarische Außenminister] an die Wirkung eines Abkommens mit Rußland zu hohe Anforderungen stellt, wenn er von einem solchen erwartet, daß die in der Natur der Dinge liegenden Rivalitäten beider Mächte auf der Balkanhalbinsel damit sofort gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Liebe Platz machen sollen. Diese Gefühle bestanden auch von 1815 bis 48 zwischen beiden Nachbarn nicht, und doch gelang es ihnen, die Wohltat des Friedens miteinander über 30 Jahre lang zu erhalten. Allerdings ist die russische Macht nicht mehr so einheitlich, wie sie damals war: ein Vertrag mit dem Kaiser [Zaren] und selbst mit dem Thronfolger dazu, bindet heutzutage nur einen Teil der russischen Macht; ein anderer bleibt unbotmäßig und treibt Politik auf eigene Hand. Daß man durch einen solchen Dualismus bei Abschlüssen ‚betrogen‘ werden kann, wie Baron Haymerle sagt, ist nicht zu leugnen; aber *ohne* Vertrag mit dem Kaiser wird das noch leichter möglich sein. Ein Vertrag mit Rußland hat immer seinen Wert als Schutz gegen Schädigung, und die Garantien gegen eine solche, welche Österreich in unserem Bündnis bereits besitzt, würden durch Hinzutritt eines Abkommens beider mit Rußland weder geschwächt noch gelockert . . . Der Kampf der diplomatischen Rivalität hat auch zwischen den besten Freunden und Bundesgenossen nicht immer abgeschafft werden können: zwischen Österreich-Ungarn und Rußland aber liegt augenblicklich die Interessenfrage nicht so, daß wir Freund-

schaft und Liebe gegenseitig erwarten können, sondern wir wenigstens sind froh, wenn es nur gelingt, in *Frieden* mit einem Nachbarn zu leben, mit dem der Krieg nicht nur ein Übel wie alle Kriege ist, sondern auch ohne jeden wünschenswerten Kampfpfeis im Fall des Sieges . . .“¹⁵

ZUFRIEDEN
WENN DER
FRIEDE ER-
HALTEN
WERDEN KANN
KANN

noch 1880 (ohne nähere Datierung)

Der im April 1880 (vgl. 30. 3.) zurückgetretene britische Premierminister Benjamin d'Israeli (Lord Beaconsfield) veröffentlicht in London seinen Roman *Endymion*, in dem er die Rassenfrage als den Schlüssel zur Weltgeschichte bezeichnet und auf Seite 212 ausführt: „ . . . Und jetzt üben die Semiten einen ungeheuren Einfluß auf die Weltangelegenheiten durch ihren kleinsten, aber eigentümlichsten Volksstamm aus: die Juden. Keine Rasse gibt es, die mit solcher Zähigkeit und solchem Geschick im Organisieren begabt ist wie diese. Jene Eigenschaften haben sie einen beispiellosen Griff in alles Besitztum tun und sich unbeschränkten Kredit erwerben lassen.“ Es ist der Schwanengesang d'Israelis. Ein halbes Jahr nach dem Erscheinen seines Buches wird er sterben.¹⁶

D'ISRAELIS
ABGESANG
„ENDYMION“

RASSENFRAGE

ROLLE DES
JUDENTUMS



Anmerkungen

(Quellenhinweise)

Vorwort

- 1 Leo Kreutzer, Heine und der Kommunismus, Göttingen 1970, 5, 6, 28 ff., 32f., 35; Heinrich Heine, Werke, Band 3, Schriften über Frankreich, Frankfurt/M. 1968 (Insel-Verlag), 422 f., 512 f., 677; Dichter über ihre Dichtungen, München 1971, Band 8/II: Heinrich Heine, Teil II, 308 f., 359 mit Anm. 5; Heinrich Heine, Gespräche, Briefe, Tagebücher, Berichte seiner Zeitgenossen, Berlin (Welt-Verlag) 1926, S. 190 f., Brief Hebbels an Elise Lensing vom 17. September 1843: „... Es kam nun gleich ein lebhaftes Gespräch zwischen uns in den Gang, wir wechselten die geheimen Zeichen, an denen die Ordensbrüder sich einander zu erkennen geben, aus, und vertieften uns in die Mysterien der Kunst. Mit Heine kann man das Tiefste besprechen...“
- 2 Dichter über ihre Dichtungen a.a.O., Band 8/II, Teil II, 359 mit Anm. 6.
- 3 Deutsch-Französische Jahrbücher, hrsg. von Arnold Ruge und Karl Marx, 1. und 2. Lieferung, Paris 1844, wiedergegeben in der Marx-Engelsausgabe der DDR, vgl. Seite 59—66.
- 4 Wilhelm Hartlieb, „Hundert Jahre deutsche Außenpolitik“ in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 1975, 23. Jahrgang, Heft 2, S. 6.

1848

- 1 Georg Weber, Lehrbuch der Weltgeschichte, Leipzig 1888²⁰, II. Band, 797 f., 811 f.
- 2 Vertrags-Ploetz, Teil II, 3. Band, Würzburg 1958², 292 ff.
- 3 Hellmuth Rössler/Günther Franz, Sachwörterbuch zur Deutschen Geschichte, München 1958 (Oldenbourg), „Deutsche Revolution“.
- 4 Rössler/Franz a.a.O., „Deutsche Revolution“ (!).
- 5 Rössler/Franz a.a.O., 198.
- 6 Vertrags-Ploetz a.a.O., 295.
- 7 Rössler/Franz a.a.O., 198.
- 8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 295.
- 9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 295 ff.
- 10 Weber a.a.O., II/822.
- 11 Georg Schwartz-Bostunitsch, Die Freimaurerei, Weimar o. J., 4. Aufl., 289.
- 12 Rössler/Franz a.a.O., 199, 561.
- 13 Weber a.a.O., II, 831 f.
- 14 Weber a.a.O., II, 824.
- 15 Weber a.a.O., II, 825.
- 16 Weber a.a.O., II, 797, 812.
- 17 Weber a.a.O., II, 834.
- 18 Weber a.a.O., II, 826; Rössler/Franz a.a.O., 199.
- 19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 295 f.
- 20 Weber a.a.O., II, 865.

1849

- 1 Weber a.a.O., II, 865 f.
- 2 Weber a.a.O., II, 812 f.
- 3 Weber a.a.O., II, 813.
- 4 Verlags-Ploetz a.a.O., 295 f.
- 5 Verlags-Ploetz a.a.O., 297; Rössler/Franz, Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte, München 1958, „Deutsche Revolution“, S. 199.
- 6 Weber a.a.O., II, 868.
- 7 Rössler/Franz a.a.O., „Union“, S. 1314.
- 8 Weber a.a.O., II, 853.
- 9 Verlags-Ploetz a.a.O., 297; Rössler/Franz a.a.O., „Deutscher Bund“, S. 197.
- 10 Weber a.a.O., II, 868 f.
- 11 Verlags-Ploetz a.a.O., 297 f.
- 12 Rössler/Franz a.a.O., 199.
- 13 Weber a.a.O., II, 813.
- 14 Weber a.a.O., II, 870.
- 15 Rössler/Franz a.a.O., 199.
- 16 Weber a.a.O., II, 815.
- 17 Weber a.a.O., II, 871 f.
- 18 Weber a.a.O., II, 815 f.
- 19 Weber a.a.O., II, 872.
- 20 Brockhaus, 5 Bde. 1960, „Tocqueville“.
- 21 Weber a.a.O., II, 783.

1850

- 1 Weber a.a.O., II, 873 f.
- 2 Verlags-Ploetz a.a.O., 298.
- 3 Weber a.a.O., II, 944.
- 4 Rössler/Franz a.a.O., „Württemberg“; Weber a.a.O., II, 874.
- 5 Rössler/Franz a.a.O., „Hessen“; Weber a.a.O., II, 874.
- 6 Rössler/Franz a.a.O., „Union“, S. 1314 f.; Brockhaus, 5 Bde. 1960, „Simson“, „Stahl“; Theodor Fritsch, Handbuch der Judenfrage, Leipzig 1931³⁰, 99, 169.
- 7 Verlags-Ploetz a.a.O., 298 f.
- 8 Weber a.a.O., II, 875; Rössler/Franz a.a.O., „Union II.“, S. 1315.
- 9 Weber a.a.O., II, 875.
- 10 Weber a.a.O., II, 879.
- 11 Brockhaus, 5 Bde. 1958, „Peel“, „Bankakte“.
- 12 Weber a.a.O., II, 875.
- 13 Verlags-Ploetz a.a.O., 300; Rössler/Franz a.a.O., „Schleswig-Holstein“, S. 1121.
- 14 Rössler/Franz a.a.O., „Hessen-Darmstadt“.
- 15 Verlags-Ploetz a.a.O., 299 f.
- 16 Weber a.a.O., II, 875; Rössler/Franz a.a.O., „Union II.“, S. 1315.
- 17 Weber a.a.O., II, 880.
- 18 Weber a.a.O., II, 877.
- 19 Weber a.a.O., II, 880.
- 20 Rössler/Franz a.a.O., „Hessen“.
- 21 Weber a.a.O., II, 875.

- 22 Rössler/Franz a.a.O., „Hessen“.
- 23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 300 f.; Rössler/Franz a.a.O., 1121.
- 24 Weber a.a.O., II, 879.
- 25 Hellmuth Rössler/Günther Franz, Sachwörterbuch zur Deutschen Geschichte, München 1958, „Dresdener Konferenzen“.
- 26 Paul Oßwald, „Belgien“ in Paul Herre/Kurt Jagow, Politisches Handwörterbuch, Leipzig (K. F. Koehler) 1923, I, 191.
- 27 Paul Herre/Kurt Jagow, Politisches Handwörterbuch, Leipzig (K. F. Koehler) 1923, „Agrarschutz“.
- 28 Walter Claaßen, „Agrarverfassung“ und „Bauernbefreiung“ in Herre/Jagow a.a.O.
- 29 Weber a.a.O., II, 999.

1851

- 1 Georg Weber, Lehrbuch der Weltgeschichte, Leipzig 1888, 2. Band, 882 f.
- 2 Weber a.a.O., II, 880.
- 3 Weber a.a.O., II, 881.
- 4 Weber a.a.O., II, 997.
- 5 Weber a.a.O., II, 935 f.
- 6 Rössler/Franz a.a.O., „Dresdener Konferenzen“.
- 7 Weber a.a.O., II, 945.
- 8 Rössler/Franz a.a.O., „Neoabsolutismus“.
- 9 Weber a.a.O., II, 945.
- 10 Walter Grävell, „Bergrecht“ in Herre/Jagow a.a.O., I, 206.
- 11 Briefwechsel Marx-Engels, 23. Mai 1851.
- 12 Weber a.a.O., II, 944.
- 13 Herre/Jagow a.a.O., „Belagerungszustand“.
- 14 Weber a.a.O., II, 883.
- 15 Rössler/Franz a.a.O., „Neoabsolutismus“.
- 16 Weber a.a.O., II, 1058.
- 17 Weber a.a.O., II, 943.
- 18 Weber a.a.O., II, 936.
- 19 Weber a.a.O., II, 1058.
- 20 Weber a.a.O., II, 936 f.
- 21 Weber a.a.O., II, 883.
- 22 Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, München 1966, 111.
- 23 Rössler/Franz a.a.O., „Neoabsolutismus“.
- 24 F.W. Mohr, „China“ in Herre/Jagow a.a.O., I, 317 f.; Ploetz, Auszug aus der Geschichte, Würzburg 1968, 1191 f.; Putzger, Historischer Weltatlas, Berlin (Vehagen & Klasing) 1965, 132 I c/d.
- 25 Th. Fritsch, Handbuch, 30. Aufl., Leipzig 1931, 303, 307 f.
- 26 Herre/Jagow a.a.O., „Flämische Bewegung“.

1852

- 1 Weber a.a.O., II, 883.
- 2 Weber a.a.O., II, 883.
- 3 Weber a.a.O., II, 1005.
- 4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 300; Rössler/Franz a.a.O., „Schleswig-Holstein“, S. 1121.

- 5 Weber a.a.O., II, 1058.
- 6 Schwartz-Bostunitsch a.a.O., 289 f.
- 7 Weber a.a.O., II, 933.
- 8 Weber a.a.O., II, 999.
- 9 Rössler/Franz a.a.O., „Neoabsolutismus“.
- 10 Rössler/Franz a.a.O., „Hessen“; Weber a.a.O., II, 933.
- 11 Weber a.a.O., II, 943 f.
- 12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 302 f.; Rössler/Franz a.a.O., „Schleswig-Holstein“, S, 1121
- 13 Rössler/Franz a.a.O., „Neoabsolutismus“.
- 14 Weber a.a.O., II, 1005 f.
- 15 Lennhoff a.a.O., 111.
- 16 Weber a.a.O., II, 883.
- 17 Weber a.a.O., II, 350.
- 18 Weber a.a.O., II, 901.
- 19 Herre/Jagow a.a.O., „Farbbücher“.
- 20 Theodora Kroeber, Der Mann, der aus der Steinzeit kam, Eßlingen 1967, 62 f., 77 ff. (Amerik. Originalausgabe: Ishi in Two Worlds, University of California Press. — Den anderen Indianerstämmen Nordamerikas ist es früher oder später nicht wesentlich anders ergangen. Viele von ihnen sind vollständig verschwunden. Das Schicksal der Yanas wird hier stellvertretend für sie alle erwähnt, weil es durch Kroeber und Waterman sowie S. F. Cooks relativ genau erfaßt wurde. (Waterman, Die Yana-Indianer, 1918; S. F. Cooks, mehrere Monographien über die Beziehungen zwischen Indianern und Weißen in Kalifornien.)

1853

- 1 Weber a.a.O., II, 890.
- 2 Weber a.a.O., II, 901.
- 3 Herre/Jagow a.a.O., „Ausweisungsgesetz“.
- 4 Weber a.a.O., II, 939.
- 5 Weber a.a.O., II, 961.
- 6 Weber a.a.O., II, 902.
- 7 Weber a.a.O., II, 784.
- 8 Weber a.a.O., II, 936 f.
- 9 Weber a.a.O., II, 1006.
- 10 Weber a.a.O., II, 902.
- 11 Herre/Jagow a.a.O., „Amtsdauer“.
- 12 Weber a.a.O., II, 902.
- 13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 306 f.
- 14 Weber a.a.O., II, 950.
- 15 Weber a.a.O., II, 939 f.
- 16 Weber a.a.O., II, 903.
- 17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 303 f.
- 18 Schwartz-Bostunitsch a.a.O., 184 f.
- 19 Weber a.a.O., II, 777.
- 20 Weber a.a.O., II, 903.
- 21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 313 f.
- 22 Weber a.a.O., II, 930.
- 23 Herre/Jagow a.a.O., „Australien“.

1854

- 1 Weber a.a.O., II, 1007.
- 2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 303 ff.
- 3 Weber a.a.O., II, 904.
- 4 Weber a.a.O., 903 f.
- 5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 306 ff.
- 6 Weber a.a.O., II, 962.
- 7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 308 f.
- 8 Weber a.a.O., II, 904 f.
- 9 Weber a.a.O., II, 1014.
- 10 Rössler/Franz a.a.O., „Bamberger Konferenzen“.
- 11 Weber a.a.O., II, 905; nach Rössler/Franz a.a.O., „Krimkrieg“, hat Österreich die entsprechende Forderung an Rußland auf Räumung der Donaufürstentümer bereits am 3. Juni 1854 gestellt.
- 12 Jasmund, J. v., Aktenstücke zur Orientalischen Frage, 3 Bde., Berlin 1855/59, Bd. I, Dok. 236, S. 323 ff.; Ghillany, F. W., Diplomatisches Handbuch 1648 bis 1867, 3 Bde., Nördlingen 1855—1868, Bd. II, S. 348 ff., zit. in Vertr.-Ploetz a.a.O., 310; Rössler/Franz a.a.O., „Krimkrieg“.
- 13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 310.
- 14 Weber a.a.O., II, 1058 f.
- 15 Jasmund a.a.O., Bd. I, Dok. 247, S. 341 f. (dtsh. Überstz.), zit. bei Vertrags-Ploetz a.a.O., 311.
- 16 Weber a.a.O., II, 905.
- 17 Weber a.a.O., II, 905.
- 18 Brockhaus, 5 Bde. Wiesbaden 1959, „Krimkrieg“.
- 19 Weber a.a.O., II, 906.
- 20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 308.
- 21 Weber a.a.O., II, 906 f.
- 22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 311 ff.
- 23 B. Bartmann, Lehrbuch der katholischen Dogmatik II., Freiburg 1918, zitiert bei Franz Xaver Seppelt, „Alleinseligmachende Kirche“ in Herre/Jagow a.a.O.
- 24 Herre/Jagow a.a.O., „Auswanderung“.
- 25 Rössler/Franz a.a.O., „Genossenschaften“; Herre/Jagow a.a.O., Genossenschaftswesen; Th. Fritsch, Handbuch . . . , 479 f.
- 26 Herre/Jagow a.a.O., „Agenzia Stefani“.
- 27 Herre/Jagow a.a.O., „Devaluation“.
- 28 Herre/Jagow a.a.O., „Dostojewski“.

1855

- 1 Jäger, O./Moldenhauer, Frz., Ausw. wicht. Aktenstücke zur Gesch. des 19. Jahrh., Berlin 1893, Dok. 120, S. 306, zit. in Vertrags-Ploetz a.a.O., 313.
- 2 Weber a.a.O., II, 1006.
- 3 Rössler/Franz a.a.O., „Krimkrieg“.
- 4 Weber a.a.O., II, 937.
- 5 Herre/Jagow a.a.O., „Ausweisungsgesetz“.
- 6 Weber a.a.O., II, 908.
- 7 Weber a.a.O., II, 937.
- 8 Weber a.a.O., II, 908 f.

- 9 Weber a.a.O., II, 937.
- 10 Weber a.a.O., II, 909.
- 11 Weber a.a.O., II, 689.
- 12 Weber a.a.O., II, 592, 988.
- 13 Weber a.a.O., II, 1003.
- 14 Weber a.a.O., II, 909.
- 15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 305.
- 16 Weber a.a.O., II, 938.
- 17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 313 f.
- 18 Weber a.a.O., II, 1014; Paul H. Emden, Money Powers of Europe, D. Appleton, Century Company, 1938; Clement Eaton, History of the Southern Confederacy, MacMillan, 1954; beide zitiert bei Garry Allen, Die Insider, Wiesbaden 1974, 53, Anm. 2 (182).
- 19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 305.
- 20 Paul Herre/Kurt Jagow, Politisches Handwörterbuch, Leipzig 1923, „Abessinien“.
- 21 Herre/Jagow a.a.O., „Daily Telegraph“.

1856

- 1 Vertrags-Ploetz a.a.O., 305.
- 2 Weber a.a.O., II, 910.
- 3 Weber a.a.O., II, 917.
- 4 Herre/Jagow a.a.O., „Gortschakow“.
- 5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 314 f.
- 6 Weber a.a.O., II, 910.
- 7 Jasmund a.a.O., Bd. III, Dok. 437, S. 1 ff., zit. in Vertrags-Ploetz a.a.O., 315 ff.
- 8 Weber a.a.O., II, 951.
- 9 Jasmund a.a.O., Bd. III, Dok. 437, S. 2, zit. in Vertrags-Ploetz a.a.O., 317.
- 10 Herre/Jagow a.a.O., „Hilfskreuzer“, „Kaperei“.
- 11 Weber a.a.O., II, 1059.
- 12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 321.
- 13 Herre/Jagow a.a.O., „Hessen“.
- 14 Weber a.a.O., II, 914.
- 15 Weber a.a.O., II, 1059.
- 16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 319.
- 17 Weber a.a.O., II, 963.
- 18 Weber a.a.O., II, 1014; Paul H. Emden, Money Powers of Europe, D. Appleton, Century Company, 1938; Clement Eaton, History of the Southern Confederacy, MacMillan, 1954; beide zitiert bei Garry Allen, Die Insider, Wiesbaden 1974, 53, Anm. 2 (182).
- 19 Weber a.a.O., II, 1006.
- 20 Herre/Jagow a.a.O., „Indien“, 818.
- 21 Herre/Jagow a.a.O., „Ballin“, „Hamburg-Amerika-Linie“.
- 22 Herre/Jagow a.a.O., „Haiti“; Brockhaus, 5 Bde. 1958, „Haiti“.

1857

- 1 Weber a.a.O., II, 963.
- 2 Weber a.a.O., II, 931 f.
- 3 Rössler/Franz a.a.O., „Realpolitik“.

- 4 Weber a.a.O., II, 983.
- 5 Weber a.a.O., II, 931.
- 6 Vertrags-Ploetz a.a.O., 321.
- 7 Weber a.a.O., II, 983.
- 8 Weber a.a.O., II, 985.
- 9 Weber a.a.O., II, 964 f.
- 10 Wilhelm Koppelman, „Comte“ in Herre/Jagow a.a.O., I, 334.
- 11 Weber a.a.O., II, 984 f.
- 12 Weber a.a.O., II, 986.
- 13 Weber a.a.O., II, 892.
- 14 Weber a.a.O., II, 914.
- 15 Weber a.a.O., II, 917 f.
- 16 Weber a.a.O., II, 951.
- 17 Brockhaus, 5 Bde. 1958, „Fr. Wilh. IV.“.
- 18 Weber a.a.O., II, 986.
- 19 Lennhoff a.a.O., 115.
- 20 Lennhoff a.a.O., 116.
- 20a Vertrags-Ploetz a.a.O., 319.
- 21 Theodora Kroeber a.a.O., 80 ff.
- 22 Herre/Jagow a.a.O., „Aden“.
- 23 Herre/Jagow a.a.O., „Algerien“.
- 24 Herre/Jagow a.a.O., „Liberia“, II, 50.

1858

- 1 Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, München 1966, 112—120; Weber a.a.O., II, 892.
- 2 Weber a.a.O., II, 1007.
- 3 Weber a.a.O., II, 951.
- 4 Lennhoff a.a.O., 122 f.
- 5 Lennhoff a.a.O., 123 f.; Weber a.a.O., II, 892 f.
- 6 Otto von Bismarck, Gesammelte Werke (Hrg. Petersdorff), Berlin 1924 ff.2, Band II, S. 317 ff., zitiert im Vertrags-Ploetz a.a.O., 328.
- 7 Weber a.a.O., II, 986 f.
- 8 Weber a.a.O., II, 988.
- 9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 319.
- 10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 318.
- 11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 319 f.
- 12 Weber a.a.O., II, 1059.
- 13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 324.
- 14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 321 ff.
- 15 Weber a.a.O., II, 965 f.
- 16 Weber a.a.O., II, 987.
- 17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 323.
- 18 Weber a.a.O., II, 946 f.
- 19 Rössler/Franz a.a.O., „Neue Ära“.
- 20 Weber a.a.O., II, 951 f.
- 21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 324.
- 22 Weber a.a.O., II, 911.

1859

- 1 Weber a.a.O., II, 911.
- 2 Weber a.a.O., II, 952.
- 3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 324.
- 4 Bismarck, Ges. W. a.a.O., III, S. 36 ff., zit. im Vertrags-Ploetz a.a.O., 328.
- 5 Weber a.a.O., II, 968.
- 6 Weber a.a.O., II, 963 f., 973.
- 7 Weber a.a.O., II, 967 f.
- 8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 320.
- 9 Weber a.a.O., II, 970.
- 10 Weber a.a.O., II, 970.
- 11 Weber a.a.O., II, 971.
- 12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 323 ff.; Schwaiger, „Papsttum“ in Rössler/Franz, Sachwörterbuch zur Deutschen Geschichte, München 1958, 890 f.
- 13 Weber a.a.O., II, 940 f.
- 14 Bismarck, Ges. W. a.a.O., XIV, 1, S. 517, zit. im Vertrags-Ploetz a.a.O., 328.
- 15 Weber a.a.O., II, 940.
- 16 Weber a.a.O., II, 915; Putzger a.a.O., 124.
- 17 Weber a.a.O., II, 911.
- 18 Weber a.a.O., II, 968.
- 19 Weber a.a.O., II, 1006.
- 20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 325 f.
- 21 Weber a.a.O., II, 1014.
- 22 Weber a.a.O., II, 941.
- 23 Weber a.a.O., II, 972.
- 24 Robert A. Anderson, Bekämpfung der Mill Creeks, 1909; Sim Moak, Der Letzte der Mill Creeks und das Leben der Pionierzeit in Nordkalifornien; beide zitiert bei Theodora Kroeber a.a.O., 83 ff.

1860

- 1 Weber a.a.O., II, 1059.
- 2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 327 f.
- 3 Rössler/Franz a.a.O., „Baden“; Weber a.a.O., II, 689.
- 4 Weber a.a.O., II, 1059.
- 5 Weber a.a.O., II, 973.
- 6 Weber a.a.O., II, 973 f.
- 7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 327 f.
- 8 Weber a.a.O., II, 974.
- 9 Weber a.a.O., II, 893.
- 10 Weber a.a.O., II, 974.
- 11 Weber a.a.O., II, 974.
- 12 Weber a.a.O., II, 976.
- 13 Weber a.a.O., II, 974.
- 14 Weber a.a.O., II, 997.
- 15 Weber a.a.O., II, 975 f.
- 16 Weber a.a.O., II, 976.
- 17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 320.

- 18 Weber a.a.O., II, 941.
- 19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 320 f.
- 20 Weber a.a.O., II, 976 f.
- 21 Weber a.a.O., II, 976.
- 22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 318.
- 23 Weber a.a.O., II, 918 f.
- 24 Weber a.a.O., II, 1014 f.; Brockhaus, 5 Bde. 1960, „Vereinigte Staaten“.
- 25 Weber a.a.O., 1015; Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, München 1966, 379.
- 26 Weber a.a.O., II, 988.
- 27 Weber a.a.O., II, 941.
- 28 Friedrich von Oppeln-Bronikowski, „Alliance israélite universelle“ in Herre/Jagow a.a.O.

1861

- 1 Gregor Schwarz-Bostunisch, Die Freimaurerei, Weimar o. J. (Alex. Duncker Verl.), 4. Aufl., 283 f.
- 2 Weber a.a.O., II, 977.
- 3 Weber a.a.O., II, 1015.
- 4 Weber a.a.O., II, 916 f.
- 5 Weber a.a.O., II, 919.
- 6 Weber a.a.O., II, 941 f.
- 7 Weber a.a.O., II, 919.
- 8 Weber a.a.O., II, 919.
- 9 Weber a.a.O., II, 897.
- 10 Rössler/Franz a.a.O., „Württemberg“; Weber a.a.O., II, 689.
- 11 Weber a.a.O., II, 977 ff.
- 12 Weber a.a.O., II, 919.
- 13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 321.
- 14 Weber a.a.O., II, 919 f.
- 15 Weber a.a.O., II, 1015; Paul H. Emden, Money Powers of Europe, D. Appleton, Century Company, 1938; Clement Eaton, History of the Southern Confederacy, Mac Millan, 1954, beide zitiert bei Gary Allen, Die Insider, Wiesbaden 1974, 53, mit Anm. 2; Juan Maler, Die große Rebellion, Buenos Aires 1969, 16, 44.
- 16 Weber a.a.O., II, 978 f.
- 17 Weber a.a.O., II, 920.
- 18 Weber a.a.O., II, 910.
- 19 Weber a.a.O., II, 948.
- 20 Weber a.a.O., II, 1015.
- 21 Weber a.a.O., II, 988 f.
- 22 Weber a.a.O., II, 785.
- 23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 321.
- 24 Weber a.a.O., II, 1006.
- 25 Weber a.a.O., II, 921.
- 26 Weber a.a.O., II, 948 f.
- 27 Weber a.a.O., II, 989.

- 28 Weber a.a.O., II, 1003.
- 29 Weber a.a.O., II, 777.
- 30 Weber a.a.O., II, 1015 f.

1862

- 1 Weber a.a.O., II, 989.
- 2 Weber a.a.O., II, 912.
- 3 Weber a.a.O., II, 1017 f.
- 4 Rössler/Franz a.a.O., „Neue Ära“.
- 4a Juan Maler, Die große Rebellion, Buenos Aires 1969, 32 f.
- 5 Weber a.a.O., II, 1017.
- 6 Weber a.a.O., II, 989.
- 7 Fritz Hartung, „Lassalle“, in Herre/Jagow a.a.O.
- 8 Weber a.a.O., II, 934; Rössler/Franz a.a.O., „Hessen“.
- 8a Theodora Kroeber a.a.O., 89 f.
- 8b Bismarck Jb. 6, S. 154; zitiert in Vertrags-Ploetz a.a.O., 336 f.
- 9 Weber a.a.O., II, 921.
- 10 Weber a.a.O., II, 1017.
- 11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 321.
- 12 Weber a.a.O., II, 980.
- 13 Weber a.a.O., II, 990.
- 14 Weber a.a.O., II, 1009.
- 15 Weber a.a.O., II, 1017.
- 16 Weber a.a.O., II, 1017; Lennhoff a.a.O., 380 f.
- 17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 328; Weber a.a.O., II, 949.
- 18 Weber a.a.O., II, 911.
- 19 Weber a.a.O., II, 912 f.
- 20 Weber a.a.O., II, 913.
- 21 Weber a.a.O., II, 1018.

1863

- 1 Weber a.a.O., II, 990.
- 2 Weber a.a.O., II, 922.
- 3 Weber a.a.O., II, 922.
- 4 Weber a.a.O., II, 917.
- 5 Weber a.a.O., II, 923 f.
- 6 Weber a.a.O., II, 913.
- 7 Weber a.a.O., II, 1060.
- 8 Weber a.a.O., II, 923.
- 9 Weber a.a.O., II, 1007 f.
- 10 Weber a.a.O., II, 990.
- 11 Fritz Hartung, „Lassalle“, in Herre/Jagow a.a.O.; Politisches Lexikon a.a.O., Teil I, „SPD“.
- 12 Weber a.a.O., II, 990.
- 13 Weber a.a.O., II, 913.
- 14 Weber a.a.O., II, 990 f.
- 15 Juan Maler, Gegen Gott und die Natur, Buenos Aires 1971, 22 f.

- 16 Weber a.a.O., II, 1018.
- 17 Weber a.a.O., II, 1018.
- 18 Weber a.a.O., II, 991.
- 18a Theodora Kroeber a.a.O.
- 19 Weber a.a.O., II, 924.
- 20 Weber a.a.O., II, 928.
- 21 Weber a.a.O., II, 991.
- 22 Weber a.a.O., II, 924 f.
- 23 Rössler/Franz a.a.O., „Schleswig-Holstein“, 1121 f.; Vertrags-Ploetz a.a.O., 329.
- 24 Weber a.a.O., II, 897.
- 25 Weber a.a.O., II, 1018 f.

1864

- 1 Rössler/Franz a.a.O., „Schleswig-Holstein“, 1122; Vertrags-Ploetz a.a.O., 329 f.
- 2 Weber a.a.O., II, 991 f.
- 3 Weber a.a.O., II, 1001.
- 4 Weber a.a.O., II, 1007 f.
- 5 Weber a.a.O., II, 992.
- 6 Rössler/Franz a.a.O., „Schleswig-Holstein“, 1122; Vertrags-Ploetz a.a.O., 329 f.
- 7 Rössler/Franz a.a.O., „Schleswig-Holstein“, 1122.
- 8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 330.
- 9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 330 ff.
- 10 Herre/Jagow a.a.O., „Lassalle“.
- 11 Weber a.a.O., II, 1008.
- 11a Jeremiah Curtin, Schöpfungsmythen der Primitiven Amerikas, 1898; das Buch enthält einen Bericht über die Vernichtung der Yanas; Robert A. Anderson, Bekämpfung der Mill Creeks, 1909; Sim Moak, Der Letzte der Mill Creeks und das Leben der Pionierzeit in Nordkalifornien; sämtlich zitiert bei Theodora Kroeber a.a.O., (Vgl.: noch 1852), 96—107.
- 12 Weber a.a.O., II, 980.
- 13 Weber a.a.O., II, 980 f.
- 14 Weber a.a.O., II, 1019.
- 15 Weber a.a.O., II, 1001.
- 15a Dee Brown, Begrabt mein Herz an der Biegung des Flusses, Hamburg (Hoffmann und Campe) 1972, 88—99.
- 16 Weber a.a.O., II, 1022.
- 17 Weber a.a.O., II, 1022.
- 18 Weber a.a.O., II, 1019.
- 19 Schwartz-Bostunitsch a.a.O., 185, Fußnote.
- 20 Weber a.a.O., II, 981.

1865

- 1 Weber a.a.O., II, 1022.
- 2 Leopold Schwarzschild, Der rote Preuße, 353 ff.
- 3 Weber a.a.O., II, 1019.
- 4 Weber a.a.O., II, 1001.
- 5 Weber a.a.O., II, 981.

- 6 Weber a.a.O., II, 992 f.
- 7 Weber a.a.O., II, 1008.
- 8 Weber a.a.O., II, 1023 f.
- 9 Weber a.a.O., II, 1008.
- 10 Weber a.a.O., II, 981.
- 11 Weber a.a.O., II, 1025.
- 12 Weber a.a.O., II, 1019.
- 13 Weber a.a.O., II, 1001.
- 14 Weber a.a.O., II, 1019; Lennhoff a.a.O., 381 f.
- 15 Weber a.a.O., II, 1019 f.; Lennhoff a.a.O., 381 ff.; W. E. Woodward, A New American History, 1938, S. 475, zitiert bei Juan Maler, Die große Rebellion, Buenos Aires 1969, 16.
- 16 Weber a.a.O., II, 997.
- 17 Weber a.a.O., II, 1000.
- 18 Weber a.a.O., II, 1019.
- 19 Weber a.a.O., II, 1024.
- 20 Weber a.a.O., II, 1025.
- 21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 333; Weber a.a.O., II, 1026.
- 22 Weber a.a.O., II, 997.
- 23 Weber a.a.O., II, 1025; nach Rössler/Franz a.a.O., „Februarpatent“, bereits am 17. September.
- 24 Weber a.a.O., II, 993.
- 25 Weber a.a.O., II, 925.
- 26 Weber a.a.O., II, 1004.
- 27 Weber a.a.O., II, 1001 f.
- 28 Weber a.a.O., II, 1025.
- 29 Weber a.a.O., II, 925.
- 30 Lennhoff a.a.O., 387 ff.
- 31 Weber a.a.O., II, 1003.
- 32 Herre/Jagow a.a.O., „Bebel“.
- 33 Wilfried Nölle, Die Indianer Nordamerikas, Stuttgart 1959, 116 f.; Oliver La Farge, Die große Jagd, Olten 1961, 172, Bildunterschrift, 174.

1866

- 1 Dee Brown, Begrabt mein Herz an der Biegung des Flusses, Hamburg 1972, 127.
- 2 Georg Weber, Lehrbuch der Weltgeschichte, Leipzig 1888, II. Band, 1002.
- 3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 335 (siehe 1848, Anm. 2).
- 4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 337.
- 5 Weber a.a.O., II, 926.
- 6 Weber a.a.O., II, 1002.
- 7 Herre/Jagow a.a.O., II, 506 („Rumänien“) (siehe 1850, Anm. 27).
- 8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 337.
- 9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 335 f.
- 10 Dee Brown a.a.O., 127.
- 11 Dee Brown a.a.O., 132 ff.
- 12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 340.
- 13 Georg Weber a.a.O., II, 1041.
- 14 von Loe, Erinnerungen aus meinem Berufsleben, 1906, 102 ff., zitiert in Eberhard Kessel (Hrsg.), Moltke Gespräche, Hamburg 1940/41, 75 f.
- 15 Weber a.a.O., II, 1048 f.
- 16 Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, 1898, Bd. II, S. 46, zitiert in Vertrags-Ploetz a.a.O., 337 f.
- 17 Dee Brown a.a.O., 127.
- 18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 338 f.
- 19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 340.
- 20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 341 f.
- 21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 342 f.
- 22 Weber a.a.O., II, 1051.
- 23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 343.
- 24 Dee Brown a.a.O., 139 ff.

1867

- 1 Dee Brown a.a.O., 127.
- 2 Dee Brown a.a.O., 127; Brockhaus, 5 Bde., 1960, „Suez-Kanal“.
- 3 Weber a.a.O., II, 1008.
- 4 Weber a.a.O., II, 1055.
- 5 Dee Brown a.a.O., 127; Lennhoff a.a.O., 106 ff. (siehe 1851, Anm. 22).
- 6 Herre/Jagow a.a.O., „Kanada“, II, 912; Brockhaus 5 Bde., „Neuschottland“.
- 7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 343 f.
- 8 Weber a.a.O., II, 1053.
- 9 Dee Brown a.a.O., 154—160.
- 10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 339 f.
- 11 Weber a.a.O., II, 994.
- 12 Dee Brown a.a.O., 127; Herre/Jagow a.a.O., „Frauenstimmrecht“.
- 13 Herre/Jagow a.a.O., „Panslawismus“.
- 14 Weber a.a.O., II, 926.
- 15 Weber a.a.O., II, 1055.
- 16 Dee Brown a.a.O., 127.

- 17 Weber a.a.O., II, 995.
- 18 Dee Brown a.a.O., 127.
- 19 Weber a.a.O., II, 898.

1868

- 1 Weber a.a.O., II, 1008.
- 2 Dee Brown a.a.O., 151.
- 3 Weber a.a.O., II, 899.
- 4 Weber a.a.O., II, 1054 f.
- 5 Weber a.a.O., II, 1061 f.
- 6 Dee Brown a.a.O., 151; Brockhaus, 5 Bde., 1960, „Wyoming“.
- 7 Dee Brown a.a.O., 151.
- 8 Dee Brown a.a.O., 148.
- 9 Die Auswärtige Politik Preußens 1858—1871, Bd. X (1939), S. 178 f.
- 10 Weber a.a.O., II, 1062 f.
- 11 Dee Brown a.a.O., 168 ff.
- 12 Dee Brown a.a.O., 151, 177; Brockhaus, 5 Bde., 1959, „Rockefeller“.
- 13 Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, Bd. VIII 1901, S. 373 f., zitiert in Eberhard Kessel, Moltke Gespräche, Hamburg 1940/41, 115.

1869

- 1 Weber a.a.O., II, 1260.
- 2 Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, 3. Bd.; Peter Gerhard, Freimaurerei und Politik, S. 43; zitiert nach Gregor Schwartz-Bostunitsch, Die Freimaurerei, 4. Aufl., Weimar o.J., 281 f., 284.
- 3 Dee Brown a.a.O., 177, 182 f.
- 4 Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, Bd. VIII, 1901, S. 410—416, zitiert in Eberhard Kessel, Moltke Gespräche, Hamburg 1940/41, 116—122.
- 5 Weber a.a.O., II, 1260.
- 6 Karl F. Kohlenberg, Das kleine Buch vom wilden Westen, Stuttgart 1967, 38 (Bildunterschrift).
- 7 Dee Brown a.a.O., 177; Herre/Jagow a.a.O., II, 863.
- 8 Weber a.a.O., II, 1063.
- 9 Weber a.a.O., II, 927.
- 10 Theodor Fritsch, Handbuch der Judenfrage, 30. Aufl., Leipzig 1931, 169 f.
- 11 Weber a.a.O., II, 989.
- 12 Dee Brown a.a.O., 172 ff.
- 13 Dee Brown a.a.O., 177; Who's Who in World Jewry, New York 1955, „Gould“; Juan Maler, Die große Rebellion, Bariloche 1969, 16.
- 14 Herre/Jagow a.a.O., „Suezkanal“.
- 15 Brockhaus, 5 Bde., 1958, „Hudson-Bay-Kompanie“.
- 16 Weber a.a.O., II, 1295.
- 17 Brockhaus, 5 Bde., 1960, „Vatik. Konzil“.

- 18 Denkwürdigkeiten des Botschafters General v. Schweinitz, 1927, I 249, zitiert bei Kessel a.a.O., 125.
- 19 Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, München 1968, 170 ff.; Julius Pokorny, „Irland“, in Herre/Jagow a.a.O., I, 859.

1870

- 1 Weber a.a.O., II, 895.
- 2 Dee Brown a.a.O., 179 f.
- 3 Weber a.a.O., II, 1009.
- 4 Weber a.a.O., II, 895 f.
- 5 Weber a.a.O., II, 1063.
- 6 Dee Brown a.a.O., 185—191.
- 7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 469 f.
- 8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 470; Weber a.a.O., II, 1066 ff.
- 9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 470 f.
- 10 Weber a.a.O., II, 1085 f.; Kessel, Moltke Gespräche a.a.O., 131.
- 11 Kessel a.a.O., 132 f.
- 12 Weber a.a.O., II, 1091 ff.; Kessel a.a.O., 136 ff.
- 13 Weber a.a.O., II, 1096.
- 14 Allgemeines Handbuch der Freimaurerei, Bd. I, S. 312, zitiert bei Schwartz-Bostunitsch a.a.O., 254 f.
- 15 Weber a.a.O., II, 1103.
- 16 Weber a.a.O., II, 1068.
- 17 Weber a.a.O., II, 1068 f.
- 18 Weber a.a.O., II, 1107, 1115.
- 19 Weber a.a.O., 1116 ff.
- 20 Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914, Berlin 1922, Band II, S. 3—8.
- 21 Die große Politik . . . a.a.O., II, 9 ff.
- 22 Weber a.a.O., II, 1064.
- 23 Die große Politik . . . a.a.O., II, 13—19.
- 24 Moritz Busch, Graf Bismarck und seine Leute während des Krieges mit Frankreich, Leipzig 1878; Wichtl, Freimaurermorde, Regensburg o.J., (bei Kösel und Pustet); beide zitiert bei Schwartz-Bostunitsch a.a.O., 254 f.
- 25 Weber a.a.O., II, 1132.

1871

- 1 Kaiser Friedrich III., Kriegstagebuch 1870/71 (Hrg. H. O. Meisner) 1926, S. 328, zitiert in Eberhard Kessel, Moltke Gespräche, Hamburg 1940/41, 168 f.
- 2 H. Kohl, Die Begründung des Deutschen Reiches, Voigtländers Quellenbücher, Bd. 22, S. 92, zitiert in Vertrags-Ploetz a.a.O., 344 f.
- 3 Weber a.a.O., II, 1132 f.
- 4 Kaiser Friedrich III., Kriegstagebuch 1870/71, S. 353, zitiert bei Kessel a.a.O., 169.

- 5 Weber a.a.O., II, 1134 ff.
- 6 Weber a.a.O., II, 1142 f.
- 7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 345 ff.
- 8 Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914, Berlin 1922, I, 7; ebd., Kommentar I, 1.
- 9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 317.
- 10 Weber a.a.O., II, 1147 f.
- 11 Die große Politik der europäischen Kabinette, Berlin 1922, I, 10 ff., einschl. Fußnote.
- 12 Die große Politik . . . a.a.O., I, 23 ff.
- 13 Die große Politik . . . a.a.O., I, 34.
- 14 Dee Brown a.a.O., 204 ff.
- 15 Die große Politik . . . a.a.O., I, 35.
- 16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 347 f.
- 17 Weber a.a.O., II, 1069.
- 18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 350.
- 19 Die große Politik . . . a.a.O., I, 49 f.
- 20 Die große Politik . . . a.a.O., I, 60.
- 21 Die große Politik . . . a.a.O., I, 75 ff.
- 22 Weber a.a.O., II, 1187.
- 23 Die große Politik . . . a.a.O., I, 108 f., Fußnote.
- 24 Die große Politik . . . a.a.O., I, 91—96.
- 25 Die große Politik . . . a.a.O., I, 97.
- 26 Die große Politik . . . a.a.O., I, 101—105.
- 27 Rössler/Franz, Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte, München 1958, „Kanzelparagraph“, 496.

1872

- 1 Weber a.a.O., II, 1157.
- 2 Weber a.a.O., II, 1183 f.
- 3 Die große Politik . . . a.a.O., I, 111 mit Fußnote.
- 4 Vicomte de Gontaut-Biron, Meine Botschafterzeit am Berliner Hofe 1872—1877, deutsch 1909, S. 70—74, zitiert bei Kessel a.a.O., 174 ff.
- 5 Die große Politik . . . a.a.O., I, 113.
- 6 Die große Politik . . . a.a.O., I, 115 und 118.
- 7 Die große Politik . . . a.a.O., I, 137.
- 8 Die große Politik . . . a.a.O., I, 144 ff.
- 9 Weber a.a.O., II, 1159.
- 10 Die große Politik . . . a.a.O., I, 197 f.
- 11 Die große Politik . . . a.a.O., I, 200.
- 12 Weber a.a.O., II, 1002.
- 13 Weber a.a.O., II, 1154.
- 14 Weber a.a.O., II, 1020, 1182.
- 15 Weber a.a.O., II, 1188.
- 16 Die große Politik . . . a.a.O., I, 159 ff. Das Zitat wird hier deshalb so umfassend wiedergegeben, weil es ein hervorragendes Lehrbeispiel klassischer Staatskunst darstellt.

1873

- 1 Die große Politik . . . a.a.O., I, 163.
- 2 Die große Politik . . . a.a.O., I, 202—207.
- 3 Weber a.a.O., II, 1064, 1201.
- 4 Weber a.a.O., II, 1197.
- 5 Die große Politik . . . a.a.O., I, 186 ff.
- 6 Weber a.a.O., II, 1185 f.
- 7 Weber a.a.O., II, 1182.
- 8 Weber a.a.O., II, 1198.
- 9 Weber a.a.O., II, 1184 f., 1208.
- 10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 349.
- 11 Dee Brown a.a.O., 219.
- 12 Rössler/Franz, Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte, München 1958, „Kulturkampf“, 557 f.
- 13 Weber a.a.O., II, 1191.
- 14 Die große Politik . . . a.a.O., I, 189 Fußnote.
- 15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 349 ff.
- 16 Weber a.a.O., II, 1291.
- 17 Illustrierte Weltgeschichte (Gefion-Verlag), Berlin o.J., Band VI, „Unsere Zeit“, 107, 110; Putzger, Historischer Weltatlas a.a.O., 124, (siehe 1851, Anm. 24); Weber a.a.O., II, 1180 f.
- 18 Dee Brown a.a.O., 309—321.
- 19 Weber a.a.O., II, 1184.
- 20 Weber a.a.O., II, 1202.
- 21 Weber a.a.O., II, 1166.
- 22 Die große Politik . . . a.a.O., I, 192.
- 23 Dee Brown a.a.O., 219.
- 24 Weber a.a.O., II, 1203.
- 25 Vertrags-Ploetz a.a.O., 349 ff.
- 26 Weber a.a.O., II, 1194.

1874

- 1 Weber a.a.O., II, 1204 f.
- 2 Die große Politik . . . a.a.O., I, 234 f.
- 3 Dee Brown a.a.O., 239.
- 4 Die große Politik . . . a.a.O., I, 235 mit Fußnote.
- 5 Die große Politik . . . a.a.O., I, 239 ff.
- 6 Weber a.a.O., II, 1183.
- 7 „Der Freimaurer“ 1876, S. 54, zit. in Schwartz-Bostunitsch a.a.O., 285.
- 8 Weber a.a.O., II, 1167; Rössler/Franz a.a.O., „Kulturkampf“, 578.
- 9 Weber a.a.O., II, 1198.
- 10 Rössler/Franz a.a.O., „Kulturkampf“; Weber a.a.O., II, 1172.
- 11 Dee Brown a.a.O., 261 f.
- 12 Weber a.a.O., II, 1173.

- 13 Dee Brown a.a.O., 265.
- 14 Brockhaus, 5 Bde., 1960, „Weltpostverein“; Herre/Jagow a.a.O., „Weltpostverein.“
- 15 Weber a.a.O., II, 1206 f.

1875

- 1 Weber a.a.O., II, 1207, 1269 f.
- 2 Nach Weber a.a.O., II, 1196, kommt der Beschluß der französischen Nationalversammlung erst am 24. Februar 1875 zustande.
- 3 Weber a.a.O., II, 1167 f., 1213.
- 4 Herre/Jagow a.a.O., „Reichsbank“, 429 f.
- 5 Rössler/Franz a.a.O., „Krieg-in-Sicht-Krise“, 563.
- 6 Weber a.a.O., II, 1213; Rössler/Franz a.a.O., „Kulturkampf“, 578.
- 7 Vicomte de Gontaut-Biron, Meine Botschafterzeit am Berliner Hofe 1872—1877, (deutsch) 1909, S. 455, zitiert bei Kessel a.a.O., 180 f. Die Wiedergabe des Gesprächs durch Gontaut-Biron ist allerdings um so weniger zuverlässig, als es keine andere Quelle darüber gibt und die Äußerung Moltkes in Großbritannien dazu verwendet werden wird, der deutschen Reichsregierung Präventivkriegsabsichten zu unterstellen.
- 8 Die große Politik a.a.O., I, 271 f.
- 9 Rössler/Franz a.a.O., „Krieg-in-Sicht-Krise“, 563; Wilhelm Hartlieb, „Hundert Jahre deutsche Außenpolitik“ in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, Tübingen 1975, 23/2, S. 3.
- 10 Die große Politik . . . a.a.O., I, 273 f.
- 11 Rössler/Franz a.a.O., „Sozialdemokratie. I. Dt. R.“, 1185.
- 12 Rössler/Franz a.a.O., „Kulturkampf“, 578; Weber a.a.O., 1214.
- 13 Die große Politik . . . a.a.O., I, 285 f.
- 14 Weber a.a.O., II, 1213 f.
- 15 Die große Politik . . . a.a.O., I, 292 f.
- 16 Rössler/Franz a.a.O., „Kulturkampf“, 578 f.; Weber a.a.O., II, 1214 f.
- 17 Weber a.a.O., II, 1273 f.
- 18 Dee Brown a.a.O., 274—279.
- 19 Dee Brown a.a.O., 279.
- 20 Dee Brown a.a.O., 279.
- 21 Dee Brown a.a.O., 279.
- 22 Weber a.a.O., II, 1259.

1876

- 1 Weber a.a.O., II, 1270 f.
- 2 Weber a.a.O., II, 1274.
- 3 Dee Brown a.a.O., 279 f.
- 4 Dee Brown a.a.O., 279 f.
- 5 Weber a.a.O., II, 1274.
- 6 Dee Brown a.a.O., 269.
- 7 Dee Brown a.a.O., 281.

- 8 Weber a.a.O., II, 1181; Putzger a.a.O., 124.
- 9 Weber a.a.O., II, 1259.
- 10 Weber a.a.O., II, 1274 f.
- 11 Weber a.a.O., II, 1275.
- 12 Weber a.a.O., II, 1275.
- 13 Weber a.a.O., II, 1276.
- 14 Weber a.a.O., II, 1276.
- 15 Weber a.a.O., II, 1276 f.
- 16 Dee Brown a.a.O., 283 f.
- 17 Dee Brown a.a.O., 291.
- 18 Dee Brown a.a.O., 285—290.
- 19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 351 f.
- 20 Herre/Jagow a.a.O., „Bakunin“.
- 21 Weber a.a.O., II, 1277.
- 22 Dee Brown a.a.O., 291.
- 23 Weber a.a.O., II, 1277.
- 24 Weber a.a.O., II, 1277.
- 25 Dee Brown a.a.O., 269.
- 26 Vertrags-Ploetz a.a.O., 352, 471.
- 27 Die große Politik . . . a.a.O., II, Dok. 246, S. 64 ff.; Vertrags-Ploetz a.a.O., 472.
- 28 Die große Politik . . . a.a.O., II, Dok. 251, S. 76; Vertrags-Ploetz a.a.O., 352, 472.
- 29 Weber a.a.O., II, 1277.
- 30 Weber a.a.O., II, 1278.
- 31 Dee Brown a.a.O., 269.
- 32 Weber a.a.O., II, 1279.
- 33 Weber a.a.O., II, 1279.

1877

- 1 Lucius von Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen, 1920, S. 98 f. und Nachlaß Schmerfeld Nr. 8, Heeresarchiv Potsdam (heute ?), beide zitiert bei Kessel a.a.O., 181 ff.
- 2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 352.
- 3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 352; Weber a.a.O., II, 1280.
- 4 Dee Brown a.a.O., 307.
- 5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 352.
- 6 Die große Politik . . . a.a.O., II, 145 f.
- 7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 352.
- 8 Die große Politik . . . a.a.O., I, 316 ff. mit Fußnoten.
- 9 Die große Politik . . . a.a.O., I, 320 Fußnote.
- 10 Gottlob Egelhaaf, Geschichte der neuesten Zeit, Stuttgart, 3. Aufl., 393; Illustr. Weltgesch. (Gefion) a.a.O., VI, 85.
- 11 Die große Politik . . . a.a.O., I, 319 Fußnote, 321 f.
- 12 Die große Politik . . . a.a.O., I, 323 mit Fußnote.
- 13 Herre/Jagow a.a.O., „Rumänien“ II, 506 f.; Weber a.a.O., II, 1282.
- 14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 472 f.
- 15 Dee Brown a.a.O., 307.

- 16 Weber a.a.O., II, 1283.
- 17 Dee Brown a.a.O., 300—304.
- 18 Weber a.a.O., II, 1283.
- 19 Weber a.a.O., II, 1283 f.
- 20 Dee Brown a.a.O., 307.
- 21 Weber a.a.O., II, 1284.
- 22 Weber a.a.O., II, 1295.
- 23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 352.

1878

- 1 Weber a.a.O., II, 1267.
- 2 Die große Politik . . . a.a.O., II, 163 f.
- 3 Die große Politik . . . a.a.O., II, 169 f.
- 4 Die große Politik . . . a.a.O., II, 164 f.
- 5 Die große Politik . . . a.a.O., II, 169—173.
- 6 Die große Politik . . . a.a.O., II, 175.
- 7 Die große Politik . . . a.a.O., II, 175.
- 8 Weber a.a.O., II, 1295.
- 9 Weber a.a.O., II, 1267 f.
- 10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 351 ff.
- 11 Weber a.a.O., II, 1222 f.
- 12 Weber a.a.O., II, 1223 f.
- 13 Dee Brown a.a.O., 323; Polit. Lexikon a.a.O., Teil I, „Zypern“.
- 14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 353 ff.
- 15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 353 ff.
- 16 Weber a.a.O., II, 1295.
- 17 Weber a.a.O., II, 1291.
- 18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 342 f.
- 19 Weber a.a.O., II, 1224; Herre/Jagow a.a.O., II, 624, „Sozialdemokratie“.
- 20 Rössler/Franz a.a.O., „Schutzzoll“, 1136.
- 21 Wilhelm Leonhardt, Kreml und Vatikan, Hannover 1965, 229 f.
- 22 Weber a.a.O., II, 1260 f.

1879

- 1 Weber a.a.O., II, 1262.
- 2 Weber a.a.O., II, 1295.
- 3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 355, Anm.; Weber a.a.O., II, 1293.
- 4 Weber a.a.O., II, 1295.
- 5 Weber a.a.O., II, 1296.
- 6 Dee Brown a.a.O., 346—351.
- 7 Weber a.a.O., II, 1288.
- 8 Weber a.a.O., II, 1289.
- 9 Dee Brown a.a.O., 352 f.
- 10 Weber a.a.O., II, 1261.
- 11 Weber a.a.O., II, 1291.
- 12 Weber a.a.O., II, 1262.

- 13 Rössler/Franz a.a.O., „Schutzzoll“, 1136; Weber a.a.O., II, 1226 f.
- 14 Theodor Fritsch, Handbuch der Judenfrage, 30. Aufl., Leipzig 1931, 172.
- 15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 354 f.
- 16 Die große Politik . . . a.a.O., III, 26—38.
- 17 Die große Politik . . . a.a.O., III, 43 f.
- 18 Weber a.a.O., II, 1261.
- 19 Weber a.a.O., II, 1293 f.
- 20 Die große Politik . . . a.a.O., III, 47.
- 21 Die große Politik . . . a.a.O., III, 62—67.
- 22 Weber a.a.O., II, 1288.
- 23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 355 f.
- 24 Weber a.a.O., II, 1294.
- 25 Weber a.a.O., II, 1296.
- 26 Weber a.a.O., II, 1261.
- 27 Lennhoff a.a.O., 172 f.; Brockhaus, 5 Bde., 1958, „Irland“.

1880

- 1 Die große Politik . . . a.a.O., III, 141 ff.
- 2 Die große Politik . . . a.a.O., III, 143—147.
- 3 Weber a.a.O., II, 1296 f.
- 4 Die große Politik . . . a.a.O., IV, 14 f., Fußnote; Weber a.a.O., II, 1263.
- 5 Wilhelm Leonhardt, Kreml und Vatikan, Hannover 1965, 229 f.
- 6 Die große Politik . . . a.a.O., IV, 15; Weber a.a.O., II, 1293.
- 7 Die große Politik . . . a.a.O., IV, 16.
- 8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 357; Herre/Jagow a.a.O., „Marokko“, II, 98.
- 9 Weber a.a.O., II, 1261.
- 10 Die große Politik . . . a.a.O., IV, 17, Fußnote.
- 11 Die große Politik . . . a.a.O., IV, 17, Fußnote.
- 12 Dee Brown, Begrabt mein Herz an der Biegung des Flusses, Hamburg (Hoffmann und Campe) 1972, 386 ff., 406, 412—415, 420 f., 423—427. — Der Darstellung der „Endlösung der Indianerfrage“ in den USA im Zeitraum von 1865 bis 1890 wurde absichtlich ein verhältnismäßig breiter Raum gewidmet. Denn die Behandlung der Indianer ist beispielhaft für das Schicksal aller noch freien Völker. *Uns allen droht das Ende der Indianer!*
- 13 Nowoje Wremja, Petersburg, 18. Oktober 1880 (Nr. 1667), zitiert bei Kurt Kelpin, Trägt das Papsttum Schuld an beiden Weltkriegen?, Neckargemünd 1970 (Selbstverlag).
- 14 Die große Politik . . . a.a.O., IV, 17 ff.
- 15 Die große Politik . . . a.a.O., III, 152 f.
- 16 Benjamin d'Israeli, Endymion, London 1880, 212.

